



universität
wien

DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation /Title of the Doctoral Thesis

„Demokratie erzählt. Geschichtspolitik im polnischen
Parlament nach der Wende von 1989“

verfasst von / submitted by

Filip Zieliński

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Doktor der Philosophie (Dr. Phil.)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

A 792 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /
field of study as it appears on the student record sheet:

Geschichte

Betreut von / Supervisors:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb
Univ.-Prof. Dr. Maria A. Stassinopoulou
Univ.-Prof. Dr. Oliver Schmitt

Inhaltsverzeichnis

1	Danksagung	1
2	Einleitung	3
3	„Geschichtspolitik“ und „polityka historyczna“ zwischen Politik und Wissenschaft: Begriffsgeschichte	9
3.1	Die Entstehung des Begriffs „Geschichtspolitik“ im Historikerstreit	10
3.2	Die Entstehung des Begriffs „polityka historyczna“: Begriffstransfer aus deutschem Diskurs in polnische Politik	12
3.2.1	„Geschichtspolitik“ und „polityka historyczna“	12
3.2.2	Die Urheber des Transfers: Ein nationalkonservativer Think-Tank	13
3.2.3	„Polityka historyczna“ als Teil des politischen Programms „IV RP“	15
3.2.4	Wissenschaftliche Arbeiten zu „polityka historyczna“	22
3.3	Zusammenfassung: Begriffsgeschichte in Deutschland und Polen	24
4	Theorie der Geschichtspolitik	25
4.1	Die Funktionen von Geschichtspolitik	25
4.1.1	Christoph Steinbach, Karl-Georg Faber: Geschichtspolitik aus Sicht des Historikers	25
4.1.2	Geschichtspolitik bei Edgar Wolfrum	30
4.1.3	Geschichtspolitische Funktionen bei Günther Sandner	32
4.1.4	Erinnerungspolitik bei Michael Kohlstruck	34
4.1.5	Geschichtspolitische Funktionen bei Horst-Alfred Heinrich: I. Politisches System und politische Kultur	35
4.1.6	Geschichtspolitische Funktionen bei Horst-Alfred Heinrich: II. Soziale Identität	37
4.1.7	Geschichtskultur in der politischen Dimension bei Jörn Rüsen	40

4.1.8	Kritik und Vergleich der Ansätze.....	45
4.2	Die „Sprache“ der Geschichtspolitik: Historische Erzähl- bzw. Argumentationsweisen	52
4.2.1	Alexander Demandt.....	52
4.2.2	Karl-Georg Faber und Wolfgang Bach	54
4.2.3	Der Analogieschluss.....	57
4.2.4	Bruce Gronbeck.....	58
4.2.5	Eviatar Zerubavel	59
4.2.6	Jörn Rüsen	60
4.2.7	Kritik und Vergleich der Ansätze.....	64
4.3	Geschichtspolitik auf der Handlungsebene	68
4.4	Schaufensterparlamentarismus	74
4.5	Parteiidentitäten	79
4.6	Definition von Geschichtspolitik als historisches Erzählen im politischen System..	82
5	Geschichtspolitik und politisches Regime	91
5.1	Geschichtspolitik in Autokratien vs. Geschichtspolitik in Demokratien	91
5.2	Geschichtspolitik in Autokratien	93
5.3	Geschichtspolitik in der Volksrepublik Polen.....	100
5.3.1	Narrative über das politische Regime	102
5.4	Geschichtspolitik in Demokratien	108
5.5	Geschichtspolitik und Demokratisierung	109
5.6	Transformation und politische Kultur	110
5.7	Geschichtspolitik und die Demokratisierung Polens.....	116
6	Untersuchungsgegenstand und -zeitraum.....	118

7	Geschichtspolitik im polnischen Parlament ab 1989	124
7.1	Medien der Geschichtspolitik.....	124
7.2	Staatsbezeichnungen.....	127
7.3	Staatswappen	130
7.3.1	Geschichte des Staatswappens in Polen.....	133
7.3.2	In der Zeit der Teilungen Polens (1772-1918).....	136
7.3.3	Zweite Republik	137
7.3.4	Volksrepublik	138
7.3.5	Dritte Republik.....	141
7.3.6	Die Debatten über die Änderung des Staatswappens im Sejm	143
7.3.6.1	Nachspiel.....	158
8	Architektur	163
8.1	Das Parlamentsgebäude und seine Umgebung.....	163
8.2	Das Denkmal für die Heimatarmee (<i>Armia Krajowa</i>).....	163
8.3	Die Architektur des Sejmgebäudes.....	165
8.4	Die Plenarsitzungsräume: Senat und Sejm.....	167
8.5	Tafeln zur Erinnerung an den Besuch des Papstes	172
8.6	Marschallstäbe	172
8.7	Erinnerungstafeln.....	177
8.8	Namensgebungen von Räumen im Parlament.....	182
8.8.1	Der Marschall-Korridor.....	182
8.8.1.1	Nationaler Staatsrat, Wojciech Trąpczyński	183
8.8.1.2	Maciej Rataj	188
8.8.1.3	Ignacy Daszyński	189

8.8.1.4	Marschall-Korridor: Kontinuitäten und Brüche	190
8.8.2	Kazimierz-Pużak-Saal	191
8.8.3	Weitere Raumbenennungen	191
8.9	Rezeption der geschichtspolitischen Referenzen im Parlamentsgebäude	195
8.10	Zusammenfassung.....	196
9	Erinnerungsgesetze.....	200
10	Plenarsitzungen des Sejm (1989–1992)	209
10.1	Zur Vorgehensweise bei der Untersuchung der Plenarsitzungs- protokolle des Sejm.....	209
10.2	Vorstellung der Kategorien und Auswertung der Inhaltsanalyse	220
10.2.1	Die Häufigkeit von geschichtspolitischen Narrativen.....	220
10.2.2	Kategorie Gegenwartskontext	223
10.2.3	Kategorie: Historischer Gegenstand.....	227
10.2.4	Kategorie: Typ des Narrativs	237
10.2.4.1	Informative Aussagen	237
10.2.4.2	Traditionale Narrative	239
10.2.4.3	Exemplarische Narrative	249
10.2.4.4	Kritische Narrative	253
10.2.4.5	Genetische Narrative	258
10.2.5	Narrative mit Bezug zur Zwischenkriegszeit, ihre Beziehung zueinander und zu ihrer Umwelt	262
10.2.5.1	Geschichtspolitik auf der Meta-Ebene	262
10.2.5.2	Das Ausklammerungsnarrativ: Die Zwischenkriegszeit als “goldene Ära”	265
10.2.5.3	Zusammenhang zwischen Narrativen und Parteizugehörigkeit	279
10.2.5.4	Das Ausland und Zwischenkriegszeit als Orientierungshilfen	281

11	Geschichtskultur des Parlaments im Verhältnis zur Geschichtskultur der politischen Gemeinschaft	285
12	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	290
13	Literaturverzeichnis.....	299
13.1	Wissenschaftliche Publikationen, Zeitschriften- und Zeitungsartikel	299
13.2	Gesetze und weitere normative Texte - Sejm und Senat der Republik Polen	312
13.3	Stenographische Protokolle der Sitzungen des Sejm.....	320
13.4	Internetseiten.....	320
14	Anhang	322
14.1	Namen und Abkürzungen von Parteien und Organisationen.....	322
14.2	Suchbegriffe für die Untersuchung von Plenarsitzungsprotokollen (Diktionär) .	325
14.2.1	Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 1: Personennamen.....	325
14.2.2	Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 2: Parteien, Organisationen, Institutionen, Printmedien.....	332
14.2.3	Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 3: Orte und Ereignisse	340
14.2.4	Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 4: weitere Begriffe	341
14.3	Unterkategorien der Kategorie „historische Gegenstände“ mit Häufigkeit der Codierungen	342
14.4	Abbildungen.....	348

1 Danksagung

Die vorliegende Dissertation entstand im Rahmen des Initiativkollegs „Europäische Historische Diktatur- und Transformationsforschung“, das von der Universität Wien ins Leben gerufen wurde und im Zeitraum 2009-2012 eine internationale Gruppe junger DoktorandInnen mit renommierten Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen zusammenbrachte. Das Initiativkolleg war ein gemeinsames Projekt der Institute für Zeitgeschichte, Politikwissenschaft, Osteuropäische Geschichte sowie Byzantinistik und Neogräzistik der Universität Wien. Zwölf DoktorandInnen aus verschiedenen Disziplinen widmeten sich den autoritären Regimen des 20. Jahrhunderts und politischen Transformationen in Bulgarien, Griechenland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Ungarn und der Sowjetunion. Hierdurch entstanden interessante Vergleichsmöglichkeiten, von denen die vorliegende Arbeit profitieren konnte.

Mein besonderer Dank gilt den BetreuerInnen der Dissertation, allen voran Prof. Oliver Rathkolb, zudem Prof. Maria A. Stassinopoulou sowie Prof. Oliver Schmitt. Auch der Universität Wien, welche diese Forschungsarbeit ermöglicht hat, gilt mein ausdrücklicher Dank.

Filip Zieliński im Februar 2017.

Gewidmet meiner Frau, Irina, und unseren Kindern, Aleksander, Iwo und Nora.

2 Einleitung

„The past is a foreign country: they do things differently there”

L.P. Hartley,
The Go-Between, 1953

Bei den Gedenkfeierlichkeiten am 9. November 2009 in Berlin, die an die Öffnung der Grenze zwischen DDR und BRD zwanzig Jahre zuvor erinnern sollte, stieß Lech Wałęsa symbolisch einen riesigen Dominostein um, der eine ganze Reihe weiterer Steine zu Fall brachte. Diese eindringliche symbolische Handlung war eindeutig als Sinnbild für den „Fall der Mauer“ zwischen BRD und DDR, in einem weiteren Sinne auch des „Eisernen Vorhangs“ zwischen West und Ost, zu verstehen. Dass ausgerechnet Lech Wałęsa zum Anstoßen des ersten Dominosteins ausgewählt wurde, unterstreicht auf der symbolischen Ebene die Bedeutung Wałęsas als leitender Persönlichkeit der Solidarność-Bewegung und als Ex-Präsident der Republik Polen¹ – in einem weiteren Sinne der polnischen Oppositionsbewegung insgesamt – für den erwähnten „Fall“ von „Mauer“ und „Eisernem Vorhang“. Es ist ein eindringliches, recht leicht verständliches Narrativ, das hier auf eine spielerische und metaphorische Weise medienwirksam aufgeführt wird: Ein einzelner Mann bewirkt in diesem Bild eine Kettenreaktion, eine zielgerichtete Entwicklung von globaler Bedeutung – und zwar absichtsvoll und erfolgreich.

Als Historiker ist man geneigt, dieses Narrativ mindestens als simplifiziert, in vielerlei Hinsicht sogar als falsch zu kritisieren und alternative, komplexere Narrative anzubieten. So war beispielsweise die Öffnung der Grenze zwischen BRD und DDR, ebenso wie die Chance der polnischen Oppositionsbewegung, am politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen, in

¹ Lech Wałęsa wurde am 9. Dezember 1990 in einer allgemeinen Wahl in zwei Wahlgängen für fünf Jahre zum Präsidenten der Republik Polen gewählt.

einem nicht unerheblichen Maße durch die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion, vermittelt über die Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen u. a. zwischen Moskau und Warschau bzw. Moskau und Berlin, determiniert worden. Dieser und viele weitere Prozesse spielten eine in unterschiedlichem Maße signifikante Rolle im post-kommunistischen Transformationsprozess.

Auch handelte es sich keineswegs um einen ausschließlich durch einzelne Entscheidungen der politischen Elite absichtsvoll eingeleiteten Prozess, ganz zu schweigen von der faktisch beschränkten Rolle Lech Wałęsas. So wenig dieser den Fall von Mauer und „Vorhang“ allein zustande brachte, so wenig hatte er im Vorhinein Einsicht und Absicht in Bezug auf die tatsächlichen Entwicklungen der Zukunft, wie es das Anstoßen des Dominosteins suggeriert.

Ein anderer Angriffspunkt kann in der Hervorhebung des Jahres 1989 gefunden werden. Dessen Zäsurcharakter lässt sich durch eine historisch detailliertere Betrachtung in Frage stellen und relativieren. Neben Diskontinuitäten treten Kontinuitäten, was sowohl für die Entwicklungen in Polen, in Deutschland aber auch in der gesamten post-kommunistischen Region Europas gilt. Ein gutes Beispiel sind die Wahlerfolge der in den pseudo-demokratischen kommunistischen Systemen herrschenden Parteien in den um 1989 entstandenen demokratischen politischen Systemen.

Nicht nur Kontinuitäten stellen den Zäsurcharakter von 1989 in Frage: In der Zeit zwischen Zweitem Weltkrieg und Fall der Mauer werden weitere Zäsuren deutlich – je nachdem für welche Prozesse und welche Regionen man sich interessiert – beispielsweise die Entstalinisierung, welche die Bedeutung von 1989 relativieren können. Doch ungeachtet dessen: das „annus mirabilis“ 1989, in dem die „Demokratisierungswelle“ in Ost- und Südosteuropa ihren Höhepunkt erreichte, oder – um sich eines anderen Bildes zu bedienen – als die (nicht nur) politische „Wende“, ein „Umbruch“ vom Kommunismus zur Demokratie erfolgte, hat sich als Zäsur in die Auffassungen zur Geschichte Europas und der Welt unzweifelhaft eingebrannt. Der Dominostein-Event ist nur eines von vielen symbolischen Handlungen die im Laufe der Jahre hierzu beigetragen haben.

Eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist das Hinterfragen derartiger geschichtspolitischer Narrative zum Zwecke der Aufklärung der Gesellschaft. Der interessierte Staatsbürger kann dann im Idealfall auf Informationen zurückgreifen, denen er

eine weitgehende Objektivität – der Verpflichtung zur Wahrheitsorientierung und somit auch zur Unabhängigkeit von politischen Zwecken – zutraut.² Der Geschichtspolitik geschichtswissenschaftlich hergestelltes Wissen entgegenzusetzen erhöht die Mündigkeit der Bürger und ist damit ein Unterfangen, das zur Qualität der Demokratie und zu ihrem Erhalt beitragen kann. Das gilt freilich nicht nur für die Geschichtswissenschaft – sondern in gleicher Weise etwa für die Überprüfung der Aussagen von Politikern während eines Wahlkampfes anhand statistischer Daten durch ein unabhängiges Sozialforschungsinstitut.

In der bisher skizzierten Perspektive geraten jedoch wichtige und interessante Wirklichkeitsausschnitte aus dem Blick des Historikers und bleiben den Politik- oder Medienwissenschaften überlassen. Es sind gerade die Einfachheit, Eindringlichkeit, Verständlichkeit, Prägnanz und Kürze des Dominostein-Narratives, die wir aus Sicht eines Historikers kritisiert haben, die wesentlich dazu beitragen, dass es für Medien und Politik nützlich wird. Worin genau diese Nützlichkeit eines geschichtspolitischen Narratives besteht, welche Auswirkungen es hat und welche Formen es annehmen kann: dies sind spannende Fragestellungen die auch aus Sicht des Historikers untersucht werden können und sollen.

Wenden wir diese Perspektive nun auf den anfangs angeführten Fall an: Unabhängig davon, inwieweit und in welcher Hinsicht 1989 tatsächlich eine Zäsur darstellte, hat das Narrativ von einer radikalen Diskontinuität zwischen dem, was vor 1989 gewesen ist, und allem, was darauf folgte, eine enorme Auswirkung auf die tatsächliche – etwa politische – Entwicklung. Keineswegs lässt sich das Dominostein-Beispiel abtun als bloße „Symbolpolitik“ ohne weitere Konsequenzen. Ähnlich einer „self-fulfilling prophecy“³ können geschichtspolitische Narrative, in Abhängigkeit davon, inwieweit sie durchgesetzt werden können, spätere politische Entscheidungen orientieren. Gesellschaftlich vorherrschende Vorstellungen über die Vergangenheit wirken sich auf Handlungen in der Gegenwart aus und prägen somit die

² Gleichzeitig wird das Herrschaftsinstrumentarium der Politik potenziell erweitert – ein grundsätzliches Dilemma, auf das unter dem Stichwort „Transferleistungen“ noch zurückgekommen wird.

³ Merton, *The Self-Fulfilling Prophecy* (1948).

Zukunft. Welche Rolle hierbei der Politik zukommt ist die Frage der vorliegenden Arbeit, die anhand eines bewusst gewählten Beispiels betrachtet werden soll: Anhand eines Parlaments in einem post-kommunistischen, demokratischen System.

Damit werden die Grenzen der geschichtswissenschaftlichen Disziplin nicht notwendigerweise überschritten, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist die Beschäftigung mit dem narrativen Charakter jeder Geschichtsdarstellung – auch der wissenschaftlichen – längst von der Geschichtswissenschaft reflektiert worden. In dieser Hinsicht betreten wir also keineswegs Neuland. Zweitens lassen sich geschichtspolitische Phänomene wiederum aus einer historischen Perspektive betrachten, es kann also eine Geschichte der Geschichtspolitik geschrieben werden. Hierbei kommen dann wiederum die klassischen Werkzeuge des Historikers zum Einsatz. Auch dies lässt sich dann wiederum konstruktivistisch reflektieren: Eine Geschichte der Geschichtspolitik ist weiterhin beeinflusst von den politischen Präferenzen des Historikers. Und auch diese Reflexion ist wertvoll und kann und sollte als kritisches Element in die Arbeit mit einfließen, etwa durch die transparente Selbstreflexion des Autors oder über Rezensionen dritter.

Darüber hinaus kann die Beschäftigung mit Geschichtspolitik immens von einer Offenheit für politikwissenschaftliche, medienwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Ansätze und Erkenntnisse profitieren. Wenn wir nach den besonderen Anforderungen und Wirkungsweisen der Nutzung historischer Narrative in der Politik fragen, befinden wir uns mit mindestens einem Bein bereits im Spezialgebiet der Politikwissenschaft. Natürlich entsteht die Gefahr, keiner der genannten Disziplinen vollends gerecht zu werden. Der Autor ist aber davor überzeugt, dass das Thema der vorliegenden Arbeit nur auf diese Weise angegangen werden kann: Unvermeidlich etwa stellt sich, wie bereits angedeutet, die Frage nach den „politischen Funktionen“ von Geschichtspolitik bzw. nach der politischen Bedeutung von Geschichtspolitik als Handlung, die ohne Interesse für politikwissenschaftliche Ansätze kaum lösbar ist.

Die vorliegende Arbeit verfolgt dreierlei Anspruch. Erstens wird im theoretischen Kapitel ein Geschichtspolitikbegriff entwickelt, der sich mit Konzepten von Gesellschaft auf der Makro-Ebene verbinden lässt und gleichzeitig als Handlung von Individuen beschreibbar wird. Die Anforderung der Anwendbarkeit des Begriffs im zweiten, empirischen Teil der Arbeit fordert

dazu auf, neben der Frage, *was* Geschichtspolitik sei, auch die Frage, *wie* Geschichtspolitik sich abspielt, zu beantworten. Die Forschungsrelevanz dieses ersten Teils besteht darin, einen weiteren theoretischen Ansatz zum Geschichtspolitikbegriff zur vorhandenen Diskussion beizusteuern.⁴ Letztere leidet unter der Fokussierung auf Konzepte um die Begriffe „Erinnerung“ und „Gedächtnis“, was einem generellen gegenwärtigen Trend in den Kulturwissenschaften und über diese hinaus geschuldet ist. Der in der vorliegenden Arbeit ausgearbeitete theoretische Ansatz geht einen anderen Weg – es wird vorgeschlagen, Geschichte als Erzählen von Vergangenheit, als Narration zu begreifen und bestehende theoretische Konzepte hierzu aufzugreifen, zu verknüpfen und zu erweitern.

Der zweite Anspruch besteht in der wissenschaftlichen Vermittlung zwischen dem deutschsprachigen und dem polnischsprachigen Raum. Die deutschsprachige Begriffsdiskussion zu Geschichtspolitik kann in vielerlei Hinsicht ergänzt und korrigiert werden, indem die polnische Variante der Geschichtspolitikbegriffdebatte betrachtet wird. Die Geschichte der Geschichtspolitik in Polen ist wiederum ein Thema, das im deutschsprachigen

⁴ Altrichter, *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-Ostmittel- und Südosteuropas* (2006); Bock & Wolfrum, *Einleitung* (1999b); Borgstedt et al., *Lange Schatten. Bewältigung von Diktaturen* (2007); Faulenbach & Jelich, *"Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989* (2006); Gerbel et al., *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur Gedächtnisgeschichte der Zweiten Republik* (2005); Hammerstein et al., *Aufarbeitung der Diktatur - Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit* (2009); Landkammer, *Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich* (2006); Molden & Mayer, *Vielstimmige Vergangenheiten - Geschichtspolitik in Lateinamerika* (2009); Rathkolb & Sooman, *Geschichtspolitik im erweiterten Ostseeraum und ihre aktuellen Symptome* (2011); Troebst & Baumgartl, *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (2010); Reinprecht, *Nostalgie und Amnesie. Bewertungen von Vergangenheit in der Tschechischen Republik und in Ungarn* (1996); Fritz, *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa* (2008); Walkowitz & Knauer, *Memory and the impact of political transformation in public space* (2004); *Osteuropa (Zeitschrift), Zur Erinnerung. Identität dient Legitimität* (2010).

Raum durchaus thematisiert worden ist, insbesondere im Zusammenhang mit der aggressiven Geschichtspolitik der PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, Recht und Gerechtigkeit)⁵, während ihrer Regierungszeit von September 2005 bis November 2007. Auch in einem größeren Rahmen ist die polnische Geschichtspolitik bereits in einigen Aufsätzen und Monografien thematisiert worden.⁶

Der dritte Anspruch der Arbeit besteht darin, die bis heute stark politisierte Debatte über Geschichtspolitik in Polen „abzukühlen“. Dies wird erreicht durch die Reflexion des politischen Ursprungs des Geschichtspolitikbegriffs in Polen und durch die Anwendung eines theoretisch fundierten Geschichtspolitikbegriffs.

⁵ Namen von Parteien werden in der vorliegenden Arbeit nur bei erster Erwähnung auf Polnisch ausgeschrieben und in das Deutsche übersetzt. In der Folge wird die Abkürzung des Parteinamens verwendet. Ein Verzeichnis aller erwähnten Parteien und der entsprechenden Abkürzungen ist im Anhang angegeben.

⁶ Kraft, Geschichte im langen Transformationsprozess in Polen (2006b); Ruchniewicz, Die polnische Geschichtspolitik nach 1989 (2007); Troebst, Postdiktatorische Geschichtskulturen im östlichen und südlichen Europa. Eine vergleichende Einführung (2010a); Hein, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926 - 193 (2002); François et al., Geschichtspolitik in Europa seit 1989: Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich (2013)

3 „Geschichtspolitik“ und „polityka historyczna“ zwischen Politik und Wissenschaft: Begriffsgeschichte

Das allgegenwärtige Interesse an der Erinnerung, insbesondere auch an ihren vielfältigen sozialen Wirkungsweisen, hat sich von einer Mode zum Dauerbrenner entwickelt.⁷ Von diesem Trend hat auch die Beschäftigung mit dem Thema des Verhältnisses zwischen sozialen Formen von Erinnerung bzw. Gedächtnis einerseits und Politik andererseits profitiert. Die Kultur-, Sozial- und Politikwissenschaften haben zum Verständnis dieses Verhältnisses in den vergangenen Jahrzehnten in zahlreichen Studien beigetragen. Auf der konzeptionellen, theoretischen Ebene herrscht jedoch weiterhin ein erhebliches Durcheinander. Begriffe wie „Geschichtspolitik“, „Erinnerungspolitik“ oder *polityka historyczna* (wörtlich: geschichtliche Politik) werden durch ihre mangelnde Präzision auch in der Wissenschaft zu dehnbaren Begriffen, die sehr verschiedene Facetten des Verhältnisses zwischen Geschichte bzw. Erinnerung und Politik ansprechen. Bevor die Geschichte der Geschichtspolitik in Polen thematisiert wird, soll es zunächst darum gehen, was Geschichtspolitik ist – und was nicht. Im eigenen Vorschlag – der sich allerdings weitgehend auf die Arbeiten von Jörn Rüsen und Max Weber stützt – wird zunächst von geschichtstheoretischen Überlegungen ausgegangen um in einem weiteren Schritt die Politik in den Blick zu nehmen. Die Soziologie wird hier und dort als Vermittler eingesetzt werden.

Da wir nicht auf eine theoretisch fundierte Definition des Geschichtspolitikbegriffs zurückgreifen können ist es besonders hilfreich, die Entstehungs- und Begriffsgeschichte von „Geschichtspolitik“ genau in den Blick zu nehmen. Zudem sind Geschichtspolitikbegriff und

⁷ Siehe zum „memory-boom“: Winter, *The Generation of Memory: Reflections on the Memory Boom in Contemporary Historical Studies* (2000); Speziell zu Deutschland: François & Schulze, *Deutsche Erinnerungsorte* (2009; 9ff.).

-theorie durch ihren Transfer nach Polen im Jahre 2005 Teil der Geschichte der Geschichtspolitik Polens geworden und somit auch für den zweiten Teil dieser Arbeit von Bedeutung.

3.1 Die Entstehung des Begriffs „Geschichtspolitik“ im Historikerstreit

Der Begriff „Geschichtspolitik“ kam in Deutschland im Jahr 1986 im Laufe des „Historikerstreits“ auf.⁸ Er wurde in den Debatten der 1980er Jahre pejorativ gebraucht und kritisierte die historische Argumentation des Gegners als Manipulation und Geschichtsfälschung, der häufig eine vermeintlich geschichtswissenschaftlich gesicherte, tatsächliche Geschichtsdeutung gegenübergestellt wurde.⁹ Die Beteiligung von Historikern wie Politikern an der Debatte ist hierfür ausschlaggebend. Zunächst wurde „Geschichtspolitik“ polemisch verwendet und diente zur Kritik konservativer Positionen, denen die Nutzung und der Missbrauch der Geschichte zu politischen Zwecken vorgeworfen wurden. Mit dem Begriff sollte eine politische Prägung des Umgangs mit Geschichte auf

⁸ Christian Meier verwendete den Begriff in einem Zeitungsartikel am 10.10.1986, danach wurde er von Heinrich August Winkler aufgegriffen. Harald Schmid weist gleichzeitig darauf hin, dass das Adjektiv „geschichtspolitisch“ bereits im ersten Drittel des 20. Jh. benutzt wurde und „politisch parteiliche Deutung von Geschichte“ meinte: Schmid, Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie "Geschichtspolitik" (2009). Zur Beziehung zwischen Geschichtspolitikbegriff und Historikerstreit siehe auch: Marx, Geschichtspolitik und Rational-Choice-Theorie. Zur ökonomischen Betrachtung kultureller Phänomene (2008: 39); Molden & Mayer, Vielstimmige Vergangenheiten - Geschichtspolitik in Lateinamerika (2009: 42f.). Zur Entwicklung des Geschichtspolitikbegriffs vom polemischen Schlagwort zur analytischen Kategorie siehe auch: Kohlstruck, Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie (2004).

⁹ Nur zwei Titel der umfangreichen Literatur zum Historikerstreit sind: Kailitz, Die Gegenwart der Vergangenheit: der "Historikerstreit" und die deutsche Geschichtspolitik (2008). Augstein, "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung (1995).

Seiten des Gegners angeprangert werden, die man freilich nicht auf den eigenen Umgang mit ihr zu beziehen pflegte. Zu den häufig zitierten Aussagen dieser Zeit gehört jene Michael Stürmers, eines konservativen Historikers und politischen Beraters Helmut Kohls: „(...) im geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“.¹⁰ Im Historikerstreit ging es jedoch nicht um die Einmischung der Politik in die Geschichte im Allgemeinen – der oben aufgeführte Vorwurf war vielmehr ein untergeordnetes Argument das in der Folge beide Lager einander hätten vorwerfen können. Die Auseinandersetzung der beiden Lager drehte sich vielmehr darum, auf welche Weise die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands erinnert und bewertet werden sollte. Von beiden Seiten wurde vorausgesetzt, dass zwischen dem Umgang einer Gesellschaft mit ihrer Geschichte bzw. ihrer kollektiven Erinnerung einerseits und ihrer Identität andererseits ein Zusammenhang besteht. (In der darauffolgenden wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Geschichtspolitikbegriff gehen die meisten Arbeiten mehr oder weniger reflektiert ebenfalls von diesem Zusammenhang aus, wenngleich er auch theoretisch kritisch hinterfragt worden ist.) Die Beschäftigung mit Nationalsozialismus und Holocaust war daher eng verknüpft mit der jeweiligen Vorstellung von einem richtigen Selbstverständnis der Deutschen in Gegenwart und Zukunft. Beide Seiten wollten eine bestimmte Lesart der Geschichte zur Grundlage des Selbstverständnisses der Deutschen erheben – Ausklammerung, Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust auf der einen, Betonung der Singularität und der Bedeutung der stetigen Auseinandersetzung mit dem Holocaust auf der anderen Seite – und somit betrieben beide Seiten Geschichtspolitik, freilich mit einem unterschiedlichen Programm.¹¹ Stark vereinfachend könnte man sagen: Eine nationalkonservative Position stand einer kritischen Position gegenüber.

Der polemische Gebrauch des Begriffs wurde in der späteren deutschsprachigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit „Geschichtspolitik“, auf die noch zurückzukommen ist, weitgehend überwunden.

¹⁰ Stürmer, Geschichte in geschichtslosem Land (1987).

¹¹ Zur Geschichte der Geschichtspolitik in der Bonner Republik siehe v.a.: Wolfrum, Geschichtspolitik

3.2 Die Entstehung des Begriffs „polityka historyczna“: Begriffstransfer aus deutschem Diskurs in polnische Politik

3.2.1 „Geschichtspolitik“ und „polityka historyczna“

Der deutsche Begriff „Geschichtspolitik“ hatte seinen Weg von der hitzigen politischen Debatte in die kühlere Behandlung durch die Wissenschaften (auf die wir noch eingehen werden) bereits hinter sich, als er im Jahr 2005 Gegenstand des Transfers nach Polen wurde. Hier war es wiederum die Politik, die den – mittlerweile durch unterschiedlichste Facetten angereicherten – Begriff für sich entdeckte und nutzbar machte. Bei dieser Übersetzung¹² erfuhr der Begriff „polityka historyczna“ allerdings einen wesentlichen Bedeutungswandel, der einerseits als Erweiterung, andererseits als Beschränkung beschreibbar ist und eng mit den aktuellen politischen Zwecken in Polen verbunden war. Die spezifische Prägung des Begriffs *polityka historyczna* in Polen ist der Tatsache, dass sie für den politischen Zweck „importiert“ und angepasst wurde – und zwar von einer nationalkonservativen Gruppe politisch engagierter Intellektueller – geschuldet.

Wir haben es also einerseits mit „Geschichtspolitik“ als einem von den deutschsprachigen Wissenschaften aufgegriffenen und mehr oder weniger detailliert definierten Begriff zu tun. Der Begriff *polityka historyczna* ist zwar eine Übersetzung des deutschen Begriffs Geschichtspolitik, hat aber eine nicht unwesentliche Veränderung in der Bedeutung, oder genauer: eine Änderung der Gewichtung der Bedeutungsbestandteile erfahren. Der Klarheit wegen wird daher im vorliegenden Text der polnische Begriff *polityka historyczna* im Original verwandt. Eine zweite Differenzierung ist nötig, um eine gängige Verwirrung zu vermeiden. Der Entstehungskontext des Begriffs in Polen, nämlich die Konkretisierung einer reflektierten, nationalkonservativen Ideologie in einem politischen Programm, führte dazu, dass mit *polityka historyczna* beides gemeint sein kann und häufig gemeint ist: Ein

in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen (1999b).

¹² Wolff-Powęska, *Polityka Historyczna. Polskie spory o historię i pamięć* (2006); Ruchniewicz (2007).

bestimmtes politisches Programm einerseits (nämlich jenes der Partei PiS) und ein abstrakter Begriff zur Beschreibung der Wirklichkeit andererseits. Daher wird hier mit *polityka historyczna* lediglich das politische Projekt gemeint sein. Wo Geschichtspolitik im Allgemeinen gemeint ist, wird von „Geschichtspolitik“ die Rede sein. Das ist insoweit vertretbar, wie man zustimmt, dass die Überlegungen des theoretischen Teils dieser Arbeit auch auf Polen übertragbar sind.¹³

3.2.2 Die Urheber des Transfers: Ein nationalkonservativer Think-Tank

Es ist unklar, wer im Einzelnen als Urheber des Transfers gelten muss. Unter Vorbehalt lässt sich Marek Cichocki, ein konservativer polnischer Publizist, Philosoph und Historiker anführen. Cichocki studierte Germanistik und verfasste seine Doktorarbeit zur Entwicklung des Konservatismus in Deutschland. Neben einer Begeisterung für das Denken Platons¹⁴ ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Denken Carl Schmitts hervorzuheben. Als Experte für die Geschichte politischer Ideen und für polnisch-deutsche Beziehungen wäre Cichocki als Urheber naheliegend. Auch nach 2005 hat der Intellektuelle immer wieder zum Thema Geschichtspolitik publiziert, Vorträge gehalten, Debatten beigewohnt.¹⁵ Sein 2005

¹³ In mehrfacher Hinsicht ist eine solche Übertragbarkeit nicht selbstverständlich und einige zentrale Fragen, die sich hierbei aufwerfen lassen, werden in dieser Arbeit expliziert. Beispielsweise ist es problematisch, die relative Autonomisierung unterschiedlicher Wertsphären (in der Sprache der System- und Modernisierungstheorie wäre hier von Teilsystemen der Gesellschaft und funktionaler Differenzierung zu sprechen) und damit verbundene Rationalitätsgewinne auf Gesellschaften zu übertragen, in denen dies nicht der Fall ist.

¹⁴ Vetter, *Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis* (2008: 55).

¹⁵ So beispielsweise während der Konferenz *Międzynarodowy Festiwal Historyczny: XX wiek. Anamneses* [Internationales Historisches Festival: 20. Jh. Anamneses] am 12.-16. Mai 2012, organisiert durch das European Network Remembrance and Solidarity ENRS, Online aufrufbar: <http://www.enrs.eu/pl/strona-glowna/9-main-page/590-debata-polityka-historyczna-historia-w-polityce.html> (am 06.09.2016). Siehe auch: Cichocki, *O potrzebie pamięci i grozie pojednania* [Vom Bedürfnis der Erinnerung und vom Grauen der Versöhnung] (2008).

herausgegebenes Buch „Władza i pamięć“ (Macht und Erinnerung)¹⁶ ist ein Plädoyer für eine auf nationale und christliche Traditionen und Werte basierende Politik. Er kritisiert die vermeintliche Überzeugung der zu jenem Zeitpunkt dominanten politischen Elite Polens, dass einer „Modernisierung“ die genannten Traditionen im Wege stehen würden. Im Kontext des EU-Beitritts werde, so Cichocki, eine Politik der Integration verfolgt, die eine Vernachlässigung nationaler Interessen zur Folge hätte. Dem „utopischen“ Bild einer nationale Begrenzungen überkommenden Gemeinschaft stellt er entgegen, dass in Wirklichkeit nationale Interessen auch im Rahmen der EU dominieren und dass somit die Gefahr bestehe, dass Polen von den mächtigeren Nationen der EU unter dem Deckmantel der „EU-Ideologie“ bevorteilt werden wird. Geschichte ist hier vor allem nationale Geschichte als Teil der nationalen Traditionen, die vermeintlich von den politischen und intellektuellen Eliten, die im Laufe der Transformation an die Macht gekommen sind, bewusst vernachlässigt, gar bekämpft worden sei.

Von Januar 2007 bis Juli 2010 (Unfalltod des polnischen Präsidenten und in der Folge Neuwahl) war Cichocki Berater des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński in sozialen Angelegenheiten. Ebenfalls in der Kanzlei des Präsidenten tätig war Cichockis Gattin, die bereits im Museum des Warschauer Aufstands gearbeitet hatte. Sie beriet von Dezember 2005 bis November 2007 als Vizestaatssekretärin (*podsekretarz stanu*) bzw. als Beraterin den Präsidenten in Angelegenheiten der „Kultur, nationalen Erbes und Wissenschaft“ und war danach 2007-2011 als Abgeordnete des konservativen PiS-Ablegers PJN (*Polska Jest Najważniejsza*, Polen ist am wichtigsten) politisch aktiv.

In einer Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern der *polityka historyczna* weicht Cichocki der Frage aus, ob er der „Autor“ des Begriffs gewesen sei.¹⁷ Nichtsdestoweniger können wir davon ausgehen, dass der Begriff von einer Gruppe polnischer konservativer Intellektueller eingeführt wurde, zu der auch Cichocki zu zählen ist. Zu dieser Gruppe der

¹⁶ Cichocki, *Władza i pamięć* [Macht und Erinnerung] (2005).

¹⁷ *Mówią Wieki* (Zeitschrift), *Polityka historyczna - za i przeciw* [*Polityka historyczna – für und wider*] (2006).

konservativen Verfechter der *polityka historyczna* zählt auch Kazmierz M. Ujazdowski, Sejmabgeordneter und Jurist, der sich auch mit eigenen Artikeln zum Thema *polityka historyczna* immer wieder zu Wort meldete und der in den Jahren 2005 bis 2007 in den Regierungen Kazimierz Marcinkiewiczs und Jarosław Kaczyńskis Minister für Kultur und nationales Erbe war. Weiterhin Dariusz Gawin, Historiker und Publizist, ab Mai 2005 stellvertretender Direktor des Museums des Warschauer Aufstands, wohlgermerkt des zentralen Vorzeigeprojekts der Partei Prawo i Sprawiedliwość im Bereich Geschichtspolitik. Tomasz Merta, der sich wie Gawin und Cichocki insbesondere mit der Geschichte politischer Ideen beschäftigt hat, war in den Jahren 2005-2010 Vizestaatssekretär (*podsekretarz stanu*) im Ministerium für Kultur und Nationales Erbe. Gawin, Cichocki und Merta bildeten zudem gemeinsam mit dem Philosophen Dariusz Karłowicz den Kern des Warschauer Klub der Kritischen Politik (*Warszawski Klub Krytyki Politycznej*), der sich mit konservativen Ideen auseinandersetzte. Diese „nationalkonservative Denkfabrik“¹⁸ ist nicht nur als ideologischer Ursprung des Programms der *polityka historyczna* zu sehen, seine Mitglieder nahmen in der Folge auch wichtige Positionen in der politisch-wissenschaftlichen Schnittmenge ein.

Eine Plattform für Publikationen zur nationalkonservativen Ideologie, darunter zur Frage der *polityka historyczna*, bot insbesondere der *Ośrodek Myśli Politycznej* (Haus des Politischen Denkens), in dem u. a. Cichocki, Karłowicz und Ujazdowski Artikel und Monographien publiziert haben.

3.2.3 „Polityka historyczna“ als Teil des politischen Programms „IV RP“

Polityka historyczna wurde zum wichtigen Element eines umfassenderen politischen Programms der Nationalkonservativen, die politisch erfolgreich Repräsentiert wurde durch die Partei PiS. Dieses Programm wurde zusammengefasst unter dem Slogan der *IV. Rzeczpospolita* (IV. Republik¹⁹), also der Forderung nach einer neuartigen Politik, die mit den

¹⁸ Zu den „Vordenkern der Kaczyńskis“ in deutscher Sprache, insbesondere zum WKKP siehe: Vetter (2008:54f.).

¹⁹ Der Begriff „Rzeczpospolita“ ist etymologisch zwar auf Res („rzecz“) Publica („pospolita“), also

Verfehlungen der *III. Rzeczpospolita* brechen würde. Die von der SLD (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*, Zusammenschluss der Demokratischen Linken) geführten Regierungen der Premierminister Leszek Miller und Marek Belka (Oktober 2001 bis Oktober 2005) hatten durch politische Skandale und Korruptionsaffären, insbesondere die im September 2002 öffentlich gemachte und sich über mehrere Jahre hinziehende sog. „Rywingate-Affäre“,²⁰ wesentlich an Zustimmung eingebüßt. Das Versprechen, mit harter Hand gegen Korruption vorzugehen, war ein wesentlicher Grund für den Erfolg der PiS in den Parlamentswahlen im

Republik, zurückzuführen, ist aber keineswegs mit Republik in Sinne eines Typs der Staatsverfasstheit gleichbedeutend. Daher wird hier der polnische Begriff beibehalten. Gemeint sind hier also spezifische historische polnische Staaten: Die erste (1569-1795), zweite (1918-1945) und dritte „Rzeczpospolita“ (seit 1989). Die Zählung der „Rzeczypospolite“ erfolgt nach französischem Vorbild und wird noch im Detail behandelt.

Der Slogan „IV. Rzeczpospolita“ ist bereits 1989 vom Senatsvorsitzenden Andrzej Stelmachowski vorgebracht worden, zählte allerdings die Phase 1945-1989 als III. Rzeczpospolita. Zur Popularisierung des Slogans im Sinne einer Kritik der politischen Transformation nach 1989 und der Aufforderung zu einem Neubeginn trug dann unter anderem der Historiker und Politiker Paweł Śpiwak bei: „Vieles deutet darauf hin, dass die III. Rzeczpospolita ihr Potenzial, sich selbst zu verbessern, aufgebraucht hat. Es ist Zeit damit anzufangen, über eine IV. Rzeczpospolita nachzudenken.“ Śpiwak, *Koniec złudzeń* [Ende der Täuschungen] (2003). Zu erwähnen ist auch, dass neben PiS auch andere Parteien den Slogan, der aus der Publizistik aufgegriffen worden war, im Wahlkampf 2005 nutzten. Nichtsdestoweniger war es die PiS, die den Begriff hiernach politisch mit Leben füllte.

²⁰ Hierbei handelte es sich um ein unlauteres Angebot von Lew Rywin, in den 1980er Jahren im öffentlichen Fernsehen und Radio, danach im privaten Mediengeschäft tätig, an das Medienunternehmen Agora, Eigentümer u. a. der *Gazeta Wyborcza*. In einem Gespräch mit Adam Michnik versprach Rywin ein ausstehendes Mediengesetz den Vorstellungen und Interessen von Agora entsprechend zu manipulieren, wofür er Posten und Geldzahlungen verlangte. Unklar bleibt, inwieweit die SLD-Führung in die Angelegenheit verwickelt war. Die Debatte wurde auch im Sejm geführt, insbesondere wurde eine Untersuchungskommission eingerichtet. Insgesamt hinterließ der Verlauf der Affäre bei der Bevölkerung den Eindruck allgegenwärtiger intransparenter Machenschaften hinter den Kulissen von Politik, Medien und Wirtschaft.

Jahre 2005. Die politische Offensive von PiS richtete sich dabei nicht allein gegen die aus der PZPR (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*, Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) und weiteren linken Parteien hervorgegangene Koalition SLD (seit 1999 Partei) sondern die an der politischen Transformation der 1980er Jahre beteiligten politischen Eliten insgesamt, deren Kompromisscharakter, der u. a. zu den undurchsichtigen Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik geführt habe, kritisiert wurde – daher auch die Forderung nach der Distanzierung von der „III. Rzeczpospolita“.

Im Grunde handelte es sich hierbei um den Versuch, eine auch in den 1990er Jahren vorhandene, aber damals weitgehend erfolglose, politische Linie zum Erfolg zu bringen – diejenige einer radikaleren Abrechnung mit der Volksrepublik²¹ sowie mit den aus ihr hervorgegangenen Teilen der politischen und wirtschaftlichen Elite. Schon Anfang der 1990er Jahre versuchten die Zwillingbrüder Jarosław und Lech Kaczyński eine nationalkonservative Option in der polnischen Parteienlandschaft zu etablieren und wurden dabei zunächst von Lech Wałęsa unterstützt. Die nationalkonservative Position wurde ansatzweise von der Regierung Jan Olszewskis (Dezember 1991 bis Juni 1992) verfolgt, es kam jedoch zum Bruch zwischen der Olszewski-Regierung und Wałęsa, der in der „Nacht der Akten“ (4.-5. Juni 1992) seinen Höhepunkt fand. Die Ablösung der Regierung Olszewskis war zum Teil auf den fehlenden Rückhalt im Sejm zurückzuführen, zum Teil ist sie aber den Einflussnahmen des seine Kompetenzen strapazierenden Präsidenten Wałęsa zuzuschreiben. Es kam zum endgültigen Bruch zwischen Wałęsa und den Kaczyńskis. In den folgenden Jahren waren die Nationalkonservativen lediglich im Rahmen eines Parteibündnisses vieler aus der Solidarność-Bewegung hervorgegangener Parteien (AWS, *Akcja Wyborcza Solidarność*, Wahlaktion Solidarność) an der Regierung beteiligt.

Als Folge des Transfers durch nationalkonservative Intellektuelle, der ca. 2005 erfolgte, und seine Einführung in die polnische Politik hat der Begriff Geschichtspolitik bzw. *polityka*

²¹ Hier wie gemeinhin in Polen vereinfachend als Bezeichnung für das politische Regime zwischen 1945 und 1989 gebraucht. Polska Rzeczpospolita Ludowa (PRL, Volksrepublik Polen) war als Staatsnamen in der Verfassung verankert vom 22. Juli 1952 bis zum 29. Dezember 1989.

historyczna einerseits eine Beschränkung, andererseits eine Erweiterung erfahren. Während die erwähnte Debatte in Deutschland sich im Wesentlichen um die Frage des Verhältnisses zur eigenen nationalen Geschichte drehte, insbesondere zu Nationalsozialismus und Holocaust, kam in Polen die internationale Perspektive hinzu. Der Transfer fand statt zu einer Zeit, als in Deutschland die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs, insbesondere als Folge der Vertreibungen aus Polen und der Bombenangriffe durch die Alliierten, öffentlich verstärkt thematisiert wurde. Dies wurde in Teilen der polnischen Öffentlichkeit derart interpretiert, dass Deutschland nun auf europäischer Ebene die Geschichte des Zweiten Weltkriegs neu schreibe und sich als Opfer darstelle, was der in Polen vorherrschenden Auffassung diametral entgegenlief.²² Die innenpolitische Dimension bestand in der Kritik seitens der Nationalkonservativen, die bisherigen Regierungen der III. Republik hätten sich nicht ausreichend für die Verbreitung und Verteidigung der Geschichte Polens im In- und Ausland eingesetzt. Während in Deutschland der Begriff „Geschichtspolitik“ eher negativ besetzt war und dem jeweiligen Gegner vorgeworfen wurde, führte die Vereinnahmung durch die konservativen Intellektuellen und Politiker in Polen dazu, dass der Begriff in erster Linie als positives, wünschenswertes politisches Programm verstanden wurde. *Polityka historyczna* wurde zu einem wichtigen Element des politischen Programms der Partei Prawo i Sprawiedliwość.

Aus den Debatten in Deutschland übernommen wurde die Vorannahme, dass Geschichte bzw. kollektive Erinnerung und nationale Identität notwendigerweise in einem engen Wechselverhältnis zueinander stehen. So wie die Belastung durch die Vergangenheit des Nationalsozialismus in nationalkonservativen Kreisen in Deutschland als Hindernis für die Ausgestaltung einer nötigen und wünschenswerten positiven nationalen Identität verstanden worden war, so sahen die nationalkonservativen Politiker und Intellektuellen in Polen die Ausgestaltung und Bewahrung einer polnischen nationalen Identität durch inländische und ausländische Akteure (darunter Deutschland) gefährdet. Wie im deutschen Fall, standen sich auch in Polen im Streit darum, was Geschichtspolitik sei und wie man sie gestalten solle, eine kritische und eine nationalkonservative Position gegenüber.

²² Vgl. hierzu: Ruchniewicz (2007); Buras (2006).

Aus dem Programm der PiS (2005), zur Überschrift „Moderne Geschichtspolitik“:

„Wir werden eine überlegte, effektive Geschichtspolitik sowohl nach innen als auch nach außen verfolgen. Geschichtspolitik nach innen geht aus von der dauerhaften Sorge um die Qualität der historischen Bildung in den Schulen und in den Medien, ebenso wie von dem stetigen Bemühen, um nicht nur die Erinnerung an die Geschichte unseres Staates und Volkes wach zu halten, sondern auch ihre lebendige Gegenwärtigkeit im Bewusstsein der Bürger aufrechtzuerhalten. Die Förderung von Forschungsprogrammen und von Bildungsprojekten, die das Wissen über unsere Vergangenheit verbreiten, ebenso wie von Institutionen, die Geschichte dokumentieren und popularisieren, ist unabdingbar. Der äußere Aspekt von Geschichtspolitik umfasst jegliche Bemühungen, welche die Popularisierung besonders wichtiger Fakten unserer Geschichte im Ausland zum Ziel haben. Polen spielte eine herausragende Rolle in der Geschichte der Bewältigung der verbrecherischen totalitären Systeme im 20. Jahrhundert. Gegenwärtig haben wir es hingegen mit den Versuchen einer Relativierung der Schuld für die Auslösung des Zweiten Weltkriegs und für die im Laufe des Krieges begangenen Verbrechen zu tun. Im Rahmen der polnischen Geschichtspolitik werden wir: (1) das Museum der Freiheit errichten – eine moderne musealisch-bildende Institution, welche die Geschichte Polens durch das Prisma der für die Polen immer so wichtigen Idee der Freiheit aufzeigt, (2) die Qualität der historischen Bildung in den Schulen verbessern und (3) Programme und Institutionen stärken – sowohl öffentliche, als auch unabhängige, welche die Geschichte popularisieren und dokumentieren.“²³

²³ „Nowoczesna polityka historyczna. Będziemy prowadzić przemyślaną, skuteczną politykę historyczną zarówno wewnętrzną, jak i zewnętrzną. Wewnętrzna polityka historyczna zakłada stałą troskę o jakość edukacji historycznej w szkołach i mediach, a także nieustanne podejmowanie wysiłków, by nie tylko upamiętnić dzieje naszego państwa i narodu, ale także podtrzymywać ich żywą obecność w świadomości obywateli. Niezbędne jest wspieranie programów badawczych i projektów edukacyjnych upowszechniających wiedzę na temat naszej przeszłości, a także instytucji

Das Zitat verdeutlicht einerseits die Erweiterung um die internationale Ebene, die dem spezifischen historischen Ursprung des Begriffs in Polen geschuldet ist, und andererseits die Verengung des Begriffes, die darin begründet ist, dass der Begriff auf die Ansprüche der nationalkonservativen Position zugeschnitten wurde: Nationale Identität als Grundlage für die politische Gemeinschaft, nationale Identifikation als Basis für Mitwirkung am Gemeinwohl. Geschichte dient hier zur Stärkung der nationalen Identitätsbildung immer auch in Abgrenzung zu und Kampf mit den geschichtspolitischen Identitätsbildungen anderer Nationen. Die Aufgabe des Staates liegt in der Förderung entsprechender Geschichtsdeutungen.

Die innenpolitische Dimension der *polityka historyczna* bestand im Vorwurf, die politischen Eliten der *III. Rzeczpospolita* hätten – laut einer milderer Version durch Vernachlässigung, laut einer radikaleren auf bewusste Weise – die Geschichte als zentrales Element polnischer nationaler Kultur vernachlässigt. Das geschichtspolitische Programm der Partei PiS basierte somit insgesamt auf dem Heraufbeschwören von Feinden der nationalen polnischen Kultur und Identität im In- und Ausland. Der Einfluss der Denkschule Carl Schmitts, der von einem immerfort währenden Kampf, von einem für die Politik wesentlichen Freund-Feind-Schema ausgeht, darüber hinaus der Einfluss von polnischen Vordenkern der Nationaldemokratie, wie Roman Dmowski, der die Identifikation der Staatsbürger mit der polnischen Nation als

dokumentujących i popularyzujących historię. Zewnętrzny aspekt polityki historycznej obejmuje wszelkie działania mające na celu popularyzację poza granicami Polski szczególnie istotnych faktów z naszych dziejów. Polska odegrała wyjątkową rolę w XX-wiecznej historii zmagania ze zbrodniczymi systemami totalitarnymi. Tymczasem obecnie mamy do czynienia z próbami relatywizacji odpowiedzialności za wywołanie II wojny światowej i zbrodnie popełnione w czasie jej trwania. W ramach polskiej polityki historycznej: utworzymy Muzeum Wolności – nowoczesną instytucję muzealno-edukacyjną, ukazującą dzieje Polski przez pryzmat tak zawsze ważnej dla Polaków idei wolności, poprawimy jakość edukacji historycznej w szkołach, wzmocnimy programy i instytucje – zarówno publiczne, jak i niezależne dokumentujące i popularyzujące historię.” Prawo i Sprawiedliwość, Program 2005 (2005).

notwendige Grundlage für das Funktionieren des politischen Systems ansah²⁴, ist klar erkennbar.

Die Kritiker der *polityka historyczna* führten unter anderem an, dass eine aus Warschau gesteuerte Vermittlung eines homogenen nationalpolnischen Geschichtsbildes der Realität unterschiedlicher, teilweise sich widersprechender, kollektiver Erinnerungen z. B. von Minderheiten oder Regionen nicht gerecht werde.²⁵ Jedenfalls blieb es bei der Lesart des Begriffs als nationalkonservatives, staatszentriertes innen- und außenpolitisches Programm, sodass sich Kommentatoren in Befürworter und Gegner teilten. Eine unpolitische Beschäftigung mit dem Begriff und die Überführung in eine kühle Auseinandersetzung im wissenschaftlichen Bereich hatte in Polen kaum begonnen²⁶, da endete in etwa mit dem Wahlsieg der PO (*Platforma Obywatelska*, Bürgerplattform) im Oktober 2007 die rege, über Medien, Vorträge und Publikationen geführte Diskussion zum Thema *polityka historyczna* abrupt. Der Begriff, ebenso wie das Konzept der kollektiven Erinnerung in ihrem Verhältnis zu nationaler Identität, hat sich zwar im politischen Bereich etabliert und taucht daher immer wieder auf. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der polnischen Geschichte der *polityka historyczna* verstanden als spezifisches politisches Programm, ebenso wie mit der

²⁴ Roman Dmowskis ideologisches Hauptwerk: Dmowski, *Myśli nowoczesnego Polaka* [Gedanken eines modernen Polen] (1933).

²⁵ Kritische Kommentare zur „*polityka historyczna*“ finden sich beispielsweise bei: Leszczyński, *Nadeszła „polityka historyczna”* [Die „*polityka historyczna*“ ist da] (2007); Kaczyński, *Pustynia historyczna?* [Geschichtswüste?] (2008); Machcewicz, *Debata o stosunku III RP do przeszłości. Dwa mity ideologów polityki historycznej IV RP* [Die Debatte über das Verhältnis der III RP zur Vergangenheit. Zwei Mythen der Ideologen der Geschichtspolitik der IV RP] (2008).

²⁶ Insbesondere sind die folgenden beiden Monographien zum Thema Geschichtspolitik in Polen entstanden: Nijakowski, *Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny* [Polnische Erinnerungspolitik. Ein soziologischer Essay] (2008); Traba, *Przeszłość w teraźniejszości : polskie spory o historię na początku XXI wieku* [Die Vergangenheit in der Gegenwart: Polnische Auseinandersetzungen über die Geschichte am Anfang des 21. Jahrhunderts] (2009); Siehe auch den Sammelband: François et al. (2013).

Beziehung zwischen Geschichte und Politik auf einer grundsätzlicheren, theoretischen Ebene ist in Polen bisher ausgeblieben.

3.2.4 Wissenschaftliche Arbeiten zu „*polityka historyczna*“

Die politische Nutzung des Begriffs in Polen führte zu einer starken Verengung zu einem bestimmten politischen Programm. Gleichzeitig sind Versuche vorhanden, den Begriff zu definieren, ihn einer wissenschaftlichen Reflexion zuzuführen. Die Grenzen sind hierbei fließend, was daran liegt, dass die meisten an der polnischen Debatte beteiligten Personen zugleich wissenschaftlich tätig sind – meist sind es Historiker – und auch politisch aktiv waren oder sind.

Interessanterweise ist als Alternative zum Begriff *polityka historyczna* der Begriff *polityka pamięci* aufgekommen, was man wörtlich mit „Erinnerungspolitik“ übersetzen könnte. Mit der Unterscheidung wird unterschiedliches verbunden. Tomasz Nałęcz, Historiker und seinerzeit Berater des Staatspräsidenten Bronisław Komorowski, insbesondere in historisch-kulturellen Angelegenheiten, hat sich in einem Interview für den genannten Alternativbegriff ausgesprochen, als Abgrenzung zur *polityka historyczna*, worunter er die Art und Weise versteht, wie der Vorgänger Komorowskis, Lech Kaczyński, Geschichte als „Waffe“ in der Politik benutzt habe. Präsident Bronisław Komorowski hingegen benutze den Begriff *polityka pamięci*, die präsentiert wird als Bemühung um die Herstellung von Einheit – im Gegensatz zu parteipolitischen Differenzen, die im Parlament vorherrschend seien – wozu auch die Akzeptanz gehöre, dass es unterschiedliche Erinnerungen in der Gesamtheit der Bevölkerung gebe.²⁷

Eine wissenschaftliche Konzeptualisierung des Begriffs *polityka pamięci* versucht Lech Nijakowski,²⁸ der zu jenen Kritikern der *polityka historyczna* gehört, die insbesondere auf den hegemonialen und staatszentrierten Anspruch des Programms hinweisen, wodurch etwa

²⁷ Pilawski, *Polityka historyczna do kosza* [*Polityka historyczna* – ab in den Papierkorb] (2012).

²⁸ Nijakowski (2008: 43ff.).

Geschichtsinterpretationen von Minderheiten (bei Nijakowski: Erinnerungsgemeinschaften²⁹) unterdrückt würden. Er schlägt drei Fassungen des Begriffes vor. In einem weiten Sinne bedeute *polityka pamięci* „jegliche Tätigkeiten – bewusste und unbewusste, intentionale und zufällige – welche zur Festigung und Verstärkung der kollektiven Erinnerung der Polen oder ihrer Veränderung führen.“³⁰ Hier seien alle Bürger beteiligt, etwa wenn sie die Erinnerungen ihrer Großeltern publizieren oder an Feiern zu Jahrestagen teilnehmen. „Aus dem Aufeinandertreffen divergierender Visionen geht eine gemeinsame Vorstellung der Vergangenheit und ihre Bewertung hervor.“ *Polityka pamięci* im engeren Sinne hingegen seien jene „Tätigkeiten, die das Individuum intentional auf dem öffentlichen Forum unternimmt mit dem Ziel, die kollektive Erinnerung (*pamięć zbiorowa*) der Bürger zu festigen oder zu verändern.“ Eine zusätzliche Eingrenzung des Begriffs – hier wählt der Autor den Zusatz *państwowa polityka pamięci* (staatliche Erinnerungspolitik) sei durch eine Fokussierung auf „jegliche intentionalen Tätigkeiten von Politikern und staatlichen Verwaltungsbeamten, die eine formale Legitimierung haben, deren Ziel die Festigung, Beseitigung oder Neudefinition bestimmter Inhalte der gesellschaftlichen Erinnerung (*pamięć społeczna*)“ möglich. Diese Begriffsdefinition sei dem Propagandabegriff sehr ähnlich, so der Autor weiter, und „der Staat strebt durch seine Organe eine solche Änderung der kollektiven Erinnerung der Bürger an, die seine Legitimität stärkt“ wobei sowohl Demokratien als auch autoritäre Regime derartige Propaganda einsetzten. Die „staatliche Erinnerungspolitik (*polityka pamięci*) wäre somit Propaganda als Prozess der Kontrolle der Informationen die im Umlauf sind (...) der Leitung der öffentlichen Meinung und Manipulierung der Vorbilder für Handlungen der Bürger mit Hilfe der Schulbildung und persuasiven öffentlichen Inhalten“.³¹

Wie Nijakowski selbst konstatiert, entspricht die letztgenannte „staatliche Erinnerungspolitik“ in etwa dem in Polen gängigen Verständnis von *polityka historyczna*.

²⁹ Nijakowski (2008: 263).

³⁰ Nijakowski (2008: 43).

³¹ Nijakowski (2008: 44f.)

3.3 Zusammenfassung: Begriffsgeschichte in Deutschland und Polen

Insgesamt ist die wissenschaftliche Konzeptualisierung des Begriffes Geschichtspolitik in Deutschland am weitesten vorangeschritten, was u. a. mit der zeitlichen Distanz zur politisch „heißen“ Phase der Debatte zusammenhängen dürfte. In Polen ist Geschichtspolitik sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft zum Thema geworden, das aber bis heute kaum an politischer „Hitze“ verloren hat. Der Flugzeugabsturz bei Smoleńsk im April 2010 hat zu einem erneuten Aufflammen emotional geladener geschichtspolitischer Debatten beigetragen. So sehr die wissenschaftliche Diskussion in Polen also von den „kühleren“ Ansätzen aus Deutschland profitieren kann, ist im Hinterkopf zu behalten, dass sowohl in Polen als auch in Deutschland die spezifischen Umstände des Aufkommens des Begriffes ihre Spuren hinterlassen haben. Augenscheinlichstes der bereits erwähnten Merkmale ist der Blick auf die „internationale Geschichtspolitik“ im Sinne eines internationalen Kampfes um historische Deutungshoheit, der in der deutschen Geschichtspolitikforschung weitgehend unberücksichtigt bleibt – wiederum ein deutsches Spezifikum, denn hier drehte sich die Geschichtspolitikdebatte um die Frage nach dem Umgang mit der eigenen Geschichte des Nationalsozialismus.³²

Der Transfer verweist zugleich auf potenzielle gesellschaftliche Auswirkungen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Geschichtspolitik: Sie erhellt das Verständnis des „Verwendungszusammenhangs zwischen Geschichte und Politik“ zugleich für den Regierten, der diesen durchschauen und ihm gegenüber einen bewussteren Standpunkt einnehmen kann, wie auch für den Regierenden, für den dasselbe gilt.

³² Als Ausnahme wäre der Artikel von Horst-Alfred Heinrich anzuführen, der zwar auf den intranationalen Vergleich fokussiert, gleichzeitig aber auf Vergleiche „in“ und „über“ die Geschichte zwischen unterschiedlichen Nationen anwendbar ist: Heinrich, Erklärung von Geschichtspolitik mittels der Theorie sozialer Identität (2008).

4 Theorie der Geschichtspolitik

Das wechselseitige Verhältnis von Geschichte und Politik als Forschungsfrage hat in der deutschsprachigen Forschung zahlreiche interessante Ergebnisse hervorgebracht. Als besonders fruchtbar erwiesen sich hierbei Ansätze, in welchen die Perspektiven mehrerer Disziplinen, insbesondere der Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft, aber auch der Sprachwissenschaft und kulturwissenschaftlicher Ansätze, miteinander verbunden wurden. Das folgende Kapitel konzentriert sich auf Ansätze zur theoretischen Präzisierung des Geschichtspolitikbegriff, außer Acht gelassen werden einzelne Fallstudien zum Thema, welche den Geschichtspolitikbegriff in der Regel einsetzen ohne ihn vorab explizit zu reflektieren.³³

4.1 Die Funktionen von Geschichtspolitik

4.1.1 Christoph Steinbach, Karl-Georg Faber: Geschichtspolitik aus Sicht des Historikers

In seinem Artikel „Historische Argumentationen in politischen Reden und Leitartikeln zum 30. Jahrestag der deutschen Kapitulation von 1945“ der im Rahmen der Tagung für Geschichtsdidaktik im Oktober 1977 in Osnabrück entstand, behandelt Christoph Steinbach die „Instrumentalisierung historischer Reflexion“, die „trotz ihrer Unangemessenheit“ kontinuierlich praktiziert werde.³⁴ Dabei geht es ihm darum, „anhand einzelner Beispiele Ansatzpunkte für ein kritisches Verfahren zu gewinnen, mit dessen Hilfe historische

³³ Eine Ausnahme bietet die Dissertation von Manuel Becker (Universität Bonn, 2013) welche den Geschichtspolitikbegriff und verwandte Konzepte ausführlich behandelt: Becker, Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“. Konzeptionen und Kontroversen (2013).

³⁴ Steinbach, Historische Argumentation in politischen Reden und Leitartikeln zum 30. Jahrestag der deutschen Kapitulation von 1945 (1979: 237).

Argumentationen in der Öffentlichkeit analysiert werden können.³⁵ Als Beispiele dienen dem Autor Reden von Willy Brandt, Walter Scheel und Helmut Schmidt. „Dabei [bei der Formulierung der Lehren die aus der Geschichte gewonnen werden] erspart es sich H. Schmidt, jeweils die historischen Vorgänge und Zustände zu analysieren oder auch nur beschreibend anzudeuten, sondern benennt lediglich, was gelernt worden ist, und setzt, ohne es auszusprechen, voraus, daß zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft das Gegenteil der Fall war.“³⁶ Dieser Argwohn gegenüber den „Instrumentalisierungen“ der Geschichte durch die Politiker setzt sich bis in die Schlussfolgerungen fort: „Die unreflektierte Berufung auf die Geschichte als eine objektive Instanz, die Unbestimmtheit von Begriffen und Aussagen über Zusammenhänge, die verkürzte Darstellung und einseitige Auswahl von historischen Sachverhalten, die Tendenz zu monokausalen Erklärungsformen und zur Ausblendung sozialgeschichtlicher Aspekte, der Versuch, die eigene Interpretation als einzig mögliche auszuweisen, und der Verzicht auf Auseinandersetzung mit anderen Interpretationen, die fehlende Reflexion über das, was die historische Reflexion in Bezug auf die Erkenntnis gegenwärtiger Zustände und die Bestimmung von politischen Zielen leisten kann, tragen dazu bei, daß historische Reflexion affirmativ im partikularen Interesse von Personen und Gruppen benutzt werden kann. Negativ ausgedrückt wird auf diese Weise verhindert, daß historische Reflexion sich zum kritischen Korrektiv eines unreflektierten historischen und politischen Bewußtseins entwickelt.“³⁷

Der Autor bemisst die historischen Referenzen der Politiker nach Kriterien, wie sie in der Geschichtswissenschaft gelten – etwa als Gegensatz von „Objektivität“ und „Parteilichkeit“ entsprechend J. Kockas Aufsatz „Angemessenheitskriterien historischer Argumente“.³⁸

³⁵ Steinbach (1979: 238)

³⁶ Steinbach (1979: 253)

³⁷ Steinbach (1979: 259).

³⁸ Kocka, Angemessenheitskriterien historischer Argumente (1977). J. Kocka entwickelt seine Überlegungen aus der Praxis der Geschichtswissenschaft heraus und geht auch in seinen Schlussfolgerungen nicht über den Bereich der Wissenschaft hinaus. C. Steinbach zählt diesen Aufsatz in seiner Literaturliste auf.

Historischen Referenzen in der Politik den Forschungsstand und die Forschungsstandards der Geschichtswissenschaft entgegenzuhalten: Das *kann* als gesellschaftliche Rolle des Historikers angesehen werden. Auch werden die Referenzen nur dann in ihren Feinheiten verständlich – etwa wenn Fakten verdreht oder ausgelassen werden³⁹ – wenn der Beobachter sowohl Forschungsstand als auch nicht-wissenschaftliche gängige Interpretationsweisen überblicken kann. Bleibt man bei dieser Perspektive stehen, geraten aber wesentliche Elemente von Geschichtspolitik außerhalb des Blickfeldes. Zum einen bleibt außer Acht, dass „monokausale Erklärungsformen“, „verkürzte Darstellungen“, „der Versuch, die eigene Interpretation als einzig mögliche auszuweisen“ und ähnliche „Verzerrungen“ auf den spezifisch *politischen* (und auch: rhetorischen) Charakter von Geschichtspolitik hinweisen.⁴⁰ Gerade die „Instrumentalisierung“, also die Nutzung von Geschichte zu politischen Zwecken, muss als interessanter Untersuchungsgegenstand berücksichtigt werden. Dies führt uns zu dem mehrfach zitierten⁴¹ Appell des Historikers K.-G. Faber:

³⁹ Frei nach dem auf einer Aussage Mark Twains basierenden Motto „Man muß die Fakten kennen, bevor man sie verdrehen kann“ ließe sich behaupten, dass man die Fakten auch kennen muss, um „verdrehte“ Fakten wieder „zurechtzubiegen“.

⁴⁰ „Mit anderen Worten: Auch mit wissenschaftlich unhaltbaren Vergangenheiten lässt sich im politischen Feld reüssieren, denn die historische Realität der Wissenschaft ist eine andere als die der Politik.“ Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung (2005: 31). Vgl. auch: Oehler, Geschichte in der politischen Rhetorik. Historische Argumentationsmuster im Parlament der Bundesrepublik Deutschland (1989: 5 und 17). E. Wolfrum hierzu: „Grundsätzlich ist Geschichte nur auf den ersten Blick auf die Dimension der vergangenen Wirklichkeit festgelegt. Sie ist auch ein politischer Faktor ersten Ranges.“ Wolfrum, Geschichtsbilder im politischen Diskurs - eine Skizze (2009: 209). Und: „(...) der Streit um historische Symbole und Deutungen ist hier [in der politischen Praxis] nichts anderes als ein von verschiedenen Kräften ausgetragener Kampf um politische Konzepte.“ Wolfrum, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89) (1998: 384).

⁴¹ Das Zitat findet sich bei: Rensing, Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949 – 1984 (1996: 2). Der Forderung K.-G.Fabers stellt Rensing die Feststellung eines Mangels an konkreten Untersuchungen und theoretischen Grundlagen seitens der

„Ist also dieser Verwendungszusammenhang zwischen Geschichte und Politik als ein permanenter ausgemacht, dann kann sich der die Stellung seines Faches reflektierende Historiker nicht damit begnügen, ihn entweder als mißbräuchlich im allgemeinen oder im besonderen Falle zu beklagen oder als angemessen zu loben, wenn er sich einmal mit den geschichtsphilosophischen Prämissen oder den politischen Präferenzen des Beurteilers in Übereinstimmung befindet. Er sollte ihn vielmehr – und zwar am Ort der politischen Praxis – zum Gegenstand einer zugleich historischen und theoretischen Untersuchung machen.“⁴²

Hier ist ein politikwissenschaftliches Interesse des Historikers hilfreich. Denn historische Referenzen in der Politik sind immer beides: historisch und politisch. Sie erfüllen immer auch politische Funktionen – mag auch ein Akteur im politischen Setting noch so sehr beabsichtigen und beteuern, seine Aussage sei ausschließlich der Versuch einer objektiven Wiedergabe der Vergangenheit. Diese Doppelgesichtigkeit von Geschichtspolitik als Teil politischer Prozesse und als Wahrheitsanspruch auf historische Wahrheit gilt es zum Untersuchungsgegenstand zu machen.

Zweitens verdeutlicht das Beispiel, dass zur Untersuchung und Erklärung von Geschichtspolitik der „positivistische“ geschichtswissenschaftliche Ansatz ergänzt werden muss. Dieser ist, wie gesagt, hilfreich um die historischen Referenzen im Detail zu verstehen. Er kommt auch dann wieder zum Einsatz – so auch in der vorliegenden Arbeit – wenn eine „Geschichte der Geschichtspolitik“ geschrieben wird. Die „Instrumentalisierung“ von Geschichte zu gegenwärtigen Zwecken weist jedoch auf die gegenwärtige Dimension jeder Geschichtsdarstellung und -deutung hin, die im politischen Bereich mindestens genauso wirkmächtig ist, wie dies in der Geschichtsforschung – in Form einer unvermeidlichen, etwa sozialen, politischen, kulturellen, religiösen oder persönlichen Voreingenommenheit des

Geschichtswissenschaft gegenüber. Etwa 15 Jahre später verweist auch H. Schmid auf das Zitat Fabers und veranschaulicht in seinem Artikel, dass der Mangel einer beachtlichen Forschungsarbeit am Begriff Geschichtspolitik gewichen ist: Schmid (2009: 67)

⁴² Faber (1975: 268).

Forschens – der Fall ist. Geschichte erscheint aus dieser Perspektive in erster Linie nicht als Versuch einer möglichst objektiven Erschließung der Vergangenheit, wie sie tatsächlich gewesen ist, sondern als in gegenwärtigen Umständen gebildete Narration.

Diese Perspektive ist auch in der Geschichtswissenschaft längst umfangreich thematisiert worden und so betreten wir hier keineswegs Neuland. Prominentes Beispiel für den „narrative turn“ in der Geschichtswissenschaft ist Hayden Whites⁴³ poetologisches Verständnis von Geschichte und auch Jörn Rüsen, auf den noch zurückzukommen sein wird, geht von dieser Perspektive aus.

Geschichtspolitik, so die Schlussfolgerung, kann am erfolgversprechendsten untersucht werden, wenn der geschichtswissenschaftliche Zugang die Gegenwartsbedingtheit und -wirksamkeit von Geschichte mit in den Blick nimmt und durch politikwissenschaftliche Konzepte erweitert wird.

Ersteres kann – jedenfalls in der deutschsprachigen Forschung zu Geschichtspolitik – mittlerweile als Grundkonsens angenommen werden. Und Harald Schmid konstatiert als Teil des kulturwissenschaftlichen Beitrags zur Geschichtspolitiktheorie: „Nur mit dieser Beschränkung der erwähnten zweifachen Bedeutung von Geschichte auf die Vergegenwärtigungsform von Vergangenheit ist ein sinnvoller Begriff von Geschichtspolitik zu entwickeln.“⁴⁴ Der Erfolg wissenschaftlicher Ansätze, die sich mit individuellen und kollektiven Formen von Erinnerung und Identität beschäftigen, hat hierzu beigetragen.

Mehrere Arbeiten zur theoretischen Beziehung zwischen „vergegenwärtigter“ Geschichte und „politischer Praxis“ liegen bereits vor. Ihnen gemeinsam ist das jeweils mehr oder weniger gut gelöste Problem der Beziehung zwischen den Konzepten „Identität“ und „Legitimität“, die immer wieder aufscheinen, deren Beziehung aber letztendlich ungeklärt bleibt. Es handelt sich hierbei um zentrale Begriffe der Kulturwissenschaft im einen und der Politikwissenschaft

⁴³ White, *Metahistory. The historical imagination in nineteenth-century Europe* (1997).

⁴⁴ Schmid (2008: 76). Vgl. auch: Bach, *Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages* (1977: 11ff.).

im anderen Falle, deren Vermittlung eine interdisziplinäre Herausforderung darstellt, die bisher nicht überzeugend gelöst worden ist.

4.1.2 Geschichtspolitik bei Edgar Wolfrum

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff „Geschichtspolitik“ wurde wesentlich geprägt durch die Arbeiten des Historikers Edgar Wolfrum, beginnend mit dessen Habilitationsschrift „Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990“.⁴⁵ Es ist in großem Maße den Arbeiten Wolfrums zuzuschreiben, dass sich „Geschichtspolitik“ gegenüber verwandten Begriffen wie „Vergangenheitspolitik“, „Gedächtnispolitik“ und „Erinnerungspolitik“ durchsetzen konnte⁴⁶, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass Wolfrum den Begriff mit zahlreichen Aspekten des Zusammenhangs zwischen Geschichte und Politik auflädt anstatt ihn auf eine Definition festzulegen. Neben (politischen) Funktionen dienen ihm auch die Abgrenzung zum Begriff „Vergangenheitspolitik“, der Anspruch Geschichtspolitik sei eine „politisch-pädagogische Aufgabe“, der Verweis auf das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sowie die Dreidimensionierung des Politikbegriffs (*polity, policy, politics*)⁴⁷ dazu, den Begriff zu umschreiben.

⁴⁵ Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung; 1948–1990* (1999a).

⁴⁶ Schmid (2009); Troebst, *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (2010b). Zur Nutzbarmachung des Geschichtspolitikbegriffs beigetragen hat auch der von Edgar Wolfrum und Peter Steinbach 1997 gegründete Arbeitskreis „Geschichte und Politik“ an der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft der gegenwärtig zwar ohne seine Gründer wirkt, aber den Geschichtspolitikbegriff weiterhin meist als zentralen herausstellt. Siehe die Selbstbeschreibung auf der Website des Arbeitskreises: *Arbeitskreis Politik und Geschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft: Was ist Geschichtspolitik?* Online aufrufbar: <https://www.dvpw.de/gliederung/ak/ak-politik-und-geschichte/ueber-uns.html> (am 6.1.2011).

⁴⁷ Wolfrum (2009: 210).

Im Rahmen seiner Begriffsbeschreibungen nennt Wolfrum einige politische Funktionen von Geschichtspolitik:

(1) Identitätsstiftung durch „öffentliche Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern“⁴⁸, durch „Deutung historischer Ereignisse“⁴⁹. „Geschichte „kann als Bindemittel dienen, um nationale, regionale, soziale oder andere Gruppen zu integrieren; sie kann aber auch ausgrenzen (...).“⁵⁰

(2) Mit Geschichte lässt sich „kollektive Identität“ in „politische Legitimität ummünzen.“⁵¹

(3) Politische Gegner können „diffamiert“⁵², „delegitimiert“ werden, „Skandale“ können „provoziert“ werden, „Auseinandersetzungen“ werden „polarisiert“.⁵³

(4) Das „eigene Handeln“ wird „legitimiert“.⁵⁴

(5) „Moderne Demokratien werden durch Deutungszusammenhänge mobilisiert“.⁵⁵

Die beiden zentralen Konzepte, die hier zum Einsatz kommen und mit „Geschichtsbildern“ in Verbindung gebracht werden, sind diejenigen der „Identität“ und der „Legitimität“. Identität wird auf Gruppen bezogen und über öffentliche „Geschichtsbilder“ gebildet. Die Möglichkeit der Legitimierung und Delegitimierung wird sowohl auf politische Akteure wie auch auf

⁴⁸ Wolfrum (1999a: 32).

⁴⁹ Bock & Wolfrum (1999a: 9).

⁵⁰ Wolfrum, Geschichtspolitik in Bayern. Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewußtsein nach 1945 (2004: 350).

⁵¹ Wolfrum, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89) (1998: 382). Unterstreichung durch F.Z.

⁵² Sachse & Wolfrum, Stürzende Denkmäler. Nationale Selbstbilder postdiktatorischer Gesellschaften in Europa - Einleitung (2008: 13).

⁵³ Wolfrum (1999b: 58).

⁵⁴ Sachse & Wolfrum (2008: 13) Unterstreichung durch F.Z.

⁵⁵ Wolfrum (1999b: 58) Unterstreichung durch F.Z.

Handlungen bezogen. Der theoretische Zusammenhang zwischen den Konzepten Legitimität, Identität und Geschichtsbild bzw. -deutung wird aber nicht expliziert. Darüber hinaus wird die Mobilisierung als selbständige Funktion genannt.

Die breit angelegte Auffassung erlaubt einen vielseitigen Einsatz, das Fehlen einer eindeutigen Definition⁵⁶ macht es jedoch nötig, den Begriff für den eigenen Gebrauch jeweils klar zu bestimmen. Eine theoretische Fundierung findet sich bei Wolfrum nicht. Die Anwendung der in den Politikwissenschaften üblichen Dreiteilung in Politikdimensionen (*policy*, *polity*, *politics*) erlaubt zwar die differenziertere Betrachtung einzelner geschichtspolitischer Phänomene, die immer in allen drei Dimensionen mehr oder weniger ausprägen, ersetzt aber nicht die Einbettung in eine – z. B. politikwissenschaftliche – Theorie.

4.1.3 Geschichtspolitische Funktionen bei Günther Sandner

Eine umfangreiche Auflistung von Funktionen von Geschichtspolitik bietet Günther Sandner.⁵⁷ Die Funktion (1) „Traditionsstiftung und Kontinuität“ meint „Stabilisierung von Herrschaft“ durch Herstellung von Traditionen und Kontinuität, schließt aber auch „unterdrückte Traditionen“ (z. B. „oppositionelle Minderheitengeschichte“ versus „totalisierender Anspruch offizieller Geschichtskonstruktion“) mit ein.⁵⁸ Die Funktion (2) „Legitimierung-Delegitimierung“ bezieht Sandner auf gesamte politische Systeme (z. B. Antifaschismus zur Legitimation der DDR). „Erinnerung“ kann als „fundierende“ den „Herrschaftskonsens“ absichern, oder als „kontrapräsentische“ (hier bezieht sich Sandner auf Jan Assmann⁵⁹) zur „Gegengeschichte“ werden und „Widerstand leisten“.⁶⁰ Bei der

⁵⁶ Eine Kritik des Geschichtspolitikbegriffs Wolfrums in dieser Hinsicht versucht: Seybold, *Geschichtskultur und Konflikt. Historisch-politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart* (2005).

⁵⁷ Sandner, *Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik* (2001).

⁵⁸ Sandner (2001: 7f.).

⁵⁹ Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen*

Beschreibung der Funktion (3) „(kollektive) Identität“ stützt sich Sandner auf ein Zitat von E. Wolfrum, demzufolge Geschichte „gemeinsame Bezüge zwischen diffusen Gruppen zu schaffen“ vermag; „mit ihr läßt sich kollektive Identität stiften und in politische Legitimation ummünzen“.⁶¹ Mit (4) „Antizipation-Emanzipation“ ist der – vom Autor selbst in Frage gestellte – „pädagogische Nutzen“ der Geschichte gemeint, also die Frage, ob man aus Geschichte lernen könne. „Emanzipation“ meint das „emanzipatorische Potenzial“ des „kollektiv Erinnerten“ sowohl im totalitären System als auch bei oppositionellen Bewegungen und in demokratischen Gesellschaften.⁶² Mit (5) „(Nationale und/oder) soziale Integration“ ist gemeint, „dass die kollektiv erinnerte gemeinsame Geschichte positiv integrierend wirken kann, wenn sie das Gemeinschaftliche, das Klassen- und Gruppenübergreifende, das gesellschaftliche Spaltungen Überwindende artikuliert.“⁶³

Eine fundamentale Schwäche dieser Liste von Funktionen und Aspekten besteht in der fehlenden Abgrenzung der einzelnen Funktionen voneinander, was der Autor selbst auch einräumt. So ist die Funktion der „Emanzipation“ gleichzeitig Teil der „Delegitimation“ von Herrschaftsordnung. Es ist nicht klar, wie und wann Identität in Legitimität „umgemünzt“ wird. „Kontinuität und Tradition“ als Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen ist von „Legitimation“ nicht zu unterscheiden. Interessante Konzepte aus verschiedenen Disziplinen, wie „(kollektive) Identität“, „(kollektive) Erinnerung“, „Legitimität“, „Integration“, „Kontinuität“, „Lernen aus Geschichte“ und „Emanzipation“ werden angerissen, ohne dass ihr Verhältnis zueinander klar gemacht wird. Daher ergibt sich die selbe theoretische Schwäche wie im Falle des Geschichtspolitikbegriffs von E. Wolfrum.

Hochkulturen (2007: 79f.).

⁶⁰ Sandner (2001: 8).

⁶¹ Sandner (2001: 8f.).

⁶² Sandner (2001: 9).

⁶³ Sandner (2001: 9f.).

4.1.4 Erinnerungspolitik bei Michael Kohlstruck

Michael Kohlstrucks Konzeption des Begriffs „Erinnerungspolitik“, den er von Edgar Wolfrums Geschichtspolitikbegriff abgrenzt, kann gelesen werden als Versuch, die unterschiedlichen Aspekte, die sich im Rahmen der Beschäftigung mit dem Wechselverhältnis zwischen Geschichte und Politik ergeben haben, in ein konsequent politikwissenschaftliches Konzept zu überführen und einzugrenzen.⁶⁴ Es sind interagierende politische Akteure, die „mittels Erinnerungsstrategien Legitimation für ihre politischen Projekte“ schaffen. „Dazu werden (...) bestimmte historische Ereignisse, Personen oder Handlungen ausgewählt und (...) in einer dem eigenen Vorhaben förderlich erscheinenden Weise interpretiert. Diese Deutungen werden fünftens sprachlich oder in anderer Weise symbolisch kommuniziert und können damit öffentlich wirksam werden.“⁶⁵ Die „politischen Projekte“ determinieren hier, ob und auf welche Weise Geschichte zum Einsatz kommt. Legitimation wird zur einzigen politisch relevanten Funktion von Geschichte. Gleichzeitig scheint aber auch das Identitätskonzept wieder auf:

„Erinnerung kommt schließlich innerhalb pluralistischer Gesellschaften zum Tragen als ein Medium, in dem die unterschiedlichsten Akteure um gesellschaftliche oder politische Macht konkurrieren. Solche Akteure stehen einmal vor dem Problem, sich ein spezifisches Profil zu geben, so dass sie gesellschaftlich unverwechselbar werden. Zum anderen wollen sie ihren Einfluss auf die Gestaltung von Gesellschaft erhöhen und den ihrer Konkurrenten verringern. Erinnerung ist eines der Themenfelder, auf dem sich die eigene Identität und Wert- und Normorientierung konkretisieren lässt. In der jeweils bestimmten Bewertung von Vergangenheit und in den Folgerungen, die

⁶⁴ Kohlstruck (2004).

⁶⁵ Kohlstruck, Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie (2004: 181). Problematisch ist die Reduktion von Geschichte auf Erinnerung, die aber im Ansatz nicht konsequent durchgehalten ist, wie im angegebenen Zitat etwa der Begriff „Interpretation“ verdeutlicht.

sich daran anschließen, werben Akteure um ihre eigene Legitimität und um Anhänger.“⁶⁶

Damit wird aber Identität (bzw. „Profil“) zu einer eigenständigen politischen Funktion von Geschichte. Als weitere Funktion tritt das Werben um „Anhänger“ auf, das man als „Mobilisierungsfunktion“ fassen könnte. Der Erinnerungspolitik-Ansatz von Kohlstruck verliert durch die Zuspitzung auf die Funktion der „Legitimation politischer Projekte“ jene Aspekte aus dem Blickfeld, welche mit Identitätsbildung zusammenhängen. Eine Integration gelingt nicht, da sich Identität nicht auf Legitimität reduzieren lässt (und umgekehrt).

4.1.5 Geschichtspolitische Funktionen bei Horst-Alfred Heinrich: I. Politisches System und politische Kultur

Einen interessanten Versuch, Geschichtspolitik im Allgemeinen und geschichtspolitische Argumentationen im speziellen in ein politikwissenschaftliches Modell zu integrieren liefert Horst-Alfred Heinrich. Er schlägt in seinem Artikel „Kollektive Erinnerungen im politischen System“⁶⁷ ein Modell des politischen Systems vor, in dem erinnerte Vergangenheit berücksichtigt wird. Vom Politikmodell David Eastons ausgehend, bezieht Heinrich die Arbeiten von D. Fuchs zur politischen Kultur mit ein und erweitert dessen Modell, indem er einerseits zwischen Speicher- und Funktionsgedächtnis unterscheidet und andererseits die Auswirkungen von kollektivem Gedächtnis auf das politische Regime, die durch die politische Kultur vermittelt werden, durch Auswirkungen des politischen Regimes auf das kollektive Gedächtnis erweitert.

Inhalte des Speichergedächtnisses (historisches Wissen, das gegenwärtig nicht präsent ist, z. B. wegen mangelnder Gegenwartsrelevanz)⁶⁸ können demnach vergegenwärtigt werden, indem sie in das Funktionsgedächtnis gehoben werden. Diese „Hinwendung zu den

⁶⁶ Kohlstruck (2004: 177).

⁶⁷ Heinrich, Kollektive Erinnerungen im politischen System (2009).

⁶⁸ Heinrich (2009: 85).

archivierten Wissensbeständen bedarf einer zielgerichteten Anstrengung⁶⁹ z. B. durch politische Akteure, die nach historischer Legitimation streben. Das Funktionsgedächtnis wirkt sich einerseits über Traditionsvermittlung auf die Sozialisation aus. Es gibt „den Individuen, vermittelt über die Sozialisationsinstanzen, ein Sinnangebot an die Hand, das die das System legitimierenden Werte und Normen aus der Geschichte herleitet und als allgemein akzeptierten und bewahrenswerten Traditionsbestand für verbindlich erklärt. (...) Indem soziale wie politische Systeme die bestehenden Verhältnisse mittels (..) Analogieschlüsse untermauern und plausibel machen, ersparen sie ihren Mitgliedern kognitive Energien. Die Einzelnen sind weder gezwungen zu begründen, warum sie in diesem politischen System leben, noch müssen sie sich bewusst machen, warum letzteres so ist, wie es sich ihnen darstellt.“⁷⁰

Zweitens wirkt sich das Funktionsgedächtnis legitimierend auf politisches Handeln aus: „Definitionsgemäß bemühen sich politische Akteure darum, Legitimität für ihr Handeln einzuwerben. Sie berufen sich auf Erinnerung oder Tradition unter anderem dann, wenn sie ihr eigenes politisches Handeln rechtfertigen oder sie das des politischen Gegners in Frage stellen möchten. Mehr noch als bei der Vermittlung der grundlegenden Werte des politischen Systems beruht der Verweis auf vergangene Erfahrungen bei erinnerungspolitischen Argumentationen des politischen Alltagsgeschäfts auf Analogieschlüssen. Die Akzeptanz oder Ablehnung von politischen Willensäußerungen oder Programmen wird nahegelegt, weil sich eine ähnliche Entscheidung in einer vergleichbaren Situation in der Vergangenheit des Kollektivs als erfolgreich oder fehlerhaft erwiesen haben soll. Das gilt ebenfalls für die Fälle, in denen unterstellt wird, der Verlauf der Geschichte – gemeint ist politisches Handeln in der Vergangenheit – erfordere als Konsequenz spezifisches Verhalten in der Gegenwart.(...) Auf das hier präsentierte Modell bezogen folgt daraus, dass sich das Funktionsgedächtnis auf der

⁶⁹ Heinrich (2009: 86).

⁷⁰ Heinrich (2009: 87).

Ebene von Erinnerungspolitik auf politisches Handeln auswirkt. Vermittelt über diesen Faktor hat es einen Effekt auf die Konsolidierung oder Erodierung des politischen Regimes.“⁷¹

Die Fokussierung auf den Analogieschluss, auf die noch zurückzukommen sein wird, ist der Tatsache geschuldet, dass sich Heinrich auf das Konzept der „kollektiven Erinnerung“ stützt. Gegenwärtige Regime und Entscheidungen werden mit erinnerten abgeglichen. Während das Modell interessante Aspekte einbezieht, werden wichtige ausgelassen. So suggeriert es eine Statik, die dem tatsächlich zu beobachtenden Wandel politischer Systeme wie auch der politischen Kultur nicht gerecht wird. Die Einbindung des kollektiven Gedächtnisses in das Modell weist darauf hin, dass erinnerungspolitische Argumente sich auf in der Gesellschaft vorhandene kollektive Erinnerungen beziehen müssen, um wirksam zu sein, lässt aber den aktiven Spielraum übersehen, den politische Akteure wie auch die Mitglieder der politischen Gemeinschaft in der Gegenwart bei der Konstruktion dieser „Erinnerungen“ haben: Das auf die Vergangenheit bezogene Argument kann schließlich auch völlig erfunden⁷², und dennoch politisch funktional sein. Ein zentraler Punkt, nämlich die Frage, wie aus Erinnerungen Werturteile werden, wie also aus Traditionen und Erinnerungen „Sinnangebote“ werden können, bleibt unberücksichtigt.

4.1.6 Geschichtspolitische Funktionen bei Horst-Alfred Heinrich: II. Soziale Identität

In einem zweiten Artikel thematisiert Horst-Alfred Heinrich die vielerorts angeführte Behauptung, „Gesellschaft bräuchte die Erinnerung der kollektiven Geschichte, um Gemeinschaft zu generieren und aufrechtzuerhalten.“⁷³ Er geht hierbei von den Definitionen von Geschichtspolitik bzw. Erinnerungspolitik von Edgar Wolfrum bzw. Michael Kohlstruck aus, die hinsichtlich Identität gleichlautend seien.⁷⁴ Heinrichs theoretischen Ausgangspunkt

⁷¹ Heinrich (2009: 88f.).

⁷² „Traditions’ which appear or claim to be old are often quite recent in origin and sometimes invented.” Hobsbawm, *The invention of tradition* (2009: 1).

⁷³ Heinrich, *Erklärung von Geschichtspolitik mittels der Theorie sozialer Identität* (2008: 17).

⁷⁴ Heinrich (2008: 18).

bilden die Theorie sozialer Identität nach Henri Tajfel sowie die Theorie Temporaler Vergleiche. Die Zuordnung fremder Individuen zu sozialen Kategorien (z. B. Nationalität, Geschlecht, Beruf) erfüllt demnach die Funktion der Vereinfachung komplexer Erfahrungen. Gleichzeitig bedarf jeder Mensch eines Selbstwertgefühls, das durch ein positives Selbstkonzept erreicht wird. Mitglieder sozialer Gruppen sind ständigen Vergleichen auf der Basis von Vergleichsdimensionen ausgesetzt. Fällt ein solcher Vergleich positiv aus, wird das Selbstwertgefühl gestärkt. Ist das Gegenteil der Fall, kann ein anderes relevantes Vergleichsobjekt (z. B. ein Nachbarland von ähnlicher Größe) gewählt, eine andere relevante Vergleichsdimension (z. B. militärische statt finanzielle Ressourcen) herangezogen oder eine traditionell negativ eingeschätzte Kategorie neu definiert werden. Heinrich wendet diesen Ansatz nun auf die Konstruktion von Geschichtsbildern an, wobei er, in Anlehnung an S. Albert, zwei Wege unterscheidet, auf denen Geschichtspolitik soziale Identität stabilisieren kann: „Die Kontrastierung zweier Objekte zum selben historischen Zeitpunkt führt zum Vergleich *in* der Geschichte. Mit ihm kann das Individuum der Eigengruppe dann ein positives Bild zusprechen, wenn der Rückblick in die Vergangenheit zeigt, dass das eigene Wir schon immer gut und besser als das der anderen war. (...) Zu unterscheiden davon ist der Vergleich *über* die Geschichte, bei dem dasselbe Objekt in seiner zeitlichen Veränderung betrachtet wird. Der soziale Vergleich basiert hier nicht auf der Konkurrenz zwischen zwei sozialen Kategorien. Im Betrachtungsfokus steht lediglich eine Gruppe, deren Entwicklung in die Gegenwart hinein als Leistungssteigerung gewertet beurteilt und dem entsprechend positiv bewertet wird.“⁷⁵ In der Politik hat Geschichte somit die Funktion, durch Vergleiche „in der“ oder „über die“ Geschichte nationale Identität zu stabilisieren und das Selbstwertgefühl der Politiker und aller übrigen Angehörigen der Nation zu fördern: „Soweit soziale Vergleiche zu positiven Resultaten für die Eigengruppe führen, lassen sie sich geschichtspolitisch als Basis für Handlungsstrategien nutzen. Politikerinnen und Politiker trachten danach, die Ergebnisse der Vergleiche in das öffentliche Bewusstsein zu heben, um den Individuen Identitätsangebote zu machen. Auf diese Weise werden die positiven Beurteilungen der Eigengruppe für die Einzelnen denkbar und können auf das je eigene Selbst bezogen werden. Damit tragen sie zur

⁷⁵ Hervorhebungen laut Original. Heinrich (2008: 27).

Herstellung und Aufrechterhaltung einer nationalen Identität bei.“⁷⁶ Der Grund für die Attraktivität der Vergleiche in der bzw. über die Geschichte für Politiker liegt in ihrer Instrumentalisierbarkeit begründet: „Mit Vergangenheit wird unter anderem deshalb Politik gemacht, um Nationalgefühle und damit breite Zustimmung zu bestimmten Politikern zu erzeugen.“⁷⁷

Dem skizzierten Ansatz zufolge wäre die Integration einer Vergangenheit, die im Vergleich durchweg negativ ausfällt, wie etwa des Nationalsozialismus in Deutschland, nur schwer vorstellbar. Die nationale Identität macht hier entweder anderen Identitäten Platz oder greift auf andere Mittel als den Vergleich in der Geschichte zurück. Andererseits kann dem Ansatz von Heinrich folgend eine als erfolgreich angesehene Verarbeitung einer belastenden Vergangenheit und eine als vorbildlich erachtete Demokratisierung zum neuen identitätsstiftenden Element werden. Die Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als deutsches Spezifikum der Beschäftigung mit Geschichtspolitik prägt hier den Ansatz Heinrichs, was besonders an der Trennung des Vergleichs „in der“ und „über die“ Geschichte deutlich wird, wodurch eine deutsche nationale Identität und ihre Nutzung für die Politik konzeptionell denkbar bleibt. Zweitens fällt auf, dass nationale Identität als diejenige soziale Kategorie gesetzt wird, die für Geschichtspolitik von Bedeutung sei. Dies ist umso erstaunlicher, als die Theorie sozialer Identität die Möglichkeit bietet, jede relevante Kategorisierung in die Überlegungen miteinzubeziehen. Geschuldet ist dies der häufigen Engführung des Geschichtspolitikbegriffes auf nationale Identität.

⁷⁶ Heinrich (2008: 27).

⁷⁷ Heinrich (2008: 33).

4.1.7 Geschichtskultur in der politischen Dimension bei Jörn Rüsen

Der Geschichtskulturbegriff von Jörn Rüsen ist weiter gefasst als die Begriffe Geschichtspolitik oder Erinnerungspolitik. Er geht dabei von einer Funktion aus, die auf verschiedene Dimensionen der Geschichtskultur, darunter auch auf die politische, anwendbar zu sein den Anspruch erhebt. Um Geschichtskultur in ihrer politischen Dimension Rüsen Ansatz entsprechend zu verstehen, ist daher zunächst auf die grundsätzliche Funktion von Geschichte einzugehen.

Rüsen geht von der narrativen Dimension von Geschichte aus. Das durch Sprache⁷⁸ realisierte „historische Erzählen“ – ob im wissenschaftlichen Aufsatz, bei der Narration der persönlichen Biographie im familiären Rahmen oder in der alljährlichen Gedenkrede eines Politikers – erfüllt bei Rüsen eine „anthropologische“, eine „lebensweltliche Grundfunktion“.⁷⁹ Es dient als Antwort auf die fundamentale Erfahrung der Kontingenz⁸⁰ menschlicher Handlungen im Zeitverlauf: Der Mensch orientiert sich in bzw. über die „Naturzeit“⁸¹, also in dem „Bereich“ einer „Zeiterfahrung“, „in der sich die Menschen und ihre Welt verändern, ohne daß diese Veränderungen als solche (primär) beabsichtigt wären“⁸². Der „betroffene“ Mensch kann diese „Zeiterfahrung“ „nicht auf sich beruhen lassen“ und reagiert mit „Sinnfragen“, „Zeit“

⁷⁸ Bei der Vermittlung von Zeitsinn ist laut J. Rüsen „durchgängig (...) die Sprache bestimmend“, gleichzeitig weist er auf die zunehmende Bedeutung „neuer Medien“ und der „ungeheueren Bilderflut“ die das „kollektive Gedächtnis“ „überwältigt“ hin. Rüsen, Die Kultur der Zeit. Versuch einer Typologie temporaler Sinnbildungen (2003: 49). Zum historischen Erzählen durch Bilder: Rüsen, Zerbrechende Zeit. Über den Sinn der Geschichte (2001: 43ff.). Zur „ästhetischen Konstitution historischen Sinns“: Rüsen (2001: 107ff.) Zur Frage, ob Bilder als Texte analysierbar sind, auch: Maltrovsky, Die Lust am Text in der bildenden Kunst (2004).

⁷⁹ Rüsen, Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens (1990: 156).

⁸⁰ Rüsen (2003: 25). Zur Krise als „Zeiterfahrung der Kontingenz“: Rüsen (2001: 149ff.).

⁸¹ Rüsen (1990: 158).

⁸² Rüsen (1990: 158).

tritt als „Sinnproblem“ auf.⁸³ Menschen „müssen“ sich „die durch ihr Handeln vollzogenen und bewirkten zeitlichen Veränderungen ihrer Welt und ihrer selbst so vorstellen (...), daß sie sie beabsichtigen können.“⁸⁴ „Sinn“ heißt, daß die zeitliche Erstreckung der menschlichen Welt im Schema von Subjektivität gedeutet wird: Veränderungen erscheinen so, als ob sie sich einer Absicht verdanken, als ob sie von einem zielgerichteten Willen bewirkt worden wären. (...) Die zeitlichen Veränderungen in der Vergangenheit werden im Lichte einer Richtungsbestimmung gesehen und repräsentiert, an die aktuelles Handeln absichtsvoll anknüpfen kann. (...) Die Erfahrung der Vergangenheit wird der Absicht auf die Zukunft angepaßt und umgekehrt.“⁸⁵ „Der Ort historischer Sinnbildung [ist] die Erinnerung (...), das für historisches Erzählen maßgebende Sinnbildungskriterium [ist] eine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umgreifende Zeitverlaufsvorstellung (...) [und] mit einer solchen Zeitverlaufsvorstellung [vergewissern] sich Handlungssubjekte ihrer Identität.“⁸⁶ Neben der Ermöglichung menschlichen Handelns durch „Sinnbildung“⁸⁷ erfüllen die „Deutungsleistungen des Geschichtsbewußtseins“ immer auch zugleich die Aufgabe der Identitätsbildung von Individuen und von Gruppen.⁸⁸ Individuelle und kollektive Identität ist der „Fluchtpunkt, auf den hin historische Geschichten erinnerte Erfahrungen von Veränderungen zu kontinuierlichen Zeitverläufen deutend organisieren.“⁸⁹

⁸³ Rüsen (1990: 159).

⁸⁴ Rüsen (1990: 160).

⁸⁵ Rüsen (2001: 8).

⁸⁶ Rüsen (1990: 164).

⁸⁷ Zum Begriff „Sinnbildung“ siehe: Rüsen (2001: 28).

⁸⁸ Rüsen (2001: 157).

⁸⁹ Rüsen (1990: 170). „Die soziale Gruppe, um deren Identität es geht, bezieht sich auf eine Vergangenheit, die jenseits der Lebensspanne ihrer Mitglieder liegt. Sie fühlen sich dieser Vergangenheit in einer bestimmten Weise verpflichtet: Sie benutzen sie, um das kulturelle Gebilde von sich selber als Gruppe, die in ihr wirksame und für ihre Mitglieder identitätsbildende Zugehörigkeit und Abgrenzung von Anderen, zum Ausdruck zu bringen und dadurch zu aktualisieren und zu bestätigen. Sie machen damit sich selbst und den Anderen klar, was sie gemeinsam haben, was ihren spezifischen Charakter ausmacht und was sie von Anderen unterscheidet und trennt.“ Rüsen

Orientierung von Identitäten und Handlungen – diese Funktionen erfüllt historisches Erzählen in allen Dimensionen der Geschichtskultur, die Rüsen entsprechend als denjenigen „Bereich menschlicher Weltdeutung und Selbstverständigung [definiert], in dem die für das menschliche Geschichtsbewußtsein maßgeblichen Operationen der Sinnbildung über Zeiterfahrung vollzogen werden müssen, damit sich handelnde und leidende Subjekte in den zeitlichen Veränderungen ihrer Welt und ihrer selbst zurechtfinden können.“⁹⁰

Geschichtskultur gliedert Rüsen nun in drei Dimensionen: die kognitive, die ästhetische und die politische Dimension,⁹¹ wengleich auch weitere, wie die religiöse, prinzipiell in Frage kommen.⁹² Eine umfassende systematische Betrachtung der politischen Dimension für sich unternimmt Rüsen nicht.⁹³ Sie wird gestreift bei der Gelegenheit der Behandlung der Bedeutung historischer Bildung als Teil von Geschichtskultur sowie in ihrer Besonderheit gegenüber den übrigen Dimensionen. Aus mehreren Textstellen können wir jedoch Rüsens Verständnis von Geschichtskultur in der politischen Dimension nachzeichnen. Unser Erkenntnisinteresse ist hierbei die Frage, ob und inwieweit sich dies als konzeptionelle Grundlage für einen Geschichtspolitikbegriff eignet.

(2001: 165). Zur Identität in synchroner und diachroner Perspektive siehe Rüsen (2001: 157).

⁹⁰ Rüsen, *Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III : Formen und Funktionen des historischen Wissens* (1989: 109).

⁹¹ Rüsen (1989: 110).

⁹² Rüsen (1989: 209). Stefan Troebst schlägt in seinen Überlegungen zum Geschichtspolitikbegriff vor, diesen auf Basis des Rüsen'schen Geschichtskulturbegriffs zu entwickeln, den er versteht als „Oberbegriff für Geschichtswissenschaft, Geschichtspolitik, Geschichtsroman und für die zivilgesellschaftlichen Anteile von Erinnerungskultur“. Troebst (2010a: 23).

⁹³ Zur politischen Dimension: Rüsen, *Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken* (1994: 15f.); Rüsen (1989: 110ff.). Der ästhetischen Dimension hat Rüsen mehr Platz eingeräumt. Siehe hierzu: Rüsen (2001). Allerdings widmet sich Katherina Oehler der genannten Fragestellung, wobei sie den Ansatz Rüsens unmittelbar auf die Analyse von Parlamentsdebatten im Deutschen Bundestag anwendet: Oehler (1989).

Jede der Dimensionen ist durch eine spezifische „Vernunft“ geleitet, im Falle der politischen ist dies die „politische Vernunft“ von der man sprechen könne, „wenn es um eine bestimmte Art und Weise der Geltungssicherung von Herrschaft und Macht geht, um ihre Legitimität. So wie es in der kognitiven Dimension die Prinzipien der methodischen Rationalität sind, die Vernunft als kognitive Geltungssicherung definieren, so sind es in der politischen Dimension des Geschichtsbewußtseins (wo es ja unübersehbar eine wichtige Rolle in der Legitimation von Herrschaft spielt) die Prinzipien rechtlicher Sicherung und Kontrolle von Herrschaft, die als politische Vernunft der Legitimation angesehen werden müssen.“⁹⁴

Den Legitimitätsbegriff fasst Rösen folgendermaßen auf: „Politisches Handeln mit den Zwecken Macht und Herrschaft“ ist angewiesen auf „die Zustimmung der von diesem Handeln, von Herrschaft und Macht Betroffenen.“⁹⁵ Jede Form von Herrschaft – also auch die Demokratie – ist demnach darauf angewiesen, auf „historische Wissensbestände“⁹⁶ zu rekurrieren. Diese Aussage ist insofern nicht verwunderlich, dass mit der vorbehaltlosen Gleichbehandlung von individuellen und kollektiven Identitäten auch die „anthropologische Grundfunktion“ auf die kollektive Ebene übertragen wird – ohne sich die eigene Geschichte immer wieder deutlich zu machen, ist demnach weder eine Wir-Identität (z. B. Nation, Partei) noch individuelle Identität, noch sinnvolles Handeln in der Gegenwart möglich. Ohne „Meistererzählungen“ ist laut Rösen keine „kulturelle Identität“ möglich.⁹⁷

Historische Narrative haben in der politischen Dimension der Geschichtskultur laut Rösen die politische Funktion, das „Verhältnis“ der „an Macht und Herrschaft Beteiligten (...) im Laufe

⁹⁴ Rösen (1989: 111).

⁹⁵ Rösen (1989: 114).

⁹⁶ Rösen (1989: 110: 115). Vgl. Rösen (1994: 15).

⁹⁷ Zit. Nach: Middell, Europäische Geschichte oder global history – *master narratives* oder Fragmentierung? Fragen an die Leittexte der Zukunft (2002: 221). Vgl. Jaraus & Sabrow, "Meistererzählung". Zur Karriere eines Begriffs (2002: 10).

der Zeit“ festzulegen.⁹⁸ Die Akteure „internalisieren es auch in der Form einer historischen Identität“:⁹⁹

„Die genuin *politische* Dimension der Geschichtskultur ist darin begründet, daß jede Form von Herrschaft einer Zustimmung durch die Betroffenen bedarf, in der ihre Erinnerung eine wichtige Rolle spielt. Es ist kein Zufall, dass sich politische Herrschaft in geschichtsträchtigen Symbolen präsentiert. Augenfällig dafür sind etwa nationale Gedenktage, die zumeist an den Ursprung des politischen Gemeinwesens in der Form erinnern sollen, dass es sich in einer ursprünglich gestifteten normativen Verbindlichkeit als auf Dauer gestellt erweist. Die historische Erinnerung hat eine genuine politische Legitimationsfunktion. Sie erfüllt sich zumeist in der Form einer bewussten Traditionsbildung und -pflege, auf die auch moderne Staaten grundsätzlich nicht verzichten können, so sehr sie auch ihre Legitimität juristisch als Legalität verstehen mögen. Legitimität ist strukturelle Zustimmungsfähigkeit von Herrschaft. Die historische Erinnerung ist ein wesentliches Medium dieser Zustimmung. Sie verankert politische Herrschaft mental, indem sie sie in den Sinngebilden des Geschichtsbewusstseins ausprägt, die der kulturellen Orientierung der Lebenspraxis dienen. Diese Ausprägung erstreckt sich bis in die Tiefen der historischen Identität. Identitätsbildung vollzieht sich grundsätzlich im Medium von Macht und Herrschaft, und zwar sowohl innerhalb der einzelnen Subjekte, wie aber auch zwischen ihnen. (...)“¹⁰⁰

Von Seiten der Geschichtskultur komme historischem Wissen, insbesondere der historischen Bildung, die politische Funktion zu, die „legitimierenden historischen Argumente kommunikativ“ zu „verflüssigen“¹⁰¹ – hier wird also das herrschaftskritische Potenzial von

⁹⁸ Rüsen (1989: 115).

⁹⁹ Rüsen (1989: 115).

¹⁰⁰ Rüsen (1994: 15).

¹⁰¹ Rüsen (1989: 115).

Geschichte hervorgehoben.¹⁰² Rüsen verdeutlicht das Potenzial der „kognitiven Kräfte“ historischer Bildung anhand der Fähigkeit, exemplarische, kritische und genetische (nicht aber traditionale!) Deutungen einer nationalen Identität entgegenzuhalten, die “zu einer mentalen Innen- und Außenbeziehung, die ein nicht unerhebliches Aggressionspotential einschließt und unter bestimmten Bedingungen auch destruktiv freilässt.“¹⁰³

„Gerade weil dieses Herrschaftssystem sein mentales Widerlager in den historischen Erinnerungen der Betroffenen braucht, muss es bei ihnen eine Zustimmung mobilisieren, die sich nicht einfach erzwingen lässt. Daher steckt in jeder legitimatorischen Leistung der historischen Erinnerung auch ein Stück Herrschaftskritik, gleichsam eine strukturelle Chance politischer Widerborstigkeit, mit der sich die Beherrschten mit den Zumutungen des politischen Systems ins Benehmen setzen.“¹⁰⁴

Rüsen's Ansatz verdeutlicht somit auch, dass die politische Legitimierung und Identitätsbildung durch Geschichte von dem in der Gesellschaft vorhandenen Geschichtswissen abhängig ist: Erstere muss an die Inhalte der letzteren zumindest anknüpfen, um Sinn machen zu können, und bildet sie gleichzeitig mit.

4.1.8 Kritik und Vergleich der Ansätze

Theoretische Ansätze der Forschung zu Geschichtskultur, Geschichtspolitik und Erinnerungspolitik gehen davon aus, dass Geschichte bzw. kollektive Erinnerung spezifisch politische Funktionen erfüllt. Häufig werden mehrere Funktionen aufgezählt, wobei sich die Frage nach ihrem Zusammenhang und der klaren Abgrenzung voneinander stellt. Um der politischen Dimension gerecht zu werden, wird der zentrale politikwissenschaftliche Begriff der Legitimität herangezogen, gleichzeitig wird der Geschichte bzw. der Erinnerung die

¹⁰² Vgl.: Sandner (2001).

¹⁰³ Rüsen (1989: 115).

¹⁰⁴ Rüsen (1994: 16).

Funktion der Identitätsstiftung zugesprochen – meist in Bezug auf die Nation, in einigen Fällen sind andere politisch relevante kollektive Identitäten wie z. B. Parteien nicht ausgeschlossen. Die Kombination von Konzepten individueller bzw. kollektiver Identität und ihres Zusammenhangs mit Geschichte bzw. Erinnerung einerseits mit politikwissenschaftlichen Konzepten des politischen Systems und politischer Legitimität andererseits erweist sich als problematisch. Löst man etwa das Identitätskonzept in der politischen Grundfunktion der Legitimierung auf, gerät aus dem Blick, dass Erinnerung bzw. Geschichte für politisch relevante kollektive Identitäten konstitutiv ist und Handlungsoptionen eröffnen kann, und nicht lediglich den Grad ihrer Legitimität beeinflusst. Umgekehrt geht der Legitimitätsbegriff über das Identitätskonzept hinaus: Wenn Geschichtspolitik als Teil der politischen Praxis verstanden wird, so hat sie eine bestimmte Rolle bei der Legitimierung von Institutionen und Entscheidungen, die es herauszustellen gilt. Wie lässt sich beispielsweise die erfolgreiche Legitimierung einer politischen Entscheidung durch geschichtspolitische Argumente mit dem Identitätsbegriff in Beziehung setzen?

In Jörn Rüsen's Konzept der „Geschichtskultur“ steht das Identitätskonzept im Vordergrund, während Legitimität als Prinzip der politischen Dimension von Geschichtskultur benannt wird. Rüsen's Vorschlag der Verbindung von Identität und Legitimität schränkt dessen Ansatz ein, indem politische Legitimation durch Geschichtskultur lediglich als Erfolg (bzw. Misserfolg) der Internalisierung von historisch begründeten Sinnzusammenhängen durch die Beherrschten verstanden wird, wobei die Sinnzusammenhänge die gegebenen Herrschaftsverhältnisse auf Dauer stellen. Herrschaftskritik wird gleichsam außerhalb der Politik verortet.

Der „kognitiven Kraft der historischen Bildung“ komme die Aufgabe der „Verflüssigung“¹⁰⁵ der zur Legitimation angeführten historischen Argumente zu, die „Chance politischer

¹⁰⁵ Rüsen verdeutlicht das Potenzial der „kognitiven Kräfte“ historischer Bildung anhand der Fähigkeit, exemplarische, kritische und genetische (nicht aber traditionale!) Deutungen einer nationalen Identität entgegenzuhalten, die „zu einer mentalen Innen- und Außenbeziehung, die ein nicht unerhebliches Aggressionspotential einschließt und unter bestimmten Bedingungen auch

Widerborstigkeit“¹⁰⁶ wird den „Beherrschten“ zugesprochen. Hier wird von vorneherein eine bestimmte Weise der Narration¹⁰⁷ dem politischen Bereich zugesprochen werden, um das kritische Potenzial für die übrigen Bereiche der Geschichtskultur zu reservieren. Doch politische Systeme werden nicht nur traditional, sondern beispielsweise auch mit genetischen Narrativen (z. B. Marxismus-Leninismus) legitimiert, Politiker „verflüssigen“ traditionale Parteiidentitätsnarrative ihrer Gegner durch kritische Einwände und exemplarische Erzählungen dienen zur Begründung von politischen Handlungen.¹⁰⁸

Ebenso wie bei den vorgestellten späteren Ansätzen gerät hier der kreative Charakter von Geschichtspolitik aus dem Blick. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, dass Rösen in den Zitaten, die im vorangehenden Kapitel in Bezug auf die politische Dimension von Geschichtskultur angeführt wurden, von „Erinnerung“ spricht, nicht aber von historischem Erzählen. Geschichtskultur in der politischen Dimension wird letztlich als Determinierung der Geschichtsdarstellung durch das Bedürfnis nach Herrschaftslegitimation verstanden und das Mittel hierzu ist ein traditionales Narrativ welches bestehende Herrschaftsverhältnisse auf Dauer stellt. Rösens Ansatz gleicht in dieser Hinsicht dem Ansatz Heinrichs, der auf die Fähigkeit geschichtspolitischer Analogieschlüsse abzielt, komplexe Zusammenhänge weitgehend zu vereinfachen um den Beherrschten kognitive Leistungen zu ersparen. Wie mit dem letzten Zitat Rösens deutlich gemacht worden ist, öffnet Rösen eine Tür für eine kritische, kreative Behandlung der wenig dynamisch wirkenden herrschaftslegitimierenden Narrative, die von Seiten der Politik der Geschichtskultur aufgedrängt werden: All dies ist aber nicht mehr Teil der „politischen Dimension“ von Geschichtskultur.

destruktiv freilässt.“ Rösen (1989: 115).

¹⁰⁶ Rösen (1994: 16).

¹⁰⁷ Gemeint ist die traditionale Erzählweise. Die Unterscheidung der vier Typen historischen Erzählens erfolgt im Kapitel „4.2.6 J. Rösen“.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu „kontrapräsente“ und „fundierende“ Erinnerungen in „heißen“ und „kalten“ Kulturen: Assmann, Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen (2007: 66ff.).

Wie wir im zweiten Teil dieser Arbeit noch sehen werden, hat auch die Politik ein kreatives, auch kritisches, Potenzial zur Hervorbringung historischer Narrationen. Zu diesem zentralen Kritikpunkt kommen zusätzliche Überlegungen zu Rüsens Begriff der Geschichtskultur in der politischen Dimension.

Rüsen verweist zwar auf das in der politischen Dimension leitende Prinzip der Legitimation, insbesondere von politischem Handeln¹⁰⁹ und von Herrschaftsverhältnissen¹¹⁰. Als politische Funktion des historischen Erzählens wird jedoch nur diejenige des Festlegens des Verhältnisses der „an Macht und Herrschaft Beteiligten (...) im Laufe der Zeit“,¹¹¹ also der Legitimierung des politischen Systems, erörtert. Dabei ist es naheliegend, auch die Legitimation von politischem Handeln als politische Funktion historischen Erzählens zu fassen. Die Unterscheidung zwischen Handlungsorientierung und Identitätsbildung, die Rüsen für den Geschichtskulturbegriff eingeführt hat, sollte auch in der politischen Dimension aufrechterhalten werden.

Hinzu kommt, dass als politisch relevante, erzählend gebildete kollektive und individuelle Identitäten und Handlungsorientierungen über das politische Gesamtsystem hinaus auch einzelne Akteure (z. B. Politiker) und Gruppen (z. B. Parteien, Vereine, Gewerkschaften, transnationale Organisationen) in Frage kommen.

Die Gleichbehandlung von kollektiven und individuellen Formen von Identität – eine Diskussion die insbesondere in Bezug auf Begriffe wie „kollektive Erinnerung“ und „kollektives Gedächtnis“ immer wieder aufkommt – wäre ein naheliegender Kritikpunkt am Konzept Rüsens. Gelten Rüsens Überlegungen zu der identitätsstiftenden und zu der handlungsorientierenden Funktion historischen Erzählens immer gleichfalls für Individuen wie für Wir-Identitäten? Einerseits ist die fehlende Unterscheidung nach kollektiven und individuellen Formen von Identitätsbildung bei Rüsen vertretbar. Eines der zentralen Elemente des historischen Erzählens ist die Vorstellung von Subjekten die sinnvoll handelnd

¹⁰⁹ Rüsen (1989: 114).

¹¹⁰ Rüsen (1989: 115).

¹¹¹ Rüsen (1989: 115).

Kontingenz bewältigen. Im Falle eines Individuums können auf diese Weise radikale Brüche – beispielsweise eine religiöse Bekehrung und somit Neuausrichtung und Neubewertung der Lebensbiographie – verarbeitet werden. Diskontinuitäten können darüber hinaus den Namen berühren – wie etwa in der Biographie von Saulus/Paulus. Auch die physisch-körperliche Basis ist keineswegs Garant für die durchgängige Aufrechterhaltung einer personalen Identität, wenn wir etwa an die Alterung des Körpers oder auch das Beispiel einer Geschlechtsumwandlung denken. In den genannten und weiteren Fällen ist historisches Erzählen ein Mittel, um über die Konstruktion von Kontinuität und Diskontinuität Identität zu bilden, und zwar gerade dann und dort, wo diese Identität sonst Gefahr läuft, sich aufzulösen. Auch im Fall von Gruppen werden historische Narrative so erzählt, als ob diese Gruppen als handelnde Subjekte der Kontingenz des Lebens trotzen. Besonders unmittelbar sichtbar wird dies in Erzählungen, in denen Gruppen wie handelnde Individuen auftreten: Ob nun „die Deutschen Polen im September 1939 überfielen“ oder „die SPÖ der ÖVP bei den Wahlen unterlag“. Indem im historischen Narrativ Gruppen so behandelt werden, als ob es sich um ein Subjekt handelt, erhalten Sie eine Gruppen-Identität, die sonst nicht verfügbar wäre: Kein Wunder also, dass zu derartigen Gruppenidentitätsbildungen gerade dann besonders gegriffen wird, wenn (unvermeidlich vorhandene) Unterschiede innerhalb der Gruppe sichtbar und problematisch werden. Um zum angeführten Kritikpunkt zurückzukommen: Gruppen sind keine Individuen und Identitäten von Individuen sind etwas anderes als Identitäten von Gruppen. Doch *genau in der Verschleierung dieser Tatsache* liegt die besondere Fähigkeit von gruppenidentitätsbildenden historischen Narrativen: sie konstruieren eine Einheit, wo sonst nur Vielheit bestehen würde. Historische Narrative, welche Gruppenidentitäten bilden, und solche, welche individuelle Identitäten bilden, sind daher für sich genommen einander zum Verwechseln ähnlich. Damit lässt sich auch die Anwendung der Typologie historischen Erzählens, auf die wir noch zurückkommen werden, für beide Fälle rechtfertigen.

Damit gelangen wir jedoch zu einem weiteren Problem: Dem Ort des historischen Erzählens. *Erzählte* Narrative, die sich auf die kollektive Ebene beziehen – also für Gruppen relevante Handlungen orientieren bzw. ihre Identität bilden – sind immer *Deutungsangebote*, die

laufend kommuniziert und ausgehandelt werden müssen, die sich dabei zumeist gegen konkurrierende Deutungsangebote durchsetzen müssen und deren Wirksamkeit von dem Maß ihrer gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung abhängig ist.¹¹² Auf der Ebene des Individuums begeben wir uns hier in das Fachgebiet der Psychologie, wenn es um die Frage geht, inwieweit Erzählungen über das Ich miteinander konkurrieren und wie diese gegeneinander abgewogen, miteinander integriert, abgestoßen oder sonst wie verarbeitet werden. Im Prinzip ist historisches Erzählen mit identitätsbildendem Effekt auch über das Medium des Tagebuchs denkbar, sodass das Individuum auf Austausch mit anderen Individuen nicht angewiesen ist.¹¹³

Diese Subjektivität ist im Falle der einzelnen Person eine konstruierte, ebenso wie sie es im Falle einer Gruppe ist. Der unentwegt fortwährende Prozess der Identitätsbildung von Individuen ist insbesondere vor dem Hintergrund der Moderne und Postmoderne umfassend diskutiert worden. Eines der zentralen Ergebnisse lautet hierbei, dass die – nie abgeschlossene, sondern ständig von Neuem zu leistende – Identitätsbildung zu einem schwierigen Kraftakt geworden ist, da an die Stelle gesellschaftlich vorgegebener Muster eine Pluralität unterschiedlicher Identitätsentwürfe getreten ist. Die höheren Freiheitsgrade lassen sich einerseits als Emanzipation des Einzelnen aus den Zwängen gesellschaftlicher Vorgaben – beispielsweise jener von ständisch organisierten Gesellschaften – verstehen, andererseits ist das Individuum genötigt, die entsprechenden Leistungen *volens nolens* selbst zu erbringen. Über die Zeit hinweg folgen die einzelnen Lebensabschnitte in geringerem Maße einer vorgegebenen Musterbiographie, sodass die für eine stabile Identität nötige Kontinuitäts Erfahrung problematisch wird. Zu jedem Zeitpunkt muss wiederum Kohärenz

¹¹² Diese Fragen wurden bereits bei der Beschäftigung mit dem Begriff „Meisternarrativ“ und „Metanarrativ“ angegangen. Siehe hierzu den Überblick bei: Jaraus & Sabrow (2002).

¹¹³ Natürlich ist historisches Erzählen auf Sprache angewiesen und auch der Tagebucheintrag als Kommunikation mit sich selbst hat immer schon die gesellschaftliche Prägung des Individuums zur Voraussetzung. Die gesellschaftliche Bedingtheit von Individuen ist ein grundsätzliches, insbesondere in der Soziologie ausführlich thematisiertes Problem, auf das hier weiter nicht eingegangen werden muss.

hergestellt werden, obwohl unterschiedliche Lebensbereiche verschiedenen Regeln gehorchen und verschiedene Anforderungen an den Einzelnen stellen. Erik Erikson, der die Identitätsforschung nachhaltig geprägt hat wie kaum jemand sonst, hat die Bedeutung von Gleichheit und Kontinuität über die Abfolge von acht krisenhaften Lebensphasen hinweg aufgezeigt.¹¹⁴ Die narrative Psychologie setzt bei der Überlegung an, dass Erzählen ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses der Identitätsbildung ist. Zu den zentralen Arbeiten gehört hierbei Paul Ricoeurs „Zeit und Erzählung III.: Die erzählte Zeit.“. Arbeiten, wie etwa jene von Wolfgang Kraus, die von der Diagnose der Pluralisierung, Individualisierung, Auflösung traditionaler Rollen, Normen und Werte ausgehen, schlagen vor, von „Projekten“ auszugehen, anstatt der nicht mehr als der Realität adäquat angesehenen umfassenden und einheitlichen Groß Erzählung. Auch hier geht es um den Entwurf einer Zeitvorstellung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, wobei letztere von zentraler Bedeutung ist.

Doch auf der über-individuellen, sozialen Ebene der Gesellschaft haben wir es hier, also bei der Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Erzählung und Identität, immer mit Aushandlungsprozessen zu tun, die vor allem als Kommunikation in bzw. mit der Gruppe ausgetragen werden müssen. Rüsens Ansatz wird dieser Dynamik insofern gerecht, dass er eine Art Grammatik der Sinnbildung durch historisches Erzählen entwickelt – gemeint sind die vier Typen historischen Erzählens und ihre Beziehung zueinander – die es möglich macht, diese Austauschprozesse auf der Ebene der Narrative nachzuzeichnen. Eine herausragende Rolle spielt hierbei das kritische Erzählen, welches etwa traditionale Narrative zersetzen kann um anderen traditionellen Narrativen Platz zu machen. Die besondere Herausforderung liegt dann jedoch darin, aufzuzeigen, in welchem Zusammenhang dieser Kommunikationsprozess zu ihm äußerlichen Entwicklungen von Individuen, Gruppen und ihren Handlungen, zu Identitäten, Gruppenidentitäten und Handlungslegitimationen steht.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die geschichtsphilosophische Theorie Rüsens einen geeigneten Ausgangspunkt bieten kann. Sie verweist sowohl auf die Makro-Ebene des politischen Systems wie auch auf die Ebene des historischen Erzählens als Handlung. Die

¹¹⁴ Erikson, Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze (1973).

Konzentration auf die Sinnbildungsleistungen des Individuums verstellt teilweise den Blick auf die Besonderheiten dieser beiden Ebenen. Zudem zeigt Rösen eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber politisch motivierten Geschichtsdeutungen, was wiederum seinen Ansatz in dieser Hinsicht unnötig verengt – so ließe sich die oben aufgeführte Kritik zusammenfassen.

4.2 Die „Sprache“ der Geschichtspolitik: Historische Erzähl- bzw. Argumentationsweisen

Versteht man Geschichtspolitik als historisches Erzählen, das individuelle und überindividuelle Funktionen erfüllt, dann stellt sich die Frage, *wie* dieses Erzählen vor sich geht. Da zu dieser Frage bereits interessante Forschungsarbeiten existieren, kann auf vorhandene Ansätze zurückgegriffen werden. Letztendlich wird hier wiederum ein Vorschlag von Jörn Rösen aufgenommen und ein wenig erweitert werden.

4.2.1 Alexander Demandt

Das Argumentieren mit Geschichte im Rahmen politischer Aushandlungsprozesse wurde schon in der Antike mit Raffinesse betrieben, wie Alexander Demandt in seiner aufschlussreichen Studie feststellt.¹¹⁵ Isokrates entgegnete der Forderung der Kriegspartei, man solle die Vorfahren nachahmen,¹¹⁶ damit, dass je nachdem, welche Nachfahren gemeint seien, ihr Verhalten entweder sich als katastrophale Folgen zeitigend herausgestellt hat oder aber der Forderung, den Krieg weiterzuführen, widerspreche. Stattdessen verdeutlichte er die klassische Dekadenztheorie anhand zahlreicher Beispiele aus der Vergangenheit und forderte, aus diesem Kreislauf, der auch in der Gegenwart wirke, sich zu emanzipieren. Cicero¹¹⁷

¹¹⁵ Hierzu und zu den folgenden Beispielen: Demandt, *Geschichte als Argument. Drei Formen politischen Zukunftsdenkens im Altertum* (1972).

¹¹⁶ Demandt (1972: 18).

¹¹⁷ Cicero war es übrigens, der die Wendung „*historia magistra vitae*“ prägte. Koselleck, *Vergangene*

argumentierte, die Erweiterung der militärischen und zivilen Vollmachten für Pompeius widerspreche nicht dem „ius maiorum“, also der Praxis welche Rom zur Weltmacht gemacht habe, denn auch die Vorfahren hätten bei neuen Umständen neuartige Maßnahmen getroffen. Anstatt an früheren Verhaltensweisen strikt festzuhalten, sei es erfolgsversprechender, Veränderungen der Umstände in Betracht zu ziehen und das Prinzip der „Bewährtheit der Modifikation“¹¹⁸ zu befolgen. Ambrosius wiederum stellte die politische Verwirklichung der Vormachtstellung des Christentums gegenüber der römischen Religion als Notwendigkeit des Fortschritts dar, des unaufhaltsamen Weges hin zu einer neuen und besseren Welt, wie sie von Gott offenbart wurde. A. Demandt behauptet nicht nur eine Vorbildfunktion der Antike in Bezug auf geschichtspolitische Rhetorik: „soweit ich sehe, sind alle heute gängigen Formen derartiger Argumentationen in der Antike bereits vorgeprägt“¹¹⁹ Er diagnostiziert anhand der drei genannten Beispiele gar einen „Niedergang im Zukunftsdenken“ der sich bis in „unser vom Historismus geprägtes Zukunftsdenken“¹²⁰ fortführe. Entsprechend werden insbesondere die bei Isokrates und Cicero angewandten Argumentationsstrategien als komplex und interessant ausgeführt.

Demandt nennt zwei „Grundfiguren der praktischen Verwendung von Geschichte“: Bei einer „Prognose“ wird eine Parallele zwischen einem „historisch abgeschlossenen“ Vorgang und einem „noch ungeschlossenen Vorgang“¹²¹ in der Gegenwart hergestellt, sodass auf das Ergebnis des letzteren geschlossen werden kann. Bei der „Wertung“ erfolgen „Wertableitungen“, „indem Phänomene mit vorgewerteten Parallelen gleichgeschaltet, unter

Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten (1979: 40).

¹¹⁸ Demandt (1972: 55).

¹¹⁹ Demandt (1972: 13).

¹²⁰ Demandt (1972: 56). Folgt man den Überlegungen Demandts, ist die gegenwärtige – moderne, dem Historismus verpflichtete – Art, mit geschichtlichem Fortschritt zu argumentieren, dem „pragmatischen“ Ansatz der Antike von Grund auf unterlegen. Aus der Geschichte könne und solle man lernen. Die These von der Unwiederholbarkeit weist Demandt vehement ab. Demandt (1972: 52ff.).

¹²¹ Demandt (1972: 13).

vorgewertete Begriffe gebracht oder auf vorgewertete Ursprünge zurückgeführt werden.“¹²² „Die Wertableitung verbindet ein zu bewertendes Phänomen der Vergangenheit und überträgt so einen historisch verfestigten Wert auf die zu bewertende Sache.“¹²³ Insofern bei der „Wertung“ die Geschichte nicht dazu diene, „Wertungen zu erstellen, sondern aus vorhandenen Wertungen die Konsequenzen zu ziehen“¹²⁴ sei diese Form prinzipiell als „Grundfigur der praktischen Verwendung von Geschichte“ entbehrlich.

Über diese simplen Formen hinaus treten in den Argumentationsstrategien Isokrates’ und Ciceros komplexere Formen auf. Sie sind insofern komplexer, dass sie anhand historischer Beispiele Handlungsregeln deduzieren oder induzieren, die auch auf die Gegenwart anzuwenden seien. Wie abstrakt und komplex diese Handlungsregeln in der Antike sein konnten – das scheint Demandt anhand der Anwendung der Dekadenztheorie durch Isokrates vorführen zu wollen.

Als Gegenstrategien zur Argumentation mit den „Parallelen“ und mit den Handlungsregeln treten im Rahmen der weiteren Ausführungen Demandts einerseits die Nennung von Gegenbeispielen, andererseits der Verweis auf eine wesentliche Veränderung der äußeren Umstände auf. Gegenbeispiele falsifizieren Handlungsregeln, die sich auf historische Erfahrungen als Experimentierfeld stützen. Der Hinweis auf wesentliche Veränderungen der Umstände könne genutzt werden, um in Frage zu stellen, ob ein in der Vergangenheit beobachteter kausaler Zusammenhang auch in der Gegenwart noch Gültigkeit hat.

4.2.2 Karl-Georg Faber und Wolfgang Bach

Eine umfangreiche Typologie historischer Referenzen in der Politik findet sich bei Karl-Georg Faber.¹²⁵ Eine grundlegende Unterscheidung stellt hierbei diejenige zwischen „relativ

¹²² Demandt (1972: 14).

¹²³ Demandt (1972: 13).

¹²⁴ Demandt (1972: 13).

¹²⁵ Faber, Zum Einsatz historischer Aussagen als politisches Argument (1975). Eine weitere Typologie, auf die hier nicht weiter eingegangen wird, liefert: Demandt (1972: 14).

isolierten, das heißt aus dem jeweiligen historischen Kontext herausgelösten geschichtlichen „Fakten“ oder „Ereignissen“, von historischen Personen oder auch von Quellen“ einerseits (überschrieben mit „Geschichte als Beispielsammlung“) und „Geschichten als Sinn- und Wirkungszusammenhängen“ andererseits dar. Als dritten Typus entwickelt Faber denjenigen der „’Geschichte’ als Argument“, als „philosophische“ oder „spekulative“¹²⁶ Art des abstrakten Argumentierens mit geschichtsphilosophischen Überlegungen. Unter den ersten Typus fallen „Exempla“, das sind „Handlungskomplexe“ oder „Ereignisklassen“ die auf dem Topos „Historia Magistra Vitae“ beruhen, die „Berufung auf historische Persönlichkeiten als Autoritäten und Kronzeugen für die Richtigkeit oder das Fehlerhafte gegenwärtigen politischen Handelns“ bzw. das „Schlagen der Gegenseite mit ihren eigenen Helden“, „Verwendung von wertbesetzten politischen Ereignissen als Zeichen oder Symbole“, darin auch „Ereignis-Namen“. Unter den zweiten Typus fallen Erzählungen, die häufig als „Vorgeschichten zur Gegenwart“ auftreten. Ihre Funktion liegt in ihrer Nutzung in der „zentralen Auseinandersetzung über das Verhältnis von Kontinuität und Wandel in der vergangenen und künftigen Politik“ sowie in der „Ableitung von (moralischen) Verpflichtungen oder Rechtfertigungen“. Erzählungen können „Schuld für geschehenes Unrecht“ der „Zwangsläufigkeit der Geschichte“ zuschreiben, sie können auch die „Notwendigkeit“ einer bestimmten Politik den „Sachzwängen“ zuschreiben. Zum zweiten Typus gehört auch die Kennzeichnung eines von einer Reihung von Ereignissen repräsentierten Trends, ggf. mit Hinweis auf Möglichkeit einer „Trendwende“.¹²⁷

Die Typologie Fabers geht hervor aus Untersuchungen dreier deutscher Parlamentsdebatten aus den Jahren 1848, 1918 und 1972, die in einem 1973 abgehaltenen Seminar analysiert wurden.¹²⁸ Entsprechend pragmatisch und konkret ist die vorgeschlagene Typologie, was gleichzeitig auf Kosten des theoretisch-systematischen Zusammenhangs geht. Die Nähe zum wenig umfangreichen empirischen Material wirft die Frage auf, ob vergleichende Studien in anderen politischen Systemen bzw. zu anderen Zeitpunkten dieselbe Typologie ergeben

¹²⁶ Faber (1975: 293).

¹²⁷ Faber (1975: 275ff.).

¹²⁸ Faber (1975: 268).

würden. Die grundsätzliche Unterscheidung zwischen isolierten Elementen im Typus „Geschichte als Beispielsammlung“, den Erzählungen als „Sinn- und Wirkzusammenhängen“ sowie abstrakten geschichtsphilosophischen Argumenten ist in der Praxis insofern schwer anwendbar, dass die Übergänge fließend und beobachtete Fälle mehrfach zuordenbar sind.

Auf diese Probleme stößt die Studie von Wolfgang Bach, die auf dem von Faber präsentierten Ansatz basiert. Hier werden die Argumentationsstrategien den Kategorien „Geschichte als Prozess“ (darin: „Geschichte als das Wiederholenswerte“, „Geschichte als das Überholte“, „Geschichte als Beispielsammlung“, „als die Wiederkehr des Alten“ u. a.), „Geschichte als Ereignis“, „als Metapher“, „als Instanz“ sowie „Absage an die Geschichte als Argumentationsmittel“ zugeordnet.

„Geschichte als Metapher“ meint die Übertragung eines Ereignis aus dem „ursprünglichen, historischen Kontext“ und die „metapherngleiche“ Überführung in einen aktuellen Kontext. Es handelt sich hier aber um eine Form der sprachlichen Inbeziehungsetzung von Vergangenheit und Gegenwart – es wäre also auch auf andere Formen, wie den Vergleich, die Analogie usw. einzugehen. Dass es sich hier um eine andere Kategorienebene handelt, als bei den meisten übrigen Kategorien, wird deutlich, wenn man beispielsweise bedenkt, dass sowohl einmalige Ereignisse wie auch „Wirkungszusammenhänge“ in diesem Sinne metaphorisch angewandt werden können.

Die übrigen Kategorien beziehen sich auf ein abstraktes „Verständnis“ von Geschichte, das in der jeweiligen Aussage vorherrschen soll, dem Redner jedoch im besten Falle unterstellt werden kann.¹²⁹

¹²⁹ Bei der Beschreibung der Kategorie „Geschichte als Prozeß“ räumt der Autor ein: „Hinter den meisten hier einzureihenden Äußerungen dürfte die Vorstellung von der Geschichte als einem für das menschliche Erklärungsvermögen nur schwer faßbaren, durch menschliches Handeln letztlich unbeeinflußbaren Prozeß stehen. Das sei mit voller Absicht im Konjunktiv gesagt; denn es können und sollen hinter einem in der Regel kurzen, manchmal nur zwischen den Zeilen lesbaren Ausspruch nicht alle metaphysischen Dunkelkammern ausgeleuchtet werden. Sie gibt es, und sie bleiben dem Verfasser

4.2.3 Der Analogieschluss

Bezüglich der Art und Weise, in der geschichtspolitische Argumente gebildet werden, ist im Rahmen der Beschäftigung mit dem Begriff „Geschichtspolitik“ relativ wenig geschrieben worden. Mehrfach wurde der Begriff des „Analogieschlusses“ bzw. der „Analogie“ angeführt.¹³⁰ Versteht man ihn in einem engeren Sinne, lässt sich einwenden, dass explizite Analogien¹³¹ als rhetorisches Mittel nur eine von vielen beobachtbaren rhetorischen Formen darstellen. In einem weiter gefassten Sinne lässt sich insofern von Analogieschlüssen sprechen, dass eine grundlegende Gleichheit oder Ähnlichkeit zwischen Vergangenheit und Gegenwart impliziert wird, die von der Vergangenheit auf die Gegenwart schließen lässt. Um jedoch auch solche Geschichtsbezüge zu erfassen, in denen eine Zeitverlaufsvorstellung vorherrscht, die nicht von Kontinuität sondern von Diskontinuität ausgeht, muss der Analogieschluss um dessen Gegenstück, das *argumentum e contrario*, erweitert werden. Das Argument geht auf Grundlage der Unterschiedlichkeit zweier Objekte davon aus, dass eine

geschlossen (...)“ Bach, Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages (1977: 67).

¹³⁰ Zum Begriff des Analogieschlusses auf theoretischer Ebene siehe: Heinrich (2009: 87ff.). Vgl. den Begriff der „Parallelen“ in: Demandt (1972: 13ff.). Zur Analogie als Argument auch: Gronbeck, The rhetorics of the past: History, argument and collective memory (1997); Beard, The language of politics (2000); Zerubavel, Time maps. Collective memory and the social shape of the past (2004: 48ff.).

Zudem wird der Begriff in zahlreichen Studien aufgegriffen, ohne jedoch für sich genommen behandelt zu werden, z. B. in: Rensing (1996: IX, 76, 168, 249).

¹³¹ Analogieschlüsse sind Schlussfolgerungen, die begründet werden durch die Ähnlichkeit in Eigenschaft, Symptom, Struktur, Relation oder Funktion zwischen zwei Objekten (Wesen, Dinge, Phänomene). Die Schlussfolgerung besteht darin, dass eine Eigenschaft, die dem einen Objekt aneignet, auch dem ähnlichen Objekt aneignen. Anders ausgedrückt: Von einem vollständig bekannten System von Elementen kann auf ein unbekanntes Element eines zweiten Systems geschlossen werden aufgrund von struktureller Analogie (die Beziehungen zwischen den Elementen der beiden Systeme entsprechen sich) oder funktionaler Analogie (die beiden Systeme sich nach Elementen und Struktur unterschiedlich, ihre Leistungsfähigkeit hinsichtlich einer bestimmten Aufgabe ist gleich). Prechtl, Analogie (2000).

Eigenschaft des einen Objektes nicht im Falle des anderen Objektes gelte. Auf diese Weise wäre eine Präsentation der Vergangenheit als wesentlich andersartige, die zum Ziel hat, die Notwendigkeit von neuartigen politischen Maßnahmen zu begründen, mit dem Analogiebegriff fassbar, ebenso wie Identitätskonstruktionen, die nicht auf Kontinuitäts- oder Entwicklungslinien basieren, sondern auf der Abgrenzung zum Selbst in der Vergangenheit, etwa nach Systemwechseln. Der Nachteil des weit gefassten Analogieschlussbegriffs ist, dass er keine weiteren Differenzierungen liefert und sehr abstrakt bleibt. Die Unterscheidung zwischen „starken“, bei denen die verglichenen Systeme tatsächlich wesentliche Elemente gemeinsam haben, und „schwachen“ Analogien, bei denen dies nicht der Fall ist,¹³² ist unpraktikabel, da sie die Bewertung der Angemessenheit der Analogie in Hinblick auf ihre Objektivität erfordern würde, wodurch ihr politischer Gehalt aus den Augen geriete.

4.2.4 Bruce Gronbeck

Bruce Gronbeck differenziert drei Vergangenheitsrhetoriken (*rhetorics of the past*): Die *rhetorics of history* entsprechen der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung durch Historiker. Als zentrale rhetorische Mittel dienen hier das *bracketing*, also die Periodisierung als Mittel zur Untermauerung einer These, sowie die Bildung kausaler Zusammenhänge zwischen Ereignissen und Kontexten. Der zweite, hier interessierende, Typus der *arguments from the past* wird vom ersteren unterschieden: „A second kind of rhetoric of the past does more than construct a history. It depends explicitly upon the appropriation of the past for presentist purposes. (...) the past is not being reconstructed around the truth-conditions (McCullagh) that propel the professional historian's culling of the past for significant information; rather, it is explicitly for guidance of present-day concerns or problems.“ Das Kriterium der Unterscheidung, also ob ein Argument von den Absichten oder Standards der Geschichtswissenschaft geleitet wird oder von gegenwärtigen Orientierungszwecken, ist unhaltbar, auch da es anhand der Argumentation selbst überhaupt nicht erschließbar ist. Auch die Unterscheidung des dritten Typus, der *rhetoric of collective memory*, dessen Unterschied

¹³² Beard (2000: 27ff.).

zum zweiten Typus sei: “The difference is that the primary movement is not from the past to the present, but the other way around” ist wenig hilfreich. Gronebeck nennt als Unterkategorien des Typus *arguments from the past* einerseits das *genetic argument*, indem entweder (a) “an advocate can rely on our general belief in progressivism to argue that action today will advance some aspect of life along a course we can see stretching from the past to the present to the future” oder (b) “a rhetor can return to the originary moment of some part of civic life to essentialize it, asking for a recommitment to a presumably primal but presently ignored value or mindset.” Als zweite Unterkategorie wird das “analogical argument” genannt: “I use the idea of analogical argument to reference a whole family of arguments that assert important similar or dissimilar relationships between two or more persons, places, things, or events in order to support a disputable proposition.”¹³³

4.2.5 Eviatar Zerubavel

Eine sehr anschauliche und überzeugende Typologisierung von Narrativen bietet Eviatar Zerubavel, der sich geometrischer Formbezeichnungen bedient.¹³⁴ Neben der als linearer Aufwärtstrend darstellbaren progressiven Entwicklung (progress¹³⁵) wird auch auf die regressive Entwicklung hingewiesen (*decline*¹³⁶), die mit einer positiven Bezugnahme auf den als vorher gewesen erzählten Zustand einher gehen kann (*nostalgia, golden age*¹³⁷). Darüberhinaus können auch beide Richtungen in einem Narrativ kombiniert werden, was einer Zick-Zack-Bewegung entspricht (*zigzag*¹³⁸). Dem „Aufstieg“ folgt damit ein „Fall“, womit die Forderung impliziert werden kann, den „Aufstieg“ zu wiederholen. Umgekehrt kann der gegenwärtige Fortschritt als Weg dargestellt werden, einen früheren Regress wieder

¹³³ Gronbeck (1997).

¹³⁴ Vgl. auch die Typologie von: Pandel, Erzählen und Erzählakte. Neuere Entwicklungen in der didaktischen Erzähltheorie (2002).

¹³⁵ Zerubavel (2004: 16).

¹³⁶ Zerubavel (2004: 17).

¹³⁷ Zerubavel (2004: 17).

¹³⁸ Zerubavel (2004: 18).

aufzuholen. Über derartige, eher simple Narrative hinaus, identifiziert Zerubavel auch verzweigte Narrative (*tree*¹³⁹), denen dasselbe Prinzip der Multilinearität zugrunde liege, wie den Überlegungen der biologischen Genetik des 19. Jh. Ein historisches Narrativ wäre demnach multilinear, wenn es die historische Entwicklung nicht als vorab determinierte Entwicklung darstellt, sondern durch Alternativen ihre grundsätzliche Offenheit und Unbestimmtheit verdeutlicht. „Kontrafaktische Geschichtsschreibung“ kann als Verwirklichung dieses Narrativtyps verstanden werden. Interessant ist auch die Vorstellung von zirkulär geformten Narrativen (*circles*¹⁴⁰), die – im Gegensatz zur linearen Vorstellung von Zeit – von einer ewigen Wiederholung ausgehen. Als Beispiel kann ein Narrativ dienen, das die Jahreszeiten als sich ständig wiederholende Abfolge darstellt, deren Ende mit dem Anfang identisch ist.

4.2.6 Jörn Rüsen

Als weitere Möglichkeit, Bezugnahmen auf die Geschichte zu analysieren, lässt sich die Typologie „historischen Erzählens“ von Jörn Rüsen anführen. Rüsen entwickelt auf Basis der bereits angeführten „lebensweltlichen Grundfunktion“ eine Typologie des historischen Erzählens, die prinzipiell auf alle Dimensionen der Geschichtskultur anwendbar ist. Zu diesen Dimensionen gehören in der Hauptsache die kognitive, die ästhetische und die politische Dimension,¹⁴¹ wengleich auch weitere, wie die Religion, in Frage kommen.¹⁴²

Rüsen identifiziert vier „Typen“, „über die sich die allgemeine Funktion zu besonderen Erzählweisen realisiert.“¹⁴³ Die vier Typen ergeben ein „Netz von (möglichen)

¹³⁹ Zerubavel (2004: 13).

¹⁴⁰ Gronbeck (1997: 23ff.).

¹⁴¹ Rüsen (1989: 110).

¹⁴² Rüsen (1989: 209).

¹⁴³ Rüsen (1990: 156).

Realisationen“, welche die „Variationsbreite wirklicher Erzählweisen“ identifizierbar machen.¹⁴⁴

Bei dem Typus des „traditionalen Erzählens“, das dem Prinzip der „Affirmation“¹⁴⁵ folgt, werden gegenwärtige Zeiterfahrungen als „Impulse zur Erneuerung“ eines „Ursprungs von Lebensumständen und -verhältnissen“ verarbeitet und lassen „Zukunft als dessen Wiederkehr erwarten und absichtsvoll intendieren.“¹⁴⁶ Traditionale Erzählungen „realisieren damit ein Muster menschlicher Identitätsbildung, in dem das Selbstverständnis von Handlungssubjekten als ständig sich erneuerndes, als immer gleiches, als im Zeitfluß sich gleichsam unbewegt perpetuierendes tradiert wird.“¹⁴⁷ „Veränderungen [von Lebensumständen und -verhältnissen] mobilisieren Erinnerungen als Erweis dessen, daß das, worauf es ankommt, bleiben, sich durchhalten oder wiederkehren wird: Zeit wird als Ewigkeit vorgängig gestifteter Handlungsorientierungen erzählend erinnert.“¹⁴⁸ Für den „Ursprungsmythos“ konstatiert Rösen eine besonders klare Ausprägung dieses historischen Erzähltyps.¹⁴⁹

Das exemplarische historische Erzählen folgt dem Prinzip der „Regularität“.¹⁵⁰ Es basiert auf der Idee der Geschichte als Lehrmeisterin.¹⁵¹ „Es formuliert sich in Geschichten, die zeitliche

¹⁴⁴ Rösen (1990: 157). Die (Ideal-)Typen treten dabei in der Realität nie in reiner Form auf, sondern immer als Kombination. Rösen (1989: 57).

¹⁴⁵ Rösen (1989: 40).

¹⁴⁶ Rösen (1990: 179).

¹⁴⁷ Rösen (1990: 179).

¹⁴⁸ Rösen (1990: 182).

¹⁴⁹ Als Beispiele gibt Rösen „Festreden und Jubiläen“ an, „in denen der Gesichtspunkt eines verpflichtenden Ursprungs den rhetorischen Angelpunkt abgibt und die ja durchaus etwas Ritualistisches an sich haben.“ Rösen (1989: 44f.) An anderer Stelle hingegen unterscheidet Rösen die mythische von anderen Typen der Sinnbildung, darunter der historischen, und somit auch der traditionellen. Rösen (2003: 33).

¹⁵⁰ Rösen (1989: 41).

¹⁵¹ „Historia magistra vitae“. Siehe dazu auch: Faber (1975); Koselleck (1979: 38ff.); Habermas, *Aus der Geschichte lernen?* (2003); Fröhlich & Kohlstruck, *„Aus der Geschichte lernen“*. Zur aktuellen

Veränderungen der Vergangenheit auf regelhafte Vorgänge hin durchsichtig machen; Gegenwartserfahrungen werden als vergleichbare Vorgänge verständlich und durch Rekurs auf solche zeitübergreifende Regeln behandelbar; die Zukunft wird dabei als regelbestätigende Erwartung von Handlungsfolgen erschlossen.“¹⁵² Erzählungen über die Taten früherer Herrscher lehren z. B. „Regeln des klugen Herrschens.“¹⁵³ Die Handlungsregeln, können anhand der historischen Vorkommnisse sowohl „generiert“ als auch an ihnen „konkretisiert“ werden.¹⁵⁴ Im Vergleich zum traditionellen Typ nehmen „Sinnbestimmungen eine abstrakte Form an: Sie sind nicht mehr leibhaftig in paradigmatischen Lebensordnungen vorstellbar, sondern werden als Regeln, Gesichtspunkte, Prinzipien gedacht.“¹⁵⁵ Das „Ich beziehungsweise das Wir von Handlungssubjekten [wird] mit der Vorstellung [stabilisiert], daß sich ihre Regelkompetenz *über* den Wechsel oder die Veränderungen von (äußeren) Handlungsbedingungen erstreckt. Veränderungen werden nicht stillgelegt in der Dauer dessen, was in ihnen als handlungsorientierender Faktor gleichbleibt, sondern geradezu freigegeben in den Spielraum unterschiedlicher Anwendungen gleicher Handlungsregeln.“¹⁵⁶ Auf diese Weise werden „Identitätsbildende Vorstellungen von Lebensordnungen (...) prinzipiengeleitet kritisierbar und begründbar.“¹⁵⁷

Kritisches historisches Erzählen¹⁵⁸ folgt dem Prinzip der „Negation“.¹⁵⁹ Hier werden Erfahrungen erinnert, die „kulturell wirksame[n] historische[n] Deutungsmuster[n]“¹⁶⁰

Bedeutung einer Alltagsmaxime (2008a); Demandt (1972).

¹⁵² Rösen (1990: 181).

¹⁵³ Rösen (1989: 46).

¹⁵⁴ Rösen (1989: 46).

¹⁵⁵ Rösen (1989: 46).

¹⁵⁶ Rösen (1990: 182). Hervorhebung von J. Rösen. Zu Identitätsbildung durch exemplarisches Erzählen siehe auch: Rösen (1989: 47).

¹⁵⁷ Rösen (1989: 47).

¹⁵⁸ Zum kritischen Typus siehe auch die Kritik und den Vorschlag in: Borries, Geschichtslernen und Geschichtsbewußtsein. Empirische Erkundungen zu Erwerb und Gebrauch von Historie (1988).

¹⁵⁹ Rösen (1989: 42).

widersprechen und sie in Frage stellen. Kontinuitätsvorstellungen und eingeschliffene Gewissheiten werden aufgebrochen, sie „verlieren ihre Kraft zur Handlungsorientierung“¹⁶¹ wodurch die Veränderung des Orientierungsrahmens für die gegenwärtige Praxis möglich und notwendig wird. Von kritischer Erzählweise geprägte Geschichten „stellen durch deutendes Erinnern der Vergangenheit Handlungsorientierungen der Gegenwart in Frage und stellen damit ihren Adressaten deren Kompetenz zur Normveränderung vor. Durch kritisches Erzählen wehren Handlungssubjekte Definitionen ihrer Identität durch ihnen vorgegebene Zeitverlaufsvorstellungen ab. Sie bringen das, was sie sind, dadurch zum Ausdruck, daß sie das nicht sein wollen, was sie gewesen sein müssen, wenn sie bestimmten Deutungsmustern ihrer Zeiterfahrung folgen (...)“¹⁶²

Genetisches historisches Erzählen folgt dem Prinzip der „Transformation“.¹⁶³ Hier werden Veränderungen nicht als Gefährdung von auf Unveränderlichkeit basierenden Orientierungsrahmen verstanden, sondern „als Chance sichtbar gemacht“ und „als Modi der Kontinuierung selber interpretiert; der Schrecken, anders zu werden, wird als Chance sichtbar gemacht, der oder diejenige zu werden, der oder die man schon immer gewesen sein wollte. Im Lichte dieser Erzählweise erscheinen erfahrene Veränderungen menschlicher Lebensumstände als Prozesse, in denen sie sich selbst transzendieren und eben dadurch auf Dauer stellen.“¹⁶⁴ Indem die „zeitliche Veränderung“ ins Zentrum gerückt wird, werden Zukunftsperspektiven eröffnet, „die über den Horizont des Bisherigen qualitativ hinausgehen.“¹⁶⁵ „Identität wird hier nun nicht mehr durch Aufhebung des Zeitflusses menschlicher Lebensgestaltung in die innerzeitliche Dauer von Tradition und Ursprung gebildet, auch nicht durch die Transformation von Zeiterfahrungen in die überzeitliche Dauer

¹⁶⁰ Rüsen (1989: 49f.).

¹⁶¹ Rüsen (1990: 184). Zu Identitätsbildung durch kritisches Erzählen als „Eigensinn“, bzw. als Kompetenz zur Normveränderung siehe: Rüsen (1989: 50f.); Rüsen (1990: 185).

¹⁶² Rüsen (1990: 185).

¹⁶³ Rüsen (1989: 42).

¹⁶⁴ Rüsen (1990: 187).

¹⁶⁵ Rüsen (1989: 52).

von Handlungsregeln, und auch nicht durch eine Distanzierung und Negation von Identitätsdefinitionen, wie sie in historischen Deutungen von Lebensverhältnissen vorgegeben wird; sie wird vielmehr durch eine Deutung von Zeiterfahrung gebildet, in der die zeitliche Bewegtheit menschlicher Subjektivität positiv als Chance und nicht als Bedrohung in das zeittranszendierende Selbstverständnis von Handlungssubjekten eingeht: Genetisches Erzählen artikuliert Identität als Bildungsprozeß.“¹⁶⁶

4.2.7 Kritik und Vergleich der Ansätze

Die von A. Demandt vorgestellten geschichtspolitischen Rhetorikmuster entsprechen dem Modus „*historia magistra vitae*“ – Geschichte als Sammlung von Beispielen zur Verdeutlichung von Lehren für die Gegenwart. Der Fortschrittsglaube des Ambrosius und der Historismus der Neuzeit erscheinen Demandt insoweit als minderwertig, als sie aus diesem Typus herausfallen: Sie bieten keine Möglichkeit, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Die Argumentation des Ambrosius entspricht hierbei dem Typus „genetisches historisches Erzählen“ bei Rösen. Interessanterweise nennt Demandt als Ausgangspunkt der Argumentation des Isokrates, „man solle die Vorfahren nachahmen“¹⁶⁷, was dem „traditionalen“ Typus bei Rösen entspricht. Bei Demandt wird letzteres Argument jedoch so behandelt, als handele es sich um eine „Prognose“ (wenn wir wie unsere Vorfahren handeln, dann werden wir erfolgreich sein). In dieser Weise stellt Isokrates sie dar, um sie durch seine eigene Argumentation zu übertreffen. Dabei gerät aber der spezifisch „traditionale“ Charakter der Aussage aus dem Blick, bei der nicht Zwecke und Mittel reflektiert werden, sondern Kontinuität zum Selbstzweck wird.

Die Ausführungen Demandts ließen sich als Differenzierungen des Typus „exemplarisches Erzählen“ in die umfassendere Typologie Rösens integrieren. Sie weisen auf die unterschiedliche Komplexität von Handlungsregeln hin, angefangen bei simplen Übertragungen kausaler Zusammenhänge bis hin zu abstrakten Theorien. Zwei mögliche

¹⁶⁶ Rösen (1990: 188).

¹⁶⁷ Demandt (1972: 18).

Gegenstrategien (Gegenbeispiele einerseits und Hinweise auf veränderte Umstände andererseits) werden aufgezeigt, die sich mit Rüsens kritischen Typus insofern besser beschreiben lassen, dass hiermit die zentrale Bedeutung des Widerspruchs und der Auflösung der Handlungsregel deutlich gemacht werden.

R. Koselleck zeigt auf, wie sich der Topos „*historia magistra vitae*“ ab dem 18. Jahrhundert auflöste „im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte“.¹⁶⁸ „Mit dem Begriff der Geschichtsphilosophie und der Idee eines geschichtlichen Fortschritts verliert sich vollends die Idee der Modellhaftigkeit; in den Blick rückte stattdessen die Einmaligkeit geschichtlicher Abläufe.“¹⁶⁹ Mag die Nutzung der Geschichte als „Lehrmeisterin“ aus Sicht der modernen Geschichtswissenschaft auch unzeitgemäß sein – das bedeutet freilich nicht, dass sie im politischen Zusammenhang nicht weiter benutzt wird. „Faktisch hat der Topos „*Historia Magistra Vitae*“ zu keiner Zeit seine Geltung verloren“, behauptet sodann auch K.-G. Faber.¹⁷⁰

Aus der Perspektive der Rüsens'schen Typologie lassen sich die Ausführungen Demandts nutzen, um das Verhältnis zwischen den Typen aufzuzeigen: Der kritische Typus (Isokrates zeigt unerwünschte Folgen der Traditionsbefolgung auf) folgt auf den traditionellen Typus („man soll die Vorfahren Nachahmen“) und löst ihn auf. Stattdessen wird eine abstrakte Handlungsregel angewandt, um die Handlung in der Gegenwart zu orientieren (Dekadenztheorie). Das Fortschrittsargument des Ambrosius überkommt sowohl den traditionellen wie den traditionellen Argumentationstyp:

„Mit seinem Fortschrittskonzept hat Ambrosius die Verwendung der Geschichte als Argument auf eine neue Basis gestellt. Für Symmachus bemaß sich der Wert von Handlungen und Einrichtungen nach ihrem Verhältnis zu zeitlos gültigen Normen. Für

¹⁶⁸ Koselleck (1979: 38ff.). Siehe auch Habermas (2003); Bach (1977: 81ff.).

¹⁶⁹ Fröhlich & Kohlstruck (2008b: 126).

¹⁷⁰ Faber (1975: 266f.). Die Untersuchung von Plenarsitzungsprotokollen des polnischen Sejm im Kapitel 10 „Plenarsitzungen des Sejm (1989–1992)“ kann als Beleg für diese Behauptung angebracht werden.

Ambrosius bemißt er sich nach dem geschichtlichen Zeitpunkt: indem die Geschichte einen Prozeß der Annäherung an diese Normen darstellt, ist das Neue immer besser als das Alte. Der Erfolg wird als Richter über das Gewissen akzeptiert. Mußte sich bei Cicero und Symmachus eine Neuerung damit legitimieren, daß sie die Anwendung einer in der Geschichte bewährten Regel auf eine neue Situation darstellte, so wird bei Ambrosius und Prudentius die Neuartigkeit selbst zu dieser Regel. An die Stelle einer Legitimation aus der Vergangenheit tritt eine Legitimation aus der Zukunft.“¹⁷¹

Auf die Frage, wie sich die vier Typen des historischen Erzählens jeweils aufeinander beziehen und wie sie auseinander hervorgehen kann hier im Detail nicht eingegangen werden.¹⁷² Bei Rösen ergibt sich eine Abfolge¹⁷³, in der das exemplarische Erzählen aus dem traditionellen hervorgeht und wiederum durch das genetische überkommen wird, wobei das kritische Erzählen jeweils als Medium des Übergangs auftritt. Eine solche Abfolge findet Rösen in der Entwicklung der Historiographie wieder. Demandt hatte den Schritt vom exemplarischen zum genetischen Erzählen normativierend als Rückschritt dargestellt. Rösen hingegen möchte „lediglich behaupten, daß unter den Lebensbedingungen unserer Zeit eine hinreichende Handlungsorientierung in der Zeit nur von Geschichten geleistet werden kann, deren Sinnbildungsstruktur durch eine Dominanz der genetischen Erzählweise über die anderen geprägt ist.“¹⁷⁴ Folgt man dieser Einschätzung, hätte dies weitreichende Folgen für geschichtspolitische Narrative in „unserer Zeit“: Solche vorrangig genetischen Typs wären damit besser geeignet, gegenwärtig Orientierung zu leisten und Identitäten zu stiften, als die übrigen.

¹⁷¹ Demandt (1972: 50).

¹⁷² Siehe hierzu insbesondere: Rösen (1990: 211ff.). Vgl. auch: Zerubavel (2004: 18).

¹⁷³ „Die Abfolge des traditionellen, exemplarischen, kritischen und genetischen Erzählens stellt einen genetischen Zusammenhang dar, der die Veränderungen des historischen Erzählens in eine allgemeine geschichtliche Perspektive rückt.“ Rösen (1990: 215).

¹⁷⁴ Rösen (1990: 214).

Die Narrativtypen von Gronbeck und Zerubavel (progressiv, regressiv, zick-zack, multilinear) lassen sich als Unterkategorien des genetischen Typus fassen und differenzieren diesen auf sinnvolle Weise. Alle drei Autoren gehen davon aus, dass genetische Narrative – ob progressiv, regressiv oder zick-zack-förmig – immer die Forderung implizieren, der Trend solle in die positive Richtung weitergeführt werden. Das kann so nicht aufrechterhalten werden. Ein regressives Narrativ kann z. B. durchaus mit der Forderung verbunden sein, diesen Trend weiterzuführen. Die multilineare Form deutet ebenfalls auf Wandel als Chance hin, jedoch nicht in der Gegenwart, sondern in der Vergangenheit. In jedem Fall trifft Rüsens Definition zu, dass „Wandel als Chance“ begriffen wird. Die zirkuläre Narrativform hingegen fällt aus dem Rahmen, weil die Vorstellung von einer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umspannenden Zeitvorstellung die Grundlage der Theorie Rüsens bildet. Sie könnte aber interessant sein, wenn Kulturen in den Blick genommen werden, die eine solche Zeitvorstellung wie die von Rüsens als Ausgangspunkt angenommene nicht teilen.¹⁷⁵

Der Analogieschluss bei Gronbeck, der auch bei deutschen Autoren aufgegriffen¹⁷⁶ wird, ist in Rüsens Typologie schwieriger unterzubringen. Bei der Analogie handelt es sich um eine Form des historischen Arguments, während bei Rüsens die Art des Sinnzusammenhangs im Vordergrund steht. Die analoge rhetorische Form kann, ebenso wie andere Formen (Vergleiche, Metaphern, etc.) Teil eines traditionellen, genetischen, kritischen oder exemplarischen Narrativs sein. Dies weist über die Typologie Rüsens hinaus. Allerdings wären bei einer Fokussierung der Form des Arguments auch andere Formen, etwa Vergleich und Metapher, in Betracht zu ziehen. Eine Zusammenstellung der unterschiedlichen Dimensionen in der Art, wie sie Gronbeck vorschlägt, ist aber nicht zweckdienlich, da sie nicht trennscharf ist.

Die Typologie von Faber schließlich weist auf einen weiteren Aspekt hin, der bei Rüsens nicht aufscheint. Da bei letzterem historisches Erzählen im Vordergrund steht, bleiben Argumentationen mit Geschichte, verstanden als philosophisch-abstrakter Begriff, außen vor.

¹⁷⁵ Siehe dazu auch: Zerubavel (2004: 23ff.).

¹⁷⁶ Zudem geht E. Zerubavel auf den Begriff „historical analogy“ ein: Zerubavel (2004: 48ff.).

Man könnte hier von einer Art Meta-Geschichtspolitik sprechen, die nicht mehr erzählen will, wie etwas gewesen sei, sondern das Geworden-Sein selbst zum Thema macht. Freilich entsteht hier eine gewisse Gefahr der fehlenden Abgrenzung zum weiten Feld philosophisch-ideologischer Überlegungen, und diese Gefahr wird bei Faber, und insbesondere in der Studie von Bach, offensichtlich.¹⁷⁷

Dies führt uns zu einem weiteren Problem, das letztendlich alle aufgeführten Ansätze gemeinsam haben: Wo hört Geschichtspolitik auf? In einem gewissen Sinne ist jede Politik Geschichtspolitik, denn auch die gestern gewonnenen Wahlen oder die für morgen angesetzte Entscheidung, die Diskussion um die Anwendbarkeit eines geltenden, also in der Vergangenheit beschlossenen und daher als gegenwärtig und zukünftig bindenden Gesetzes, die Anwendung oder Änderung der Verfassung – all dies ließe sich im Prinzip als Geschichtspolitik fassen. Ohne Vorstellung eines Zeitverlaufs wäre Politik nicht denkbar. Einen Mindestzeitabstand zu benennen, wäre ein rein arbiträres Unterfangen.

Insgesamt stellt sich die Typologie Rüsens als umfassendes und überzeugendes Konzept dar. Die einzelnen Typen können sinnvoll durch weitere Kategorien differenziert werden, die von anderen Autoren geliefert werden. Normativierende Bevorzugungen einzelner Typen gegenüber anderen, wie dies Demandt und Rüsens unternehmen, werden in dieser Arbeit nicht unternommen.

4.3 Geschichtspolitik auf der Handlungsebene

Einer der Versuche, den Geschichtspolitikbegriff zu spezifizieren, geht von der Unterscheidung von „symbolischem“, „expressivem“ bzw. „sinnfälligem“ politischem Handeln einerseits und „instrumentellem“ bzw. „realpolitischem“ Handeln andererseits aus. Geschichtspolitik wird dabei vollständig oder zumindest teilweise dem ersteren Bereich

¹⁷⁷ Vgl. etwa den Abschnitt „Geschichte in anthropologischen und ethnologischen Thesen“. Bach (1977: 86-90). Die hier angeführten Zitate haben mit „Geschichte“ nur noch in einem sehr abstrakt gefassten Sinne etwas gemein.

zugeordnet. Diese Hervorhebung der „Schauseite der Macht“ geht auf frühere Versuche der Nutzbarmachung kulturwissenschaftlicher Überlegungen für die Politikwissenschaft zurück, die von der Kritik ausgingen, die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit politischer Macht habe die Bedeutung dieser symbolischen Dimension neben der „formalen“ bzw. „normativen“ zuvor vernachlässigt.

Mit Edgar Wolfrum kommt ein Historiker und Politikwissenschaftler zu Wort, der sich über viele Jahre mit den Schnittmengen von Geschichte und Politik im Allgemeinen und Geschichtspolitik im Speziellen beschäftigt hat. In seinem Geschichtspolitikverständnis finden politik- und kulturwissenschaftliche Ansätze mit einer historischen Perspektive zusammen. Im mit Petra Bock herausgegebenen Band „Umkämpfte Vergangenheit“ versucht Wolfrum den Begriff der Geschichtspolitik zu umreißen, indem er vom Begriff der Vergangenheitspolitik abgrenzt:

„Für die politische Dimension der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit hat sich in der Forschung der letzten Jahre der Begriff „Verangenheitspolitik“ eingebürgert. Damit sind drei Elemente angesprochen: erstens Bestrafung, also die strafrechtliche Verfolgung von Tätern und alten Eliten, zweitens Disqualifikation, also die Beschränkung des zivilbürgerlichen Status' von Tätern, und drittens Restitution, also die Wiedergutmachung und die Entschädigung der Opfer. Im Zentrum des Interesses von vergangenheitspolitischen Forschungen stehen mithin justitielle, legislative und exekutive Entscheidungen. Die Frage richtet sich darauf, wie nach der Überwindung eines diktatorischen oder autoritären Systems mit dessen unmittelbaren personellen und materiellen Hinterlassenschaften umgegangen wird. Während somit Vergangenheitspolitik vornehmlich praktisch-politische Maßnahmen bezeichnet, dagegen öffentlich-symbolisches Handeln nachrangig behandelt wird, charakterisiert, „Geschichtspolitik“ gerade das umgekehrte Verhältnis. Das Erkenntnisinteresse von Forschungen zur Geschichtspolitik richtet sich auf die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich beispielsweise über Rituale und Diskurse vollziehen, wohingegen gesetzgeberische und justizielle Handlungsoptionen weniger Beachtung finden. Die Fragen gehen in die Richtung, wie über die Deutung historischer Ereignisse Identitäten zu stiften versucht wird, und welche Auswirkungen sich daraus für das Geschichtsbewußtsein der Menschen ergeben. So bilden die beiden Forschungsansätze

Vergangenheitspolitik und Geschichtspolitik die zwei Seiten ein und derselben Medaille: der umkämpften Vergangenheit.“¹⁷⁸

Die Zuweisung, wenngleich sie eingeschränkt formuliert wird, von „praktisch-politischen Maßnahmen“ zur Vergangenheitspolitik und „öffentlich-symbolischem Handeln“ zur Geschichtspolitik führt zur bereits besprochenen Trennung von „instrumentellem“ und „symbolisch-expressivem“ politischen Handeln. Das (mehrfach zitierte) Bild der zwei Seiten einer Medaille verstärkt diesen Eindruck. Die Definition des Geschichtspolitikbegriffes durch dessen Unterscheidung vom Vergangenheitspolitikbegriff mit dem Unterscheidungsmerkmal der Gewichtung von „praktisch-politischen Maßnahmen“ einerseits und „öffentlich-symbolischem Handeln“ andererseits ist wenig hilfreich – vielmehr spiegelt sie den Unterschied der etablierten Perspektive der politikwissenschaftlichen und der kulturwissenschaftlichen Disziplinen wieder.

Birgit Schwellung weist auf die Gefahren hin, die sich mit einer Zuteilung der Geschichtspolitik zur „Schauseite“ der Macht ergeben, wobei sie sich auf Edgar Wolfrums Abgrenzung des Geschichtspolitikbegriffs vom Vergangenheitspolitikbegriff von Norbert Frei bezieht:

„Es lässt sich unschwer erkennen, dass sich hinter dieser Unterscheidung zwischen praktisch-politischen Maßnahmen auf der einen und öffentlich-symbolischem Handeln auf der anderen Seite eine dichotome Vorstellung von der Welt des Politischen verbirgt, mit der meiner Ansicht nach ein erstes Problem verbunden ist. In dieser Konzeptualisierung schwingt die Trennung zwischen einem Bereich, in dem Politik durch verschiedene Maßnahmen hergestellt wird, und einem letztlich nur für die Darstellung des Hergestellten zuständigen Bereich des symbolischen Handelns mit. Damit aber ist die Gefahr verbunden, die politische Entscheidungssphäre als den „eigentlich“ politisch relevanten Bereich von dem der Aufführungspraktiken, der

¹⁷⁸ Bock & Wolfrum, *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich* (1999b: 9).

Darstellung von Politik abzusetzen. Dabei ist es sicherlich nicht Wolfrums und Reichels Absicht, ihren Forschungsgegenstand in diesem Sinne als bloßen „Zierrat“ und damit als verzichtbar missverstanden zu wissen. Führt man eine solche Differenzierung jedoch ein, bleibt man gewissermaßen immer in einer defensiven Position, wenn die Relevanz des Forschungsgegenstandes für die Politikwissenschaft begründet werden soll. Das Argument kann dann nur lauten, dass der „Zierrat“ eben, neben dem Bereich der „eigentlichen“ Politik, auch eine Rolle spiele. Die offene Flanke, die sich dadurch bietet, wird besonders deutlich, wenn man ein in der Politikwissenschaft nicht ohne Relevanz gebliebenes Argument betrachtet, dass das Symbolische in der Politik als bewusste Täuschung und bloße Inszenierung beschreibt, mit der politische Eliten die „eigentlichen“ und „wahren“ Entscheidungsprozesse verschleiern.“¹⁷⁹

Stattdessen schlägt Schwelling vor, Barbara Stollberg-Rilinger in der Annahme zu folgen, dass „jede soziale und jede politische Handlung stets beide Dimensionen [enthält]“, nämlich die symbolisch-expressive und die instrumentelle. „Während instrumentelles Handeln einen Zweck verfolgt, stiftet symbolisches Handeln Sinn und erschöpft sich gerade deshalb nicht in der Erreichung eines bestimmten Zwecks“. Damit wäre freilich die Unterscheidung nicht dazu geeignet, den Geschichtspolitikbegriff zu differenzieren. Die Zuordnung von „Sinnstiftung“ zu „symbolischem Handeln“ in der Politik, „Zwecken“ wiederum zu „instrumentellem Handeln“ ist außerdem nicht überzeugend: Auch die Orientierung an Zwecken stiftet entsprechenden Handlungen einen Sinn.

Um Geschichtspolitik als soziale Handlung zu verstehen sind die aufgeführten Überlegungen wenig hilfreich. Stattdessen lässt sich hier wiederum auf Max Weber zurückgreifen wengleich einige spätere Überlegungen zur enormen Bedeutung von Kommunikation als sozialer Handlung ergänzend einzubringen sein werden.

¹⁷⁹ Schwelling, Politische Erinnerung. Eine akteurs- und handlungsbezogene Perspektive auf den Zusammenhang von Gedächtnis, Erinnerung und Politik (2008: 102f.).

Zunächst einmal ist der illokutionäre Teil der Sprechhandlung, den wir aus einem historischen Narrativ herauslesen können (z. B. etwas fragen, behaupten, versprechen), von dem perlokutionären Teil (z. B. jemanden überzeugen, einschüchtern) zu unterscheiden, der mit den Intentionen des Verfassers und den Wirkungen der Sprechhandlung auf die Rezipienten zusammenhängt.¹⁸⁰ Anhand des historischen Narrativs selbst ist weder zu erkennen, ob und wie die Rezipienten das jeweilige historische Narrativ verstanden haben, noch ist zu sehen, welchen Sinn das Vortragen des Narrativs für den Verfasser machte. Es geht hier also um das triviale aber sehr wesentliche Problem, dass ein im Rahmen der Politik vorgebrachtes historisches Narrativ einem anderen Zweck als der Wahrheit dienen kann, wie etwa der Legitimation einer Entscheidung. Unseren bisherigen Überlegungen zufolge dürfte das sogar die Regel sein. Die Lüge ist hierbei nur ein Grenzfall – häufiger dürften historische Narrative sein, die durchaus von Autor und Rezipienten in großem Maße als wahr angenommen werden, deren Auswahl und Formulierung im Detail jedoch zu einem bestimmten Zweck erfolgte, die dem Narrativ äußerlich sind. Wird das Narrativ (illokutionärer Teil) nun von den Rezipienten geglaubt und wirkt es identitätsbildend und handlungsorientierend (perlokutionärer Effekt), dann ist der Zweck des perlokutionären Aktes des Autors erfüllt.

Perlokutionäre Akte lassen sich wiederum mit Max Weber handlungstheoretisch fundieren. Das Vortragen des Narrativs kann damit aus Sicht des Autors typischerweise v. a. zweckrational, wertrational, traditional (=gewohnheitsmäßig) oder affektiv begründet sein.¹⁸¹ Der gewohnheitsmäßige Typus spielt sicher eine große Rolle für eine gewisse Trägheit und Stabilität von Geschichtskulturellen Inhalten. Insbesondere auch der emotionale Aspekt von Geschichtspolitik hat bisher relativ wenig Beachtung gefunden. In der Politik spielen Handlungen, die am Wert der Herrschaft orientiert werden, eine konstitutive

¹⁸⁰ Siehe die Unterscheidung zwischen perlokutionärem Akt, perlokutionärem Effekt und illokutionärem Akt in der Sprechakttheorie. Eine kurze Begriffsklärung bietet: Hindelang, Einführung in die Sprechakttheorie. Sprechakte, Äußerungsformen, Sprechaktsequenzen (2010: 11ff.).

¹⁸¹ Zur Typologie sozialen Handelns siehe: Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss einer verstehenden Soziologie (1980: 12-13).

Bedeutung. Institutionalisiertes Handeln läuft jedoch oft gewohnheitsmäßig ab und Verfahren schleifen sich durch häufige Wiederholungen ein. Ihre für sie wesentliche Wertorientierung kann aber zu jedem Zeitpunkt reflektiert und in das Bewusstsein gehoben werden.

Der von uns verworfenen Unterteilung zwischen Geschichtspolitik als Teil der „Symbolpolitik“ einerseits und „Machtpolitik“ andererseits liegt, wie es Schwelling im Zitat ausführt, der Verdacht zu Grunde, Geschichtspolitik würde determiniert werden durch machtpolitische Zwecke, die mit Geschichte nichts zu tun haben. Dem von uns vorgeschlagenen Verständnis von Geschichtspolitik nach ließe sich diese Annahme folgendermaßen differenzieren: Insofern Geschichtspolitik im gesellschaftlichen Teilbereich Politik auftritt, ist sie immer in gewisser Weise dem Leitprinzip der Herrschaft untergeordnet. Selbst dann, wenn ein politischer Akteur, etwa ein Berufspolitiker, tatsächlich sein geschichtspolitisches Handeln nicht an Herrschaft sondern an Wahrheit orientieren würde und dies zusätzlich beteuern würde, wird seinem Handeln von den Beteiligten meist eine politische Orientierung unterstellt werden. Und selbst wenn in einer Plenarsitzung im Parlament historische Wahrheitssuche betrieben würde, bleibt die parlamentarische Plenarsitzung doch ein politisches, also an Herrschaft orientiertes Verfahren. Ebenso ist es denkbar, dass ein politischer Akteur ein historisches Narrativ vorbringt, von dem er weiß, dass es nicht der Wahrheit entspricht, um Identitäten zu bilden und/oder Entscheidungen zu (de)legitimieren. Nichtsdestoweniger wird er eine gewisse Wahrheitsorientierung vortäuschen müssen, um erfolgreich zu sein. Ein anderer Fall von „Täuschung“ liegt dann vor, wenn historische Narrative als eine Entscheidung orientierende präsentiert werden, während aber die Entscheidung tatsächlich aus anderen Motiven heraus favorisiert wird.

Im Einzelfall kann Geschichtspolitik also in sehr unterschiedlichen Zwecken, Wertorientierungen, Gewohnheiten oder Affekten begründet sein. Wenn wir in dieser Hinsicht die Institution des Parlaments genauer in den Blick nehmen, so ergibt sich die besondere Problematik des „Schaufensterparlamentarismus“, die dem letztgenannten Fall, übertragen auf die Institution des Parlaments, entspricht.

4.4 Schaufensterparlamentarismus¹⁸²

Das Verhältnis zwischen Politik und Sprache ist vielfach theoretisch behandelt worden,¹⁸³ wobei auf der einen Seite die Bedeutung der Sprache für die Politik unterstrichen wird¹⁸⁴ – bis hin zur vollständigen Unterordnung¹⁸⁵ – auf der anderen Seite darauf hingewiesen wird, dass

¹⁸² Was hier in Bezug auf die Aussage eines Politikers expliziert ist, lässt sich auch auf Parlamentsdebatten insgesamt beziehen. Siehe zur These des „Schaufensterparlamentarismus“: Burkhardt, Zwischen Diskussionen – und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation – am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen (1995).

¹⁸³ Einen breiten Überblick bietet: Girnth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation (2002). Zahlreiche Aufsätze zum Thema bietet die Reihe „Sprache, Politik, Öffentlichkeit“, de Gruyter Verlag, 8 Bände, 1992-1996.

¹⁸⁴ Beispielsweise: „Politik ist in einer offenen Gesellschaft, zumal in einem demokratischen Regierungssystem, ein kommunikatives Gewerbe. In ihrer Innenwelt geht es darum, kommunikativ Konsens und Kompromiß, Sieg oder Niederlage herbeizuführen. Und nach außen hin kann allein kommunikativ jenes Massenpublikum erreicht werden, das über öffentliche Meinung, Demoskopie und Wahlverhalten Politikern wichtige Rahmenbedingungen ihres Handelns auferlegt. Kommunikation ist zweifellos, in den Worten Norbert Wieners, der 'Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält', ist die Vorbedingung gelingender Legitimation, ist eine stete Bewährungsprobe für Politiker.“ Patzelt, Politiker und ihre Sprache (1995: 18).

¹⁸⁵ „Politik, demokratische Politik zumal, bedarf öffentlicher Darstellung, Begründung und Rechtfertigung. Sie braucht legitimation durch Kommunikation, weil die verfassungspolitischen Grundentscheidungen für Volkssouveränität und für freie Kommunikation im demokratischen Verfassungsstaat zwingen miteinander verschränkt sind. Zustimmungsabhängigkeit und Begründungspflicht sind demnach auch die zwei prägenden Seiten der „Medaille“ Demokratie. Und beides realisiert sich nur über Kommunikation.“ Sarcinelli, Legitimität (1998: 254). Am pointiertesten bei: Dieckmann, Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache (1969: 29): „Politik [ist] staatliches oder auf den Staat bezogenes Reden“.

Sprache nur eines der Elemente von Politik ist¹⁸⁶ und gar zur Verschleierung handfester politischer Machtbeziehungen und Interessen dienen kann. Die Politolinguistik als „Teildisziplin im Grenzgebiet zwischen Linguistik und Politologie“¹⁸⁷ erforscht das Verhältnis zwischen Sprache und Politik und liefert Einsichten, die auch für den speziellen Fall des Sprechens über die Vergangenheit von Bedeutung sind.

Unter dem Schlagwort „Schaufensterparlamentarismus“¹⁸⁸ ist im Rahmen der Politolinguistik die These behandelt worden, dass die Kommunikation in den Plenardebatten zwischen den teilnehmenden Politikern zwar so geführt wird, als ob es sich um einen Entscheidungsfindungsprozess handelt. Tatsächlich seien die Adressaten der Debatten die Zuhörer und Zuschauer außerhalb des Plenarsaals, eventuell vermittelt durch die Medien. Der Schlagabtausch in Plenardebatten diene der Profilierung der Politiker und Parteien gegenüber den Wählern, nicht dem Austausch von Argumenten – denn die Entscheidungen und damit das Abstimmungsverhalten werde in Fraktionssitzungen, persönlichen Absprachen auf den Gängen und dergleichen zuvor festgelegt. Das Kommunizieren von Entscheidungsbegründungen im Allgemeinen und historischer Referenzen im Speziellen würde damit weiterhin und umso mehr seine Funktion der (De-)Legitimierung von Entscheidungen erfüllen können und auch die Bildung von Identitäten wäre als Funktion noch

¹⁸⁶ Über die Sprache hinaus gehen z. B. non-verbale Kommunikationsformen, wie die Politische Symbolik sowie Gewaltanwendung: Girnth (2002: 3).

¹⁸⁷ Burkhardt (1996: 75).

¹⁸⁸ A. Burkhardt beschreibt dies als Folge eines in Deutschland erfolgten historischen Prozesses, eines „Rollenwandels vom Diskussions- über das Arbeits- bis hin zum heutigen Schaufensterparlamentarismus“, der „nicht ohne Auswirkungen auf das parlamentarische Kommunikationsverhalten geblieben ist“. Burkhardt (1995: 74ff.) Zur „Schaufensterparlamentarismus“-Problematik siehe auch: Klein & Steyer, Fraktionsdebatte und Medienstrategien. Eine exemplarische Analyse öffentlicher und interner Konfliktaustragung (2000: 302f.); Niehr, Die Asyldebatte im Deutschen Bundestag – eine "Sternstunde" des Parlaments? Untersuchungen zur Debattenkultur im Deutschen Bundestag (2000: 242); Dieckmann (1969: 100f.). Zur Mehrfachadressiertheit politischer Rede allgemein: Girnth (2002: 34).

unterstrichen. Die Funktion der Orientierung von Handlungen durch historische Referenzen in der Politik wird damit jedoch fraglich.

Dem liegt das grundsätzliche Problem zugrunde, dass kommunizierte Handlungsbegründungen keineswegs den tatsächlichen Handlungsgründen bzw. Intentionen entsprechen müssen. Ob diese Differenz besteht, oder nicht, lässt sich anhand der Sprachebene nicht überprüfen. Geschichtspolitische Narrative als Untersuchungsmaterial reichen nicht aus, um die Frage zu beantworten, ob ein politischer Akteur selbst die gemachte Aussage als Begründung der vergangenen oder vorgeschlagenen Entscheidung erachtet und auch nicht, ob darüber hinaus die Entscheidung tatsächlich durch den behaupteten Zusammenhang begründet ist, und auch nicht, inwieweit das Narrativ bei den Rezipienten zum Handlungsgrund sich entfaltet. Um von der sprachlichen Ebene zur individuellen vorzustoßen, kämen z. B. ausführliche Interviews mit Entscheidungsträgern in Frage. Darüber hinaus könnte der Entscheidungsfindungsprozess in verschiedenen Gremien und Prozessstufen nachgezeichnet werden.

Dass Entscheidungslegitimierung und Entscheidungsorientierung auseinanderfallen können, liegt daran, dass historische Narrative in einem Kommunikationszusammenhang stehen. Wird der kommunikative Charakter von Geschichtspolitik in den Blick genommen, gelangt man zu dem grundlegenden Problem, dass Sprache, wird sie als Handlung verstanden, perlokutiv sein kann.¹⁸⁹ Die Aussage eines Sprechers muss sich nicht nach den „Geltungsansprüchen“ „Verständlichkeit“, „normative Richtigkeit“, „objektive Wahrheit“ und „subjektive Wahrhaftigkeit“ richten. Er kann ebenso einen „perlokutiven Sprechakt“ erzielen, was bedeutet, dass seine Aussage zu einem außerhalb der Aussage liegenden Zweck eingesetzt wurde. Eine über historische Narrative erreichte Handlungsorientierung wäre damit aus der Sicht des Sprechers „nur“ Mittel zum Zweck.

Auch aus der Perspektive der Rezeption werden schnell die Grenzen der Untersuchung politischer Sprachverwendung anhand eines Quellenkorpus von Äußerungen deutlich: Die

¹⁸⁹ Siehe hierzu: Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns (2011).

Frage, von welchem Publikum die Äußerungen auf welche Weise verstanden und rezipiert wurde, und somit eine bestimmte politische Funktion effektiv erfüllt wurde, ist damit nicht zu beantworten. Um die Effektivität zu messen, wären für die gesamte untersuchte Bevölkerung repräsentative soziologische Untersuchungen, etwa Meinungsumfragen, nötig.

Zurück zum Problem des „Schaufensterparlamentarismus“ – wie soll man wissen, ob die kommunizierte historische Entscheidungsbegründung tatsächlich die Entscheidung begründet, oder ob diese z. B. in der Fraktionssitzung aus gänzlich „unhistorischen“ Gründen beschlossen wurde und nun lediglich in der Form einer Argumentation den Wählern präsentiert wird? Die Problematik lässt sich auch so fassen, dass die spezifische Situation¹⁹⁰ der Parlamentsdebatte sich darauf auswirkt, welche Funktionen von Sprache zur Geltung kommen, so dass eine bestimmte Sprechweise vorherrscht. Der groben Unterscheidung von Dieckmann in eine primär an die Öffentlichkeit gerichtete „Meinungssprache“ einerseits und eine „Funktionssprache“, die der organisatorischen Verständigung innerhalb des staatlichen Apparates und seiner Institutionen dient, andererseits folgend¹⁹¹ ließe sich die „Meinungssprache“ den Parlamentsdebatten zuordnen. „Die immer wieder verlangte und recht schwierige Leistung eines Politikers besteht nun darin, die mit Fachbegriffen und kommunikativen Kürzeln optimierte Arbeitskommunikation für den Gebrauch nach außen, für den Verkehr mit der Öffentlichkeit, zu übersetzen.“¹⁹² Die im Begriff „Schaufensterparlamentarismus“ mitschwingende Kritik, hier werde den Wählern etwas vorgemacht, wird damit durch die Notwendigkeit einer „Übersetzung“ und Reduktion von Komplexität relativiert.

¹⁹⁰ Zur Verankerung der politischen Sprachverwendung in bestimmten kommunikativ-institutionellen Zusammenhängen („Handlungsfelder“, bzw. „Interaktionsrahmen“): Girnth (2002: 36f.). Siehe auch: Patzelt (1995).

¹⁹¹ Dieckmann (1969: 81ff.).

¹⁹² Patzelt (1995: 23). Hier stellt sich weiterhin die Frage, ob und inwieweit Öffentlichkeit und Medien kurze und prägnante Aussagen und Erklärungen bevorzugen.

Die Feststellung der Übereinstimmung oder Differenz zwischen den im Plenarsaal und in der Fraktionssitzung vorgebrachten Argumentationen zu bestimmten Entscheidungen würde in der Frage mehr Klarheit bringen. Protokolle von Fraktionssitzungen, Absprachen in den Gängen oder am Telefon liegen jedoch nicht als umfassendes Vergleichsmaterial vor.¹⁹³ Um in dieser Hinsicht zumindest einige erste Anhaltspunkte zu erhalten, bietet sich der Vergleich mit Kommissionsprotokollen an. In Hinsicht auf die hier vorgestellte Problematik ist die Differenz zwischen Plenarsitzung und Kommissionssitzung zwar nur eine graduelle – auch Kommissionssitzungen sind öffentlich, werden aber in wesentlich geringerem Maße öffentlich wahrgenommen. Die Situation ist eine andere: Kommissionssitzungen finden in anderen Sälen als dem Plenarsaal¹⁹⁴ statt, das Parteienspektrum spiegelt sich nicht in der Sitzordnung wieder, es gibt kein Rednerpult, die zeitlichen Vorgaben von Aussagen sind weniger strikt und die geringere Öffentlichkeitswahrnehmung führt zu weniger Stress¹⁹⁵. Es kann vermutet werden, dass in den Kommissionen die „Funktionssprache“ gegenüber der „Meinungssprache“ überwiegt. Wenn in den Kommissionen historische Referenzen ebenso eingesetzt werden, wie in den Plenardebatten, dann wäre dies ein Hinweis darauf, dass sie neben der Legitimationfunktion auch die Orientierungsfunktion erfüllen. Zumal da in Polen die Ausschüsse eine vergleichsweise hervorgehobene Rolle einnehmen.¹⁹⁶ Aus pragmatischen Gründen muss eine solche Untersuchung auf eine gesonderte Studie verschoben werden.

¹⁹³ Während in einigen Fällen – darunter in Polen – zumindest aus öffentlichen Kommissionssitzungen Protokolle der Redebeiträge vorliegen, sind die Diskussionsbeiträge in Fraktionssitzungen in der Regel nicht der Forschung zugänglich. Einen in dieser Hinsicht sehr interessanten Aufsatz liefert der Politolinguist und frühere CDU-Abgeordnete Josef Klein auf der Basis eines Protokolls einer Fraktionssitzung, an der er selbst als Politiker teilgenommen hatte: Klein & Steyer (2000).

¹⁹⁴ Die Saalarchitektur hat eine Auswirkung auf die politische Sprache, vgl. Döring (1995).

¹⁹⁵ „Nur für die Minderheit der parlamentarischen Elite wird sie [die Parlamentsrede] darum ihren Charakter als ‚Prüfungssituation‘ verloren haben.“ Patzelt (1995: 28).

¹⁹⁶ „Das polnische Parlament gilt als Arbeitsparlament, in dem die Ausschüsse eine zentrale Stellung einnehmen. Sie fungieren auch als wichtige Gremien für die Meinungsbildung und Sozialisation der

4.5 Parteiidentitäten

Der Begriff „Identität“ wird hier verstanden als dekonstruierter Begriff, der in seiner nicht-totalisierenden Bedeutung Anwendung findet. An Stelle einer essenziellen „Identität“ wird von dem fortwährenden Prozess der „Identifikation“ ausgegangen.¹⁹⁷

Gleichheit und Differenz bilden die Grundlage von Identität. So wie die Identifikation der Mitglieder mit der Gruppe eine (fortwährend zu konstruierende) Gleichheit nach innen bedeutet, so sehr benötigt sie Differenz zu dem, was nicht zur Gruppe gehören soll. Die inkludierende Wirkung gemeinsam geteilter identitätsbildender Narrative nach innen geht einher mit einer exkludierenden, Unterscheidung und Unterscheidbarkeit herstellenden Wirkung nach außen. Das bedeutet, dass sich eine Gruppe von anderen Gruppen darin als verschieden verstehen kann, dass sie ihre Existenz in der Geschichte als einzigartige, von derjenigen anderer Gruppen verschiedene deutet. Wie der Name, eine Farbe, ein Logo, ein Mitgliedsausweis oder ein gemeinsames politisches Programm, so kann ein Narrativ dazu dienen, eine Gruppe nach innen und außen unterscheidbar zu machen.¹⁹⁸

Parteiidentitäten lassen sich nach M. Waller¹⁹⁹ analytisch aufteilen in einen internen Bestandteil, der aus der Identifizierung der Mitglieder als Mitglieder einer Gruppe besteht, und in einen externen Bestandteil, also die Identifizierung unterschiedlicher Parteien durch Außenstehende, insbesondere durch die Wähler. Die Zuordnung, erstere basiere auf „commonality“, zweitere auf „difference“, ist jedoch nicht aufrechtzuerhalten: Differenz und

Abgeordneten, zumal die schwachen und sich häufig umstrukturierenden Fraktionen wenige Möglichkeiten dafür boten.“ Ziemer & Matthes, *Das politische System Polens* (2010: 225).

¹⁹⁷ Siehe hierzu: Hall, *Questions of cultural identity* (1996: 1-17).

¹⁹⁸ Zur Beziehung zwischen Identität, Materialität und Narration: Anico, *Introduction* (2009).

¹⁹⁹ Ich beziehe mich hier auf die Unterscheidung, die M. Waller in einem höchst interessanten Artikel aufstellt, der, wie es scheint, die einzige Arbeit darstellt, welche systematisch Geschichtsbezogenheit als Teil von Parteiidentität zu fassen versucht. Zudem wendet er seine Überlegungen auf Polen, Bulgarien, Tschechien, die Slowakei und Ungarn an. Waller, *Party inheritances and party identities* (1996).

Identität sind, wie bereits ausgeführt, untrennbar miteinander verbunden. Auch eine interne Parteiidentität ist ohne die Abgrenzung von den übrigen Parteiidentitäten undenkbar, und auch die Identifizierung einer Partei durch den Wähler setzt voraus, dass dieser sie als Gruppe von Politikern wahrnimmt, die etwas gemeinsam haben und die über die Zeit hinweg dieselbe bleibt.

Zweitens ist laut Waller zwischen historisch gebildeter Identität einerseits und über gegenwärtige Forderungen („contemporary appeals“) gebildeter Parteiidentität andererseits zu unterscheiden. Als drittes lässt sich die Organisationsebene von der ideologischen Ebene (Parteiprogramme und „statements“, „doctrinal symbols“, die „folklore“ – darin „collective memory of significant battles fought and corners turned, the party’s pantheon and also its demonology“²⁰⁰, Banner, Logos, Farben, Hymnen, etc.) abheben.

Der auf diese Weise von Waller differenzierte Begriff der Parteiidentität lässt sich hervorragend mit dem Konzept eines historischen Narrativs verbinden, dessen Narrativsubjekt eine politische Partei darstellt. Die politische Bedeutung von Parteiidentität wird deutlich in ihrer Funktion, intern Zusammengehörigkeit zwischen den Mitgliedern und Politikern zu schaffen und extern zur Unterscheidbarkeit und Profilierung von Parteien in den Augen der Wähler beizutragen. Kann diese Zusammengehörigkeit oder Unterscheidbarkeit nicht durch gegenwartsbezogene politische Ansprüche realisiert werden, steigt die Funktionalität der historischen Begründung der Parteiidentität – und umgekehrt. In einer Parteienlandschaft, in der sich die gegenwartsbezogenen Parteiprogramme der Parteien zunehmend angleichen – so die These, die sich hieraus beispielsweise ergeben würde – würden geschichtspolitische Profilierungen in den Vordergrund rücken. Ebenso wäre internen Differenzen, Lagerbildungen und Abspaltungsgefahren mit der Einung durch die Erzählung eines gemeinsamen Ursprungs, einer gemeinsamen Entwicklung des Fortschritts oder auch einer Geschichte gemeinsamer Erfolge der Parteimitglieder beizukommen. Zum zweiten kann die historisch gebildete Parteiidentität – neben anderen Formen, wie den genannten Parteifarben – im Sinne einer „Ideologie“ oder „Folklore“ gerade dann an Bedeutung gewinnen, wenn die

²⁰⁰ Waller (1996: 25).

organisationale Ebene für die Parteiidentität zum Problem wird. Beispielsweise ließe sich der Wechsel der gesamten Parteiführungsschicht (oder der Mitglieder oder Wähler), der zu einer Identitätskrise führen könnte (die sich in der Frage ausdrücken lässt, ob es sich hier noch um dieselbe Partei handelt) dadurch bewältigen, dass die historische Kontinuität der Partei unterstrichen würde durch ein Narrativ des Gleichbleibens wesentlicher Ursprünge (traditionales Narrativ) oder auch durch ein Narrativ des progressiven Wandels (genetisches Narrativ). Umgekehrt ist denkbar, dass Kontinuitäten der organisationalen Ebene zu einer Identitätskrise führen – augenscheinlichstes Beispiel sind hier die kommunistischen Parteien im Angesicht post-kommunistischer Transformation²⁰¹ – und durch eine Änderung des Namens, der Parteihymne und eine entsprechende Umformulierung des Parteiidentitätsbildenden historischen Narratives bewältigt werden. (Ihre Gegner mögen dann die Frage stellen: Ist das nicht dennoch dieselbe Partei?) Als drittes Beispiel sei die Abspaltung einer Parteifraktion genannt, deren Mitglieder für gewöhnlich ihre Identität sogleich als andersartige symbolisch repräsentieren und historisch erzählen, um ihre Identität und Differenz als eigenständiger Akteur zu bilden. (Man versuche sich eine Parteiabspaltung unter unverändertem Parteinamen und ohne narrative Präsentation des Abspaltungsvorgangs vorzustellen).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Parteiidentitäten politisch funktional sind, weil sie Zusammenhalt nach innen und Unterscheidbarkeit nach außen herstellen. Sie basieren auf der Wechselwirkung zwischen Identität und Differenz, die sowohl gegenwärtig als auch historisch basiert sein kann und die eine ideologisch-symbolische und eine organisational-strukturelle Ebene hat. Die Vermutung liegt nahe, dass die Möglichkeit besteht, Bedrohungen und Krisen von Parteiidentitäten die auf der organisational-strukturellen Ebene entstehen, durch entsprechende Identitätsbildungen auf der ideologisch-symbolischen Ebene – darunter beispielsweise Aktualisierungen historischer Narrative über die Partei – zu bewältigen. Umgekehrt sind auch geschichtspolitische Identitätskrisen denkbar, etwa wenn ein

²⁰¹ Siehe hierzu v.a.: Bozóki, *The communist successor parties of Central and Eastern Europe* (2002).

parteiidentitätsbildendes historisches Narrativ sich plötzlich als unwahr darstellt, wobei wiederum die übrigen Dimensionen der Parteiidentität an Bedeutung gewinnen.²⁰²

4.6 Definition von Geschichtspolitik als historisches Erzählen im politischen System

Was ist nun „Geschichtspolitik“? Lässt sie sich als „Geschichtskultur“ in ihrer „politischen Dimension“ definieren? Betrachten wir hierzu nochmals Rüsens Unterscheidung der „Dimensionen“ von Geschichtskultur:

„Was das Verhältnis der drei Dimensionen der Geschichtskultur zueinander betrifft, so läßt sich auch hier von Vernunft sprechen. Sie meint formal ein wechselseitiges Zugeständnis von Autonomie und zugleich die Einsicht einer Abhängigkeit voneinander. Das heißt zunächst einmal: Verzicht auf gegenseitige Instrumentalisierung, und es heißt überdies, daß die jeweiligen Prinzipien der Sicherung von Geltung und formaler Kohärenz jeweils so ausgeprägt werden, daß sie sich gegenseitig in Kraft setzen. Das ist so zu denken, daß der historische Verstand durch die ästhetisch angesprochenen Sinne der historischen Wahrnehmung angeregt wird, daß die kognitiven Leistungen die rechtlichen Sanktionen des Willens zur Macht stärken und daß der politische Machtwille der Wahrheitsfindung dient (so etwas ist ja nicht prinzipiell ausgeschlossen).“²⁰³

Die drei Dimensionen „politisch“, „ästhetisch“ und „kognitiv“ sind jedoch zu unterscheiden von den drei „Bereichen“ Wissenschaft, Politik und Kunst.²⁰⁴

²⁰² Während Narrative (aber auch andere Symbole, wie z. B. Fotos und Grafiken) auf der ideologisch-symbolischen Ebene in dieser Arbeit recht gut reproduzierbar sind, gilt dies für die organisational-strukturelle Ebene freilich nicht. Sie kann auch nur wieder „erzählt“ werden.

²⁰³ Rösen (1989: 111).

²⁰⁴ Zu den Begriffen „Dimension“ und Bereich“ siehe: Rösen (1994).

„Wissenschaft, Politik und Kunst können sich im Felde des Geschichtsbewußtseins (als kulturellem Faktor der Daseinsorientierung) wechselseitig instrumentalisieren und dabei die jeweils in Dienst genommene Dimension des historischen Wissens durch die herrschende verkürzen und verstümmeln. Dies ist fast immer dann der Fall, wenn die einzelnen Dimensionen der Geschichtskultur nicht auseinandergehalten werden, sondern in der naiven Selbstverständlichkeit je einer Dimension deren Unterschiede und Beziehungen zu den anderen übersehen werden. Sie können sich aber auch gegenseitig ins Recht setzen, so daß ihre je spezifischen Vernunftpotenziale sich wechselseitig ergänzen und dadurch insgesamt steigern.“²⁰⁵

Geschichtskultur²⁰⁶ ist bei Rösen historisches Erzählen in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Politik, prägt dabei aber *immer und gleichzeitig* in den drei „Dimensionen“ „politisch“, „ästhetisch“ und „kognitiv“ aus. Insofern ist der Begriff „Dimension“, in Analogie zu einem geometrischen Koordinatensystem, gut gewählt.

Es wäre nun eine Option, Geschichtspolitik als Geschichtskultur in ihrer politischen Dimension zu definieren. Historisches Erzählen wäre dann und insofern Geschichtspolitik, wie es vom „politischen Machtwillen“ geleitet ist (Mikro-Ebene) bzw. dem Prinzip der Legitimation der Herrschaft eines politischen Regimes untersteht (Makro-Ebene). Das Problem besteht dann aber darin, dass jedes historische Erzählen unter den Begriff Geschichtspolitik fallen muss, da in der Realität Fälle historischen Erzählens, in denen die politische Dimension nicht wirksam ist, nur als Grenzfälle vorkommen dürften. Wir gerieten hier in dasselbe Dilemma, das bei radikalen Formen der Systemtheorie auftritt: Wenn Teilsysteme – darunter etwa die Politik – radikal voneinander getrennt gedacht werden, lassen

²⁰⁵ Rösen (1989: 110).

²⁰⁶ „Geschichtskultur ist (...) derjenige Bereich menschlicher Weltdeutung und Selbstverständigung, in dem die für das menschliche Geschichtsbewußtsein maßgeblichen Operationen der Sinnbildung über Zeiterfahrung vollzogen werden müssen, damit sich handelnde und leidende Subjekte in den zeitlichen Veränderungen ihrer Welt und ihrer selbst zurechtfinden können.“ Rösen (1989: 109). Zu den „Dimensionen“ und „Bereichen“ siehe: Rösen (1994).

sich ihnen konkrete Organisationen nicht mehr zuordnen, die in der Realität zwischen den Leitprinzipien der einzelnen Systeme immer wieder von neuen abwägen müssen.²⁰⁷ (Die Teilsysteme sind laut Systemtheorie Folge einer funktionalen Differenzierung der Gesellschaft, wobei die jeweiligen Teilsysteme spezifische Aufgaben übernehmen. In der radikalen Version der Systemtheorie, die N. Luhmann²⁰⁸ vorgestellt hat, entwickeln die Teilsysteme eigene Codes, die jeweils nicht ineinander übersetzt²⁰⁹ werden können und die Teilsysteme funktionieren jeweils unabhängig voneinander.) Ein Krankenhaus beispielsweise hat auch wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen, die ggf. dem Leitprinzip der medizinischen Versorgung durchaus entgegenlaufen können. Bei einem solchen Verständnis von Geschichtspolitik wäre also das Vortragen eines historischen Narrativs durch einen Politiker im Parlament ebenso „Geschichtspolitik“, wie das Vortragen eines historischen Narrativs durch eine Historikerin im Vorlesungssaal der Universität oder durch einen Priester in der Kirche.

Vieles spricht dafür, dass der Geschichtskulturbegriff Rüsens vielmehr an die Gesellschaftstheorie von Max Weber angelehnt ist, und nicht an eine radikale Systemtheorie: Die „Dimensionen“ bei Rüsens entsprechen den Weber'schen „Werten“, an denen sich Handeln orientiert, die „Bereiche“ den „Wertsphären“. Freilich behandelt Weber in seiner Gesellschaftstheorie jeweils alle im historischen Einzelfall vorhandenen Wertsphären und Werte der Gesellschaft, also neben Wissenschaft, Kunst und Politik etwa auch die Wirtschaft und neben Ästhetik und Macht auch beispielsweise die Gewinnmaximierung. Die Auswahl

²⁰⁷ Vgl. Schwinn, Lässt sich Luhmann mit Weber retten? (2005).

²⁰⁸ „Die Konsequenz [der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft] ist, daß die Menschen dann als Umwelt des Gesellschaftssystems begriffen werden müssen (wie wir es von Anfang an getan haben) und daß auch das letzte Band, das ein „matching“ von System und Umwelt zu garantieren schien („schien“ deshalb, weil die Gesellschaft ja immer schon nur aus Kommunikationen bestanden hatte und sich nur in ihrer Selbstbeschreibung darüber täuschen konnte, ja täuschen mußte, weil die älteren Differenzierungsformen darauf angewiesen waren, den Menschen fest Plätze „in“ der Gesellschaft zuzuweisen) gerissen ist.“ Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft (2009: 744-745).

²⁰⁹ Luhmann (2009: 743-776, insbes. 748).

der Dimensionen und Bereiche bei Rösen ist schlicht darauf zurückzuführen, dass Rösen seinen Begriff der Geschichtskultur entwickelt und Bereiche wie die Wirtschaft oder Religion aus seinem engeren Kulturbegriff herausfallen.

Andererseits ist der Wertsphärenbegriff bei Weber leider nur rudimentär entwickelt worden. Als Antwort auf den Systembegriff Niklas Luhmanns, den wir bereits als größeren Rahmen verworfen haben, holte dies insbesondere Thomas Schwinn nach.²¹⁰ Durch Schwinns Weiterentwicklung der bei Weber ansatzweise bereits vorhandenen Konzepte lassen sich auch die Begriffe Institution und Organisation sinnvoll mit dem Geschichtspolitikbegriff verbinden, was für die Untersuchung parlamentarischer Geschichtspolitik im zweiten Teil dieser Arbeit von großer Bedeutung sein wird.

Als Alternative zur systemtheoretischen Idee der funktional ausdifferenzierten Teilsysteme lassen sich Wertsphären verstehen, die nicht unabhängig von den Individuen gedacht werden: Ordnungen „[gelten] in dem Umfang, als die *Chance* besteht, daß das Handeln *tatsächlich* an ihnen orientiert wird“ wobei sich Handeln in der Realität durchaus an einander widersprechenden Ordnungen orientieren kann.²¹¹ „Politik“ ist eine Wertsphäre²¹² insofern sich Handeln (von Individuen oder Organisationen) an ihr als „letztem Wert“ orientiert. Werte allein lösen jedoch das Problem der Ordnung „aus unüberschaubaren, komplexen Verhältnissen, aus denen an sich kein Ordnungsweg weist“ nicht:

„Dies gelingt nur mittels Institutionalisierung. Über Institutionen entstehen aus Werten soziale Ordnungen, indem die expansiven und unbegrenzten Wertansprüche begrenzt werden. Werte geben Institutionen letzte Geltungsgarantien, sie sind aber keine Institutionen. Der Institutionalisierung vorgeschaltet sind Prozesse der Interpretation,

²¹⁰ Schwinn, Institutionenanalyse und Makrosoziologie nach Max Weber (2009). Vgl. auch: Rösen (1994: 17ff.).

²¹¹ Weber (1980: 17).

²¹² Gleichwohl der Begriff bei Weber kaum expliziert wird. Vgl. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie (1988: 537). Schwinn, Wertsphären, Lebensordnungen und Lebensführungen (1998).

in denen es um die Bestimmung des Sinngehalts der Werte geht. In der Reihenfolge Wert – Idee – Regel erfolgt der erste Schritt durch Interpretation und der zweite durch Institutionalisierung. Institution ist eine Konkretisierung des symbolischen Gehalts der Wertsphären und ihre verhaltenswirksame Normierung. Hierfür müssen Methoden und Techniken entwickelt werden, über die sich Standards und Regeln erfinden und durchsetzen lassen, die das Handeln in bestimmten Kontexten systematisieren, voraussehbar und intersubjektiv kontrollierbar werden lassen.²¹³

Das bedeutet auch, dass Institutionen nicht den gesamten möglichen Geltungsbereich einer Wertsphäre abdecken. Ein Parlament ist somit eine Institution der Wertsphäre Politik, indem sie Regeln bereithält, welche eine bestimmte Idee institutionalisieren die wiederum einen Wert (im Falle der Politik wäre dies die Herrschaft) interpretiert. Beispielsweise hält die Institution des Parlaments das Verfahren der Abstimmung bereit, das als Instrument zur Herrschaft – anders gesagt, zur Hervorbringung legitimer, die politische Gemeinschaft verpflichtender Entscheidungen – eingerichtet worden ist. Das letzte Ziel der parlamentarischen Abstimmung ist nicht etwa die Wahrheits- sondern die Entscheidungsfindung. Anders verhält es sich bei einem der Verfahren der Wertsphäre Wissenschaft: Dem Rezensionsverfahren. Als wissenschaftliches Verfahren dient es dazu, die Prüfung von Ergebnissen durch weitere Experten zu ermöglichen. Eine Verwendung des Rezensionsverfahrens mit dem Ziel, bestehende Machtverhältnisse zu verändern – zum Beispiel indem eine Studie deswegen unterstützt wird, weil sie politische Entscheidungen zu Legitimität verhelfen wird, die im Interesse des Rezensenten sind – würden von der Wissenschaft als Missbrauch verurteilt und abgelehnt werden *müssen*, da sonst die Wertorientierung der Wissenschaft in Frage gestellt würde was in letzter Konsequenz zur Auflösung der Wissenschaft (als selbständiger Wertsphäre) führen müsste.

„Politik“ als Wertsphäre und das Parlament als politische Institution existieren also nur so lange und insoweit, wie tatsächlich die Chance besteht, dass Handlungen an ihnen orientiert werden. Das bedeutet auch, dass nicht von einem fertigen Ensemble an Wertsphären

²¹³ Schwinn (2009: 43–69).

auszugehen ist, sondern dass dieses Ensemble von Gesellschaft zu Gesellschaft und von historischem Zeitpunkt zu historischem Zeitpunkt unterschiedlich ausfallen kann.

Dieses auf Max Weber aufbauende Verständnis von Institution erlaubt es uns, Geschichtspolitik näher einzugrenzen. Es ist eine Grundvoraussetzung *historischer* Narrative, dass sie den Anspruch erheben, die Vergangenheit so wiederzugeben, wie sie *tatsächlich gewesen* ist, dass sie also *wahr* und nicht *fiktiv* seien. Eindeutig fiktive Narrative könnten das von Rösen genannte Kontingenzproblem gar nicht bewältigen. Der Wert der Wahrheit wird nun aber (zumindest in bestimmten Gesellschaften) der Wissenschaft zugesprochen und ihre Institutionen beinhalten Regeln deren gemeinsame Zielsetzung darin besteht, dass Wahrheit als letztes und unhinterfragtes Ziel des Handelns ermöglicht und sanktioniert wird. Das bedeutet, dass historisches Erzählen im Rahmen der Wertsphäre Politik, realisiert durch politische Institutionen, Organisationen und Akteure, eine „Einmischung“ darstellen *muss*.

Die Abwehrreaktion gegen „Einmischungen“ der Politik in das Metier der Wissenschaft – in diesem Fall der Geschichtswissenschaft – wird aus dieser Perspektive verstehbar. Sie bieten Gelegenheit und sind notwendig um die Wertorientierung der Wissenschaft von jener der Politik abzugrenzen und auf diese Weise überhaupt zu konstituieren. Der in dieser Arbeit bereits veranschaulichte Argwohn von Historikern – auch Jörn Rösen bildet hier keine Ausnahme –, die sich mit Geschichtspolitik beschäftigen, dürfte hierauf zurückzuführen sein.

Den „Empörungen“ stehen „Transferleistungen“ zwischen den Wertsphären gegenüber, die eine Arbeitsteilung zwischen den Teilsystemen überhaupt erst mit einem Rationalitätsgewinn für die Gesellschaft verbinden:

„Ein Versicherungsunternehmen formuliert eine parlamentarische Gesetzesvorlage für die Versicherungswirtschaft, ein Universitätsinstitut wird von der Industrie finanziert, die auch die Themen und Forschungsweisen vorgibt, Unternehmensverbände versuchen, die Lehrpläne der Schule zu bestimmen, usw. Alles dies wäre bei assoziativ-arbeitsteiligen Strukturen ja nur wünschenswert, weil somit der jeweilige Sachverstand in den Arbeitsbereich der je anderen Bereiche transferiert werden könnte. Skandalisierbar sind solche Vorkommnisse vermutlich aber nur, weil und insofern den einzelnen Teilsystemen je andere Leitprinzipien unterstellt werden, und zwar solche, die sich in weiten Bereichen widersprechen.

Deshalb müssen die Sinn- und Regulationsprovinzen als gegeneinander abgegrenzt und auf je für sich legitimierte Zugriffsweisen eingeschränkt gelten; ihre Vermischung gilt als Normbruch (,Einmischung' ist ein treffender Alltagsbegriff dafür) und führt zur Empörung.' (Türk 1995: 174f.) (...) Moderne Sozialordnungen sind nicht nach Art einer Großorganisation oder eines Konzerns arbeitsteilig und hierarchisch gestaltbar. Die auf verschiedenen Sinn- und Leitkriterien basierenden Institutionen bieten gerade dadurch Rationalitätsgewinne, dass sie Probleme über verschiedene Perspektiven angehen können und somit möglichst monokratische Sichtweisen und Bearbeitungsstrategien vermeiden.“²¹⁴

Kurzum: Die Wissenschaft ist auf Transferleistungen aus der Politik (und anderen Teilsystemen, wie etwa der Wirtschaft) ebenso angewiesen wie umgekehrt, die Politik auf Transferleistungen aus der Wissenschaft profitiert, während aber derartige Transferleistungen die ständige Rückbesinnung und Beteuerung der Wertorientierung, die für das jeweilige Teilsystem konstitutiv ist, besonders dringend und nötig machen.²¹⁵

Wir gehen davon aus, dass Geschichtspolitik in der Bildung, Aufrechterhaltung und Auflösung historischer Narrative besteht, deren Grundfunktion der Bildung von Identitäten und der Orientierung von Entscheidungen aber nur dann realisiert werden können, wenn und insoweit die Betroffenen davon überzeugt sind, dass die Narrative wahr sind. Das gilt für die Politik nicht weniger als für andere Teilsysteme der Gesellschaft. Gleichzeitig definieren wir Geschichtspolitik als nur jene historischen Narrative, die im Rahmen des Teilsystems (bzw. der Wertsphäre) Politik auftreten. Da jedoch die übergeordnete Funktion des Teilsystems Politik die Hervorbringung und Legitimation von für die politische Gemeinschaft verbindlichen Entscheidungen ist, Politik sich also an Herrschaft orientiert, und nicht an Wahrheit, ist Geschichtspolitik zwingenderweise einem gewissen Generalverdacht ausgesetzt. Politischen Akteuren wird eine politische Orientierung grundsätzlich unterstellt und politische Institutionen wären keine politischen Institutionen, wären sie nicht in erster Linie an

²¹⁴ Schwinn (2009: 54-55).

²¹⁵ Schwinn (2009: 43-69).

Herrschaft ausgerichtet. Daher lässt sich vermuten, dass die Politik auf weitgehend akzeptierte historische Narrative zurückgreifen wird und insbesondere auch Transferleistungen aus der Wissenschaft beziehen wird, die – zumindest im Fall von entsprechend in Wertsphären differenzierten Gesellschaften – für die Orientierung am Wert der Wahrheit verantwortlich zeichnet. Um hingegen marginale historische Narrative glaubhaft zu machen wären zunächst tiefgreifende politische Eingriffe nötig, die etwa bei der Schulbildung, bei der Gestaltung des öffentlichen Raums (Straßennamen, Denkmäler usw.) oder auch bei den Feiertagskalendern des jeweiligen Staates ansetzen könnten. Der besondere Nutzen der Geschichtspolitik für die Politik liegt in der Möglichkeit begründet, Identitäten von Gruppen zu bilden und Entscheidungen zu orientieren bzw. zu legitimieren. Hierauf ist die Politik nicht weniger angewiesen als etwa die Wissenschaft auf materielle Ressourcen angewiesen ist.

Es besteht also ein ewiger und unvermeidlicher Konflikt zwischen letzten Werten, deren Geltung zwingendermaßen absolut gesetzt wird, und die sich bei der Orientierung von Handlungen im Einzelfall widersprechen werden: Zum Beispiel bei der Frage, ob man eine historische Erzählung am Wert der Wahrheit oder am Wert der Herrschaft orientieren soll. Dass Werte in sozialen Handlungen eine zentrale Rolle spielen, zeigt sich in Max Webers Typologie des sozialen Handelns. Ohne diese Typologie hier im Einzelnen auffächern zu wollen, sei allerdings auf einen zentralen Aspekt hingewiesen: Natürlich ist der wertrationale Handlungstypus von zentraler Bedeutung, wenn es um die Bildung von Wertsphären und Institutionen geht. Um bei den Institutionen zu bleiben: In bestimmten Momenten werden wir gar eine Anhäufung wertrationaler Handlungsorientierungen beobachten können, wird diese Wertrationalität von den Beteiligten Akteuren sogar besonders klar reflektiert, wie zum Beispiel im Falle der Ausarbeitung einer demokratischen Staatsverfassung. Im Alltag – auch im politischen – wird jedoch der größte Teil des sozialen Handelns im Rahmen von Institutionen von traditionellen (besser: gewohnheitsmäßigen) Typus geprägt. Entscheidend ist, dass im Zweifelsfalle die wertrationale Basis der institutionalisierten Verfahrensweisen wieder reflektiert werden kann und muss. Es ist also nicht nötig, bei jeder parlamentarischen Abstimmung dessen politische Wertebasis erneut zu thematisieren, wohl aber dann, wenn die Vermutung aufkommt, die Abgeordneten könnten das Verfahren für andere Zwecke missbrauchen. Ein derartiges Einschleifen ist durchaus vorteilhaft: Es erspart den Beteiligten kognitive Anstrengungen. Es darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es auch im

Fälle von bereits eingeschliffenen Verfahren mit Elementen von Institutionen zu tun haben, denen Wertrationalität zu Grunde liegt. Damit wird klar, dass der Vortrag eines historischen Narrativs im Vorlesungssaal einer Universität nicht zwingend Geschichtspolitik sein muss, während das Vorbringen exakt desselben Narrativs in einer parlamentarischen Plenarsitzung durch einen Abgeordneten notwendigerweise Geschichtspolitik ist – und zwar auch im hypothetischen Fall, dass der Abgeordnete selbst tatsächlich glaubt, die Wahrheit über die Vergangenheit zu sagen und keinen politischen Nutzen mit seiner Aussage verbindet, schließlich handelt er im Rahmen einer politischen Institution.

Geschichtspolitik, das ist die Bildung, Aufrechterhaltung und Auflösung historischer Narrative, die mit dem Anspruch einer wahrheitsgetreuen Beschreibung der Vergangenheit verbunden sein müssen, im Rahmen der Politik, also durch *politische* Akteure und Organisationen bzw. innerhalb *politischer* Institutionen, mit dem Zweck der Orientierung und Legitimation bzw. Delegitimation von Handlungen sowie der Bildung bzw. Auflösung von Identitäten politischer Akteure und Gruppen. Die Legitimation von für die politische Gemeinschaft verbindlichen Entscheidungen ist die prinzipielle Funktion von Politik, insofern kann der Geschichtspolitik eine zentrale, vollauf politische Rolle zukommen. Vorgeschaltet ist der Prozess der Orientierung, der zwar über die Politik hinausweist, ohne den jedoch über nichts zu entscheiden wäre. Ebenso weisen individuelle Identitäten von einzelnen politischen Akteuren sowie Wir-Identitäten von Organisationen (z. B. Parteien) oder auch der gesamten politischen Gemeinschaft über den politischen Prozess hinaus und sind für diesen Voraussetzung. Hingegen die Vorstellung eines vollständig von der Gesellschaft autonomen Teilsystems Politik in dem es dann die Behandlung von Geschichte zu verorten gelte, würde dem Untersuchungsgegenstand Geschichtspolitik nicht gerecht werden, dessen Wesensmerkmale in der Kombination der Orientierung an Wahrheit und der Orientierung an Herrschaft bestehen.

5 Geschichtspolitik und politisches Regime

Zur Beschreibung von unterschiedlichen Regimetypen wird auf die Klassifizierung Wolfgang Merkels zurückgegriffen, der von einem Kontinuum politischer Regime ausgeht, das zwischen „Autokratie“ und „Demokratie“ aufgespannt ist. Innerhalb des Kontinuums lassen sich mehrere Regimetypen verorten. Die beiden Extreme einer vollkommenen Demokratie bzw. einer vollkommenen Autokratie kommen dabei in Reinform in der Realität nicht vor. Systemtransformation wird als langsame oder rasche Verschiebung entlang des Kontinuums beschreibbar.

5.1 Geschichtspolitik in Autokratien vs. Geschichtspolitik in Demokratien

Wie lässt sich autokratische Geschichtspolitik von demokratischer unterscheiden? Einer der zentralen Unterschiede besteht im Herrschaftsanspruch. Autokratien haben den Anspruch einer umfassenden politischen Steuerung aller Gesellschaftsbereiche. Sie setzen auf „Entdifferenzierung“.²¹⁶ Damit erlangt die Politik auch in der Geschichtskultur eine dominante Position und jedes historische Erzählen wird primär an Herrschaftslegitimierung ausgerichtet. Zwischen Geschichtskultur und Geschichtspolitik besteht dann theoretisch kein Unterschied (mehr).²¹⁷ Die Einführung der marxistischen Lehre als Leitidee der Wissenschaft und des Sozialistischen Realismus in der Kunst sind gute Beispiele für den totalen Anspruch der Politik über den kulturellen Bereich von Gesellschaften. Dem Konzept von Modernisierung zufolge entsteht damit aber ein Nachteil für die Gesellschaft, der im Falle der Geschichtskultur in der Abnahme der Sinnbildungsleistung besteht, was wiederum zur Delegitimierung des Regimes führen kann, falls es dem Regime nicht gelingt, tatsächlich alle Lebensbereiche zu steuern und wenn es seine Herrschaft nicht vollständig auf Zwang basieren

²¹⁶ Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung (2010: 61).

²¹⁷ Vgl. hierzu: Troebst (2010a:19ff.).

kann. In Demokratien beschränkt sich die Politik – und damit auch die Geschichtspolitik – in ihrem Herrschaftsanspruch, sodass z. B. auch die von Kunst und Wissenschaft erbrachten historischen Sinnbildungsleistungen nutzbar werden. Ein Freiraum für politisch unkontrollierte historische Narrative bleibt in der Demokratie also bestehen. Diese Narrative können auch herrschaftskritischen Charakter annehmen. Andererseits erlaubt es dieser Freiraum – anders als in totalen Autokratien – dass die besonderen Fähigkeiten der einzelnen Kulturbereiche – darin auch der (Geschichts-)wissenschaft – zur sinnvollen Verarbeitung von Kontingenzerfahrungen für die Gesellschaft genutzt werden können.

Auch innerhalb des politischen Systems ist in Demokratien eine wichtige Einschränkung gegeben: Autokratien haben eine „strukturelle Lernschwäche“²¹⁸ gegenüber Demokratien, die „mit den allgemeinen und freien Wahlen einen Feedback-Mechanismus institutionalisiert [haben] (...), der sie in erheblichem Maße zu kontinuierlichen Lernprozessen zwingt.“²¹⁹ Indem die Regierungsdauer beschränkt wird und die Interessen des Volkes über Wahlen und Repräsentation, z. B. durch Parteien, in das System integriert sind, kann dieses sich schneller und effektiver an Veränderungen der Umwelt anpassen. Der durch Wahlen legitimierte Regierungswechsel ermöglicht auch geschichtspolitische Anpassungen an geänderte Umstände, die in Autokratien wesentlich schwieriger sind. Legitimiert sich eine autokratische Regierung z. B. über ein genetisches Fortschrittsnarrativ, während in der Geschichtskultur (wegen unvollständiger Kontrolle) Narrative der Stagnation oder gar des Rückschritts in Bezug auf das Regime auftreten, die kritisch dem Fortschrittsnarrativ zuwiderlaufen, schlägt dies direkt auf die Legitimität des gesamten Regimes durch. In Demokratien hingegen besteht die Möglichkeit der Integration konkurrierender Geschichtsvorstellungen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass Geschichtspolitik in Autokratien und in Demokratien dieselben Funktionen erfüllt. Auch lassen sich nicht prinzipiell bestimmte geschichtspolitische Inhalte (Narrative) dem einen oder anderen Typus zuordnen. Es gibt zudem keinen Grund anzunehmen, dass in autokratischen Regimen grundsätzlich in einem

²¹⁸ Merkel (2010: 60).

²¹⁹ Merkel (2010: 57).

anderen Ausmaß Geschichtspolitik betrieben wird als in demokratischen. Aber die unterschiedliche Struktur der Machtverhältnisse, die vom jeweiligen Regime in der Gesellschaft realisiert wird, bedeutet auch eine unterschiedliche Strukturierung der Geschichtskultur: Während demokratische Regime zur pluralen und offenen Geschichtskultur tendieren, neigen autokratische Regime zur Homogenisierung und Erstarrung der Geschichtskultur, weil diese Strukturierungen der Geschichtskulturen für die Regime jeweils funktional sind. Konrad Jarausch und Martin Sabrow sprechen von „verordneten und pluralen Formen der Vergangenheitsaneignung“ auf die der Vergleich zwischen der „monopolistischen Durchsetzung“ (dort: des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes in der DDR) und der „immer nur partiellen Anerkennung“ (der Sonderwegsthese in der BRD) hindeuten.²²⁰

5.2 Geschichtspolitik in Autokratien

Geht man von den Prämissen der Modernisierungstheorie aus, dann bedeutet die Entdifferenzierung, also die Unterordnung der Teilsysteme unter die Politik, eine Behinderung der Teilsysteme in einer effektiven und effizienten Ausführung ihrer Funktionen. Ebenso wie die politische Steuerung der Wirtschaft demnach zu einer vergleichsweise schlechteren Versorgung der Gesellschaft mit materiellen Gütern führen würde und die Wissensproduktion des Wissenschaftssystems behindert wäre (was im Falle von Zensur oder politischer Vorgabe von Forschungsfragen besonders anschaulich ist), so funktioniert auch die Sinnproduktion in der Geschichtskultur nur begrenzt. Ebenso wie die Entdifferenzierung und damit Unterwerfung der Wirtschaft unter die Politik zu einer reduzierten Leistungsfähigkeit führt, die wiederum auf das politische System zurückschlagen muss,²²¹ führt die „Politisierung“ der Geschichtskultur dazu, dass die Produktion von Sinn behindert wird, was sich geschichtspolitisch in schwächerer Legitimität und geringerer Unterstützung des Systems niederschlagen wird. Das politische System verwehrt sich die Möglichkeit, Sinnbildung in den übrigen Teilsystemen, wie Kunst, Religion und

²²⁰ Jarausch & Sabrow (2010: 28).

²²¹ Merkel (2010: 60f.).

Wissenschaft, mit ihren je eigenen „Herstellungsweisen“ mit einzubeziehen und auf diese Weise Sinnbedürfnissen entgegenzukommen.

Eine absolute Entdifferenzierung und „Politisierung“ der Geschichtskultur ginge einher mit der Gleichschaltung und Homogenisierung aller geschichtspolitischen Narrative. Die Entscheidung darüber, welches Narrativ als Meisternarrativ diese Dominanz über alle übrigen Narrative erlangen sollte, würde ebenso wie jegliche sonstigen politischen Entscheidungen von einem „monistischen Herrschaftszentrum“²²² getroffen werden. Perfekte totalitäre Regime bedeuten in der Folge die vollständige Vereinheitlichung jeglicher sinnbildender historischer Narrative. Jede Kontingenzerfahrung würde durch das etablierte historische Narrativ aufgelöst werden, indem Identitäten gebildet und Handlungen orientiert würden. Damit wird die Starrheit, das Fehlen jeglicher Flexibilität eines so gedachten Systems deutlich: Jedes unpassende Narrativ wird zur Herausforderung, da es den oktroyierten Sinnzusammenhang in Frage stellt.

Warum aber sollten derartige alternative Narrative aufkommen? Dies ist insoweit unausweichlich, wie die Realität einem ständigen Wandel unterliegt, der von den Menschen als sinnvoller verarbeitet werden muss. Das totalitäre Regime müsste fähig sein, diesen Wandel so umfassend zu steuern (in eine intendierte Richtung zu lenken oder ihn vollständig zum Stillstand zu bringen) dass Widersprüche gar nicht auftreten würden, oder aber jede Kontingenzerfahrung durch staatlich gesteuerte Sinnbildung aufgelöst würde. In einem totalitären System würden zu sinnbildenden Narrativen „unpassende“ Veränderungen gar nicht erst entstehen oder zumindest nicht als solche „zur Sprache“ kommen. Geschichtspolitische Narrative würden so eingesetzt, dass „unpassende“ Entwicklungen in einen Sinnzusammenhang gestellt werden, die sie „einpassen“. So wie unpassende Wirtschaftsstatistiken sich fälschen ließen, könnten unpassende Entwicklungen in der Vergangenheit „vergessen“ oder neu interpretiert werden, so dass sie ihre „Unangepasstheit“ verlieren würden: „Unpassend“ sind historische Entwicklungen ja nur dann und insoweit, wie

²²² Merkel (2010: 23).

sie in einen historischen Sinnzusammenhang gesetzt werden, der im Widerspruch zu den etablierten Regimelegitimierenden Narrativen steht.

An dieser Stelle ist das herrschaftskritische Potenzial geschichtspolitischer Narrative fassbar: Erfahrungen in einen Sinnzusammenhang zu stellen, der jenem widerspricht, der von dem Regime etabliert wurde, bedeutet gleichzeitig eine Infragestellung der Legitimität des Regimes selbst. Im totalitären System wäre wegen der fehlenden Differenzierung jedes historische Narrativ ein geschichtspolitisches Narrativ und somit jeder historisch-narrative Widerspruch politisch relevant. Der uneingeschränkte Kontrollanspruch der Politik bedeutet somit auch einen ungeheuren Aufwand: Jede Sinnbildung über historische Narrative, bis hin auf die Ebene der individuellen Biographien und Familiengeschichten, ist zu kontrollieren und ggf. anzupassen. Im Widerspruch hierzu stehende („alternative“) Narrative müssen mit hohem Aufwand (Gewalt, Manipulation) unterdrückt werden, wenn sie aufkommen – wovon in der Realität auszugehen ist, insofern ein real bestehendes politisches Regime nie in der Lage sein kann, die Realität vollständig der Ideologie zu unterwerfen.

Repression stellt eine Möglichkeit dar, politischen Systemen trotz fehlender Legitimität Persistenz zu verleihen. In der Realität müssen auch autokratische Regime, wollen sie über längere Zeit hinweg Persistenz erhalten, zu einem gewissen Grad Legitimität und Unterstützung seitens der Betroffenen erzielen.²²³ Dies gilt auch für das kommunistische Regime Polens in der Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 bis zur Wende 1989 in seiner historischen Ausprägung.

Alle möglichen *Inhalte* geschichtspolitischer Narrative, die (1) sich auf Identitäten verschiedener politischer Akteure und Gruppierungen sowie auf Entscheidungen mit unterschiedlicher Reichweite beziehen können, die (2) auf vorhandene, historisch gewachsene geschichtskulturelle Inhalte Bezug nehmen müssen, die (3) in verschiedensten Konstellationen zueinander stehen können und die (4) im Falle von nationalstaatlichen

²²³ „Ein politisches System (...), dessen Herrschaftsfunktionen und Herrschaftsträger sich fast ausschließlich auf Repression stützen, ist ineffizient, illegitim und instabil.“ Merkel (2010: 62).

politischen Systemen auch eine internationale und regionale Ebene haben – diese Inhalte abstrakt-theoretisch in Bezug auf typische Regimetypen abzustecken ist ein schwieriges Unterfangen, das der Komplexität der Mannigfaltigkeit historischer Narrative in der Wirklichkeit kaum genügen dürfte. Ein Weg besteht darin, verschiedene Fälle miteinander zu vergleichen und eine Typologie zu erstellen. Wir haben bereits unterschiedliche Regimetypen, der Typologie von Wolfgang Merkel folgend, in Beziehung zu den bisherigen grundsätzlichen Überlegungen zur Geschichtskultur gestellt. In Bezug auf die Inhalte folgt hieraus immerhin die These einer Tendenz zur Homogenisierung der Narrative in autokratischen und zu einer Heterogenisierung in demokratischen Regimen. Bevor wir zur empirischen Betrachtung der Geschichtspolitik in Polen, wie sie sich nach dem Systemwechsel von einem relativ autokratischen zu einem relativ demokratischen Regime entwickelte, seien dennoch einige weitere Überlegungen auf theoretischer Ebene vorausgeschickt.

Mit Systemwechsel ist zuallererst ein Wechsel des politischen Regimes gemeint. Dies hat wiederum Auswirkungen auf alle Akteure und Prozesse der Politik. In dem Fall, dass es sich nicht gleichzeitig um eine Veränderung auf der Ebene der politischen Gemeinschaft und ihres Territoriums handelt – wie dies bei der Demokratisierung Polens in den 1990er Jahren der Fall war – ist der Regimewechsel die am tiefsten greifende und übergeordnete Veränderung, welche die Politik betrifft. Hieraus folgt das Argument, dass 1989 die Identität der politischen Gemeinschaft und sie bildende historische Narrative kaum zur Debatte standen, sondern vielmehr jenes Narrativ, welches das neue Regime als Entwicklung im Rahmen der Geschichte der politischen Gemeinschaft einbinden würde. Den grundsätzlichen Überlegungen Rüsens entsprechend – auch darauf wurde bereits hingewiesen – kommt ein als exogen erzählter und verstandener Wandel – etwa als Folge internationaler Entwicklungen bzw. der Interessen von fremden Staaten, Unternehmen, Völkern, Einzelpersonen und dergleichen – nur um den Preis eines profunden Sinnverlustes und gesellschaftlicher Apathie in Bezug auf Politik in Frage. Wenn wir nun auf die vier Erzählweisen Rüsens zurückgreifen, lassen sich vorab einige Überlegungen zu den Inhalten geschichtspolitischer Narrative während bzw. nach Regimewechseln anstellen.

Zuallererst drängt sich die Vermutung auf, dass dem kritischen Erzähltypus während eines Regimewechsels eine wichtige Rolle zukommen wird. Diejenigen geschichtspolitischen Narrative welche zur Legitimierung des überkommenen Regimes beitrugen, müssen durch

kritisches Erzählen abgetragen werden. Gerade in der ersten Phase dürfte es daher zu einer generellen Kritik des Meisternarrativs und aller mit ihm zusammenhängender Einzelnarrative kommen. Es wird allerdings davon abhängen, auf welche Weise der Regimewechsel vollzogen wird, wie radikal diese Kritik ausfällt. Sollen diejenigen Organisationen und Personen, welche im überkommenen Regime an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt waren, im neuen Regime auch in politischer Hinsicht integriert werden – was nicht zwingend der Fall sein muss: es könnte sich um ein von externer Seite installiertes Regime gehandelt haben oder die genannte Gruppe könnte politisch, eventuell auch vollständig aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden – so ist zu erwarten, dass die Kritik auf Gegenwehr in Form einer Verteidigung des traditionellen oder genetischen Narrativs stößt, welches das vorangehende Regime legitimierte. Das ist insbesondere deswegen unvermeidlich, das wir von dem bereits ausgeführten Zusammenhang zwischen geschichtspolitischen Narrativen und den Narrativen, welche persönliche Identitäten einzelner Individuen mitbilden, ausgehen. Die Inhalte der kritischen Narrative können neu formuliert werden und hierbei ist die Bedeutung einer von der Politik unabhängigen Geschichtswissenschaft, welche den geschichtspolitischen Narrativen widersprechende Fakten aufzeigen kann, kaum zu überschätzen. Auch hier entsteht das Problem einer eventuellen Gleichschaltung der Geschichtswissenschaft, die im Rahmen des neuen Regimes erst überwunden werden muss. Genauso ist aber denkbar, dass das vorangehende Regime bereits seine geschichtspolitische Monopolstellung verloren hat und sich widersprechende Narrative bereits vorhanden sind: Sei es durch eine Oppositionsbewegung welche bereits vor dem Systemwechsel auch geschichtspolitische Narrative zur Delegitimierung des Regimes einsetzte, sei es durch eine zumindest teilweise Autonomie der Geschichtswissenschaft, die entsprechende kritische Narrative bereits vor dem Regimewechsel entwickelt hat.

Bei den kritischen geschichtspolitischen Narrativen wird es jedoch nicht bleiben können. Somit lässt sich vermuten, dass es bei Systemwechseln zumeist in Kombination, zumindest aber in einer Abfolge, gemeinsam mit traditionellen, exemplarischen oder genetischen Narrativen auftreten wird. Wie lässt sich an dieser Stelle eine Demokratisierung bzw. Demokratie erzählend als Teil der Geschichte der politischen Gemeinschaft erzählen? Einerseits bietet sich hier das genetische Narrativ einer „Demokratisierung“ an, bei dem Veränderung als Chance verstanden wird, zu dem zu werden, was man schon immer sein wollte aber bisher noch nicht zu sein in der Lage gewesen ist. Eventuell lässt sich bei einem

solchen genetischen Narrativ inhaltlich die Vergangenheit des vorangegangenen Regimes in gewissem Maße als Zwischenschritt in das Narrativ integrieren. Der Regimewechsel wird zu einem besonders wichtigen und großen Schritt auf dem Weg zum Ziel, das man nun entweder erreicht hat oder das es noch zu erreichen gilt. Andererseits birgt der genetische Erzähltyp ein radikales revolutionäres Potenzial indem er Wandel der (politischen) Verhältnisse denkbar und wünschenswert macht. Wenn verständlich und überzeugend dargestellt werden kann, dass die Demokratie als im Voraus festgelegtes Ziel eine in Eigenverantwortung entwickelte Idee darstellt, so ist dieses genetische Narrativ ein durchaus adäquates geschichtspolitisches Mittel zur zukünftigen Orientierung.

Problematisch ist die genetische Erzählweise in Bezug auf die Demokratisierung aber dann, wenn sie nicht mehr als eigenverantwortete, offene Entwicklung hin zu einer besseren Zukunft erscheint, sondern als Übernahme eines fremden, vorhandenen Modells. Die klassische Modernisierungstheorie geht, wie auch zahlreiche andere soziologische Theorien wie etwa jene von Auguste Comte oder auch manche psychologische Theorien wie jene von Sigmund Freud, von *a priori* feststehenden und aufeinander aufbauenden Entwicklungsschritten aus. Sie ist selbst ein genetisches Narrativ über eine vergangene, eigene Entwicklung die in die Zukunft fortgeführt wird und entsprechend Handlungen orientieren kann. Die Übertragung einer solchen Theorie auf eine – in ihrem Lichte so erscheinende – unterentwickelte Gesellschaft mag für den Modernisierungstheoretiker schlicht eine zulässige Anwendung einer Theorie darstellen. Schon das Wort „Demokratisierung“ und in gewissem Maße die Typologie politischer Regime Merkels in Verbindung mit dessen Annahme der „endogenen Stabilität“ von Demokratien, auf die wir bereits eingegangen sind, stellen ein genetisches Narrativ des Fortschritts dar, das entsprechende Handlungen orientiert. Als geschichtspolitisches Narrativ über Demokratisierung und Demokratie hat sie aber im Falle historisch späterer Fälle von Regimewechseln die Schwäche, dass vorhandene Demokratien einerseits als fortschrittlicher erscheinen – was das Selbstbewusstsein der Mitglieder der politischen Gemeinschaft tangieren kann – und andererseits deren Entwicklungsweg zum einzig denkbaren Vorbild wird, was sich mit der Anforderung an eine selbstverantwortet gedachte und erzählte Entwicklung kaum vereinbaren lässt. Es ist daher absehbar, dass Narrative zum politischen Regime inhaltlich ein Aufgreifen vorhandener oder erfundener, jedenfalls eigener und vergangener demokratischer Entwicklungstendenzen innerhalb der politischen Gemeinschaft

darstellen werden. Den Regimewechsel hingegen als exogen verursachte Entwicklung zu erzählen würde entsprechend ein kritisches Narrativ darstellen, das die Legitimität des demokratischen Regimes in Frage stellen muss. Anschließend ließe sich hieran insbesondere ein traditionales Narrativ zur Wiederherstellung des vorangegangenen Regimes.

Eine positive Integration des Vorgängerregimes in Form eines traditionellen Narratives stellt unvermeidlich jeden Regimewechsel als unerwünscht dar. Angesichts der Realität veränderter Bedingungen wohnt einem solchen traditional formulierten Narrativ ein radikal reaktionäres Moment inne – das wohlgerne gegenüber der Demokratisierung alternative Handlungsoptionen eröffnet.

Zuletzt bleibt die Option eines traditionellen Erzählens der Demokratisierung als Re-Demokratisierung. Anders als bei dem genetischen Typ lässt sich das Vorgängerregime hierbei nicht als wünschenswerter Zwischenschritt in die Meistererzählung integrieren, nicht einmal als Regression auf einem Weg, hin zu einem bisher unerreichten Ziel, den es wieder einzuschlagen gilt, sondern es wird zur Entartung, zur widersinnigen Phase einer Abkehr von einem irgendwann in der Vergangenheit bereits dagewesenen Urzustand, den es wiederherzustellen und vor weiteren Entartungen zu schützen gilt. Auf den ersten Blick scheint der traditionale Narrativtyp bei Rügen einer konservativen Grundhaltung zu entsprechen, die vorhandenes zu bewahren trachtet. Wie auch das genetische Narrativ kann es jedoch eine revolutionäre Sprengkraft entfalten, nämlich dann, wenn der erwünschte Grundzustand als nicht (mehr) vorhandener erzählt wird. Was nun die Anforderung der selbstbestimmten Auffassung von dem eigenen Handeln in der Zeit angeht, liegt das nun unvermeidlich entstehende Dilemma auf der Hand: Das überworfene Regime lässt sich nur schwer als selbstverantwortete Entwicklung beschreiben. Ein kollektives Eingeständnis der eigenen zeitweisen Entartung dürfte sich schwer realisieren lassen. Wahrscheinlicher ist eine solche inhaltliche Ausformung des Narrativs, welche die Verantwortung aus der politischen Gemeinschaft externalisiert. Hier lassen sich viele konkrete Ausprägungen denken – angefangen von einer zeitweisen Besessenheit der Menschen durch teuflische Mächte über Schuldzuweisungen an Teilgruppen der politischen Gemeinschaft (beispielsweise ethnische, religiöse oder sonstige Minderheiten) bis hin zur Fremdbeherrschung durch externe Akteure wie etwa andere (mächtigere) Staaten.

Eine mögliche Konsequenz derartiger revolutionärer Narrative über Regimewechsel besteht in den potenziell implizierten Handlungsorientierungen: Etwa der Exklusion einer Teilgruppe der Bevölkerung aus der politischen Gemeinschaft. Doch ist dies kein Spezifikum traditionaler Narrative und gilt in demselben Maße für genetische Narrative. Entscheidend ist, dass derartige Narrative Handlungsoptionen ermöglichen – eine normativierende Bewertung der Konsequenzen, etwa aus politischer oder ethischer Sicht, ist an dieser Stelle nicht erforderlich.

Es bleibt die Frage ob exemplarische Narrative zur geschichtspolitischen Aufbereitung von Regimewechseln taugen. Im Falle kritischer Narrative bestand die Einschränkung darin, dass sie für sich genommen nicht ausreichen, um dauerhaft Identitäten zu bilden und Handlungen sinnvoll zu orientieren. Bereits der Ursprung ihrer kritischen Wirkungsmacht liegt ja in ihrem Verhältnis zu bestehenden Narrativen. Kritisches Erzählen scheint sich also auf einer grundsätzlich von den übrigen Typen verschiedenen Ebene abzuspielen – man könnte von einer Meta-Ebene sprechen. Wenngleich Rösen sich bemüht, die identitätsbildende Kraft der vier Erzähltypen mit einander sehr ähnelnden Formulierungen auf dieselbe Ebene zu heben, so ist es doch nicht recht überzeugend, dass exemplarische und kritische Narrative in demselben Maße identitätsbildend wirken können, wie genetische und traditionale. Denn auch das exemplarische historische Erzählen scheint eine beschränkte Wirkungskraft zu besitzen: Selbst abstrakteste Handlungsregeln, aus Erfahrungen in der Vergangenheit abgeleitet, sind in ihrem Orientierungsanspruch nicht so absolut wie jener traditionaler und genetischer Narrative. Nichtsdestoweniger ist es denkbar, dass aus früheren eigenen Regimewechseln oder den Regimewechseln fremder Regime Handlungsregeln abgeleitet werden, welche dann eigene Entscheidungen orientieren.

5.3 Geschichtspolitik in der Volksrepublik Polen

Wenngleich die kommunistische Führung bei der Etablierung der autokratischen Parteidiktaturen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, in Polen wie auch in den übrigen Ländern des sowjetischen Einflussbereichs (DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien), allerdings in unterschiedlichem Maße, auf Gewalt zurückgriffen, so wurde doch in allen diesen Ländern von Beginn an versucht, bei den

jeweiligen politischen Gemeinschaften Legitimität für die Regime zu erreichen. Die Abhaltung des Referendums zur Änderung der Verfassung in Polen im Jahre 1946 zeigt, dass das Regime von Anfang an um Legitimität im In- und Ausland bemüht war.²²⁴ In Polen wurden ca. alle vier Jahre Wahlen zum Sejm abgehalten (der Senat war mit dem erwähnten Referendum aufgelöst worden). Die Einbindung von weiteren Parteien und Organisationen²²⁵ neben den kommunistischen Parteien, deren Führungsrolle in der Verfassung verankert war,²²⁶ war nicht nur Instrument zu einer möglichst vollständigen Durchdringung der Gesellschaft, sondern auch Mittel zur Aufrechterhaltung des Scheins einer „demokratischen“

²²⁴ Am 30.6.1946 wurde in Polen ein Referendum zur Frage der Absetzung des Senats, der Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige, Durchführung der Agrarreform und Festlegung der polnischen Staatsgrenze (Ostsee, Oder, Neiße) abgehalten. Siehe: Dziennik Ustaw, 1946, Nr. 15, Pos. 105: *Ustawa z dnia 28 kwietnia 1946 r. o przeprowadzeniu głosowania ludowego* [Gesetz vom 28. April 1946 über die Durchführung einer Volksabstimmung]. Ein weiteres Referendum (1987) sollte geplante politische und wirtschaftliche Reformen Wojciech Jaruzelskis legitimieren, scheiterte aber an der ungeschickten Umsetzung. Siehe: Monitor Polski, 1987, Nr. 34, Pos. 294: *Obwieszczenie Centralnej Komisji do Spraw Referendum z dnia 30 listopada 1987 r. o wyniku referendum ogólnokrajowego przeprowadzonego dnia 29 listopada 1987 r.* [Bekanntmachung der Zentralen Kommission für Referendenangelegenheiten vom 30.11.1987 über das Ergebnis des landesweiten Referendums das am 29.11.1987 durchgeführt wurde].

²²⁵ Auf die Blockparteien wird noch im Detail zurückgekommen. Darüberhinaus ist auch auf die PRON (*Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego*, Patriotische Front/Bewegung für die Nationale Wiedergeburt) hinzuweisen, die im Dezember 1982 gegründet wurde um regimekonforme Organisationen in Polen zur Zusammenarbeit mit der PZPR zu bringen und gleichzeitig die demokratische Legitimation des Regimes zu stärken.

²²⁶ 1976 wurde die Verfassung von 1952 u.a. dahingehend geändert, dass die Volksrepublik als sozialistischer Staat (*Państwo socjalistyczne*) und die PZPR als führende politische Kraft für den Aufbau des Sozialismus festgestellt wird. Die Verfassungsänderungen waren begleitet von Protesten von Intellektuellen („Brief der 59“/“List 59“). Die führende Rolle der PZPR wurde in einer erneuten Änderung der Verfassung 1989 wieder gestrichen. Siehe: Dziennik Ustaw, 1976, Nr. 5, Pos. 29: *Ustawa z dnia 10 lutego 1976 r. o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej* [Gesetz vom 10. Februar 1976 über die Änderung der Verfassung der Volksrepublik Polen].

Legitimierung des Systems. Die Geschichtskultur war daher im kommunistischen Regime Polens von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Stabilität dieses autokratischen Regimes, da sie potenziell zu Legitimität und Unterstützung seitens der Beherrschten beitragen konnte.

5.3.1 Narrative über das politische Regime

Von Beginn an wurde versucht, die Etablierung des Regimes als nicht lediglich von der Sowjetunion aufgezwungene, sondern als *intranationale*, endogene Entwicklung darzustellen. Die Etablierung des neuen Regimes wurde verbunden mit historischer Sinnbildung, welche die Differenz zum vorangehenden „faschistischen“ und „kapitalistischen“ Regime der Zwischenkriegszeit hervorhob. Dabei wurde Wert darauf gelegt, die Rolle inländischer Akteure, etwa der hauseigenen kommunistischen Parteien, der Arbeiterschaft insgesamt sowie der Partisanenkämpfer gegen das vorangehende Regime und gegen die deutschen Besatzer, hervorzuheben – hätte man sich lediglich auf das Narrativ der Roten Armee als „Befreier“ verlassen, dann wäre der Wandel für die Bevölkerung nicht als selbstverantwortet vorstellbar gewesen.

Anders als diejenigen Länder und Regionen, die in die Sowjetunion eingegliedert wurden, blieb Polen, ebenso wie die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien, als Staat mit eigener Identität der politischen Gemeinschaft bestehen. Die politische Abhängigkeit von der Sowjetunion war in den einzelnen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten sehr unterschiedlich. In Polen wurden Institutionen aus der Vorkriegszeit aufgelöst und solche nach sowjetischem Vorbild aufgebaut (der Fehlschlag bei der Entmachtung der Institution der polnischen katholischen Kirche ebenso wie die nur in geringem Maße erfolgte Landumverteilung sind wichtige Gegenbeispiele), das Staatsterritorium in neue Grenzen verlegt und auch politische Symbole wurden verändert.²²⁷

²²⁷ Vgl. Stobiecki, *Historiografia PRL: ani dobra, ani mądra, ani piękna... ale skomplikowana: studia i szkice* [Die Historiographie der Volksrepublik: Weder gut, noch klug, noch schön... aber kompliziert:

Ungeachtet der Frage nach der Souveränität bzw. der Fremdbestimmtheit des polnischen Staates und seiner Entwicklung in der Zeit zwischen 1945-1989 war immer die Rede von einem polnischen Staat. Erst das Verständnis der Etablierung der Volksrepublik als „polnische“ Entwicklung ließ es zu, das Regime in die bestehende politische Gemeinschaft geschichtspolitisch zu integrieren: Nur so konnten die Betroffenen sich die Veränderung potenziell als selbstverantwortete vorstellen und sinnvoll mit ihren eigenen Lebensentwürfen integrieren.

Die Oppositionstätigkeit zur Zeit der Volksrepubliken war z. T. mit der Verbreitung von historischen Narrativen verbunden, die im Widerspruch zu den staatlich etablierten Narrativen standen. Auf diese Weise wurden Sinnbildungen präsentiert, die alternative Handlungsoptionen denkbar machten. Freilich war auch hier die Dominanz der politischen Dimension offensichtlich. Die Geschichtswissenschaft war in Polen keineswegs derart vollständig politisch gesteuert, dass hier nicht auch durch den Anspruch objektiver Faktenfindung hervorgebrachte historische Narrative entstanden wären, die als kritische geschichtspolitisch relevant geworden sind. Zur Geschichtskultur auf Familienebene sind die Regime ebenfalls nur begrenzt vorgeedrungen: Das erklärt, warum das Wissen um die Täterschaft bei den Massenerschießungen von Militärs und anderen Mitgliedern der polnischen Elite während des Zweiten Weltkrieges u. a. in Katyń trotz umfassender Propaganda nicht vollständig manipuliert werden konnte und somit von Beginn an zu einer Schwächung der Legitimität des polnischen kommunistischen Regimes führen musste.²²⁸

Studien und Skizzen] (2007).

²²⁸ In einer Umfrage des Sozialforschungsinstituts CBOS (*Centrum Badania Opinii Społecznej*, Zentrum für Meinungsforschung), die im November und Dezember 1987 (Erwachsene) bzw. April 1988 (Jugendliche) durchgeführt wurde, gaben nur 18,4% der Erwachsenen und 14,2% der Jugendlichen an, nie etwas von der „Ermordung polnischer Gefangener während des Zweiten Weltkrieges in Katyń“ gehört zu haben. Entscheidend ist, dass von jenen Befragten, die angaben, über Katyń Bescheid zu wissen, 49,5 % der Erwachsenen und 68,4% der Jugendlichen korrekterweise die Sowjetunion als Verantwortlichen angaben. CBOS, *Opinia publiczna o zbrodni w Katyniu. Komunikat z badań* [Die öffentliche Meinung zum Verbrechen von Katyń. Forschungsmitteilung] (1988).

Manifestationen von autokratischer Geschichtspolitik in der Volksrepublik Polen, wie das Denkmal für die im Kampf um Poznań gefallenen Rotarmisten (September 1945) oder die am 9. Mai 1975 beschlossene Erklärung des Polnischen Sejm zum „30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus“²²⁹ – um nur zwei augenfällige Beispiele willkürlich herauszugreifen – weisen auf die homogenisierenden Wirkungen einer autokratischen Geschichtspolitik auf die Geschichtskultur hin. Wie in anderen Bereichen (Wirtschaft, Wissenschaft, etc.) entsprach auch in der Geschichtskultur der Anspruch einer klaren und zentral geplanten Linie nie den Erfolgen in der Realität. Wie wenig es sich hier um eine totalitäre Durchdringung der Gesellschaft durch eine Geschichtspolitik handelte, die sich an einer „marxistischen Meistererzählung“²³⁰ orientierte, mag ein weiteres willkürliches Beispiele deutlich machen: Von oppositionellen Gruppen gedruckte Postkarten, Plakate und Briefmarken, welche die Geschichte der Armia Krajowa und des Warschauer Aufstands thematisieren.²³¹ Dies ist ein Beispiel aus dem „inoffiziellen“ Bereich der Geschichtskultur, über den das Regime zeitweise keine Kontrolle verfügte. Doch auch im Bereich „offizieller“ Geschichtskultur hatte es bereits vor 1989 zu bröckeln begonnen: Die Opfer der Streiks im Dezember 1970 (*Grudzień 1970*) wurden zum Beispiel im Dezember 1980 mit Denkmälern in Gdańsk und Gdynia geehrt.²³²

²²⁹ Monitor Polski 1975, Nr. 15, Pos. 87: *Deklaracja Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej z dnia 9 maja 1975 r. podjęta w XXX rocznicę zwycięstwa nad faszyzmem* [Erklärung des Sejm der Volksrepublik Polen am 9. Mai 1975 zum 30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus].

²³⁰ Kraft (2006b: 131). Dabei ist hervorzuheben, dass in Polen das geschichtspolitische Programm sich über die Zeit veränderte und zum Teil Inkonsistenzen aufwies.

²³¹ Peters, „Das große Abenteuer ihres Lebens“. Geschichtsbilder und Symbolik der Armia Krajowa und des Warschauer Aufstands im polnischen „Zweiten Umlauf“ (1980–1989) (2009).

²³² Im Dezember 1970 war es in Gdańsk, Gdynia, Szczecin und Elbląg zu Demonstrationen gekommen, die u.a. mit Panzern gewaltsam niedergeschlagen wurden. Die Idee, der Opfer mit einem Denkmal zu gedenken, kam bereits im folgenden Jahr auf. Das Vorhaben traf auf entschiedenen Widerstand seitens des Regimes. Das seitens der Opposition vorbereitete und finanzierte Projekt eines Denkmals in Gdańsk wurde dadurch ermöglicht, dass es im August 1980 zu einer der Forderungen während des Streiks in der Werft in Danzig erhoben wurde.

Derartige Widersprüche, etwa zwischen dem Gedenken an Opfer von Demonstrationen von Arbeitern einerseits und der Legitimierung eines Regimes durch dessen Selbstdarstellung als Ergebnis der Revolution der Arbeiterklasse andererseits, führen – insoweit sie rezipiert werden – zu einem Legimitätsverlust des politischen Regimes. Auch das kurz angerissene Problem des Widerspruchs zwischen der Selbstdarstellung des Regimes als endogen polnisches Regime – auch und vor allem über geschichtspolitische Narrative – einerseits und tatsächlichen Momenten des sichtbaren Verlustes nationalstaatlicher Souveränität andererseits – wiederum: insoweit diese Momente von der Bevölkerung thematisiert und rezipiert, also erzählt werden konnten – dieser Widerspruch musste zwingendermaßen zu einer Delegitimation des Regimes führen.

So wenig von einer erfolgreichen totalitären Durchdringung der Geschichtskultur in Polen vor 1989 die Rede sein kann, so wenig existierte ein über die Zeit und in sich kohärentes Narrativ, das alle politischen Akteure und Entscheidungen hätte gleichermaßen identifizieren, orientieren und legitimieren können. Ohne an dieser Stelle im Detail auf die Geschichtspolitik Polens zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Systemwechsel von 1989 eingehen zu können, so ist insgesamt auffällig, dass versucht wurde, „traditionale“ nationale Narrative neben „genetischen“ revolutionären Narrativen zu etablieren, was zu Widersprüchen führen musste. So wurde in Polen die Westverschiebung des Territoriums in Folge des Zweiten Weltkriegs²³³ als „Wiederherstellung“ der Grenzen des „piastischen“ mittelalterlichen Polen gedeutet, in Abgrenzung zur als „jagiellonische“ gedeuteten Ausdehnung nach Osten. Das Narrativ fand nicht zuletzt aufgrund verbreiteter anti-deutscher Stimmung in der Bevölkerung und in der Historikerzunft breite Akzeptanz.²³⁴ Hinsichtlich der Frage der Geschichtspolitik des kommunistischen Regimes ist anzumerken, dass diese anti-deutsche Stimmung bei der polnischen Bevölkerung zu großen Teilen aus der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs entsprang und zusätzlich in propagandistischer Weise seitens des Regimes instrumentalisiert und geschürt wurde um das Narrativ des gemeinsamen Kampfes

²³³ Die Frage des Staatsterritoriums ist gleichzeitig eine der Identität der politischen Gemeinschaft insgesamt, sodass ihre Behandlung auch geschichtspolitisch von übergeordneter Bedeutung ist.

²³⁴ Kraft (2006b: 132).

der Polen und der Sowjetunion zur Befreiung von der nationalsozialistischen Besatzung zu bekräftigen. Gleichzeitig handelte es sich bei dem marxistisch-leninistischen Narrativ der weltweiten Revolution der Arbeiterklasse um ein genetisches Narrativ, dessen Sinn gerade darin bestand, bestehende Zustände zu überkommen und einen Fortschritt hin zu einer besseren Zukunft aufzuzeigen. Der Versuch der Kombination traditionaler (hier zudem: nationaler) und revolutionärer genetischer Narrativelemente wird z. B. in den ersten Absätzen der Verfassung deutlich. In der polnischen Verfassung von 1952 (Wortlaut unverändert auch nach 1976) liest sich die Präambel folgendermaßen:

„(...) Die Volksrepublik Polen knüpft an die ruhmreichsten fortschrittlichen Traditionen des polnischen Volkes an und verwirklicht die Freiheitsideen der polnischen werktätigen Massen. Geführt von der heldenhaften Arbeiterklasse, gestützt auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern, kämpfte das polnische werktätige Volk jahrzehntelang für die Befreiung aus der nationalen Knechtschaft, die ihm von preußischen, österreichischen und russischen Eroberern und Kolonisatoren aufgezwungen wurde, und für die Beseitigung der Ausbeutung durch die polnischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Während der Okkupation führte die polnische Nation einen unbeugsamen, heldenhaften Kampf gegen den blutigen Überfall Hitlers. Der historische Sieg der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Faschismus hat Polen befreit, hat es dem polnischen Volk ermöglicht, die Macht zu ergreifen, und hat die Vorbedingungen für die nationale Wiedergeburt Polens innerhalb neuer, gerechter Grenzen geschaffen.(...)

In Verwirklichung des Manifestes des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees vom 22. Juli 1944 und in Weiterentwicklung seines Programms hat die Volksmacht dank der opferwilligen und schöpferischen Bemühungen des polnischen werktätigen Volkes im Kampf gegen den verbissenen Widerstand der Überreste der alten Gesellschaftsordnung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gewaltige gesellschaftliche Umgestaltungen durchgeführt. Im Ergebnis der revolutionären Kämpfe und Umgestaltungen wurde die Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt (...) es bildet und festigt sich eine neue, den Interessen

und Bestrebungen der breitesten Massen des Volkes entsprechende Gesellschaftsordnung. (...)“

Besonders in den letzten Jahrzehnten nutzte das Regime in Polen – und dies gilt auch für andere Länder, wie etwa Bulgarien – nationalistische Narrative um ihre Existenz zu legitimieren, indem es sich mit diesen in eine positive, kompatible Beziehung zu setzen versuchte.²³⁵ Die bisherigen theoretischen Ausführungen lassen uns schlussfolgern, dass die zunehmende Dominanz der traditionellen nationalen Narrative und die Abnahme der Bedeutung der genetischen revolutionären narrativen Elemente dadurch erklärbar ist, dass die tatsächliche Entwicklung sich weder als tatsächlicher ständiger Fortschritt in die versprochene Richtung realisieren, noch durch Manipulation und Propaganda entsprechend umdeuten ließ, sodass das Fortschrittsnarrativ für die Betroffenen keine Sinnbildungsleistung (also weder Identifizierung noch Handlungsorientierung) mehr erbringen konnte. Insofern aber konstante Repression keine Option darstellte, musste das Regime legitimiert werden, wobei bereits in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte nationale Narrative sich schlichtweg anboten.

Eine derartige Legitimierung war aber nur möglich, insoweit sich das Regime erfolgreich in bestehende nationale Narrative einfügen konnte. Gerade in Polen war dies allerdings mehr als schwierig, was wiederum zu großen Teilen als Konsequenz von Entscheidungen der Sowjetunion zur Zeit des Stalinismus zu erklären ist: Die Liquidierung der polnischen kommunistischen Parteiführung im Rahmen der stalinistischen Säuberungen machte die Darstellung der Machtergreifung PZPR als endogener polnischer Entwicklung zu einem schwierigen Unterfangen. Deportationen von Polen in das Innere der Sowjetunion und die Beseitigung der „kapitalistischen“ und geistigen Elite, die Erinnerung an Gräueltaten der Rotarmisten während der Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg, die Bekämpfung der Heimatarmee (*Armia Krajowa*), die Passivität der Roten Armee während des Warschauer Aufstands, Schauprozesse gegen politische Gegner in den ersten Jahren nach dem Krieg, Repressionen gegen Oppositionelle in den späteren Jahren bis hin zu Gefängnisstrafen und

²³⁵ Zum Beispiel indem die Reformen unter General Wojciech Jaruzelski in die Tradition der in der Bevölkerung positiv konnotierte Maiverfassung von 1791 gestellt wurden. Kraft (2006b: 136f.).

Morden: Diese Ereignisse stellten in der Folge kritische Narrative dar die einem Meisternarrativ der Befreiung durch die Sowjetunion und einer durch Polen selbstverantworteten Etablierung des kommunistischen Regimes widersprechen mussten – und als solche von Seiten politischer oppositioneller Akteure auch durchaus eingesetzt wurden.

In Polen war es die Opposition, die auf dem Felde der Geschichtspolitik bereits lange vor 1989²³⁶ das Ruder übernommen und erfolgreich nationale Narrative für sich vereinnahmt hatte, sodass die Legitimierungsversuche des Regimes in diesem Bereich zum Scheitern verurteilt waren. Bereits in der Mitte der 1970er Jahre verlor das Regime jede Hegemonie im Bereich der Geschichtspolitik im speziellen und der Geschichtskultur im Allgemeinen zu Gunsten der Oppositionsbewegung, die sich insbesondere auf Narrative des nationalen Widerstands und des Kampfes um nationale Unabhängigkeit stützte. Die genannten Aspekte hängen miteinander zusammen: Es sind oppositionelle Akteure und Gruppen, die alternative historische Sinnbildungsvorschläge machen, womit der Alleinherrschaftsanspruch der Partei in Frage gestellt wird und alternative Optionen vorstellbar werden. Diese Optionen kommen deswegen auf, weil das Regime es nicht mehr schafft, die Sinnbedürfnisse der Betroffenen zu befriedigen. Die damit verbundene Delegitimierung schwächt das Regime, dessen wirtschaftliche Leistungen es ihm nicht erlauben, Legitimität über Konsum zu „erkaufen“ und dem die Möglichkeiten, Gehorsam durch Repression zu erzwingen, ausgehen.

5.4 Geschichtspolitik in Demokratien

In einer ideal gedachten Demokratie wird das Volk zum Souverän und die Pluralität unterschiedlicher Interessen in das System integriert. Da jedes Interesse Berücksichtigung findet, ist das Regime flexibel und kann sich an Veränderungen der Umwelt anpassen. An Stelle einer umfassenden zentralen Steuerung aller Bereiche steht in der Demokratie die Idee einer beschränkten, eventuell auch dezentralen, jedenfalls rückgekoppelten Steuerung. Eine

²³⁶ Kraft (2006b: 131ff.).

„ideal“ gedachte Demokratie würde bedeuten, dass die existierende Pluralität synchron und diachron divergierender historischer Narrative zur Identifizierung und Legitimierung politischer Objekte als Teil des politischen Prozesses integriert würde. Anstatt zu einer Homogenisierung, führt die Demokratie somit zur Heterogenisierung der geschichtspolitischen Narrative. Aber auch hier zeigen sich schnell die Grenzen der Anwendbarkeit des abstrakten und vereinfachten Modells: Jede Demokratie ist angewiesen auf ein gewisses Maß an Unterordnung und Vereinheitlichung. Für die Gesellschaft verbindliche Entscheidungen werden nie alle Beteiligten zufriedenstellen und die politischen Verfahrensregeln und Institutionen werden nie so optimal und reibungslos funktionieren, dass das Regime unmittelbar auf Veränderungen reagieren kann. In real existierenden Demokratien hat die Offenheit für Pluralität also ihre Grenzen.

5.5 Geschichtspolitik und Demokratisierung

Wolfgang Merkels theoretische Überlegungen zur Persistenz demokratischer Regime einerseits und autokratischer Regime andererseits führen zur Annahme, dass Demokratien eine „endogene Stabilität“, Autokratien eine „endogene Instabilität“ aufweisen.²³⁷ Damit erhält die Verschiebung hin zu den demokratischen Regimetypen eine Selbstverständlichkeit, die den umgekehrten Weg unterbelichtet lässt, der ja empirisch ebenfalls beobachtbar ist. Zudem wurden im Rahmen der Entwicklung von Transformationstheorien mit Blick auf die Systemtransformationen der 1980er und 1990er Jahre in Südost- und Osteuropa Erklärungsansätze angeboten, die weitere wichtige Aspekte berücksichtigen. Auf theoretischer Ebene wurde dabei neben dem Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. Modernisierung auch auf sozialstrukturelle, kulturelle, institutionelle und akteurzentrierte Faktoren hingewiesen.²³⁸ Es ist fraglos von enormer Bedeutung, welche Akteure unter welchen Umständen geschichtspolitische Narrative vorbrachten, wenn man erklären möchte, warum bestimmte Narrative dominant wurden und sich auf die politische Entwicklung

²³⁷ Merkel (2010: 21ff.).

²³⁸ Einen Überblick zur Entwicklung der Transformationstheorien bietet: Merkel (2010: 52).

auswirkten. Die politischen Eliten des alten Regimes und frühere Oppositionskräfte spielen hier eine zentrale Rolle, hinzu kommen die Einflüsse einzelner Persönlichkeiten, zivilgesellschaftlicher Organisationen wie auch ausländischer Akteure. Die Bildung neuer Institutionen, wie auch das Weiterbestehen von Institutionen aus den Vorgängerregimen wirken sich ebenfalls entscheidend auf den Transformationsverlauf aus.

Für die Demokratisierung von politischen Institutionen, Entscheidungsfindungsprozessen und politischen Inhalten war die Pluralisierung geschichtspolitischer Narration, also das Entstehen einer Vielzahl unterschiedlicher und sich teilweise widersprechender geschichtspolitischer Narrative, funktional. Dies wird besonders deutlich anhand von Parteiidentitäten. Claudia Kraft schreibt zum polnischen Fall: „Aufgrund des ausgehandelten Systemübergangs, des Mangels an einer ausdifferenzierten Parteienlandschaft und des Charakters der ehemaligen Opposition als sozialer bzw. vor allem kultureller Bewegung dient die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit vor allem der Abgrenzung zwischen den ansonsten schwer zu unterscheidenden politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen.“²³⁹

5.6 Transformation und politische Kultur

Mit dem Begriff „politische Kultur“ werden theoretische Ansätze zusammengefasst, die sich mit der Bedeutung von Kultur für politische Systeme, Prozesse und politische Inhalte beschäftigen. Die Systemtransformation der post-kommunistischen Länder in Europa brachte eine Belebung des Interesses an diesem Konzept mit sich. Das ist u.a. darin begründet, dass auf die als gleichförmig aufgefassten kommunistischen politischen Systeme eine große Vielfalt an politischen Regimen folgte. Diese Vielfalt galt es zu erklären. (Diese Frage war und ist auch politisch relevant: Welche Bedingungen mussten erfüllt werden, damit sich in Osteuropa stabile Demokratien entwickeln?) Eine positive wirtschaftliche Entwicklung führt nicht zwangsläufig zur Demokratisierung im politischen Bereich, wenngleich die Wirtschaft

²³⁹ Kraft (2006b: 145).

als empirisch am stärksten wirksamer Faktor ausgemacht wurde. Zusätzlich ist auf die erfolgreiche Etablierung von Rechtsstaatlichkeit durch entsprechende Institutionen zu verweisen. Auch spielen die Handlungen der politischen Entscheidungsträger eine große Rolle. Aber: „*Not only the economic, juridical or political environment and performance are important, however, for it seems also necessary that citizens relate to their political institutions and support them.*”²⁴⁰

In Polen wie in den übrigen post-kommunistischen Ländern brachte der Systemwechsel, der sich gleichzeitig im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich abspielte, zunächst eine Senkung der Einkommen, erhöhte Arbeitslosigkeit sowie größere und sichtbarere soziale Ungleichheit mit sich. Große Teile der Bevölkerung sahen sich in mehrfacher Weise als Verlierer der Transformation: Sie empfanden ihre soziale und materielle Situation als schlechter als im vorangehenden System, schlechter als diejenige eines bestimmten Bevölkerungsanteils, der an der Systemtransformation schlagartig profitierte und schlechter als diejenige der Länder auf der gegenüberliegenden Seite des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“, mit dessen Fall nun ein realistischerer vergleichender Blick möglich wurde. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass in Polen in den ersten Jahren des politischen Systemwandels Massenproteste und Streiks stattfanden, die das neue System durchaus in eine gewisse Gefahr brachten. Zudem waren nicht alle Teile der politischen Parteien und Organisationen in den am Runden Tisch ausgehandelten Übergang eingebunden. Vielmehr war die politische Beteiligung der Opposition am Systemwechsel durch das *Komitet Obywatelski* von Lech Wałęsa monopolisiert worden. Die „Mitgliedschaft“ bei der „offiziellen“ Oppositionsorganisation bedeutete auch den Zugang zu notwendigen materiellen Ressourcen und zu den Massenmedien, die zur Verfügung gestellt wurden vom Staat und von ausländischen Akteuren. Allen voran die von Leszek Moczulski geführte radikale KPN und die radikalen Teile der jungen Generation der anti-kommunistischen Bewegung, die sich zum Ende der 1980er Jahre entwickelte und weder von Wałęsas Lager noch vom Staat kontrolliert wurde, mussten sowohl den Führungseliten der Opposition als auch der kommunistischen (später sozialdemokratischen) Partei Kopfzerbrechen bereiten. Es

²⁴⁰ Pollack, *Introduction* (2003: xiii).

dürfte in dieser Hinsicht entscheidend gewesen sein, dass Moczulski und die KPN die Parlamentswahlen schließlich doch unterstützten und nach den Wahlen 1991 sogar die Regierung mitbildeten. Die junge Demokratie im Polen der 1990er Jahre war in Gefahr, da sie Outputs generierte, welche von großen Teilen der Bevölkerung negativ bewertet wurden. Und dennoch setzte sich das demokratische System durch, wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Hier lässt sich die politische Kultur ins Feld führen: War vielleicht die politische Kultur in Polen „demokratisch“ bzw. „demokratieförderlich“ und ermöglichte somit die Persistenz der demokratischen Regime?

Pollack führt in der bereits zitierten Einleitung²⁴¹ die „*cultural inheritance from the communist regime and national traditions from pre-Communist times*“ als Hindernisse bei der Formierung einer demokratischen politischen Kultur auf.²⁴² Die Sozialisation der Bevölkerung im kommunistischen System habe eine bestimmte politische Kultur hervorgebracht, die mit einem demokratischen Regime inkompatibel sei. Unterschiede in den Transformationsprozessen der einzelnen Länder wären damit erklärbar durch den Grad der Durchdringung der Gesellschaft durch das kommunistische Regime. Da eine demokratiefreundliche politische Kultur sich erst langsam entwickeln könne, da Sozialisations- und Lernprozesse Zeit bräuchten, bestehe die Gefahr, dass die geringe diffuse Unterstützung zusammen mit unbefriedigender wirtschaftlicher Entwicklung zu mangelnder Legitimität und damit Persistenz der postkommunistischen Demokratien führen könne.

Geht man hingegen umgekehrt davon aus, dass während der kommunistischen Phase die politische Kultur und die politische Struktur nicht zusammenpassten, ließe sich der Systemwechsel aus der daraus folgenden fehlenden Legitimität und Unterstützung erklären, während die darauffolgende Demokratisierung als Weg hin zu einer politischen Struktur beschreibbar wird, der zur ohnehin „demokratischen“ politischen Kultur schlicht besser passt. In diesem Fall ließe sich vermuten, dass die Demokratie sich auch angesichts wirtschaftlicher

²⁴¹ Pollack (2003: 13).

²⁴² Pollack (2003: 14).

Misserfolge als relativ persistent erweisen wird (zumindest eine gewisse Zeit lang), während in „kommunistisch durchdrungenen“ politischen Kulturen das Gegenteil der Fall wäre.

Umfragen aus dem Jahr 2001 zu den Einstellungen der Bevölkerungen post-kommunistischer Länder ergeben unter anderem, dass ein Großteil von der Demokratisierung des jeweiligen Landes enttäuscht war, da diese nicht den Erwartungen gerecht geworden sei.²⁴³ In einer weiteren Studie wurden Stichproben der Bevölkerungen u. a. Polens in den Jahren 1993 bzw. 1994 daraufhin befragt, ob ihr Sozialstatus, ihre finanzielle Situation und das Familieneinkommen sich seit 1988 verbessert, verschlechtert oder gleich geblieben seien. Für die drei genannten Bereiche zusammengenommen sprachen in Polen 56% der Befragten von einer Verschlechterung aller drei Bereiche. Im Durchschnitt gaben in Polen 14,5% eine Verbesserung an.²⁴⁴ Obwohl es also auch in Polen Grund zur Sorge gab, ob das Regime das nötige Maß an Legitimität erreichen und aufrechterhalten könne – der anfängliche Vertrauensvorschuss war schnell aufgebraucht – kam es in Polen zu keinem Zeitpunkt zu einer ernsthaften Gefährdung des demokratischen politischen Regimes. Die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie als „only game in town“, gemessen an der Befürwortung eines Mehrparteiensystems und – noch deutlicher – anhand der Favorisierung der Demokratie anstelle autokratischer Optionen, ist durchweg festzustellen (das gilt wohlgerne nicht für die Ukraine und Russland): Die Daten des European Value Survey zeigen, dass im Jahre 1999 (2008) in Polen 89,3% (90,3%) der Befragten der Aussage zustimmten, dass die „Demokratie

²⁴³ Der Anteil der Befragten, die in einer Studie von 2001 angaben, eher oder gänzlich vom Wechsel des Regimes enttäuscht zu sein, betrug in Polen 78%. Ulram, P.A. & F. Plasser, *Political Culture in East-Central and Eastern Europe: Empirical Findings 1990-2001* (2003: 32).

²⁴⁴ Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Rehakova & Vlachova, *Subjective Mobility after 1989. Do People Feel a Social and Economic Improvement or Relative Deprivation?* (1995: 143). Die Studie basiert auf Umfragen in den Ländern Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen, Russland und Slowakei in den Jahren 1993 and 1994, die im Rahmen des Projekts *Social Stratification in Eastern Europe after 1989* erhoben wurden.

(..) Probleme mit sich bringen [mag], aber sie (..) besser als jede andere Regierungsform [ist]“.²⁴⁵

Blickt man auf die Region der mittelost- und südosteuropäischen postkommunistischen Länder, ergibt sich heute ein stabiles und uneinheitliches Bild. Der Democracy Score von Freedom House zeigt für den Zeitraum 1999-2009 für die Region als Ganzes kaum Veränderungen.²⁴⁶ In einzelnen Ländern oder Bereichen sind dem Index zufolge positive (z. B. Bulgarien, das sich von 3,58 auf 3,04 Punkte verbesserte), in anderen negative Entwicklungen zu beobachten (z. B. in Polen, das sich von 1,58 auf 2,25 Punkte verschlechterte). Im Jahr 2009 wurden das Baltikum, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Polen und Ungarn zu den „konsolidierten Demokratien“ gezählt, während Russland und Weißrussland als „konsolidierte autoritäre Regime“ gelten. Die übrigen Länder werden als „semikonsolidierte Demokratien“ (darunter Bulgarien), als „transnational governments or hybrid regimes“ (Bosnien und Herzegowina sowie Ukraine) oder als „semi-konsolidierte autoritäre Regime oder international verwaltete Gebiete“ (Moldawien und Kosovo) kategorisiert.²⁴⁷ Weder können alle postkommunistischen Länder der Region heute als demokratisch bezeichnet werden, noch sieht es gegenwärtig danach aus, als sei dies in naher Zukunft zu erwarten.

²⁴⁵ „*W demokracji mogą się pojawić pewne problemy, ale jest ona lepsza niż inne formy rządów*”

²⁴⁶ Als Indikatoren von Demokratisierung gelten hier *electoral process, civil society, independent media, national democratic governance, local democratic governance, judicial framework and independence und corruption*. Zieht man die Länder Estland, Slowenien, Tschechien, Lettland, Polen, Ungarn, Litauen, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Serbien (ab 2004), Montenegro (ab 2004), Jugoslawien (bis 2003), Albanien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Ukraine, Moldawien, Kosovo (ab 2004), Russland und Weißrussland heran, verbesserte sich der durchschnittliche Democracy Score nur unwesentlich von 3,57 (1999) auf 3,54 (2009).

²⁴⁷ Hierbei ist zu beachten, dass hybride Regime grundsätzlich instabiler sind als konsolidierte Diktaturen oder konsolidierte Demokratien. Merkel (2010: 496).

Die Ausführungen sollten verdeutlichen, dass sich in Polen eine parlamentarisch-präsidentielle²⁴⁸ Demokratie entwickelte, die als konsolidiert gelten kann, obwohl diese Entwicklung keineswegs selbstverständlich war, was der Blick in andere post-kommunistische Länder zeigt, und obwohl die Outputs des Regimes in den ersten Jahren der Transformation zur relativen Deprivation großer Teile der Gesellschaft führten und obwohl die Bevölkerungen auf eine Art „sozialisiert“ worden sind, welche die Stabilität der Demokratien zumindest gefährdete. Es wäre naheliegend, dem politische-Kultur-Ansatz an dieser Stelle zu widersprechen, und auf die Auswirkungen rational abwägender Akteure zu verweisen, oder auf die enorme Bedeutung des internationalen Umfelds, das die Transformationsrichtung mitbestimmte, hinzuweisen. Stattdessen lässt sich der in dieser Arbeit vorgestellte Ansatz eine andere Konzeptualisierung des Verhältnisses zwischen politischer Kultur und politischer Struktur zu. Die Trägheit der politischen Kultur wurde begründet durch die Langfristigkeit von Sozialisations- und Lernprozessen, gleichzeitig besteht ihr politikwissenschaftlicher Reiz darin, dass sie als Gegengewicht zu rationalen Zweck-Mittel-Abwägungen (Rational Choice Theorien) ins Feld geführt wurde – es sei an die beschriebene grundlegende Unterscheidung zwischen *diffuse* und *specific support* erinnert. Der in dieser Arbeit vorgestellte Ansatz erlaubt es jedoch, die Wirkung der Vergangenheit auf die Gegenwart auf eine andere Art und Weise aufzufassen: Vergangenheit ist hier, verstanden als gegenwärtig erzählte Geschichte, Teil der (politischen) Kultur selbst, während das gegenwärtige Erzählen eng verknüpft ist mit den gegenwärtigen Sinnbildungen und Sinnbedürfnissen der Menschen. Die kommunistische Vergangenheit erscheint somit nicht als kulturelle „Prägung“, die einer Demokratisierung im Wege steht. Vielmehr wird die kommunistische und vorkommunistische Vergangenheit als erzählte zum Gegenstand geschichtspolitischer Narrative, die den Systemwechsel, das demokratische System, seine Institutionen, Parteien, Entscheidungen und Politiker als Optionen für Gegenwart und Zukunft denkbar und gestaltbar machen. Es kommt also auch darauf an, ob und wie die Vergangenheit in einen historischen Sinnzusammenhang gebracht wird, wenn man erklären will, wie die

²⁴⁸ Merkel (2010: 108).

Vergangenheit gegenwärtige Entwicklungen prägte. Damit wird das kreative, dynamische Element von Kultur stärker hervorgehoben und ins Spiel gebracht.

Gleichzeitig muss historisches Erzählen an vorhandene Narrative anknüpfen (das gilt auch für den Fall der kritischen Zersetzung und Ersetzung vorhandener Narrative). Wie Kultur überhaupt so ist auch Geschichtspolitik ein sowohl von der Dynamik und Kreativität gegenwärtiger Sinnbildungsprozesse wie auch von ihrer Trägheit, Kontinuität und Persistenz geprägt. Kurz: Die raschen Veränderungen der Situation wurden in den geschichtspolitischen Narrativen als sinnvolle gedeutet und hierdurch überhaupt denk- und handhabbar. Die Demokratisierung Polens wurde auch deswegen möglich, weil sie von den Betroffenen als sinnvolle Entwicklung in die identitätsbildenden, handlungsorientierenden und politische Objekte legitimierenden historischen (also geschichtspolitischen) Narrative integriert wurde.

5.7 Geschichtspolitik und die Demokratisierung Polens

Die tatsächliche Entwicklung des politischen Regimes in Polen zeigt eine graduelle Entwicklung mit mehreren entscheidenden Einschnitten, womit sich der Zäsurcharakter des Jahres 1989 auch für die Geschichtspolitik relativiert.²⁴⁹ Die Volksrepublik war zu keinem Zeitpunkt vollkommen totalitär, der Herrschaftsanspruch blieb auch in der Geschichtspolitik unerfüllt und bereits vor 1989 sind starke Autonomisierungstendenzen etwa der Geschichtswissenschaft zu erkennen. Andererseits sind auch nach 1989 immer wieder Ansprüche einer politischen Kontrolle über die Geschichtskultur (auf nationaler und internationaler Ebene) erkennbar, die in dieser Hinsicht an jene Ansprüche der Volksrepublik erinnern. Dass 1989 aber nicht nur in geschichtspolitischen Narrativen eine Rolle als Zäsur spielt, sondern tatsächlich das Überschreiten einer Schwelle von autokratischem zu demokratischem Regime darstellt, stimmt jedenfalls für das Parlament. Hier stellte die X. Kadenz die Phase des Übergangs von einer „Parteiendiktatur“ zur „Parteiendemokratie“ dar.

²⁴⁹ Hierzu insbesondere: Kraft (2006b), Kraft (2006a).

Da Demokratisierung nun aber bedeutet, dass unterschiedliche Akteure zum Prozess der Etablierung von identitätsbildenden- und handlungsorientierenden Narrativen auch auf der grundsätzlichen Ebene des Regimes zugelassen werden, entsteht für die Geschichtspolitik dasselbe Problem, das bereits als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ beschrieben worden ist: Auf allen drei Ebenen, nämlich „Nationsbildung“, „Verfassungsbildung“ und „normale Gesetzgebung“, verläuft die Transformation „gleichzeitig“. „Diese Konstellation führt dazu, daß die Entscheidungen, die gleichzeitig auf allen drei Ebenen getroffen werden, sich gegenseitig obstruieren oder sich als inkompatibel erweisen können. Dieses Risiko besteht auch noch aus einem zweiten Grunde. Eine Situation, in der nichts feststeht, sondern alles kontingent ist, ermutigt zum Opportunismus – zumal dann, wenn der „Schleier der Unwissenheit“ wegfällt und sich strategische Akteure *nun ausrechnen* können, welche proklamierten kollektiven Identitäten zu welchen Verfahrensregeln und welche Verfassungsbestimmungen zu welchen politischen Ergebnissen führen werden.“²⁵⁰ „Die Stufen eines Prozesses, die im westeuropäischen „Normalfall“ in einer über Jahrhunderte gestreckten Sequenz (vom Nationalstaat zum Kapitalismus zur Demokratie) bewältigt wurden, muß also in Osteuropa nahezu synchron durchlaufen werden (...)“²⁵¹

Das Staatsterritorium und die Identität der politischen Gemeinschaft waren in einigen der post-kommunistischen Länder Osteuropas zunächst offene und auf Klärung drängende Fragen. Insbesondere die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie die früheren Sowjetrepubliken mussten klären, welche Bevölkerungen und welches Territorium den jeweiligen post-kommunistischen Staat ausmachen sollten. In anderen Ländern, wie Polen und Bulgarien, stellte sich dieses Problem hingegen in weit geringerem Maße.²⁵² Als sei es selbstverständlich, blieb man bei der nationalen Definition der politischen Gemeinschaft und Betonte die eigene Nationalstaatlichkeit im neu entstandenen internationalen Kontext

²⁵⁰ Offe (1994: 63f.).

²⁵¹ Offe (1994: 65).

²⁵² Die anfängliche Angst vor einer Revision der Staatsgrenzen, in Polen insbesondere angesichts der Wiedervereinigung Deutschlands, war zwar ein politisch relevantes Thema in den ersten Jahren des Systemwechsels, stellte sich letztendlich aber als gegenstandslos heraus.

(insbesondere auch im Kontext der EU-Integration). Hier entstand kein grundsätzlicher Widerspruch zur vorangehenden kommunistischen Phase – umso mehr, als das kommunistische Regime in Polen, wie dies auch in anderen Ländern der Fall war, auf der Ebene der politischen Gemeinschaft nationale Narrative weitergeführt hatte.

6 Untersuchungsgegenstand und -zeitraum

„Das Parlament stellt (...) in nahezu allen modernen Demokratien eine der wichtigsten politischen Institutionen dar. Das politische Sprechen und Zeichenhandeln im Parlament prägt nachhaltig die politische Kultur einer Gesellschaft.“²⁵³ Gleichzeitig ist einzuräumen, dass die Konzentration auf diese zentrale demokratische Institution eine staatszentrierte Politik- und Demokratieauffassung begünstigt. Die Konzentration auf die Institution des Parlaments als Untersuchungsgegenstand in der vorliegenden Arbeit ist durch dessen zentrale Bedeutung in demokratischen politischen Systemen begründet. Hingegen ist natürlich zu betonen, dass Politik, und somit Geschichtspolitik, sich nicht nur in den zentralen Institutionen des Staates abspielt.

Nimmt man nun speziell die Parlamente in den Blick, so ergibt sich als Moment des Umbruchs der Beginn derjenigen Legislaturperiode, in der die Abgeordneten ungehindert konkurrierender Parteien in freien Wahlen gewählt wurden und in der die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie – etwa die Aufgabe der Regierungsposition nach Verlust von Wahlen – eingehalten werden. In Polen lässt sich die Legislaturperiode der X. Kadenz als wichtige und interessante Übergangsphase verstehen (zweiter Wahlgang 18. Juni 1989, erste Sitzung 4. Juli 1989, letzte Sitzung 25. Oktober 1991), während erst die darauffolgende I. Kadenz (27. Oktober 1991, erste Sitzung 25. November 1991, letzte Sitzung 29. Mai 1993) ein durch vollständig freie Wahlen legitimiertes Parlament hervorbrachte.²⁵⁴

²⁵³ Dörner & Vogt, Einleitung: Sprache, Zeichen, Politische Kultur (1995: 5).

²⁵⁴ *Kancelaria Senatu, Biuro Informacji i Dokumentacji, Zespół Informacji i Statystyk* [Senatskanzlei,

Nach vorn ist der Untersuchungsrahmen im Prinzip offen. Die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre werden in dieser Arbeit an mehreren Stellen thematisiert und skizziert. Der Fokus liegt allerdings auf den ersten Jahren des Systemwechsels, da davon ausgegangen wird, dass es hier zum Aufbrechen bzw. Wegfallen der im vorangehenden Regime funktionalen Narrative kommt und an ihrer Stelle neue Narrative benötigt werden. Da, wie noch auszuführen sein wird, identitätsbildende Narrative auf unterschiedlichen Ebenen (System, Parteien, Politiker, Organisationen usw.) miteinander und mit entscheidungsorientierenden Narrativen in einem Zusammenhang stehen, wird davon ausgegangen, dass der Systemwandel im Parlament mit einer Neuverhandlung des Meisternarrativs zum politischen Regime Hand in Hand gehen wird, wodurch auch alle übrigen Narrative betroffen sind und in ihrer Bedeutung nicht unverändert bleiben können.

Das Jahr 1989 brachte für die politische Ordnung wie für die polnische Gesellschaft insgesamt weitreichende Veränderungen. Zu den entscheidenden Ereignissen gehörten insbesondere die Gespräche am Runden Tisch (Februar bis April) zwischen Vertretern der aus der Solidarność-Bewegung hervorgegangenen Opposition, der Kirche und der Regierung der Volksrepublik. Einer der Beschlüsse der Gespräche, neben der Legalisierung der Gewerkschaft *NSZZ „Solidarność“* sowie des geregelten Zugangs der Opposition zu den Medien, war die Einrichtung des Senats als zweiter Kammer des Parlaments, dessen Sitze bei den Sejm- und Senatswahlen im Juni vergeben wurden. Letztere Wahl führte den Beteiligten den enormen Rückhalt der Opposition in der Bevölkerung und die entsprechende Schwäche der PZPR vor Augen. Die ersten Sitzungen des Sejm (X. Kadenz) und Senat (I. Kadenz) fanden im Juli statt. Obgleich die Regierungsmehrheit der PZPR und der sog. Blockparteien *ZSL (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, Vereinigte Bauernpartei)* und *SD (Stronnictwo Demokratyczne, Demokratische Partei)* im Sejm durch das Wahlverfahren garantiert werden sollte, musste das Wahlgesetz zwischen erstem und zweitem Wahlgang geändert werden, damit die PZPR ihre Kandidaten in den Sejm einbringen konnte (der zweite Wahlgang hatte

Büro für Information und Dokumentation, Abteilung für Information und Statistik]: *Terminy rozpoczęcia oraz zakończenia kadencji Sejmu i Senatu od 1989 r.*[Termine des Beginns und des Endes der Kadenzen des Sejm und des Senats seit 1989] (2007).

eine Frequenz von nur noch 26%). Nachdem Czesław Kiszczak und somit der PZPR die Regierungsbildung nicht gelang, ermöglichte die Koalition zwischen OKP (*Obywatelski Klub Parlamentarny*, Parlamentarische Bürgerfraktion), SD und ZSL die Bildung der Regierung Tadeusz Mazowieckis im September, wobei elf Ministerien an die OKP, drei an die PZPR, drei an die ZSL und zwei an die SD fielen.²⁵⁵

Ein weiterer Beschluss des Runden Tisches war die Wiederherstellung des Amtes des Staatspräsidenten, das mit der Verfassung von 1952 aufgelöst worden war. Im Juli wurde Wojciech Jaruzelski durch die Nationalversammlung zum Präsidenten gewählt, bei Enthaltung der OKP, die keinen Kandidaten stellte. Die *Gazeta Wyborcza* brachte den kontroversen Appell: „wasz prezydent, nasz premier“ (Euer Präsident, unser Premierminister).²⁵⁶

Die Vereinbarungen zwischen den reformbereiten Teilen des kommunistischen Regimes und den zu Eingeständnissen bereiten Teilen der Opposition im Laufe des Jahres 1989 waren begleitet von Protesten radikaler oppositioneller Gruppierungen, darunter FMW (*Federacja Młodzieży Walczącej*, Föderation der kämpfenden Jugend), *Solidarność Walcząca* (Kämpfende Solidarność) sowie KPN (*Konfederacja Polski Niepodległej*, Konföderation des Unabhängigen Polens) und Demonstrationen gegen die Abkommen am Runden Tisch. Zuvor verdeckte Uneinigkeit über Form und Aufgabe der *Solidarność* in der zu etablierenden Demokratie traten in diesem Jahr offen ans Licht.

Unzählige Organisationen wurden 1989 ins Leben gerufen und auch die Parteienlandschaft wurde schnell unübersichtlich. Historische Parteien wurden reaktiviert (z. B. PSL (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, Polnische Bauernpartei), neue Parteien gegründet (z. B. ZChN (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*, Christlich-Nationale Vereinigung), bestehende Parteien umbenannt (z. B. ZSL in PSL-Odrodzenie). Die Abgeordneten von Sejm und Senat der X. Kadenz hatten zu großen Teilen keine frühere Berufserfahrung in diesen Ämtern.

²⁵⁵ Der hier vorgestellte Überblick zu den politischen Entwicklungen im Jahr 1989 in Polen basieren auf: Dudek, *Historia polityczna Polski 1989-2013* [Politische Geschichte Polens 1989-2013] (2013).

²⁵⁶ Michnik, 1989, *Wasz prezydent, nasz premier* [Euer Präsident, unser Premierminister] (1989).

Andererseits wurde der Runde Tisch und die X. Kadenz zur Kaderschmiede der politischen Elite der III. Republik, ein großer Teil der später und bis heute in der Parteipolitik aktiven Leitfiguren war hier bereits aktiv (von Leszek Miller über Aleksander Kwaśniewski, Bronisław Geremek, Jarosław und Lech Kaczyński bis hin zu Waldemar Pawlak und Donald Tusk).

Die Kirche wurde 1989 zum ersten Mal seit 1945 wieder zur juristischen Person, durfte Zeitungen herausgeben und nahm die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan wieder auf. Die Abteilung des Innenministeriums, deren Aufgabe in der Bekämpfung der Kirche bestanden hatte, wurde im August aufgelöst.

Zuvor illegale Untergrundverlage und Verlage aus dem Ausland konnten ihre Bücher auf der Internationalen Buchmesse in Warschau im Mai vorstellen. Nach 8 Jahren Illegalität wurde der *Tygodnik Solidarność* im Juni reaktiviert. Die *Gazeta Wyborcza* als Sprachrohr der Opposition mit Chefredakteur Adam Michnik wurde ab Mai herausgegeben und avancierte schnell zur meistgelesenen Tageszeitung.

Der Sejm setzte im August eine Sonderkommission ein zur Ermittlung der Tätigkeit des Innenministeriums, es ging um mehr als hundert nicht gelöste Mordfälle mit politischem Hintergrund. Eine weitere Kommission unter der Leitung von Jan Rokita sollte eine Bewertung der Tätigkeit der Regierung unter Premierminister Mieczysław Rakowski, dem Vorgänger Tadeusz Mazowieckis, vornehmen.²⁵⁷

²⁵⁷ Darin wird die Regierung verurteilt, weil sie nichts gegen den raschen Anstieg der Auslandsverschuldung getan habe, die neben der mangelhaften Sorge um Staatseinkünfte zu Inflation führe. Zudem sei die Überführung von Staatseigentum in private Firmen durch die Nomenklatura nicht nur nicht verhindert, sondern z.T. gefördert worden. Siehe: Monitor Polski, 1990, Nr. 30, Pos. 231: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 26 lipca 1990 r. w sprawie oceny niektórych aspektów działalności Rządu Mieczysława Rakowskiego* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 26. Juli 1990 zur Frage der Bewertung einiger Aspekte der Tätigkeit der Regierung von Mieczysław Rakowiecki].

Im September entstand das erste nicht-staatliche Gymnasium in Warschau womit die Liberalisierung des Bildungswesens eingeläutet wurde.

Im November löst sich der PRON (*Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego*, Patriotische Front/Bewegung für die Nationale Wiedergeburt), der Nachfolger des FJN (*Front Jedności Narodu*, Front der Nationalen Einheit) auf.

Francois Mitterrand besuchte Polen kurz nach den Wahlen im Juni und traf sich sowohl mit Wojciech Jaruzelski als auch mit Lech Wałęsa. Einen Monat später sprach Präsident George Bush vor dem Parlament. Lech Wałęsa sprach wiederum im November vor dem Kongress der USA und wurde ausgezeichnet, ein weiterer Besuch führte ihn nach Großbritannien zu Margaret Thatcher.

Bereits im März war der Handel mit Fremdwährungen legalisiert worden, zahlreiche Wechselstuben entstanden. Polnische Staatsbürger konnten ihre Reisepässe seit Januar zu Hause aufbewahren und im Laufe des Jahres wurden die bürokratischen Barrieren für Reisen in das Ausland stark zurückgenommen.

Im Juli unternahm der Sejm einen weiteren Schritt in Richtung Marktwirtschaft und liberalisierte die Preise was zu einem schlagartigen Anstieg der Preise u. a. für Lebensmittel führte. Es folgten weitere Streiks, darunter in den Werften von Danzig und Nowa Huta im August. Die *Solidarność* hatte öffentliche Manifestationen bereits im Mai abgehalten. Derartige Streiks und Manifestationen erhöhten den Druck auf die politischen Entscheidungsträger. Der Beginn der Liquidierung der *Państwowe Gospodarstwa Rolne* (PGR, Staatliche Landwirtschaftsbetriebe) erfolgte im Oktober und führte zu massiven Entlassungen. Im November folgten enorme Preissteigerungen für Benzin. Leszek Balcerowicz stellte im Dezember sein Wirtschaftsreformprogramm vor, das radikale Maßnahmen insbesondere in der Finanzpolitik in Aussicht stellte.

Auch im Bereich der Geschichtspolitik ist 1989 viel geschehen. Der 11. November konnte zwar bereits seit 1978 wieder öffentlich begangen werden, mit dem gesetzlichen Erlass vom

15. Februar 1989 – also noch in der Regierungszeit von Mieczysław Rakowski – wurde das „Święto Niepodległości“ aber wieder in den offiziellen Feiertagskalender aufgenommen.²⁵⁸ Am 28. Juni 1989 konnten erstmals (mit der Ausnahme des Jahres 1981) wieder öffentliche Feierlichkeiten zum Gedenken an die Opfer der Streiks im Juni 1956 abgehalten werden. Der 22. Juni, einer der zentralen staatlichen Feiertage der Volksrepublik, wurde hingegen 1989 zum letzten Mal begangen.²⁵⁹ Am 31. Juli 1989 wurde in Lublin ein Denkmal Bolesław Bieruts abgetragen.²⁶⁰ Am 15. August 1989 fanden legale Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Schlacht von Warschau 1920 statt.²⁶¹ Am selben Tag nahm der Sejm Stellung zur Intervention der Truppen des Warschauer Paktes, darunter Polens, in der Tschechoslowakei 1968.²⁶² Am 25.-26. November 1989 war Tadeusz Mazowiecki auf offiziellem Staatsbesuch in der UdSSR wo er als erster Staatsvertreter Polens den Katyń-Wald besucht. Im Oktober hatte der polnische Generalstaatsanwalt versucht, seinen Kollegen in Moskau zur Einleitung eines Verfahrens zur Aufklärung der Katyń-Morde zu bewegen. Am 23. August erließ der Sejm eine Erklärung zur Erinnerung an 50 Jahre Ribbentrop-Molotov-Pakt,²⁶³ einen Tag später an den 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs.²⁶⁴

²⁵⁸ Dziennik Ustaw, 1989, Nr. 6, Pos. 34: *Ustawa z dnia 15 lutego 1989 r. o ustanowieniu Narodowego Święta Niepodległości* [Gesetz vom 15. Februar über die Einrichtung des Nationalen Feiertags der Unabhängigkeit].

²⁵⁹ Dudek (2013: 35).

²⁶⁰ Dudek (2013: 34).

²⁶¹ Dudek (2013: 35).

²⁶² Dudek (2013: 35). Siehe den Beschluss des Sejm mit dem Titel *Oświadczenie Sejmu PRL w dwudziestą pierwszą rocznicę interwencji wojsk Układu Warszawskiego w Czechosłowackiej Republice Socjalistycznej* [Beschluss des Sejm der Volksrepublik Polen zum 20. Jahrestag der Intervention der Armeen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik], am 17.8.1989, nicht veröffentlicht. Vgl. Sejm RP, *Wykaz uchwał podjętych przez Sejm X kadencji* [Auflistung der Beschlüsse des Sejm der X. Kadenz], Online aufrufbar: [http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/\\$first?OpenDocument](http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/$first?OpenDocument) (am 6.9.2016).

²⁶³ Siehe den Beschluss des Sejm mit dem Titel *Oświadczenie Sejmu PRL w związku z 50 rocznicą podpisania paktu Ribbentrop-Mołotow* [Beschluss des Sejm der Volksrepublik Polen im

7 **Geschichtspolitik im polnischen Parlament ab 1989**

7.1 **Medien der Geschichtspolitik**

Die Konzentration auf Narrative bedeutet zwar eine Fokussierung auf das Medium Sprache, darüber hinaus spielen aber auch Bilder und Symbole eine wichtige Rolle als Gelegenheiten für geschichtspolitische Sinnbildung.²⁶⁵ Ein Denkmal im Zentrum der Hauptstadt, der Akt des Niederreißens desselben, die Benennung eines Saales im Parlament nach historischen Persönlichkeiten, ein an die Wand gemaltes Symbol, ein Staatswappen – all dies macht für sich zunächst keinen *historischen* Sinn, ist also erst dann und insoweit Geschichtspolitik, wie es zur Gelegenheit für historische Narrative wird. Am Denkmal helfen meist Hinweistafeln zur Identifizierung der relevanten Narrative, Ausländer werden auf Reiseführer zurückgreifen während Einheimische auf ein gemeinsames in der Schule erworbenes Repertoire an Narrativen zurückgreifen werden. Der Grad der Eindeutigkeit ist bei nicht-sprachlichen

Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotov-Pakts], am 23.8.1989, nicht veröffentlicht. Vgl. Sejm RP, *Wykaz uchwał podjętych przez Sejm X kadencji* [Auflistung der Beschlüsse des Sejm der X. Kadenz], Online aufrufbar:

[http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/\\$first?OpenDocument](http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/$first?OpenDocument) (am 6.9.2016).

²⁶⁴ Siehe den Beschluss des Sejm mit dem Titel *Oświadczenie Sejmu PRL w związku z 50 rocznicą wybuchu II wojny światowej* [Beschluss des Sejm der Volksrepublik Polen im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs], am 24.8.1989, nicht veröffentlicht. Vgl. Sejm RP, *Wykaz uchwał podjętych przez Sejm X kadencji* [Auflistung der Beschlüsse des Sejm der X. Kadenz], Online aufrufbar: [http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/\\$first?OpenDocument](http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/$first?OpenDocument) (am 6.9.2016).

²⁶⁵ Bei der Vermittlung von Zeitsinn ist laut Rüsen „durchgängig (...) die Sprache bestimmend“, gleichzeitig weist er auf die zunehmende Bedeutung „neuer Medien“ und der „ungeheuren Bilderflut“ die das „kollektive Gedächtnis“ „überwältigt“ hin. Rüsen (2003: 49); Rüsen (2001: 43ff.). Zu den „Gelegenheiten“ v.a.: Rüsen (1994: 8f.).

Symbolen verhältnismäßig geringer, hier entsteht Gelegenheit für Narrative, die über die Zeit oder Rezipienten hinweg unterschiedlich ausfallen können. Aber auch wenn das Narrativ sprachlich formuliert bzw. verschriftlicht ist, bleibt ein gewisses Maß an Interpretationsfreiheit bestehen.

In der „Sprache-und-Politik-Forschung“²⁶⁶ ebenso wie in der Forschung zu historischen Referenzen in der Politik werden Reden von Politikern, insbesondere in Plenardebatten des Parlaments, häufig als Untersuchungsmaterial herangezogen.²⁶⁷ Sie bieten sich auch deswegen an, da sie über stenographische Protokolle, z. T. auch Audio- und Videomitschnitte, gut dokumentiert sind und in einem formal definierten Rahmen stattfinden, der Untersuchungen und Vergleiche über längere Zeiträume hinweg ermöglicht. Als Teil von Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen in einem zentralen Gremium der Legislative – zumindest aber als Mittel ihrer Präsentation und der Selbstdarstellung der Akteure nach Außen²⁶⁸ – sind die Debatten zudem mit konkreten Auswirkungen für das politische System verbunden.

Die Protokolle der Parlamentsdebatten stellen den zentralen Quellenkorpus der vorliegenden Arbeit dar und ihrer Analyse wird der größte Aufwand eingeräumt. Zusätzlich werden aber weitere Medien, die historische Referenzen des polnischen Parlaments vermitteln, zur Untersuchung herangezogen: Das Staatswappen, das Parlamentsgebäude, der offizielle Name des Staates sowie Erinnerungsbeschlüsse. Auf diese Weise wird das Medium der gesprochenen Sprache ergänzt durch weitere Medien, die ebenfalls auf je spezifische Weise durch historische Referenzen Narrative bilden können: „Geschichtlicher Sinn kann in vielfältiger Weise kommuniziert werden: Als Rede, als geschriebener Text, als politische Inszenierung, als Ritual, als politische Mythologie, in politischen Symbolen und schließlich über die Gestaltung von Denkmälern und Mahnmalen oder Gedenkstätten.“²⁶⁹

²⁶⁶ Girnth (2002: 1).

²⁶⁷ Rensing (1996); Bach (1977); Oehler (1989); Steinbach (1979).

²⁶⁸ Hier sei einschränkend auf das Kapitel „4.4 Schaufensterparlamentarismus“ verwiesen.

²⁶⁹ Kohlstruck (2004: 178).

Die Geschichtskultur der gesamten politischen Gesellschaft und die Geschichtspolitik staatlicher Institutionen stehen in einem engen wechselseitigen Verhältnis zueinander. Materiale Elemente der Erinnerungskultur wie Denkmäler und Erinnerungstafeln werden in demokratischen Gesellschaften in der Regel nicht unmittelbar durch den Staat eingeführt, sondern sind Gegenstand und Ergebnis von Aushandlungsprozessen, an denen zahlreiche Akteure wie Vereine, Stiftungen, informelle Interessengruppen etc. teilnehmen können. Dem Parlament als einer der zentralen demokratischen Institutionen bleiben dennoch durch dieses relativ autonom verwaltbare Gestaltungsspielräume, deren Bedeutung für die gesamte Erinnerungskultur der Gesellschaft im den meisten Fällen als nicht sehr groß einzuschätzen sein dürfte, die aber durch ihr Verhältnis zur Geschichtspolitik des Sejm für die vorliegende Arbeit von großem Interesse sind. Sie deuten auf eine Notwendigkeit bzw. ein Interesse der politischen Akteure, die Narrative, die über flüchtige sprachliche historische Referenzen gebildet werden, in eine Form zu bringen, die diese Narrative verdichtet, konserviert und über den Moment hinaus sichtbar macht. Sie werden zum Medium, in dem die Geschichtskultur des Parlaments sichtbar wird.

Das Staatswappen als Symbol dient zur Identitätsbildung auf Ebene der politischen Gemeinschaft und auch auf internationalem Parkett, indem es einerseits das jeweilige politische System als Staat unter einer Vielzahl von Staaten einführt. So wie alle Staaten auf Staatswappen zurückgreifen, so tut dies auch der polnische Staat, wobei auf gängige heraldische formale und inhaltliche Normen Rücksicht genommen wird. Gleichzeitig dienen unterschiedliche Formen, Wappentiere, Farben, Leitmotive, etc. der Abgrenzung und Darstellung von Eigen- und Besonderheiten. Das polnische Staatswappen hat hierbei eine historische, narrative Dimension, die einen Teil der Geschichtskultur darstellt.

Das Parlamentsgebäude bietet einen Raum für materiale geschichtskulturelle Inhalte – Erinnerungstafeln, Saal- und Gebäudenamen, vor dem Parlament errichtete Denkmäler, Ausstellungen, Vitrinen – die sich in ihrer narrativen Dimension sowohl auf das gesamte politische System beziehen lassen als auch speziell auf die Institution des Parlaments. Hier kann das Parlament institutionelle Traditionen und Entwicklungen präsentieren, die seine Existenz in einen zeitlichen Sinnzusammenhang stellen. Daher wurden die Parlamentsgebäude besichtigt und alle historischen Referenzen wurden zur späteren Auswertung dokumentiert.

Eine besonders interessante Form der parlamentarischen Geschichtspolitik stellen „Erinnerungsbeschlüsse“ dar. Hierbei handelt es sich um Rechtsakte, die keine legale Auswirkung nach sich ziehen, sondern deren explizite Absicht es ist, Personen zu ehren oder Ereignisse zu würdigen. Einige Beschlüsse haben allerdings eine darüber hinausgehende Bedeutung: Sie führen Feiertage ein, verordnen Schweigeminuten oder erklären zukünftige Jahre zu Gedenkjahren für bestimmte Personen bzw. Ereignissen. Letzteres ist verbunden mit der Absicht, von staatlicher Seite durch die Realisierung geschichtspolitischer Projekte wie Ausstellungen, Publikationen, Filmproduktionen und weiterer Veranstaltungen, bzw. durch die finanzielle Unterstützung derartiger durch Dritte organisierter Projekte, das ausgewählte Thema im In- und Ausland (letzteres insbesondere durch die Vertretungen der öffentlichen Diplomatie im Ausland) in die Öffentlichkeit zu tragen.²⁷⁰

7.2 Staatsbezeichnungen

Im Jahr 1989 lautete die offizielle Bezeichnung des polnischen Staates „Polska Rzeczpospolita Ludowa“ (Volksrepublik Polen). Dieser Name war mit der Verabschiedung der Verfassung vom 22. Juli 1952 eingeführt worden, deren erster Artikel lautet: „1. Die Volksrepublik Polen ist ein volksdemokratischer Staat. 1. In der Volksrepublik Polen geht die Macht vom arbeitenden Volk in Stadt und Land aus.“²⁷¹ Sieht man sich die Präambel der Verfassung von 1952 an, wird bestätigt, worauf bereits das Datum des 22. Juli hinweist: Die Autoren der Verfassung sehen den Tag der Verkündung des Manifests des PKWN (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*, Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung) vom 22. Juli 1944 als zentrale Zäsur in der Geschichte des polnischen Staates:

„In Verwirklichung des Manifestes des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees vom 22. Juli 1944 und in Weiterentwicklung seines Programms hat die Volksmacht

²⁷⁰ Internetowy System Aktów Prawnych (ISAP), Internetbasiertes System zur Dokumentation von Rechtsakten, Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/>

²⁷¹ „1. Polska Rzeczpospolita Ludowa jest państwem demokracji ludowej. 2. W Polskiej

Dank der opferwilligen und schöpferischen Bemühungen des polnischen werktätigen Volkes im Kampf gegen den verbissenen Widerstand der Überreste der alten Gesellschaftsordnung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gewaltige gesellschaftliche Umgestaltungen durchgeführt. Im Ergebnis der revolutionären Kämpfe und Umgestaltungen wurde die Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt (...) es bildet und festigt sich eine neue, den Interessen und Bestrebungen der breitesten Massen des Volkes entsprechende Gesellschaftsordnung. (...)

Die Befreiung Polens von der deutschen nationalsozialistischen Besetzung mit Hilfe der sowjetischen Armee wird als Vorbedingung für diese „Gesellschaftsordnung“ dargestellt:

„Während der Okkupation führte die polnische Nation einen unbeugsamen, heldenhaften Kampf gegen den blutigen Überfall Hitlers. Der historische Sieg der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Faschismus hat Polen befreit, hat es dem polnischen Volk ermöglicht, die Macht zu ergreifen, und hat die Vorbedingungen für die nationale Wiedergeburt Polens innerhalb neuer, gerechter Grenzen geschaffen.(...)“

Es ist nun aber nicht so, dass 1944 als absoluter Ursprungsmoment in Abgrenzung zu allem Vorausgehenden verstanden wird, wie die Bezeichnung „nationale Wiedergeburt“ im vorausgehenden Zitat deutlich macht. Die Republik Polen nach 1944 wird in der Präambel gleichzeitig erzählt als Ergebnis der mindestens in die Zeit der Teilungen (1795-1914) zurückreichenden Bestrebungen der „werktätigen Massen“ gegen die „Ausbeutung durch die polnischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ einerseits und gegen die „nationale Knechtschaft, die ihm [dem polnischen werktätigen Volk] von preußischen, österreichischen und russischen Eroberern und Kolonisatoren aufgezwungen wurde“ andererseits. Die Volksrepublik Polen wird also in eine Kontinuität früherer Nationalstaatlichkeit und nationaler Bestrebungen gestellt, gleichzeitig ist sie neuartig darin, dass sie eine im bisherigen

Rzeczypospolitej Ludowej władza należy do ludu pracującego miast i wsi.”

Lauf der Geschichte des Klassenkampfes unerreichte Stufe der Herrschaft der „werktätigen Massen“ darstellt. Die Staatsbezeichnung *Polska Rzeczpospolita Ludowa* (PRL, Volksrepublik Polen) mit ihren alten (*Polska Rzeczpospolita*) und neuen Elementen (*Ludowa*) spiegelt diese Kombination aus Kontinuität und Diskontinuität.

Die nach dem Ersten Weltkrieg wieder auf den Landkarten Europas erschienene *Rzeczpospolita Polska* präsentierte sich als Nachfolgerin der I. RP und als Verwirklichung der Bestrebungen der Aufstände des 19. Jh., was u. a. in der Selbstbeschreibung als II. *Rzeczpospolita* („Zweite *Rzeczpospolita*“, Abk. „II. RP“) seinen Ausdruck fand. Als Gründungsmoment der II. RP setzte sich der 11. November 1918 durch, womit das Ende des Ersten Weltkriegs bzw. die Übergabe des militärischen Oberbefehls durch den Regentschaftsrat („*Rada Regencyjna*“) an Józef Piłsudski in Warschau markiert wird. Der 11. November wurde aber erst 1937 zum offiziellen Feiertag („*Święto Niepodległości*“, „Tag der Unabhängigkeit“),²⁷² im Zuge des langwierigen politischen Streits um die Hauptrolle bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit feierten bestimmte politische Lager den Beginn der Zweiten Republik an anderen Tagen.

Ab dem 22. Juli 1945 wurde dieser Tag, also der 22. Juli, offiziell als *Narodowe Święto Odrodzenia Polski* (Nationaler Feiertag der Wiedergeburt Polens) gefeiert, in Erinnerung an das Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944 als Gründungsmoment des neuen Regimes, mit demselben (!) Gesetz wurde der 11. November (1918), symbolischer Beginn des Vorgängerregimes, als Nationalfeiertag abgeschafft.²⁷³

Das geschichtspolitische Narrativ, das den Beginn der Volksrepublik auf den 22. Juli 1944 setzte, hat sich in dieser Hinsicht auch nach 1989 gehalten. Landläufig wird bis heute mit „PRL“ der Zeitabschnitt zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn der

²⁷² Dziennik Ustaw, 1937, Nr. 33, Pos. 255: *Ustawa z dnia 23 kwietnia 1937 r. o Święcie Niepodległości* [Gesetz vom 23. April 1937 zum Feiertag der Unabhängigkeit].

²⁷³ Dziennik Ustaw, 1945, Nr. 32, Pos. 194: *Ustawa z dnia 22 lipca 1945 r. o ustanowieniu Narodowego Święta Odrodzenia Polski* [Gesetz vom 22. Juli 1945 über die Errichtung des Nationalen Feiertags der Wiederauferstehung Polens].

Dritten Republik Polen verstanden. Etwaige Übergangsphasen und Zäsuren bleiben damit ausgeblendet. Uns interessiert an dieser Stelle insbesondere die Annahme des Staatsnamens „Polska Rzeczpospolita Ludowa“ als Teil der Geschichtspolitik.

Eine neuerliche Änderung des Staatsnamens erfolgte Ende 1989, formal endete damit das politische Regime der Volksrepublik. Die Rückkehr zur Staatsbezeichnung „Rzeczpospolita Polska“ war selbstverständlich, alternativen wurden nicht vorgeschlagen. Strittig war aber der Zeitpunkt und die Art und Weise der „Wiederherstellung“ der früheren Staatsbezeichnung.

Das Gesetz zur Änderung der Verfassung vom 22. Juli 1952, das im Dezember 1989 verabschiedet wurde („Dezembernovelle“), ist als entscheidender Moment des Umbruchs in der Geschichtspolitik des polnischen Parlaments zu deuten.²⁷⁴ Darin wird u. a. die Bezeichnung „Polska Rzeczpospolita Ludowa“ in „Rzeczpospolita Polska“ geändert (Art. 1, Abs. 8) ebenso wie eine Änderung des Staatswappens beschlossen. Da mit der Dezembernovelle beides – also die Änderung der Staatsbezeichnung und des Wappens – zusammenfällt, wird auf die Novelle im folgenden Kapitel genauer eingegangen.

7.3 Staatswappen

Staatswappen gehören zum Repertoire nationalstaatlicher Identifikationssymbole. Eine Publikation des Verlags des polnischen Sejm zum Thema, beginnt mit dem Statement: „Der weiße Adler mit Krone im roten Feld ist das Staatswappen der Rzeczpospolita, das *uns* von den Völkern/Nationen der Erde *unterscheidet*“ – hier wird explizit Identität durch Gleichheit nach Innen und durch Differenz nach Außen hergestellt.²⁷⁵ Den Staatswappen haftet auf den

²⁷⁴ Dziennik Ustaw, 1989, Nr. 75, Pos. 444: *Ustawa z dnia 29 grudnia 1989 r. o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej* [Gesetz vom 29. Dezember 1989 über die Änderung der Verfassung der Volksrepublik Polen]. Für amtliche Stempel und amtliche Schilder mit dem alten Staatswappen und –namen wurde eine Übergangsfrist von sechs bzw. drei Jahren festgelegt.

²⁷⁵ „*Orzeł biały w koronie w polu czerwonym jest herbem Rzeczypospolitej, wyróżniającym nas wśród narodów świata.*” Woźniakowa: *Orzeł Biały godło państwa polskiego* [Der Weiße Adler als Wappen

ersten Blick kein historischer, narrativer Sinn an. Häufig offenbaren sich Elemente der Wappen aber auf den zweiten Blick als Elemente von Narrativen zum Nationalstaat. Offensichtlich ist dies der Fall, wenn etwa Jahreszahlen in das Wappen integriert werden, die entscheidende Ereignisse, insbesondere Ursprungsmomente, markieren. Ihr Sinn wird erst durch das dazugehörige Narrativ ersichtlich, sodass das Wappen zur Gelegenheit zur Aktualisierung von Geschichtspolitik wird.

Wenn die Aufrechterhaltung des Staatswappens also den geschichtspolitischen Zweck hat, Gelegenheiten zur Aktualisierung von Narrativen zur Identitätsbildung und Handlungsorientierung der politischen Gemeinschaft zu bieten, sind Veränderungen von Staatswappen eine Möglichkeit, eine Symbolik einzuführen, die gegenwärtigen Bedürfnissen und Identitätsbildungen entsprechen. Gleichzeitig ist die Einheitlichkeit des Wappens zum gegebenen Zeitpunkt (z. B. in der Anwendung durch verschiedene administrative Organe des Staates) wie auch über die Zeit hinweg Voraussetzung für Identitätsbildung durch das Staatssymbol. Eine Änderung des Staatswappens impliziert also gleichzeitig, dass der Staat nicht mehr derselbe ist, der er vor der Änderung gewesen ist. Wenngleich Staatswappen also einen symbolischen, aber nicht zwingend einen historischen Sinn in sich tragen, so werden mit ihnen doch gemeinhin Narrative verbunden, die das Selbstverständnis der betreffenden politischen Gemeinschaft ausdrücken.

Auch hier wird immer an bestehende Sinnbildungen anzuknüpfen sein. Der polnische Adler im Staatswappen hat eine in das Mittelalter zurückgehende Geschichte, auf die immer wieder verwiesen wurde, wobei hier nicht auf die Frage eingegangen werden muss, inwiefern es sich im Einzelfall um anachronistische Projektionen nationalstaatlicher Identitätskonstruktionen in eine Vergangenheit handelt, in der diese noch nicht existiert hatten. Bei Veränderungen von Staatswappen wird jedenfalls immer auf bestehende Symbolik Bezug genommen, ob als Übernahme oder als Distanzierung. Hier sind nicht nur nationale Traditionen, sondern auch Transfers von Interesse, etwa von heraldischen Symbolen aus Westeuropa. Die Sowjetrepubliken und einige der Volksrepubliken Ost- und Südosteuropas teilten eine

des polnischen Staates] (1995). Meine Hervorhebungen.

gemeinsame Symbolsprache, die sich teils bewusst von der früheren Bildsprache absetzte – Ähren anstelle der früheren Schilde und Fleur-de-Lis, rote Sterne statt Königskronen.

Dem Moment der Änderung eines Staatswappens kommt also eine besondere Bedeutung zu. Er ist Ausdruck einer Identitätskrise der politischen Gemeinschaft, der Akt der Änderung geht einher mit der Erfahrung von grundlegender Diskontinuität, was insbesondere bei Regimewechseln von Bedeutung sein dürfte.

Verkomplizierend kommt hinzu, dass die Veränderungen der Staatssymbole selbst wiederum historisiert werden. Grundsätzlich wird die Etablierung von Staatswappen häufig mit dem Moment der Entstehung des Nationalstaates gleichgesetzt, es handelt sich also im Prinzip um ein traditionales Narrativ. Dass sich die meisten Wappen dabei mit der Zeit änderten (etwa, weil sie sich aus den Wappen von Herrscherdynastien entwickelten) muss dem nicht im Wege stehen, solange grundsätzliche Elemente bestehen blieben. In Polen spielt das Wappentier diese einende Rolle. Gleichzeitig ist es möglich, das aktuelle Wappen in seiner Entwicklung als letzten Schritt einer Entwicklung darzustellen. Kritische Narrative wiederum ermöglichen, die Geltung von Wappen in Frage zu stellen und Raum für Alternativen zu schaffen. Da das Staatswappen den Staat symbolisiert, sind Narrative über die Entwicklung des Staatswappens immer gleichzeitig Narrative über die Geschichte des Staates. Auf ebendiese Weise ist die Veränderung des gegenwärtigen Staatswappens in Polen im Laufe der 1990er Jahre nicht nur eine für den Historiker interessante Vorgeschichte, sondern wurde und wird wiederum geschichtspolitisch thematisiert. Es geht also nicht ausschließlich darum, welches Staatswappen Polen gegenwärtig als Staatswappen führt. Es geht auch darum, dass die Veränderung des Wappens als Ausdruck einer Diskontinuität, eines Übergangs von einem Regime zum anderen erzählt werden kann. Im Schulunterricht, im Reiseführer oder im Museumsbesuch wird das Staatswappen nicht nur in der je aktuellen Form thematisiert, sondern zugleich zur Gelegenheit für historisches Erzählen, etwa für traditionale Narrative von gemeinsamen Ursprüngen.

In Polen diente die Abschaffung der Symbolik der Volksrepublik dem symbolischen Bruch mit dem Vorgängerregime. Auch das Staatswappen wurde schnell zur Demontage freigegeben und die Frage, welche Form das neue Staatswappen annehmen solle, brachte im Parlament und darüber hinaus lebhaft Debatten über die Identität der politischen

Gemeinschaft mit sich. Das vorläufige Ergebnis brachte die eindeutige Rückkehr zur Symbolik der vorsozialistischen Zeit, insbesondere der Zwischenkriegszeit aber auch des Mittelalters, mit sich. Interessanterweise war es in Polen die Krone und das auf ihr anzubringende Kreuz, das die heftigsten Diskussionen auslöste.

7.3.1 Geschichte des Staatswappens in Polen

Die Geschichte des Adlers als Wappentier ist in Polen mehrfach zum öffentlich diskutierten Thema geworden, es ging dabei immer um das Selbstverständnis als Nationalstaat. Auch die Historiographie zum Thema ist vom jeweils gegenwärtigen politischen Kontext stark geprägt worden. Insbesondere fehlt eine Beschäftigung mit der Frage, welchen Sinn die Betroffenen zum gegebenen Zeitpunkt mit den Wappen und ihren Veränderungen verbanden – war das Fehlen der Krone im Wappen nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich mit einer solchen Empörung im Lande verbunden, wie das später behauptet wurde? War die Frage, ob der Adler eine Krone auf dem Haupt hat, vor und während des Ersten Weltkrieges überhaupt derart zentral, wie dies die spätere Beschäftigung mit der Geschichte der Krone als Element des Wappens nahelegt?

Die Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich mit der Geschichte des Wappens auseinandersetzte, konzentrierte sich besonders auf zwei Leitfragen. Die erste ist jene nach den Ursprüngen des Adlers als Symbols der polnischen Nation bzw. des polnischen Staates. Die Autoren des 16. Jahrhunderts hatten den Adler auf die Legende von Lech, Czech und Rus zurückgeführt. Der Chronist Jan Długosz führte sie auf die Zusammenkunft Ottos III. und Bolesław Chrobry im Jahr 1000 n.Chr. in Gniezno (Gnesen) zurück. Stefan Kuczyński wendet hingegen ein, dass der Adler als heraldisches Symbol erst ca. 1222-1236 auf den Stempeln einiger, aber nicht aller, piastischer Fürsten auftauchte. Die Praxis der Heraldik habe man aus Westeuropa übernommen, den Adler aber selbständig und bewusst ausgewählt, betont Kuczyński.²⁷⁶ Dass der frühe Zeitpunkt des Ursprungs des Adlers als Symbol der

²⁷⁶ Kuczyński, *Treści i funkcje Orła Białego* [Inhaltliche Aspekte und Funktionen des Weißen Adlers](1995: 33-42).

Polen und die selbstverantwortete Hervorbringung (und nicht etwa die Übernahme des Wappentiers vom Deutschen Kaiserreich um die Jahrhundertwende. Als Vorbild wurde eher das römische Reich angesehen²⁷⁷) derart wichtig sind, ist im traditionellen Typ der Erzählung, welche die polnische nationale Identität seit der Entstehung der Idee des modernen Nationalstaates mitbildet, begründet.

Der zweite und im Rahmen unserer Fragestellung interessantere Aspekt ist die Konzentration auf die Krone als Element des Wappens. In der Volksrepublik war die zentrale Publikation zum Thema das 1963, 1970 und 1978 herausgegebene Buch²⁷⁸ über Wappen, Nationalfarben und Hymne in Polen. Das Kapitel zum Wappen verfasste Stanisław Russocki, und es sieht so aus, also ob auch nach 1989 zahlreiche Publikationen seine Ergebnisse anführen. Russockis Augenmerk liegt offensichtlich auf der Frage, ob die Wappen des 19. und 20. Jahrhunderts jeweils mit oder ohne Krone geführt wurden. Anhand zahlreicher Beispiele, häufig graphisch illustriert, zeigt er auf, dass es zahlreiche Anwendungen des Adlers ohne Krone in der polnischen Tradition gegeben hat: Das Banner des in der französischen Emigration entstandenen *Towarzystwo Demokratyczne Polskie* von 1832 (neben den Worten „Polska Demokratyczna“, also „Demokratisches Polen“ und „Wolność, Równość, Braterstwo“, also „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“), das Banner der Legion Adam Mickiewiczs in Italien, die Banner einiger Einheiten die in Ungarn im Völkerfrühling kämpften, neben Stern und Mond auf dem Banner der 1856 während des Krimkriegs gegründeten Kossakeneinheiten von Michał Czajkowski, einiger Einheiten des Januaraufstands 1863-64 sowie weitere polnische Einheiten die in der USA, Italien, Finnland und Frankreich entstanden waren, darunter die *Bajonczycy*, eine „für ihre demokratischen Ansichten bekannte“ Einheit der Fremdenlegion, die im Ersten Weltkrieg gegen Deutschland kämpfte. Auch im *1. Pułk piechoty* der 1. Brigade der Polnischen Legionen (*Legiony Polskie*) unter Führung Józef Piłsudskis wurde ein Adler ohne Krone benutzt, der gemeinhin *orzelek strzelecki* genannt wird, da er auf die *Związki Strzeleckie* zurückzuführen ist. Russocki betont die engen Verbindungen dieser *Związki*

²⁷⁷ Russocki, *Rodowód Orła Białego* [Die Genealogie des Weißen Adlers] (1978: 31-42).

²⁷⁸ Russocki & Kuczyński & Willaume, *Godło, barwy i hymn Rzeczypospolitej. Zarys dziejów* [Wappen, Farben und Hymne der Rzeczpospolita. Überblick zur Geschichte] (1978).

Strzeleckie und des linken Flügels der PPS (*Polska Partia Socjalistyczna*, Polnische Sozialistische Partei) sowie ihrer Kampforganisation, der *Organizacja Bojowa PPS*. Entsprechend sei der *orzelek strzelecki* eine Übernahme „sozialdemokratischer Symbole“. Andere Einheiten der *Legiony Polskie* jedoch, sowie andere Militärorganisationen wie die *Drużyna Bartoskowa* oder die *Drużyny Strzeleckie*, hätten hingegen den Adler mit Krone benutzt. Letztere sieht Russocki als Teil des Lagers der *Endecja*, also der polnischen Nationaldemokraten. Nach dem Ersten Weltkrieg sei dann zunächst der Adler ohne Krone das Wappen des wiedererrichteten polnischen Staates geworden, was auf die sozialistische Regierung Jędrzej Moraczewskis zurückging.

Die Ausführungen des Autors erlangen ihre spezifische politische Bedeutung, wenn wir den geschichtspolitischen Kontext heranziehen: Es geht in der Arbeit von Russocki offensichtlich darum, den Adler ohne Krone als Teil des Repertoires der polnischen nationalen Staatssymbolik zu legitimieren, stellenweise als Teil einer bestimmten politischen (nämlich sozialdemokratischen) Strömung, jedenfalls als etwas originär „polnisches“. Dies erhält seine geschichtspolitische Bedeutung im Kontext eines Narrativs, das während der Zeit der Volksrepublik und auch nach 1989 immer wieder angeführt wurde und auf das wir wiederholt stoßen werden: Das von der Sowjetunion aufgezwungene Regime habe dem polnischen Adler die Krone „abgenommen“, das als Symbol der Souveränität der Nation interpretiert wird, wodurch die Abnahme der Krone zu einem Akt der symbolischen Unterwerfung Polens wird. Auch hier zeigt sich also wiederholt, welche große Bedeutung in geschichtspolitischen Narrativen der Frage zukommt, inwiefern ein Gegenstand, eine Person, ein Brauch usw. als etwas eigenes, durch die Gruppe in der Vergangenheit selbst hervorgebrachtes erzählt werden kann, oder nicht.

Bolesław Bierut schlug Stalin vor – so ist zu lesen²⁷⁹ – das polnische Staatswappen sowie die Nationalhymne zu ändern. Stalin jedoch habe nicht zugestimmt, denn die Hymne habe ihm

²⁷⁹ Podhorodecki, *Historia najnowsza: świat i Polska, 1939-1997/98* [Zeitgeschichte: Die Welt und

gefallen. Diese Anekdote findet sich auch im Interview von Teresa Torańska mit Leon Chajn, einem hochrangigen politischen Akteur der Volksrepublik. Chajn führt dies als Beispiel für die Vorliebe Bieruts für sowjetische Symbolik an. Auf die Frage hin, wie das Wappen hätte aussehen sollen, antwortete Chajn, es habe nach dem Vorbild der Sowjetrepubliken und der anderen Volksrepubliken gestaltet werden sollen. Als jedoch Torańska fragt, welche Hymne in Betracht gekommen sei, gibt Chajn zu: „Ich kenne die Details nicht. In dieser Zeit kannten die Pläne Bieruts nur eine Handvoll Leute.“²⁸⁰

7.3.2 In der Zeit der Teilungen Polens (1772-1918)

Staatliche Symbole als Mittel und Ausdruck einer polnischen nationalstaatlichen Identität entwickelten sich zur Zeit der Teilungen, in der sie Ausdruck polnischen Patriotismus wurden, insofern sie in bestimmten Phasen und Gebieten offiziell verboten oder zumindest übergangen wurden und gleichzeitig als Ausdruck eines Kontinuitätsanspruches der positiv besetzten staatlichen Traditionen des polnisch-litauischen Reiches gelesen werden konnten. Dem Staatswappen und somit dem Wappentier, dem Adler, kam im Vergleich zu anderen Symbolen wie den Nationalfarben, der Hymne und der Flagge die zentrale Bedeutung zu. Wichtiger Träger der nationalen Symbolik war das Militär. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zur politischen Verhandlung der Auswahl der Symbolik der sog. II. Republik. Unterschiedliche Standpunkte bestanden bei der Auswahl der Nationalhymne (*Mazurek Dąbrowskiego* oder *Boże coś Polskę*).²⁸¹

Das linke Lager setzte sich für den Adler ohne Krone als Symbol für den zukünftigen unabhängigen Staat ein und die sozialistische Regierung Jędrzej Moraczewskis setzte ebendies um. Hiergegen protestierten u. a. Vertreter der Wissenschaft. Letztlich wurde aber

Polen, 1939-1997/98] (1998: 188).

²⁸⁰ Torańska, *Oni* [Sie] (1990:324).

²⁸¹ Rosner, *Prawnoustrojowe symbole Rzeczypospolitej Szlacheckiej na ziemiach Polskich w początkach XIX wieku* [Die staatsrechtlichen Symbole der Rzeczpospolita Szlachecka auf polnischem Boden zu Beginn des 19. Jahrhunderts] (2003: 192ff.).

am 1. August 1919 vom Sejm die Version des Adlers mit Krone als Wappen angenommen. Das Argument des Beibehaltens der historischen Kontinuität hatte sich durchgesetzt.²⁸²

7.3.3 Zweite Republik

Die Frage des Staatswappens wurde früh angegangen und mündete zunächst in einem Gesetz vom 1. August 1919, in dem festgelegt wurde, das Wappen der Republik Polen sei ein Abbild eines weißen Adlers, nach rechts (für den Betrachter: links) blickend, die Flügel nach oben gerichtet, mit Fängen, Krone und Schnabel in Gold, in einem roten rechteckigen Feld. Dabei wird auf den Anhang verwiesen, der zwar die Zeichnung des Staatssiegels beinhaltet, für die detailliertere Ausfertigung des Staatswappens wird aber auf eine zukünftige Entscheidung des Ministerrates verwiesen.²⁸³

Die Wahl des Adlers als Wappentier schrieb den neuen Staat in frühere Traditionen polnischer Staatlichkeit ein. Er blieb auch in der Folge als Element, das eine Kontinuitätslinie des polnischen Staates über mittelalterliche Königreiche hinweg bis in die mythische Vergangenheit der Erzählung von Lech, Czech und Rus zog, unangefochten. Parallel zu diesem Konsens kreisten phasenweise auftretende Debatten um die weiteren Details des Wappens: Insbesondere dessen Kopfschmuck, seltener um die drei- bzw. fünfblättrigen Rosetten an den Flügeln des Adlers (*przepaska*) und die Form des Adlers. Heraldische Überlegungen und Argumente mischten sich mit politischen Ansprüchen, bestimmte Elemente in das Wappen zu übernehmen, auszulassen oder abzuändern.

Eine Verordnung des Präsidenten vom Dezember 1927²⁸⁴ definiert das Staatswappen lediglich insofern anders, dass es sich um ein Schild (und nicht um ein rechteckiges Feld)

²⁸² Jaworska, *Orzeł Biały: herb państwa polskiego* [Der Weiße Adler: Wappen des polnischen Staates] (2003).

²⁸³ Dziennik Ustaw, 1919, Nr. 69, Pos. 416: *Ustawa z dnia 1 sierpnia 1919 r. o godłach i barwach Rzeczypospolitej Polskiej* [Gesetz vom 1. August 1919 über die Wappen und Farben der Republik Polen].

²⁸⁴ Dziennik Ustaw, 1927, Nr. 115, Pos. 980: *Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 13*

handelt und dass die Flügel ausgebreitet (und nicht nach oben ausgestreckt) sind. Die im Anhang beigefügte Abbildung zeigt jedoch eine deutlich veränderte Interpretation: Neben der veränderten Form des Adlers fällt auf, dass dessen Krone nun geöffnet (und nicht geschlossen) ist sowie dass sie nicht von einem Kreuz geschmückt wird. Bedeutung sollte auch der Anordnung der fünfblättrigen Rosetten an den Flügeln zukommen, die an einen fünfarmigen Stern oder auch an militärische Abzeichen erinnern können.

7.3.4 Volksrepublik

Die Veränderung des Wappens in der Volksrepublik wurde mit der Verfassung von 1952 festgeschrieben. Darin heißt es, das Wappen der Volksrepublik sei das Abbild eines weißen Adlers in einem roten Feld.²⁸⁵ Die genauere Beschreibung erfolgte per Dekret drei Jahre später,²⁸⁶ dessen Inhalt und die beigefügte Abbildung derjenigen von 1927 gleicht – mit der Ausnahme, dass die Krone ausgelassen wird (ebenso wie die goldfarbene Umrandung des Schildes).

grudnia 1927 r. o godłach i barwach państwowych oraz o oznakach, chorągwiach i pieczęciach [Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 13. Dezember 1927 über die Wappen und Farben des Staates sowie Abzeichen, Fahnen und Siegel]. In einer vereinheitlichten Fassung des Gesetzes zwölf Jahre später ist Beschreibung und Abbildung unverändert: *Dziennik Ustaw*, 1939, Nr. 2, Pos. 8: *Obwieszczenie Prezesa Rady Ministrów z dnia 12 października 1938 r. w sprawie ogłoszenia jednolitego tekstu rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 13 grudnia 1927 r. o godłach i barwach państwowych oraz o oznakach, chorągwiach i pieczęciach* [Bekanntmachung des Vorsitzenden des Ministerrates vom 12. Oktober 1938 in der Sache der Veröffentlichung eines einheitlichen Textes der Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 13. Dezember 1927 über die Wappen und Farben des Staates sowie Abzeichen, Fahnen und Siegel].

²⁸⁵ *Dziennik Ustaw*, 1952, Nr. 33, Pos. 232: *Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 22 lipca 1952 r.* [Verfassung der Volksrepublik Polen, erlassen durch den Verfassungsgebenden Sejm am 22. Juli 1952], darin: Art. 89, Abs. 1.

²⁸⁶ *Dziennik Ustaw*, 1955, Nr. 47, Pos. 314: *Dekret z dnia 7 grudnia 1955 r. o godle i barwach Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej oraz o pieczęciach państwowych* [Dekret vom 7. Dezember 1955

Das Ministerium für Kunst und Kultur führte 1947 einen Wettbewerb durch, um ein Staatswappen mit Adler ohne Krone zu schaffen, das sich auf die historischen Grundlagen der Zeit der Piasten stützen sollte. Die Kommission bestand aus polnischen Geschichtswissenschaftlern. Sie wiesen darauf hin, dass das Beibehalten der Krone als Symbol der Einheit und Unabhängigkeit nötig sei. Diese Position fand jedoch keine Realisierung in der Verfassung vom 22.7.1952 sowie im Dekret vom 7.12.1955, in denen man sich auf die Vorlage von 1927 stützte, dabei aber die Krone wegließ.²⁸⁷

Die polnische Exilregierung hielt hingegen demonstrativ an der Krone in ihrem Staatswappen fest. Darüber hinaus wurde diskutiert, ob man auf die geschlossene Krone mit Kreuz, wie sie im Wappen von 1919-1927 gebraucht worden war, oder auf die geöffnete Krone ohne Kreuz zurückgreifen sollte. Die Beiträge zur Frage zeigen mehrere Ebenen auf. Erstens wurde das Kreuz als Symbol für die Bedeutung christlicher Werte für die polnische Nation gedeutet, wodurch dessen Auslassung zur Absage an dieselben disqualifiziert wurde. Das Gegenargument lautete: Das habe nichts mit der Absage an christliche Werte zu tun, stattdessen wolle man an die historisch frühere Tradition der offenen Krone ohne Kreuz anbinden, wie sie im Mittelalter in Polen in Gebrauch war. Zweitens handelte es sich bei der seit 1927 geltenden Version ohne Kreuz um das Ergebnis einer Entscheidung des Sanacja-Regimes ohne Einbezug des Sejm und der übrigen Parteien. Drittens wurde darüber diskutiert, welche der beiden Kronen historisch als diejenige zu gelten habe, welche die polnischen Reiche seit dem Mittelalter repräsentiert habe. Insgesamt handelte es sich also um Fortführungen bereits in der Zwischenkriegszeit geführter Diskussionen zwischen unterschiedlichen politischen Lagern (etwa den Befürwortern und Gegnern des *Sanacja*-Regimes), während gleichzeitig im Verhältnis zur Volksrepublik die Bewahrung der Krone (ob mit oder ohne Kreuz) eine Kontinuitätslinie zur Zweiten Republik herstellen sollte, welche die Exilregierung legitimieren, diejenige der Volksrepublik delegitimieren sollte.²⁸⁸

über das Wappen und die Farben der Volksrepublik Polen sowie die staatlichen Siegel].

²⁸⁷ Jaworska (2003: 7).

²⁸⁸ Stroński, *Biały orzeł w koronie z krzyżem* [Weißer Adler mit Krone und Kreuz] (1954).

Der Wortlaut eines Gesetzes vom 31.1.1980, das die Verwendung der Staatssymbole regelt, expliziert das Narrativ, das der Gesetzgeber zu diesem Zeitpunkt mit dem Staatswappen zu verbinden suchte:

„Viele Generationen formten und festigten die Symbole des Volkes (*naród*) und des polnischen Staates – weißer Adler, weiß-rote Farben und der *Mazurek Dąbrowskiego*. Sie waren immer Ausdruck der Liebe der Polen für ihr Vaterland und ihr Streben zur Einheit des Volkes, der Unabhängigkeit und Integrität des Staates, des Bemühens und Wohlergehen und Entwicklung Polens, der Bestrebung, dem Volk und dem Staat einen würdigen Platz unter den übrigen Völkern und Staaten zu sichern. Wappen, Farben und Hymne verbinden alle Polen im Lande und im Ausland. Sie sind beständige Kennzeichen der Identität, der Ehre, des Stolzes und der Würde des Volkes. In der Volksrepublik Polen sind diese Symbole, denen größte Hochachtung und Wertschätzung zukommen, Ausdruck der Kontinuierung der Geschichte (*dzieje*) Polens in der sozialistischen Staatsform und der Bereitschaft der Polen, dem Vaterland (*Ludowej Ojczyźnie*) zu dienen und Ihr alle Kraft zu opfern.“²⁸⁹

²⁸⁹ „Ukształtowane i utrwalone przez pokolenia symbole Narodu i Państwa Polskiego - orzeł biały, biało-czerwone barwy i "Mazurek Dąbrowskiego" - wyrażały zawsze miłość Polaków do Ojczyzny oraz dążenie do jedności Narodu, niepodległości i integralności Państwa, dbałość o dobro i rozwój Polski, dążenie do zapewnienia Narodowi i Państwu godnego miejsca wśród innych narodów i państw. Godło, barwy i hymn łączący wszystkich Polaków w kraju i za granicą. Są trwałymi znamionami tożsamości, honoru, dumy i godności Narodu. W Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej symbole te, otaczane najwyższą czcią i szacunkiem, są wyrazem kontynuacji dziejów Polski w ustroju socjalistycznym oraz gotowości Polaków służenia Ludowej Ojczyźnie i poświęcenia Jej wszystkich sił. (...) 1. Orzeł biały, biało-czerwone barwy i "Mazurek Dąbrowskiego" są symbolami Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. 2. Otaczanie tych symboli czcią i szacunkiem jest prawem i obowiązkiem każdego obywatela Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej oraz wszystkich organów państwowych, instytucji i organizacji." Dziennik Ustaw, 1980, Nr. 7, Pos. 18: *Ustawa z dnia 31 stycznia 1980 r. o godle, barwach i hymnie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej* [Gesetz vom 31. Januar 1980 zu Wappen, Farben und Hymne der Volksrepublik Polen].

Im Anhang zu diesem Gesetz findet sich ein weiteres Muster des Staatswappens, das etwas deutlichere Konturen zeigt als jenes von 1955. Insbesondere sind die Spitzen der sternförmig angelegten Rosetten schärfer und erinnern deutlicher an einen fünfarmigen Stern.

7.3.5 Dritte Republik

Die Debatte zur Änderung des Staatswappens in Polen wurde in Politik und Medien geführt und hatte ihre Höhepunkte im Dezember 1989 (sog. Dezembernovelle) und im Februar 1990, als ein Gesetz zur Änderung des Staatswappens erlassen wurde. Sie wurde weitgehend beendet durch das Gesetz, das durch den Präsidenten eingebracht wurde und das von der Mehrheit des Sejm am 9. Februar 1990 angenommen wurde (siehe Abb. 1).²⁹⁰ Letztendlich wurde das Staatswappen von 1927 wiedereingeführt, mit nur geringfügigen Änderungen: Das Schild verlor seine Bordüre, die Proportionen des Wappens wurden geändert, die Flügelenden des Adlers wurden abgeändert, um den Eindruck eines fünfarmigen Sterns nicht aufkommen zu lassen.²⁹¹

In der regen Debatte über das Staatswappen, die sich im Kontext der sich verändernden politischen Situation im Parlament abspielte und auch von den Massenmedien aufgegriffen wurde, meldete sich auch die Wissenschaft zu Wort. Das PTHi (*Polskie Towarzystwo Historyczne*, Polnische Historische Gesellschaft) und das PThe (*Polskie Towarzystwo Heraldyczne*, Polnische Heraldische Gesellschaft) gaben eine gemeinsame Erklärung zum polnischen Staatswappen ab, das durch den Vorsitzenden des PThe, Stefan Krzysztof Kuczyński, verfasst und mit dem PTHi diskutiert wurde. Die Erklärung ging an den Vorsitzenden des Ministerrates, an den Primas Polens und an das Bürgerkomitee (*Komitet Obywatelski*). Zudem wurde es in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften publiziert, darunter

²⁹⁰ Dziennik Ustaw, 1990, Nr. 10, Pos. 60: *Ustawa z dnia 9 lutego 1990 r. o zmianie przepisów o godle, barwach i hymnie Rzeczypospolitej Polskiej* [Gesetz vom 9. Februar 1990 über die Veränderung der Vorschriften über Wappen, Farben und Hymne der Republik Polen].

²⁹¹ Stępień & Rokosz, *Orły nasze. Orzeł Biały w zbiorach Biblioteki Jagiellońskiej* [Unsere Adler. Der Weiße Adler in den Sammlungen der Jagiellonen-Bibliothek] (1996: 43f.).

in *Polityka*²⁹² und in *Mówią Wieki*²⁹³. Der Vizevorsitzende des PThe, Józef Szymański, erarbeitete für die Verfassungskommission eine Stellungnahme, die vom Pressebüro des Sejm (*Biuro Prasowe Kancelarii Sejmu*) veröffentlicht wurde. Trotzdem war die Vorschrift in der Verfassungsänderung (Dezembernovelle 1989) nicht den heraldischen Vorgaben entsprechend formuliert worden, was auch die detailliertere Beschreibung im Gesetz vom 16. Februar 1990 nicht korrigierte.²⁹⁴

Bemerkenswerterweise übernahm Präsident Jaruzelski und seine Kanzlei die Initiative bei der konkreten Ausgestaltung des Wappens.²⁹⁵ Die Aufgabe der Vorbereitung eines Gesetzes zur detaillierten Form des Wappens kam einer durch die Kanzlei des Präsidenten Jaruzelski eingerichteten Kommission zu, die dem Sejm einen Gesetzesentwurf vorlegen sollte. In die Kommission gingen Vertreter des Präsidenten, der Regierung, des Sejm, des Senats, der Kirche, des PThe sowie Bildhauer ein. Bei den Sitzungen gab der Vertreter des Präsidenten, so Alfred Znamierowski, deutlich zu verstehen, dass ein Wettbewerb nicht in Frage käme und dass man zur Version von 1927 zurück wolle – eventuell seien kleinere Änderungen möglich. In den zwei Sitzungen wurde beschlossen, dass der goldene Bord (goldene Umrandung des Wappenschildes) entfernt werden solle. Alfred Znamierowski zufolge ist dies auf die Diskussion in den Medien zurückzuführen, in welcher die These verbreitet wurde, ein solcher Bord bedeutet in der Heraldik eine uneheliche Abstammung (was nicht stimmt). Zudem sei beschlossen worden, die Proportionen des Schildes ein wenig zu ändern. Mit der grafischen Überarbeitung wurde Andrzej Heidrich²⁹⁶ betraut. Er veränderte auch die Kleestängel, sodass drei hervortraten, zwei jeweils in den Hintergrund traten, wie dies der

²⁹² *Polityka* (Zeitschrift), Nr. 8, 1989.

²⁹³ *Mówią Wieki* (Zeitschrift), Nr. 6, 1989.

²⁹⁴ Jaworska (2003: 7).

²⁹⁵ Znamierowski (1995: 104).

²⁹⁶ Stępień & Rokosz (1996: 266).

katholisch-konservative Politiker Henryk Groyszewski gefordert hatte.²⁹⁷ Auf diese Weise weckten die Kleestengel nicht mehr die Assoziation mit fünfarmigen Sternen.

Wenngleich Historiker und Heraldiker also an der Debatte teilnahmen, waren die Entscheidungen letztendlich vor allem politisch geprägt. Heraldische und historische Argumente wurden zwar immer wieder vorgebracht, waren aber politischen Zwecken untergeordnet. Wie wenig sich die Konformität mit heraldischen Vorgaben und Terminologie durchsetzte, lässt sich etwa daran erkennen, dass bis heute der Begriff „*godło*“ benutzt wird, wo das gesamte Staatswappen gemeint ist, obwohl mit „*godło*“ eigentlich nur das Wappentier bezeichnet wird, hingegen das gesamte Wappen korrekt als „*herb*“ zu bezeichnen wäre.

7.3.6 Die Debatten über die Änderung des Staatswappens im Sejm

Die Dezembernovelle ist im Zusammenhang mit der Änderung des Staatsnamens bereits erwähnt worden. Beides – Staatswappen und Staatsbezeichnung – sollte entsprechend des Entwurfs der SD zur Änderung der Verfassung gleichzeitig geändert werden, beides entsprang derselben Argumentation, nämlich dass das kommunistische Regime zu Ende gegangen sei und nun jene Symbolik wiedereingeführt werden sollte, die von jenem geändert worden war, was Ausdruck der Wiedererlangung der Unabhängigkeit sei. Es waren vor allem die Parteien SD und die PSL „*Odrodzenie*“ die darauf drängten, diese symbolischen Änderungen bereits im Rahmen der Dezembernovelle, also noch im Jahr 1989, vorzunehmen. Die PZPR unterstützte zwar letztendlich die Verfassungsänderung, teilte aber weder die Eile der früheren Blockparteien, noch legte sie besonderen Wert auf einen radikalen Wandel im symbolischen Bereich. Die OKP hingegen, und allen voran Bronisław Geremek und Hanna Suchocka, waren zwar grundsätzlich für die Änderung des Staatswappens – die Hauptforderung der SD bestand in dieser Zeit hauptsächlich in der Wiedereinführung der Krone, und um diese Änderung ging es in der Debatte zur Dezembernovelle – hatten aber Bedenken, dies in einer Verfassung zu verankern, die sie als Relikt des im Vergehen begriffenen Systems verstanden (so ihre Argumentation in den Plenarsitzungen sowie in der

²⁹⁷ Znamierowski (1995: 105).

gemeinsamen Sitzung der Regierungsparteien vor der letzten Sitzung 1989). Insbesondere die SD zeigte in dieser Frage keine Bereitschaft zum Kompromiss, sodass die schnelle Verabschiedung des Gesetzes insgesamt zu scheitern drohte – dies wiederum lag dem OKP-Vorsitzenden Bronisław Geremek am Herzen, der eine Übergangslösung „für ein paar Monate“ erledigt haben wollte, in der Hoffnung, die neue Verfassung würde bald verabschiedet werden.

Die beiden Entwürfe der Gesetze, die in der 14. Sitzung des Sejm am 30.11.-1.12.1989 diskutiert wurden, kommentierte Geremek folgendermaßen: „Die Veränderungen der vergangenen Monate machten aus Polen ein anderes Land als es bisher gewesen ist. Wir knüpfen nun wieder an das nationale und staatliche Dasein an, das 1945 und in den nächsten 45 Jahren zu unterbrechen versucht worden ist. Und dieser Prozess ist unumkehrbar. Ebendies erlaubt es uns auf eine sichere, zuverlässige Weise den Weg tatsächlicher Veränderungen zu gehen, ohne auf effektreiche, aber nur dekorative oder symbolische Entscheidungen zurückzugreifen.“

Die Parteikollegin von Geremek, Maria Teresa Sielicka-Gracka (OKP), spricht sich zwar für die Änderungen aus, folgt dem Fraktionschef aber in seiner Linie gegenüber der Änderung des Wappens. Die Änderungen der Verfassung würden nur das sanktionieren, was bereits in Wirtschaft und Politik geschehen sei. Man stehe nun „an einer Schwelle“ und sie hoffe auf tiefgreifende Änderungen in der anstehenden neuen Verfassung. „Die Krönung der gegenwärtig vorgenommenen Änderungen sollte der Name des Staates sein und die Krönung des Adlers.“ Als Argumentationsstütze liest die Abgeordnete einen Brief des Verbandes der Soldaten der Heimatarmee Warschaus (*Stowarzyszenia Żołnierzy AK Okręgu Warszawskiego*) vor, in dem im Namen der im Warschauer Aufstand 1944 Gefallenen gefordert wird, der Sejm und der Senat sollten den „richtigen Namen und das Wappen des polnischen Staates wiederherstellen.“ „Die Bewahrung des Zusatzes „ludowa“ ist ein Unsinn und symbolisiert gemeinsam mit der Abnahme der Krone das Aufzwingen eines fremden, imperialistischen Willens auf ein Volk mit tausendjähriger Geschichte“ heiße es weiter in dem Brief. Die Wiederherstellung sei objektiv begründet und bilde eine moralische Wiedergutmachung den Opfern gegenüber. Außerdem sei beschlossen worden, auch die Rückkehr zur früheren Bezeichnung „Wojsko Polskie“ für die polnische Armee zu fordern. (Von Seiten der PZPR wird später eingewendet, dass die polnische Armee offiziell diesen Namen auch in der

Volksrepublik geführt habe).²⁹⁸ Die Änderung des Wappens werde gegenwärtig mit Herladikern gemeinsam vorbereitet und werde in einem gesonderten Gesetz erfolgen.

Besonders interessant ist die Argumentation von Jan Rokita (OKP), der Auftritt, nachdem die Gesetzgebungskommission am 29.12.1989 zwischenzeitlich sich zusammengesetzt hatte, um die im Sejm diskutierten Punkte zu klären. Man war hier zu einem Kompromiss gelangt, und anders als zuvor hatte nun eine Mehrheit für die Einführung des Kronen-Passus bestanden. Zwar ist unklar, warum die OKP hier eingelenkt hat. Es lässt sich aber vermuten, dass die Abgeordneten der SD nicht von ihrem Standpunkt abgerückt waren und eine Verabschiedung des Gesetzes noch in derselben Sitzung, also vor Silvester 1989/1990, sonst nicht möglich gewesen wäre. Möglicherweise hat auch die OKP auf diese Weise in anderen Punkten zur Verfassung Zugeständnisse erreicht. Den Kurswechsel in der Kronenfrage kommentiert Jan Rokita nun folgendermaßen: Die OKP unterstützte das Projekt, ihm sei aber unwohl wegen der symbolischen Änderungen. Die *Solidarność*, aus der er hervorgehe, habe weniger Wert auf Symbolik gelegt, als auf die „politische Realität“, erstere diene häufig der „Verschleierung dieser Realität“. Die OKP denke nicht, dass „spektakuläre und symbolische Veränderungen in verschiedenen Ländern Europas in grundlegender Weise den Veränderungen hin zu Demokratie und Souveränität, welche sich in den letzten Jahren in Polen ereigneten, vorausgeeilt seien.“ Dieser Tradition der Bevorzugung konkreter gegenüber symbolischer Politik entsprechend, habe sich die *Solidarność* der „Befriedung“ des Volkes 1981 „unter militärisch-patriotischer Staffage“ widersetzt. Man habe über die Wiederherstellung traditioneller Uniformen des *Wojsko Polskie* während des Kriegsrechts 1981 gelacht. Hieraus folge auch der inhaltlich-konkrete Charakter der eingebrachten

²⁹⁸ Ohne hier auf die komplizierte Geschichte der offiziellen und inoffiziellen Bezeichnungen der polnischen Armee in der Zeit 1944-1989 eingehen zu wollen, sei lediglich darauf hingewiesen, dass gemeinhin in der Volksrepublik die Bezeichnungen „*Siły Zbrojne PRL*“ und „*Wojsko Polskie*“ gängig waren. Offiziell ist in der Verfassung von 1952 von „*Siły Zbrojne Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej*“ die Rede. Siehe: *Dziennik Ustaw*, 1952, Nr. 33, Pos. 232: *Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 22 lipca 1952 r.* [Verfassung der Volksrepublik Polen, erlassen durch den Verfassungsgebenden Sejm am 22. Juli 1952], Kapitel 1, Abs. 6.

Änderungen in die Verfassung. Den Veränderungen im Bereich der Symbolik stimme die OKP nun „ohne Enthusiasmus“ zu. Die Abschaffung des Adjektivs „ludowa“ im Namen des polnischen Staates spiegele eine gewisse politische Realität wider; die Tatsache, dass Polen den Weg zur Demokratie eingeschlagen habe und Abstand nehme von der kommunistischen Staatsform, vor allem im Bereich der Wirtschaft. Es schein jedoch, dass „die Krone, insbesondere die Krone die heute dem polnischen Adler aufgesetzt wird, eine Krone ist, die sozusagen „auf Zuwachs“ (*na wyrost*) aufgesetzt wird. Die Krone bedeutet doch die Souveränität des Staates, was hier mehrfach unterstrichen wurde. Sie bedeutet auch die Souveränität des Volkes in seinem Staat. Wir hatten die Vorstellung, dass wir die Krone dann aufsetzen, wenn endgültig und mit Zustimmung des Volkes die Angelegenheit der Stationierung von ausländischen Armeen in Polen geregelt worden ist, wenn der Zwangsapparat (*aparatus przymusu*) nicht in der Hand einer Partei liegt, sondern in den Händen der gesamten Gesellschaft, wenn das Wahlgesetz, das polnische Wahlgesetz, vollständig demokratisch ist. All diese Sachen sind bisher nicht eingetreten. Wir geben dem Adler die Krone zurück, aber mit der Überzeugung, dass sie die polnische Wirklichkeit noch nicht vollständig widerspiegelt.(...) Sie ist Zeichen für die Hoffnung, dass all diese Dinge, die sich hinter dem Symbol der Krone verbergen, in Polen in nächster Zukunft realisiert werden. Wenn wir also dem polnischen Adler die Krone aufsetzen, werden wir das dem gemeinsamen Willen des gesamten Sejm entsprechend tun. Das werden wir tun, die Leute der Solidarność, in der tiefen Überzeugung, dass das in den vergangenen 50 Jahren so oft für die Souveränität kämpfende Volk, dass die AK [*Armia Krajowa*, Heimatarmee], WiN [*Zrzeszenie Wolność i Niezawisłość*, Verband Freiheit und Unabhängigkeit], die Arbeiter die in Poznań und an der Küste gestorben sind, dass das Komitet Obrony Robotnikow, und nach ihm die Solidarność, dass die polnische Emigration, die in der Tradition des Unabhängigkeitskampfes steht („emigracja niepodległościowa“) die Pariser „Kultura“ und die londoner [Exil-]Regierung, dass sie alle diese Tradition der polnischen Krone herübergetragen haben und uns mit einem gewissen moralischen Mandat ausstatten um heute die Krone im Wappen des polnischen Staates wiederherzustellen - und nicht etwa diejenigen politischen Kräfte, welche in den

vergangenen 40 Jahren ihrer Tätigkeit sich nicht vollständig dazu legitimiert erwiesen haben, um heute am lautesten nach der Wiederherstellung der Krone zu rufen. Eben im Namen der OKP vor der polnischen Öffentlichkeit wollte ich das mit allem Nachdruck unterstreichen.“²⁹⁹ Diese Aussage führte natürlich zu heftigen Reaktionen aller übrigen Parteien, etwa von Ireneusz Skubis (PSL „Odrodzenie“) der betont, nicht nur die Solidarność, sondern alle Abgeordneten des Sejm würden „dem Adler die Krone aufsetzen“.³⁰⁰

Worin ist das Drängen der SD begründet? Die Aussagen der Abgeordneten der SD in den Plenarsitzungen zur Dezembervolleversammlung können hier einige Anhaltspunkte geben. Zunächst einmal ist zu bemerken, dass die meisten Wortführer der SD zu einer neuen Generation von SD-Mitgliedern angehörten, die nicht in früheren Kadenzen als Abgeordnete gearbeitet hatten. Die Ausnahme hierzu bildet Andrzej Bondarewski (SD). Letzterer nutzt die Debatte am 30.11-1.12.1989 dazu, sein Verständnis von der historischen Identität der Partei zu präsentieren. Sie sei der eigentliche Urheber der Verfassungsänderungen und bereits in der Volksrepublik habe man sich für die Demokratisierung eingesetzt, was nur sehr langsam – wie ein Tropfen, der den Stein höhlt – möglich gewesen sei. Er zählt Erfolge auf, die er diesem Wirken zuschreibt, wie die Einrichtung des Obersten Verwaltungsgerichts (*Naczelny Sąd Administracyjny*), das Staatstribunal (*Trybunał Stanu*), den Verfassungsgerichtshof (*Trybunał Konstytucyjny*). Erst der Sieg der Solidarność habe es ermöglicht, „auf den Goldschatz des Programms der SD“ zurückzugreifen. Im Gesetzesprojekt habe die SD eigentlich viel weiter gehen wollen, man füge sich aber der Mehrheit. Zuletzt weist Bondarewski darauf hin, dass Gesetze zur Namensänderung und zum Staatswappen bereits fertig seien. In der abschließenden Sitzung am 29.12.1989, als die beiden Änderungen bereits in das Projekt aufgenommen worden waren, betont Bondarewski, wie wichtig die Tradition der Verfassung des 3. Mai für seine Partei sei, welche „den Geist des polnischen Volkes symbolisiert, den Geist der Hoffnung und der Überzeugung, dass es keine Situation gibt, aus der das Volk nicht einen Ausweg finden kann. Das Stronnictwo Demokratyczne unterstreicht

²⁹⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jan Rokita (OKP), Sitzung vom 29.12.1989.

³⁰⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Ireneusz Skubis (PSL „Odrodzenie“), Sitzung vom 29.12.1989

besonders stark seine Verbindung zur Tradition dieser bereits 200 Jahre zurückliegenden Verfassung, denn dies war ein Dokument, das zum ersten Mal den Abbruch eines früheren Regimes signalisierte“.³⁰¹ Die Änderung der Symbolik folge auf die Änderung der Fakten, nicht umgekehrt. Auch in anderen Ländern werde die Symbolik des alten Systems beseitigt und Polen habe hier eine Vorbildfunktion. Der Adler sei Symbol der Souveränität des Volkes „und nur so soll man das verstehen“. Zudem weist Bondarewski darauf hin, wie wichtig den Polen im Ausland diese symbolische Änderung sei, er werde das Gesetz als Gruß an diese schicken.

Stefan Bieliński, der seit einigen Jahren im SD aktiv gewesen war aber erst in dieser Wahlperiode als Abgeordneter im Sejm Platz nahm, argumentierte in der 14. Sitzung am 30.11.-1.12.1989 für den Entwurf seiner Partei. Die Verfassungsänderung sei eine Absicherung dafür, dass laufende politische und wirtschaftliche Veränderungen unumkehrbar seien, diese Garantien sollten bereits in der Verfassung verankert werden. Die „Wiederherstellung“ des „historischen Namens“ und der „historischen Symbole“ werde zum „Gründungsmoment“ der Bildung der Rzeczpospolita als parlamentarischer Demokratie mit Mehrparteiensystem. „Gegenwärtig, wo die Einführung der Grundsätze der Demokratie Tatsache geworden ist, steht die Wiederherstellung des historischen Namens Rzeczpospolita Polska gemeinsam mit ihren historischen Symbolen, also dem weißen Adler mit Krone, dem polnischen Volk schlicht und ergreifend zu. Das polnische Volk war wie kein anderes mehrfach den brutalen Versuchen ausgesetzt, es zu zerschlagen, aber selbst in den dunklen Jahren der Teilungen bestand der Geist des Patriotismus und der Würde des Volkes weiter, und die Symbole der Staatlichkeit – gewissenhaft weitergegeben von Generation zu Generation – halfen bei der Bewahrung des Polentums. Ein Volksaufstand nach dem anderen organisierte sich um nationale Symbole. Der gekrönte weiße Adler erhob sich über Jahrhunderte über die Klassenunterschiede als Symbol der Freiheit und Souveränität des polnischen Staates. In der Phase der größten Stärke des Totalitarismus in Polen wurde dem Polnischen Volk das historische Symbol entrissen. Die Wiederherstellung dieses Symbols soll

³⁰¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Bondarewski (SD), Sitzung vom 27.-29.12.1989.

ein Zeichen des Prozesses der Destalinisierung und der Souveränität des Volkes werden. Die viele Millionen umfassende Diaspora (*emigracja*) (...) wird ihre natürliche Verbindung mit dem Land ihrer Herkunft wiederfinden. Die Tatsache, dass die Diaspora heute etwa ein Drittel der gegenwärtigen Population der Polen ausmacht, kann uns nicht gleichgültig sein.“

Die Wiedereinführung des historischen Wappentiers als Nationalsymbol, also weißer Adler mit Krone, sei „logische Konsequenz der Beseitigung des Adjektivs „*ludowa*“. Der weiße Adler mit Krone war immer mit der vollen Souveränität des Staats und des polnischen Volks verbunden. Die Krone schmückte den Kopf des Adlers sowohl in der Zeit der Monarchie, übrigens seit dem 16.Jh der republikanischen Staatsverfassung ähnlich, und auch in der Zeit der Republik in der Phase der vollen parlamentarischen Demokratie in der Zeit der Zweiten Republik.“

In der ersten Vorstellung der Ergebnisse der Gesetzgebungskommission am 29.12.1989 resümierte Hanna Suchocka (OKP), die Debatte zur Frage des Namens und des Wappens sei sehr emotional verlaufen. Hier sei das Argument aufgekommen, die entsprechenden Änderungen in der „sehr negativ bewerteten“ Verfassung von 1952 könnten als Verbesserungsversuch verstanden werden, was eigentlich nicht angestrebt gewesen sei. Man habe sich aber im Laufe der Diskussion, in der auch die Verbundenheit der Gesellschaft mit dem „traditionellen Namen“ betont worden sei, geeinigt den Staatsnamen „wiederherzustellen“. In Bezug auf Artikel 103 (zum Staatswappen) beschloss man, die bestehende Formulierung beizubehalten und stattdessen die Frage des Wappens in einem gesonderten Gesetz zu regeln.

In der Gesetzgebungskommission, deren Projekt am 29.12.1989 vorgestellt wurde, war im Laufe der Debatten der Vorschlag der SD zunächst nicht übernommen worden. Da die Abstimmung hierzu knapp ausgefallen war – der Zusammenstellung der Kommission nach lässt sich vermuten, dass OKP und PZPR gegen die Änderung stimmten, während die Vertreter von PAX (*Stowarzyszenie „Pax“*, Vereinigung „Pax“), PZKS (*Polski Związek Katolicko-Społeczny*, Polnische Katholisch-Soziale Vereinigung), SD, UchS (*Unia Chrześcijańsko-Społeczna*, Christlich-Soziale Union) und ZSL/PSL-Odrodzenie möglicherweise für die Änderung gestimmt hatten – trug die SD ihren Vorschlag, die Worte *w koronie* aufzunehmen, als Minderheitsvorschlag in die Sejmdebatte ein. Jan Świtka (SD)

stellte diesen Antrag vor. Die Minderheitsgruppe meine, dass das Projekt der Wiederherstellung des Adlers mit Krone begründet sei, und zwar nicht nur vom „Standpunkt des Volkes“ aus, sondern auch vom „psychisch-moralischen, und auch politischen Standpunkt“ aus. Er kenne keine vernünftigen Argumente für die Verteidigung des entgegengesetzten Vorschlags. Die Inschutznahme des ursprünglichen Projekts erfordere keine besondere „intellektuelle Anstrengung“ oder „Wachsamkeit der Logik“ – Die Wahrheit wehre sich selbst. „Die Standarten mit dem Zeichen der weißen Adlers mit Krone sind geheiligt mit dem Blut, das auf den Schlachtfeldern und bei den Kämpfen zum Schutz der Grenzen Polens vor fremden Angreifern vergossen wurde, in Kämpfen um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab man dem polnischen Staat den Namen Polska Rzeczpospolita Ludowa und nahm dem Adler die Krone ab. Der Adler mit Krone bleibt nur in den Worten der Litanei: „Mutter, Königin der polnischen Krone, bete für uns.“ und im Bewusstsein des polnischen Volkes. (...) Diese Krone, Gegenstand der Auseinandersetzung, ist so wenig, und gleichzeitig so viel für das polnische Volk, das über viele Jahre hierauf wartete und bis heute wartet. Wenn jemand Zweifel hat, soll er sein Gewissen fragen, und dieses wird die Wahrheit hervorbringen. (...) Das polnische Volk im Lande und im Ausland wartet auf den Adler mit Krone. Dieses Volk hat darauf ein Recht, es hat es vollständig verdient.“

Kazimierz Ujazdowski (SD) wehrt sich gegen das Argument, in den Verfassungen der Zwischenkriegszeit habe die Krone als Teil des Wappens („mit Krone“) keine Kodifizierung in den Gesetzen erfahren – eine vielsagende Argumentationsstrategie auf die wir noch zurückkommen werden. Das verbiete ja nicht, so Ujazdowski, es anders zu handhaben. Die Änderung des Wappens entspreche dem Willen seiner Wähler. Daraufhin geht Ujazdowski auf einen weiteren Streitpunkt ein, nämlich die Frage der Traditionen des weißen Adlers ohne Krone: „... Der weiße Adler der Piasten war auf den Mützen von der Oka bis Berlin, auf den Uniformen der *berlingowcy* [Einheiten der 1. Tadeusz Kościuszko-Infanteriedivision unter dem Kommando von Zygmunt Berling], jener, die vielleicht am meisten erlitten haben, weil sie am spätesten aus den Lagern kamen, am spätesten aus den Sowchosen, aus der Sklavenarbeit und dort ihre Nächsten ihrem bitteren Los überließen. Und ich bin mir dessen bewusst. Alle Soldaten der Ostfront, unsere Helden. Sie marschierten von dort, sie kämpften um Polen und für Polen. Ich verstehe das sehr gut. Aber wir sollten eine Sache nicht vergessen, dass dieser weiße Adler, dieser ohne Krone, in einem bestimmten Moment zum

Symbol des Bösen geworden ist, er wurde besudelt in unserer späteren Geschichte. Und diese Soldaten von der Ostfront, und diese „berlingowcy“ kämpften bestimmt nicht um so ein Polen, als welches es sich später herausstellte, sie wollten ein anderes. Und dass es besudelt wurde, das beweise ich ihnen. Dieser Adler ohne Krone war auf den Uniformen oder Togen der Richter, die diese furchtbaren Urteile fällten. Dieser Adler ohne Krone war auf den Mützen jener Leute, die im Posener Juni auf Polen schossen, sie peinigten. Er ist unschuldig. Diese Leute, die diesen Adler besudelten, sind schuld. Aber es ist nicht unsere Schuld, dass wir gegenwärtig eine gewisse Aversion gegen ihn haben. Wir haben diese Aversion nicht gegen den Adler mit Krone. Das ist die Wahrheit. Es gibt kein Hindernis (...) warum wir das Symbol nicht ändern sollten indem wir die Krone hinzufügen. Dass wir von dieser furchtbaren Phase weggehen, als unsere Nationalsymbole ausgenutzt wurden von kleingläubigen Menschen, widerwärtigen Menschen. (Applaus) Darum geht es uns. (...)“ Hier wird also eine interessante Trennung vollzogen: Der „Piastenadler“ ohne Krone auf den Uniformen der Kościuszko-Division wird als Teil des Kampfes für ein unabhängiges Polen verstanden, hingegen die spätere Etablierung als Staatssymbol, u. a. auf den Richtertogen, wird verpönt.

Ein gänzlich unhistorisches Argument liefern Anna Dynowska, die in der X. Kadenz zeitweise parteilos, zeitweise Abgeordnete der SD war:³⁰² Die Änderung des Staatsnamens gemeinsam mit dem Wappen sei kostengünstiger, als eine Änderung in zwei Schritten. An anderer Stelle widerspricht sie den Ausführungen Jan Rokitas (OKP), welcher die Änderung des Staatswappens der Solidarność zuzuschreiben versucht: Ihre Familie habe auch immer die Tradition des Adlers mit Krone gepflegt, daher solle Rokita in seine Aufzählung auch ihre Oma und alle Großmütter Polens aufnehmen.

Die SD verlor bereits mit den Wahlen im Oktober 1991 an politischer Bedeutung und brachte nur vereinzelt Abgeordnete in das Parlament ein. Auf der aktuellen offiziellen Internetseite

³⁰² Sejm der Republik Polen: Archiwum Danych o Posłach [Archiv der Daten zu Abgeordneten], Online aufrufbar: <http://orka.sejm.gov.pl/ArchAll2.nsf/X/103> (am 6.1.2017).

der Partei gibt es einen Bereich zur historischen Selbstpräsentation der SD.³⁰³ Der erste Absatz endet: „Und obwohl wenige sich dessen bewusst sind, war es die SD dem wir den gegenwärtigen Namen unseres Staates verdanken.“³⁰⁴ Im letzten Absatz wird daran erinnert, dass der Staatsnamen am 29.12.1989 auf Antrag der SD geändert wurde und dass auch die „Wiederherstellung“ des Staatswappens ein Jahr später auf die Initiative der SD zurückgehe. Das Logo der Partei zeigt einen stilisierten Adler mit Krone. Offenbar spielte die Änderung des Wappens und des Staatsnamens eine wichtige Rolle bei der Selbstbeschreibung der Partei auch nach 1990. Dass die SD die symbolischen Änderungen früh zum Teil ihres politischen Programms machte, zeigt das Motto Stefan Bielińskis, das dieser als Kandidat eines Warschauer Wahlbezirks benutzte: Der Rzeczpospolita den Adler, dem Adler die Krone und dem Volk die Würde.³⁰⁵

Die PZPR schieg zum Thema Staatswappen. Allgemein wird davor gewarnt, „das Kind mit dem Bade auszuschütten“³⁰⁶ und es wird gemahnt, man solle nicht so tun, als „wache man morgen in einem neuen Polen auf“³⁰⁷. Wiesława Ziółkowska fordert „weniger Emotionen und mehr Vernunft“³⁰⁸. Desöfteren wird betont, die PZPR wolle die Verfassungsänderung nicht hinauszögern, Stanisław Gabrielski erwähnt gar, man habe auf dem X. Parteitag der PZPR „beschlossen“ (sic!), zum 200. Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai eine neue Verfassung zu

³⁰³ Stronnictwo Demokratyczne: *Historia* [Geschichte], Online aufrufbar:

<http://www.sd.pl/historia.php> (am 4.9.2012). Der Text wurde später verändert, die Erwähnung der Änderung des Staatswappens auf Initiative des SD ist geblieben (am 24.11.2014).

³⁰⁴ „*I choć mało osób sobie zdaje z tego sprawę to właśnie Stronictwu zawdzięczamy obecną nazwę naszego państwa.*”

³⁰⁵ „Rzeczypospolitej orła, orłu koronę, a narodowi godność.” Ohne Autor, *Na kłopoty – Bieliński!* [Bei Problemen – Bieliński!] (1989: 5-6).

³⁰⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Adam Zieliński (PZPR), Sitzung vom 29.12.1989.

³⁰⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Józef Oleksy (PZPR), Sitzung vom 29.12.1989.

³⁰⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Wiesława Ziółkowska (PZPR), Sitzung vom 29.12.1989.

verabschieden. Die Äußerungen der PZPR-Abgeordneten betreffen konkrete Änderungsvorschläge, wie z. B. die Frage, wem die Staatsanwaltschaft unterstellt sein solle (hier hat die PZPR ein Interesse an der Unterstellung unter das Präsidentenamt, das zu dieser Zeit noch Wojciech Jaruzelski innehatte), zur Frage des Staatswappens wird jedoch nichts gesagt. Lediglich Ryszard Bartosz lässt sich zu einigen geschichtspolitischen Ausführungen hinreißen (zu diesem Zeitpunkt sind die Änderungen von Namen und Wappen bereits Teil des Projekts) die er folgendermaßen schließt: „Heute sagte Kardinal Glemp beim Treffen mit Vertretern beider Parlamentskammern, dass wir die Repräsentanten des Volkes seien. Und deswegen ist das alles – die Wiederherstellung des historischen Namens RP, das Aufsetzen der Krone auf unseren Alder, all das was sich in Anwesenheit des Präsidenten abspielt – stellt ein gewisses Symbol der Ganzheit Polens dar, zu der wir streben.“³⁰⁹ Interessant ist auch die Aussage Jan Sroczyńskis, der sich durch die Ausführungen Jan Rokitas (OKP) herausgefordert fühlt. Es gebe auch im linken Lager Menschen die für das Vaterland gekämpft haben, im September 1939 oder im Warschauer Aufstand – Rokita sei zu jung, um das zu bewerten. Hier geht es aber allgemeiner um die Exklusion des kommunistischen Regimes und damit der PZPR aus der polnischen nationalen Tradition, nicht explizit um das Wappen. Während es der Zusammenstellung der Gesetzgebungskommission nach so aussieht, als ob die PZPR gegen die Einführung der Klausel „mit Krone“ gestimmt hat – zumindest vor der Sitzung am 29.12.1989 – argumentiert die PZPR im Sejm nicht gegen die Änderung des Staatswappens.

Am 30.12.1989, unmittelbar nachdem im Senat über die vom Sejm beschlossenen Änderungen der Verfassung abgestimmt worden war, mit denen der Name des Staates ebenso wie das Wappen geändert worden waren, sangen die Senatoren die patriotischen Hymnen *Boże coś Polskę* und *Jeszcze Polska nie zginęła* und der Senator Zbigniew Romaszewski hängte mit Hilfe von Bogumiła Cichońska, der Sekretärin der Kommission der Rechte der Kinder und der Rechtsstaatlichkeit des Senats, im Saal der Sitzungen des Senats – dies war zu diesem Zeitpunkt noch der Kolumnensaal – ein Bild des Staatswappens in jener Version, die

³⁰⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Ryszard Bartosz (PZPR), Sitzung vom 29.12.1989.

vor dem Zweiten Weltkrieg gebraucht worden war, unter dem großen Styroporadler, der ohne Krone das vergangene Regime symbolisierte, auf. Einige Tage später hängten die Senatoren Jerzy Pietrzak und Józef Sałata den Styroporadler der Volksrepublik eigenhändig ab. Das aufgehängte Wappen war das Geschenk eines Bauern aus der Gegend um Lucynów gewesen.³¹⁰ Beachtenswert ist, dass der genannte Senator Jerzy Pietrzak, Jahrgang 1942, zu diesem Zeitpunkt bereits von Beruf Historiker war und sich auf die Geschichte des polnischen Parlamentarismus spezialisiert hatte. (Auf seinen reich bebilderten Band zu den Traditionen des Senats wird hier mehrfach Bezug genommen.)

Bereits am 9. Februar 1990 wurde ein Gesetz erlassen, das die zuvor bestehenden Vorschriften bezüglich des Staatswappens änderte: Es entspricht inhaltlich demjenigen von 1927 und auch die beigegefügte Abbildung zeigt im Wesentlichen das Wappen in der Ausführung von Zygmunt Kamiński. Die goldene Umrandung des Wappenschildes fehlt, zudem erinnert die Flügelmitte dank der Hervorhebung dreier Federn nun weniger an einen fünfarmigen Stern.³¹¹

Das Projekt des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über Wappen, Farben und Hymne der Republik Polen wurde am 9. Februar 1990 im Sejm vom direkt dem Präsidenten unterstellten und in dessen Namen auftretenden Staatsminister Piotr Nowina-Konopka vorgestellt. Es geschehe nun „ein Akt der historischen Gerechtigkeit, ein Akt, der davon zeugt, dass die Polen fähig sind, das zu beschützen, was ihnen gerechterweise zusteht, was ein Element der nationalen und staatlichen Identität darstellt. Die Krone auf dem Kopf des königlichen Vogels der Piasten, Jagiellonen und der Wahlkönige kehrt zurück, weil dies der Wille des Volkes war, der durch die hier anwesenden Repräsentanten vorgebracht worden ist.“ Viele Institutionen, insbesondere der Senat, hätten direkt nach der Dezembernovelle

³¹⁰ Pietrzak, *Senat Rzeczypospolitej Polskiej. Tradycja i współczesność XV-XXI w.* [Senat der Republik Polen. Tradition und Gegenwart, 15-21 Jahrhundert] (2010: 244).

³¹¹ Dziennik Ustaw, 1990, Nr. 10, Pos. 60: *Ustawa z dnia 9 lutego 1990 r. o zmianie przepisów o godle, barwach i hymnie Rzeczypospolitej Polskiej* [Gesetz vom 9. Februar 1990 über die Veränderung der Vorschriften über Wappen, Farben und Hymne der Republik Polen].

spontan Staatswappen geändert. Wo es möglich war, sei man zur Form der Zwischenkriegszeit „zurückgekehrt“, anderswo habe man einfach die Krone zum bestehenden Adler hinzugefügt. Die „spontane Reaktion“ zeigt, laut Nowina-Konopka, die Übereinstimmung zwischen den Intentionen des Parlaments und der öffentlichen Meinung. „Man muss anerkennen, dass es sowohl den Überzeugungen der Öffentlichkeit wie auch den Absichten der beiden Kammern des Parlaments (...) entsprach, die Krone jenem Adler zurückzugeben, dem sie in bedauernden Umständen abgenommen wurde.“

Die Intention sei verständlich. „Im Bewusstsein mehrerer vergangener Generationen“, so der Staatsminister weiter, „war das echte Wappen weiterhin der weiße Adler. Derjenige, mit dem wir die Unabhängigkeit (*niezawisłość*) verloren, erst unter westlicher, dann östlicher Übermacht. Derjenige, der überstand, hier in Polen, in polnischen Häusern und Familien, als symbolisches Zeichen, aufbewahrt für bessere Zeiten. Derjenige, der auch bei den Polen, die in verschiedenen fremden Ländern verteilt waren, benutzt wurde. Es war dies der weiße Adler der durch Prof. Kamiński entworfen wurde und mit einer Verordnung des Präsidenten vom 13. Dezember 1927 eingeführt wurde. Es war dies der Adler, der gedacht war als Synthese polnischer historischer Adler, geziert von einer offenen Krone, offen für verschiedene in der *Rzeczpospolita* vorhandene Völker und Religionen. Diesem Adler wurden zahlreiche Vorwürfe gemacht, die sowohl einen politischen, wie auch historischen und heraldischen Kontext hatten. Trotz dieser Vorwürfe wurde er zum Zeichen der nationalen und staatlichen Einheit, als Adler der *Rzeczpospolita*.“

Zwei Initiativen zur Änderung des Gesetzes zu den Staatssymbolen seien im Januar 1990 von zwei Kommissionen des Sejm vorgebracht worden, der Präsident habe hier die Initiative ergriffen, in der Sorge darum, dass nicht mehrere unterschiedliche Entwürfe dem Sejm vorgelegt würden, was von „der Neigung unseres Volkes zu Zank zeugen würde, selbst in einer Sache, welche der Sache nach der Einheit und Einstimmigkeit dienen soll.“ Nach einer Auflistung der Änderungen betreffend der Frage, welche Institutionen von den gesetzlichen Vorgaben betroffen seien und der Versicherung, es handele sich um möglichst minimale Änderungen, geht der Redner im Detail auf die Änderungen des Wappens ein: Die Entfernung des Bordes, der reserviert sei für uneheliche Nachkommen, die Änderung der Proportionen um das Wappen stärker an die Form des Kreises anzupassen, die Änderung der Kleestängel „um die unangemessenen Assoziationen mit fünfarmigen Sternen zu vermeiden“. Zum Ende

seines Berichts meint Nowina-Konopka: „Viele Dinge trennen uns weiterhin und werden uns sicher noch lange trennen, aber der weiße Adler der die ihm zustehende Krone wiedererlangt ist eben jenes Zeichen, das uns über diese Teilungen hinaus eint.“

Stefan Bieliński (SD) erinnert wiederum daran, dass die SD ein entsprechendes Projekt bereits im September 1989 vorgelegt habe, dass aber die SD nichtsdestoweniger das vorgestellte Projekt unterstütze. Bieliński lobt das Projekt von Zygmunt Kamiński, das sich als „treffendstes unter den Projekten, die durch die herausragenden polnischen Künstler eingereicht wurden“ herausgestellt hatte. Er, „selbst ein tief gläubiger Mensch“, habe die Tradition der offenen Krone aufgegriffen und die Krone der Zweiten Republik nicht einer bestimmten (Mehrheits-)Religion zugeschrieben, sondern sie habe alle Weltanschauungen der Polen im In- und Ausland umfasst. Die entsprechende Krone hätten die Adler „unserer tapfersten Könige“ gekrönt. „In Übereinstimmung mit der demokratischen Prinzip, das wir heute als Pluralismus bezeichnen“.

Bieliński wendet sich gegen die Kritik an den beiden „Sternen“ im Wappen: Schließlich habe Józef Piłsudski, der „die Bolschewisten zerschlug“, selbst der Vorlage Kamińskis zugestimmt, in welcher der fünfarmige Stern einen Bezug zu den Sternen auf den Epauletten von Offizieren darstelle, von Sternen die „seit langem offiziell in der freien Armee der Rzeczpospolita“ bestanden hätten. So gesehen könne man den Flaggen der Vereinigten Staaten oder Europas erst recht unterstellen, „bolschewistisch“ zu sein.

Jeder Herrscher habe kleinere zeitgemäße Änderungen im Wappen eingeführt, aber es gebe auch stete Motive, „die von unserer nationalen Identität zeugen“, wendet Marek Jurek (OKP) ein. Das Kreuz sei so ein Element, es stehe einerseits für das Christentum – Jurek weist darauf hin, alle im Saal seien schließlich getauft – es stehe auch für das Opfer Christi das jeden Menschen (auch nicht-Christen) erlöse, zudem sei es Symbol des Opfers im Allgemeinen (hier verweist Jurek auf das Rote Kreuz und militärische Orden). Es sei zudem auch Zeichen dafür dass es über der Herrschaft – für deren Souveränität die Krone stehe – noch eine „übergeordnete moralische Ordnung“ existiere. Jurek erinnert auch daran, dass die Krone mit Kreuz vom „unabhängigen Polen 1919“ angenommen wurde. Dass eine Hinzufügung der Krone zum aktuellen Vorschlag möglich sei, zeige eine von Kazimierz Sabat, dem Präsidenten der Exilregierung, ihm zugeschickte Version von 1927.

Stefan Myszkiewicz-Niesiołowski (OKP) meint, es sei klar gewesen, dass das Wappen wieder eine Krone haben solle, es sei aber zu diskutieren, welche das sein sollte. Er spricht sich für die Rückkehr zu den „Traditionen des polnischen Staates seit Zygmunt Stary (Siegfried der Alte)“ aus. Die geschlossene Krone habe „Polen begleitet in der Zeit der Größe der Jagiellonen, Wasa, in der Zeit des Niedergangs des Staates und mit diesem Adler ist Polen wiederauferstanden“ was Niesiołowski als Wunder umschreibt. Dieser Adler habe „uns auch im Krieg von 1920 begleitet“. Die Sterne gefallen ihm weder in der früheren noch in der aktuellen, „abgeschwächten“ Form, obwohl er wisse, dass es sich nicht um „bolschewistische“ Sterne handle. Der Redner stellt daher den Antrag, zum Wappen von 1919 zurückzukehren. Jurek stellt zudem den Antrag, die Angelegenheit in die Kommission zwecks Konsultation mit der Öffentlichkeit zurückzugeben. Bei der Gelegenheit erinnert er daran, die Opposition der 70er und 80er Jahre habe unterschiedliche Adler und Kronen benutzt, aber alle mit Kreuz (dies sei bereits eine Art „Plebiszit“ gewesen).

Die beiden Abgeordneten liefern somit Argumente für die Krone mit Kreuz, die über die christliche Identifizierung der politischen Gemeinschaft hinausgehen.

Obwohl der Sejmvorsitzende bemüht ist, die Diskussion kurz zu halten und die Absegnung des Gesetzes möglichst rasch abzuschließen, kommt es zum Ende zu einem kleinen Eklat. Nach einem Streit über das weitere Verfahren bittet Myszkiewicz-Niesiołowski um eine Pause, um einen Formalen Antrag zur Änderung des Gesetzesvorlage vorzubereiten. Jan Łopuszański (OKP) spricht sich für diese Pause aus und appelliert „in einer moralischen Angelegenheit“ an die linke Seite des Saals: diese würde „gut tun, nicht an der Abstimmung teilzunehmen“. Nach Applaus und Unruhe im Saal stehen Abgeordnete zur Linken des Plenarsaals (also vermutlich insbesondere Abgeordnete der SdRP (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej*, Sozialdemokratische Partei der Republik Polen)) auf und jemand ruft „In diesem Falle gehen wir raus!“.

Die Vorschläge Marek Jureks und Stefan Myszkiewicz-Niesiołowskis, das Staatswappen von 1919 mit geschlossener Krone und Kreuz einzuführen, scheitern schließlich an den Abstimmungen.

Stefan Bieliński überreichte im Anschluss an die Abstimmung und Annahme des Gesetzesentwurfs ein Flachrelief mit Wappen an die Vizevorsitzende Teresa Dobielińska-Eliszewska (SD) die nach der Pause den Vorsitz übernommen hatte.

7.3.6.1 Nachspiel

Damit war die Frage des polnischen Staatswappens in den Grundzügen geklärt worden und hatte sowohl auf der Ebene der Parteien wie auf der Ebene des Nationalstaates zu geschichtspolitischen Identitätsbildungen gedient. Zwar wurde das Staatswappen in den folgenden Jahren immer wieder zum Thema, es wurde jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Betrachten wir die späteren stenographischen Protokolle der Sitzungen des Sejm (bis Ende 2010), so lassen sich zunächst einmal einige Aussagen identifizieren, welche die eingangs gemachte Überlegung untermauern, dass der Akt der Änderung selbst zum historischen Narrativ geworden sei. Hier war es vor allem das „Wiederaufsetzen der Krone“, das erinnert worden ist, während die übrigen Änderungen kaum eine Rolle in dieser Hinsicht spielten.

In einer Aussage von Zenon Żłakowski³¹² – „Wir haben die Rzeczpospolita Polska und den Adler mit Krone“ – ist diese Änderung Ausdruck für die politischen und sozialen Änderungen des Jahres 1989, dafür dass das vorangegangene System „zur Vergangenheit wird“. Diesen Erfolgen stellt er das Fehlen von Veränderungen im Bereich der regionalen Selbstverwaltung gegenüber, obwohl die Gesellschaft mit diesem Bereich „riesige Hoffnungen verbindet“. Stanisław Cieśla³¹³ erinnert sich an die Änderungen die im Laufe der X. Kadenz bereits erreicht worden seien, an den „großen Enthusiasmus auf den Versammlungen den die Ankündigung der Änderungen des Namens und des Wappens des Staates hervorriefen (...)

³¹² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Zenon Żłakowski (OKP), Sitzung vom 19 und 25-26.1.1990.

³¹³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Stanisław Cieśla (OKP) Sitzung vom 21.9.1990.

Das politische Antlitz des Landes hat sich radikal geändert (...). Der durch fremde Gewalt aufgezwungene, dem polnischen Geist fremde Kommunismus ist zerfallen. (...) Die Ankündigung der Veränderungen weckte Freude, doch ihr Eintreten war schon mit geringerer Freude verbunden.“ Auch hier ist die Änderung des Wappens Symbol für das Wiedererlangen der nationalstaatlichen Unabhängigkeit. Adam Rogacki³¹⁴ erinnert daran, dass zwei Monate zuvor das 20-jährige Jubiläum der Wahlen vom 4. Juni 1989 begangen worden sei. „Wir haben damals die Symbole wiederhergestellt, die uns vom kommunistischen Regime genommen worden waren. Ich erinnere mich, wie die Religion wieder in die Schulen zurückkehrte, voller Stolz hängten wir die Wappen mit gekröntem Adler auf, und in viele Säle, an viele öffentliche Orte, ebenso wie in den polnischen Sejm, kehrte das Kreuz zurück.“ Man solle sich aber schämen, dass erst 20 Jahre später der Feiertag der Heiligen Drei Könige, „in Wirklichkeit vom kommunistischen Regime weggenommen“, wiederhergestellt werde. Nicht alle Erinnerungen an die Änderung des Wappens zeigen diese als einmütige Tat aller Abgeordneter. In einigen Fällen werden persönliche und parteiliche Konflikte aktualisiert oder gegenwärtige Konflikte auf dieses Ereignis in der Vergangenheit projiziert, etwa bereits in der ersten Sitzung des Jahres 1990, in der Polemik Stefan Myszkiewicz-Niesiołowski³¹⁵ gegen Jan Rokita (zu diesem Zeitpunkt beide OKP, wurden später aber jeweils Teil unterschiedlicher politischer Lager innerhalb der post-Solidarność-Parteien), der letzterem seine Aussage vorwirft, „meine Fraktion [OKP] habe ohne Enthusiasmus dem polnischen Adler die Krone wiederaufgesetzt. Also ich habe dem Adler die Krone mit Enthusiasmus aufgesetzt und für mich war das die Krönung meiner Träume, meiner Wünsche, meines Weges und meines Kampfes.“ Eine solche Meinungsverschiedenheit bestehe auch zwischen ihm und anderen Mitgliedern der OKP hinsichtlich der Bedeutung der Debatte über die Rolle der politischen Parteien.³¹⁶

³¹⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Adam Rogacki (PiS), Sitzung vom 1.7.2009.

³¹⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Stefan Myszkiewicz-Niesiołowski (OKP), Sitzung vom 18-20.1.1990.

³¹⁶ Die bereits erwähnte Aussage Rokitas wird damit offensichtlich aus dem Zusammenhang gehoben.

Ungewöhnlich für einen Abgeordneten der kurz zuvor aufgelösten PZPR ist das geschichtspolitische Narrativ, das Andrzej Sidor³¹⁷ vorträgt: „In letzter Zeit kehren wir häufig zu den Traditionen der Zweiten Republik zurück. Wie haben den früheren Namen des Staates wiederhergestellt, wir stellen die nationalen Symbole jener Jahre wieder her, etwa diese Krone auf dem Adler. In den Zeiten der Zweiten Republik erhielt jemand, dem eine staatliche Auszeichnung verliehen wurde, keine Prämie. Im Gegenteil, er musste die Auszeichnung gegen eine festgelegte Summe kaufen. Vielleicht sollte man zurückkehren zu dieser Tradition jener Jahre, vielleicht würde dadurch das Prestige staatlicher Auszeichnungen, das in der vergangenen Epoche in Mitleidenschaft gezogen wurde, erhöht und der Staatskasse würde es Einkünfte statt Ausgaben bescheren.“ Interessant ist nicht nur die Identifizierung eines Trends der Rückkehr zu den „Traditionen der Zweiten Republik“. Hier wird eine Entscheidung legitimiert durch die Einpassung in ein übergeordnetes Narrativ der Anknüpfung an die Zweite Republik.

Besonders interessant ist die späteste Aussage zur Wiederherstellung des Wappens als historischem Ereignis des hier betrachteten Zeitraums, nämlich jene von Zbigniew Chmielowiec³¹⁸. Der historisch-narrative Charakter ist besonders eindeutig, da er eine mittlerweile fest etablierte Form der Geschichtspolitik des Sejm nutzt, nämlich die *oświadczenia poselskie* am Ende der Sitzungen, die als Gedenkreden gestaltet werden: „Am 9. Februar 2010 begingen wir den 10. Jahrestag der Rückgabe des alten Staatswappens. Nach den Systemveränderungen erfolgte eine Rückkehr zur modifizierten Version des polnischen Weißen Adlers [sic] mit offener Krone, entsprechend dem Vorbild von 1927.“ Nachdem Chmielowiec die in der Verfassung von 1997 festgelegte Form des Wappens wiedergibt, erinnert er an die Legende von Lech, dem weißen Adler und der Stadt Gniezno um dann den Beginn der Nutzung des gekrönten Adlers als Staatswappen Polens im 13. Jahrhundert zu

³¹⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Sidor, (PKLD (*Parlamentarny Klub Lewicy Demokratycznej*, Parlamentarischer Klub der Demokratischen Linken), Sitzung vom 22.-24.2.1990.

³¹⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Zbigniew Chmielowiec (PiS), Sitzung vom 10.2.2010.

beschreiben sowie die unterschiedlichen Formen, in denen der Adler zur Zeit der Teilungen im 19. Jh. auftauchte. Kleinerer Kritikpunkte kann sich der Redner nicht verwehren: Die Form des aktuellen Wappens sei eher für Siegel als für Wappen geeignet und auch die Beseitigung des Kreuzes in der Krone und die Hinzufügung fünfarmiger Sterne im 1927-er Projekt wird erwähnt. Nichtsdestotrotz betont er zum Schluss, er sei „sehr stolz“ über den „Jahrestag der Rückgabe des alten Staatswappens.“

Ein mehrfach im Zusammenhang mit der Änderung des Wappens auftretendes Argument ist jenes, das einen grundsätzlichen Unterschied zwischen symbolischer und konkreter Politik impliziert und letzterer größere Dringlichkeit zuspricht. Marian Zawadzki³¹⁹ tut dies z. B. um dann auf die „in so schwieriger Lage sich befindende Wirtschaft in unserem Land“ hinzuweisen, womit er Ausführungen zur Landwirtschaft einleitet. Auch Czesław Nowak³²⁰ wendet (noch 1989) ein, die Frage des Wappens und des Staatsnamens könnten bis 1991 warten, sie seien wichtig, aber wichtiger seien wirtschaftliche Reformen: „Demokratie und Freiheit haben wir heute mehr als Brot. Die Demonstrationen vor dem Sejmgebäude zeugen davon.“ Barbara Blida³²¹ behauptete, die Form der Krone im Wappen sei für den Durchschnittspolen eine zweitrangige Angelegenheit, im Vergleich zu Unterkunft, deren Ausstattung, Einkommen, Berufstätigkeit und Rente. Ein entsprechendes Argument brachte auch Marian Janicki³²².

Zur Feier des 700-jährigen Bestehens des polnischen Staatswappens wurde Juni bis Oktober 1995 eine Ausstellung unter dem Patronat des Präsidenten Lech Wałęsa und des Primas der katholischen Kirche vom Königsschloss in Warschau organisiert. Der Bildband zur

³¹⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Marian Zawadzki (PKP (*Poselski Klub Pracy*, Abgeordnetenklub Arbeit)), Sitzung vom 22-24.2.1990.

³²⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Czesław Nowak (OKP), Sitzung vom 16.10.1989.

³²¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Barbara Blida (KLD (*Kongres Liberalno-Demokratyczny*, Liberal-Demokratischer Kongress)), Sitzung vom 20-21.9.1990.

³²² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Marian Janicki (PKP), 20-21.9.1990.

Ausstellung unterstreicht die historische Kontinuität des polnischen Staatswappens, dessen „Geburt“ mit der Krönung von Przemysł II. am 26. Juni 1295 datiert wird. „Es gibt (...) kein anderes Land in Europa, dessen bis in das Mittelalter zurückgehende Wappen sich mit einer derart eindeutigen Geburtsurkunde rühmen könnte.“³²³ Dem Bildband ist ein Brief von Präsident Lech Wałęsa an die Organisatoren der Ausstellung vorangestellt, das in einfacher und prägnanter Weise den Adler im Staatswappen Polens zum Protagonisten eines geschichtspolitischen, traditionellen (Ausklammerungs-) Narrativs macht:

„Der Weiße Adler (sic) ist das Zeichen der Polen. Einst, in den legendären Zeiten, soll er den Lechiten den Ort aufgezeigt haben, an dem sie sich niederlassen sollten. (...)Unter seinem Zeichen festigten die Piasten das Dasein und die Grenzen des polnischen Staates. Die Jagiellonen und Wasa-Könige bauten die königliche Flotte welche die polnische Ostsee schützte. Im Zeitalter der Teilungen zeugte dieses nationale Symbol davon, dass wir existierten. Entfaltet auf den Standarten der Regimenter und Legionen die in ganz Europa „für Unsere und Eure Freiheit“ kämpften, erinnerte er daran, dass Polen nicht verloren ist, solange wir leben... Die wieder ins Dasein zurückgeholte II. Rzeczpospolita machte in einer ersten Geste den Weißen Adler mit Krone zu ihrem Staatswappen. Nach Jahren der kommunistischen Lüge hat die III. Rzeczpospolita umgehend der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch die Wiederherstellung der ursprünglichen, gekrönten Form des Wappens Ausdruck verliehen. Der Weiße Adler ist Zeugnis der Existenz und der Kondition der Polen. (...)“³²⁴

³²³ Vorwort des Direktors des Königsschlosses in Warschau, Andrzej Rottermund, in: Kuczyński (1995).

³²⁴ Kuczyński (1995).

8 Architektur

8.1 Das Parlamentsgebäude und seine Umgebung

Die polnischen Parlamentsgebäude und ihre Umgebung sind reich an Symbolen, die zur Gelegenheit für Geschichtspolitik werden können. Die Platzierung dieser Symbole am und im Parlament impliziert, dass es sich hier um Narrative handelt, die mit der Institution des Parlaments in Verbindung zu bringen sind. Ein historisches Denkmal auf dem Platz vor dem Eingang zum Parlament erlangt unweigerlich eine geschichtspolitische Bedeutung als Teil der symbolischen Repräsentation des Parlaments.

8.2 Das Denkmal für die Heimatarmee (*Armia Krajowa*)

Vor dem Gebäudekomplex des Sejm und Senat steht ein groß dimensioniertes Denkmal (siehe Abb. 2-14) für die Polnische Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK) und den polnischen Untergrundstaat (1939-45). Die Idee zu einem Denkmal für die AK entstand in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. In einem ersten Entwurf, der in Harmonie mit dem architektonischen Stil der Parlamentsgebäude einen Obelisk vorsah, begründeten die Autoren die Lokalisierung neben dem Parlament damit, dass das Denkmal in der Nähe der Stelle positioniert werden sollte, an der man über das weitere Schicksal der vor kurzem wiedererlangten Unabhängigkeit entscheide.³²⁵ Die Unabhängigkeit Polens, für die sich die Mitglieder der AK eingesetzt hatten, wurde erst 1989 erreicht, so wird hier impliziert. Der Kunsthistoriker Jerzy Lileyko expliziert die Beziehung zwischen AK und Parlament mit der Behauptung, die Heimatarmee habe für ein „demokratisch und somit auch parlamentarisch verfasstes Polen gekämpft.“³²⁶

³²⁵ Czapelski & Wideryński, *Gmachy Sejmu i Senatu* [Die Räumlichkeiten des Sejm und des Senats] (2009: 48).

³²⁶ Lileyko, *Sejm Polski. Tradycja - ikonografia – sztuka* [Der polnische Sejm. Tradition –

Anstelle des Obeliskens entschied man sich allerdings für ein Projekt von Jerzy Staniszkis, das 1999 realisiert wurde. Eine besondere Bedeutung erhält das Denkmal auch deswegen, weil es sich hier um jenen Teil des Untergrunds im Zweiten Weltkrieg handelte, welcher der Londoner Exilregierung gegenüber loyal war. Aus dem Konflikt zwischen dem pro-sowjetischen Regime im Lande und dem z. T. anti-sowjetischen Teilen des Untergrundstaates folgte eine weitgehend negative Darstellung der AK in der öffentlichen Geschichtskultur der Volksrepublik. Nach der Wende schlug nun das Pendel um, die historische Rolle der Volksarmee (*Gwardia Ludowa* bzw. *Armia Ludowa*) wurde nun kritisch hinterfragt, während die Heimatarmee in den Vordergrund gerückt wurde.³²⁷

Auf der gegenüberliegenden Seite grenzen die Parlamentsgebäude an den Park *Edwarda Śmigłego-Rydza*³²⁸, der in den Jahren 1952-1964 unter dem Namen *Centralny Park Kultury* erbaut wurde.

Ikonographie – Kunst] (2003: 143).

³²⁷ In einer Umfrage des Militärischen Instituts für Soziologische Forschung (*Wojskowy Instytut Badań Socjologicznych*) von 1993, die unter Mitarbeitern des Militärs durchgeführt wurde, wurde nach jenen Themen gefragt, die nach Meinung der Befragten in der Öffentlichkeit gegenwärtig zu viel Aufmerksamkeit erfahren würden. Die Militärs gaben den Krieg von 1920, die Kämpfe der Heimatarmee (*Armia Krajowa*), Das Massaker von Katyń, die Kämpfe der NSZ (*Narodowe Siły Zbrojne*, Nationale Streitkräfte) und die Kämpfe der Polen an der Westfront an. Szacka, *Czas przeszły, pamięć*, mit [Vergangenheit, Erinnerung, Mythos] (2006: 155).

³²⁸ Edward Śmigły-Rydz ist eine bis heute kontrovers diskutierte Gestalt der polnischen Geschichte. Als hochrangiger Militär, der im Ersten Weltkrieg wie im polnisch-russischen Krieg wichtige militärische Funktionen übernahm, stand er Józef Piłsudski nahe und übernahm nach dessen Tod seine Rolle an der Spitze des Militärs. In den letzten Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde ein Führerkult um Śmigły-Rydz aufgebaut, während letzterer die Einflussmöglichkeiten des Parlaments und der Opposition stark einschränkte. Ebenfalls kontrovers ist die Außenpolitik des in Nachfolge Piłsudskis zum „*Marszałek Polski*“ (Marschall Polens) ernannten Befehlshabers, wozu neben der Besetzung von Zaolzie auch die Frage der diplomatischen und militärischen Vorbereitung auf einen vorausgeahnten Angriff Deutschlands gehört.

8.3 Die Architektur des Sejmgebäudes

Bei der Wiedererrichtung und Erweiterung der Parlamentsgebäude in den Jahren 1947-1952³²⁹ wurden die einzelnen Gebäude und Teilbereiche dem Projekt des Architekten Bohdan Pniewski entsprechend mit neutralen Buchstaben und Zahlen bezeichnet.³³⁰ Jerzy Lileyko sieht dies als Ausdruck einer überraschenden „ahistorizität“ und fehlenden „Ideologisierung“ der Sejmgebäude in der Volksrepublik.³³¹ Der genauere Blick zeigt jedoch, dass der politische Kontext sich nicht nur auf die architektonische Ausgestaltung auswirkte, sondern dass auch die Ikonographie des Sejm ein bewusster und expliziter Ausdruck der politischen Ideologie gewesen ist. Dies war bereits in der Zwischenkriegszeit der Fall³³² und ebenso nach dem Wiederaufbau und der Erweiterung der Parlamentsgebäude nach dem Zweiten Weltkrieg. Entsprechend erbte die Dritte Republik eine umfangreiche geschichtspolitische Symbolik, die aber ausgewechselt, ergänzt und in einigen Punkten auch abgeschafft wurde.

Zur genannten architektonischen Ausgestaltung, die eigentlich aus dem Rahmen fällt, seien dennoch einige Worte gesagt. Zunächst einmal ist zu bemerken, dass nach dem Zweiten

³²⁹ Das runde Gebäude mit Kuppeldach, in dem die Sejm-Sitzungen stattgefunden hatten, war bis auf die Außenwände und deren äußeren Wandschmuck im Krieg zerstört worden und wurde rechtzeitig zur ersten Sitzung des Sejm Ustawodawczy am 4.2.1947 wiederaufgebaut. Von den übrigen Gebäuden blieb nur das sog. Abgeordnetenhaus (*Dom Poselski*, heute: *Stary Dom Poselski*) weitgehend erhalten und musste lediglich renoviert werden. Der Bau der übrigen Gebäude des Parlaments, mit dem der renommierte Architekt Bohdan Pniewski betraut wurde, dauerte von 1947 bis 1952. Wierzbicka, *Gmachy i wnętrza sejmowe w Polsce* [Gebäude und Innenbereiche des polnischen Sejm] (1998: 199ff.). Wierzbicka, *Sejm i Senat. Architektura i wnętrza* [Sejm und Senat. Architektur und Innenbereiche] (2002: 21ff.).

³³⁰ Wierzbicka, *Sejm i Senat. Architektura i wnętrza* [Sejm und Senat. Architektur und Innenbereiche] (1997: 24).

³³¹ Lileyko (2003: 144ff.).

³³² Bereits ab 1929 schmückte die Gänge des Senats ein Schild mit dem Profil Józef Piłsudskis. Der Senat huldigte damit dem „Schöpfer des Polnischen Parlaments“. Pietrzak (2010: 178). Zu Gemälden in den Gebäuden des Sejm in der Zweiten Republik siehe: Wierzbicka (1998: 159).

Weltkrieg die Pläne der Zweiten Republik, die von Senat und Sejm genutzten Gebäude als Provisorium zu betrachten um irgendwann ein majestätisches Regierungsviertel zu errichten, endgültig aufgegeben wurden. Ein sehr ambitioniertes und wohl auch aus pragmatischer Sicht im Polen des Jahres 1945 kaum zu realisierendes Projekt des Architekten Maciej Nowicki wurde verworfen, letzterer emigrierte ein Jahr später in die USA.³³³ Stattdessen wurde beschlossen, den Plenarsitzungssaal des Sejm wiederaufzubauen, womit der Architekt Bohdan Pniewski beauftragt wurde.

Bemerkenswert an Pniewskis Projekt ist, dass er sich nicht am vorherrschenden Stil des Sozialistischen Realismus³³⁴ orientierte, sondern am Art-Deco-Stil Frankreichs der 1920er und 1930er Jahre, der auch für das ursprüngliche in der Zwischenkriegszeit errichtete Parlamentsgebäude maßgeblich war. Zwar wurde somit dem Architekten viel Spielraum gelassen.³³⁵ Umso mehr fällt auf, dass dessen ursprünglicher Plan, die niedrigen und sich in das Stadtbild und die anliegenden Gärten integrierenden Gebäude durch einen hohen, von weitem sichtbaren Turm mit Uhr zu ergänzen, fallengelassen wurde. Bis heute sind die Sejm-Gebäude daher im Stadtbild Warschaus stark im Hintergrund geblieben. Lileyko weist darauf hin, dass hingegen andere Gebäude, wie dasjenige des Zentralkomitees der PZPR in Warschau, alles andere als in das umliegende Stadtbild integriert worden seien und keineswegs unscheinbar gewesen seien. Pniewski begründete die Unscheinbarkeit hingegen mit ästhetischen Argumenten.³³⁶ Es ist letztendlich nicht mehr nachzuvollziehen, ob politische oder ästhetische Gründe den Ausschlag gaben, möglicherweise ging beides Hand in Hand.³³⁷ Diese Frage wird zwar von Kunsthistorikern thematisiert, geschichtspolitisch wurde

³³³ Wierzbicka (1998: 189ff.). Czapelski & Wideryński (2009: 36).

³³⁴ Als Beispiele können der Kulturpalast (*Pałac Kultury i Nauki*) und der „Marszałkowska“-Wohnkomplex (*Marszałkowska Dzielnica Mieszkaniowa*) dienen. Czapelski & Wideryński (2009: 41).

³³⁵ M. Czapelski merkt an, dass die engen Beziehungen B. Pniewskis mit dem Sanacja-Lager den Architekten nicht daran hinderten, seine Karriere nach dem Krieg fortzuführen. Czapelski & Wideryński (2009: 37).

³³⁶ Lileyko (2003: 142ff.). Zum Turm siehe auch: Czapelski & Wideryński (2009: 38).

³³⁷ M. Czapelski, der auch eine Monographie zu B. Pniewski verfasst hat, lobt die Entscheidung des

sie aber nicht angegangen. Das liegt möglicherweise auch daran, dass der Sejm seine architektonischen Wurzeln in der Zwischenkriegszeit hat.

Interessant ist auch, dass die Sejmgebäude von Pniewski im Sinne einer „demokratischen Architektur“ als von außen für jedermann zugänglicher Bereich, etwa vom angrenzenden Park aus, errichtet wurde – im Gegensatz zum Sejm der Zweiten Republik, der von einem Zaun umfasst wurde.³³⁸

8.4 Die Plenarsitzungsräume: Senat und Sejm

Den Plenarsitzungsräumen kommt eine besondere Bedeutung auch dadurch zu, dass sie durch Video- und Fotoaufnahmen von Sitzungen des Sejm, Senat bzw. der Nationalversammlung in den Medien besonders präsent sind. Auch hier finden wir eine interessante geschichtliche Symbolik vor.

Das Gebäude, in dem seit 1991 der Senat tagt, wurde entsprechend dem Projekt von Bohdan Pniewski als Sejmbibliothek erbaut. In der Volksrepublik befand sich hier das Archiv des Zentralkomitees der PZPR sowie Büros des Staatsrates (*Rada Państwa*).³³⁹ Durch die Zusammenlegung mehrerer Räume entstand der Plenarsaal. Die Errichtung des Raumes (siehe Abb. 15) und seiner Ausstattung war Teil eines Gesamtkonzepts. Hierzu gehört, neben dem Stab des Senatsvorsitzenden, auf den noch eingegangen wird, auch ein aus Kupfer und Messing hergestelltes, versilbertes und vergoldetes Wappen (das farblich also nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprach), das von der *Cecha Artystów Miasta Stołecznej Warszawy* aus Gelegenheit des 200. Jahrestags der Verfassung vom 3. Mai hergestellt und dem Senat am

Architekten zum bescheidenen Ausmaß anstelle der „Monumentalität des Sozialismus“ als eine der „glücklichen Schlüsselideen des Architekten“. Czapelski & Wideryński (2009: 63).

³³⁸ Czapelski & Wideryński (2009: 38).

³³⁹ Pietrzak (2010: 220).

12.4.1991 übergeben wurde (siehe Abb. 16). Es ziert den Sitzungssaal des Senats an zentraler Stelle.³⁴⁰

Interessant ist auch die gestickte Replik jener Flagge (siehe Abb. 15), die in der Zweiten Republik ausschließlich vom Staatspräsidenten benutzt werden durfte. Sie wurde nach dem Vorbild der Version von 1927 von Schwestern des Ordens der unbeschuheten Karmelitinnen 1992 angefertigt und ziert seit dem 23.11.1992 jenen Platz im Saal, an dem der Staatspräsident die Kadenzen des Senats eröffnet.³⁴¹ Sie entspricht den Vorgaben des Gesetzes von 1927, also einem weißen Adler mit offener Krone ohne Kreuz.³⁴²

Im Jahr 2000³⁴³ wurde auf der Säule der aufwändigen und auffälligen Wendetreppe im Senatsgebäude ein Relief eines Adlers mit Krone (siehe Abb. 17) angebracht, der von einem „S“ eingefasst ist. Tatsächlich geht diese Form des Wappens auf König Zygmunt I Stary (das „S“ steht für die lateinische Form „Sigismundus“) zurück, der dieses spätestens seit den 1530er Jahren als Königswappen einführte.³⁴⁴ Der Senat nutzt dieses Wappen auch auf unterschiedlichen Medien, etwa Werbebroschüren, wobei das „S“ gemeinhin als Abkürzung von „Senat“ missverstanden wird.

Die symbolische Bezugnahme auf die Traditionen der Zweiten Republik ist im Senatsgebäude bereits früh und klar ersichtlich, was einerseits daran liegt, dass der Senat 1989 von neuem errichtet und eingerichtet wurde, wodurch sich ein größerer Gestaltungsspielraum ergab und zweitens daran, dass der Senat von Beginn an von der Solidarność dominiert wurde. In diesem Kontext ist wiederum auf das bereits auf Seite 153 beschriebene Ereignis im Januar

³⁴⁰ Pietrzak (2010: 216).

³⁴¹ Pietrzak (2010: 144 Abb. 196 und auch S. 220).

³⁴² Dziennik Ustaw, 1927, Nr. 115, Pos. 980: *Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 13 grudnia 1927 r. o godłach i barwach państwowych oraz o oznakach, chorągwiach i pieczęciach* [Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 13. Dezember 1927 über die Wappen und Farben des Staates sowie Abzeichen, Fahnen und Siegel].

³⁴³ Lileyko (2003: 144f.).

³⁴⁴ Znamierowski (1995: 46ff.).

1990 zu verweisen, als zwei Senatoren den Styroporadler im provisorischen Sitzungssaal des Senats abhängten und durch ein aktualisiertes Wappen mit Adler ersetzen.

Der Saal, in dem gegenwärtig die Plenarsitzungen des Sejm abgehalten werden, entstand bereits in den 1920er Jahren. An der Außenwand ist bis heute ein Fries zu sehen, welches den Zweiten Weltkrieg überstanden hat. Ansonsten musste das Gebäude vollständig wiederaufgebaut werden. Im Innenbereich wurde weitgehend versucht, sich an dem Ursprungszustand in der Zwischenkriegszeit zu orientieren. Umso eindeutiger sind kleinere Veränderungen in der Symbolik als bewusste politische Entscheidungen zu interpretieren.

Das Mobiliar des Plenarsaales ist aus Massivholz hergestellt. Den Bereich des Präsidiums, also jener Teil des Mobiliars, der von den ovalförmig angebrachten Sitzreihen der Abgeordneten und von der Tribüne aus zu sehen ist, wurde von Aleksander Żurkowski mit Flachreliefs verziert.³⁴⁵ Ursprünglich, also in der Zweiten Republik, zeigten die Reliefs einerseits die Wappen der Wojwodschaften Polens, andererseits, an prominenter Stelle am Tisch des Vorsitzenden, drei historische Versionen des polnischen Staatswappens. (Czapelski vermutet, dass die Nutzung mehrerer verschiedener Staatswappen damit zusammenhängt haben könnte, dass zur selben Zeit die neue gesetzliche Regelung zum Staatswappen erlassen wurde, was zu vorübergehender Verwirrung geführt habe.³⁴⁶) Neben diesen Staatssymbolen brachte Żurkowski in der Mitte ein Flachrelief an, das eine Frauengestalt mit aufgeschlagenem Buch und Griffel zeigt, welche den Titel „Historia“ trägt und die Geschichtsschreibung³⁴⁷ symbolisiert. Sie ähnelt der Muse Klio, hat jedoch keine Papyrusrolle.

Mit der Rekonstruktion des Mobiliars im Plenarsaal wurde wiederum A. Żurkowski betraut. Die „Historia“³⁴⁸ wurde wiederhergestellt, allerdings mit einigen stilistischen Änderungen.³⁴⁹

³⁴⁵ Czapelski & Wideryński (2009: 36). Fotografien der Reliefs bietet: Wierzbicka (2002: 64f.).

³⁴⁶ Czapelski & Wideryński (2009: 23).

³⁴⁷ Wierzbicka (1998: 158).

³⁴⁸ Siehe Foto des Nationalen Digitalen Archivs (*Narodowe Archiwum Cyfrowe*), Signatur 51-13-33, online aufrufbar unter <https://audiovis.nac.gov.pl/obraz/130850/f09ede3383beaf1a4cdce5f860b6018/>

Die Staats- und Wojwodschaftswappen hingegen entsprachen nach dem Krieg nicht mehr der geschichtspolitischen Linie. Ab 1947 zierten stattdessen einige Stadtwappen (Łowicz, Legnica, Jelenia Góra, Warszawa, Gniezno, Kraków, Wrocław, Poznań)³⁵⁰ das Präsidium. Sie werden von Adlern gehalten, die zwar keine Krone tragen, aber auch nur vage an das heraldische Wappentier erinnern.³⁵¹ Die Auswahl der Städte scheint willkürlich zu sein.³⁵² Die Wappen wurden ersetzt durch Reliefs, die unterschiedliche Bereiche der Arbeit darstellen (Kunst, Landwirtschaft, Industrie, Gerichtswesen, Fischerei, Forstwirtschaft, technische Wissenschaft, Bildung usw.).³⁵³ Die Darstellung unterschiedlicher Berufsgruppen auf den Flachreliefs entsprach dem Selbstverständnis des Nachkriegsregimes, das sich als Repräsentant des Volkes, insbesondere der Bauern und Arbeiter, präsentierte.³⁵⁴ Eine ähnliche und ebenfalls im Sozialistischen Realismus übliche Thematik fand sich auch auf den Gobelins wieder, welche die arkadenförmigen Nischen in den Gängen am Plenarsaal schmückten und in volkstümlichen Stil Industriezweige darstellten: Landwirtschaft, Bergbau, Bauwesen, Textilindustrie, Elektrizitätskraftwerk, Raffinerie, Stadt, Werft und Hafen bei Nacht. Unten ist jeweils „PRL“ zu lesen.³⁵⁵ Die Tapisserien wurden in den 1990er Jahren abgehängt.³⁵⁶

Eine unscheinbare Veränderung nach dem Zweiten Weltkrieg war das Fehlen einer Plakette mit Staatswappen, welche in der Zwischenkriegszeit die Loge des Präsidenten auf der Tribüne

am 23.09.2016.

³⁴⁹ Wierzbicka (2002: 23). Czapelski & Wideryński (2009: 23,33 und 49).

³⁵⁰ Wierzbicka (2002: 22)

³⁵¹ Sie blicken z. B. in unterschiedliche Richtungen. Lileyko (2003: 145) Siehe auch: Foto des Sitzungssaals des Sejm. Online aufrufbar:

http://images.wikia.com/warszawa/images/e/e8/Syrenka_Sala_Posiedze%C5%84_Sejmu.JPG (am 23.09.2016).

³⁵² Lileyko (2003: 145).

³⁵³ Wierzbicka (2002: 22f.).

³⁵⁴ Lileyko (2003: 146).

³⁵⁵ Wierzbicka (2002: 23). Abbildungen in: Wierzbicka (1997: 74f.).

³⁵⁶ Czapelski & Wideryński (2009: 64).

markierte.³⁵⁷ In der Volksrepublik wurde die symbolische Tradition nicht fortgeführt, bereits 1989 wurde eine solche Plakette an derselben Stelle wieder aufgehängt.³⁵⁸

Wesentlich sichtbarer hingegen ist die Wand hinter dem Präsidium (Abb. 18). Von symbolischer (aber nicht unmittelbar geschichtspolitischer) Bedeutung ist hier nicht nur das 1997 von zwei Abgeordneten eigenmächtig angebrachte Kreuz, das seitdem immer wieder zum Thema öffentlicher Debatten wurde. Kurz nach dem Wiederaufbau des Plenarsaals in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde an der Wand hinter dem Vorsitzenden ein großdimensionierter Adler angebracht, der – wie das Wappentier des Staatswappens, wie es praktisch zu dieser Zeit in Gebrauch war – keine Krone trägt. Fotografien von Sitzungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zeigen, dass der Adler mal von einer weiß-roten Fahne, die von der Decke zum Boden reichte, hinterlegt war (z. B. am 21.2.1947), zu anderen Zeitpunkten ohne die Nationalfahne aufgehängt war (z. B. am 10.01.1949).³⁵⁹ Seit der Änderung des Wappens 1990 ist dieses als zentrales Symbol an der Wand angebracht, hinterlegt von einem weiß-roten Vorhang. Während die Mitarbeiter des Senats, wie gesagt, bereits unmittelbar nach der Abstimmung der Dezembervorlage eine Änderung des Staatswappens eigenhändig vornahmen, dauerte diese Prozedur im Sejm-Saal etwas länger. Noch Ende Juni gab es im Plenarsaal überhaupt kein Staatswappen, weswegen sich der Abgeordnete Bohdan Kopczyński in der Plenarsitzung beschwerte³⁶⁰. Der Vizevorsitzende Tadeusz Fiszbach erklärte in derselben Sitzung, das Wirtschaftlich-Technische Büro (*Biuro Gospodarczo-Techniczne*) der Kanzlei des Sejm habe die Herstellung eines neuen Wappens am 24.2.1990 bei einer Warschauer Werkstatt (*pracownia konserwacji zabytków oddział w Warszawie*) in Auftrag gegeben, die ihre Arbeit aufgenommen habe, nachdem man ihr das vorherige Wappen am 20. März übergeben habe. (Möglicherweise hat man dieses als

³⁵⁷ Lileyko (2003: 13).

³⁵⁸ Czapelski & Wideryński (2009: 45).

³⁵⁹ Siehe das Foto von einer Sitzung am 21.2.1947, Online aufrufbar unter:

http://fotohistoria.pl/main.php?g2_itemId=142606 (am 6.9.2016). Foto von einer Sitzung am

10.1.1949: http://fotohistoria.pl/main.php?g2_itemId=235590 (am 6.9.2016).

³⁶⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Sitzung am 21-22.6.1990.

Vergleichsgrundlage benutzt). Die großen Maße und das Gewicht (550 kg) sowie die technisch aufwendigen Herstellungsarbeiten würden dazu führen, dass das Wappen erst am 4. Juni 1990 (möglicherweise zur Gelegenheit des Jahrestags der Parlamentswahlen 1989) montiert werden könne.

8.5 Tafeln zur Erinnerung an den Besuch des Papstes

In der Eingangshalle erinnern zwei weiße Tafeln mit goldener Schrift (siehe Abb. 19-20) an den Besuch des Papstes Johannes Paul II. in der Nationalversammlung (*Zgromadzenie Narodowe*) am 11. Juni 1999. Es sei der erste Besuch des Papstes in einem nationalen Parlament gewesen, ein Zitat des Papstes wird angeführt: „Heute, an diesem Ort, wird uns auf eine besondere Weise bewusst, welche grundsätzliche Bedeutung eine gerechte Rechtsordnung in einem demokratischen Staat hat; eine Rechtsordnung, deren Fundament immer und überall der Mensch sein muss, seine unveräußerlichen Rechte und die Rechte der gesamten Gemeinschaft, die wir Nation nennen.“³⁶¹ Es ist anzumerken, dass Johannes Paul II. Umfragen zufolge diejenige historische Persönlichkeit ist, welche von den meisten Befragten in Polen als Grund zum Stolz angegeben wurde, was u.a. auf dessen polnische Herkunft wie auch auf seinen Einfluss auf die politische Entwicklung Osteuropas zurückgeführt wird.³⁶²

8.6 Marschallstäbe

Ebenfalls in der Halle befindet sich eine Vitrine (siehe Abb. 21) mit ausgedienten Marschallstäben, also Stäben, die zum Vorsitz im Sejm verwendet wurden. Indem der

³⁶¹ „Dziś, w tym miejscu, w jakiś sposób szczególny uświadamiamy sobie zasadniczą rolę, jaką w demokratycznym państwie spełnia sprawiedliwy porządek prawny, którego fundamentem zawsze i wszędzie winien być człowiek, jego niezbywalne prawa i prawa całej wspólnoty, której na imię Naród.”

³⁶² Kwiatkowski, *Pamięć zbiorowa społeczeństwa polskiego w okresie transformacji* [Das kollektive Gedächtnis der polnischen Gesellschaft in der Phase der Transformation] (2008: 247ff.).

Vorsitzende drei Mal mit dem Stab auf den Boden schlägt, eröffnet und schließt er die Sitzungen des Sejm, womit eine Tradition seit den mittelalterlichen Sejm-Sitzungen fortgeführt wird. Eine entsprechende Praxis gibt es im Senat. Aus geschichtspolitischer Sicht interessant sind die Verzierungen der Stäbe. In der Vitrine sehen wir zuerst die Kopie des Stabes (siehe Abb. 22-25), mit dem Stanisław Małachowski den Vorsitz im Sejm Wielki (Großer Sejm) 1788-92 führte – ein einfacher Stab aus Eichenholz, der 165 cm misst und die Aufschrift trägt „Stab, mit dem Stanisław Małachowski auf dem Sejm, bekannt durch die Verfassung vom 3. Mai, in den Jahren 1788 bis 1792 den Vorsitz hielt“.³⁶³

Der Stab von Władysław Ostrowski, des Sejm-Vorsitzenden in der Zeit des Novemberaufstands (1830-1831), der hier nicht ausgestellt ist, wurde geziert von einer vergoldeten Kugel, auf der ein silberner Adel mit ausgebreiteten Flügeln steht, der den Adler napoleonischer Standarten zum Vorbild hat. Nach dem Ende des Aufstands wurde der Holzstab zersägt und die Teile wurden mit einem Lackabdruck des Siegels des Aufstands sowie mit einer Unterschrift des Sejmmarschalls versehen um an Teilnehmer des Aufstands als Andenken verteilt zu werden.³⁶⁴

Der zweite ausgestellte Stab wurde 1920 nach einem Projekt von Józef Smoliński hergestellt und dem Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński (siehe Abb. 26-28) von seinen Politikerkolleginnen und -kollegen zum Namenstag am 23.04.1920³⁶⁵ geschenkt. Nach seiner Amtszeit ging der Stab in seinen Privatbesitz über. Ihr Knopf, im barocken Stil gehalten, hat die Form eines Schiffes das sich über die Wellen erhebt, mit einem Adler anstelle des Mastes. Sie wurde aus Bronze hergestellt von der bekannten Firma der Brüder Łopieński in Warschau.³⁶⁶ Die später in der Zweiten Republik gebrauchten Stäbe sind hingegen nicht erhalten geblieben.

³⁶³ Mycielska, Laska Marszałkowska [Der Marschallstab] (1993). Das Original befindet sich im Czartoryski-Museum in Krakau.

³⁶⁴ Mycielska (1993).

³⁶⁵ Mycielska (1993).

³⁶⁶ Mycielska (1993) Da D. Mycielska im September 1993 schreibt, der Stab W. Trąpczyńskis

Als drittes ist ein Stab (siehe Abb. 29-30) ausgestellt, der 1947 hergestellt wurde (Projekt von Stefan Sienicki) und als Inschrift die von stilisierten Blättern gekrönte³⁶⁷ Jahreszahl „1947“ trägt. Er diente dem Vorsitzenden des sog. verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*, 1919-1922) Władysław Kowalski in den Jahren 1947-52 und weiterhin in den Sejm-Kadenzten der Volksrepublik bis 1971. Interessanterweise diente dieser Stab auch dem 1989 wiedereingeführten Senat, als dieser nicht mehr im Plenarsaal tagte, sondern vorübergehend in den Kolumnensaal zog. Diese Praxis steht im Widerspruch zu den bereits erwähnten symbolischen Aktivitäten des Senats. Es dürften pragmatische Gründe sein, die den Senat dazu bewogen, ausgerechnet diesen Stab zu benutzen. Wenn man bedenkt, dass drängendere Fragen der Aufmerksamkeit des Senats bedurften, kann man sagen, dass diese Dissonanz relativ schnell aufgelöst wurde. Spät aber umso konsequenter in seiner ikonographischen Ausführung stellt sich das bis heute gebrauchte Nachfolgemodell dar: Am 12.4.1991 übergaben Repräsentanten der ausführenden Werkstätte (*Cech Warszawskich Rzemieślników Artystów*) dem ersten Vorsitzenden des wiedereingeführten Senats, Andrzej Stelmachowski, einen neu angefertigten Stab (siehe Abb. 31) und ein Schild mit Staatswappen. Sie wurden entworfen durch die Architekten Andrzej und Barbara Kaliszewski sowie Bohdan Napieralski, die auch den neuen Sitzungssaal des Sejm entworfen hatten. Der Mahagonistab ist umfasst von versilberten Metallstäben. Auf diesem sind drei Daten eingraviert, welche eine Traditionslinie polnischer Demokratie zeichnen: 3. Mai 1791 (Maiverfassung), 11. November 1918 (Ende des Ersten Weltkriegs, Unabhängigkeit der Republik Polen) und 4. Juni 1989 (erste Wahlen zum Senat nach dessen Auflösung nach dem Referendum im Juni 1946). Hier wird also eine Kontinuitätslinie von der Ersten Republik über die Zweite bis zur Dritten Republik der Gegenwart gezogen – womit die Volksrepublik außen vor bleibt, insofern der 4. Juni als neuer Ursprungsmoment verstanden wird. Der Knopf formt eine stilisierte vergoldete offene Krone in der Art des Piastenkönigs Kazimierz Wielki, geschmückt mit vier

befinde sich im Besitz der Abteilung für Museumssammlungen des Sejm in Warschau, kann man davon ausgehen, dass er zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgestellt wurde.

³⁶⁷ Mycielska (1993).

Bernsteinen.³⁶⁸ Zwischen den drei Daten und der Krone ist zudem ein christliches Kreuz zu erkennen.

Der vierte ausgestellte Stab (siehe Abb. 32-33), entworfen von Waclaw Wojciechowski und Tadeusz Łopieński, wurde im Sejm in den Jahren 1971 bis 1991 benutzt. Interessanterweise wird dieser nun wieder, anders als sein Vorgänger mit der Aufschrift „1947“, von einem Symbol aus dem nationalen Repertoire geschmückt, nämlich einem Adler, der allerdings mit dem Wappentier relativ wenig gemein hat, sondern vielmehr jenen Adlern ähnelt, die im Plenarsaal die Stadtwappen schmücken. Die Funktion als Knopf auf dem Marschallstab legt aber nahe, dass hier der Adler als Wappentier gemeint ist. Umso mehr, als dieser Adler bezeichnenderweise keine Krone trägt. Der Sejm der X. Kadenz benutzte diesen Stab, der sich durch die Symbolik der Volksrepublik auszeichnet (ebenso wie der 1989 neu eingerichtete Senat in jenen Sitzungen, die im Plenarsaal des Sejm abgehalten wurden³⁶⁹).

Die Ausstellung der Marschallstäbe ist interessant, da sie eine Kontinuität des Amtes des Vorsitzenden des Sejm angesichts jeglicher Veränderungen in der Geschichte Polens präsentiert. Sie impliziert, dass auch in Zukunft – komme, was wolle – das Parlament als Institution weiterbestehen wird. Gleichzeitig aber enthalten die Stäbe weitere Symbole (Inschriften, Dekorationen, Staatssymbole), welche auf das jeweilige Selbstverständnis des Regimes hinweisen. Der Sejm von 1991 ist also ebenso wie der Sejm von 1948 Teil der parlamentarischen Tradition Polens – die Betonung des Jahres „1947“, des Gründungsmoments des Sejm Ustawodawczy, ist aber 1991 nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ein Adler ohne Krone war auch auf dem Stab des Vorsitzenden nicht hinzunehmen. Die Ausklammerung der Phase 1945-1989 geht aber eben nicht so weit, dass man sich gegen das Ausstellen des Stabes von 1947 entscheiden würde. Neben dem Bedürfnis der Darstellung der Kontinuität der Institution Sejm spielt sicher auch eine Rolle, dass nur wenige Stäbe erhalten

³⁶⁸ Der Stab wurde hergestellt von Lech Kalinowski und Zygmunt Dzierla. Mycielska (1993).

³⁶⁹ Pietrzak (2002: 252).

geblieben sind und somit museologische Ziele neben geschichtspolitischen eine zusätzliche Rolle spielten.³⁷⁰

Prominenter als die Ausstellung der Stäbe im Sejm ist der Stab, der jeweils gegenwärtig in Sejm und Senat benutzt wird. Bereits in der Zweiten Republik wurde ein „historischer“ Marschallstab benutzt, womit eine Kontinuität zur Ersten Republik bzw. zum Königreich Polen gezogen wurde. Der Stab, der zeitweise während der Zwischenkriegszeit im Sejm benutzt wurde und in den Jahren 1922-1928 im Senat (der Vorsitzende des Senats Bogusław Medziński ist allerdings mit einem anderen Stab abgebildet, der wohl aber nicht erhalten ist³⁷¹), hatte bereits 1830 dem Vorsitzenden des Sejm Józef Lubowidzki im Königreich Polen gedient. Ähnlich dem heutigen Stab des Sejm-Vorsitzenden, zeigt der Knopf einen gekrönten Adler. Der Stab ist vermutlich nicht erhalten.³⁷²

Der bereits erwähnte Stab, der gegenwärtig im Senat benutzt wird, bezieht seine Geschichtlichkeit nicht aus seinem Alter und früherer Anwendung, sondern aus der Symbolik mit der er versehen worden ist. Die drei Jahreszahlen und die Hervorhebung der Krone klammern die Volksrepublik zwar offensichtlich aus, im Falle des Senats als Institution ist dies aber naheliegend, da er in dieser Phase schlicht nicht existiert hatte.

Der Vorsitzende des Sejm hingegen eröffnet gegenwärtig die Sitzungen mit einem Stab der 1993 von der Bildhauerin Anzelma Klimkowska geplant wurde. Zum Großteil hergestellt wurde sie von einer Werkstatt (*Zakład Mebli Artystycznych*) in Henryków. Den Stab aus Mahagoniholz und zwei Bronzeringen schmückt ein einfacher Knopf mit einem Adler mit Krone auf dem Haupt der am oberen Ende als Relief auf den Stab aufgebracht wurde, somit von der Seite kaum einsehbar ist.³⁷³ Die Symbolik ist im Vergleich zum Senat recht

³⁷⁰ Die Bibliothek des polnischen Sejm verfügt über neben dem Archiv auch über eine Museumsabteilung.

³⁷¹ Siehe Abbildung in: Pietrzak (2002: 179).

³⁷² Pietrzak (2002: 179).

³⁷³ Mycielska (1993).

bescheiden, das Vorhandensein der Krone aber gerade angesichts der beiden Vorgänger von wesentlicher Bedeutung.

8.7 Erinnerungstafeln

An zentraler Stelle in der großen Eingangshalle zum Sejm und sehr groß dimensioniert ist auf einer Tafel (Abb. 34-36), unter dem polnischen Staatswappen, wie es von 1919 bis 1927 in Gebrauch war, zu lesen:

„Der Sejm der Republik verbeugt sich vor seinen Vorgängern, den Abgeordneten der II. Republik, die ihr Leben während des Zweiten Weltkriegs für Polen gaben. Ihr Leid und das von ihnen vergossene Blut waren nicht umsonst. Sie bildeten das Fundament mit, auf dem sich die Unabhängigkeit unseres Vaterlands stützt. Möge die Erinnerung daran immer in uns gegenwärtig sein, denn ‚ein Volk, das die Erinnerung verliert, verliert das Gewissen‘“.³⁷⁴

Zur linken und rechten Seite führen zwei Tafeln die ca. 300 Namen der Abgeordneten des Sejm auf, sowie die Jahre, in denen sie gestorben sind. Interessant an der Inschrift ist die explizite Erzählung einer Kontinuität zwischen den Abgeordneten („Vorgängern“) die eine Kontinuität des Sejm als Institution impliziert, die Verknüpfung der Erinnerung an die Zweite Republik mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wie auch die explizite Forderung der Erhaltung der Erinnerung.

Mit ihrer großen Dimensionierung und zentralen Positionierung nimmt die Tafel einen sehr sichtbaren Platz im Parlamentsgebäude ein. Da der Platz vor der Tafel viel Licht, einen guten Überblick über die sich im Sejm bewegenden Personen und ausreichend Raum bietet, wird er

³⁷⁴ „Sejm Rzeczypospolitej oddaje głęboki hołd swoim poprzednikom, posłom II Rzeczypospolitej, którzy oddali życie za Polskę w czasie Drugiej Wojny Światowej. Ich cierpienia i danina krwi nie były daremne. Współtworzyły fundament, na którym opiera się niepodległość naszej Ojczyzny. Niech pamięć o tym będzie zawsze w nas obecna, gdyż "naród, który traci pamięć, traci sumienie”

bevorzugt von Fernsehteams genutzt. Die Tafel ist daher häufig Hintergrund bei TV-Interviews aus dem Sejm-Gebäude.

Der historisch interessierte Besucher könnte, z. B. im Souvenirshop, der sich zum Zeitpunkt der Untersuchung des Sejmgebäudes (August 2012) neben dem Wartebereich für Führungen durch Sejm und Senat befindet, einen vom Verlag des Sejm (*Wydawnictwo Sejmowe*) 2005 herausgegebenen Band mit dem Titel „Die Abgeordneten des Sejm der Zweiten Republik – Opfer des Krieges und der Besatzung“ erwerben.³⁷⁵ Darin finden sich Biogramme zu allen Personen, die auf der Erinnerungstafel aufgeführt wurden und eine Abbildung der Tafel in Großformat zum Ausklappen. Im Vorwort des Archivs des Sejm erfahren wir, dass die Initiative auf das Präsidium des Sejm zurückgeht, welche das Archiv des Sejm mit der Aufgabe betraute, die Daten zu sammeln, um eine Erinnerungstafel für die im Zweiten Weltkrieg und während der Besatzung getöteten Abgeordneten des Sejm der Zweiten Republik zu erstellen. Im zweiten Vorwort erfahren wir von Grzegorz Mazur, dass das Auffinden der entsprechenden Daten sich als schwierig herausstellte, da in zahlreichen Fällen das Schicksal der Abgeordneten, insbesondere in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, nicht auszumachen gewesen sei. Circa 200 der 300 ermordeten Abgeordneten fielen der Okkupation durch das nationalsozialistische Deutschland zum Opfer, 100 der sowjetischen.

Interessant ist hier, dass einige Namen von Abgeordneten, die im Zweiten Weltkrieg ermordet wurden, nicht auf der Tafel aufscheinen: Einerseits handelt es sich um zwei Abgeordnete, die der deutschen Minderheit in Polen angehörten und während des Krieges der SS bzw. NSDAP beitraten. Im einen Fall behauptet der Autor „mit Polen verband ihn absolut nichts“³⁷⁶. Zwei weitere deutsche Abgeordnete, die zum Zeitpunkt des Ausbruchs des Krieges ermordet wurden, und deren Tod mit der Verhaftung von politischen Aktivisten der deutschen und anderer Minderheiten durch polnische Sicherheitsorgane zusammenhängt, wurden aber aufgeführt. Der Autor weist darauf hin: „Sie waren zweifellos Opfer des Krieges, verwickelt

³⁷⁵ *Kancelaria Sejmu, Posłowie na Sejm II Rzeczypospolitej - ofiary wojny i okupacji 1939-1945* [Die Abgeordneten des Sejm der Zweiten Republik – Opfer des Krieges und der Besatzung] (2005).

³⁷⁶ *Kancelaria Sejmu* (2005: 10).

in diesen furchtbaren Konflikt, wengleich wir heute nicht mehr einschätzen können, ob sie eher mit dem Dritten Reich sympathisierten, oder mit Polen, einem Staat, in dem sie ihr Abgeordnetenamt innehatten. Der Krieg forderte schließlich auch Opfer auf Seiten solcher Personen, die auf keiner der beiden Seiten standen, die eine solche Positionierung vermeiden wollten und manchmal emotional hin und her gerissen waren zwischen den Beteiligten des Konflikts.“³⁷⁷ Wesentlich klarer sei wiederum jedoch der Fall Dmytro Palijiws, eines ukrainischen Abgeordneten, der als Mitorganisator der SS-Galizien 1933 im Kampf mit der sowjetischen Armee gefallen sei. „Man entschied sich, seine Person auszulassen.“³⁷⁸ Die umfangreichen ethnischen Minderheitengruppen in der Zweiten Republik wurden im Parlament repräsentiert und einige von ihnen schlossen sich den entsprechenden Seiten im Krieg an und wurden somit zu Kriegsgegnern Polens. Es sind also nicht alle Abgeordneten der Zweiten Republik, die im Zweiten Weltkrieg umkamen, die hier geehrt werden, sondern nur jene, die „ihr Leben für Polen gaben“. Die Bewertung, wer hierzu zu zählen hatte, oblag den Leitern des Projekts. „Problematisch“ waren hierbei nicht nur ethnische Minderheiten: Auch ethnisch polnische Abgeordnete könnten im Krieg Entscheidungen getroffen haben, die ebenfalls nicht mit dem Narrativ Polens als Opfer des Krieges bzw. des heldenhaften Kampfes gegen die Besatzer vereinbar sind. Mazur führt hierzu den tragischen Fall Leon Kozłowskis an, der aus der Polnischen Armee in der Sowjetunion desertierte, von den Deutschen nach Berlin gebracht wurde und dort durch einen Luftangriff der Alliierten um sein Leben kam.³⁷⁹ Diese Feinheiten werden die meisten Betrachter der Tafel allerdings verschlossen bleiben.

Die ausgeführte Problematik entsteht durch die Unvereinbarkeit einzelner individueller Biographien der Abgeordneten mit dem Narrativ der polnischen Nation als Opfer bzw. Held des Kampfes um die Unabhängigkeit im Zweiten Weltkrieg insbesondere gegen Deutschland und die Sowjetunion. Andererseits wird eine Kontinuität zwischen den Abgeordneten des gegenwärtigen Parlaments und jenen der Zwischenkriegszeit gezogen („unseren

³⁷⁷ Kancelaria Sejmu (2005: 10).

³⁷⁸ Kancelaria Sejmu (2005: 11).

³⁷⁹ Kancelaria Sejmu (2005: 11).

Vorgängern“), womit die historische Kontinuität des Sejm erzählt wird. Würde es nur um den letzteren Aspekt gehen, um die Kontinuität des Parlaments als Institution, dann wäre die Aufnahme aller früheren Abgeordneten, die jemals dieses Amt innehatten (in der Zweiten Republik oder überhaupt), naheliegend. Die Kombination mit dem nationalen Narrativ der Opfer- bzw. Heldenrolle im Zweiten Weltkrieg führt nun aber dazu, dass einzelne Personen exkludiert werden müssen. (Gleichzeitig werden jene Personen exkludiert, die zwar im Zweiten Weltkrieg für Polen starben, aber keine Abgeordneten gewesen waren, was aber angesichts der Platzierung im Parlament selbstverständlich scheint.) Darüber hinaus führt die Kombination auch dazu, dass die Geschichte des Parlaments nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeblendet bleiben kann. Es bleibt hier letztendlich offen, ob die Abgeordneten des Sejm in der Volksrepublik ebenfalls zu „uns“ gehören. Die Metapher „Fundament“ lässt offen, ob die eigentliche „Unabhängigkeit“ bereits nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde, oder erst nach 1989. Anzumerken ist aber, dass auch an keiner anderen Stelle im Sejm an die Abgeordneten des Sejm der Volksrepublik erinnert wird. Interessant in dieser Hinsicht sind auch die Nennungen der Orte, an denen die Abgeordneten gestorben sind: Meist handelt es sich um Namen bekannter deutscher Konzentrationslager oder um die allgemeine Bezeichnung „ZSRR“ (Sowjetunion). Obgleich damit nichts Weiteres über die Umstände des Todes ausgesagt ist, so wirkt diese Nomenklatur wie eine Erinnerung daran, dass neben dem Dritten Reich auch die Sowjetunion zu den Aggressoren gegen Polen gehörte. Würde man nun noch die Verbindung zwischen Volksrepublik und Sowjetunion explizieren, ergibt sich ein Narrativ über den Sejm der sich in das Ausklammerungsnarrativ fügt: Die Abgeordneten des Sejm ab 1989 identifizieren sich mit dem Sejm der Zweiten Republik bei gleichzeitiger Ausklammerung der Phase der Volksrepublik.

Die Tafel wurde vom Bildhauer Jacek Martusewicz ausgeführt und am 17.09.2005 feierlich vom Vizevorsitzenden des Sejm Tomasz Nałęcz und vom Vorsitzenden des Sejm der I. (!) Kadenz Wiesław Chranowski enthüllt. Die Initiative zum Projekt, das im Juli 2004 vom Vorsitzenden des Sejm beschlossen worden war, ging auf das Präsidium des Sejm zurück. Das Archiv des Sejm arbeitete bei den Vorbereitungen mit dem Institut für Nationales

Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*, IPN), der Stiftung „Karta“ (*Fundacja Ośrodka „Karta“*) und mit Historikern zusammen.³⁸⁰

Eine analoge Tafel (Abb. 37) zum Gedenken an die Senatoren, die im Zweiten Weltkrieg ermordet wurden, befindet sich im Senat. Sie wurde wesentlich früher, nämlich bereits am 3.7.1999 feierlich von der Senatsvorsitzenden Alicja Grzeškowiak enthüllt. Die Idee, an die Senatoren zu erinnern, hatte der Senator Roman Ciesielski bereits in der dritten Sitzung des Senats am 28.7.1989 geäußert. Die Tafel wurde nach einem Projekt von Zbigniew und Marcin Gašior von Ryszard Szemraj ausgeführt.³⁸¹ Die benötigten Daten mussten jedoch zunächst zusammengestellt werden, was Dorota Mycielska übernahm. Das Projekt wurde u.a. wegen des Todes des Bildhauers Zbigniew Gašior verschoben, 1996 wurde lediglich eine Broschüre herausgegeben. Im Herbst 1999 wurde die Tafel schließlich fertiggestellt und im Senatsgebäude, an einer Seitenwand in der großen Eingangshalle aufgehängt. Sie trägt die Inschrift: „Als Huldigung für die in den Jahren des Zweiten Weltkriegs und der Phase der Repressionen nach dem Krieg ermordeten, gefallenen, verlorenen, verstorbenen Senatoren der II. Republik.“ Der Einbezug der „Phase der Repressionen“ ist bemerkenswert und unterscheidet die Tafel von jener im Sejm. Gemeint sind die Repressionen durch das kommunistische Regime nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die sich u. a. gegen die politische Opposition richtete. Mit diesem zusätzlichen Schritt schreibt sich die Tafel im Senat konsequenter in das Ausklammerungsnarrativ ein, als jene im Sejm.

Im oberen Stockwerk der Haupthalle des Sejm-Gebäudes, in der Nähe der genannten Tafel zur Erinnerung an die Abgeordneten des Sejm, die im Zweiten Weltkrieg umkamen, aber deutlich bescheidener als diese, erinnert die an einer Seitenwand angebrachte Tafel (Abb. 38-39) an die 18 Abgeordneten von Sejm und Senat, die bei dem Flugzeugabsturz bei Smoleńsk am 10. April 2010 um ihr Leben kamen. Sie wurde ein halbes Jahr nach dem Absturz enthüllt und vom bereits erwähnten Bildhauer Jacek Martusewicz angefertigt. In der Mitte ist ein Schild mit dem polnischen Staatswappen eingelassen, das aus dem Flugzeugwrack geborgen

³⁸⁰ Biuro Informacyjne Kancelarii Sejmu, *Kronika Sejmowa* [Chronik des Sejm] (2005).

³⁸¹ Pietrzak (2010: 209).

worden ist. Eine gesonderte Tafel (Abb. 40) wurde außerdem zur Erinnerung an den beim Absturz ebenfalls getöteten Vorsitzenden des Sejm, Maciej Płażyński, im Durchgang von der Eingangshalle zum Plenarsaal des Sejm angebracht.³⁸²

8.8 Namensgebungen von Räumen im Parlament

8.8.1 Der Marschall-Korridor

Zu den prominenten Teilen des Parlamentsgebäudes gehört der sogenannte Marschallkorridor (*korytarz marszałkowski*, Abb. 41) im Gebäude „C“, welcher die Haupthalle und den Plenarsaal des Sejm mit dem Senatsgebäude und einem länglichen Gebäude („B“), in dem heute Büros der Parteien und der Administration untergebracht sind, verbindet und der somit häufig benutzt wird. Der Korridor wird von Säulen auf beiden Seiten gesäumt und ist wegen seiner Architektur auffällig.³⁸³ An diesem Korridor befinden sich mehrere Räume, die nicht nur mit Nummern bezeichnet werden, sondern darüber hinaus Namen tragen, und zwar jene von historischen Persönlichkeiten und Ereignissen (Abb. 41-48). Ursprünglich dienten sie als Büros für die unterschiedlichen Fraktionen des Parlaments, heute finden hier Pressekonferenzen und Kommissionssitzungen statt. Die Benennung der Räume in diesem Korridor hat ihre formale Grundlage in einem Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 31. Januar 1984³⁸⁴ und geht zurück auf eine Initiative des Komitees zur Organisation des Museum des Polnischen Sejm, das sich im Dezember 1983 mit einer entsprechenden Anfrage³⁸⁵ an das

³⁸² TVS.pl, *W Sejmie pojawią się tablice upamiętniające parlamentarzystów, którzy zginęli pod Smoleńskiem* [Im Sejm wird es Tafeln geben, welche an die Parlamentarier erinnern werden, die in Smolensk umgekommen sind] (2010).

³⁸³ Wierzbicka (2002: 27). Ein übersichtlicher Gebäudeplan findet sich auf S. 32-35.

³⁸⁴ Kancelarja Sejmu, *Uchwała Prezydium Sejmu z dnia 31 stycznia 1984 r. w sprawie nadania nazw niektórym salom posiedzeń komisji sejmowych* [Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 31. Januar 1984 über die Benennung einiger Sitzungssäle der Sejm-Kommissionen].

³⁸⁵ Diese Information stammt aus einem unveröffentlichten Schreiben an den Vorsitzenden des Sejm,

Präsidium des Sejm richtete. Aus letzterer geht hervor, dass die Benennung eines der Säle als „sala im. Krajowej Rady Narodowej“ (Nationaler Staatsrat) begründet wurde mit dem Herannahen des 40. Jahrestags der Gründung dieses Rats.

Die Namensgebung der Säle im sogenannten Marschall-Korridor ruft auch nach 1989 keinen größeren Widerstand hervor – ganz im Gegenteil: Zusätzlich zu den kupferfarbenen Buchstaben über den Türen sind heute neben den Türen Hinweistafeln angebracht, die kurze biographische Notizen zu den Personen anführen. Eine entsprechende Tafel fehlt am Eingang zum Saal der Verfassung des 3. Mai – möglicherweise wurde entschieden, diese bedürfe keiner weiteren Erläuterung. Eine gravierende Ausnahme von dieser Kontinuität in den Saalbezeichnungen im Korridor besteht in der Tatsache, dass der Saal „Krajowej Rady Narodowej“ umbenannt worden ist in „Wojciecha Trąpczyńskiego“.

8.8.1.1 Nationaler Staatsrat, Wojciech Trąpczyński

Die Initiative zu dieser Namensänderung geht vermutlich auf den Vorsitzenden des Sejm Wiesław Chranowski zurück, der am 25. November 1991, in der ersten Sitzung des Sejm der ersten Kadenz, nachdem er in dieses Amt gewählt worden war, eine längere Ansprache voller historischer Referenzen hielt.³⁸⁶ Darin erinnerte er an den „ersten Vorsitzenden des Sejm der II. Republik, des Verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*), der mit einer Überzahl von lediglich 6 Stimmen gewählt wurde und sich in der Geschichte des polnischen Parlamentarismus ein würdigen Platz verdient hat. Im Gebäude finden wir die Namen zweier seiner großer Nachfolger: der Sejmvorstizenden Maciej Rataj und Ignacy Daszyński. Den Saal mit dem Namen Wojciech Trąpczyńskis gibt es noch nicht, und neben jenen Sälen ist

Stanisław Gucwa, ausgestellt von Prof. Dr. Jarema Maciszewski, Abgeordneter, Vorsitzender des Komitees zur Organisation des Museum des Polnischen Sejm, vom 19.12.1983. Zur Verfügung gestellt durch: Archiwum Sejmu.

³⁸⁶ Die Entscheidung, den Saal umzubenennen ist dokumentiert in einem unveröffentlichten Sitzungsprotokoll des Präsidiums des Sejm vom 31.01.1992. Zur Verfügung gestellt durch: Archiwum Sejmu.

über einem weiteren Saal die Aufschrift zu lesen: „im. Krajowej Rady Narodowej“ [im. Als Abkürzung für „imienia“, also „des Namens“ bzw. „benannt nach“]. Es ist wohl an der Zeit, diesen Namen zu ändern.“³⁸⁷

Warum wurde die Erinnerung an die den Nationalen Staatsrat (KRN, *Krajowa Rada Narodowa*) problematisch? Die KRN war ein in der Silvesternacht 1943 auf 1944 von polnischen Kommunisten, insbesondere von Vertretern der PPR (*Polska Partia Robotnicza*, Polnische Arbeiterpartei), errichtetes Organ, das bis zu den Sejm-Wahlen im Januar 1947 die Rolle des Parlaments übernehmen sollte. Von Seiten Moskaus strebte man in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs für den Fall der Okkupation der polnischen Territorien die Errichtung eines polnischen Staates, jedoch in politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion und in neuen Grenzen an. Dabei stützte sich Stalin auf polnische Kommunisten sowohl in Polen (insbesondere PPR) als auch in der Sowjetunion (hier war bereits 1943 der Verband Polnischer Patrioten (*Związek Patriotów Polskich*, ZPP) entstanden. Im Februar 1944 richtete man zudem das Zentrale Büro der Polnischen Kommunisten ein, das letztlich die Übernahme der politischen Macht durch die KRN, der man von Seiten Moskaus nur bedingt traute, absegnete). Den Staat und seine Führung als polnische Volksvertretung zu präsentieren, sollte ihn im In- und Ausland legitimieren, insbesondere auch im Gegensatz zur Londoner Exilregierung, die ebenfalls für sich beanspruchte, die einzige legitime Staatsregierung Polens darzustellen.³⁸⁸ Einer der zentralen Streitpunkte bestand in den Ostgebieten Polens: Während die Exilregierung deren Abtretung an die Sowjetunion nicht akzeptierte, war die „Westverschiebung“ Polens von Beginn an Postulat der KRN, ebenso wie des PKWN, das die Regierung der okkupierten Territorien übernehmen sollte. Auch in innenpolitischen

³⁸⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Wiesław Chrzanowski (Vorsitzender des Sejm), Sitzung vom 25.11.1991.

³⁸⁸ Dies sollte auch die Bemühungen der Sowjetunion unterstützen, Polen zum Kampf auf Seiten der Roten Armee, etwa in der Kościuszko-Division, zu gewinnen. Rotfeld & Torkunow, *Białe plamy - Czarne plamy. Sprawy trudne w relacjach polsko-rosyjskich (1918-2008)* [Weiße Flecken – schwarze Flecken. Schwierige Fragen in den polnisch-russischen Beziehungen (1918-2008)] (2010: 492).

Angelegenheiten vertrat die KRN die Interessen der Sowjetunion in Polen, wenngleich gewisse Spannungen nicht ausblieben.³⁸⁹

Obwohl sich die KRN als demokratische Institution präsentierte, etwa indem sie die Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung suggerierte oder sich auf die Märzverfassung von 1921 bezog, konnte tatsächlich weder von Gewaltenteilung, noch von Repräsentation und Verhandlung der Interessen der Bevölkerung die Rede sein. Die Aufrechterhaltung der demokratisch-parlamentarischen Fassade diente vielmehr zur Legitimation der KRN im In- und Ausland. Bolesław Bierut³⁹⁰, zugleich Vorsitzender der KRN und Staatspräsident (in dieses Amt wurde er später durch den im Januar 1947 auf der Grundlage gefälschter Wahlen entstandenen Sejm gewählt) vertrat eine klar pro-stalinistische Linie und trug zur Kontrolle Moskaus über die Regierung Polens bei. Im Selbstverständnis des Verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*) und des Sejm der Volksrepublik erscheint die KRN also als ein von der polnischen Linken gelegter Grundstein des Parlaments eines demokratisch verfassten polnischen Staates, als ein Gründungsmoment nach der Überwindung von Faschismus und Kapitalismus sowohl in Form der Okkupation durch Deutschland wie in Form der *Sanacja*-Regierung im Inland (als dessen Fortführung zudem die Londoner Exilregierung verstanden wurde).

Interessant ist nun auch hier das Nebeneinander dieses genetischen Narrativs – die Veränderung wird hier zur Chance, das zu werden, was man immer schon sein wollte, nämlich eine sozialistische Gesellschaft – mit dem traditionellen Narrativ, das durch die Benennung des ebenfalls im Korridor liegenden Raumes als Saal der Verfassung des 3. Mai impliziert wird. Der nach dem Zweiten Weltkrieg als Institution und Gebäude wiedererrichtete Sejm ist damit nicht nur etwas völlig neues, sondern gleichzeitig die

³⁸⁹ Zur KRN sowie generell zur Einflussnahme Moskaus auf die staatspolitische Entwicklung im Nachkriegspolen siehe: Rotfeld & Torkunow (2010: 492).

³⁹⁰ Einen Überblick zur politischen Biographie von Bolesław Bierut bietet: Main, *President of Poland or 'Stalin's Most Faithful Pupil'? The Cult of Bolesław Bierut in Stalinist Poland* [Präsident Polens oder 'Stalins treuster Schüler? Der Kult um Bolesław Bierut im stalinistischen Polen] (2004).

Wiederkehr einer weiter zurückreichenden polnischen demokratischen Tradition. Dass die Verfassung des 3. Mai bereits in den frühen Jahren einen positiven geschichtspolitischen Bezugspunkt darstellte, zeigt die höchst interessante Rede des Präsidenten Bolesław Bierut am 4. Februar 1947 bei der ersten Sitzung des auf gefälschten Wahlen basierenden Verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*), der Bierut kurz danach zum Staatspräsidenten wählen sollte. Hier wird einerseits der Sejm als Nachfolger der KRN erzählt: „Ihr seid, Genossen Abgeordnete, die Erben des Geistes des Widerstands, der die ganze Nation in den schwersten Jahren der Okkupation belebte.(...) Ihr seid die Erben Eures Vorgängers – der Krajowa Rada Narodowa, die hier, im Warschauer Untergrund, den Weg ebnete, auf dem das Volk (*naród*) zur Befreiung gelangt, der [Weg, der] es [das Volk] auf den einzig wahren Pfad ausrichtet, der zu Sieg und Größe führt.“ Die KRN habe den Mut gehabt, die „historische Verantwortung für Polen auf sich zu nehmen“ im Kampf gegen den nationalsozialistischen Feind. Sie habe, anders als ihre Gegner, sich eingesetzt „für die Vereinigung von allem, was lebendig und gesund in der Bevölkerung sei, im Streben nach dem allen gemeinsamen und heiligen Ziel der Befreiung Polens und dessen Verankerung in stetigen, unzerstörbaren Fundamenten.“ Im weiteren Verlauf der Ansprache werden bisherige Erfolge gepriesen, insbesondere dass „zum ersten Mal in der Geschichte Polens“ nun auch die Arbeiter und Bauern das „volle Recht der bewussten Beteiligung in der Bildung materieller und geistiger Werte“ hätten, auf denen „man die Größe und das Glück des Volkes aufbaue“. Nach einem Ausblick auf zukünftige Aufgaben folgt ein interessantes Argument: das was bisher erreicht worden sei, habe den Ursprung in den „tiefen Bedürfnissen des Landes, war die Erfüllung des Testaments der edelsten Seelen Polens. Wir griffen nicht auf fremde Vorbilder zurück, weil wir nicht mussten. Die tiefe Liebe zum Vaterland, das tiefe Verständnis der Erfahrungen der Geschichte unseres Volkes [„Narodu“] – das sind die Maßstäbe der Arbeit, die - wie ich glaube – auch Euch den Weg erhellen werden.“ (Unterstreichung: FZ). Eine dieser „Erfahrungen“ die den Abgeordneten des Verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*), etwa bei der Ausarbeitung einer Verfassung, Orientierung bieten sollte, ist die Verfassung vom 3. Mai:

„Ihr müsst, Genossen Abgeordnete, den Geist des Großen Sejm (Sejm Wielki, 1788-1792) wiederbeleben, an seine reformatorischen Traditionen anknüpfen. Die großen Patrioten des Vierjährigen Sejm (*Sejm Czteroletni*, andere Bezeichnung des Großen Sejm) verstanden, dass dort, wo es um das Wohl des Volkes geht, um das Sein des

Staates, man nicht mit den Privilegien der einen oder anderen Gruppe achten solle; sie verstanden, dass des Volkes Wohl das ist, was die Interessen der Gesamtheit oder zumindest Mehrheit des Volkes berücksichtigt. Der Verfassungsgebende Sejm (*Sejm Ustawodawczy*) des wiedergeborenen, demokratischen Polen sollte sozusagen die Fortsetzung dieser Arbeiten sein, die vor ca. eineinhalb Jahrhunderten das patriotische Lager im Vierjährigen Sejm (*Sejm Czteroletni*) aufgenommen hat.“

Die Rede wirkt aus der historischen Perspektive zynisch, da Bierut als Vertrauter Stalins ein Verfechter der weitgehenden Unterordnung der polnischen Politik unter die sowjetische war und keineswegs beabsichtigte, dem Sejm weitreichende Kompetenzen zukommen zu lassen. Interessant an der zitierten Rede Bieruts ist zudem die Konstruktion eines traditionellen nationalen Narrativs³⁹¹, das auf die kollektive Identität der polnischen politischen Gesellschaft ausgerichtet ist und die gleichzeitige explizite Betonung, man habe nicht auf fremde Vorbilder zurückgreifen müssen: Wir haben es hier mit dem Versuch zu tun, das kommunistische Regime als endogen polnische Entwicklung geschichtspolitisch zu verankern.

Die weiteren Ausführungen des Sejmvorsitzenden zeigen, dass die Namensänderung mit einem umfassenderen geschichtspolitischen Programm Chrzanowskis verbunden waren: „Ich erwähne den Verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*) nicht zufällig. Als er ihn eröffnete, sagte das Staatsoberhaupt [„naczelnik państwa“] Józef Piłsudski: ‚Eineinhalb Jahrhunderte der Kämpfe, die manchmal blutig und voller Opfer waren, finden ihren Triumph im heutigen Tag‘. Der Weg zum in freien Wahlen hervorgebrachten Sejm der ersten Kadenz der Dritten Republik war nicht weniger steinig. Mehr als ein halbes Jahrhundert des Kampfes, der Mühen, ist eine Abfolge von Leid und Opfer des Lebens der riesigen Schar unserer Landsleute. Vor 50 Jahren war ich unter ihnen, einige verabschiedete ich, als sie für immer

³⁹¹ Die Instrumentalisierung des Nationalismus durch das kommunistische Regime in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg siehe: Zaremba, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimierung des kommunistischen Regimes in Polen] (2001).

von uns gingen. Ich fühle das Bedürfnis, in diesem Moment ihnen zu huldigen für ihre Mühe die nicht umsonst gewesen ist. (Die Versammelten stehen auf zu einem Moment der Stille) Danke. Die freien Wahlen zu Sejm und Senat, nach den Wahlen des Präsidenten der Republik Polen im letzten Jahr, schließen den Prozess der Herausbildung der Staatsführung eines wiedergeborenen, souveränen polnischen Staates ab. (...)³⁹² Die Analogie setzt die Zeit der Teilungen im 19. Jh. mit der Phase 1945-1991 und die Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg mit jener nach 1991 gleich. Mit den Landsleuten, denen spontan gehuldigt wird, sind wohl insbesondere die Opfer des Zweiten Weltkrieges gemeint, aber die Mühen dauerten „mehr als ein halbes Jahrhundert“, womit die Volksrepublik zur Verlängerung der Okkupation durch die Sowjetunion wird, die erst durch die Wahlen 1990 und 1991 (aber nicht durch die Parlamentswahlen 1989 oder die Rund-Tisch-Gespräche) beendet wurde. Wenngleich dies nicht expliziert wird, lässt sich vermuten, dass Chrzanowski sich persönlich in seiner Rolle als Sejmvorsitzender der I. Kadenz – in der schließlich wie 1919 die Verabschiedung einer Verfassung auf der Tagesordnung stand – in der historischen Rolle Wojciech Trąpczyńskis sah und sich als Amtsträger in gewissem Maße mit diesem identifizierte.

8.8.1.2 Maciej Rataj

Der zweite Raum des Korridors ist Maciej Rataj (1884-1940) gewidmet, dessen Name ebenfalls in bronzefarbenen Lettern über der Eingangstür angebracht ist. Im Raum ist zudem eine Büste Maciej Ratajs aufgestellt.³⁹³ Rataj war seit seinen Studienzeiten in Lwów (1904-1908) politisch im Lager der Agrarier aktiv. Er arbeitete bei der Zeitschrift „Przyjaciół Ludu“ und trat der PSL bei (später auch PSL-Piast und zeitweise PSL-Wyzwolenie). Als Abgeordneter des Verfassungsgebenden Nationalversammlung (*Sejm Ustawodawczy*, 1919-1922) prägte er die Arbeit an der Verfassung von 1921. Nachdem er in der Regierung des Vorsitzenden der PSL-Piast Wincenty Witos (1920-1921) Minister für Religionsbekenntnisse

³⁹² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Wiesław Chranowski, 1. Sitzung des Sejm der I. Kadenz am 25.11.1991.

³⁹³ Die Büste wurde von Józef Potępa hergestellt. Siehe die Fotografie in: Wierzbicka (2002: 84f.)

und Öffentliches Bildungswesen gewesen war und als Abgeordneter im Sejm der I. Kadenz gedient hatte, wurde er im November 1922 zum Vorsitzenden des Sejms gewählt. Seine Rücktrittsgesuche nach dem Scheitern der zweiten Regierung von Wincenty Witos ebenso wie nach dem Maiputsch 1926 wurden abgelehnt. Nach dem Mai-Umsturz wurde die Einstellung Ratajs zu Józef Piłsudski und zum Sanacja-Regime zunehmend kritischer. Rataj wirkte am Zusammenschluss von PSL-Piast und PSL-Wyzwolenie im Stronnictwo Ludowe mit und wurde kurz dessen Vorsitzender. Während des Zweiten Weltkrieges war er in Warschau politisch im Untergrund aktiv, wurde von der Gestapo verhaftet und zusammen mit anderen Mitgliedern der polnischen Elite 1940 erschossen.

8.8.1.3 Ignacy Daszyński

Im Saal „im. Ignacego Daszyńskiego“ (1866-1936), werden gegenwärtig Pressekonferenzen abgehalten. Auch hier erinnert eine Büste an den Politiker der Zwischenkriegszeit.³⁹⁴ Ignacy Daszyński war sozialistischer Aktivist und Mitbegründer der PPSD (*Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego*, Polnische Sozialdemokratische Partei Galizien und Teschener Schlesien) aus dessen Listen er um die Jahrhundertwende Abgeordneter im Parlament in Wien war. Die PPSD wurde nach dem Ersten Weltkrieg Teil der PPS (*Polska Partia Socjalistyczna*), der Daszyński angehörte. Wie Maciej Rataj war Daszyński Abgeordneter der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und prägte die Verfassung von 1921. Ab Januar 1923 leitete Daszyński die Gesellschaft der Arbeiteruniversität (*Towarzystwo Uniwersytetu Robotniczego*, TUR). Der Maiputsch und die Übernahme der Macht im Parlament durch das Sanacja-Regime führten zum offenen Konflikt zwischen Piłsudski und Daszyński, dessen PPS dem Bündnis der Oppositionsparteien „Centrolew“ beitrug. In den Jahren 1928-1930 war Daszyński Vorsitzender des Sejms und nach dessen Auflösung durch Präsident Ignacy Mościcki blieb er als führende Gestalt der PPS bis zu seinem Tod im Oktober 1936 politisch aktiv.

³⁹⁴ Die Büste wurde von Xawer Dunikowski hergestellt. Siehe Photographie in: Wierzbicka (2002: 82f.)

8.8.1.4 Marschall-Korridor: Kontinuitäten und Brüche

Warum wurden ausgerechnet Ignacy Daszyński, Maciej Rataj, die Verfassung des 3. Mai und die KRN zu Namenspatronen der Säle in diesem zentralen Korridor des Sejmgebäudes, der gegenwärtig als „Marschall-Korridor“ bezeichnet wird? Wenngleich hierzu keine Erkenntnisse vorliegen, so lässt sich die Vermutung anstellen, dass die KRN als Ursprungsmoment des polnischen Sejm in der Volksrepublik erinnert wurde und die übrigen Säle den drei Parteien zugeordnet wurden: Ignacy Daszyński der PZPR, Maciej Rataj der ZSL und der 3. Mai dem SD. Falls die Vermutung stimmt, wäre dies auch insofern interessant, dass sich hier eine Schnittmenge zwischen der Geschichtspolitik der Volksrepublik und der Geschichtspolitik der Dritten Republik ergibt: Der Sejm der Volksrepublik verweist auf polnische demokratische bzw. parteiliche Traditionen in der Ersten und Zweiten Republik um das pseudo-demokratische kommunistische Regime geschichtspolitisch in eine nationale Kontinuität zu stellen. (Wohlgermerkt handelt es sich bei Daszyński und Rataj um Politiker, die dem Sanacja-Regime Piłsudskis gegenüber kritisch eingestellt waren und die nicht Opfer der sowjetischen Besetzung bzw. politischen Repressionen nach dem Krieg gewesen sind. Andernfalls wären Sie als Namenspatronen wohl nicht in Frage gekommen.) Diese Traditionen passen auch nach 1989 in das Meisternarrativ der Anknüpfung an die Erste und Zweite Republik. Sollte die Vermutung richtig sein, dass die Namensgebung mit der Zuordnung zu den drei im Sejm vertretenen Parteien der Volksrepublik zusammenhängt, so ist diese Zuordnung jedenfalls nach 1989 nicht (mehr) bewusst wahrgenommen worden: Sonst wäre die Ebene der Parteiidentitätsbildung dieser geschichtspolitischen Bezüge möglicherweise zum Problem geworden. Zudem erfährt die Namensgebung im Korridor durch die Bezeichnung „Marschall-Korridor“ eine wichtige Umdeutung. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Bezeichnung von Beginn an, also bereits bei der Benennung der Räume Anfang 1984, geläufig war, denn der Nationale Staatsrat und die Verfassung des 3. Mai passen nicht in diesen Rahmen. Wahrscheinlich kam die Bezeichnung als „Marschall-Korridor“ erst nach der Benennung des Saals nach Wojciech Trąpczyński auf (vergleiche hierzu das oben genannte Zitat des Vorsitzenden Wiesław Chranowski, der von Rataj und Daszyński als Nachfolgern von Trąpczyński spricht). Weiterhin aus diesem Rahmen fällt freilich der Saal, welcher der Verfassung vom 3. Mai 1791 gewidmet ist – möglicherweise ist es deswegen der einzige Saal des Korridors, an dem keine Plakette mit historischen Details angebracht wurde?

8.8.2 Kazimierz-Pużak-Saal

Der wegen seiner Kolumnenreihen von seiner Errichtung nach dem Zweiten Weltkrieg an als Kolumnensaal (*sala kolumnowa*) bezeichnete Raum in Erdgeschoss, in dem gegenwärtig hauptsächlich Sejm-Kommissionssitzungen stattfinden und in dem 1989 in Ermangelung eines eigenen Saals kurzzeitig der Senat tagte, wurde 1995 Kazimierz Pużak (1883-1950)³⁹⁵ gewidmet.³⁹⁶ Dieser war Abgeordneter des Sejm in den Jahren 1919-35. Bereits vorher war er politisch als Sozialist in der PPS aktiv gewesen, u. a. in der Kampforganisation der PPS gemeinsam mit Józef Piłsudski. In den Jahren 1911-1916 war er in Haft, nachdem er geholfen hatte einen russischen Provokateur in den eigenen Reihen zu ermorden, kam aber 1917 in den Revolutionswirren frei. In der Zwischenkriegszeit war er Postminister in der Regierung Jędrzej Moraczewskis. Später arbeitete er als Sekretär des Exekutivkomitees der PPS und als Abgeordneter im Sejm. Ab 1944 war Pużak Vorsitzender der *Rada Jedności Narodowej*. Im „Prozess der Sechzehn“ in Moskau wurde er verurteilt, nach vier Monaten Haft aber begnadigt und kehrte nach Polen zurück. Als er sich weigerte, seine oppositionelle Haltung gegenüber dem Regime aufzugeben oder auszuwandern, wurde er 1947 in einem Schauprozess gegen den nicht-kommunistischen Teil der PPS wiederum verurteilt und starb im Gefängnis im Alter von 67 Jahren.

8.8.3 Weitere Raumbenennungen

Es gibt weitere Räume in Gebäuden von Sejm und Senat, die nach Personen benannt sind, durch ihre Platzierung sind sie aber weniger prominent als die zuvor genannten. In den

³⁹⁵ Biblioteka Sejmowa: *Parlamentarzyści Polscy* (Parlamentarier Polens), Datenbank, online aufrufbar unter: http://bs.sejm.gov.pl/F?func=find-b&request=000001330&find_code=SYS&local_base=ARS10 (am 28.09.2016).

³⁹⁶ Grundlage für die Namensgebung bildet der unveröffentlichte Beschluss: *Uchwała Nr 30 Prezydium Sejmu z dnia 30 marca 1995 r. w sprawie nadania nazwy Sali kolumnowej w budynku Sejmu* [Beschluss Nr. 30 des Präsidiums des Sejm vom 30. März 1995 über die Benennung des Kolumnensaals im Sejm-Gebäude], zur Verfügung gestellt von: Archiwum Sejmu.

meisten Fällen handelt es sich um Personen, die eindeutig dem „Pantheon“ der Identitätsbildung einer bestimmten Partei zuzuordnen sind. Interessanterweise ist zudem ein eindeutiger Trend hin zu zeitgenössischen Politikern zu erkennen – im Falle von Bronisław Geremek und Józef Oleksy finden die Zeremonien der entsprechenden Benennungen von Sitzungsräumen nur Tage bzw. Monate nach deren Tod statt.

Die Benennung eines Saals nach Adolf Warski geht zurück auf eine Initiative der PZPR und wurde umgesetzt auf Grundlage eines Beschlusses des Präsidium des Sejm vom 8. November 1984.³⁹⁷ Warski war an der Gründung der SDKPiL (*Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy*, Sozialdemokratie Kongresspolens und Litauens) 1893 und der KPP (*Komunistyczna Partia Polski*) 1918 beteiligt und von Seiten der Kommunisten Abgeordneter im Sejm. Nach dem Verbot der KPP 1930 emigrierte Warski in die Sowjetunion, wo er wie zahlreiche seiner Kolleginnen und Kollegen den „stalinistischen Säuberungen“ zum Opfer fiel. Seine Rehabilitierung im Rahmen der sog. Entstalinisierung äußerte sich u. a. in der Benennung einer Werft nach Warski im Jahre 1959.³⁹⁸ Bemerkenswerterweise blieb diese Namensgebung nach der Wende von 1989 unverändert.

Mit einem Beschluss vom 27. November 1992 wurde „im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag des tragischen Todes von Gabriel Narutowicz, des ersten Präsidenten der Zweiten Republik“, einer der Sitzungsräume nach diesem benannt. Der Ingenieur Narutowicz, der zuvor als Minister für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur des Landes verantwortlich war, wurde wenige Tage nach Amtsantritt als Präsident von Eligiusz Niewiadomski, einem Künstler und Fanatiker mit Verbindungen zum radikalen nationalistischen Lager in Polen, das den Präsidenten aus politischen Gründen scharf attackiert hatte, ermordet.

³⁹⁷ *Uchwała Prezydium Sejmu z dnia 8 listopada 1984 r. w sprawie nadania nazwy Sali posiedzeń komisji sejmowych* [Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 8. November 1984 über die Benennung eines Sitzungssaals der Sejm-Kommissionen], zur Verfügung gestellt von: Archiwum Sejmu.

³⁹⁸ Kościelny & Kubaj, *Stocznia Szczecińska im. Adolfa Warskiego* [Die Adolf-Warski-Werft in Stettin] (o.J.).

Zum Zwecke der würdigen Erinnerung an Adam Bień, eines „großen Patrioten und Unabhängigkeitskämpfers der Bauernbewegung“ wurde ein Sitzungssaal nach diesem benannt. Bień war Vorsitzender des Verbands der Landjugend der Republik Polen „Wici“ (*Związek Młodzieży Wiejskiej RP „Wici“*) in den Jahren 1929-1931 und Mitglied des Nationalen Ministerrats (*Krajowa Rada Ministrów*) in den Jahren 1943-1945. In Folge des sog. „Prozesses der Sechzehn“ (1945) wurde er vier Jahre lang in Moskau inhaftiert.

Ein Sitzungsraum ist seit dem am 22.07.2008 tragisch verunglückten Bronisław Geremek (06.03.1932-13.07.2008) gewidmet.³⁹⁹ Geremek war Historiker und Politiker, der unter anderem als Vorsitzender der OKP einen wesentlichen Einfluss auf die Demokratisierung in Polen hatte. Zunächst war Geremek Mitglied der PZPR, trat aber nach der Niederschlagung des Prager Frühlings aus dieser aus und war als Berater der Solidarność in den 1980er Jahren u. a. an den Beratungen am Runden Tisch beteiligt. Er starb bei einem Autounfall im Jahr 2008.

Der Saal Nr. 23 im Gebäude „G“ wurde mit Beschluss vom 31.10.2013 „dem ersten Premierminister der Dritten Republik“ gewidmet.⁴⁰⁰ Tadeusz Mazowiecki war Publizist, Bürgerrechtler und Politiker. In der Zeit von August 1989 bis Dezember 1990 war er der erste Premier Polens nach dem Zweiten Weltkrieg, der nicht dem kommunistischen Regime angehörte.

Die Benennung eines Konferenzraums nach Jacek Kuroń (03.03.1934-17.06.2004), einer der führenden Persönlichkeiten der Oppositionsbewegung der 1970er und 1980er Jahre und Mitbegründer des Komitees zum Schutz der Arbeiter (*Komitet Obrony Robotników*, KOR), der am den Rund-Tisch-Gesprächen teilnahm und hiernach als Abgeordneter im Sejm tätig

³⁹⁹ Monitor Polski, 2008, Nr. 55, Pos. 489: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 22 lipca 2008 r. poświęcona pamięci Bronisława Geremka* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 22 Juli 2008 zur Erinnerung an Bronisław Geremek].

⁴⁰⁰ Unveröffentlicht: *Uchwała Prezydium Sejmu z dn. 31 października 2013 r. w sprawie nadania nazwy sali nr 23 w budynku „G” Kancelarii Sejmu* [Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 31. Oktober 2013 über die Benennung des Saals Nr. 23 im Gebäude „G“ der Kanzlei des Sejm].

war, nahm der Sejm 11 Jahre nach dessen Tod, im Oktober 2015, vor und begründete die Wahl des Raumes in einer Meldung auf der Internetseite des Sejm damit, dass in diesem Raum im sog. Neuen Abgeordnetenhaus die Kommission für Sozialpolitik und Familie ihre meisten Sitzungen hält, deren Vorsitzender Jacek Kuroń viele Jahre gewesen war.⁴⁰¹

Seit dem 9.10.2015 ist ein weiterer Sitzungsraum, in dem die Kommission zu EU-Angelegenheiten tagt, dem mehrfachen Vorsitzenden des Sejm und Abgeordneten sowie in den Jahren 1995-1996 als Premierminister tätigen Józef Oleksy (22.06.1946-09.01.2015) gewidmet.⁴⁰² Die Benennung wurde auf Initiative der SLD zu Zeiten der Regierung der PO (*Platforma Obywatelska*, Bürgerplattform) vorgenommen. Oleksy war einige Monate zuvor an Krebs verstorben.

Die Räume, in denen der Senat die Plenarsitzungen und Besprechungen abhält, befinden sich gegenwärtig in einem Gebäude, das ursprünglich als Teil der Räumlichkeiten des Sejm gedacht war (in der Volksrepublik war der Senat abgeschafft worden). Nachdem der Senat im Plenarsaal des Sejm und im Kolumnensaal getagt hatte, wurden drei Räume zusammengelegt, in denen sich zuvor das Archiv des Zentralkomitees der PZPR befunden hatte, und als Plenarsitzungssaal eingerichtet. Auch in diesem Senatsgebäude sind Räume nach Personen benannt: August Chełkowski (1927-1999) war Senator der I. bis IV. Kadenz und von 1991-93 Vorsitzender des Senat. Der zweite Raum erinnert durch seine Namensgebung an Andrzej Stelmachowski (1925-2009), den Vorsitzenden des Senats der I. Kadenz (1989-1991), Bildungsminister in der Regierung Jan Olszewskis und später Berater des Präsidenten Lech Kaczyński (ab 2005). Ein dritter Raum ist Władysław Raczekiewicz gewidmet, der in der Zweiten Republik mehrfach Wojewode, Vorsitzender des Senats und Senator aus den Listen des BBWR (*Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Józefa Piłsudskiego*, Überparteilicher Block der Zusammenarbeit mit der Regierung Józef Piłsudskis), vier Mal Innenminister, und während sowie nach dem Krieg Präsident der Exilregierung (1939-1947) war. In einem

⁴⁰¹ Sejm der Republik Polen, *Jacek Kuroń patronem Sali Konferencyjnej* [Jacek Kuroń Namenspatron des Konferenzsaals] (2015).

⁴⁰² Dzieje.pl, *Sala im. Józefa Oleksego w Sejmie* [Józef-Oleksy-Saal im Sejm] (2015).

Aufenthaltsraum des Senats sind außerdem Portraits der Vorsitzenden des Senats der Zwischenkriegszeit sowie der Zeit nach 1989 aufgehängt.

Die Namensgebung der Räume des Senats erinnert also an die ersten beiden Vorsitzenden des Senats seit dessen Wiedereinsetzung 1989, sowie an einen der letzten Vorsitzenden des Senats vor dem Zweiten Weltkrieg. Warum ausgerechnet Raczkiewicz als Namenspatron ausgesucht wurde, ist unklar: Auf ihn folgten noch zwei weitere Vorsitzende des Senats, die beide ebenfalls eher dem Sanacja-Lager nahestanden.

8.9 Rezeption der geschichtspolitischen Referenzen im Parlamentsgebäude

Auf der einen Seite zeugt das geschichtspolitische Repertoire an Benennungen, Gedenktafeln und permanenten Ausstellungstücken von der Geschichtskultur des polnischen Parlaments, die, wie bereits mehrfach dargelegt wurde, sehr konkrete Auswirkungen auf die politischen Geschehnisse des politischen Systems hat. Andererseits stellt sich die Frage nach der Außenwirkung, also dem Potenzial, die Geschichtskultur der politischen Gemeinschaft insgesamt zu beeinflussen. In dieser Hinsicht dürfen die bisher genannten Aktivitäten des Parlaments zwar sicherlich nicht überbewertet werden. Die Medienpräsenz des Parlaments und der öffentliche Charakter des Gebäudekomplexes, der systematisch (Schulklassen) und individuell (Touristen) besucht wird und in dem täglich Führungen stattfinden, führen aber doch zu einer gewissen Außenwirkung, die hier quantitativ grob umrissen werden soll.

Der Sejm gibt an, am Tag der offenen Tür von Sejm und Senat am 12.02.2012, der anlässlich des 93. Jahrestags der ersten Sitzung des Verfassungsgebenden Sejm (*Sejm Ustawodawczy*) am 10.02.1919 abgehalten wurde und auch eine Ausstellung zu den weiblichen Abgeordneten der Zwischenkriegszeit beinhaltete, seien mehr als 6.300 Personen gekommen.⁴⁰³ Derartige

⁴⁰³ Sejm der Republik Polen, 9.11.2011: *Dzień otwarty w Sejmie w dniu Narodowego Święta Niepodległości* [Tag der offenen Tür am Nationalen Unabhängigkeitstag]. Online aufrufbar: <http://www.sejm.gov.pl/sejm7.nsf/komunikat.xsp?documentId=E49A7552E5AB4393C1257943004B B3DB> (am 20.03.2012).

Tage für Besucher werden regelmäßig abgehalten, Anlass bieten die Feiertage am 3. Mai (in den Jahren 2005-2006 und 2008-2010) der Unabhängigkeitstag am 11. November (2009 und 2011) oder der ersten Sitzung des *Sejm Ustawodawczy* (2011 und 2012). Über diese Tage hinaus werden auch Führungen für Gruppen, insbesondere von Schülern, veranstaltet. Das Büro für Korrespondenz und Information in der Kanzlei des Sejm gibt an, dass jährlich ca. 110.000 Personen den Sejm besichtigen.⁴⁰⁴

Neben Führungen, etwa von Schulklassen, und den Tagen der offenen Tür sind die Parlamentsgebäude in Innen- und Außenansicht häufig im Fernsehen zu sehen. Der polnische Sejm bietet auf seinen Internetseiten ausführliche Informationen auch zu den Parlamentsgebäuden und den darin befindlichen geschichtskulturellen Artefakten. Auf der Internetseite des Sejm⁴⁰⁵ ist gar ein dreidimensionaler virtueller Rundgang durch das Gebäude zum Herunterladen angeboten, in dem viele der oben genannten geschichtskulturellen Elemente (Erinnerungstafeln, Ausstellung der Marschallstäbe, etc.) detailliert beschrieben sind.

8.10 Zusammenfassung

Der Senat als zweite Kammer des Parlaments wurde 1946 aufgelöst und erst 1989 wieder eingeführt.⁴⁰⁶ Insofern ist es im Falle des Senats naheliegender, dass lediglich Referenzen zur neuesten Vergangenheit sowie zur Zwischenkriegszeit zu finden sind, nicht aber zur Phase der Volksrepublik. Im Falle des Sejm ist jedoch die hervorgehobene Präsenz der Erinnerung an die Zweite Republik auffällig. Es sind vor allem einzelne historische Persönlichkeiten der

⁴⁰⁴ Schriftliche Angabe des Büros für Korrespondenz und Information der Kanzlei des Sejm (*Biuro Korespondencji i Informacji an der Kancelaria Sejmu*) am 14. Februar 2012 auf Anfrage des Autors.

⁴⁰⁵ Sejm der Republik Polen, *Wirtualny Spacer. Sejm Rzeczpospolitej Polskiej* [Virtueller Rundgang. Sejm der Republik Polen] (o.J.).

⁴⁰⁶ Die Wiedereinführung des Senats war eines der Ergebnisse der Verhandlungen am Runden Tisch. Die ersten Wahlen zum Senat fanden am 4. Juni 1989 statt.

Zweiten Republik, insbesondere Abgeordnete und Vorsitzende von Sejm und Senat, an die im Rahmen der materialen „architektonischen“ Geschichtskultur des Parlaments erinnert wird.

Zunehmend spielt auch die Erinnerung an Politiker, die nach der Wende von 1989 gewirkt haben, wie Józef Oleksy oder Bronisław Geremek eine gewisse Rolle. Die Zeit der Volksrepublik hingegen bleibt weitgehend ausgeblendet, einzig die oppositionelle Tätigkeit spielt als Vorgeschichte einiger Politikerkarrieren eine Rolle.⁴⁰⁷ Die wenigen Ausnahmen bestätigen diese Regel: Der Adolf Warski gewidmete Konferenzraum liegt relativ abgelegen, zudem handelt es sich hierbei um eine in der post-stalinistischen Ära propagierte Persönlichkeit. Der mutmaßliche Bezug zwischen der PZPR und dem Ignacy-Daszyński-Saal, die in den 1980er Jahren bestanden haben dürfte, ist mit der Reinterpretation des Korridors als „Marschall-Korridor“ in den 1990er Jahren der Vergessenheit anheimgefallen.

Die jeweils zugrundeliegenden Narrative bekräftigen die These, dass das Parlament der Dritten Republik als Institution sich weitgehend als direkter Nachfolger des Parlaments der Zweiten Republik verstand, womit die kommunistische Phase ausgeblendet wurde. Die Anpassung der geschichtspolitisch relevanten Symbolwelt von Sejm und Senat ging – besonders in letzterem – relativ schnell vonstatten. Möglicherweise hatte der Senat hier sogar eine impulsgebende Rolle, wobei die Frage entsteht, ob der Senat insgesamt mehr Kapazitäten frei hatte, um sich mit ebendiesen Aufgaben auseinanderzusetzen. Jedenfalls war hier die Sitzverteilung im Senat unmittelbar nach dessen Wiedereinführung von entscheidender

⁴⁰⁷ Auf der Plakette vor dem Bronisław-Geremek-Saal ist zu lesen: „Bronisław Geremek-Saal. Bronisław Geremek (1932-2008), Historiker, Aktivist der demokratischen Opposition in der Volksrepublik, Abgeordneter des Sejm 1989-2001, Vorsitzender des Obywatelski Klub Parlamentarny 1989-1991, Minister für Auswärtige Angelegenheiten 1997-2000, Abgeordneter des Europaparlaments 2004-2008.“ (*Sala im. Bronisława Geremka. Bronisław Geremek (1932-2008), historyk, działacz opozycji demokratycznej w PRL, poseł na sejm 1989-2001, przewodniczący Obywatelskiego Klubu Parlamentarnego 1989-1991, Minister Spraw Zagranicznych 1997-2000, poseł do Parlamentu Europejskiego 2004-2008.*) Bei Adam Bień wird auf diesem Wege an den Prozess der Sechzehn im Jahre 1945 und die Inhaftierung in den Folgejahren erinnert.

Bedeutung – die Dominanz der Solidarność ermöglichte im Senat wohl einen konsequenteren und schnelleren Wandel, als dies in Bezug auf die Sitzverteilung im Sejm möglich war.

Die Kombination des Opfer/Helden-Narrativs in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg mit der Kontinuitätslinie zu den Abgeordneten der Zweiten Republik in der zentralen Erinnerungstafel ermöglicht ebendiese Ausklammerung. Das gilt auch für jene Politiker, an die etwa über Raumbenennungen erinnert wird: Sie sind unterschiedlichen politischen Lagern der Zwischenkriegszeit zuzuordnen, sind aber entweder vor dem Zweiten Weltkrieg verstorben, fielen der stalinistischen Phase in Polen zum Opfer oder repräsentierten die Exilregierung. Eine gewisse Ausnahme bietet die Ausstellung der Marschallstäbe, die einerseits weiter in die Vergangenheit zurückgreift, und andererseits auch einen Stab von 1947 aufweist. Letzterer diente jedoch kurzzeitig auch dem Senat der Dritten Republik, bis er rasch ersetzt wurde. Einige symbolische Elemente, die im Laufe der Volksrepublik eingeführt wurden, haben sich als auch in der Dritten Republik akzeptabel erwiesen, etwa die Erinnerung an Maciej Rataj, Ignacy Daszyński oder die Verfassung vom 3. Mai, wiewohl sie im neuen Kontext eine neuartige Bedeutung erlangten. Einige vermutlich politisch motivierte Veränderungen der Symbolik durch das kommunistische Regime, die wiederum durch die Absage an die Symbolik des Vorgängers motiviert waren, wie etwa die Änderung der Holzreliefs im Präsidium des Plenarsaals, wurden auch nach 1989 nicht wiederhergestellt. Die Benennung eines Raums nach der Krajowa Rada Narodowa, die hier einen zentralen, wenn nicht *den* Gründungsmoment des späteren Sejm implizierte, war mit dem Ausklammerungsnarrativ aber in einem Maße unvereinbar, das eine Umbenennung nötig machte. Auch das Ersetzen des Staatswappens mit dem ungekrönten Adler durch das neue/alte Staatswappen mit Krone war den Parlamentariern offenbar bereits in dieser frühen Phase der Transformation ein drängendes Bedürfnis.

In den Jahren nach der Wende griff man in erster Linie auf Politiker der Zweiten Republik als Namenspatronen für die Säle im Parlament zurück, in späteren Jahren auf zeitgenössische Politiker: Möglicherweise deutet dies auf eine Veränderung der Bedürfnisse an Identitätsbildung und Handlungsorientierung hin. Das Ausklammerungsnarrativ, das seine Funktion nach dem erfolgreichen Systemwechsel erfüllt hat, weicht also – diese These könnte man aufstellen – unterschiedlichen Versuchen, die Demokratisierung Polens in den 1980er und 1990er Jahren selbst als Startpunkt eines neuen Meisternarrativs zu erzählen.

Einige weitere geschichtspolitische Artefakte, die identifiziert wurden, gehen über das Ausklammerungsnarrativ hinaus. Der Flugzeugabsturz bei Smoleńsk am 10. April 2010 ist im Parlament wie in der polnischen Öffentlichkeit sofort auch als geschichtliches Ereignis behandelt worden und fand entsprechend Ausdruck in Gedenktafeln. Die Erinnerung an den Besuch des Papstes Johannes Paul II. durch den Sejm ist insofern verständlich, dass der Papst eine prominente Rolle auch in der Geschichtskultur zur politischen Geschichte spielt. Insbesondere Besuche in Polen in den Jahren 1979, 1983 und 1987 werden als wichtige Impulse zur Stärkung der demokratischen Opposition und für die friedliche Demokratisierung Polens verstanden.

Wir können also schließen, dass das polnische Parlament unmittelbar nach den halb-freien Wahlen vom Juni 1989⁴⁰⁸ das bestehende geschichtspolitische „Inventar“ an Erinnerungstafeln, Raumbenennungen und Ausstellungsgegenständen derart einpasste – also jeweils umdeutete, beibehielt, verwarf oder ergänzte – dass es mit dem Ausklammerungsnarrativ im Einklang stand, welches somit konstruiert und auf sichtbare und beständige Weise festgeschrieben wurde.

⁴⁰⁸ Die Wahlgänge zur X. Wahlperiode des Sejm und der I. Wahlperiode des Senats fanden am 4. Und 18. Juni statt, die erste Sitzung wurde am 4. Juli 1989 abgehalten.

9 Erinnerungsgesetze

Im Zeitraum vom 4. Juli 1989 bis Ende September 2010 wurden vom polnischen Parlament 263 Gesetze und Beschlüsse⁴⁰⁹ verabschiedet und im Gesetzesblatt „Monitor Polski“ (M.P.) bzw. „Dziennik Ustaw“ (Dz.U.) veröffentlicht, die sich ihrem Inhalt nach auf historische Ereignisse und Personen beziehen. Den Anfang⁴¹⁰ machen drei Beschlüsse, die bereits 1989 vom Sejm gefasst worden sind. Inhaltlich beziehen sie sich auf Katyń (50. Jahrestag, zwei

⁴⁰⁹ Es handelt sich durchgehend um Beschlüsse (*uchwały*) des Sejm bzw. Senat, sowie zehn Erklärungen (*oświadczenia*), also administrative Akte die – im Gegensatz zu hierarchisch höher zu verordnenden Rechtsakten wie der Verfassung (*konstytucja*), dem Gesetz (*ustawa*), der Verordnung (*rozporządzenie*) usw. – lediglich interne Verfahrensweisen festlegen, wie z. B. die Geschäftsordnung des Sejm, darüber hinaus aber keine allgemeine rechtliche Verbindlichkeit haben. Als Ausnahme sind zwei Gesetze zu nennen, in denen Nationalfeiertage festgelegt wurden (Dziennik Ustaw, 2009, Nr. 206, Pos. 1588: *Ustawa z dnia 9 października 2009 r. o ustanowieniu Narodowego Dnia Pamięci Powstania* [Gesetz vom 9. Oktober 2009 über die Errichtung des Nationalen Tags der Erinnerung an den Aufstand]. Dziennik Ustaw, 2005, Nr. 155, Pos. 1295: *Ustawa z dnia 27 lipca 2005 r. o ustanowieniu dnia 31 sierpnia Dniem Solidarności i Wolności* [Gesetz vom 27. Juli 2005 über den Tag der Solidarität und Freiheit am 31. August]). Die Beschlüsse wurden im Gesetzesblatt *Monitor Polski*, die Gesetze und Erklärungen im *Dziennik Ustaw* veröffentlicht, mit Ausnahme dreier Erklärungen aus dem Jahr 1989.

⁴¹⁰ Vor 1989 wurden zwei „Erinnerungsbeschlüsse“ verabschiedet: In der Volksrepublik beschloss der Sejm eine Deklaration (*deklaracja*) in der an den „30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus“ erinnert wurde (Monitor Polski 1975, Nr. 15, Pos. 87: *Deklaracja Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej z dnia 9 maja 1975 r. podjęta w XXX rocznicę zwycięstwa nad faszyzmem* [Erklärung des Sejm der Volksrepublik Polen am 9. Mai 1975 zum 30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus]) und bereits in der Zweiten Republik wurde auf einen Beschluss zurückgegriffen, um dem Tod Józef Piłsudskis zu gedenken (Monitor Polski, 1936, Nr. 111, Pos. 197: *Uchwała Rady Ministrów z dnia 11 maja 1936 r. w sprawie uczczenia pamięci pierwszej rocznicy zgonu Józefa Piłsudskiego* [Beschluss des Ministerrats vom 11 Mai 1936 zur Ehrung des Gedenkens an den ersten Jahrestag des Todes von Józef Piłsudski]).

Beschlüsse), auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs (50. Jahrestag), den Ribbentrop-Molotow-Pakt sowie auf den Einmarsch von Soldaten der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei 1968.

Die meisten Beschlüsse und Erklärungen haben keine legislativen Folgen im engeren Sinne. In einzelnen Fällen wurden nationale Trauerminuten beschlossen, wie im Falle der Würdigung der Opfer des Flugzeugabsturzes bei Smoleńsk.⁴¹¹ In einem Beschluss des Senats vom 24.04.2008 wird die Regierung auf zentraler und lokaler Ebene aufgerufen, den 90. Jahrestag der Erlangung der Unabhängigkeit „besonders engagiert“ zu begehen.⁴¹² Am 27.08.2004 wird vom Sejm ein Beschluss gefasst, der – bei der Gelegenheit des 65. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges – die Forderung an Deutschland beinhaltet, „ein für alle Mal die Verantwortung für die Gesamtheit der Folgen der Übergriffe gegen Polen [*agresji na Polskę*] sowie der daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen zu übernehmen.“⁴¹³

⁴¹¹ Monitor Polski, 2010, Nr. 24, Pos. 223: *Uchwała Nr 54 Rady Ministrów z dnia 16 kwietnia 2010 r. zmieniająca uchwałę w sprawie uczczenia pamięci ofiar tragicznego wypadku lotniczego pod Smoleńskiem* [Beschluss des Ministerrats Nr. 54 vom 16 April 2010 zur Änderung des Beschlusses zur Ehrung des Andenkens an die Opfer des tragischen Flugzeugabsturzes bei Smoleńsk].

⁴¹² Monitor Polski, 2008, Nr. 35, Pos. 313: *Uchwała Senatu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 24 kwietnia 2008 r. w sprawie nadania szczególnego charakteru obchodom jubileuszu 90-lecia odzyskania przez Polskę niepodległości* [Beschluss des Senats der Republik Polen vom 24. April 2008 über den besonderen Charakter der Feierlichkeiten zum 90. Jubiläum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in Polen].

⁴¹³ Monitor Polski, 2004, Nr. 37, Pos. 647: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 27 sierpnia 2004 r. "Pamięć i Odpowiedzialność" w 65. rocznicę wybuchu II Wojny Światowej* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 27 August 2004 „Erinnerung und Verantwortung“ zum 65. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs].

Der Großteil der Beschlüsse bezieht sich auf Ereignisse und Personen, die im Wesentlichen der polnischen Geschichte zuzuordnen sind.⁴¹⁴

⁴¹⁴ Ausnahmen: 60 Jahre Europarat (Monitor Polski, 2009, Nr. 34, Pos. 499: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 21 maja 2009 r. w związku z 60-leciem Rady Europy* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 21 Mai 2009 im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Europarats]), 100 Jahre Esperanto-Weltbund (Monitor Polski, 2008, Nr. 46, Pos. 410: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 czerwca 2008 r. w sprawie uczczenia 100. rocznicy powstania Światowego Związku Esperantystów* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 12. Juni 2008 zu Ehrung des 100. Jahrestags der Entstehung des Esperanto-Weltbunds]) – man beachte aber die polnische Herkunft des Erfinders von Esperanto, 50 Jahre EG-Vertrag (Monitor Polski, 2007, Nr. 16, Pos. 179: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 marca 2007 r. w 50. rocznicę podpisania Traktatów Rzymskich* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 2. März 2007 zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge]), Ehrung der Opfer des Holodomor (Monitor Polski, 2006, Nr. 21, Pos. 234: *Uchwała Senatu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 16 marca 2006 r. w sprawie rocznicy Wielkiego Głodu na Ukrainie* [Beschluss des Senats der Republik Polen vom 16. März 2006 über den Jahrestag des Holodomor in der Ukraine]. Und: Monitor Polski, 2006, Nr. 89, Pos. 916: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 6 grudnia 2006 r. w sprawie uczczenia ofiar Wielkiego Głodu na Ukrainie* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 6. Dezember 2006 über die Ehrung des Andenkens an die Opfer des Holodomor in der Ukraine]), 50 Jahre Ungarischer Volksaufstand (Monitor Polski, 2006, Nr. 73, Pos. 725: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 października 2006 r. w sprawie uczczenia 50. rocznicy powstania Węgierskiego* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 12 Oktober 2006 über die Ehrung des 50. Jahrestags des Ungarischen Aufstands]), 5 Jahre Terroranschläge am 11.09.2001 in New York (Monitor Polski, 2006, Nr. 64, Pos. 659: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 8 września 2006 r. w 5. rocznicę zamachów terrorystycznych w Stanach Zjednoczonych 11 września 2001 r.* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 8 September 2006 zum 5. Jahrestag des Terroranschlags in den USA am 11. September 2001]. Und: Monitor Polski, 2002, Nr. 44, Pos. 660: *Oświadczenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 września 2002 r. w pierwszą rocznicę ataku terrorystycznego w dniu 11 września 2001 r.* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 11 September 2002 am ersten Jahrestag des Terroranschlags am 11. September 2001]), 20 Jahre Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (Monitor Polski, 2006, Nr. 32, Pos. 344: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 27 kwietnia 2006 r. w*

Kategorisiert man die Beschlüsse nach dem Zeitraum, in dem die thematisierten Ereignisse stattfanden oder die erinnerten Personen ihre Tätigkeit ausübten, fällt auf, dass die Zwischenkriegszeit im Vergleich zu den übrigen Phasen der Geschichte eine hervorgehobene Rolle spielt. Mit 70 Beschlüssen bzw. Erklärungen stellt sie die Kategorie mit der höchsten Fallzahl dar (siehe Abbildung). Mit Ausnahme der zweimaligen Erinnerung an die Deportationen von in der Sowjetunion lebenden Polen nach Kasachstan im Jahre 1936⁴¹⁵, die als „stalinistische Aktion von Deportationen ethnischer Bevölkerungsgruppen“ bezeichnet werden, handelt es sich hierbei durchweg um positiv besetzte Bezugnahmen auf erfolgreiche Ereignisse und geehrte Persönlichkeiten.

dwudziestą rocznicę tragedii w Czarnobylu [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 27 April 2006 zum zwanzigsten Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl]), erster Jahrestag der „orangenen Revolution“ (Monitor Polski, 2005, Nr. 76, Pos. 1060: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 23 listopada 2005 r. w sprawie uczczenia przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej pierwszej rocznicy "pomarańczowej rewolucji"* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 23. November 2005 über die Ehrung des ersten Jahrestags der „orangenen Revolution“ durch den Sejm der Republik Polen]), Gedenken an Opfer der Naturkatastrophe in Südostasien (Monitor Polski, 2005, Nr. 1, Pos. 7: *Uchwała Nr 1 Rady Ministrów z dnia 4 stycznia 2005 r. w sprawie uczczenia pamięci ofiar kataklizmu w Azji Południowo-Wschodniej* [Beschluss Nr. 1 des Ministerrats vom 4. Januar 2005 über die Ehrung des Andenkens an die Opfer der Naturkatastrophe in Südostasien]).

⁴¹⁵ Monitor Polski, 1995, Nr. 37, Pos. 439: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 21 lipca 1995 r. w sprawie upamiętnienia 60 rocznicy pierwszych deportacji Polaków do Kazachstanu* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 21. Juli 1995 über die Ehrung des 60. Jahrestags der ersten Deportationen der Polen nach Kazachstan]. Und: Monitor Polski, 2006, Nr. 35, Pos. 381: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 maja 2006 r. w sprawie 70. rocznicy wywózek Polaków do Kazachstanu* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 12. Mai 2006 über den 70. Jahrestag der Deportationen von Polen nach Kazachstan].

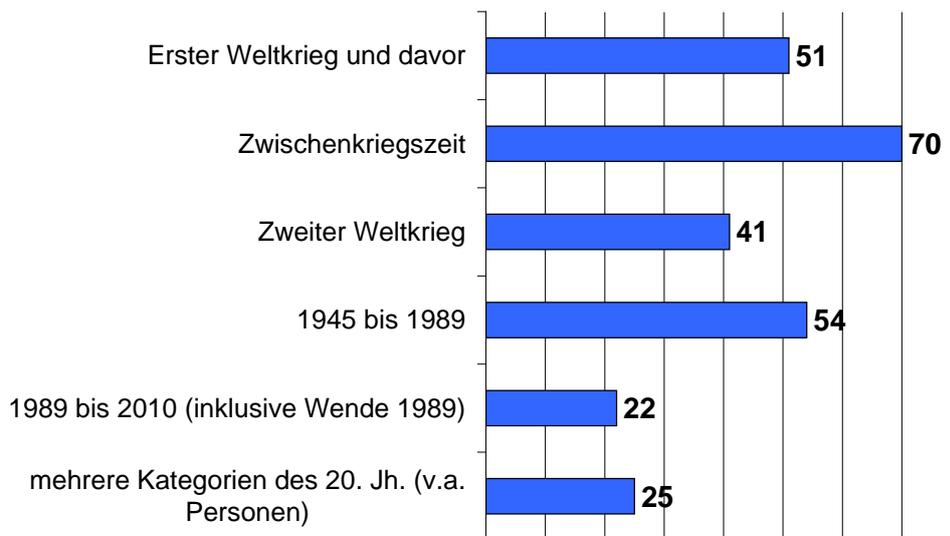


Diagramm 1: Gesetze und Beschlüsse des Sejm zum Gedenken an Personen und Ereignisse nach Zeitraum auf den sie sich beziehen⁴¹⁶

Betrachten wir nun die Beschlüsse, die sich auf die Zwischenkriegszeit beziehen, lassen sich folgende Ereignisse unterscheiden:

- Unabhängigkeit nach dem ersten Weltkrieg – 7 Mal
- Großpolnischer Aufstand (1918-1919) – 4 Mal
- Schlesischer Aufstand (1921) – 4 Mal
- Anbindung Schlesien (1922)/ Pommerellen (1920)/ Oberschlesien – 4 Mal
- Zugang zum Meer (1920) – 3 Mal
- Deportation von Polen nach Kazachstan (1936) – 2 Mal

⁴¹⁶ Eigene Darstellung und Berechnung auf Grundlage von Daten des *Internetowy System Aktów Prawnych*, Version 2.18, online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl> (am 16.1.2012).

- Schlacht bei Warschau (polnisch-bolschewistischer Krieg (1920))
- Friedensvertrag von Versaille (1919)
- Wahlen zum ersten Sejm (1919)
- Wahlrecht für Frauen (1918)
- 2009 Jahr der polnischen Demokratie, (1989) und (1919)
- Einführung der Nationalhymne (1927)
- Wiedereinführung Senat (1922)
- Schlesischer Aufstand (1919)
- Erste Sitzung des Sejm (1919)

Es wird deutlich, dass die Wiedererlangung der Unabhängigkeit hier mit Abstand am häufigsten zum Thema geworden ist. Die Wahlen zum ersten Sejm, die ersten Sitzungen von Sejm und Senat, die Bezugnahme auf 1919 bei der Ausrufung des Jahres der polnischen Demokratie sowie die Einführung des Wahlrechts für Frauen sind thematisch als „Einführung der parlamentarischen Demokratie“ zusammenfassbar. Gedacht wurde außerdem der „Aufstände“ (Schlesische Aufstände und Großpolnischer Aufstand) und territorialen Veränderungen (Zugang zum Meer, Anbindung Schlesiens) die sich durch die Frage der Grenzziehungen und ethnischen Zusammensetzungen der Territorien nach dem ersten Weltkrieg ergeben hatten. In Bezug auf die Ereignisse stehen die Beschlüsse somit insgesamt unter dem Motto der Wiedererlangung nationaler Unabhängigkeit, parlamentarischer Demokratie und territorialer Konsolidierung nach dem ersten Weltkrieg.

Folgende Personen, deren Tätigkeit, für die sie geehrt werden, mit der Zwischenkriegszeit zusammenfällt, wurden in den Beschlüssen erinnert:

- Maciej Rataj 1884-1940 (3 Mal)
- Wojciech Korfanty 1873-1939 (2 Mal)

- Ignacy Jan Paderewski 1860-1941 (2 Mal)
- Wincenty Witos 1874-1945 (2 Mal)
- Józef Piłsudski 1867-1935 (2 Mal)
- Roman Rybarski 1887-1942
- Roman Dmowski 1864-1939
- Gabriel Narutowicz 1865-1922 (2 Mal, erstes Mal ungültig)
- Władysław Grabski 1874-1938
- Jan Kiepura 1902-1966

Betrachtet man die Biographien der aufgezählten Persönlichkeiten fällt auf, dass sie – mit Ausnahme des in den 1930er Jahren international erfolgreichen Sängers und Schauspielers Jan Kiepura sowie Ignacy Jan Paderewskis, der allerdings sowohl für seine Musik als auch für seine politische Tätigkeit berühmt ist – alle im Wesentlichen durch ihre politische Tätigkeit in die polnischen Geschichtsbücher eingegangen sind.

Es fällt auf, dass derartige Beschlüsse erst seit Ende der 1990er Jahre regelmäßig gefasst werden und dass sie seitdem häufiger geworden sind. Im Jahr 2005 ist die Anzahl der Beschlüsse dann nochmals sehr deutlich angestiegen, wobei die Jahre 2006 und 2009 mit je 40 Beschlüssen (davon acht bzw. zehn mit Bezug zur Zwischenkriegszeit) den (vorläufigen) Höhepunkt dieser geschichtspolitischen Vorgehensweise darstellen (siehe Abbildung).

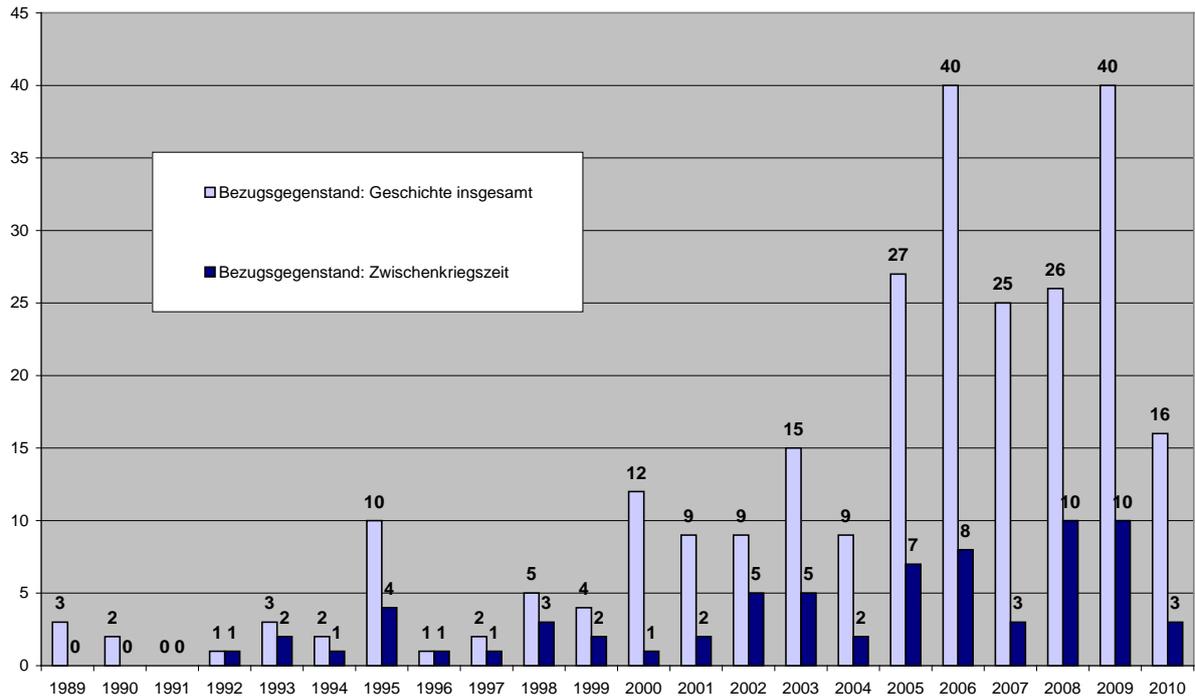


Diagramm 2: Erinnerungsgesetze des Sejm und des Senats im Zeitraum 4.6.1989 bis 01.08.2010 (es wurde also nicht das gesamte Jahr 2010 berücksichtigt).⁴¹⁷

Für diese Entwicklung lassen sich unterschiedliche Erklärungsansätze denken. Eine gewisse Rolle spielen sicher die Häufungen von Jahrestagen und somit Gelegenheiten zur Fassung der Erinnerungsbeschlüsse – damit wäre aber der Unterschied z. B. zwischen der geringen Anzahl im Jahre 1999 und der hohen Anzahl zehn Jahre später nicht zu erklären. Eine weitere Erklärung könnte auf der Annahme aufbauen, Geschichtspolitik spiele in Polen eine zunehmend große Rolle. Der Anstieg im Jahr 2005 legt die Vermutung nahe, dass der zunehmende Erfolg der 2001 gegründeten und von November 2005 bis November 2007 die Regierung (mit-)bildenden Partei PiS, deren Wahlkampfstrategie und politisches Programm der Geschichtspolitik einen zentralen Platz einräumte – was hinsichtlich des Ausmaßes ein Novum auf der politischen Bühne Polens darstellte – dazu führte, dass Geschichte verstärkt zum Thema wurde. Dagegen spricht die relativ hohe Anzahl der Beschlüsse vor und nach der

⁴¹⁷ Eigene Darstellung und Berechnung auf Grundlage von Daten des *Internetowy System Aktów Prawnych*, Version 2.18, online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl> (am 16.1.2012).

Regierungszeit der nationalkonservativen Regierung. Ein weiterer Erklärungsversuch trägt dem kontinuierlich ansteigenden Verlauf in größerem Maße Rechnung: Bei den Erinnerungsgesetzen handelt es sich um die Umfunktionierung (um nicht zu sagen: Zweckentfremdung) von administrativen Akten des Parlaments zu einem Medium der parlamentarischen Geschichtskultur, das in gewissem, wenngleich geringem Maße öffentlich sichtbar ist, das in den Medien thematisiert wird und das den parlamentarischen Gremien im Vergleich zu anderen Medien, wie z. B. öffentlichen Denkmälern, in sehr direkter Weise zugänglich ist. Da die Erinnerungsbeschlüsse im Plenum vorgetragen, diskutiert und in vielen Fällen auch abgestimmt werden, werden sie zum Mittel der geschichtspolitischen Identitätsbildungen. Vor allem die Ebene der Legitimierung und Identitätsbildung von Parteien, Parlament und politischem System können auf diese Weise realisiert werden. Die Form des Rechtsaktes suggeriert eine gewisse Festlegung und Festschreibung, die „Geltung“ des Rechtsaktes ist wahlverwandt mit der „Geltung“ eines Narrativs. Zudem verleihen die parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren diesen Narrativen eine gewisse demokratische Legitimität. Die Einschreibung eines Ereignisses oder einer Person in dieses über Rechtsakte „festgelegten“ Meisternarrativs wird zu einer gängigen Praxis, die zu immer weiteren Elementen führt, da alle und immer neue politische Akteure (insbesondere Parteien) danach streben, das Narrativ auch um jene Elemente zu bereichern, die mit dem ihre Identität bildenden Narrativ kompatibel sind und sie somit im System legitimieren bzw. übrige Akteure delegitimieren. Das „Pantheon“ der Geschichte wird – bildlich gesprochen – immer größer, da zahlreiche Parteien ihre „eigenen“ Helden und Heldentaten in diesem vertreten sehen wollen und müssen.

10 Plenarsitzungen des Sejm (1989–1992)

10.1 Zur Vorgehensweise bei der Untersuchung der Plenarsitzungsprotokolle des Sejm

Von zentraler Bedeutung für die wissenschaftliche Qualität der Ergebnisse der Untersuchung der Protokolle ist die transparente Dokumentation der Vorgehensweise. Damit wird die Reproduzierbarkeit und somit Überprüfbarkeit der Ergebnisse gesichert. Zudem haben die einzelnen Entscheidungen in Bezug auf das Verfahren bedeutende Auswirkungen auf die Aussagekraft der Ergebnisse.

Die Methode, die im Folgenden angewandt wird, um die Protokolle von Plenarsitzungen des Sejm zu analysieren, orientiert sich weitgehend am Verfahren der Inhaltsanalyse.⁴¹⁸ Diese wurde in den Medien- und Kommunikationswissenschaften entwickelt, um die enormen Mengen an Inhalten zu analysieren, die von Massenmedien wie Printmedien, Fernsehen und Radio – neuerdings insbesondere auch im Internet – verbreitet werden. Gegenüber hermeneutischen Verfahren, die einen detaillierten Blick auf eine relativ geringe Menge an Inhalten ermöglichen, liegt der Vorteil der Inhaltsanalyse in der Möglichkeit, sehr umfangreiche Mengen an Material zu untersuchen. Da das Problem des Umfangs sich auch im Fall der Plenarsitzungsprotokolle ergibt – bereits über relativ kurze Zeiträume hinweg entstehen hier große Textmengen – ist die Inhaltsanalyse ein geeignetes Mittel.⁴¹⁹ Ein

⁴¹⁸ Zur Methode der Inhaltsanalyse siehe insbesondere: Früh, Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis (2015). Weniger präzise der Überblick bei: Rössler, Inhaltsanalyse (2010). Eine qualitative Form der Inhaltsanalyse mit Bezug zur Grund Theory wird vorgestellt bei: Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (2010).

⁴¹⁹ Parlamentsdebatten dienen in mehreren Arbeiten zum Thema Geschichtspolitik als primäres Untersuchungsmaterial. Die Autoren setzen hierbei auf mehr oder weniger systematische Methoden die sich insgesamt eher dem qualitativen, hermeneutischen Bereich zuordnen lassen. Rensing (1996);

weiterer Vorteil der Inhaltsanalyse gegenüber anderen Verfahren besteht in der Nichtreaktivität des Forschungsgegenstandes: Bei mehrfacher Anwendung derselben Methode bleiben die Ergebnisse dieselben, da die Daten gesammelt werden, ohne dass Reaktionen hervorgerufen werden müssten, während etwa bei Befragungen und Interviews dies nicht der Fall ist. Am genannten Beispiel wird ein weiterer Vorteil der Inhaltsanalyse der Protokolle schnell deutlich: Bei historischen Fragestellungen lassen sich kommunizierte Inhalte auch in solchen Fällen analysieren, in denen eine Befragung beteiligter Personen nicht (mehr) möglich ist.⁴²⁰

Bei all den Vorteilen hat die Inhaltsanalyse auch Nachteile, die im weiteren Verlauf zu berücksichtigen sind. Zwar bietet die Inhaltsanalyse die Möglichkeit, auch größere Mengen an Inhalten und somit – was in unserem Falle besonders bedeutend ist – auch größere Zeiträume zu erfassen. Nutzt man hierbei ein systematisches Stichprobenverfahren, ist der Stichprobenfehler statistisch berechenbar und somit eine quantifizierbare Kennziffer für den Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit bestimmbar. Würde man hingegen nur einige Protokolle herausuchen – zum Beispiel, weil man aus irgendwelchen Gründen vermuten kann, dass in diesen Fällen historische Narrative in großen Mengen vorhanden sein werden – erlaubt diese willkürliche Auswahl keine Aussagen über die Grundgesamtheit der Protokolle. Würde man etwa nur jene Protokolle analysieren, in deren Inhaltsverzeichnis eine geschichtsbezogene Debatte, beispielsweise zu einem Erinnerungsgesetz, erwähnt wird, ließe sich hieraus nicht schließen, in welchen Kontexten geschichtspolitische Narrative insgesamt auftreten. Es ist aber ebenso interessant, zu erfahren, ob Geschichtspolitik nicht auch bei Haushaltsdebatten und sonstigen „geschichtsfernen“ Diskussionen eine Rolle spielen. Dieselbe Verzerrung erfolgte bei einer Einschränkung auf Debatten an wichtigen historischen Jahrestagen und ähnlichen – aus statistischer Sicht willkürlichen – Auswahlverfahren. Diese Schwäche ist bei den zuvor genannten Studien von Rensing, Bach, Oehler und Steinbach festzustellen: Da die Auswahl der in den Studien angeführten Zitate weder transparent noch systematisch erfolgt, sind die von den Autoren vorgebrachten Schlussfolgerungen und

Bach (1977); Oehler (1989); Steinbach (1979) .

⁴²⁰ Früh (2015).

Interpretationen nicht in überzeugendem Maße auf die Gesamtheit des Untersuchungsgegenstandes übertragbar bzw. verallgemeinerbar. Es ist unbefriedigend, wenn weitreichende Schlussfolgerungen auf einigen wenigen Zitaten aufgebaut werden – der Eindruck, die Zitate seien deswegen ausgewählt worden, um eine vorab bereits auf Seiten des Autors vorhandene Interpretation zu bestätigen, lässt sich dann nur schwer entkräften. Diese relative Willkür bei der Auswahl von interpretierten Zitaten wird durch das hier angewandte Verfahren vermieden. In methodologischer Hinsicht stellt die vorliegende Arbeit in dieser Hinsicht eine Innovation dar.

Eine systematische, einfache Stichprobenziehung wäre somit grundsätzlich ein geeigneter Weg. Es gibt Studien zur Frage, wie groß eine Stichprobe sein müsse, um mit einer Inhaltsanalyse einen bestimmten Zeitraum – meist geht es um täglich oder wöchentlich erscheinende Zeitungen – von Medieninhalten repräsentativ (genauer: mit einem akzeptablen Stichprobenfehler) abzubilden. Hierzu werden unterschiedlich große Stichproben gezogen und die Verteilung bestimmter Merkmale in den Stichproben mit jener in der Grundgesamtheit verglichen. Hierbei ergibt sich, dass z. T. relativ geringe Stichprobengrößen genügen, um große Zeiträume abzudecken – beispielsweise 28 zufällig ausgewählte Tageszeitungen für 6 Monate bzw. 2 künstliche Wochen (Stichprobe ist geschichtet nach Wochentagen). Mit der Analyse weiterer Einheiten steigt die Genauigkeit der Ergebnisse dann nur noch äußerst geringfügig, sodass das Stichprobenverfahren einen Effizienz- (geringerer Umfang des zu kodierenden Materials und somit geringerer Kodieraufwand) und Effektivitätsgewinn (das Kodieren geringerer Mengen erlaubt im Normalfall höhere Aufmerksamkeit und somit hochwertigere Ergebnisse) erbringt. Das Problem liegt darin, dass der Stichprobenfehler wesentlich davon abhängt, wie groß die Varianz des untersuchten Merkmals in der Grundgesamtheit ist. Da diese Varianz im Normalfall unbekannt ist, lässt sie sich anhand der Varianz in der Stichprobe schätzen. Je größer die Varianz, desto größer muss die Stichprobe sein. Um ein Extrembeispiel zu nennen: Wären etwa alle Untersuchungspersonen in einer Grundgesamtheit Männer und man wollte den Anteil der Männer an der Grundgesamtheit (100%) mit einer Stichprobe abbilden, würde bereits eine Stichprobe in der Größe einer Untersuchungseinheit ausreichen.

Sieht man sich nun die Merkmale an, die in den üblichen medienwissenschaftlichen Studien überprüft werden, erweist sich, dass diese eine relativ geringe Varianz aufweisen – zum

Beispiel die Länge eines Artikels, das Vorhandensein von ergänzendem Bildmaterial, bestenfalls noch die Zuordnung zu groben inhaltlichen Kategorien, die zudem meist der Ressortstruktur der Medien entnommen werden. Entsprechend wird in den Studien darauf hingewiesen, dass eine Übertragbarkeit auf andere Untersuchungsdesigns nur bei ebenfalls geringer Varianz gegeben ist. In unserem Fall ist nun zu vermuten, dass bereits die Häufigkeit von geschichtspolitischen Narrativen sehr ungleichmäßig im Material verteilt ist. Würde man die sehr umfassende Auswahleinheit eines gesamten Protokolls wählen, das ja meist mehrere Sitzungstage umfasst, so wird man wahrscheinlich in jedem Protokoll zumindest einige Treffer erzielen. Allerdings wäre das zu codierende Material dann je nach Größe der Stichprobe schnell sehr zu umfassend. Bei kleineren Auswahleinheiten dürfte es bereits schwierig werden, überhaupt geschichtspolitische Narrative zu erfassen. Die weiteren, uns interessierenden Merkmale werden noch stärker streuen. Um beispielsweise den Zusammenhang zwischen Parteizugehörigkeit und Typ des Narrativs zu erfassen, wäre vermutlich eine sehr große Stichprobe nötig, da die Narrative in Bezug auf ihren Inhalt sehr unterschiedlich sein dürften. Wollen wir schließlich auch detaillierte inhaltliche Schattierungen von geschichtspolitischen Narrativen untersuchen, wird eine sehr große Stichprobe nötig, die letztendlich nur noch wenige Schritte von der Vollerhebung entfernt ist.

Im hier angelegten Untersuchungszeitraum von der ersten Sitzung des Sejm der X. Kadenz am 4.7.1989 bis zur 17. Sitzung der 1. Kadenz am 4.6.1992 haben wir es mit einem Umfang von 9.076.112 Worten zu tun bzw. 56.376.818 Zeichen (ohne Leerzeichen) was bei 1.500 Zeichen ohne Leerzeichen pro Standardseite insgesamt 37.584 Standardseiten an Protokolltext entspricht.

Wenn wir uns also hier für eine Vollerhebung entschieden haben, ist ein anderer Weg der Reduktion des zu untersuchenden Materials unumgänglich. Eine Möglichkeit hierzu sind automatisierte Werkzeuge der CUI (Computerunterstützte Inhaltsanalyse), die sich dadurch auszeichnet, dass die Kodierung komplett durch den Computer vorgenommen wird. Der Vorteil besteht darin, dass dem Materialumfang kaum mehr Grenzen gesetzt sind und die Dauer der Kodierung nur noch von der Rechnerleistung abhängt. Dieser Vorteil wird jedoch an anderer Stelle teuer erkaufte. Der Computer kann letztlich nur formal definierte operationale Definitionen der Kategorien verarbeiten. Das bedeutet, dass der Computer lediglich eine vorgegebene Liste von Zeichenketten auf ihr Vorhandensein im Material hin überprüfen kann.

Würden wir in unserem Fall etwa die Jahreszahl „1928“ und den Namen „Roman Dmowski“ als zwei Fälle unter zahlreichen Einträgen in einer Wortliste einfügen, die der Kategorie „Thematisierung der Zwischenkriegszeit“ zugeordnet werden, so könnte der Computer alle Kodiereinheiten, also beispielsweise Sätze, in denen eine dieser Zeichenketten vorkommt, der genannten Kategorie zuordnen. Der Nachteil einer solchen formalen Definition anhand von Diktionären liegt auf der Hand. So würde auch der Satz „Dieses Jahr wurden 1928 Einbrüche erfolgreich aufgeklärt“ codiert, ebenso wie die Nennung einer nach Roman Dmowski benannten Schule oder einer Person, die denselben Namen trägt wie die gemeinte historische Persönlichkeit. Dem Problem der Flexion, die im Polnischen besonders schwerwiegend ist, lässt sich mit dem Diktionär noch beikommen. (Wir werden noch darauf zurückkommen). Schwieriger wird es mit Pronomen wie „Er“ oder „Dessen“ mit denen Dmowski gemeint ist oder der Bezeichnung „Damals“ oder „zu dieser Zeit“ womit weiterhin das Jahr 1928 gemeint sein könnte. Das Problem der fehlenden semantischen Erfassung wird bei der CUI damit zu lösen versucht, dass auch die umliegenden Wörter mitberücksichtigt werden. In unserem Fall ist eine komplett automatisierte Inhaltsanalyse aber wegen der Komplexität der Inhalte nicht erfolgsversprechend. Bereits die Frage, ob in einer Aussage historische Ereignisse und Personen thematisiert wurden, oder nicht, ist mit der automatisierten CUI schwer zu lösen. Hier sind die Interpretationsleistungen des Kodierers, der über ein bestimmtes Vorwissen verfügt, der die Kontexteinheit miteinbeziehen kann und zum Verständnis der semantischen Inhalte auf seine Sprachkompetenz zurückgreifen kann, unumgänglich.

Um nun der Charybdis des uferlosen Kodieraufwands einerseits und der Skylla der Invalidität der Ergebnisse durch eine komplett automatisierte Vorgehensweise andererseits zu entgegnen, wird ein innovativer Mittelweg gewählt. Zunächst einmal beschränkt sich die Analyse der Parlamentsprotokolle auf explizite Bezugnahmen auf die Geschichte der Zwischenkriegszeit. Damit wird es zwar unmöglich, die Referenzen zur Zwischenkriegszeit etwa im Hinblick auf ihr aufkommen mit anderen historischen Themen zu vergleichen. Andererseits lassen sich hier die Ergebnisse der bisherigen Betrachtungen ins Feld führen (nämlich dass die Zwischenkriegszeit das zentrale Thema der Geschichtskultur des polnischen Parlaments darstellt). Außerdem erleichtert die Beschränkung auf die Zwischenkriegszeit die Unterscheidung zwischen jenen Aussagen, die noch historische Narrative, und somit Geschichtspolitik sind, und jenen, die es nicht mehr sind: Der fließende Übergang zwischen jüngster Geschichte und Tagespolitik bleibt ausgeblendet. Zu guter Letzt ermöglicht die

Beschränkung einen detaillierteren Blick auf die Zwischenkriegszeit bzw. die Zweite Republik und im Sinne der Forschungsfrage ist dies durchaus berechtigt. Nichtsdestoweniger ist darauf hinzuweisen, dass die Ziehung der Grenzen auch hier nicht unproblematisch ist. So ist etwa das Schicksal der PSL als Oppositionspartei in den ersten Jahren nach dem Krieg ausgeblendet, obwohl diese Phase bei der identitätsstiftenden Anknüpfung der Agrarier nach 1989 durchaus eine wichtige Rolle spielen wird. Personen wie Stanisław Mikołajczyk lassen sich als historische Personen entsprechend schwerlich ausschließlich der Zwischenkriegszeit zuordnen. Dennoch: Der Zäsurcharakter der beiden Weltkriege sollte eine recht klare Abgrenzung ermöglichen. Mit der Anweisung, nur jene Inhalte zu kodieren, die sich auf die Zwischenkriegszeit beziehen, wird das zu untersuchende Material zudem in seiner Menge handhabbarer.

Nun besteht weiterhin das Problem, dass zwar viele geschichtspolitische Aussagen nicht zu kodieren wären, aber bei einer Vollerhebung dennoch das gesamte Material durchzulesen wäre, um relevante Textstellen auszumachen. Aus den genannten Gründen wird eine Stichprobenziehung als unzweckmäßig eingeschätzt. Stattdessen sollen die Vorteile der Textstellensuche mit Hilfe eines Diktionärs, wie er bei einer automatisierten CUI zum Einsatz kommt, genutzt werden. Die Codierung der Textstellen jedoch soll manuell erfolgen.

Hier ergibt sich nun wiederum das Problem, dass es sich letztendlich um eine willkürliche Auswahl handelt, die einen statistisch abgesicherten Rückschluss auf die Grundgesamtheit nicht erlaubt. Je nachdem, welche Begriffe wir in den Diktionär aufnehmen, werden wir verschiedene Ergebnisse erhalten. Um hier eine gewisse Systematik zu erreichen, ist es sinnvoll, von geschichtswissenschaftlichen Überblickswerken zur Geschichte der Zwischenkriegszeit auszugehen und eine möglichst umfassende Wortliste zu erstellen, indem Begriffe wie Personennamen, Ereignisse und Namen von Organisationen zusammengetragen werden. Freilich kommt es auch hier unzweifelhaft zu Verzerrungen. In der geschichtspolitischen „Subkultur“ des Parlaments mögen andere Themen Beachtung finden, als in einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Beispielsweise haben sich mit Sicherheit Zitate, Titel oder einzelne Sprichworte aus der Zwischenkriegszeit kulturell verfestigt, die in einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit keine Erwähnung finden mögen, aber allen Zuhörern zu verstehen geben, dass es nun um die Zwischenkriegszeit geht. Auch dürften politische Themen neben anderen Gesellschaftsbereichen eine größere Rolle spielen und

auch detaillierter angesprochen werden. Nichtsdestoweniger wird dieser Weg als der vielversprechendste gewählt.

Die genannten Defizite werden zudem durch mehrere Faktoren relativiert. Zunächst einmal wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Beschränkung auf die Zwischenkriegszeit die Identifizierbarkeit relevanter Textstellen erleichtert. Ihre Historizität ist eindeutiger und expliziter. Die Beschränkung auf formale Textelemente zur Identifizierung ist somit vertretbarer, als dies etwa bei einer Untersuchung der Thematisierung der Geschichte der 1980er Jahre in den Parlamentsdebatten der 1990er Jahre wäre. Zweitens wird im Falle eines Treffers nicht ausschließlich das Wort oder der Satz untersucht, sondern auch das nähere Umfeld der relevanten Aussage betrachtet. Dem Schneeballprinzip entsprechend können auf diese Weise insbesondere auch längere Debatten erfasst werden, bei denen nur in einzelnen Aussagen – zumeist handelt es sich wohl um die ersten Aussagen – historische Referenzen anhand des Diktionärs aufgefunden wurden. In späteren Reaktionen ist häufig eine explizite Benennung des geschichtspolitischen Themas dann nicht mehr nötig, da die Beteiligten verstehen, in welchem diskursiven Rahmen sich die Redner mit ihren Aussagen bewegen. Die Problematik etwa der Pronomen wird damit relativiert. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass explizite Benennungen der Zeit, über die man gerade berichtet, bei historischem Erzählen sehr häufig sind und somit einer formale Definition zu mehr Validität verhelfen. Neben Jahreszahlen sind es solche Begriffe wie „Zwischenkriegszeit“ oder „Zweite Republik“ die dazu dienen, das Kontinuum von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufzuspannen, ohne das wir es ohnehin nicht mit historischem Erzählen zu tun hätten, folgerichtig auch nicht mit Geschichtspolitik.

Das Problem der semantisch falschen Codierung von formal korrekten Treffern, wie es am Beispiel der Jahreszahl bereits veranschaulicht wurde, wird dadurch zielführend korrigiert, dass nicht der Computer die Kodierung übernimmt, sondern der Kodierer. Ob also eine Jahreszahl tatsächlich gemeint war, oder nicht, erschließt der Kodierer anhand seines Textverständnisses für jeden Einzelfall gesondert. Das Problem liegt vielmehr darin, dass nicht alle Textstellen überprüft werden können, die auf semantischer Ebene den entsprechenden Kategorien sinnvollerweise zuzuordnen wären, aber nicht durch die Suchbegriffe abgedeckt wurden. Der Zeitaufwand ist bei diesem Verfahren, das als

notwendiger Kompromiss zu verstehen ist, immer noch hoch, aber gegenüber der Vollerhebung enorm reduziert.

Um den Suchbegriffkatalog von Computer ausführen zu lassen, muss das zu analysierende Material zuerst digital vorliegen. In Bezug auf die Plenarsitzungsprotokolle der 1. Kadenz ist dies zum Zeitpunkt der Untersuchung erfreulicherweise bereits der Fall gewesen. Die Protokolle der ersten Kadenz sind als HTML-Dateien online über die Website des Sejm aufrufbar.⁴²¹ Da sie aber in Form einer Datenbank strukturiert sind – vermutlich wurde die Datenbank mit dem Programm Lotus Notes erstellt – ist jede einzelne Aussage eines Abgeordneten als separate HTML-Datei generiert worden. Freundlicherweise wurden die HTML-Dateien von einer Mitarbeiterin des Informatikzentrums des Sejm (*Ośrodek Informatyki Kancelarii Sejmu*) dem Autor auf CD zur Verfügung gestellt und konnten daraufhin mit eigens hierfür geschriebener Software in Textdateien, die jeweils ein Protokoll umfassen, konvertiert werden. Die Software⁴²² veränderte den Protokolltext nicht, sondern fügte lediglich die in hunderten Dateien gespeicherten Aussagen in chronologischer Reihenfolge in einen Gesamttext ein.

Aus allen genannten Protokolltexten wurden simple Textdateien in UTF-8 Kodierung erstellt, da es sich erwiesen hat, dass das Programm Atlas TI mit diesem Dateiformat problemloser und schneller umgehen kann, als etwa mit PDF-Dateien oder HTML-Dateien.

Schwieriger stellte sich die Digitalisierung der X. Kadenz dar. Auch zu diesem Zeitraum bietet das Online-Archiv des Sejm zwar einige Informationen, wie etwa biographische Angaben zu allen Abgeordneten, jedoch keine digitalen stenographischen Protokolle.⁴²³

⁴²¹ *Wypowiedzi na posiedzeniach Sejmu RP I kadencji* [Aussagen während der Sitzungen des Sejm der Republik Polen während der 1. Kadenz], *Kadencja* [Kadenz] 1, Warschau: Sejm RP, Online verfügbar unter: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf> (am 15.02.2017).

⁴²² Mein Dank gilt hier meinem Vater, Marcin Zieliński, der ein entsprechendes Computerprogramm verfasste.

⁴²³ Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Dissertation sind die stenographischen Protokolle der Sitzungen des Sejm in der X. Kadenz allerdings bereits als PDF-Dateien (Bilddaten ohne

Möglicherweise liegt dies daran, dass die Protokolle erst ab der 1. Kadenz laufend digital erfasst wurden. Daher wurden die Protokolle der X. Kadenz in den Bibliotheken des *Instytut Prawa i Administracji* an der Universität Danzig, der *Biblioteka Publiczna Miasta Stołecznego Warszawy* sowie der *Biblioteka Narodowa* in Warschau zum Teil mit einem Scanner, zum Teil mit einer Digitalkamera eingelesen⁴²⁴. Die resultierenden Bilddateien wurden daraufhin mit dem Texterkennungsprogramm Abby Finereader 10 analysiert und in Textdateien umgewandelt. Angesichts der Menge der Protokollseiten (ca. 11.000 Seiten wurden manuell einzeln eingelesen) war es nicht möglich, die Protokolltexte auf Lesefehler hin zu überprüfen. Zudem beinhalten die Texte Kopf- und Fußzeilen, wodurch es in Einzelfällen zu Unterbrechungen von Silbentrennungen über Seiten hinweg durch diese Kopf- und Fußzeilen gekommen ist. Diesen beiden Defiziten konnte zum Teil durch entsprechende Einstellungen bei der Formulierung der Suchbegriffe beigegeben werden. Nichtsdestotrotz muss davon ausgegangen werden, dass in den Protokollen der X. Kadenz Suchbegriffsübereinstimmungen in Einzelfällen nicht erkannt werden konnten.

Die Erstellung eines Katalogs von Suchbegriffen erfolgte auf Grundlage von Monografien zur Geschichte Polens in der Zwischenkriegszeit, die einen Überblickscharakter haben und besonderen Wert auf die Nennung und Beschreibung von Personen, Ereignissen, Institutionen, Organisationen, Zeitschriften und Orten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Alltag legen. Eine Liste aller verwendeter Suchbegriffe, unterteilt nach denjenigen Begriffen, die vereinzelt oder mehrfach in den Protokollen gefunden werden konnten und denjenigen, die nicht aufgetaucht sind, ist im Anhang untergebracht. In der Liste wurde, des Umfangs wegen, auf die Wiedergabe der regulären Ausdrücke, die zur Identifikation der relevanten Textstellen eingesetzt wurden, verzichtet. Die regulären Ausdrücke wurden in Zweifelsfällen auf ihre Reliabilität hin überprüft und ggf. nachjustiert.

Textcodierung) online aufrufbar.

⁴²⁴ *Sprawozdanie Stenograficzne z ... Posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu ...* [Stenographisches Protokoll von der Sitzung Nr. ... des Sejm der Volksrepublik Polen vom ...], 1989-1991, Kadencja [Kadenz] 10, Pos. 1-79, Warschau: Sejm PRL (ISSN: 0477-180X).

Insgesamt wurden 953 Begriffe (exklusive zusätzliche Abkürzungen oder alternative Schreibweisen derselben) sowie die Jahreszahlen 1918-1939 abgefragt.

Die Nutzung der Regulären Ausdrücke (*regular expressions*, Abk. Regex) ermöglicht es, Suchanfragen an grammatikalische Varianzen anzupassen – etwa unterschiedliche Wortendungen durch Flexion, Silbentrennung und Trennzeichen – und Fehler im Text, die z. B. durch die Texterkennung entstanden sind zu berücksichtigen. So passt zum Beispiel der Reguläre Ausdruck „\bJ.zef.{0,5}\bPi.{1,5}sud.{0,4}ski“ unter anderem auf alle folgenden Zeichenketten: Jozef Piłsudski, Józefowi Piłsudskiemu, Józef# Pił-sudski, Jozefem Piłsudzkim. Speziell in der polnischen Sprache, in der auch Namen über die Endungen dekliniert werden, erweist sich die Flexibilität der Formulierung von Suchbegriffen mit Regex als äußerst hilfreich. Eine Auflistung aller denkbaren Wortformen eines bestimmten Begriffes ist somit nicht nötig. Freilich muss gleichzeitig der Suchbegriff so eindeutig formuliert werden, dass möglichst wenige unerwünschte Fälle zusätzlich erfasst werden. In der Praxis hat sich das Vorgehen als gut durchführbar und effektiv erwiesen.

Die Codierung wurde vom Autor selbst durchgeführt. Dies ist zwar für Inhaltsanalysen unüblich und wirft das Problem auf, das die Forscher-Coder-Reliabilität nicht berechnet werden kann, welche einen Anhaltspunkt auch für die Validität des Messinstruments liefern würde. Aus pragmatischen Gründen war jedoch die Einbindung zusätzlicher Arbeitskräfte nicht möglich.

Das Kategoriensystem ist der Kern jeder Inhaltsanalyse und bestimmt die Aussagekraft der erhobenen Daten. In dieser Arbeit wurde daher auf die Ausarbeitung der Kategorien großer Wert gelegt. Insbesondere ist bei der Erstellung des Kategoriensystems zu beachten, dass die Unterkategorien trennscharf angelegt sind und das zu messende Konstrukt vollständig erfassen. Angesichts der Vielfältigkeit der geschichtspolitischen Narrative, deren Ausprägungen im Vorhinein nicht abzusehen sind und die auch mit Hilfe einer vorgeschalteten Analyse eines Teils des Materials nicht zu erschließen sind, ist bei der Erstellung des Kategoriensystems eine Kombination aus theorie- und empiriegeleiteter Kategorienerstellung zweckdienlich. In den meisten Fällen wurden Oberkategorien erstellt und definiert, die Unterkategorien wurden dann im Laufe der Untersuchung anhand des Materials definiert. Auf diese Weise ermöglichen die Ergebnisse Rückschlüsse auf die

abstrakten Ausgangsfragen auf theoretischer Ebene, es wird aber gleichzeitig eine Flexibilität und Offenheit gegenüber dem Material gewahrt, die auch Unerwartetes zu Tage fördern kann.

Einer der zentralen Vorteile einer theoriegeleiteten Kategorienbildung ist, dass auch Aussagen darüber gefällt werden können, welche Kategorien im empirischen Material *nicht* vorkommen. Wenn also genetische Narrative im Parlament keine Rolle spielten, die übrigen Typen aber auftreten würden, so wäre dieses Ergebnis mit einer Inhaltsanalyse nur dann erreichbar, wenn die Kategorien vorab aus theoretischen Überlegungen heraus erstellt worden sind. Diese Überlegungen werden bei der noch folgenden Vorstellung des Kategoriensystems wiederholt aufgegriffen werden.

Die Kontexteinheit wurde umfassend definiert als der gesamte Redebeitrag eines Redners auch über Pausen und Unterbrechungen durch andere Redner hinaus. Handelte es sich nicht nur um einen unabhängigen Redebeitrag ohne Reaktionen durch andere Redner, wie sie beispielsweise in Form von Interpellationen (*interpelacja*) auftreten, wurden auch die Beiträge der übrigen Redner zum Thema miteinbezogen. Hierbei konnten, wie gesagt, zum Teil noch weitere relevante Textstellen identifiziert werden.

Die Kodiereinheit wurde nicht formal sondern semantisch definiert als Sinnzusammenhang der von einem Redner vorgetragen wird und als „geschichtspolitisches Erzählen“ bezeichnet werden kann. Zeitsprünge auf der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umfassenden Zeitachse sind dabei ebenso möglich wie die Erwähnung unterschiedlicher Personen und Ereignisse der Vergangenheit. Unterscheidungsmerkmal ist vielmehr der auf die Gegenwart und Zukunft gerichtete Sinnzusammenhang. Jede kodierte Textstelle ist daher ausschließlich einem der vier Typen historischen Erzählens zugeordnet. Es kann somit vorkommen, dass in einem Redebeitrag mehrere Textstellen codiert werden. Die Analyseeinheit entspricht der Kodiereinheit, also den historischen Narrativen. Als Maßeinheit für alle Kategorien gilt eine einfache Nominalskala, es wird also die Häufigkeit des Auftretens bestimmter Inhalte gezählt.

Anstatt das Kategoriensystem mit den operationalen Definitionen im Rahmen eines Codebuchs vorab vorzustellen um danach zur Überprüfung der Hypothesen überzugehen, wie es in Inhaltsanalysen üblicherweise geschieht, werden die einzelnen Kategorien hier in eigenständigen Unterkapiteln vorgestellt und ausgewertet.

10.2 Vorstellung der Kategorien und Auswertung der Inhaltsanalyse

10.2.1 Die Häufigkeit von geschichtspolitischen Narrativen

Es ist erstaunlich, wie häufig die Zwischenkriegszeit in den Sitzungen des polnischen Sejm explizit zur Sprache gekommen ist: Im Zeitraum vom 04.07.1989 bis zum 04.06.1992 konnte in den 98 Sitzungen des Sejm (davon vier gemeinsam mit dem Senat) dieser Bezug in 865 Zitaten festgestellt werden, was einen Durchschnitt von fast neun Zitaten pro Sitzung entspricht (siehe Tabelle 1). Lediglich in 60 Fällen handelt es sich um ein weiteres Zitat innerhalb des Redebeitrags desselben Redners. Nur 48 Fälle stellen Reaktionen auf Bezugnahmen auf die Zwischenkriegszeit anderer Redner dar. Die hohe Varianz der Anzahl der Zitate pro Sitzung (von 0 bis 44 Zitate) deutet bereits darauf hin, dass bei bestimmten Sitzungen Referenzen sehr häufig waren, bei anderen jedoch fehlten, was auf den jeweiligen Gegenwartskontext zurückzuführen ist: Offenbar gibt es Themen und Anlässe, bei denen sich die Herstellung von Referenzen eher angeboten hat, als bei anderen. Ein genereller Trend, etwa eine graduelle Zu- oder Abnahme der Häufigkeit von Zitaten ist hingegen nicht festzustellen. In der X. Kadenz wurde zudem nur unwesentlich seltener auf die Zwischenkriegszeit Bezug genommen, als in dem untersuchten Teil der 1. Kadenz, also nach der Neuordnung des Parlaments durch die ersten vollständig freien Wahlen.⁴²⁵

Für die weitere Analyse werden 182 Zitate außer Acht gelassen, die dem Typus „Information“ zuzuordnen sind. In diesen Fällen fand die Zwischenkriegszeit zwar Erwähnung, es fehlt den Aussagen jedoch der Charakter einer historischen Erzählung, also das Aufspannen eines die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umfassenden Sinnzusammenhangs, womit sie *per definitionem* aus dem uns interessierenden Bereich der Geschichtspolitik herausfallen. Es wird somit von 683 Zitaten, die als geschichtspolitische Narrative die Zwischenkriegszeit thematisieren, ausgegangen.

Tabelle 1: Analyierte Plenarsitzungsprotokolle des Sejm und Häufigkeit der kodierten Zitate pro Sitzung

Lfd. Nr.	Jahr	Monat(e)	Tag(e)	Sitzungsart und Nummer	Zitate ⁴²⁶	Zitate ⁴²⁷
1	1989	07	05	Sitzung des Sejm, Nr. 01	0	0
2	1989	07	10	Sitzung des Sejm, Nr. 03	2	2
3	1989	07	10	Sitzung des Sejm und Senat	3	3
4	1989	07	19	Sitzung des Sejm und Senat	3	3
5	1989	08	02	Sitzung des Sejm, Nr. 04	3	6
6	1989	08	16 bis 17	Sitzung des Sejm, Nr. 05	3	3
7	1989	08	23 bis 24	Sitzung des Sejm, Nr. 06	4	5
8	1989	09	12	Sitzung des Sejm, Nr. 07	1	1
9	1989	09	29 bis 30	Sitzung des Sejm, Nr. 08	2	2
10	1989	10	13 und 16	Sitzung des Sejm, Nr. 09	1	2
11	1989	10	20	Sitzung des Sejm, Nr. 10	0	0
12	1989	10	30	Sitzung des Sejm, Nr. 11	8	8
13	1989	11	16 bis 17	Sitzung des Sejm, Nr. 12	5	5
14	1989	11	23 bis 24	Sitzung des Sejm, Nr. 13	2	3
15	1989	11 und 12	30 und 01	Sitzung des Sejm, Nr. 14	4	4
16	1989	12	07 bis 08	Sitzung des Sejm, Nr. 15	9	9
17	1989	12	17 bis 20	Sitzung des Sejm, Nr. 16	15	16
18	1989	12	27 bis 29	Sitzung des Sejm, Nr. 17	13	13
19	1990	01	18 bis 20	Sitzung des Sejm, Nr. 18	11	13
20	1990	01	25 bis 26	Sitzung des Sejm, Nr. 19	14	15
21	1990	02	01	Sitzung des Sejm, Nr. 20	3	3
22	1990	02	09	Sitzung des Sejm, Nr. 21	15	16
23	1990	02	22 bis 24	Sitzung des Sejm, Nr. 22	13	17
24	1990	03	08 bis 09	Sitzung des Sejm, Nr. 23	2	3
25	1990	03	22 bis 24	Sitzung des Sejm, Nr. 24	10	10
26	1990	04	05 bis 06	Sitzung des Sejm, Nr. 25	14	14
27	1990	04	11	Sitzung des Sejm, Nr. 26	1	1
28	1990	04	18	Sitzung des Sejm, Nr. 27	2	2
29	1990	04	26 bis 28	Sitzung des Sejm, Nr. 28	24	28
30	1990	05	10 bis 11	Sitzung des Sejm, Nr. 29	2	2
31	1990	05	17 bis 18	Sitzung des Sejm, Nr. 30	4	7

⁴²⁵ Dies ergibt sich aus der Anzahl der Zitate in der X. und I. Kadenz (675 bzw. 190) gewichtet nach der Anzahl der Worte in den Protokollen (7,128417 Millionen bzw. 1,947695 Millionen). Für die X. Kadenz ergibt dies 94,75, für die I. Kadenz 97,551.

⁴²⁶ Anzahl der codierten Zitate. Ausgenommen sind hier jene, die dem Informationstypus zugeordnet wurden.

⁴²⁷ Anzahl der codierten Zitate. Inkludiert sind hier jene, die dem Informationstypus zugeordnet wurden.

32	1990	05	24	Sitzung des Sejm, Nr. 31	5	5
33	1990	06	07 bis 08	Sitzung des Sejm, Nr. 32	9	9
34	1990	06	21 bis 22	Sitzung des Sejm, Nr. 33	9	10
35	1990	07	05 bis 06	Sitzung des Sejm, Nr. 34	4	4
36	1990	07	12 bis 13	Sitzung des Sejm, Nr. 35	7	8
37	1990	07	19 bis 21	Sitzung des Sejm, Nr. 36	15	17
38	1990	07	26 bis 28	Sitzung des Sejm, Nr. 37	12	24
39	1990	09	12 bis 14	Sitzung des Sejm, Nr. 38	3	4
40	1990	09	20 bis 21	Sitzung des Sejm, Nr. 39	15	16
41	1990	09	27 bis 29	Sitzung des Sejm, Nr. 40	5	9
42	1990	10	11 bis 13	Sitzung des Sejm, Nr. 41	11	13
43	1990	10	25 bis 26	Sitzung des Sejm, Nr. 42	6	8
44	1990	11	08 bis 10	Sitzung des Sejm, Nr. 43	6	8
45	1990	11	22 bis 23	Sitzung des Sejm, Nr. 44	9	12
46	1990	11	29 bis 30	Sitzung des Sejm, Nr. 45	12	19
47	1990	12	13 bis 14	Sitzung des Sejm, Nr. 46	7	10
48	1990	12	19 bis 22	Sitzung des Sejm, Nr. 47	4	5
49	1990	12	21 bis 22	Sitzung des Sejm und Senat	0	0
50	1991	01	04 bis 05	Sitzung des Sejm, Nr. 48	1	4
51	1991	01	11 bis 12	Sitzung des Sejm, Nr. 49	4	9
52	1991	01	24 bis 25	Sitzung des Sejm, Nr. 50	9	9
53	1991	02	14 bis 15	Sitzung des Sejm, Nr. 51	7	9
54	1991	02	21 bis 23	Sitzung des Sejm, Nr. 52	12	17
55	1991	03	7 bis 9	Sitzung des Sejm, Nr. 53	12	15
56	1991	03	21 bis 23	Sitzung des Sejm, Nr. 54	14	17
57	1991	04	04 bis 05	Sitzung des Sejm, Nr. 55	1	2
58	1991	04	18 bis 20	Sitzung des Sejm, Nr. 56	11	17
59	1991	05	02	Sitzung des Sejm, Nr. 57	1	1
60	1991	05	03	Sitzung des Sejm und Senat	2	2
61	1991	05	09 bis 10	Sitzung des Sejm, Nr. 59	8	9
62	1991	05	16 bis 17	Sitzung des Sejm, Nr. 60	1	1
63	1991	05	23 bis 25	Sitzung des Sejm, Nr. 61	9	14
64	1991	06	06 bis 07	Sitzung des Sejm, Nr. 62	10	12
65	1991	06	13 bis 15	Sitzung des Sejm, Nr. 63	5	6
66	1991	06	21	Sitzung des Sejm, Nr. 64	1	1
67	1991	06	27 bis 28	Sitzung des Sejm, Nr. 65	6	8
68	1991	07	04 bis 05	Sitzung des Sejm, Nr. 66	3	3
69	1991	07	11	Sitzung des Sejm, Nr. 67	0	0
70	1991	07	18 bis 20	Sitzung des Sejm, Nr. 68	9	11
71	1991	07	25 bis 27	Sitzung des Sejm, Nr. 69	5	8
72	1991	08	21 bis 24	Sitzung des Sejm, Nr. 70	6	13
73	1991	08	29 bis 31	Sitzung des Sejm, Nr. 71	13	18
74	1991	09	06 bis 07	Sitzung des Sejm, Nr. 72	9	10
75	1991	09	12 bis 14	Sitzung des Sejm, Nr. 73	6	13
76	1991	09	19 bis 20	Sitzung des Sejm, Nr. 74	1	4
77	1991	09	25 bis 28	Sitzung des Sejm, Nr. 75	2	3
78	1991	10	03 bis 05	Sitzung des Sejm, Nr. 76	8	10
79	1991	10	9 bis 11	Sitzung des Sejm, Nr. 77	13	16

80	1991	10	16 bis 19	Sitzung des Sejm, Nr. 78	12	15
81	1991	10	25	Sitzung des Sejm, Nr. 79	1	1
82	1991	11	25 bis 26	Sitzung des Sejm, Nr. 01	6	6
83	1991	12	17 bis 18	Sitzung des Sejm, Nr. 02	4	4
84	1991	12	21	Sitzung des Sejm, Nr. 03	1	1
85	1991	12	23	Sitzung des Sejm, Nr. 04	0	0
86	1992	01	03 bis 04	Sitzung des Sejm, Nr. 05	7	8
87	1992	01	23 bis 25	Sitzung des Sejm, Nr. 06	5	5
88	1992	01 und 02	30 bis 01	Sitzung des Sejm, Nr. 07	34	44
89	1992	02	13 bis 14	Sitzung des Sejm, Nr. 08	5	6
90	1992	02	26 bis 28	Sitzung des Sejm, Nr. 09	9	12
91	1992	03	05 bis 06	Sitzung des Sejm, Nr. 10	9	9
92	1992	03	19	Sitzung des Sejm, Nr. 11	7	11
93	1992	04	02 bis 04	Sitzung des Sejm, Nr. 12	14	17
94	1992	04	23 bis 25	Sitzung des Sejm, Nr. 13	13	14
95	1992	05	06 bis 09	Sitzung des Sejm, Nr. 14	14	17
96	1992	05	21 bis 23	Sitzung des Sejm, Nr. 15	15	27
97	1992	05	28	Sitzung des Sejm, Nr. 16	5	8
98	1992	06	04	Sitzung des Sejm, Nr. 17	1	1
				SUMME	683	865

10.2.2 Kategorie Gegenwartskontext

In dieser offen angelegten Kategorie wurde erfasst, im Rahmen welcher Themen die historische Referenz kommuniziert worden ist. Eine vorab festgelegte grobe Einteilung in Politikressorts (Außenpolitik, Wirtschaftspolitik etc.), wie sie in inhaltsanalytischen Kategoriensystemen üblich ist, wäre in diesem Fall zu abstrakt. Zudem wären dann viele Kontexte schwerlich trennscharf einzuordnen gewesen. Stattdessen wurde – wo möglich – auf niedrigerem Abstraktionsniveau gearbeitet. Als erste Orientierung diente der Tagesordnungspunkt, in dem beispielsweise festgehalten wird, welches Gesetz debattiert wird oder welches Ministerium einen Arbeitsbericht vorlegt. Im Falle der Interpellationen war dies allerdings nicht möglich. Zudem wurden in einigen Fällen Diskussionen geführt, die vom Tagesordnungspunkt weit abschweiften um andere Themen aufzugreifen. Um den Kontext bestimmen zu können, mussten daher zumeist die gesamten Redebeiträge mitberücksichtigt werden oder gar die gesamte Debatte betrachtet werden. Pro Textausschnitt wurde nur eine Kategorie vergeben.

Betrachtet man die Gegenwartskontexte der historischen Referenzen, fällt zunächst die Breite der Themen auf, im Rahmen derer die Bezüge hergestellt wurden. Wenig überraschend ist, dass die Zwischenkriegszeit angesprochen wurde, als Jahrestage (z. B. 200 Jahre der

„Verfassung vom 3. Mai“, 70 Jahre der „Schlacht bei Warschau“, 70 Jahre der „Vermählung mit dem Meer“, 25. Todestag von Stanisław Mikołajczyk) begangen wurden, als die polnischen Staatssymbole diskutiert wurden (darin das geänderte Staatswappen), Auszeichnungen und Auszahlungen für Kriegsveteranen auf der Tagesordnung standen, zur Enthüllung eines Denkmals zur Erinnerung an die im „Prozess der Sechzehn“ (Juni 1945) verurteilten eingeladen wurde oder als Włodzimierz Krajewski (PSL) von einer Schändung des Grabes von Maciej Rataj in Palmiry berichtete, woran er bauernfeindliche Tendenzen und fehlende politische Kultur festmachte.⁴²⁸

Das Gros der Kontexte ist jedoch den tagespolitischen Problemstellungen zuzuschreiben, die sich in den ersten Transformationsjahren ergeben haben und auf den ersten Blick mit Geschichte wenig zu tun haben. Hier reicht das Spektrum von der Ratifizierung internationaler Abkommen, über die Verabschiedung eines Börsengesetzes, Debatten zu den Staatshaushalten, Medienzensur, regionaler und zentralstaatlicher Verwaltung, Änderungen des Strafgesetzbuches, der Durchführung des „Balcerowicz-Plans“, der Situation der Minderheiten in Polen, Diskussionen über ein neues Parteiengesetz, die Arbeit der Polizei und des Gerichtswesens bis hin zur Rolle der Landwirtschaftskammer.

Die detailliert erfassten Gegenwartskontexte lassen sich nun zu abstrakteren Gruppen zusammenfassen. Es handelt sich dabei, wie gesagt, um eine durch das Untersuchungsmaterial angeleitete, themenorientierte Gruppenbildung, nicht um ein auf vollständige Abbildung des Konzeptes „Politik“ oder „Themenbereiche“ abzielendes Kategoriensystem. Daher zeigen die Gruppen „Bildung, Kultur und Religion“ einen anderen Auflösungsgrad als „Verfassung“ und einige denkbare Bereiche sind gar nicht genannt.

⁴²⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Włodzimierz Krajewski (PSL), Sitzung vom 8.-10.11.1990.

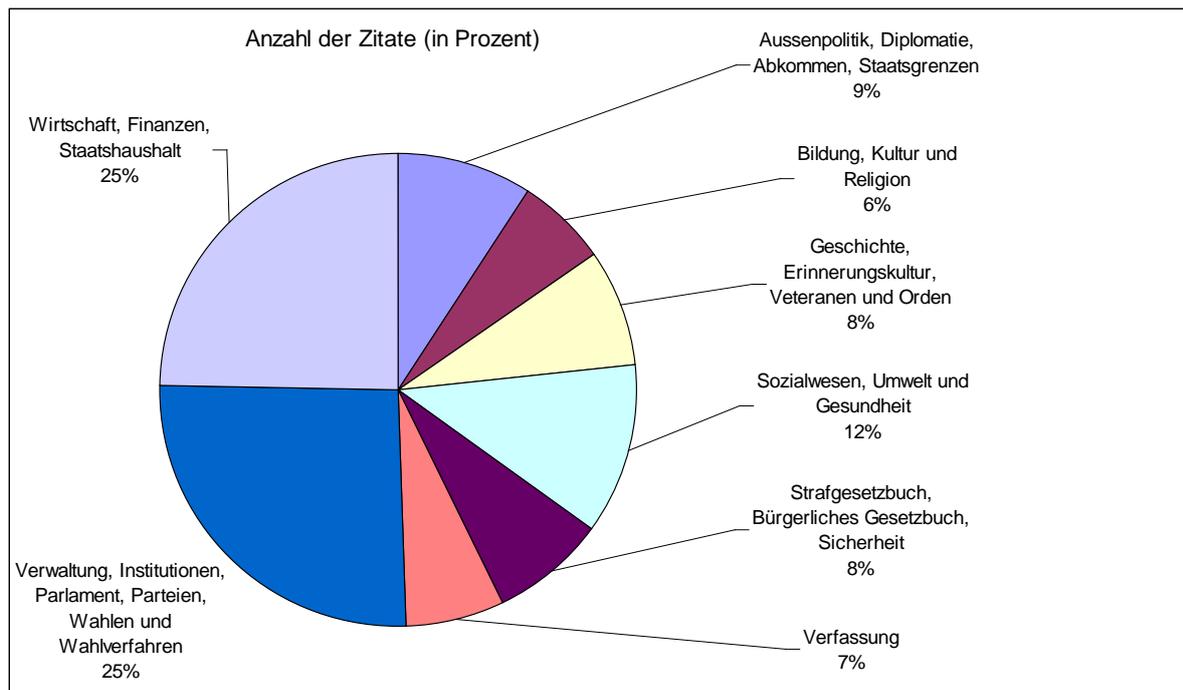


Diagramm 3: Gegenwartskontexte der Zitate mit Bezug auf die Zwischenkriegszeit im polnischen Sejm (05.07.1989-04.06.1992)

Das Diagramm 3 zeigt, dass der sehr weit gefasste Bereich „Geschichte“, zu dem auch die Vergabe von Orden und die Versorgung von Kriegsveteranen gezählt wurde, nur einen relativ kleinen Teil der Gegenwartskontexte ausmacht.

Einschränkend ist zu beachten, dass einige – wenngleich wenige – der Redebeiträge Reaktionen auf vorangehende geschichtspolitische Referenzen darstellten und somit die entsprechenden Kontexte häufiger gezählt wurden. Noch wichtiger ist die Einschränkung, dass der hier erfasste Kontext in zahlreichen Fällen nicht oder nur in geringem Maße dem Inhalt der geschichtspolitischen Argumente entsprach: In vielen Fällen dienten Debatten „nur“ als Gelegenheit zur Profilierung des Redners oder seiner Partei, zum Angriff gegen andere Politiker und Parteien und nicht selten drifteten die Vortragenden mit ihren geschichtspolitischen Überlegungen inhaltlich recht weit vom zur Diskussion anstehenden

Thema ab. Ein Extrem bilden dabei Aussagen, insbesondere in Form von Interpellationen,⁴²⁹ die praktisch keinen Bezug zu gegenwärtigem Kontext bilden sondern in ihrer Form als kurze Geschichtsreferate beschreibbar sind. Neben diesen geschichtspolitischen Degressionen besteht aber der weitaus größte Teil der hier identifizierten Zitate aus unterschiedlich umfangreichen Narrativen, die sich in die Argumentationen der Redebeteiligten eingliedern und teils für sich, teils gemeinsam mit anderen geschichtspolitischen und nicht-historischen Überlegungen zur Bildung von Identitäten und Orientierung von Entscheidungen führen.

Neben der breiten thematischen Streuung einzelner Zitate ist auffällig, dass bestimmte Themen mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl von Referenzen verbunden waren. Neben Debatten zur Verfassung bzw. Verfassungsänderung gehörte auch die Reformierung des Genossenschaftswesens zu diesen Themen, ebenso wie die Regulierung der Arbeit von Sejm und Senat (Parteiengesetz, Wahlordnung, Kompetenzen des Parlaments). Der häufige Kontext der Außenpolitik war geprägt durch die Frage der neuen politischen Lage Polens in Europa; insbesondere wurde die Beziehung zur sich wiedervereinigenden Bundesrepublik sowie mit der Tschechoslowakei geschichtspolitisch angegangen. Der weite Bereich von wirtschafts- und finanzbezogenen Themen beinhaltet neben Fragen der Privatisierung und Liberalisierung auch Diskussionen zu Finanzinstitutionen wie der polnischen Nationalbank oder Debatten zu den Staatshaushalten der Jahre 1989-1991.

Die Kontexte der geschichtspolitischen Bezugnahmen entsprechen also im Großen und Ganzen dem historischen Kontext, der durch die politische und wirtschaftliche Transformation sowie die veränderte geopolitische Situation geprägt ist. Um hier weitere Erkenntnisse zu erlangen wäre es allerdings nötig, die Verteilung von Gegenwartskontexten geschichtspolitischer Aussagen mit den Verteilungen aller Aussagen zu vergleichen. Ein zweiter Weg ist der Abgleich mit einer wissenschaftlichen Darstellung der politischen

⁴²⁹ Eine Besonderheit stellt die Unterscheidung von Redebeiträgen innerhalb der in der Tagesordnung festgelegten Programmpunkte einerseits und den zuvor angemeldeten, frei gewählten Erklärungen einzelner Abgeordneter (*oświadczenia poselskie*) dar. Letztere finden zum Ende der Plenarsitzungen statt und dürften geringer frequentiert worden sein.

Geschichte Polens in diesem Zeitraum. Bestens hierzu geeignet ist Antoni Dudeks „Pierwsze lata III Rzeczypospolitej“⁴³⁰ in dem die zentralen politischen Debatten dieser Zeit skizziert werden. Tatsächlich entsprechen die Kontexte der geschichtspolitischen Bezugnahmen auf die Zwischenkriegszeit weitgehend den Debatten dieser Zeit.

Ein anderer Erklärungsansatz wäre, dass es nicht die Themen an sich sind, die zu mehr oder weniger geschichtspolitischen Referenzen zur Zwischenkriegszeit führen, sondern die Art der Fragestellung in Bezug auf ein anderes Kriterium. Im Hinblick auf die Schaufensterparlamentarismusthese (siehe Kap. 4.4) könnte man vermuten, dass es Fragestellungen gibt, bei denen geschichtspolitische Argumentationen besonders häufig Anwendung finden, da die tatsächlichen Motivationen der Beteiligten in der Öffentlichkeit nicht vertretbar wären.

Im Falle der Verfassungsdebatte ist es darüber hinaus nachvollziehbar, dass die Aufgabe der Formulierung einer neuen Verfassung von sich aus die Thematisierung früherer Verfassungen des 20. Jahrhunderts und somit auch derjenigen der Zwischenkriegszeit herausfordert. Zusätzlich wirft die Verfassung und in ihr insbesondere die Präambel Fragen zum Selbstverständnis der politischen Gemeinschaft, des Staates und seiner Institutionen auf. Verfassungsdebatten sind somit unweigerlich Debatten über die Identität der politischen Gemeinschaft und der Legitimität des politischen Regimes was wiederum historische Referenzen herausfordert, wenn man die Prämisse akzeptiert, dass kollektive Identitäten immer auch in der Verständigung über und Erzählung von gemeinsamer Vergangenheit bestehen. Wiederum: Die umgekehrte Verallgemeinerung funktioniert nicht. Wie ließe sich sonst der hohe Anteil des Kontextes „Wirtschaft, Finanzen und Staatshaushalt“ erklären?

10.2.3 Kategorie: Historischer Gegenstand

Auch im Falle des historischen Gegenstands wurde eine offene Kategorie erstellt, die im Laufe der Analyse mit Unterkategorien aufgefüllt wurde. Eine Möglichkeit, in dieser Hinsicht

⁴³⁰ Dudek, Pierwsze lata III Rzeczypospolitej: 1989-2001 (2002).

auch jene Themen zu erfassen, die nicht thematisiert worden sind, ist die Überprüfung der Treffer in der Liste der Suchbegriffe, die im Anhang zu finden ist. Diese Suchbegriffe, die mit Hilfe jeweils unterschiedlicher, aber nicht aufgeführter regulärer Ausdrücke überprüft worden sind, sind unterteilt in jene, die in den Protokollen vorgefunden werden konnten und jene, die nicht aufgefunden wurden.

Zu beachten ist, dass der Vergleichsrahmen hier von geschichtswissenschaftlichen Arbeiten vorgegeben wurde. Interessant wäre hingegen auch ein Vergleich mit jenen Themen, die in der Geschichtskultur der polnischen Bevölkerung in Bezug auf die Zwischenkriegszeit insgesamt eine Rolle spielen bzw. mit jener, die in der Gruppe der Parlamentarier zum Untersuchungszeitpunkt vorherrschte. Leider stehen hierzu keine Untersuchungen zur Verfügung. Jedenfalls ist es nicht verwunderlich, dass Begriffe, die auf die Geschichte der jüdischen Minderheit in der Zwischenkriegszeit verweisen, insbesondere Personennamen und Namen von Organisationen, selten aufgefunden worden sind. Hier dürfte schlicht die politische Relevanz in der Gegenwart gefehlt haben.⁴³¹ In Bezug auf die zahlreichen politischen Parteien und Gruppierungen, die in der Zwischenkriegszeit eine Rolle gespielt haben, die aber keine Erwähnung finden, fehlt diese Relevanz ebenfalls.

Um zur Kategorie des historischen Gegenstands der Narrative zurückzukommen, ist zunächst einmal hervorzuheben, dass in vielen Fällen mehrere Gegenstände im Rahmen eines Zitats auftreten konnten. Entsprechend wurden z. T. mehrere Unterkategorien zugeordnet. Daher gibt es mehr Codierungen in dieser Oberkategorie als es Zitate gibt (nämlich 929 Codierungen gegenüber 683 Zitaten). Wurde ein Gegenstand in einem Zitat mehrfach genannt, so wurde die Kategorie dennoch nur ein Mal vergeben. Alternativ könnte man auch von einem zweistufigen Kategoriensystem sprechen, bei dem die historischen Gegenstände mit einem eigenen Kategoriensystem erfasst wurden, das als Kodiereinheit nicht die Narrative, sondern einzelne Nennungen von Personen, Ereignissen, Institutionen und

⁴³¹ Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs lebten in Polen 3,46 Millionen Menschen, die sich zum jüdischen Glauben bekannten (etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung). In den 1990er Jahren waren es hingegen nur noch wenige Tausend. Węgrzynek & Zalewska, Demografia [Demographie (o.J.).

sonstigen als in der Vergangenheit liegend erzählten Elementen definieren. Voraussetzung für die weitere Analyse auf Ebene der Narrative ist dann die eindeutige Zuordnung der Kodierungen in den einzelnen Systemen zu konkreten Textstellen.

Anhand der explizit in den Parlamentsreden genannten Personen, Ereignisse, Institutionen und sonstigen „Gegenstände“ lässt sich ein erster Überblick über die Landschaft der geschichtspolitischen, auf die Zwischenkriegszeit bezogenen Narrative vermitteln. Auch hier besticht die immense thematische Breite. Eine komplette Auflistung erfolgt im Anhang⁴³², in Tabelle 2 werden die mehr als fünf Mal genannten Gegenstände aufgeführt.

Tabelle 2: Gegenstand der Bezugnahme in der Zwischenkriegszeit (vollständige Tabelle im Anhang)

Gegenstand	Anzahl
Gesetze und politische Normen	190
Wincenty Witos (1874-1945)	36
Józef Piłsudski (1867-1935)	30
Sejm der Zweiten Republik	30
Genossenschaftswesen	24
Verfassung 1921	22
Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918	20
Zweite Republik Polen (Staat)	20
Verfassung 1935	18
Maiputsch (1926)	14
Polnisch-Sowjetischer Krieg (1919-1921)	12
Maciej Rataj (1884-1940)	11

⁴³² Eine vollständige Liste der in den Zitaten aufgefundenen Namen von Personen, Institutionen, Organisationen sowie Bezeichnungen von Ereignissen ist im Anhang (Kapitel: Suchbegriffe für die Untersuchung von Plenarsitzungsprotokollen (Diktionär)) aufgeführt. Dort ist zu beachten, dass die Begriffe so übernommen wurden, wie sie in den Reden vorgekommen sind. Es ist zum Beispiel unklar, ob die Zeitung „życie żyrandowa“ tatsächlich ihre Quellen in der Zwischenkriegszeit hat, wie dies der Redner behauptet hat, oder nicht – gegründet wurde die Zeitung jedenfalls erst 1951. Als Ausnahme von dieser Vorgehensweise ist anzumerken, dass in Klammern die Datumsangaben zu den Personen und Ereignissen angegeben wurden, wie sie der jeweiligen Textstelle entsprechend vom Autor verstanden wurden.

Schlesische Aufstände (1919,1920,1921)	11
Polizei, Grenzschutz etc.	10
Sanacja	10
Wladyslaw Grabski (1874-1938)	10
Orthodoxe Kirche und Kirchenmitglieder	9
Bildungswesen, Schulen	8
Landwirtschaft	8
Landwirtschaftskammer	8
Handels- und Zivilgesetzbuch	7
PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe)	7
Zwischenkriegszeit als Zeitspanne	7
Bereza Kartuska (Gefängnis)	6
Gerichte und Gerichtswesen	6
Kriegsinvaliden, Kriegsteilnehmer, Veteranen	6
Ministerien	6
Pfadfinder, Pfadfinderorganisationen	6
Staatswappen Polens	6
Stanisław Mikołajczyk (1901-1966)	6

Bedeutung von Politik und Personen

Wenn politische Akteure nach Kontinuitäten, Diskontinuitäten, Beispielen und Gegenbeispielen in der Zwischenkriegsgeschichte suchen, so ist es kaum verwunderlich, dass es im Wesentlichen politische Akteure, Institutionen, Gesetze, Entscheidungen und Programme sind, auf die sie sich beziehen. Die häufige Nennung des Sanacja-Regimes, des Maiputesches und des Bereza-Kartuska-Gefängnisses (seltener auch des Brester Prozesses) deutet bereits darauf hin, dass auch die gängigsten Beispiele des undemokratischen Charakters der Zweiten Republik aufgekommen sind – womit wir aber bereits auf die narrativen Sinnzusammenhänge vorgreifen. Bei den häufig genannten Personen handelt es sich um polnische Politiker, darüber hinaus treten aber auch zahlreiche Persönlichkeiten der kulturellen, wissenschaftlichen und kirchlichen Bereiche auf. Die Namensliste ist deutlich von Männern dominiert. Die relativ seltene explizite Nennung politischer Parteien ist hingegen auf den ersten Blick verwunderlich, allerdings wurden häufig gegenwärtige Parteien mit jenen der Zwischenkriegszeit gleichgesetzt, also Kontinuität impliziert, und diese Fälle wurden nicht gesondert aufgenommen. Zudem wird sich noch herausstellen, dass bestimmte politische Führungspersönlichkeiten der Zwischenkriegszeit häufig zur Parteienidentitätsbildung herangezogen wurden. Die weitaus größte Aufmerksamkeit haben Gesetze und politische Verfahrensnormen sowie die Verfassungen der Zwischenkriegszeit erlangt. Die überragende

Häufigkeit diese Kategorie („Gesetze und politische Normen“) ist ein überraschendes Ergebnis der Analyse und wird im Detail noch diskutiert werden.

Insgesamt lässt sich sagen, dass das Register von „Gegenständen“ der Bezugnahmen auf die Zwischenkriegszeit einerseits den politischen Gegenwartskontext reflektiert, indem es vor allem politikgeschichtliche Namen und Begriffe enthält und Begriffe zu Themen, die im Untersuchungszeitraum gegenwärtig zur Diskussion standen (Genossenschaftswesen, Polizei, Staatsgrenzen, Minderheiten, Staatswappen usw.). Darüber hinaus spiegelt es auch die generelle Geschichtskultur der polnischen Gesellschaft in Bezug auf die Zwischenkriegszeit wider: Der Kampf um die nationale Unabhängigkeit, das Pantheon der Politiker, die Erfolge der Zweiten Republik – aber auch die Kritik an der Zweiten Republik und der *Sanacja* scheinen auf.

Die Politikzentriertheit der Bezugnahmen lässt sich auch als Teil der generellen Entwicklung der polnischen Geschichtskultur beschreiben. Die empirischen Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Wertvorstellungen einerseits und Auffassungen über die Vergangenheit andererseits ergeben, dass 1965 ein „politischer Realismus“ vorherrschte, sich die Mehrheit der Bevölkerung also mit der Realität abzufinden versuchte und ihr Blick in die polnische Geschichte entsprechend geprägt war – zum Beispiel indem das romantische Bild der Aufstände während der Teilungen im 19. Jh. seltener angeführt wurde. Dieser „politische Realismus“ begann sich Umfragen in den 1970er Jahren zufolge aufzulösen und machte bis 1988 endgültig einer Präferenz für die Werte „Unabhängigkeit und Freiheit“ Platz. Der bewaffnete Kampf um diese Werte erlangte wieder Attraktivität. Die Nation wurde zu dieser Zeit vor allem als politische Gemeinschaft gesehen, was seinen Ausdruck auch darin fand, dass zu dieser Zeit (anders als bei den Umfragen vorher und nachher) die Werte „Kultur und Wissenschaft“ in Bezug auf die Nation für die Befragten keine Rolle spielten. Józef Piłsudski, die Erlangung der Unabhängigkeit 1918 und der polnisch-sowjetische Krieg von 1920 wurden in den 1980ern aus diesem Grund besonders stark thematisiert, sie ließen sich verbinden mit der Idee des Kampfes um einen alternativen (nicht-kommunistischen) Staat, dessen genauere

Konturen aber nicht feststanden.⁴³³ An dieser Stelle entscheidend ist die Feststellung, dass 1988 eine Fixierung auf die politische Geschichte Polens in der Geschichtskultur insgesamt vorherrschte. Offensichtlich ist diese auch in der Geschichtspolitik spürbar.

Neben der Dominanz des Politischen in den geschichtspolitischen Narrativen ist darauf hinzuweisen, dass die Zwischenkriegszeit häufig als *kulturelle* Blütezeit dargestellt wurde. Im Parlament wurden mehrfach Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler der Zwischenkriegszeit zitiert oder es wurde auf die gute Qualität von Film und Literatur der Zwischenkriegszeit im Allgemeinen verwiesen.⁴³⁴ Die Tradition des polnischen Radios wurde in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgt, um es vor der Delegitimierung durch das „totalitäre“ Erbe zu bewahren.⁴³⁵ Das *Parlamentarne Kolo Lotnicze* erinnerte an die Piloten Franciszek Żwirko und Stanisław Wigura.⁴³⁶ Die Kandidatin zur Vorsitzenden der Nationalbank, Hanna Gronkiewicz-Waltz, wurde von Lech Falandysz dadurch beworben, dass er sie als „Repräsentantin“ der juristischen Fakultät der Universität Warschau vorstellte, einer „Institution, deren Visitenkarte in Polen keine schlechte Referenz darstellt. Die Menschen aus dieser Fakultät spielten eine wichtige Rolle in der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit der zwanzig Jahre der Zwischenkriegszeit. Die Fakultät (...) überdauerte würdevoll die Phase der Volksrepublik, und heute gibt sie ihre Leute zum Dienst am Land mit voller Verantwortung für sie frei.“⁴³⁷ Dobrochna Kedzierska-Truszczynska von der PZPR hingegen stellt die „weißen Flecken“ in der polnischen Presse der Zwischenkriegszeit als Folge der Einflussnahme der Zensur den „Postulaten der

⁴³³ Szacka (2006: 207-211).

⁴³⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Zbigniew Drela (OKP), Sitzung vom 18.-20.4.1991.

⁴³⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Aleksander Malachowski (OKP), Sitzung vom 8.-10.11.1990.

⁴³⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Kazimierz Woźniak (parteilos), Sitzung vom 26.-28.07.1990.

⁴³⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Lech Falandysz (Staatssekretär), Sitzung vom 5.3.1992.

gegenwärtigen Konzeption der Liberalisierung des Pressewesens“ gegenüber⁴³⁸. Das letztgenannte Beispiel lässt die Vermutung zu, dass auch die Bewertung von Kultur und Wissenschaft letztendlich nicht unabhängig davon war, wie die Zwischenkriegszeit insgesamt politisch bewertet wurde.

Intra-, inter- und extranationale Elemente der geschichtspolitischen Narrative

So breit die Themenvielfalt auf den ersten Blick erscheint, so wird hier bereits deutlich, was nicht zur Sprache kommt. Besonders auffällig ist die weitgehende Konzentration auf Polen als Bezugspunkt. Wo die Narrative Elemente enthalten, die über die Vergangenheit der politischen Gemeinschaft Polens hinausgehen, bleiben sie fast ausschließlich mit dieser verbunden. Die Tschechoslowakei wurde zum Thema im Rahmen der Diskussionen zu den polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen als Belastungen derselben durch den polnisch-tschechoslowakischen Grenzkrieg von 1919 und den Konflikt um das Teschener Schlesien. Die in der Zwischenkriegszeit außenpolitisch zentrale Frage des Verhältnisses zu Russland bzw. zur Sowjetunion einerseits und Deutschland andererseits wird – meist vereinfacht und personifiziert durch die antagonistische Gegenüberstellung einer Konzeption Roman Dmowskis gegen eine Józef Piłsudskis – auch im Untersuchungszeitraum wieder zum Thema. Es wird diskutiert, ob der „Geist von Rapallo“ auch in der Gegenwart eine Gefahr darstelle, also ob die beiden großen Nachbarn Deutschland und Sowjetunion sich verbünden und Polen in Gefahr bringen könnten. In einigen Zitaten wird betont, eine solche „Gefahr“ sei in der Gegenwart gebannt. Von anderen Rednern wird hingegen eine Kontinuität dieser Gefährdung behauptet. Weniger Russland, insbesondere Deutschland spielt hier eine Rolle, denn es wird die Politik Helmut Kohls diskutiert, vor Revisionismus der Grenzen („zurück zur deutsch-polnischen Grenze von 1937“) gewarnt und in der Wiedervereinigung Deutschlands eine potenzielle Gefahr für die Integrität der polnischen Staatsgrenzen gesehen. Während des Besuchs von Präsident George H.W. Bush kommt kurz die „unterstützende Rolle der USA bei der Wiederherstellung des polnischen Staates, beginnend mit Versaille“, zu Wort. Auch im

⁴³⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Dobrochna Kędzierska-Truszczyńska (PZPR), Sitzung vom 1.2.1990.

Rahmen der zahlreichen Zitate zur Tradition der Exilregierung und der Kontinuität der polnischen Staatlichkeit über diese kommt das Ausland indirekt als Thema auf. Schließlich wird der Umgang mit den polnischen Veteranen des spanischen Bürgerkriegs diskutiert. In diesen kurz skizzierten Zitaten ist es die gegenwärtige Außenpolitik, die Frage der Staatsgrenzen und allgemein die von neuem aufgeworfene Frage der Lage Polens in einem gewandelten und sich wandelnden Europa, die den Kontext für nicht rein intra- sondern auch internationale Narrativelemente darstellen.

Eine zweite Gruppe von Zitaten verlässt tatsächlich das polnische narrative „Territorium“ und blickt ins Ausland. Da wird Deutschland als Beispiel und Vorbild für Genossenschaftswesen, an anderer Stelle für Gemeindewohnbau angeführt. Präsident Lech Wałęsa dient Frankreich als Beispiel dafür, dass eine gute Demokratie einen starken Hausherrn (*gospodarz*) brauche und somit das Präsidentenamt zu stärken sei. Die Attacken gegen die Linke werden mit den Nürnberger Gesetzen verglichen, andernorts wird eine Analogie zum Dritten Reich gezogen.⁴³⁹ Die Konsequenzen des Münchner Abkommens für die gegenwärtige Außenpolitik werden diskutiert, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche anhand ausländischer Erfahrungen beleuchtet und eine europatypische Entwicklung von der Unterstützung der Menschenrechte über wirtschaftliche Leistung zum Ausbau der Sozialleistungen auf die polnische Gegenwart übertragen. Die extra-nationalen Elemente gehen nicht über Anekdoten hinaus, die ein Argument untermauern helfen sollen, Reaktionen bleiben aus. Die beiden genannten Gruppen von teilweise und gänzlich extra-nationaler historischer Bezugselemente sind lediglich in 39 Zitaten aufzufinden, zum Großteil wurden sie oben skizziert.

⁴³⁹ In dieser exzentrischen Analogie geht es darum, dass man 1937 ein Deutscher auch in Österreich, Belgien oder Polen habe gewesen sein können, ohne für den Anschluss derselben an das Dritte Reich zu sein. Heute stelle sich die Frage, ob man dem Gebilde („twór“) EWG beitreten wolle, oder nicht. Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Janusz Korwin-Mikke (UPR (*Unia Polityki Realnej*, Union der Realpolitik), Sitzung vom 21.5.1992.

Die erwähnte Warnung vor der Selbstdarstellung Deutschlands als Opfer des Zweiten Weltkriegs durch Deutsche wie Polen (der Redner meint möglicherweise die deutsche Minderheit in Polen), die von Janusz Dobrosz (PSL) behauptet und u.a. an der Zerstörung eines Denkmals für die Kämpfer der schlesischen Aufstände auf dem Annaberg festgemacht wird, lässt sich als Vorbote eines Prozesses deuten, in dem nationale Geschichtspolitik erweitert wird um eine internationale geschichtspolitische Ebene.⁴⁴⁰ Diese war freilich schon vor 1989 vorhanden, doch trat nun Polen als eigenständiger „Spieler“ auf die veränderte Bühne der internationalen Geschichtspolitik während es zuvor im Wesentlichen Teil des „Ostblocks“ gewesen war. Verdeutlichen lässt sich dies etwa durch die – in ihrem historischen Gegenstand aus dem zeitlichen Rahmen dieser Arbeit fallenden – Konflikte um den Umgang mit dem Massenmord durch den sowjetischen NKWD an Polen in Katyń und weiteren Orten. Nach dessen Aufdeckung wurde Katyń zum Gegenstand eines langwierigen geschichtspolitischen Konflikts zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die versuchte, das Verbrechen der Wehrmacht zuzuschreiben, wobei die hiermit verbundene Propaganda in der polnischen Bevölkerung nur bedingt Erfolg zeigte. (Die regime-nonkonforme Geschichtsdeutung, welche der Wahrheit entsprach, musste – folgt man den theoretischen Überlegungen dieser Arbeit – zur Herabsenkung der Legitimation des kommunistischen Regimes führen.) Unmittelbar nach der Wende wurde Katyń wieder zum außen- und innenpolitischen Thema – die neuerlangte Unabhängigkeit von der Sowjetunion ermöglichte es Polen aber nun, in dieser heiklen Frage auf internationalem Parkett eine selbstbestimmte und eigenständige Position zu vertreten. Im Untersuchungszeitraum spielt die internationale Ebene noch eine relativ geringe Rolle, man darf aber annehmen, dass spätestens die Diskussionen über den EU- und NATO-Beitritt zu einer Zunahme der internationalen Elemente der Geschichtspolitik in Polen beigetragen haben. Interessant in diesem Zusammenhang wäre es, ob, wann und inwieweit auch „transnationale“ politische Objekte geschichtspolitisch identifiziert und orientiert werden, also ob im Sejm versucht wird, eine

⁴⁴⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Janusz Dobrosz (PSL), Sitzung vom 13.9.1991.

gemeinsame europäische Identität historisch zu begründen und damit Entscheidungsorientierungen zu verbinden.⁴⁴¹

Umfragen zur kollektiven Erinnerung der Gesamtbevölkerung in den Jahren 1988 und 2003 zeigen, dass Anfang der 1990er Jahre in Polen der Blick in die Vergangenheit vor allem als Element der Identifikation mit der Nation verstanden wurde. Wie Barbara Szacka bemerkt, ist dieser Anstieg der nationalen Identifikation Folge der Notwendigkeit einer nationalstaatlichen Selbstbehauptung nach der Wende. Entsprechend ließe sich anhand internationaler Umfragedatensätze der Trend auch in den übrigen post-kommunistischen Ländern Osteuropas beobachten. Wie die Untersuchung von 2003 jedoch eindeutig zeigt, verliert die Nation ihre dominante Position als Identifikationskategorie, und zwar auch im Hinblick auf die Identitätsbildung über historische Narrative: Stattdessen rückt das Individuum auf die erste Position. Der Blick in die Vergangenheit dient also in erster Linie der Beantwortung der Frage „Wer bin ich?“ und nicht „Wer sind wir als Nation?“. Zudem kommen im Bereich der Gruppenidentitäten als Konkurrenten zur Nation auch lokale und globale Identifikationen hinzu. Dies findet etwa darin seinen Ausdruck, dass 2003 mehr „globale“ historische Ereignisse als bedeutend angegeben wurden, als „nationale“.⁴⁴²

⁴⁴¹ Vgl. hierzu: Auel, *Europäisierung nationaler Politik* (2005).

⁴⁴² Szacka (2006: 52-54)

10.2.4 Kategorie: Typ des Narrativs

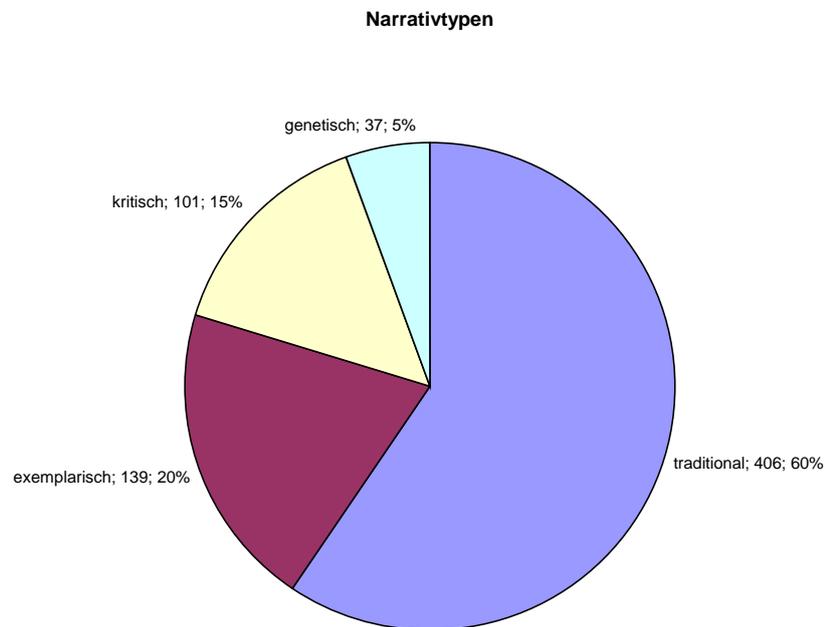


Diagramm 4: Typen historischen Erzählens in den geschichtspolitischen Narrativen des polnischen Sejm

Im Laufe der Analyse der Parlamentsprotokolle hat sich die Typologie des historischen Erzählens von Rösen als sehr gut anwendbar erwiesen. Die Typen sind abstrakt genug, um der Vielfalt der aufgefundenen Aussagen gerecht zu werden. Die Typologie Rösens ist in dem Maße trennscharf, dass ein Großteil der Fälle jeweils eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden konnte. Einzelfälle ließen sich hingegen schwer zuordnen und offenbaren ein Fehlen dieser Trennschärfe im Grenzbereich zwischen Kategorien.

10.2.4.1 Informative Aussagen

Eine spezielle Gruppe von Aussagen konnte keinem der vier Typen (traditional, kritisch, exemplarisch, genetisch) sinnvoll zugeordnet werden. Es handelt sich hierbei um meist wenig umfangreiche Passagen, die im Rösen'schen Sinne nicht als historische Narrative aufzufassen sind, da Ihnen nicht die Vorstellung eines die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

umfassenden Zeitverlaufs zu Grunde liegt. Dass sie überhaupt in der Analyse aufgeschieden sind, liegt an der Methode: Dem Einsatz des Suchbegriffkatalogs unterlag die Annahme, dass die Nennung bestimmter Begriffe – wie etwa Jahreszahlen oder Namen historischer Personen – Teil historischen Erzählens sein wird. Die „Historizität“ der Begriffe wurde also zunächst vorausgesetzt, erwies sich aber nicht in allen Fällen als gegeben. In den meisten Fällen handelt es sich um die Nennung von gesetzlichen Bestimmungen, die in der Vergangenheit beschlossen worden sind. Dabei interessiert jedoch nicht die Tatsache, in welcher Vergangenheit sie beschlossen wurden, sondern der Umstand, dass sie gelten, ebenso wie jedes gegenwärtig geltende Gesetz erst erlassen werden muss, um dann auf unbestimmte Zeit gültig zu sein. Im folgenden Beispiel wird deutlich, dass die Jahreszahlen lediglich darüber informieren, welche Vorschriften gemeint sind, darüber hinaus aber keine historische Bedeutung erlangen:

„Die bisherigen Vorschriften in diesem Bereich aus den Jahren 1927-1928 oder 1949 im Zusammenhang mit der Reorganisierung der Regionalverwaltung sowie weiteren sozial-politischen Änderungen erschweren in bedeutendem Maße die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Bereichen der Veterinärmedizin, also zwischen ihren staatlichen und privaten Einheiten.“⁴⁴³

Um einer solchen Aussage historischen Sinn zu verleihen, muss die zeitliche Differenz thematisiert werden und Bedeutung erlangen. Es genügt somit, dass in einer derartigen informativen Aussage darauf hingewiesen wird, dass z. B. ein Gesetz „schon“ und „bereits“ seit einem bestimmten Zeitpunkt gelte, was implizieren würde, dass diese Dauer von Bedeutung sei. Was „schon so lange“ bestand habe, solle auch weiter bestehen bleiben – würde hier der traditionale Narrationstypus weiter ausführen. Was sich „bereits“ in diesen und jenen Gelegenheiten als zweckmäßig erwiesen habe, werde sich auch in Zukunft bewähren, würde ein exemplarisches Narrativ schlussfolgern, usw.

⁴⁴³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Wilhelm Wolnik (PZPR), Sitzung am 19.-22.12.1990.

Im untersuchten Zeitraum wurden 182 derartige „informative“ aber nicht-historische Zitate identifiziert. Sie deuten darauf hin, dass die Zwischenkriegszeit ihre Spuren in der Verwaltungs- und Gesetzesstruktur des Staates hinterlassen hat. In einigen Fällen sind sie zu Gelegenheit und Auslöser weiterführender geschichtspolitischer Debatten geworden. In der folgenden Analyse werden sie zunächst ausgelassen, da sie aus dem Rahmen der hier angewandten Typologie und des Konzepts des geschichtspolitischen Narratives aus überzeugenden und sinnvollen Gründen herausfallen: Sie erfüllen nicht die handlungsorientierenden und identitätsbildenden Funktionen von geschichtspolitischen Narrativen.

10.2.4.2 Traditionale Narrative

Nur einen – aber wie versucht wurde zu unterstreichen nicht unbedeutenden – Schritt von der bloßen Information entfernt findet sich mit **181 Fällen** die größte Gruppe derjenigen Zitate, die in den Typus des traditionellen Erzählens fallen: **Die Aufforderung, eine legale Praxis beizubehalten oder wieder einzuführen**, die bereits in der Zwischenkriegszeit bestanden habe.

„Und dieses Eigentum muss durch die Verfassung geschützt werden. Ich möchte daran erinnern, dass sowohl die Verfassung von 1921 wie auch die Verfassung von 1935 die Bestimmung enthielten, die besagte, dass die Veräußerung staatlicher Immobilien, die Veränderung staatlicher Immobilien, die Belastung staatlicher Immobilien nur auf Grundlage eines Gesetzes erfolgen kann.“⁴⁴⁴

Hier wird impliziert, was in weiteren Zitaten dieser Gruppe als „Rückkehr“ oder „Beibehalten“ einer „Tradition“, als „Befolgung eines Vorbilds“ und dergleichen expliziert wird, nämlich dass eine bestimmte gesetzliche Bestimmung, eine formale Regulierung einer Verfahrensfrage, ein Verfassungsartikel o.ä. – jedenfalls eine Entscheidung – deswegen

⁴⁴⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Adam Zielinski (PZPR), Sitzung am 27.-29.12.1989.

sinnvoll und legitim sei, weil sie bereits in der Zwischenkriegszeit bestanden habe. Traditional ist diese Argumentation insofern, dass dieses Bestehen genügt, um die Entscheidung in ein positives Licht zu rücken. Eine Bewertung der Auswirkungen in der Vergangenheit, die Einschätzung der Anwendbarkeit in der Gegenwart oder sonstige weiterführende Überlegungen werden (im Rahmen des traditionellen Narrativs) nicht angestellt. Grundvoraussetzung für eine solche Raison ist eine fundamental positive Bewertung der Zwischenkriegszeit und in ihr getroffener politischer Entscheidungen.

Mit der Gruppe der traditionellen Argumentation der Rückkehr bzw. des Beibehaltens legaler Praxis eng verwandt ist eine kleinere Gruppe (**11 Zitate**) von Aussagen, in denen die **Herkunft einer Sache, Institution oder Person aus der Zwischenkriegszeit als Argument** dafür verwandt wird, dass ihr besondere Rechte, Pflichten oder sonstige Bedeutung zukommen. Das Alter macht hier den Wert aus:

„Ist die Tatsache normal, dass in meiner Heimatgemeinde und in vielen anderen Postfilialen liquidiert werden, die seit der Zwischenkriegszeit bestehen, ein grundlegendes Attribut der Zivilisation des 20. Jahrhunderts?“⁴⁴⁵

Ebenfalls nicht unbedingt auf die breit gefasste „legale Praxis“ bezogen, aber der erstgenannten Argumentationsweise sehr ähnlich sind **Narrative, die implizieren oder explizieren, eine Entscheidung sei sinnvoll, weil die entsprechende Vorgehensweise bereits in der Vergangenheit ausprobiert sei (12 Zitate)** oder unsinnig, **weil man es noch nie so gemacht habe (1 Zitat)**. Was bereits praktiziert wurde – so die hier zugrundeliegende Auffassung – wirkt berechenbarer und sicherer, als neuartige und ungewisse Maßnahmen. Freilich ist hiermit der erste Schritt zu einem exemplarischen Narrativ bereits angelegt.

„Das Projekt zum Gesetz über das Genossenschaftswesen (...) nimmt sich hauptsächlich zum Vorbild das Gesetz (...) vom Oktober 1920, es basiert auf einem Gesetz, das die Prüfung in der Marktwirtschaft der Phase der Zwischenkriegszeit

⁴⁴⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Wojciech Zarzycki (PSL), Sitzung am 11.-12.1.1991.

bestanden hat und das bis zum Anfang der fünfziger Jahre gute Dienste geleistet hat (...)⁴⁴⁶

Und:

„Viele Unsicherheiten treten auch auf Seiten des Imports auf: Niemals in der Vergangenheit, nicht einmal in der Zweiten Republik, gab es eine derart umfassende Liberalisierung des Imports, wie sie für 1990 vorgesehen wird.“

Eine weitere Gruppe (25 Zitate) von traditionellen Narrativen formuliert den Anspruch einer Rückkehr zu erzählten Ursprüngen, der Wiederherstellung eines Zustands, der angeblich zu einer Zeit in der Vergangenheit vorgeherrscht hat. Auch wird dazu aufgerufen, einem **Ursprung, einer Traditionslinie treu zu bleiben (5 Zitate)**, womit erzählte Abweichungen als unerwünschte dargestellt werden können. Ähnlich gestaltet sind **traditionale Narrative die eine Gefährdung eines früheren und erwünschten Zustands konstruieren (6 Zitate)**, womit bestimmte Handlungsanweisungen impliziert werden. Traditionale Narrative werden **gegen Angriffe behauptet und bekräftigt (1 Zitat)**.

„(...) noch im letzten Jahr entstand in Herbst eine Bewegung zur Wiederbelebung des Verbandes der Polnischen Pfadfinderschaft (*Związek Harcerstwa Polskiego*) die das Jahr 1918 als Maßstab annimmt und die auf friedliche und ruhige Weise versucht die ursprünglichen Pfadfindertraditionen wiederherzustellen, ohne eine Gegenposition oder zweite Pfadfinderschaft zu bilden, sondern indem auf diese alte Tradition unmittelbar zurückgegriffen wird. Dies geschieht unter der Schirmherrschaft von Broniszewski-Orsza, der diese Kontinuität garantiert (...)⁴⁴⁷

Oder:

⁴⁴⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Bohdan Osiński (SD), Sitzung vom 24.-25.1.1991.

⁴⁴⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Józefa Hennelowa (OKP), Sitzung vom 22.-24.2.1990.

„Gegenwärtig stellt die im gesellschaftlichen Bewusstsein vorhandene scharfe Trennung zwischen „wir“ und „sie“, zwischen „uns“ und „die Staatsmacht“. Wir müssen dieses Gefühl der Verbundenheit mit dem Staat wiederaufbauen, das in der II. Rzeczpospolita das Fundament für die größten Errungenschaften der Jahre 1918-1939 bildete.“⁴⁴⁸

Ebenfalls in diesen Bereich fallen traditionale geschichtspolitische Narrative welche der Logik folgen, eine bestimmte **politische Einstellung sei gegenwärtig wie sie ist, weil sie schon immer so gewesen sei (8 Zitate)**.

„Die Bauern hatten Recht, als sie unnachgiebig für die Reform von 1920 kämpften, sie hatten auch Recht als 1937 dutzende Söhne der Dörfer im Kampf um die Demokratie ihr Leben ließen. Sie hatten es nach dem Krieg, als die Dreiergruppen („trójki“) aus den Städten kamen und agitierten um sie von der Kollektivierung zu überzeugen. Ebenso haben wir heute Recht, wenn wir vor der Fortführung der gegenwärtig praktizierten Politik warnen.“⁴⁴⁹

Eine weitere häufige (45 Zitate) und ebenfalls klar umrissene Untergruppe von traditionellen Narrativen nennt die Namen von historischen Persönlichkeiten und/oder zitiert ihnen zugesprochene Aussagen, um auf diese Weise in Gegenwart und Zukunft geltende Sachverhalte zu behaupten. Die historische Persönlichkeit legitimiert eine vorgeschlagene Entscheidung, gegenwärtige Person oder Gruppe weil sie als den von ihr verkörperten Werten oder Ideen entsprechende dargestellt wird. Die in einem Zitat enthaltene Weisung wird durch die Schätzung und Achtung, die der historischen Person zukommen, zum Rang einer politischen, wissenschaftlichen oder sonstigen Weisheit erhoben. Häufig genügt die Nennung eines bekannten Namens:

⁴⁴⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jan Olszewski (PS), Sitzung vom 21.12.1991.

⁴⁴⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Waldemar Pawlak (PSL), Sitzung vom 6.9.1991.

„Die Idee des bewussten Vater- und Mutterseins, die Idee der Familienplanung hat in Polen eine viele Jahre zurückreichende Tradition. Sie wurde bereits vorgebracht und propagiert durch den geschätzten fortschrittlichen Arzt, Schriftsteller und Publizisten Tadeusz Boy Țeleński.“⁴⁵⁰

Um bestimmte Werte oder Ideen zu identifizieren, die mit den historischen Persönlichkeiten in Verbindung gebracht werden, werden sehr häufig Zitate genutzt:

„Der Vorsitzende des verfassungsgebenden Sejm, der Abgeordnete Trąpczyński, hat am 10. Februar 1920 in diesem Haus am Tag von Hallers Vermählung mit dem Meer (sic!) gesagt: ‚Ohne jene Lungen, die sich zum freien Meer hin öffnen, könnte unser Staat zwar existieren, aber leben könnte er nicht.‘ Heute braucht das polnische Meer vor allem diese sich zur freien Welt, zu unbefangenen, vernünftigen und klugen Handlungen öffnenden Lungen.“⁴⁵¹

Die von den historischen Persönlichkeiten verkörperten Ideen und Werte werden als in Gegenwart und Zukunft geltend verstanden, was besonders deutlich wird, wenn die Person selbst in die Gegenwart „hineingeholt“ wird: „Wenn Maciej Rataj heute leben würde, könnte er sagen: (...)“⁴⁵² und dergleichen. Es wird auch mehrfach daran erinnert, wie im Falle des genannten Trąpczyński-Zitats, dass eine genannte Person vom selben Rednerpult aus die zitierten Worte ausgesprochen habe, wie der Vortragende. Eine besonders interessante Form dieser „Vergegenwärtigung“ einer historischen Person ergibt sich in einem Redebeitrag von Zdzisław Domański (PSL), in dem er von einer Gruppe vor dem Sejm demonstrierender Bauern berichtet, die dem Premierminister Jan Bielecki eine Petition überreicht hatten:

⁴⁵⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Mirosława Grabarkiewicz (SD), Sitzung vom 22.-24.2.1990.

⁴⁵¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Piotr Lenz (LD), Sitzung vom 21.-22.6.1990.

⁴⁵² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jan Rajtar (PSL), Sitzung vom 21.-23.2.1991.

„Auf dem Weg zum Sejm, zum Belvedere und zum Amt des Ministerrates verbeugten sich die Bauern vor ihrem Anführer Witos. ‚Und Polen soll ewig währen‘ – auf dem Denkmal ist es so geschrieben. Und so hat auch Witos selbst gesprochen.“⁴⁵³

Traditionale Narrative werden dazu genutzt, Entscheidungen, Personen und Parteien zu delegitimieren. Dies geschieht, indem letztere in eine als unerwünscht und **verwerflich dargestellte bzw. verstandene Traditionslinie gestellt werden (11 Zitate)** oder indem behauptet wurde, sie **seien einer positiv bewerteten Traditionslinie nicht gerecht geworden (1 Zitat)**. Im folgenden Zitat nutzt der Redner die von ihm negativ bewertete Traditionslinie zu Lenin – wobei diese negative Bewertung im Laufe der Rede expliziert wird – um die Entscheidung der Abschaffung der Todesstrafe zu delegitimieren, wobei er diese Gelegenheit für einen Seitenhieb gegen die Linke (zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich PKLD) nutzt:

„Mich wundert auch die Philippik gegen die Todesstrafe nicht, denn ich bin Historiker und weiß, dass Wladimir Iljitsch Lenin – der in gewisser Weise in der Genealogie der gegenwärtigen polnischen neokommunistischen Linken ist, aus dem Grunde, dass sie sich sogar im Jahre 1981 nicht zu einer Distanzierung von ihrer Vergangenheit durchringen konnte, und später, im Jahre 1990 wieder sich auf diese Vergangenheit bezog, es gibt also eine gewisse Kontinuität – ebenfalls ein Gegner der Todesstrafe war.“⁴⁵⁴

Auf die Tatsache, dass positiv bewertete Traditionslinien zur Zwischenkriegszeit häufig, negative jedoch selten sind, wird noch einzugehen sein. Im genannten Zitat ist die negativ bewertete Traditionslinie ohnehin auf Stalin und die Alliierten bezogen, während der polnisch-russische Krieg von 1920 als nationaler Sieg verbucht wird und somit wiederum positiv bewertet wird.

⁴⁵³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Zdzisław Domański (PSL), Sitzung vom 7.-9.3.1991.

⁴⁵⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Marek Jurek (ZChN), Sitzung vom 22.5.1992.

Eine weitere interessante Gruppe traditionaler Narrative erzählt von **Opfern und Heldentaten, die zu bestimmten Folgen in der Gegenwart verpflichten (12 Zitate)**, oder aber in der **Vergangenheit erlittenes Leid wird zur Grundlage für eine Verpflichtung in der Gegenwart (9 Zitate)**. In den meisten Fällen geht es um Orden oder sonstige Auszeichnungen und Privilegien. Im folgenden Beispiel jedoch erzählt Eugeniusz Czykwin (UChS) im Rahmen seines Plädoyers für das vorgeschlagene Gesetz über das Verhältnis des Staates mit der orthodoxen Kirche von den politischen Repressionen gegen die orthodoxe Bevölkerung während der Zwischenkriegszeit (Opfer) und von ihrer Mitwirkung im Zweiten Weltkrieg auf Seiten Polens (Heldentat) wodurch der gesetzlich garantierte Schutz der freien Religionsausübung der Orthodoxen diesen zustehe:

„Ich will nur zwei Beispiele bringen; den Magnaten, Protektor und Beschützer der Orthodoxie, Fürst Konstanty Ostrogski, Sieger der ruhmreichen Schlacht bei Orscha, sowie die Bereiche der Friedhöfe bei Bologna und Monte Cassino, wo unter den charakteristischen achtarmigen Kreuzen Soldaten beigesetzt wurden, die – trotz dass in der Zwischenkriegszeit das Vaterland seine Kinder nicht mit je gleicher Liebe bedachte – in der Stunde der Wahrheit ehrenvoll ihre patriotische Pflicht erfüllten.“⁴⁵⁵

Mit traditionellen Narrativen lassen sich Personen und Organisationen **in die Pflicht nehmen (4 Zitate)**, beispielsweise als Andrzej Kern (OKP) im Laufe der Debatte über die Rentengesetzgebung, zu der nun eine Abstimmung anstand, auf die Veränderungen anspielte die sich in dieser Zeit in der ZSL/PSL zutrugen:

„Mir scheint, dass das Ergebnis der heutigen Abstimmung Antworten auf mindestens drei Fragen geben wird. Erstens, auf die Frage, inwiefern die heutige Linke sich von all diesen schlechten Altlasten befreit hat, welche die alte PZPR kennzeichneten. Zweitens, ob und inwiefern die ZSL nach der Vereinigung das Ethos der Partei von

⁴⁵⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Eugeniusz Czykwin (UChS), Sitzung vom 29.-30.11.1990.

Witos, der Partei von Mikołajczyk präsentieren (sic!) wird, oder aber weiterhin von den Fehlern der alten ZSL belastet sein wird.“⁴⁵⁶

Eine interessante Untergruppe bilden traditionale Narrative die mit der Aufforderung verbunden sind, die dargestellte **Vergangenheit solle in der Gegenwart erinnert werden (13 Zitate)**. Sie sind allesamt mit dem Anspruch verbunden, die nationale Erinnerungskultur auf eine bestimmte Weise zu prägen. Wenngleich diese Gruppe hier zu den traditionellen Narrativen gezählt wird, ist sie von diesen insofern verschieden, dass hier eine Selektion und Revitalisierung von historischen Narrativen erfolgt, die aber nicht mit hierüber hinausgehenden Ansprüchen verbunden sind, wie etwa der Orientierung von Handlungen. Die Narrative werden „gepflegt“ und bereitgehalten um dann eventuell geschichtspolitisch einsetzbar zu sein. Die Narrative werden aktualisiert und reinterpretiert um auch in Zukunft orientierend und identitätsbildend wirken zu können. Die Beziehung zwischen Vergangenheit und Gegenwart stellt sich hier jedoch anders dar, als bei den übrigen traditionellen Narrativen. Es geht nicht darum, zu erzählen, wie es in der Vergangenheit gewesen sei, um hieraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Vielmehr wird die Erinnerung an die Vergangenheit selbst zum Thema, unterschiedliche Formen und Inhalte der Erinnerung werden thematisiert. So wird gefordert, ein Denkmal solle auf ein bestimmtes Ereignis hinweisen oder eine Straßenumbenennung eine bestimmte Person ehren usw.

„Ich schlage vor, die morgige Tagesordnung um die Auswahl (...) einer Delegation zu ergänzen, welche an der Beisetzung von General Felicjan Skłodowski – des letzten Premierministers der Zweiten Republik, Soldaten, Verwalters und herausragenden Schriftstellers – teilnehmen würde. Ich denke dass eine inhaltliche Begründung an dieser Stelle nicht notwendig ist.“⁴⁵⁷

Sobald die Mittel, Zwecke und Nebenfolgen thematisiert und erwogen werden oder die Übertragbarkeit von Lösungen aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft

⁴⁵⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Kern (OKP), Sitzung vom 24.5.1990.

⁴⁵⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Ryszard Zieliński (UChS), Sitzung vom 7.-8.6.1990.

hinterfragt oder behauptet wird, wird der traditionale Typus in Richtung des kritischen oder exemplarischen Narratives verlassen, wie im folgenden Falle, bei dem der letzte Teil der Aussage bereits auf den exemplarischen Typ hindeutet:

„In letzter Zeit kehren wir zu den Traditionen der II. Republik zurück. (...) In den Zeiten der II. Republik haben jene, die eine staatliche Auszeichnung erhalten haben, keine finanzielle Prämie bekommen. Im Gegenteil, die Auszeichnung musste er für eine festgelegten Preis erwerben. Vielleicht sollten wir die Tradition dieser Jahre wieder einführen, vielleicht würde auf diese Weise das in der vorangegangenen Epoche angeschlagene Prestige staatlicher Auszeichnungen angehoben werden und dem Staatshaushalt würden Einkünfte statt Ausgaben zukommen.“⁴⁵⁸

Die Veränderung der Umstände – ein potenzieller kritischer Einwand gegen die Aufrechterhaltung derartiger traditionaler Argumentationen – wird im folgenden Zitat thematisiert und durch eine abstraktere Formulierung des traditionellen Narrativs umschifft, wobei die Erhöhung des Abstraktionsgrades das Zitat auch dem exemplarischen Typ näherbringt:

„Das Gesetz zum Fond der Nationalen Unterstützung (*Fundusz Daru Narodowego*) steht in der Tradition der beiden Fonds der Nationalen Verteidigung (*Fundusz Obrony Narodowej*) und der Verteidigung zur See (*Fundusz Obrony Morskiej*), die vor 50 Jahren als patriotische Reaktion auf die Bedrohung der Unabhängigkeit durch Krieg entstanden. Heute besteht die Gefahr des Krieges nicht. Es gibt jedoch heute die wirtschaftliche Bedrohung, die in ihren Folgen für Polen ähnlich gefährlich ist. Sie zu bezwingen ist Voraussetzung für den Erhalt unserer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit.“⁴⁵⁹

⁴⁵⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Sidor (PZPR), Sitzung vom 22.24.2.1990.

⁴⁵⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Mikołaj Kozakiewicz (Vorsitzender des Sejm), Sitzung vom 16.-17.11.1989.

Die Übergangszone vom traditionellen zum exemplarischen Erzählen wird auch bei einer Rede Leszek Moczulskis zum Gesetzesentwurf zur Restitution der Unabhängigkeit deutlich, in der zwar die II. Republik als positiver Anknüpfungspunkt für den gegenwärtigen Staat hervorgehoben wird, gleichzeitig aber auf die Jahre 1945-1989 hingewiesen wird, die nicht zu ignorieren seien: Eine Veränderung der Umstände also, die eine unmittelbare Kontinuität unmöglich mache.⁴⁶⁰

Eine Verknüpfung von traditionalem und kritischem Narrativ erfolgt in einem Mischtyp, in dem einerseits ein traditionales Narrativ kritisiert wird und gleichzeitig andererseits stattdessen ein anderes traditionales Narrativ behauptet wird. Diese Hybridform, ob in Verbindung mit traditionellen, genetischen oder exemplarischen Narrativen, ist im kritischen Typ wesentlich bereits angelegt: Als einziges ist es ohne eine Bezugnahme auf vorhandene Narrative nicht sinnvoll denkbar, gleichzeitig ermöglicht es, vorhandene Narrative aus dem Weg zu räumen und Platz für Alternativen und Neues zu schaffen. Neben „rein“ kritischen Narrativen stellen also kritisch-traditionale, kritisch-genetische und kritisch-exemplarische Narrative eine Gruppe dar, die man aus pragmatischen Gründen durchaus als eigenen Typus in Betracht ziehen könnte. Im vorliegenden Material sind zahlreiche **kritisch-traditionale Narrative** identifiziert worden (21 Zitate), die nach folgendem Muster ablaufen:

„Ich bin nicht einverstanden mit der Aussage und widersetze mich entschieden der Meinung dass Staatsbetriebe (*gospodarstwa państwowe*) eine Schöpfung der vergangenen Epoche [gemeint ist die Zeit 1945-1989] seien. (...) Der staatliche Landwirtschaftssektor bestand bereits in der Zeit der Könige als königliche Güter, in der Phase der Zwischenkriegszeit als staatliche Güter, gleich nach dem Krieg als staatliche ländliche Liegenschaften (*państwowe nieruchomości ziemskie*). Wenn die Bezeichnung „staatliche Landwirtschaftsbetriebe“ (*państwowe gospodarstwa rolne*)

⁴⁶⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Leszek Moczulski (KPN), Sitzung vom 31.1.1992.

schlechte Assoziationen auslöst, schlage ich vor, sie zu ändern in „Landgüter des Staatsschatzes“ (*dobra ziemskie skarbu państwa*).“⁴⁶¹

Das in dieser Phase durchaus häufig auftauchende geschichtspolitische Narrativ, alles, das aus der Zeit der Volksrepublik stamme, sei schlecht, wird hier dadurch kritisch entkräftet, dass der Ursprung auf einen früheren Zeitpunkt gelegt wird, wodurch zugleich ein alternatives traditionales Narrativ vorgeschlagen wird.

10.2.4.3 Exemplarische Narrative

Die analysierten exemplarischen Narrative lassen sich recht eindeutig drei abstrakten Kategorien zuordnen, die sich im Laufe der Untersuchung herauskristallisiert haben und die sich mit „kausal“, „normativ“ und „wesentlich“ überschreiben lassen.

Mit „kausal“ sind solche historischen Narrative gemeint, die **kausale Gesetzmäßigkeiten** aus der Geschichte ableiten und auf die Gegenwart bzw. Zukunft übertragen (**37 Zitate**).

„Vor allem benötigen wir als Land, die Republik Polen benötigt freie Wahlen, und zwar sehr schnell (Unruhe im Saal). Lassen sie uns zurückkehren. Ich will nicht mit ihnen rational über andere Voraussetzungen polemisieren, sondern ich gebe ein historisches Faktum an, dass frühe Wahlen möglich sind, nämlich eben am 26. Mai, und als Beweis führe ich zwei Argumente an: Am 11. November hat Polen seine Unabhängigkeit wiedererlangt, nach 123 Jahren, sie war in drei Besatzungsgebiete geteilt gewesen, und genau am 26. Januar 1919 wurden freie, demokratische Wahlen abgehalten. Piłsudski, der praktisch die gesamte Macht übernommen hatte, beschloss, dass Wahlen, und zwar nur demokratische Wahlen, es erlauben werden mit dem Aufbau des Landes zu beginnen. 2,5 Monate, aber damals, ich bitte Sie – dieses Gelächter zeugt nur von Indolenz. (Unruhe auf dem Saal) Nein, unsere Landsleute, unsere früher lebenden Väter, wollten einfach wollen, sie wussten vielleicht besser als

⁴⁶¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Bolesław Suchodolski (PKLD), Sitzung vom 13.-14.12.1990.

wir, nach 123 Jahren des Fehlens von Freiheit und Demokratie, dass nur ein solches System den echten Fortschritt sichern kann und ein Fundament sein kann. 2,5 Jahre reichten praktisch aus, aber sie wollten einfach wollen. Sie hatten den Willen. Und ich richte mich an Sie, damit sie wollen mögen, damit sie guten Willen zeigen. Ich habe mit diesem Beispiel bewiesen, dass 2,5 Jahre ausreichen, lassen Sie uns also daraus schöpfen, nehmen wir das Stenogramm von ihnen, versuchen wir zu kopieren, es gibt Vorbilder.“⁴⁶²

Im aufgeführten Beispiel ist der Grad an Abstraktion und Reflexion des Arguments sehr gering und mit den letzten Worten fällt der Redner fast in ein traditionales Narrativ zurück („kopieren“ und „Vorbilder“). Der Unterschied ist fein, aber wesentlich: Aus einem historischen Ereignis wird eine kausale Gesetzmäßigkeit abstrahiert und auf die Gegenwart übertragen. Wenn man nur will, so deutet der Redner hier an, lassen sich demokratische Wahlen auch in einem jungen Regime durchführen.

Die weitaus größere Gruppe der exemplarischen Zitate lässt sich hingegen der Kategorie „**normativ**“ zuordnen (**75 Zitate**). Hier dienen Beispiele oder Beispielsammlungen, die der Geschichte entnommen werden, zur Veranschaulichung eines Wertes oder einer sozialen oder rechtlichen Norm. Häufig werden in dieser Gruppe Beispiele gebracht, wie man etwas tun oder nicht tun sollte.

„Wir haben uns schon an die These gewöhnt, dass Bildung und Erziehung, dass die Jugend im Zentrum des Interesses der Gesellschaft und im Zentrum des Interesses des Staates stehen. Aber diesen Bekundungen folgen keine Taten, besonders im Bereich der Finanzierung der Bildung, der Finanzierung der Schulen. Es beunruhigt mich, dass wir zu Praktiken zurückkehren, welche nicht nur die Nachkriegsregierungen sondern auch die Vorkriegsregierungen ausübten. Die Regierung will die Verantwortung für

⁴⁶² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Czesław Sobierajski (OKP), Sitzung vom 7.-9.3.1991.

die Erhaltung der Bildung abgeben und sie der Gesellschaft oder der Selbstverwaltung aufbürden.“⁴⁶³

Der Grad der Reflexion über Ursachen, Wirkungen, Zwecke, Nebenfolgen und Gesetzmäßigkeiten ist in dieser Gruppe geringer als in der Gruppe der „kausalen“ Narrative.

Die dritte Gruppe lässt sich mit „**wesentlich**“ betiteln (**12 Zitate**): In dieser Kategorie werden Beispiele aufgeführt, welche eine bestimmte Eigenschaft einer Sache oder Person beweisen sollen.

„Mir wurde aufgetragen, Premierminister Mazowiecki eine Sendung zu übergeben, die aus einer weit entfernten Stadt stammt, von einer alten Frau, die sowohl ihren goldenen Ehering übermittelt als auch den Ring aus Metall ihres Ehemannes, der ihm als Zeichen der Dankbarkeit übergeben worden war, denn er hatte seinen goldenen Ehering 1918 für die Rettung des Staatsschatzes geopfert. Das ist ein Symbol, aber ein vielsagendes.“⁴⁶⁴

Diese Anekdote dient der Abgeordneten als Beispiel dafür, dass die polnische Bevölkerung damals wie auch gegenwärtig zu großen Opfern zum Wohl des Landes bereit sei. Daraus folgert die Abgeordnete, man müsse die Menschen darüber in Kenntnis setzen, dass sie mit ihrer „Geduld, Bereitschaft, Mobilisierung für eine schwierige Phase“ wichtig und erforderlich seien.

Einige exemplarische Narrative ließen sich nicht diesen drei großen Gruppen zuordnen. Einerseits handelt es sich hierbei um eine etwas skurrile Gruppe von Zitaten, die **hypothetische Geschichtsschreibung betreiben (4 Zitate)**: Die Beispiele, die dann kausale

⁴⁶³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Ryszard Szwed (PZPR), Sitzung vom 16.-17.11.1989.

⁴⁶⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Józefa Hennelowa (OKP), Sitzung vom 13.10.1989.

oder sonstige Zusammenhänge belegen sollen, entstammen hier nicht der als tatsächlich erachteten Geschichte, sondern hypothetischen Annahmen:

„Als erster Sejm der III. Rzeczpospolita, der in freien Wahlen gewählt wurde, sollten wir Polen und auch den Sejm vor der Sejmokratie (*sejmokracja*) bewahren. Dazu möchte ich hinzufügen, dass im vergangenen Jahr (...) an der Jagiellonen-Universität (...) die sehr schlaue Aussage getroffen wurde: „Es wäre viel besser für die II. Rzeczpospolita gewesen, wenn sie zuerst die April-Verfassung, die das präsidentiell-parlamentarische Regierungsmodell umsetzte, eingesetzt hätte, und man danach von diesem Modell aus die März-Verfassung angestrebt hätte, welche die parlamentarisch-präsidentielle Demokratie umsetzte.“⁴⁶⁵

Die zweite und letzte Gruppe in dieser Kategorie umfasst Gesetzmäßigkeiten und Regelmäßigkeiten, die nicht anhand historischer Beispiele gebildet, sondern aus der Geschichte entnommen werden, meist in Form von Zitaten von historischen Persönlichkeiten. Die Redner fordern daraufhin, diese „historischen Weisheiten“ zu befolgen, nicht zu befolgen bzw. bleiben in dieser Hinsicht unentschlossen. Diese Gruppe liegt an der Grenze zum traditionellen Typus, da die „Weisheiten“ weitgehend unreflektiert bleiben. Vom traditionellen Typus unterscheidet sie jedoch die Abstraktion hin zu einer Handlungsregel, die nicht (nur) deswegen befolgt wird, weil man es immer so gemacht hat, sondern weil die Erfahrung und Autorität, die der „Weisheit“ bzw. ihren Autoren zugeschrieben wird, Erfolg verspricht.

Als Beispiel sei ein Zitat angeführt, dass auch insofern interessant ist, dass hier ein Abgeordneter der SLD sich ausgerechnet auf Józef Piłsudski beruft, wenngleich dies mit einem gewissen, anhand des Textes allein schwer einzuschätzenden Maß an Sarkasmus verbunden ist:

„Mehrfach wurden in diesem Saal auf die Traditionen der Zweiten Republik Bezug genommen. Ich erlaube mir daher, eine Meinung aus jenen Zeiten zu zitieren: „Polen

⁴⁶⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Kazimierz Barczyk (PC), Sitzung vom 3.1.1992.

ist zu arm, um sich Experimente leisten zu können.“ – Józef Piłsudski. Wenn die Phase des Realsozialismus in den Augen seiner Kritiker diese Meinung bestätigt hat, so ist die Phase der aus der *Solidarność* hervorgehenden Regierungen in dieser Hinsicht nicht weniger fleißig. (...) Das teure, da privatwirtschaftliche, Experiment mit der liberalen Option – ich denke hier an das Monopol auf Ideen und ihre Nutzung – hat Polen in eine Situation gebracht (...) die durch eine Abnahme der Produktion, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, Inflation und der 16-fachen Steigerung der Preise charakterisiert ist. (...) Ideologische und theoretische Experimente, die bis dahin nicht der Kontrolle durch die Gesellschaft unterworfen waren, führten unsere Wirtschaft in eine Einbahnstraße. Man muss dafür sorgen, dass das nachfolgende Konzept sich nicht als Sackgasse herausstellt.“⁴⁶⁶

10.2.4.4 Kritische Narrative

Über die bereits angesprochene Hybridform hinaus wird der kritische Narrativtyp auch dazu gebraucht, exemplarische, genetische und traditionale Narrative zu entkräften. Damit sollen Handlungslegitimierungen aufgelöst, Identitätsbildungen in Frage gestellt werden.

Eine große Gruppe kritischer Narrative (**16 Zitate**) stellt Handlungsorientierungen und Identitätsbildungen der Vergangenheit als in der Gegenwart **nicht mehr wünschenswert** in Frage. So kritisiert beispielsweise Barbara Czyż (PSL-Odrodzenie) die Regierung, sie tue nicht genug für die Landbevölkerung und stellt die positive Bezugnahme auf die Zweite Republik zögerlich in Frage:

„(...) wir müssen uns auch bewusst sein, dass dieses wiederholte herbeirufen des Dorfes aus der Zeit der Zweiten Republik als Vorbild nicht immer populär ist. Allzu viele Menschen erinnern sich noch an die damalige Lebenssituation auf dem Dorf,

⁴⁶⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Leszek Biały (SLD), Sitzung vom 26.2.1992.

dieses Missverhältnis zwischen dem Lebensstandard auf dem Land einerseits und in der Stadt andererseits.“⁴⁶⁷

In diese Gruppe gehören auch Narrative, die das Alter selbst als Argument dafür anführen, etwas – hier geht es meist um gesetzliche Bestimmungen – sei nicht mehr wünschenswert. Dies macht natürlich nur dann Sinn, wenn man davon ausgeht, dass sich die Umwelt mit der Zeit notwendigerweise verändert und daher auch die Gesetzgebung aktualisiert werden muss.

Eine weitere große Gruppe besteht in der **Kritik von Narrativen durch das Anführen von weiteren historischen Narrativen (11 Zitate) oder Gegenbeispielen (6 Zitate)**, die zu ersteren im Widerspruch stehen und diese somit in Frage stellen.

Auf die bereits zitierte Aussage von Sobierajski erwidert Jacek Soska (PSL):

„Ich schätze Herrn Sobierajski als herausragenden Historiker, doch Herr Sobierajski vergaß natürlich, dass unsere Väter wollen wollten (sic!), haben wollten, und dann hatten sie noch die Bereza Kartuska. (Unruhe im Saal)“⁴⁶⁸

Das Stichwort „Bereza Kartuska“ funktioniert hierbei als Kritik an der Demokratie der Zwischenkriegszeit, die Sobierajski in seinem exemplarischen Narrativ anführte. Soskas Aussage lässt sich einerseits als Gegenbeispiel auf dieser exemplarischen Ebene verstehen: Mit der Inhaftierung politischer Gegner in der Zwischenkriegszeit zeige sich das Demokratiedefizit des Regimes der Zwischenkriegszeit, sodass die von Sobierajski vorgeschlagene Gesetzmäßigkeit an Überzeugungskraft verliert. Die Kritik ist darüber hinaus gleichzeitig ein offener und persönlicher Angriff auf Sobierajski; sein historisches Wissen und damit zusammenhängend seine Kompetenz werden in Frage gestellt. Drittens nimmt die Diskussion an dieser Stelle eine Wendung und übernimmt die Funktion der Parteiidentitätsbildung: Czesław Sobierajski sprach im Namen der OKP, die aus der

⁴⁶⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Barbara Czyż (PSL-Odrodzenie), Sitzung vom 17.-20.12.1989.

⁴⁶⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jacek Soska (PSL), Sitzung vom 7.-9.3.1991.

Opposition um die *Solidarność*-Bewegung hervorgegangen war, und die sich weitgehend positiv auf die Zweite Republik, inklusive *Sanacja*, bezog, während Soskas Partei PSL sich zwar ebenfalls auf die eigenen Wurzeln in der Zwischenkriegszeit berief, jedoch in den letzten Jahren der Zweiten Republik in Opposition zu Piłsudskis *Sanacja*-Regime gestanden hatte. Unter den in der Bereza Kartuska inhaftierten waren auch Politiker der PSL.

Der bissige Meinungs austausch setzte sich fort, die Einwürfe der weiteren Redner nahmen ebenfalls interessante Formen kritischer historischer Erzählung an, weshalb wir sie an dieser Stelle ausführen wollen:

Die Übertragung ad absurdum führt Wiesław Kaczmarek (PKLD⁴⁶⁹): „Mich interessiert, ich weiß nicht, Sie haben von zwei Daten gesprochen, dem 11. November und dem 19. Januar. Sollen da die Wahlen stattfinden? (Gelächter im Saal)“⁴⁷⁰

Szczepan Balicki (PAX) weist kritisch auf den verschiedenen Kontext hin, der eine Übertragung der von Sobierajski vorgeschlagenen Regelmäßigkeit in Frage stellt: „, Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Polen im November 1918 ein hervorragend ausgebildetes Parteiensystem hatte, sehr gut funktionierende Parteien, die über Politiker verfügten, die der Öffentlichkeit bestens bekannt waren, und die fast ohne Wahlwerbung, durch die bloße Präsentation der Listen die Wahlen erledigen.“⁴⁷¹

⁴⁶⁹ Im Laufe der Selbstaflösung der PZPR am 28./29. Januar 1990 gründete ein größerer Teil, auf demselben Parteitag, die SdRP (*Socjaldemokracja Rzeczpospolitej Polskiej*, Sozialdemokratische Partei der Republik Polen), ein kleinerer Teil der Mitglieder ging in die UsDRP (Unia Socjaldemokratyczna RP, Sozialdemokratische Union der Republik Polen) ein. im Sejm wurde daraufhin unter der Führung W. Cimoszewiczs der Parteiklub PKLD (*Parlamentarny Klub/Kolo Lewicy Demokratycznej*, Parlamentarischer Klub der Demokratischen Linken) gegründet. Dieser vereint Teile der SdRP und parteilose Politiker die zuvor Abgeordnete der PZPR gewesen waren.

⁴⁷⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Wiesław Kaczmarek (PKLD), 7.-9.3.1991.

⁴⁷¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Szczepan Balicki (PAX), Sitzung vom 7.-9.3.1991.

Anna Dynowska (SD) stellt wiederum den demokratischen Charakter der Wahlen von 1919 in Frage: „Um das Geschichtswissen des Abgeordneten Sobierajski zu erweitern möchte ich darauf hinweisen, dass in das erste Parlament der Zweiten Republik ohne demokratische Wahlen Abgeordnete der ehemaligen preußischen und österreichischen Parlamente gewählt (sic!) wurden. So ganz demokratisch und frei waren diese Wahlen nicht.“⁴⁷²

Eine ähnliche Stoßrichtung wie ihre Vorredner wählt Danuta Grabowska (LD): „Ich danke Herrn Abgeordneten Sobierajski dafür, dass er an die in anderer Hinsicht irrsinnig (sic!) verdienstvollen Persönlichkeit in der Geschichte unseres Landes erinnert hat, an Marschall [? Protokoll unlesbar] Józef Piłsudski. Ich denke, dass dies nicht das beste Beispiel für parlamentarische Demokratie ist, insbesondere im Kontext des 26. Mai.“⁴⁷³ Wir können annehmen, dass Grabowska sich versprochen hat und den Maiputsch im Mai 1926 gemeint hat. Der Maiputsch dient, ebenso wie das Gefängnis Bereza Kartuska, als Schlagwort und Symbol des undemokratischen Charakters des Sanacja-Regimes. Die Angriffe seitens der LD, PSL, PAX und in gewissem Maße auch der SD sind insofern verständlich, dass für diese Parteien bzw. ihre Vertreter im Sejm vorgezogene Neuwahlen aller Voraussicht nach herbe Verluste bedeuten würden. Gleichzeitig wird die Gelegenheit genutzt, um die Sobierajski und die OKP geschichtspolitisch zu delegitimieren.

„Sie haben gesagt, dass Wincenty Witos 1926 der letzte polnische Premierminister aus den Reihen der Agrarier gewesen sei, sie vergessen aber Stanisław Mikołajczyk, der während des Zweiten Weltkriegs ebenfalls Premierminister Polens gewesen ist.“⁴⁷⁴ Wendet Aleksander Bentkowski ein. Der hier kritisierte Minister Jerzy Urban weiß sich allerdings zu wehren:

⁴⁷² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Anna Dynowska (SD), Sitzung vom 7.-9.3.1991.

⁴⁷³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Danuta Grabowska (LD), Sitzung vom 7.-9.3.1991.

⁴⁷⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Aleksander Bentkowski (PSL), Sitzung vom 23.-24.8.1989.

„(...) der Text, der im TV zu hören war [für den Urban die Verantwortung trägt], lautete: „Das [gemeint ist Roman Malinowski] wäre der erste Anführer einer Bauernpartei seit dem Jahre 1926, der in Polen Premierminister würde.“ (...) Aber in Polen hat tatsächlich seit 1926 kein Premierminister aus den Reihen der Bauernparteien dieses Amt bekleidet.“⁴⁷⁵

Die Kritik Bentkowskis hat zwei Funktionen: Zum einen bedeutet die Widerlegung der Aussage Urbans die Infragestellung von dessen Kompetenz, Glaubhaftigkeit und letztendlich auch seiner Legitimität als Politiker. Kritische geschichtspolitische Narrative können hierzu ebenso eingesetzt werden, wie alle sonstigen Formen inhaltlicher Kritik. Jerzy Urban war in den 1980er Jahren Pressesprecher des Ministerrats und zentraler Akteur der Propaganda der kommunistischen Regierungen dieser Zeit. In den Sejm-Wahlen von 1989 gewann er kein Mandat, wurde jedoch in den Ministerrat berufen und war bis September Vorsitzender des Komitees für Radio und TV. In den folgenden Jahren wechselte er in die Privatwirtschaft, war zeitweise Mitglied der SdRP (später SLD) und wurde zu einer schillernden Gestalt der polnischen Medienlandschaft. Aleksander Bentkowski hingegen war bis 1989 als Rechtsanwalt tätig, engagierte sich aber schon früh in der ZSL bzw. ihren Jugendorganisationen. Nach 1989 nahm er Teil an der Metamorphose der Partei und war bis 2001 Sejm-Abgeordneter seitens der PSL.

Urban zitierte eine Aussage, die unmittelbar die historischen Traditionen der Partei Bentkowskis thematisiert und Bentkowski nimmt dies zum Anlass, die Identitätsbildung seiner Partei voranzutreiben. In derselben Sitzung hatte Bentkowski ausführlich die wenige Tage zuvor stattgefundene Koalitionsbildung zwischen OKP, SD und ZSL thematisiert. Dieser Seitenwechsel einer ehemaligen „Blockpartei“ der Volksrepublik zum Lager der ehemaligen Opposition ist erklärungsbedürftig:

„Vor weniger als einer Woche wurde eine neue Koalition geboren, eine Koalition des Mutes, der Hoffnung und vor allem eine Koalition der Sorge um Polen. Wir zerstörten

⁴⁷⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jerzy Urban (keine Partei, Vorsitzender des Komitees für Radio und TV), Sitzung vom 23.-24.8.1989.

den bisherigen Zustand nicht um des politischen Spiels Willen oder aus Tücke, sondern um etwas Neues zu schaffen, etwas das uns glaubwürdig macht und jenen Satisfaktion verleiht, die am 4. Juni diese und keine andere Wahl getroffen haben. (...)

Heute, 42 Jahre nachdem das *Polskie Stronnictwo Ludowe* auf bestialische Weise zerschlagen wurde, wollen und können die Agrarier Polen wieder mitbewirtschaften. Dies ist für uns ein wichtiger Zeitpunkt, denn wir stehen kurz vor tiefgreifenden Veränderungen in unserer Partei und gerade jetzt haben wir die Gelegenheit, unsere Selbständigkeit und Glaubhaftigkeit zu unter Beweis zu stellen; alle zu überzeugen, dass wir, die Agrarier dieses Jahrhunderts, es wert sind, die Erben des Gedankenguts und des Programms des *Polskie Stronnictwo Ludowe* zu sein, dass wir würdig sind, die Ideale der großen Anführer zu realisieren – Wincenty Witos, Maciej Rataj und Stanisław Mikołajczyk.⁴⁷⁶

10.2.4.5 Genetische Narrative

Die im theoretischen Abschnitt der Arbeit skizzierte, ästhetisch ansprechende und in ihrer geometrischen Formulierung bestechend unkomplizierte Typologie historischen Erzählens von E. Zerubavel diente zur Bildung von Unterkategorien zur genetischen Kategorie nach Jörn Rüsen. Diese Kategorisierung hat sich als sehr gut anwendbar erwiesen, wenngleich sie über die Form hinaus wenig Aussagekraft besitzt. Es wurden fünf Unterkategorien vorab gebildet und festgelegt: „Linear progressiv“ (14), „linear regressiv“ (2), „linear zickzack“ (20), „multilinear“ (0) und „zyklisch“ (0).

Mit 20 Fällen ist „**linear zickzack**“ die am häufigsten auftretende Unterkategorie. Wie das folgende Beispiel zeigt, kann ein solches Narrativ beispielsweise, ebenso wie die häufig auftretenden traditionellen Ausklammerungsnarrative, mit wünschenswerten Entwicklungen in der Zweiten Republik beginnen, um dann mit dem Verfall in der Zeit der Volksrepublik

⁴⁷⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Aleksander Bentkowski (ZSL), Sitzung vom 23.-24.8.1989.

fortzufahren und schließlich mit der Chance zur Verbesserung in der Gegenwart bzw. Zukunft abschließen. Der grundsätzliche Unterschied zum traditionellen Narrativtyp besteht jedoch darin, dass nicht die Rückkehr zum Zustand der „goldenen Ära“ der Zwischenkriegszeit gefordert wird, sondern vielmehr die Veränderungen über die Zeit, dem genetischen Narrativtyp entsprechend, als Fortschritte und Rückschläge über die Zeit hinweg dargestellt werden die auf die Chance verweisen, in der Gegenwart Schritte zu setzen in Richtung einer besseren – aber potenziell durchaus anderen – Zukunft:

„In der Zwischenkriegszeit rühmten wir uns – zurecht – mit unserem Strafgesetzbuch (*kodeks karny*) aus dem Jahr 1932 welches die höchsten und zutiefst humanitären Errungenschaften der damaligen Rechtswissenschaft darstellten. Leider wurden diese Errungenschaften im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg weitgehend ruiniert; die Folgen sind bis in die Gegenwart hinein beobachtbar, trotz zahlreicher Reformbestrebungen in den nachfolgenden Jahren.

Die grundlegende Überarbeitung unseres Strafgesetzbuchs, welche uns die Chance geben soll, ein Gesetz zu liefern das des Endes des 20. Jahrhunderts würdig ist, bedarf jedoch riesiger und zeitaufwändiger legislatorischer Arbeit. Deswegen kommen wir jetzt nicht umhin, eine wenigstens teilweise Korrektur derjenigen Vorschriften vorzunehmen, welche die größten Bedenken auslösen.“⁴⁷⁷

Als fortschreitende Entwicklung hin zu einem wünschenswerten Ziel, also „**linear progressiv**“ wurden 14 der genetischen Narrative formuliert. Außenminister Krzysztof Skubiszewski liefert ein in vieler Hinsicht herausragendes Beispiel für diese Kategorie, indem er ein Fortschrittsnarrativ zeichnet, das von der internationalen Machtpolitik der Zwischenkriegszeit ausgeht um eine Linie hin zu einem Europa der Sicherheit, des Friedens und der Zusammenarbeit zu zeichnen, wobei die Gegenwart zu einem Möglichkeitsraum wird, in dem entsprechende Weichenstellungen nahegelegt werden. Das folgende Zitat

⁴⁷⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Szczepan Balicki (PAX), Sitzung vom 16.-17.11.1989.

stammt aus einem umfangreichen Exposé über die Außenpolitik Polens, das Skubiszewski als ersten Tagesordnungspunkt Ende April 1990 vorträgt – unter Beisein des Präsidenten und von Vertretern des diplomatischen Corps, wie der Vorsitzende des Sejm zuvor berichtet.

„Welche Möglichkeiten hat eine polnische Politik, also die Politik des einzigen Landes auf dem Kontinent mit einer derartigen Lage zwischen zwei Kolossen? Von erstrangiger Bedeutung sind hier die europäische Zusammenarbeit und die Perspektive eines Systems der Absicherung, dessen Errichtung den besonderen Einsatz der Europäer nötig macht. Ebenso wie das deutsche Problem in der europäischen Antwort ihren Platz findet, so wird, in ähnlicher Weise, die Sicherheit Polens hergestellt in einer europäischen, friedlichen Ordnung mit einem hohen Maß an Verbindungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten. In den Zeiten der Zweiten Republik musste man in den Kategorien der Allianzen, der sich verändernden Machtverhältnisse, des Vorhandenseins oder Fehlens von Gleichgewicht denken. Die gesamteuropäische Zusammenarbeit – das soll eine andere Welt sein, in dem Antagonismen eliminiert oder zumindest verringert werden, ohne Vorbereitungen von Aggressionen und Annexionen.⁴⁷⁸

Im Laufe einer Diskussion zur Gestaltung eines „Ordens für den Krieg von 1918-1921“ erzählt Andrzej Kern⁴⁷⁹ von der beschränkten Verfügbarkeit historischen Wissens zu diesem Kapitel der polnisch-sowjetischen Beziehungen, weist auf neuere und richtigere Geschichtsnarrative hin und stellt die Gegenwart als Chance dar, etwa mithilfe besagter Auszeichnung, in ganz Europa daran zu erinnern, dass dieses seinen Wohlstand und Fortschritt dem Einsatz aller Polen in diesem Krieg zu verdanken habe.

Mehrfach wurden Veränderungen von Gesetzen bzw. internationalen Abkommen in ein Narrativ des Fortschritts, als unvollkommene Vorstufen einer Entwicklung hin zu einer für

⁴⁷⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Krzysztof Skubiszewski (Parteilos, Außenminister), Sitzung vom 26.-28.4.1990.

⁴⁷⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Kern (OKP), Sitzung vom 19.-21.7.1990.

Gegenwart und Zukunft anzustrebenden und nun möglichen Lösung präsentiert, so etwa Krzysztof Skubiszewski (Parteilos, Außenminister) und zweimal Zofia Wilczynska (PKP) in Bezug auf die Entwicklung internationaler Konventionen zum Schutz der Rechte von Kindern⁴⁸⁰ oder Barbara Czyż in Bezug auf die Entwicklung der Sozialgesetzgebung in Polen⁴⁸¹ und einige weitere.

Mit „linear regressiv“ ist hingegen eine fortschreitende Entwicklung zu verstehen, die in eine nicht wünschenswerte Richtung weist. In zwei Fällen wurde diese Unterkategorie vergeben:

„... ich möchte den Vorschlag machen, dass die Regierung - heute wie morgen - sich der Bildung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten sowie der Auflösung kultureller Disproportionen widmet, die in diesen Gebieten über die Jahre hinweg angewachsen sind. Es handelt sich hierbei nicht nur um Hinterlassenschaften der Nachkriegszeit, sondern – denke ich – vielfach um Entwicklungen der Vorkriegszeit.“⁴⁸²

Während Czerniawski eine insgesamt negativ bewertete Entwicklung in die Zwischenkriegszeit hinein verlängert, haben wir es im zweiten Fall mit einer Geschichte des Verfalls zu tun, wobei die Zwischenkriegszeit wiederum als „goldene Ära“ erzählt wird:

„Leider müssen wir feststellen, dass die gegenwärtigen Trends in der Kultur in die falsche Richtung weisen. Während in polnischen und ausländischen Filmen sowie in der Literatur der Zwischenkriegszeit Elemente dominierten, die nicht unvereinbar sind mit Grundsätzen der Erziehung, im Gegenteil, es gab viele Filme mit tiefen, reflexiven

⁴⁸⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Krzysztof Skubiszewski (Außenminister, parteilos), Sitzung am 26.-28.7.1990. Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Zofia Wilczynska (PKP), Sitzung vom 26.-28.7.1990 sowie dies., Sitzung vom 20.-21.9.1990.

⁴⁸¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Barbara Czyż (PSL), Sitzung vom 29.-30.11.1990.

⁴⁸² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Mieczysław Czerniawski (PZPR), Sitzung vom 17.-20.12.1989.

Inhalten, welche richtige Einstellungen formten, so tritt nun ein Prozess der Brutalisierung der Inhalte und der Bilder ein. (...) Diese Brutalität und Rücksichtslosigkeit wird sich auch auf die zwischenmenschlichen Beziehungen auswirken, wird in das Familienleben eindringen, die Beziehung zwischen zukünftigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinflussen (...).“⁴⁸³

„Zyklische“ und „multilineare“ Narrativtypen konnten hingegen nicht beobachtet werden.

10.2.5 Narrative mit Bezug zur Zwischenkriegszeit, ihre Beziehung zueinander und zu ihrer Umwelt

10.2.5.1 Geschichtspolitik auf der Meta-Ebene

Im Laufe der Analyse wurden auch jene Redebeiträge gekennzeichnet, die über das geschichtspolitische Erzählen hinaus auf der Meta-Ebene das geschichtspolitische Erzählen selbst bzw. die vorgebrachten Narrative reflektierten. Lassen wir also zuerst die Parlamentarier selbst zu Wort kommen, bevor wir die Inhalte der geschichtspolitischen Narrative und ihre Beziehung zueinander systematisch analysieren.

In zahlreichen Analyseeinheiten merken die Redner an, dass die Parlamentarier bzw. das Parlament auffällig häufig auf die Zwischenkriegszeit Bezug nehmen, dass die Zwischenkriegszeit einen zentralen Orientierungspunkt darstelle. Diese Autodiagnose untermauert eines der Zwischenergebnisse dieser Arbeit, nämlich dass die Zwischenkriegszeit, insbesondere Zweite Republik, den wichtigsten Bezugspunkt für das polnische Parlament in den ersten Transformationsjahren darstellte: „Dies wurde noch nie praktiziert, nicht einmal im Polen der Zwischenkriegszeit, an das wir heute ja so gerne erinnern (...)“⁴⁸⁴. Insbesondere wird die Praxis, institutionelle und rechtliche Lösungen aus

⁴⁸³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Zbigniew Drela (OKP), Sitzung vom 18.-20.4.1991.

⁴⁸⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Izabella Sierakowska (PZPR), Sitzung vom 7.-

der Zwischenkriegszeit zu übernehmen bzw. in gegenwärtige Entscheidungen einfließen zu lassen, explizit thematisiert. „In diesem Lösungsvorschlag hat man einfach wörtlich das Modell des Presserechts aus der Zwischenkriegszeit übernommen. Man tat dies jedoch auf unpräzise und nicht ganz klare Weise. Es lässt sich befürchten, dass die Autoren nicht durchdacht haben, welche praktischen Folgen eine Lockerung der Zensur und das Fehlen neuer und klarer Formulierungen haben wird.“⁴⁸⁵ Während derselben Sitzung: „Das sind die Folgen einer hastigen Zusammenstellung von Fetzen noch zwischenkriegszeitlicher Realien der Presse, die manchmal infolge der Einflussnahme der Zensur mit weißen Flecken erschien, mit den gegenwärtigen Ansprüchen der Liberalisierung des Pressesystems (sic!) an der Schwelle des 21. Jahrhunderts.“⁴⁸⁶

In einer Debatte zur Restrukturierung der polnischen Polizei wird kritisiert: „Die eingebrachten Gesetzesprojekte erwecken den Eindruck, es genüge, zur Nomenklatur aus der Vorkriegszeit zurückzukehren, zu ähnlichen Strukturen, und dies würde zur Erhöhung der Sicherheit der Bürger führen.“⁴⁸⁷ „In letzter Zeit kehren wir zu den Traditionen der Zweiten Republik zurück. Wir haben den alten Namen des Staates wiederhergestellt, wir kehren zu den nationalen Symbolen jener Jahre zurück, geben dem Adler diese Krone zurück. In den Jahren der Zweiten Republik erhielt jemand, der eine staatliche Auszeichnung erhielt, keine finanzielle Prämie. Im Gegenteil, er musste die Auszeichnung für einen festgelegten Preis selbst erwerben. Vielleicht sollten wir diese Tradition wiedereinführen...“⁴⁸⁸.

Gegen Kritik an derartiger Rückbesinnung wehrt sich Kazimierz Ujazdowski im Lauf einer Debatte über ein Gesetz das u.a. regeln soll, ob und auch welche Weise Ausländer polnischen

8.12.1989.

⁴⁸⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Aleksander Luczak (PSL Odrodzenie), Sitzung vom 1.2.1990.

⁴⁸⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Dobrochna Kedzierska-Truszczynska (PZPR), Sitzung vom 1.2.1990.

⁴⁸⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jerzy Rosiak (PSL), Sitzung vom 9.2.1990.

⁴⁸⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Sidor (PZPR), Sitzung vom 22.-24.2.1990.

Grund und Boden besitzen dürfen: „Gleichzeitig möchte ich sagen, dass der Vorwurf, dass wir, sagen wir, zu den Einschränkungen der Gesetzgebungen früherer Regime zurückkehren insofern falsch ist, dass wir in den 20 Jahren der Zwischenkriegszeit polnische Regierungen hatten. Polen war unabhängig, war niemandem hörig, das Regime war nicht mit Hilfe von fremden Bajonetten eingeführt worden. Und diese Gesetze aus der Vorkriegszeit sprechen eben von derartigen Restriktionen und der Unmöglichkeit, Land auszuverkaufen.“⁴⁸⁹

Während der Diskussion über ein Gesetz zur Regelung von Notariaten: „In der Kommission wurde kein einziger Minderheitsbeschluss eingebracht, weil die Richtung der Änderungen klar gefasst worden war, nämlich ganz einfach, im Grunde war dies die Rückkehr zum Stand der Vorkriegszeit.“⁴⁹⁰ In der Debatte über die sog. „Kleine Verfassung“: „Die im Projekt vorhandenen Archaismen lassen schließen, dass es anhand eines Modells ausgearbeitet wurde, das schon früher, in der Zweiten Republik, bestand hatte. Man bezieht sich auch auf westliche Vorbilder und den gegenwärtigen Stand der hierzulande gültig ist, was eine nicht besonders kohärente Mischung ergibt.“⁴⁹¹ Anders sieht dies Staatssekretär Stanislaw Krukowski: „Ich sehe, dass diese Angelegenheit, die von einem Teil, oder gar dem größten Teil des Hohen Hauses hier deutlich unterstrichen wird, also die Sache der Kontinuität zwischen der Zweiten und der Dritten Republik, nicht nur eine Sache des Symbols ist, sondern auch der ganz konkreten Dinge. Vielleicht sollten wir auch aus der Staatsform schöpfen und aus den Arbeitsformen des Parlaments der Zweiten Republik.“⁴⁹² Weitere ähnliche Beispiele erübrigen sich an dieser Stelle. Festzuhalten bleibt: Bezugnahmen auf die Zwischenkriegszeit im Allgemeinen und der Rückgriff auf institutionelle Lösungen insbesondere war im

⁴⁸⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Kazimierz Ujazdowski (SD), Sitzung vom 26.-28.7.1990.

⁴⁹⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Szczepan Balicki (PAX), Sitzung vom 14.-15.2.1991.

⁴⁹¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Stefan Pastuszewski (ChD (*Chrześcijańska Demokracja*, Christliche Demokratie), Sitzung vom 2.4.1992.

⁴⁹² Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Stanisław Krukowski (Staatssekretär), Sitzung vom 23.4.1990.

Untersuchungszeitraum eine offenbar derart gängige Praxis, dass sie selbst zum Thema zahlreiche Aussagen von Parlamentariern wurde.

10.2.5.2 Das Ausklammerungsnarrativ: Die Zwischenkriegszeit als “goldene Ära”

Der Abgeordnete der PZPR, Stanisław Gabrielski, brachte in der 17. Sitzung des Sejm der X. Kadenz am 27.12.1989 im Laufe einer Debatte über die Änderung der polnischen Verfassung ein vielschichtiges geschichtspolitisches Narrativ vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin tief beunruhigt durch eine gewisse Tendenz in der Diskussion, die in diesem Saal aufgekommen ist. Dabei handelt es sich um den Versuch, die vergangenen vier Jahrzehnte vollständig durchzustreichen. Sehr geehrte Damen und Herren, in diesen zwanzig Jahren [gemeint ist die Zwischenkriegszeit 1918-39], von denen wir heute so schön sprechen, gab es glanzvolle Seiten, edle Seiten, vor denen man sich verneigen muss. Aber in diesen zwanzig Jahren gab es auch die *Bereza Kartuska* [von Sanacja-Regime eingerichtetes Lager für politische Gefangene, 1934-39] und es gab auch die Brester Prozesse [Brester Prozess gegen 11 Oppositionspolitiker, 1931-32]. Das darf nicht vergessen werden.

Ich weiß, dass es auch in diesen vierzig Jahren [1945-1989] schlechte Sachen gab, die man hinauswerfen muss, und von denen sich auch meine Partei [PZPR] in eindeutiger Weise distanziert. Aber es gab auch wertvolle Dinge, die man schlicht und ergreifend schätzen muss. Und wenn wir von der Schaffung eines gewissen Projektes für die Zukunft sprechen, dann glaube ich, meine Damen und Herren, nicht, dass es uns gelingen wird, dieses neue Projekt einer Staatsform umzusetzen, wenn wir diese vierzig Jahre herausstreichen. Ich meine, dass dieses neue Projekt eine in höchstem Maße konstruktive Synthese all dessen sein sollte, was im gesamten nationalen Erbe, im historischen Erbe am wertvollsten ist, mit dem, was einfach die Gegenwart mit sich bringt, mit dem, was die heutige Zivilisation mit sich bringt.“⁴⁹³

⁴⁹³ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Stanisław Gabrielski (PZPR), Sitzung vom

Das Zitat weist ein unüblich hohes Maß an Reflexion des Vorgangs der Etablierung von historischen Narrativen in der polnischen Politik auf und stellt hierbei eine richtige Schlussfolgerung auf, die einem zentralen Ergebnis der inhaltlich-strukturellen Analyse der geschichtspolitischen Narrative in Polen im untersuchten Zeitraum entspricht: Bei der Suche nach Orientierung für das „Projekt für die Zukunft“ treten zwei grundlegende Narrative auf und stehen in Konflikt zueinander – das „Ausklammerungsnarrativ“ auf der einen, das „Integrationsnarrativ“ auf der anderen Seite.

Gabrielskis Strategie zur Abwehr des Ausklammerungsnarrativs besteht im Einbringen von zwei Gegenbeispielen. Das Narrativ von der Zweiten Republik als „goldenem Zeitalter der Demokratie“ wird zu diskreditieren versucht, indem Ereignisnamen genannt werden, die für das Narrativ des diktatorischen Charakters der Zweiten Republik, insbesondere nach dem Maiputsch von 1926, stehen.⁴⁹⁴ Wie kann – so implizieren die Gegenbeispiele Gabrielskis – ein historisches politisches Regime das Vorbild der Demokratie der Gegenwart sein, in dem leitende Persönlichkeiten der Oppositionsparteien verhaftet, misshandelt und verurteilt wurden, nachdem gewaltsam das Parlament gestürzt und eine Diktatur installiert worden war? Zweitens wird das Ausklammerungsnarrativ analog auch im Hinblick auf die Phase der Volksrepublik kritisiert: Hier habe es auch „wertvolle Dinge“ gegeben, die aber nicht weiter spezifiziert werden.

Der kritische Sinn der Aussage Gabrielskis besteht in der Auflösung und Beseitigung des Ausklammerungsnarrativs. Aber Gabrielski beschränkt sich nicht auf die Kritik, sondern schlägt ein alternatives Narrativ vor, wenngleich dieses vage gehalten ist: Die „*Synthese*“ soll – so darf angesichts des übrigen Zitates angenommen werden – jedenfalls die „wertvollsten“

27.12.1989.

⁴⁹⁴ Neben den Repressionsmaßnahmen der politischen Opposition durch das Sanacja-Regime in Gestalt des Brester Prozesses und der Inhaftierung von Oppositionspolitikern im Gefängnis Bereza Kartuska fällt in diesem Zusammenhang an anderen Stellen häufig das Stichwort „Maiputsch“, womit die gewaltsame Übernahme der Regierung durch das politische Lager um Józef Piłsudski mit Hilfe ihm ergebener Soldaten im Mai 1926 gegen den Widerstand der Regierung gemeint ist.

Elemente der gesamten Nationalgeschichte, inklusive Volksrepublik, beinhalten („Integrationsnarrativ“). Zieht man die Typologie historischen Erzählens von Jörn Rüsen heran, handelt es sich bei dem Zitat um eine Kombination aus traditionalem und kritischem Erzähltyp: Das kritische Element ist gegen ein traditionales Narrativ gerichtet, das aufgelöst wird, um Platz für ein alternatives traditionales (oder eventuell: genetisches) Narrativ zu schaffen.

Neben der Nation („*im gesamten nationalen Erbe, im historischen Erbe*“) wird im Zitat explizit auch die Identität der Partei PZPR und Gabrielskis als Mitglied dieser Partei thematisiert („meine Partei“), wobei die PZPR als in der Geschichte handelnder Akteur verstanden wird („*Sachen gab (...) von denen sich auch meine Partei in eindeutiger Weise distanziert*“). Die für die politische Gemeinschaft verbindliche Entscheidung, zu deren Orientierung Gabrielski die Geschichte bemüht, ist die anstehende Formulierung einer Verfassung („*neues Projekt einer Staatsform*“). Das Ausklammerungsnarrativ legt hier eine Orientierung an früheren Vorbildern bei Beseitigung der Bestimmungen der Volksrepublik nahe, das Integrationsnarrativ würde eine gemäßigte Veränderung suggerieren.

Die Analyse der auf die Zwischenkriegszeit bezogenen geschichtspolitischen Narrative muss berücksichtigen, dass diese ihren geschichtspolitischen Sinn erst dann entfalten, wenn sie als Teil eines übergeordneten Aushandlungsprozesses von geschichtspolitischen Narrativen gesehen werden, die auf gegenwärtige Orientierungs- und Identitätsbildungen abzielen. Am Gabrielski-Zitat lässt sich dies wegen der zusätzlichen Meta-Ebene, die dieses beinhaltet, gut veranschaulichen: Um den Bogen zu spannen zwischen der Erwähnung des historischen Ereignisses der *Bereza Kartuska* einerseits und der Identitätsbildung und Legitimation des Politikers und seiner Partei sowie der Orientierung und Legitimation einer politischen Entscheidung, hier der Formulierung einer Verfassung, andererseits, ist es notwendig das Ereignis *Bereza Kartuska* als Teil eines übergeordneten Meisternarrativs einzuordnen. Diese übergeordneten Meisternarrative werden nur selten explizit ausgeführt, vielmehr bilden sie einen sinngebenden Hintergrund der den Beteiligten bekannt sein muss.

Ist es tatsächlich so, dass es mit dem Ausklammerungsnarrativ ein einheitliches und von allen Rednern geteiltes Narrativ über die Zwischenkriegszeit gegeben hat, das zur Bildung von Identitäten und Legitimierung bzw. Orientierung von Entscheidungen herangezogen wurde?

Um die Analyse der geschichtspolitischen Narrative mit Bezug zur Zwischenkriegszeit zu differenzieren wurde folgende einfache und trennscharfe Kategorisierung angewandt, bei welcher die Bezugnahme auf die Zwischenkriegszeit daraufhin überprüft wird, ob Sie einen positiven Bezug zur Zwischenkriegszeit bzw. zur Zeit der Volksrepublik herstellt, neutral bleibt oder aber kritisiert wird.

Tabelle 3: Kategoriensystem zu Typen von Narrativen

Bezug zur Zwischenkriegszeit	Bezug zur Volksrepublik		
	POSITIV	NICHTS/NEUTRAL	KRITISCH
POSITIV	A	B	C
NEUTRAL	D	E	F
KRITISCH	G	H	I

In diesem Kategoriensystem finden wir das Ausklammerungsnarrativ unter C, denn hier wird einerseits die Zwischenkriegszeit positiv, die Zeit der Volksrepublik negativ dargestellt. Dem gegenüber steht die Kategorie A, die man als „Integrationsnarrativ“ bezeichnen kann – hier wird auf die Zeit zwischen Zweitem Weltkrieg und 1989 ebenfalls positiv Bezug genommen. Hingegen die Kategorien G, H und I beinhalten Aussagen, welche der Zwischenkriegszeit gegenüber kritisch sind.

In dem folgenden Überblick zeigt sich zunächst einmal, dass drei Viertel der Analyseeinheiten einen positiven Bezug zur Zwischenkriegszeit herstellen, wobei in dieser Untergruppe Aussagen überwiegen die entweder die Volksrepublik unerwähnt lassen, sie neutral darstellen oder aber mit einer Kritik von Ereignissen dieser Zeitspanne verbunden sind. Diese quantitativen Ergebnisse untermauern die These, dass die Zwischenkriegszeit in der Zeit ab 1989 als positiver Bezugspunkt diene und häufig, wenngleich nicht immer, mit

einer Kritik an der Volksrepublik verbunden wurde. Wir haben letzteres unter dem Begriff „Ausklammerungsnarrativ“ subsumiert.

Tabelle 4: Verteilung der Analyseeinheiten auf die Narrativtypen A bis I

Bezug zur der Zwischenkriegszeit	Bezug zur Volksrepublik			
	POSITIV	NICHTS/NEUTRAL	KRITISCH	Summe
POSITIV	A 17 (2%)	<u>B</u> <u>372 (54%)</u>	<u>C</u> <u>134 (20%)</u>	523 (76%)
NEUTRAL	D 2 (<1%)	<u>E</u> <u>73 (11%)</u>	F 0	75 (11%)
KRITISCH	G 4 (1%)	<u>H</u> <u>71 (10%)</u>	I 13 (2%)	88 (13%)
Summe	23 (3%)	516 (75%)	147 (21%)	

Gleichzeitig deuten die zwar geringen, aber doch signifikant vorhandenen Fälle bei den übrigen Kategorien darauf hin, dass wir es keineswegs mit einem unangefochtenen, einheitlichen Narrativ zu tun haben, das von allen Beteiligten akzeptiert wird.

Kategorie A

Betrachten wir zunächst Kategorie A. Hier wird zwar auf die Zwischenkriegszeit positiv Bezug genommen, gleichzeitig aber auch auf die Zeit der Volksrepublik 1945-1989. Etwa zur Hälfte handelt es sich hier um traditionale Narrative welche bestimmte Entwicklungen, insbesondere institutionelle, in einen mindestens die Zwischenkriegszeit und die Volksrepublik umspannende Traditionslinie fassen. Hierbei handelt es sich in zahlreichen Fällen um Reaktionen auf Aussagen, bei denen vermeintlich die Traditionen institutioneller Konzepte als auf die Volksrepublik zurückgehend dargestellt wurden. Es wird eingewendet,

diese Lösungen – konkret etwa staatliche Landwirtschaftsbetriebe, die Förderung des Handwerks, mehrfach: das Genossenschaftswesen – seien nicht, wie behauptet, der Volksrepublik entsprungen, was sie unter Generalverdacht stellen würde, sondern hätten vielmehr bereits in der Zwischenkriegszeit bestanden, was impliziert, sie würden hierdurch also legitimiert. Hintergrund ist also die Argumentation, jegliche im Rahmen des kommunistischen Regimes eingeführten politischen Initiativen seien unerwünscht und müssten abgesetzt bzw. ersetzt werden. Bolesław Suchodolski von der PKLD, einer Nachfolgepartei der PZPR:

„Wir sind nicht einverstanden und widersprechen entschieden der Meinung, die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe (*gospodarstwa państwowe*) seien eine Schöpfung der vergangenen Ära (Volksrepublik). Ich möchte daran erinnern, dass der staatliche landwirtschaftliche Sektor bereits in der Zeit der Könige als königliche Güter bestand, in der Zwischenkriegszeit als staatliche Güter (*majątki państwowe*), gleich nach dem Krieg als staatliches Landeigentum (*państwowe nieruchomości ziemskie*). Insofern der Name „staatliche Landwirtschaftsbetriebe“ schlecht assoziiert wird, schlage ich vor, diese in „ländliche Besitze des Staatsschatzes“ umzubenennen (*dobra ziemskie skarbu państwa*).“⁴⁹⁵

Kategorie B

In der quantitativ größten Kategorie B finden wir unter anderem die zahlreichen Rückgriffe auf institutionelle Lösungen und Traditionen der Zwischenkriegszeit, die in der Gegenwart wiederaufgenommen werden sollen. Zahlreiche Aussagen, die der Kategorie B zuzuordnen sind, wurden bereits in anderen Kontexten vorgestellt, daher soll an dieser Stelle ein einzelnes Beispiel genügen:

⁴⁹⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Bolesław Suchodolski (PKLD), Sitzung vom 13.-14.12.1990.

„Uns scheint es so zu sein, dass wir – entgegen dem, was mein Kollege eben sagte – uns nun durchaus daran machen können, ein umfassendes Genossenschaftsrecht zu erarbeiten. Unsere Großväter arbeiteten unter etwas schlechteren Bedingungen, als sie das Gesetz im Jahr 1920 vorbereiteten. Die Situation im Land war schwierig, die bolschewistische Armee stand vor Warschau, hatte Płock eingenommen, und schon wenige Monate danach konnten unsere Großväter – für einige jüngere Kolleginnen und Kollegen sind sie Urgroßväter – dieses Recht erlassen, das doch danach über die gesamte Zeit der Zwischenkriegszeit gute Dienste leistete. Ich denke nicht, dass wir – anders kann man das nicht sagen – dermaßen verblödet sind, dass wir das, was unsere Väter, Urgroßväter, in wenigen Monaten zu konnten, selbst nicht schaffen können, wo wir derart gute Vorbilder/Vorlagen (*wzory*) zur Verfügung haben.“⁴⁹⁶

Kategorie C

Die Verbindung des positiven Bezugs zur Zwischenkriegszeit mit einer Kritik an der Zeit der Volksrepublik verstärkt den Effekt der „Ausklammerung“ indem das Ausgeklammerte gleichzeitig „durchgestrichen“ wird. Dies ist bei immerhin 20% der Analyseeinheiten der Fall. Die Narrative folgen hierbei dem Schema, dass ein Ereignis, eine Person, Institution oder Entwicklung der Zwischenkriegszeit positiv bewertet wird, während die Zeit der Volksrepublik als Verfall, als Niedergang gezeichnet wird. Die Implikation, letzteres sei rückgängig zu machen, indem zu den positiven Traditionen der Zwischenkriegszeit zurückgekehrt wird, wird häufig nicht expliziert.⁴⁹⁷

Die Wiedereinführung des Nationalfeiertags der Verfassung des 3. Mai (1791) nutzt der Senator Jerzy Pietrzak für eine ausführliche Darstellung des Schicksals dieses Feiertags. Bereits die Verfassung selbst habe aufgetragen, diesen Tag bin in alle Ewigkeit feierlich zu

⁴⁹⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Bohdan Osiński (SD), Sitzung am 24.-25.1.1991.

⁴⁹⁷ Die weitaus meisten Analyseeinheiten in der Kategorie C sind traditionellen Typs. In 19 Fällen handelt es sich um genetische Narrative („zick-zack“ Typ). Exemplarische und kritische Narrative sind selten.

begehen. Pietrzak ruft die Abgeordneten und Fraktionen in Erinnerung, welche im April 1919 im „wiedergeborenen Polen“ per Gesetz den Feiertag wiedereinführten. Am denkwürdigsten sei der Jahrestag überhaupt im Jahr 1943 gefeiert worden, als ganz Warschau für den Feiertag geschmückt worden war. Darauf folgen Ausführungen zum Schicksal des Feiertags in der Volksrepublik:

„Es wurde bereits an das Schicksal dieses Feiertags in der Volksrepublik Polen hingewiesen. Ich erinnere an dieser Stelle nur daran, dass es am 3. Mai 1946 in Krakau zu den tragischen Ereignissen kam, und zwar als nach einer Messe in der Marienkirche eine Menschenmenge, vorwiegend Studenten, auf den Platz hinauskam, begann, die Verfassung vom 3. Mai zu bejubeln woraufhin aus dem Hinterhalt Schüsse fielen. Die auf diese Weise provozierten Ausschreitungen wurden auf brutale Weise vom Sicherheitsdienst (*siły bezpieczeństwa*) unter Zuhilfenahme von Panzern niedergeschlagen wurde. Es gab Tote und Verletzte. Man führte Massenverhaftungen durch, schloss die Jagielloński-Universität, in den darauffolgenden Tagen schlug die Staatssicherheit (*Urząd Bezpieczeństwa*) Kundgebungen von Studenten in anderen Städten nieder, die aus Solidarität ins Leben gerufen worden waren. Der Jahrestag wurde 1947 faktisch abgeschafft, und zwar nicht auf offene Weise, wie das mit dem Tag der Unabhängigkeit [11. November] gemacht worden war – durch Erlass eines Gesetzes – sondern auf dem Wege der Manipulation und verdeckt. Zuerst also veröffentlichte das Exekutivabteilung der Zentralkommission der Gewerkschaften den Appell, am 3. Mai die Arbeit aufzunehmen, denn „nur die angestrengte Arbeit am Wiederaufbau des Landes, die Ausführung der Wirtschaftspläne, die wachsende Ergiebigkeit der Arbeit führen zur Verbesserung der Arbeitswelt.“ Gleichzeitig wurde in demselben Appell die Regierung aufgerufen „zur Ehre der aufopfernden Arbeit des polnischen Arbeiters“ den 1. Mai zum arbeitsfreien Tag zu erklären. Als Antwort auf diesen Appell erließ das Präsidium des Ministerrats einen entsprechenden Beschluss (*uchwała*). Jegliche Traditionen den Jahrestag des 3. Mai zu begehen wurden zuerst verschmolzen mit dem sogenannten Fest des Bildungswesens, später mit der Woche der Kultur, Bildung und Presse. Schon 1947 brachten Abgeordnete des Katholisch-Sozialen Clubs (*Klub Katolicko-Spoleczny*) eine parlamentarische Anfrage an den Premierminister ein in der Angelegenheit des Herunterreißen und Beseitigen von Nationalflaggen am 3. Mai 1947 durch Mitarbeiter der Staatssicherheit (*Urząd*

Bezpieczeństwa). Es folgten Jahre, in denen alle Namen von Straßen und Parks, die zu Ehren des 3. Mai benannt worden waren, auf den 1. Mai umbenannt wurden, als man in der Presse vergeblich nach jeglicher selbst lakonischen Erwähnung des Jahrestags am 3. Mai suchte, als jegliche Versuche den Feiertag zu begehen unterdrückt wurden, als es verboten war, am 3. Mai Nationalflaggen auszuhängen, und jene, welche dieses Verbot missachteten, mit Geldstrafen belegt wurden. Es war, leider, die Ausnahme von der Regel, als im Jahr 1966 mit einem gewissen Aufsehen der 175. Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai begangen wurde, und als man im Jahr 1976 den darauffolgenden Jahrestag unerwartet mit einer historischen Sondersendung von Grzegorz Królikiewicz beging – Ausnahmen, die vielmehr berechnend eingesetzt wurden, um entsprechende soziale Folgen zu erreichen angesichts der angespannten Lage im Land. Ich erinnere an das Jahr 1966, die Steigerung des Konflikts zwischen Staat und Kirche während der Tausend-Jahr-Feierlichkeiten [1966, tausendjähriges Jubiläum der „Taufe“/Christianisierung Polens – aus Sicht der Kirche, Tausendjähriges Jubiläum des polnischen Staates – aus Sicht des Regimes] und das Jahr 1967, also das Jahr, welches die Ereignisse in Radom und Ursus mit sich brachte. Das Volk aber behielt sein Sentiment für die 3.-Mai-Tradition. Seit dem Jahr 1981 lebte die Tradition, den Feiertag öffentlich zu begehen, wieder auf, die Zeit war jedoch noch nicht reif, um den Feiertag offiziell wiedereinzuführen. Nun ist es Zeit, den Feiertag wiedereinzuführen und ich meine, dass der Senat, indem er diese Initiative unternimmt, im Einklang mit den Gefühlen des Volkes handelt. Eine Umfrage des Öffentlichen Meinungsforschungsinstituts (Ośrodek Badania Opinii Publicznej) im März zeigt, dass ganze 92% der Befragten meint, dass der 3. Mai ein Nationalfeiertag sein sollte. (...)“⁴⁹⁸

Dieses ausführliche Beispiel eines Ausklammerungsnarrativs zeigt einige interessante Besonderheiten: Der „hinterhältigen“ Abschaffung des 3.-Mai-Traditionen nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Regime folgen im Zeitraum bis 1989 mehrere Episoden, die einem

⁴⁹⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jerzy Pietrzak (Senator), Sitzung vom 5.-6.4.1990.

konsequentes Narrativ der vollständigen Unterdrückung der genannten Traditionen in kritischer Weise widersprechen und die der Redner nicht unerwähnt lässt. Die Argumentationsstrategie besteht hier darin, diese Episoden als „Ausnahmen“ herunterzuspielen, politisch-instrumentelle Motive zu unterstellen bzw. der Widerspenstigkeit des „Volkes“, das dem Regime gegenübergestellt wird, zuzuschreiben. Auf diese Weise kann das Ausklammerungsnarrativ im Großen und Ganzen vom Redner aufrechterhalten werden – obwohl die genannten Episoden tatsächlich darauf hinweisen, dass jede genauere historische Betrachtung die Zäsuren Zweiter Weltkrieg und 1989 in Frage stellen muss.

In einer Grundsatzdebatte über die Außenpolitik Polens lesen wir in den Protokollen folgende Aussage des Abgeordneten Jerzy Pietkiewicz von der OKP:

„In den vergangenen 45 Jahren waren die Polen faktisch ihres eigenen realen Staates beraubt, und damit auch einer eigenen, staatlichen Außenpolitik. Der zentrale Ort politischer Entscheidungen befand sich außerhalb des Landes. Die Volksrepublik als politisches Gebilde befand sich in einem Verhältnis der Abhängigkeit von der UdSSR. Sie war lediglich ein externer Teil, die Peripherie des sowjetischen Imperiums unter Beibehaltung einer formal-rechtlichen Fassade der staatlichen Unabhängigkeit. Generell war sie de facto ein heimlicher Exponent, ein Instrument und zuweilen Opfer bei der Verwirklichung der imperialen Ziele der UdSSR. Sie strebte nicht in bedeutender Weise zu eigener Unabhängigkeit und Autonomie im Bereich der umfassend verstandenen inneren und äußeren Sicherheit, darin auch der Außenpolitik. Insofern war die Volksrepublik faktisch sogar weniger als ein unabhängiger Staat. Gegenwärtig hat sich die Situation geändert, die Jalta-Ordnung zerfällt. In dieser Umbruchphase der Jahre 1989-1990, wie einstmals 1918, erlangt Polen seine Unabhängigkeit zurück, baut seinen eigenen Staat wieder auf. Es ist dies erst der Beginn der Entstehung der Dritten Republik Polen, Polen erscheint auf der politischen Landkarte Europas und der Welt, nicht bloß als Schein-Staat, sondern als echter, realer

Staat. Sichtbares Zeichen für diese Veränderung ist die polnische Außenpolitik, diesmal die eigene.“⁴⁹⁹

Während der Sitzung des Sejm am 17. Mai 1990 stellte der Abgeordnete Andrzej Bratkowski vom PKP, dessen Mitglieder zuvor allesamt Abgeordnete der PZPR gewesen waren, die Ergebnisse einer Sonderkommission vor, welche sich mit einem Gesetzesprojekt zur Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen den Gemeindeorganen und den Organen der zentralen Regierungsverwaltung beschäftigte:

„Die Diskussionen waren, wie gesagt, sehr lebhaft, sowohl im Forum der Unterkommissionen wie auch der Kommission. Heute würde ich urteilen, dass wir vielleicht die falsche Methode angenommen haben um die Fragen des Schulwesens anzugehen. Es schien uns nämlich, dass es aus dieser Situation nur einen Ausweg gibt, die Alternative: Entweder Gemeindeverwaltung oder Regierung. Und im Grunde vertieften wir uns nicht in die Lösung, die vor dem Krieg in Polen gültig war, welche sicher den einen oder anderen Vorbehalt hervorrufen mag, doch würde sie, so meine ich, einen rationaleren Ausgangspunkt für die weitere Diskussion über das Grundschulwesen bilden. Überhaupt, wenn man sich die Gesetzgebung der Vorkriegszeit anschaut, überlegt man sich zuweilen, wen das stören konnte!“⁵⁰⁰

Bratkowski lobt hier nicht nur die Gesetzgebung der Zwischenkriegszeit als geeignetes Vorbild für gegenwärtige Überlegungen – eine Argumentation die man eher von seinen Kollegen aus den post-*Solidarność*-Parteien erwarten würde, sondern geht noch einen Schritt weiter und verweist kritisch auf den Bruch mit der Gesetzgebung der Zwischenkriegszeit durch die Regierungen der Volksrepublik.

⁴⁹⁹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Jerzy Pietkiewicz (OKP), Sitzung vom 26.-28.4.1990.

⁵⁰⁰ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Bratkowski (PKP), Sitzung vom 17.-18.5.1990.

Kategorien G, H und I

Wie wir in Tabelle X gesehen haben, zeigen die analysierten historische Narrative mit Bezug auf die Zwischenkriegszeit relativ selten eine negative bzw. kritische Sichtweise dieser Epoche der – hier weitgehend polnischen – Geschichte. Generell haben wir es hier mit zwei Mustern zu tun: Einerseits wird die, wie wir gesehen haben – gängige, Praxis der Orientierung bzw. Übernahme von Institutionen der Zweiten Republik kritisiert, beispielsweise weil diese der Gegenwart nicht mehr angemessen seien oder auch weil auf diese Weise Fortschritte bei der Weiterentwicklung von institutionellen Lösungen nicht genutzt würden. Diese erste Gruppe macht 19% aller Analyseeinheiten der Kategorien G+H+I aus. Ein Beispiel für dieses Narrativmuster bietet folgende Aussage:

„Der Abgeordnete Małachowski hat eine sehr wichtige Frage angesprochen. Ich möchte darauf in folgender Weise antworten, dass heute sehr viele Institutionen des Zivilen Gesetzbuchs (*kodeks cywilny*) heute einer erneuten Analyse bedürfen. Eine dieser Institutionen ist ohne Frage die unbegründete Bereicherung, wobei ich aber nicht meine, dass man Änderungen einführen kann indem man zum Stand der Zwischenkriegszeit zurückkehrt. Sehr geehrte Damen und Herren, bei allem Respekt für diese Gesetzgebung, man muss sich im Klaren darüber sein, dass doch mehrere Jahrzehnte seitdem vergangen sind. Die Gesetzgebung hat sich in der ganzen Welt recht deutlich weiterentwickelt. Deswegen ist es nötig, eine grundsätzlichere Analyse der weltweiten Gesetzgebung durchzuführen, insbesondere der europäischen Gesetzgebung, wenn wir aus diesen Quellen Inspiration für unsere Lösungen beziehen wollen.“⁵⁰¹

Die zweite Gruppe von Analyseeinheiten (ca. 81 % aller Analyseeinheiten aus der Gruppe G+H+I) erzählt von bestimmten Entwicklungen, Ereignissen und Personen aus der meist politischen zwischenkriegszeitlichen Geschichte Polens um auf diese Weise das positiv

⁵⁰¹ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Adam Zieliński (keine Partei, Mandat aus der Liste der PZPR erhalten), Sitzung vom 12.-13.7.1990.

aufgeladene Narrativ über die Zweite Republik als goldenes Zeitalter des polnischen Staates und der polnischen Demokratie in Frage zu stellen. Das zu Beginn dieses Kapitels angeführte und ausführlich diskutierte Zitat von Stanisław Gabrielski fällt in diese Kategorie. Das folgende Zitat von Aleksander Kwaśniewski, dem späteren Präsidenten Polens, ist ein weiteres gutes Beispiel, das zudem auf der Ebene der Konstruktion von Parteiidentitäten relevant ist:

„Ich möchte noch über eine dritte Sache sprechen, meiner Meinung nach die wichtigste. In diesem Saal, und ich denke dies interessiert auch die polnische Gesellschaft, sollten wir darüber sprechen, wie es weitergeht, wie die Zukunft sein soll; welche gesellschaftlichen Kräfte und welche Unterstützung suchen wir, damit diese Zukunft real ist, erreichbar ist, um wirtschaftliche Probleme zu lösen, um gute Gesetze zu erlassen, um im Einklang mit der politischen Kultur zu handeln. Ich denke, es fällt mir und dem *Sojusz Lewicy Demokratycznej* schwer, mit einer Vision für ein demokratisches Polen einverstanden zu sein, das einen Rückbezug auf die Zweite Republik darstellt, wenngleich ich auch all die Nuancen in den Vergleichen zwischen der Volksrepublik und der Zweiten Republik sehe. Ich möchte jedoch nicht in einer Demokratie leben mit einer *Bereza Kartuska*, in einer Demokratie mit dem BBWR, in einer Demokratie in der Freiheiten eingeschränkt werden, wie es damals der Fall war.“⁵⁰²

Die *Bereza Kartuska* und der BBWR sind als Elemente eines Narrativs über den undemokratischen Charakter der Zweiten Republik zu verstehen. Sehen wir uns die übrigen Schlagworte und Themenbereiche der Geschichte der Zwischenkriegszeit an, die kritisch aufgenommen werden.

⁵⁰² Aleksander Kwaśniewski (SLD) 1.2.1992.

Tabelle 5: Themenbereiche der Kritik in den Kategorien G+H+I

Anzahl	Kritik - Thema
	Institutionen, Gesetze, Politiker der Vergangenheit als Vorbilder für heutige
18	Politik ungeeignet
10	Orthodoxie und orthodoxe Kirche
8	Maiputsch 1926
6	Verwaltung und sonstige öffentliche Institutionen der II Republik
5	undemokratische Entwicklungen allgemein, insbesondere im Parlament
5	Verfassung von 1935
4	Viele kleine Parteien und Fraktionen, schlecht für Demokratie
4	Parteitraditionen
3	ethnische und religiöse Konflikte
3	Konflikt zwischen Sanacja und Bauern
3	schlechte Lage der Bauern
3	Bereza Kartuska
2	Todesstrafe
2	BBWR
2	Wahlen zum Parlament
2	Bildungspolitik
2	sonstiges
1	starke Position des Wojewoda
1	Konflikt zwischen Sanacja und Korfanty
1	Verfassung von 1926
1	Roman Dmowski
1	faschistische Bewegungen
1	Spanischer Bürgerkrieg, polnische Beteiligung
1	Wirtschaftskrise
1	Abtreibungsverbot
1	Minderheitenpolitik
1	Pilsudski-Kult
1	Invalidengesetz
1	Genderquote in der Regierung
94	

Schwierige Verhältnisse der orthodoxer Menschen und der orthodoxen Kirche im zwischenkriegszeitlichen Polen wurden in 5 verschiedenen Sitzungen in 10 Aussagen erzählt. Zu beachten ist jedoch, dass 7 der Fälle demselben Redner zuzuordnen sind, und zwar

Eugeniusz Czykwin von der UChS. Neben Czykwin, haben auch Jozef Oleksy (LD), Janusz Dobrosz (PSL) Szczepan Balicki (PAX) Narrative aus dieser Kategorie vorgebracht. Neben der Orthodoxie ist auch an die schwierige Lage weiterer religiöser und ethnischer Minderheiten generell in der Zweiten Republik erinnert worden.

10.2.5.3 Zusammenhang zwischen Narrativen und Parteizugehörigkeit

Wir haben auf den vorangehenden Seiten die Landschaft der historischen Narrative, die im polnischen Sejm im Untersuchungszeitraum vorgebracht wurden, inhaltlich differenziert und kamen zu der Schlussfolgerung, dass das Ausklammerungsnarrativ der Zweiten Republik als „goldenem Zeitalter“, zu dessen vorbildlichen Traditionen es nach der negativ bewerteten Zeit der Volksrepublik, von der es sich nun abzugrenzen gilt, zurückzukehren gilt, zwar dominierte aber durchaus auch alternative, zu diesem im Widerspruch stehende Narrative vorhanden waren. Es stellt sich nun die Frage, welche Faktoren darüber entscheiden – so es denn kein Zufall ist – welche Narrative jeweils gewählt wurden. Vieles kommt hier in Frage: Es könnte sich um exogene Veränderungen handeln, die persönlichen Biographien der Redner, die Zugehörigkeit zu einer Partei und vieles mehr. Für letzteren Faktor spricht folgende Beobachtung von Claudia Kraft:

„Aufgrund des ausgehandelten Systemübergangs, des Mangels an einer ausdifferenzierten Parteienlandschaft und des Charakters der ehemaligen Opposition als sozialer bzw. vor allem kultureller Bewegung dient die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit vor allem der Abgrenzung zwischen den ansonsten schwer zu unterscheidenden politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen.“⁵⁰³

Durch die Analyse der stenographischen Protokolle lässt sich die von Claudia Kraft aufgestellte zumindest These insofern überprüfen und differenzieren, dass festgestellt wird, ob es tatsächlich signifikante Unterschiede zwischen den von bestimmten Parteien vorgebrachten Narrativen gibt und inwieweit diese konsistent sind.

⁵⁰³ Kraft (2006b: 145).

Die zu überprüfende These lautet: Die Abgeordneten der PZPR bzw. ihrer Nachfolgeparteien werden die Zwischenkriegszeit kritischer behandeln und die Zeit der Volksrepublik positiver, die Abgeordneten der OKP werden die Zwischenkriegszeit vergleichsweise positiver, die Volksrepublik in geschichtspolitischen Narrativen negativer darstellen. Die Aussagen von Politikern der Blockparteien (SD, ZSL/PSL) dürften zwischen beiden liegen.

Während der Analyse der Protokolle entstand beim Autor der Eindruck, diese These dürfte sich bestätigen, gleichzeitig fielen immer wieder Beispiele auf, in denen Abgeordnete des linken Lagers sich überraschend positiv über die Zwischenkriegszeit äußern und vice versa – Abgeordnete der Post-Solidarność-Parteien äußerten Kritik. Zudem entstand der Eindruck, die Blockparteien würden das Ausklammerungsnarrativ teils radikaler vertreten als das OKP-Lager. Letztendlich lässt sich die Frage also nur durch einen Blick auf die quantitative Verteilung auflösen.

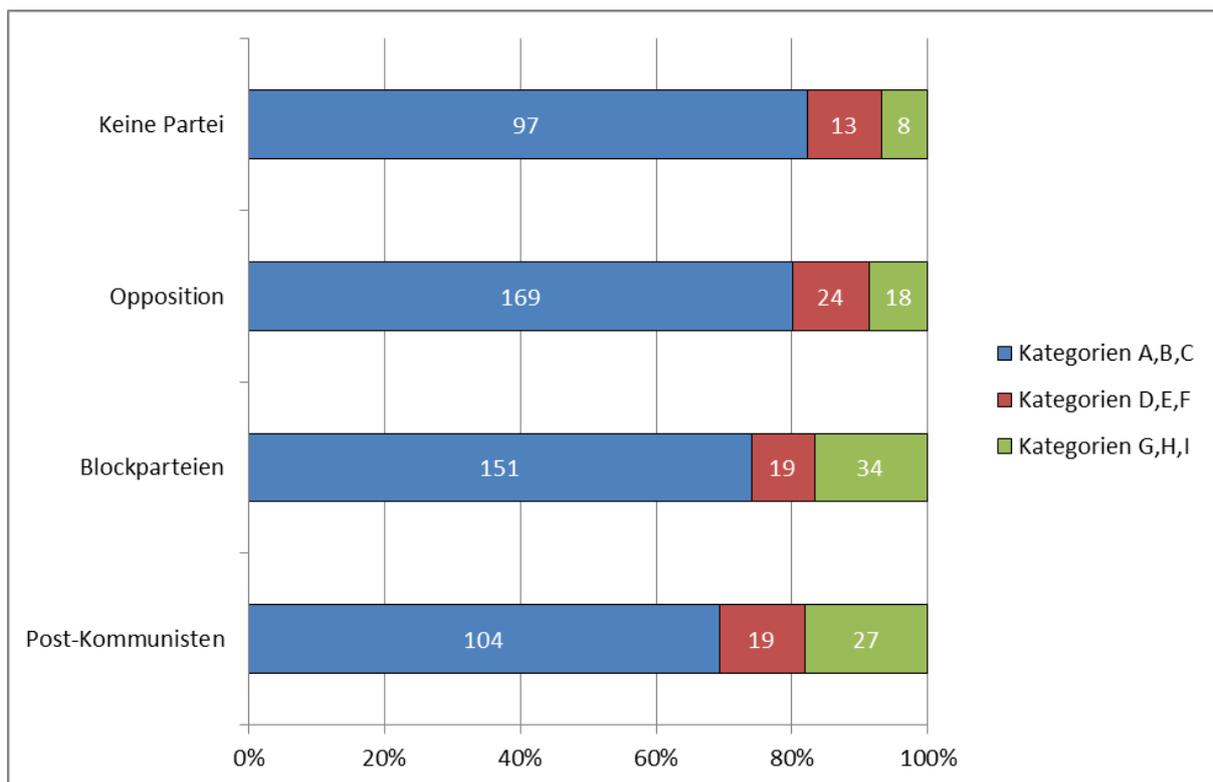


Diagramm 5: Zusammenhang zwischen den Kategorien A bis I und der Partei (gruppiert)

Gruppieren wir die Narrativkategorien A-C (Zwischenkriegszeit positiv), D-F (Zwischenkriegszeit neutral) und G-I (Zwischenkriegszeit negativ), und gruppieren wir andererseits die Parteizugehörigkeit des Redners nach Opposition, Blockparteien und Post-

Kommunisten, stellen wir fest, dass die Analyse die aufgestellte These insgesamt bestätigt, gleichzeitig ist eine Differenzierung nötig. Tatsächlich fallen die Narrative der Post-Kommunisten in Bezug auf die Zwischenkriegszeit im Vergleich zu den übrigen Parteigruppen am kritischsten aus, jene der Opposition am positivsten, die Blockparteien sind dazwischen angesiedelt. Dennoch überwiegen auch bei den Post-Kommunisten jene Aussagen, welche sich auf die Zwischenkriegszeit positiv berufen mit 69% bei weitem, während neutrale und kritische Narrative lediglich 13 bzw. 18 % ausmachen. Der vermutete Unterschied zwischen den Parteigruppen findet sich in der quantitativen Auswertung also bestätigt, insgesamt erweist sich das Ausklammerungsnarrativ aber als weitgehend dominant, Kritik und Alternativen bleiben marginal.

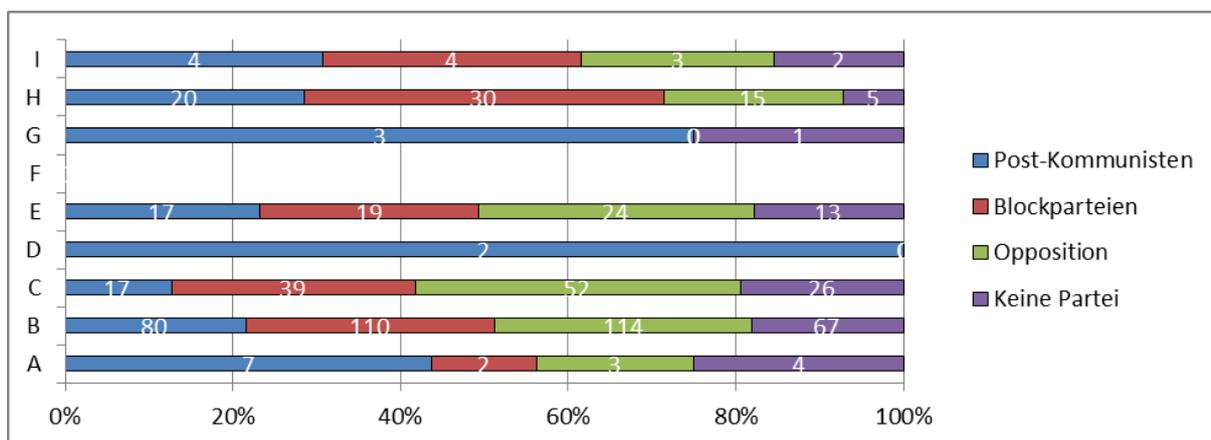


Diagramm 6: Zusammenhang zwischen den Kategorien A bis I und der Partei (gruppiert)

10.2.5.4 Das Ausland und Zwischenkriegszeit als Orientierungshilfen

Im Laufe der Analyse ist ein häufig wiederkehrendes Argumentationsmuster aufgefallen, welches dem Bereich der traditionellen oder exemplarischen Narrative zuzuordnen ist und bei dem – meist nebenbei und die Schlussfolgerung nur implizierend – auf die Zwischenkriegszeit als Vorbild neben jenem des Auslands hingewiesen wird. Ryszard Czarnecki (ZChN) zur Frage des Erwerbs von Immobilien durch Ausländer:

„So war es in der II. Republik, so ist es heute auch in vielen anderen Ländern der Welt die – dies betrifft sogar derart weit entwickelte wie Deutschland – nicht auf ihren

Einfluss auf die Entscheidung über den Verkauf von Grundstücken an Staatsbürger fremder Staaten verzichten.“⁵⁰⁴

In analoger Weise und im Rahmen derselben Diskussion über Grunderwerb durch Ausländer schaut Janusz Lewandowski (KLD)⁵⁰⁵ nach Ungarn, das in dieser Hinsicht als Vorbild dienen könne und verweist parallel auf „unsere“ Regelung aus dem Jahr 1920. Marek Mazurkiewicz⁵⁰⁶ kritisiert einen Gesetzesvorschlag zu den Haushalten der territorialen Selbstverwaltung als undurchsichtig und umständlich, „wenn wir dies etwa mit der Gesetzgebung der Zwischenkriegszeit oder mit Lösungen vergleichen, die gegenwärtig in Europa Anwendung finden.“ Ryszard Pazura⁵⁰⁷ verwendet ein ähnlich gestricktes Argument in einer Diskussion zum Genossenschaftsgesetz wobei er auf die USA verweist. Die Verfassung der USA von 1787 dient Andrzej Wojtyła⁵⁰⁸ in der Debatte zur neuen Verfassung, neben jener Polens aus dem Jahr 1921 als Beispiel und Vorbild dafür, dass die Legislative Möglichkeiten erhalten sollte, um einerseits Gesetze zu erlassen und andererseits deren Umsetzung durch Präsident, Regierung und Gerichte zu kontrollieren.

Diese wiederkehrende, eigentümliche Verknüpfung ist auf den ersten Blick unscheinbar, im Kontext der theoretischen Überlegungen dieser Arbeit aber durchaus bemerkenswert. Eines der Zitate aus dieser Kategorie verweist ein wenig über die Selbstverständlichkeit des oben skizzierten Musters hinaus. Es stammt von einem nicht-Abgeordneten, der zum Thema Normierungsgesetzgebung spricht.

⁵⁰⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Ryszard Czarnecki (ZChN), Sitzung vom 23.5.1992.

⁵⁰⁵ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Janusz Lewandowski (KLD), Sitzung vom 23.5.1992

⁵⁰⁶ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Marek Mazurkiewicz (SLD), Sitzung vom 4.4.1992.

⁵⁰⁷ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Ryszard Pazura (Staatssekretär), Sitzung vom 29.-31.8.1991.

⁵⁰⁸ Protokoll der Plenarsitzung des Sejm, Aussage von: Andrzej Wojtyła (PSL Solidarność), Sitzung

„Ich habe immer gemeint und meine auch heute, dass meine oberste Pflicht als Vorsitzender des Polnischen Normungskomitees (*Polski Komitet Normalizacji, Miar i Jakości*) darin besteht, dem Parlament der Republik Polen ein stimmiges und modernes Gesetzesprojekt zu den Bereichen vorzustellen, mit denen sich das gegenwärtig von mir geleitete Amt beschäftigt. Ein Projekt, das die gegenwärtigen Organisationsstrukturen ändert und damit endgültig mit den Ideen einer vergangenen Ära bricht, als das Ziel darin bestand, die Einheit der Maße zu „sichern“, „Qualität weiter zu erhöhen durch die hohe Qualität der Arbeit eines jeden Staatsbürgers“ sowie die „Einführung“ eines obligatorischen Systems von Normen das im Grunde auf den Normen der nicht mehr existierenden Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe [RWPG] basiert. Ein Gesetz, das der Republik Polen folgende Institutionen zurückbringen wird: Das Zentralamt der Maße (*Główny Urząd Miar*), errichtet durch den Anführer des Staates (*naczelnik państwa*) im Jahr 1919, bereits wenige Monate nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, sowie des Polnischen Normungskomitees, das 1924 errichtet wurde; beide gedankenlos – oder womöglich auch absichtlich – aufgelöst durch die Machthaber der Volksrepublik. Diese Institutionen wieder ins Leben zu rufen, das ist keine irrationale Rückkehr zu längst vergessenen Traditionen. Erstens erinnert es daran, dass wir schon seit langem in Europa sind, manches Mal vor anderen, heute stärkeren Nationen; Zweitens ist es ein Signal, dass wir, indem wir mit den absurden Vorschriften und Strukturen des Realsozialismus brechen, mit dem gegenwärtigen Europa auf Augenhöhe, auf der Grundlage der Tätigkeit leistungsfähiger Institutionen und verständlicher sowie für aller Partner vorteilhafter Regeln zusammenarbeiten wollen.“⁵⁰⁹

Bemerkenswert ist das zwar geringe, aber doch seltene Maß an Reflexion des geschichtspolitischen Narrativs („irrationale Rückkehr zu Traditionen“) worauf ein Versuch der Begründung dieses an so vielen Stellen auftretenden Musters des Ausklammerungsnarrativs zur Legitimierung der Wiederherstellung von Lösungen aus der

vom 2.4.1992.

⁵⁰⁹ Krzysztof Mordzinski (keine Partei, Vorsitzender des Normungskomitees) Sitzung vom 28.5.1992.

Zwischenkriegszeit angeboten wird. Einerseits hält der Redner die Fortschrittlichkeit der zukünftigen Normen hoch, die von der Rückständigkeit in der Volksrepublik abgegrenzt wird und welche die Zusammenarbeit mit den „Partnern“ im „gegenwärtigen Europa“ ermöglichen wird. Es handelt sich hier jedoch mitnichten um die Aufgabe (eigener oder extern gesetzter, das wird hier nicht ausgeführt) überkommener Lösungen zwecks Übernahme fremder, europäischer, moderner Vorlagen: In der Argumentation des Vorsitzenden ist es der Rückgriff auf eigene, polnische Erfahrungen, deren historisches Alter ihnen zudem eine gewisse Würde und Bedeutung verleiht, die es ermöglicht, „auf Augenhöhe“ mit den neuen „Partnern“ zusammenzuarbeiten.

In einem Moment des Umbruchs, in dem versucht wird, die alte Ordnung zu überkommen, in dem Gesetze neu geschrieben oder umformuliert werden, bestehende Institutionen in Frage gestellt werden, liegt es aus praktischen Gründen nahe, sich an vorhandenen Mustern zu orientieren. Zumal dann, wenn nicht von vorneherein ein Konsens darüber besteht, in welche Richtung die Reise gehen soll. Angesichts der neuen geopolitischen Situation und der Machtverhältnisse im Sejm ist es keineswegs überraschend, dass der Blick der polnischen Legislative sich nun auf die westeuropäischen Nachbarn richtet. Bedenkt man den nationalen Rahmen der Identitätsbildung der politischen Gemeinschaft, von dem bereits im theoretischen Teil der Arbeit die Rede war, und geht man zudem davon aus, dass es notwendig ist, dass die Veränderungen – von der Verfassung bis hin zum Normungsgesetz – als bewusste und selbstverantwortete Handlungen der politischen Gemeinschaft erzählt werden können, wird deutlich, warum der Rückgriff auf ausländische Vorbilder um den Rückgriff auf die eigene Geschichte – hier der Zweiten Republik – ergänzt wird: Geschichtspolitische Meisternarrative können und müssen sowohl Handlungen orientieren als auch Identitäten stiften. Allzu große Widersprüche würden die Sinnstiftung gefährden. Eine bloße Übernahme externer Vorgaben oder Vorlagen wäre nicht akzeptabel.

Hier zeigt sich deutlich eine Parallele zwischen der Errichtung des neuen Regimes nach dem Zweiten Weltkrieg und der Errichtung des neuen Regimes nach 1989: Beide Male haben wir es mit einem gewissen (unterschiedlichen) Grad an externen Vorgaben zu tun, die durch die geschichtspolitische Konstruktion von nationaler Selbstbestimmung durch eine Einordnung in eigene Erfahrungen und Traditionen denkbar und akzeptabel gemacht wird.

11 Geschichtskultur des Parlaments im Verhältnis zur Geschichtskultur der politischen Gemeinschaft

Die Schnittmenge zwischen parlamentarischer Geschichtspolitik und gesamtgesellschaftlicher Geschichtskultur ist insofern von enormer Bedeutung, da ohne sie wichtige politische Funktionen nicht erfüllt werden – eine im Hinblick auf Geschichtswissen allzu sehr voraussetzungsvolle Geschichtspolitik würde von der Bevölkerung schlicht unverstanden bleiben und zur Entfremdung von der staatlichen Politik, ihren Institutionen und Entscheidungen führen. Dass die politische Gemeinschaft die entsprechenden Narrative verstehen und einordnen kann ist eine Voraussetzung dafür, dass Geschichtspolitik über die politischen Institutionen hinaus Entscheidungen legitimieren und Identitäten bilden, insbesondere auch Wähler mobilisieren kann.

Inwiefern handelt es sich hier also um eine „Geschichtssubkultur“ des Parlaments? Wie steht es um das Verhältnis zwischen Geschichtspolitik einerseits und der Geschichtskultur der polnischen Gesamtbevölkerung andererseits? Dass es in dieser Frage zumindest einige Anhaltspunkte gibt, ist den soziologischen Untersuchungen zum „kollektiven Gedächtnis“ der Polen zu verdanken, die insbesondere durchgeführt wurden von Barbara Szacka und Piotr Tadeusz Kwiatkowski.⁵¹⁰ Das sich ergebende Patchwork aus Umfrageergebnissen, das hier skizziert werden soll, weist darauf hin, dass weder Ausklammerungs- noch Integrationsnarrativ in den ersten Jahren der Transformation von der gesamten Bevölkerung geteilt werden konnte, ersteres jedoch bei einem größeren Anteil auf Zuspruch gestoßen sein dürfte.

⁵¹⁰ Die Untersuchungen wurden bereits ab 1965 durchgeführt und bieten somit Momentaufnahmen aus unterschiedlichen Phasen der Geschichte der polnischen Geschichtskultur.

Zum Teil ist hier sicher von einer gewissen „parlamentsspezifischen Geschichtssubkultur“ auszugehen, woran der bis heute auffällig hohe Anteil an Historikern unter den Abgeordneten nicht unschuldig sein dürfte. Dies gilt insbesondere für die Geschichte von Parteien und sonstigen Organisationen. Das Wissen, das nötig ist, um insbesondere die implizierten historischen Sinnzusammenhänge zu erschließen, geht in solchen Fällen mutmaßlich über jenes des Durchschnittsbürgers hinaus. Ohne hier eine umfassende Studie anbieten zu können, sei doch auf einige empirische Hinweise verwiesen. In einer Umfrage von CBOS, in der historische Persönlichkeiten bewertet werden sollten, gaben nur 4% der Befragten an, dass sie „Józef Piłsudski“ nicht kennen, im Falle von „Władysław Grabski“ waren es aber bereits 52%, bei „Eugeniusz Kwiatkowski“ 65% und bei „Roman Dmowski“ – hier drückt auch der Autor des Berichts seine Verwunderung aus – ebenfalls mehr als die Hälfte (57%).⁵¹¹ Neun Jahre zuvor stand es allerdings besser um das Wissen über die historischen Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit: Józef Piłsudski kannten nur 2% nicht, Wincenty Witos 12% und Roman Dmowski 42%.⁵¹² Angesichts derartiger Ergebnisse lässt sich vermuten, dass ein Großteil der in den Zitaten erwähnten Persönlichkeiten dem Publikum nicht ohne weiteres etwas gesagt haben dürfte (natürlich wird meist ein erklärender Kontext geliefert). Zu Ereignissen sind derartige Statistiken nicht verfügbar. Sicher ist, dass die Ereignisse „Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918“, und „Schlesische Aufstände“ zumindest einem Teil der Bevölkerung bekannt waren, da sie 1987 von 6,3% bzw. 3,9% der Befragten als Ereignisse in der polnischen Geschichte genannt wurden, auf die man stolz sein könne.⁵¹³

⁵¹¹ Umfrage im Oktober 2008 mit 1107 Befragten. CBOS (*Centrum Badań Opinii Społecznej*), *Spojrzenie na miniony wiek w historii Polski* [Rückblick auf das vergangene Jahrhundert in der Geschichte Polens], 2008.

⁵¹² Umfrage im November 1999 mit 1089 Befragten. CBOS (*Centrum Badań Opinii Społecznej*), *Ludzie i wydarzenia w historii Polski XX. wieku* [Menschen und Ereignisse in der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert] (1999).

⁵¹³ Kwiatkowski (2008: 266).

Aufgefordert, bestimmten Jahreszahlen zugehörige Ereignisse zu nennen, wussten 95,5% der Befragten im Dezember 1987, dass mit „1939“ der Beginn des Zweiten Weltkriegs⁵¹⁴ gemeint war. Das Jahr 1918 (Ende des Ersten Weltkriegs, Unabhängigkeit Polens) konnten immerhin 66% einem Ereignis zuordnen, bei 1926 (Maiputsch) waren es nur noch 27,5%.⁵¹⁵ 37% wussten in einer Umfrage von 2004 nicht, welches Ereignis mit dem Tag der Unabhängigkeit am 11. November gefeiert wurde.⁵¹⁶ Roman Dmowski – immerhin die zentrale Identifikationsfigur der Zwischenkriegszeit für das nationaldemokratische Lager (*endecja*) – kannten im Jahr 1999 42% und 2008 bereits mehr als die Hälfte der Befragten gar nicht. Man muss also davon ausgehen, dass geschichtspolitische Narrative von Teilen der Bevölkerung nicht verstanden werden, was enorme Auswirkungen auf ihre Wirksamkeit hat. Es wird deutlich, wie wichtig es für die Effektivität von Geschichtspolitik ist, dass an bekannte Narrative angeknüpft wird, oder aber dass entsprechende Narrative bekannt gemacht werden.

Nach Ereignissen in der Vergangenheit befragt, die für die Polen Grund zu Stolz seien, gaben im Jahr 1987 11,9% der Befragten Ereignisse aus der Volksrepublik an (2003: 20,4%), 12,5% Ereignisse aus der Zwischenkriegszeit (2003: 21,0%).⁵¹⁷ Es sind aber größtenteils gerade nicht die Errungenschaften des kommunistischen Regimes, die hier zu Buche schlagen: Nur 2,7% nannten im Jahre 1987 die Tatsache des Wiederaufbaus des Landes nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, als sie nach Ereignissen gefragt wurden, auf die man als Pole stolz sein könne (1996/2003: keine oder wenige Nennungen), 2,3% nannten hingegen den August 1980 (1996: 5%, 2003: 4%) und die Gründung der *Solidarność*, weitere 3,1% die Wahl Karol Wojtyłas zum Papst (1996: 8%, 2003: 13,8%). Später kam die Nennung der Überwindung des Kommunismus hinzu (1996: 29%, 2003: 19%).⁵¹⁸ Von angegebenen

⁵¹⁴ Weitere Untersuchungen zeigen, dass über die Zeit hinweg der Zweite Weltkrieg das wichtigste Ereignis der polnischen Geschichtskultur darstellt. Szacka (2006: 157f.).

⁵¹⁵ CBOS (1988: 8). Die CBOS-Studien neigen dazu, die staatlich geförderten Einstellungen zu erfassen. Szacka (2006: 137).

⁵¹⁶ Kwiatkowski (2008: 285f.).

⁵¹⁷ Kwiatkowski (2008: 263).

⁵¹⁸ Kwiatkowski (2008: 267ff.).

Ereignissen in der Geschichte Polens, die hingegen ein Grund zur Scham seien, lagen im Jahre 1987 6% in der Zwischenkriegszeit (speziell nannten 1,1% die „Art des Regierens in der Zwischenkriegszeit“⁵¹⁹), 14% fanden nach dem Zweiten Weltkrieg statt.⁵²⁰ Im Jahre 2003 nannten 1,0% das „Regime der Zweiten Republik“ als Grund, sich als Pole zu schämen – die meisten Nennungen mit 8,3% erreichte hier die Ausrufung des Kriegszustands 1981.⁵²¹

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Bewertung von Jahrestagen: Die Umfragen zeigen, dass 1987 immerhin 19% der Befragten den 22. Juli als Ereignis in der Geschichte Polens angaben, der besonders feierlich begangen werden sollte, 5% nannten die Entstehung der Volksrepublik (ohne Datum) und 2% die Oktoberrevolution. Mit 46% erlangte das Ende des Zweiten Weltkriegs (seit dem 8. Mai 1945 ist der 9. Mai ein Feiertag) den höchsten Anteil, das Ende des Ersten Weltkriegs bzw. die Wiedererlangung der Unabhängigkeit am 11. November 1918 erhielt 26% und der 3. Mai 1791 24% Zustimmung. Noch kurz vor der Wende wurden also Feiertage zur Legitimierung der Volksrepublik zumindest von Teilen der Bevölkerung positiv angenommen. 16 Jahre später war der 11. November zu jenem Jubiläum avanciert, dem die meisten Befragten einen hohen Wert beimaßen (49%), die drei erstgenannten Ereignisse fanden hingegen – in Übereinstimmung mit dem offiziellen Kalender der Feiertage – gar keine Erwähnung mehr.⁵²²

Nach Personen gefragt, die Grund zum Stolz für die Polen seien, nannten 1987 immerhin 10,5% Politiker aus der Volksrepublik. (2% Bolesław Bierut, 6% Władysław Gomułka, 2,5 Wojciech Jaruzelski. Im Jahre 2003 wurden Edward Gierek von 2,9% und Jaruzelski von 1,6% genannt). Józef Piłsudski wurde hingegen von 12,5% der Befragten als Grund zum Stolz genannt (2003: 23,0%, zweiter Platz hinter Karol Wojtyła/Johannes Paul II.).⁵²³

⁵¹⁹ Kwiatkowski (2008: 299).

⁵²⁰ CBOS (1988: 6).

⁵²¹ Kwiatkowski (2008: 299).

⁵²² Kwiatkowski (2008: 285).

⁵²³ Kwiatkowski (2008: 244).

Auch bei der Bewertung von „fast einem halben Jahrhundert der Regierungen der PZPR in Polen“ ist die polnische Bevölkerung gespalten. Im Oktober 1994 sahen 40% diese positiv, 50% negativ. Im Juni 2002 waren es 49% positive und nur noch 35% negative Antworten, bei einem größeren Anteil von Unentschlossenen (25% statt 10%).⁵²⁴

Dass die Bewertung der Zweiten Republik auch im weiteren Zeitverlauf nicht einheitlich ausgefallen ist, zeigt eine Umfrage von 2008. Als einen der größten Erfolge Polens der vergangenen hundert Jahre zählten die meisten (52%) Befragten die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1918 auf, jeder zehnte nannte den Wiederaufbau des polnischen Staates und seiner Institutionen nach 1918. Entsprechend nach den größten Schwächen Polens gefragt, nannte ein Viertel (24%) die Armut und soziale Ungerechtigkeit in der Zweiten Republik, außerdem ihre militärische Schwäche (7%), schlechte Außenpolitik (6%), schlechte Verhältnisse zwischen ethnischen und religiösen Minderheiten (6%) sowie die Einschränkung der Demokratie nach dem *coup d'état* von Józef Piłsudski von 1926 (4%). In derselben Umfrage bewerteten 80% der Befragten Józef Piłsudski positiv, 6% neutral, 4% negativ und nur 4% gaben an, ihn nicht zu kennen. Auf die Frage, welche Phase der Geschichte am besten für Polen gewesen sei, nannten 25% „PRL, 1945-89“ aber nur 12% „Zweite Republik, 1918-39“ (49% III. Republik nach 1989).⁵²⁵

⁵²⁴ Kwiatkowski (2008: 320).

⁵²⁵ Strzeszewski (2008: 3).

12 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit beginnt mit einem Überblick zur Begriffsgeschichte von „Geschichtspolitik“ in Deutschland; hier prägte der Historikerstreit den Begriff nachhaltig, bevor er durch nationalkonservative Intellektuelle nach Polen transferiert (*polityka historyczna*) und politisch instrumentalisiert wurde. Hierbei erfuhr der Begriff einen interessanten Bedeutungswandel. Eine von politisch unbelastete wissenschaftliche Untersuchung des Geschichtspolitikbegriffs wurde und wird insbesondere in Deutschland, in weit geringerem Maße in Polen, unternommen.

Im theoretischen Kapitel werden Arbeiten zu Geschichtspolitik von Christoph Steinbach und Karl-Georg Faber resümiert, die verdeutlichen, wie wichtig es ist, die politische Dimension des Forschungsgegenstandes ernst zu nehmen. Dies führt zur Einsicht, dass die Erforschung von Geschichtspolitik einen interdisziplinären Ansatz erfordert, der kulturwissenschaftliche und politikwissenschaftliche Theorie verbindet. Wie sich jedoch herausstellt, ist es eben diese Beziehung zwischen den kultur- und politikwissenschaftlichen Begriffen „Geschichte“ (bzw. „Erinnerung“), „Identität“ und „Legitimität“ welche die größte theoretische Herausforderung darstellt. Die theoretischen Überlegungen von Edgar Wolfrum und Günther Sandner präsentieren eine Sammlung von Funktionen von Geschichtspolitik, diese bleiben jedoch den umfassenden theoretischen Rahmen schuldig. Michael Kohlstruck fokussiert auf die politische Dimension und setzt auf den Erinnerungsbegriff anstatt des Geschichtsbegriffes. Wie sich herausstellt, werden aber auch bei Kohlstruck „Ereignisse“, „Personen“ und „Handlungen“ „interpretiert“, was über den Erinnerungsbegriff hinausweist und die Unzulänglichkeit des Erinnerungs- bzw. Gedächtnis-Konzepts aufzeigt. Horst-Alfred Heinrich setzt in einem seiner theoretischen Vorschläge auf die Verbindung der Konzepte von „politischem System“ und „kollektiver Erinnerung“ und trifft damit auf ein ähnliches Problem: Bei der Frage, wie Geschichtspolitik vonstatten geht, bietet sich hier einzig der „Analogieschluss“ an. Wie die Untersuchung der Geschichtspolitik des polnischen Parlaments im weiteren Verlauf dieser Arbeit aufzeigen wird, ist „Analogieschluss“ weder als theoretisches Konzept noch, im engeren Sinne, als rhetorische Form geeignet, um wesentliche Aspekte geschichtspolitischer Narrative zu erfassen. Anstatt auf das Konzept der

„Erinnerung“ bzw. des „kollektiven Gedächtnisses“ setzt die vorliegende Arbeit daher auf „Geschichte“ im Sinne von historischer Narration.

Auf der Suche nach einem umfassenden theoretischen Rahmen, welcher die vielerorts behauptete Beziehung zwischen Identität, Legitimität und Geschichte herzustellen vermag, wendet sich die Arbeit einem zeitlich früheren Ansatz zu, und zwar dem Geschichtskulturbegriff von Jörn Rüsen. Rüsens geschichtstheoretische Überlegungen basieren auf dem Konzept der Sinnstiftung durch Kultur, darunter durch historisches Erzählen. Historisches Erzählen, nicht Erinnerung, stehen hier im Mittelpunkt. Wir ordnen den Geschichtspolitikbegriff in die Rüsens'sche Begriffswelt ein, wobei im Detail einige Ausführungen Rüsens zum politischen Bereich revidiert und angepasst werden. Insgesamt vermag es Jörn Rüsen auf überzeugende Weise die Konzepte Identität und Legitimität in Beziehung zu setzen.

Im darauffolgenden Kapitel widmet sich der Autor der Frage, *wie* Geschichtspolitik sich abspielt, das heißt welche Formen geschichtspolitische Narrative annehmen können. Die Vorschläge von Alexander Demandt, Karl-Georg Faber, Bruce Gronbeck und Eviatar Zerubavel ebenso wie der bereits erwähnte Analogieschluss werden diskutiert und mit der Typologie von Jörn Rüsen verglichen, wobei sich die Rüsens'sche Variante als die umfassendste herausstellt. Sie bietet mit den vier Typen historischen Erzählens eine Art „Grammatik“ der Geschichtspolitik, welche in gewissem Maße den abstrakten theoretischen Rahmen von Geschichtskultur und Geschichtspolitik mit den geschichtspolitischen Narrativen, wie sie von Individuen und Gruppen kommuniziert werden, zu verbinden vermag.

In der Folge werden mehrere spezielle theoretische Fragen thematisiert, welche im Laufe der Untersuchung von Geschichtspolitik in Polen im zweiten Teil der Arbeit aufgekommen sind. Zunächst wird besprochen, inwieweit Geschichtspolitik der „symbolischen“, der „Schauseite“ der Politik zuordenbar ist, im Gegensatz zur „handfesten“ Machtpolitik. Danach wendet sich der Autor dem kommunikativen Aspekt von Geschichtspolitik zu, der bei Rüsens unterbelichtet bleibt, indem die Grundlagen der Kommunikationstheorie und Politolinguistik konsultiert werden. Dies führt zum für die spätere Untersuchung des (polnischen) Parlaments wichtigen Problem des „Schaufensterparlamentarismus“, das Implikationen für die Funktionen von Handlungsorientierungen und Identitätsbildung mit sich bringt.

Identitätsbildung durch Geschichtspolitik ist insbesondere in Bezug auf Gruppenidentitäten von Interesse, sodass sich die nachfolgenden Ausführungen dem Problem des Verhältnisses zwischen individuellen Identitäten und Gruppenidentitäten im Allgemeinen und Parteiidentitäten im Besonderen zuwenden. Hierbei kann der Autor dankenswerterweise auf eine Arbeit von Michael Waller zu diesem Thema zurückgreifen.

Zum Abschluss des theoretischen Teils der Arbeit wird auf die Theorie der Geschichtspolitik, wie sie aus der Geschichtsphilosophie von Jörn Rüsen heraus entwickelt wurde, zurückgekommen und der Autor bemüht sich, den zuvor offengelegten Kritikpunkten beizukommen, indem die Rüsen'sche Theorie im weiteren Rahmen der soziologischen Theorie Max Webers betrachtet wird. Letztere wird mit späteren Arbeiten von Thomas Schwinn ergänzt um die Begriffe Wertsphäre, Transferleistungen, Institution und Organisation mit dem Geschichtspolitikbegriff in Beziehung zu setzen. Dies mündet in einem eigenen Definitionsversuch von Geschichtspolitik.

Um einen Übergang herzustellen zwischen den abstrakten Überlegungen des theoretischen Abschnitts der Arbeit und der Fallstudie zum polnischen Parlament nach 1989, widmen sich die folgenden Kapitel der Frage, welcher Zusammenhang besteht zwischen unterschiedlichen Regimetypen – hierbei wird auf die Arbeiten von Wolfgang Merkel zurückgegriffen – einerseits und Geschichtskultur bzw. Geschichtspolitik andererseits. Dies wird für Autokratien, Demokratien und schließlich politische Transformationsprozesse ausgeführt. Es lässt sich u. a. vermuten, dass heterogene und widersprüchliche Geschichtskulturen für Autokratien zum existenziellen Problem werden, während Demokratien es vermögen, diese zu integrieren und nutzbar zu machen. Im Hinblick auf Transformationsprozesse wird der zuvor entwickelte Ansatz nutzbar gemacht und die Typologie Rüsens angewandt um den Rahmen geschichtspolitischer Narrative in Bezug auf ihren *Inhalt* grob zu umreißen. Diese Annahmen führen uns zum konkreten Fall der geschichtspolitischen Narrative im Demokratisierungsprozess Polens ab 1989.

Das Kapitel beginnt mit einem kurzen Rückblick auf die Geschichtspolitik und -kultur in Polen in den Jahren 1945-1989. Wie sich im späteren Verlauf zeigen wird, gibt es aufschlussreiche Parallelen, aber auch fundamentale Unterschiede, zwischen den Versuchen der Etablierung eines Meisternarrativs durch das kommunistische Regime nach dem Zweiten

Weltkrieg einerseits und den Aushandlungsprozessen eines ebensolchen Narrativs nach der Wende von 1989. Die auffälligste Gemeinsamkeit besteht im Spannungsfeld zwischen den Versuchen, das neue Regime in ein national orientiertes Narrativ einzordnen, auf der einen Seite und den exogenen Faktoren, welche die politische Entwicklung beeinflussten, auf der anderen Seite. Hinzu kommt jeweils die Herausforderung, geschichtspolitisch eine Abgrenzung zum Vorgängerregime herzustellen, was allerdings auf sehr unterschiedliche Weise gelöst wird.

Nachdem der Untersuchungszeitraum und -gegenstand eingegrenzt wurde, widmen sich die nachfolgenden Kapitel unterschiedlichen geschichtspolitischen Medien im polnischen Parlament in den Jahren nach der Wende von 1989. Einen ersten Eindruck vermittelt die Geschichte der Veränderungen und Kontinuitäten des Namens des Staates. Die Einführung der Staatsbezeichnung „III. Rzeczpospolita“ (Dritte Republik) anstelle der „Polska Rzeczpospolita Ludowa“ (Volksrepublik Polen) bedeutet eine Anknüpfung an die „II. Rzeczpospolita“ (Zweite Republik) der Zwischenkriegszeit bei gleichzeitiger „Ausklammerung“ der Volksrepublik – ein geschichtspolitischer Sinnzusammenhang, dessen zentrale Bedeutung auch in den nachfolgenden Kapiteln immer wieder augenscheinlich werden wird. Auch bei der Auswahl des Staatswappens impliziert die Rückkehr zu den Traditionen der Zweiten Republik eine Absage an die Volksrepublik, was im symbolischen Akt des „Zurückgebens der Krone an den weißen Adler“ deutlich wird. Bei genauerer Betrachtung werden jedoch zahlreiche weitere politisch motivierte geschichtspolitische Details, Schattierungen und Konflikte sichtbar, darunter etwa die Frage, welche Gestalt die Krone auf dem Haupt des Adlers annehmen solle, die wiederum mit der Frage der Beziehung zwischen Religion und Staat zusammenhängt. Zudem zeigt sich überraschend, dass es insbesondere die ehemaligen Blockparteien ZSL und, stärker noch, SD waren, welche sich 1989 mithilfe des Ausklammerungsnarrativs von ihrer eigenen Vergangenheit als Blockparteien distanzieren und im Dezember 1989 eine rasche Rückkehr zu den Symbolen der Zwischenkriegszeit (Staatsnamen, Staatswappen) forderten, während die aus der Solidarność hervorgegangene OKP zögerte. Begründet ist dies im Zusammenhang zwischen den Parteiidentitäten und dem auf die politische Gemeinschaft bezogenen Meisternarrativ. Dieser Zusammenhang wird im weiteren Verlauf der Arbeit anhand der Inhaltsanalyse von Plenarsitzungsprotokolle im Detail untersucht werden.

Das Parlamentsgebäude und seine Umgebung werden vom Autor in Augenschein genommen und auf historische Bezugnahmen hin untersucht: Das AK-Denkmal vor dem Parlament, die Architektur des Parlamentsgebäudes, die Plenarsitzungsräume von Sejm und Senat, Erinnerungstafeln in den Gebäuden, eine Ausstellung von zeremoniellen Stäben von Sejm- und Senatsvorsitzenden sowie Namensgebungen von Räumen im Parlamentsgebäude. Auch in diesem Fall stützen die einzelnen Narrative, unter Berücksichtigung der Kontinuitäten und Veränderungen des geschichtspolitischen Repertoires etwa durch Um- und Neubenennungen, das Ausklammerungsnarrativ. Das polnische Parlament schreibt sich geschichtspolitisch in die Tradition der Zweiten Republik ein. Die Volksrepublik wird nicht verschwiegen, sondern findet dann Erwähnung, wenn sie Gelegenheit zur Abgrenzung und Opposition bietet. Am deutlichsten sichtbar wird das Ausklammerungsnarrativ in der monumentalen Tafel im großen Eingangsbereich des Sejm, welche an die Abgeordneten der Zweiten Republik erinnert, die während des Zweiten Weltkriegs umkamen, die als „Vorgänger“ bezeichnet werden. Einige andere Tafeln und insbesondere die Entwicklung der Namensgebungen von Räumen zeigt jedoch, dass die Zweite Republik als geschichtspolitisches Thema des Parlaments insbesondere in den ersten Jahren der Transformation dominierte, im weiteren Verlauf wird hingegen zunehmend an zeitgeschichtliche Ereignisse und Personen erinnert, die in die Zeit nach 1989 fallen.

„Erinnerungsbeschlüsse“ wurden im Laufe der 1990er Jahre zu einem in zunehmendem Maße vom polnischen Parlament eingesetzten Medium für Geschichtspolitik. Die Attraktivität dieser Form liegt in der unmittelbaren Kontrolle des Parlament über dieses Medium begründet. Die „Zweckentfremdung“ des politischen institutionalisierten Verfahrens der Gestaltung verbindlicher Normen, mitsamt der Notwendigkeit von Abstimmungen über Beschlüsse und somit kodifizierte geschichtspolitische Narrative, macht Erinnerungsbeschlüsse zu einem anschaulichen Medium der Geschichtspolitik, dessen Außenwirkung allerdings sehr beschränkt ist. Die Zwischenkriegszeit stellt sich als in den Erinnerungsbeschlüssen am häufigsten thematisierter Zeitabschnitt heraus, wobei hier insbesondere an Ereignisse und erinnert wird, die mit der Erlangung souveräner Staatlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg und parlamentarischer Demokratie in Zusammenhang stehen.

Die Analyse der Protokolle der Plenarsitzungen des Sejm in den Jahren 1989-1992 stellt aufgrund der immensen Menge des zu analysierenden Materials – es entspricht der

Textmenge von ca. 37.500 Standardseiten – eine besondere Herausforderung dar, die in der vorliegenden Arbeit mit einem innovativen, an die speziellen Anforderungen angepassten Verfahren bewältigt wurde, das in großen Teilen auf der computerunterstützten Inhaltsanalyse aufbaut. Anhand eines themenspezifischen Diktionärs wurden relevante Textstellen markiert und dann zuerst anhand eines vorab erstellten Kategoriensystems mit zum Teil offenen Kategorien kodiert. In einem zweiten Durchlauf wurden die Analyseeinheiten anhand eines weiteren Kategoriensystems kodiert, das dazu diente, die konkreten Fragestellung erstens der Verteilung von inhaltlichen Narrativtypen („Ausklammerungsnarrativ“ und Alternativen) und zweitens ihres Zusammenhangs mit der Parteizugehörigkeit der Redner zu beantworten.

Zu den Ergebnissen der Analyse der Plenarsitzungsprotokolle gehört zu allererst die Feststellung, dass geschichtspolitische Narrative mit Bezug zur Zwischenkriegszeit in einer Vielzahl der Fälle dazu dienten, konkrete Entscheidungen aus unterschiedlichsten Sachbereichen zu orientieren, mindestens aber zu legitimieren. Die Gesetzgebung und sonstige Institutionen der Zwischenkriegszeit dienten den Parlamentariern nach der Wende als Vorbild, das es in der Gegenwart wiederherzustellen galt. Die entsprechenden Narrative stehen im Einklang mit dem übergeordneten Meisternarrativ der Anknüpfung an das „goldene Zeitalter“ der Zwischenkriegszeit, insbesondere der Zweiten Republik, bei gleichzeitiger Ausklammerung der Volksrepublik, des Vorgängerregimes, von dem es sich 1989 abzugrenzen galt und das – in der traditionellen Version des Narrativs – als Abkehr vom Idealzustand der Zweiten Republik dargestellt wird. Dieser zuweilen auf Kritik stoßende Vorgang des Übertragens von Gesetzen und sonstigen Institutionen aus der Zwischenkriegszeit hatte handfeste Folgen für die politische und gesamtgesellschaftliche Entwicklung Polens nach 1989.

Bei der Untersuchung der übrigen Medien war der positive und unkritische Bezug auf die Zwischenkriegszeit aufgefallen. Um eine differenzierte Analyse zu ermöglichen, beschränkte sich die Analyse der Plenarsitzungsprotokolle daher auf Aussagen mit Bezug zur Zwischenkriegszeit. Auch hier stellte sich das oben ausgeführte „Ausklammerungsnarrativ“ als dominantes Narrativ heraus, wobei sich im Detail einerseits zahlreiche Facetten aufzeigen ließen, andererseits auch geschichtspolitische Alternativen, Gegenentwürfe und Kritik identifiziert werden konnte. Im Laufe der Analyse entstand die Vermutung, dass die Zugehörigkeit des Redners zu einer bestimmten Partei, zusammengefasst zu politischen

Lagern, einen entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung der vorgebrachten geschichtspolitischen Narrative hat. Dies konnte teilweise durch ein zusätzliches Kategoriensystem bestätigt werden. Die Zusammensetzung des Parlaments und die Machtverhältnisse zwischen den Fraktionen hatten somit nachgewiesenermaßen einen Einfluss auf die Ausgestaltung der Geschichtspolitik in Polen ab 1989.

Im Vergleich mit den übrigen post-kommunistischen Ländern in Ostmittel- und Südosteuropa ordnete Stefan Troebst – im Einklang mit den hier vorgestellten Ergebnissen – Polen in jene Kategorie von „Erinnerungskulturen“ ein, in der ein „Grundkonsens“ über die „kategorische Ablehnung eines als oktroyiert und ‚fremd‘ – auch und gerade ethnisch fremd – gekennzeichneten kommunistischen Regimes“ nicht besteht, „sondern heftige politische Kontroversen um die Deutung der diktatorischen Vergangenheit ausgetragen werden“.⁵²⁶

Diese Kontroversen in der Geschichtspolitik waren Folge der Art des Systemwechsels, der tatsächlich von Kompromissen zwischen früherem Regime und früherer Opposition geprägt war. Zum Teil wurden die Konflikte verstärkt durch den Bedarf, den Profilen der Parteien auf der renovierten demokratischen „Bühne“ nach Innen und nach Außen klare Konturen zu geben. Positiv formuliert, trugen geschichtspolitische Narrative dazu bei, die für Demokratien notwendige Ausdifferenzierung der Parteidentitäten voranzubringen. Es ist aber, jedenfalls in Demokratien, nicht so, dass geschichtspolitische Konflikte lediglich von den politischen Eliten ausgehen. Hier wurden gleichzeitig tiefgreifende Differenzen in der Geschichtskultur der Gesamtgesellschaft repräsentiert.

Das Ausklammerungsnarrativ, das insbesondere von Seiten des Solidarność-Lagers, aber auch von den ehemaligen Blockparteien SD und ZSL/PSL propagiert wurde, bot für einen großen Teil der Akteure den Vorteil, dass es gleichzeitig Diskontinuität zum Vorgängerregime herstellte und auf eigene, in diesem Fall nationale, demokratische Traditionen Bezug nahm. „Re-demokratisierung“ wurde für die Beteiligten durch das Narrativ als selbstbestimmt zu

⁵²⁶ Troebst (2005: 385).

erbringende bzw. erbrachte – und nicht etwa allein am Vorbild etablierter Demokratien orientierte –, historisch sinnvolle und mit persönlichen Identitätsentwürfen integrierbare Entscheidungsoption.

Wie der empirische Teil der Arbeit gezeigt hat, lassen sich die geschichtspolitischen Narrative im Parlament in Polen nach 1989 weitgehend dem übergeordneten „Ausklammerungsnarrativ“ unterordnen, das meist die Form eines traditionellen Narrativs der Rückkehr zur „goldenen Ära“ der zweiten Republik annimmt, seltener genetische, kritische und exemplarische Ausprägungen erfährt. Das zu ihm in Konkurrenz stehende „Inklusionsnarrativ“, das insbesondere die post-kommunistische Linke zu etablieren versuchte, konnte sich hingegen nicht durchsetzen. Widersprüche und Schattierungen zeigen sich im Detail und sind auf die Identitätsbildungen der verschiedenen post-Solidarność-Parteien zurückzuführen.

Die spätere Entwicklung der Geschichtspolitik in Polen drehte sich weniger um die Frage der Inklusion oder Ausklammerung der Volksrepublik, was unter anderem mit dem Bedeutungsverlust des post-kommunistischen Lagers zusammenhängen dürfte. Die Hauptkonfliktlinien verlaufen seitdem innerhalb des früheren Solidarność-Lagers. Zweitens ist die Geschichte des Regimewechsels selbst zum Thema der Geschichtspolitik geworden (Stichwort „Vierte Republik“). Drittens ist die internationale und regionale Ebene der Geschichtspolitik deutlicher hervorgetreten. Viertens ist die geschichtspolitische Praxis durch die Politik reflektiert worden und wird bewusster eingesetzt, was u. a. auf Transfers aus der Forschung zum Themenbereich zurückzuführen ist.

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Untersuchung besteht darin, dass das Ausklammerungsnarrativ sich einerseits maßgeblich auf die Identitätsbildungen der Parteien in der 1989 neu entstandenen Parteienlandschaft auswirkte und somit als Faktor für die gelungene Demokratisierung des politischen Systems aufgefasst werden muss. Andererseits zeigte sich, dass eine Vielzahl von Entscheidungen über das Narrativ legitimiert worden ist. Es ist nicht selbstverständlich, inwieweit es tatsächlich zur Orientierung der Entscheidungen diente, inwieweit hingegen es als akzeptiertes Narrativ schlicht zur Legitimierung von anderweitig begründeten Entscheidungen genutzt wurde. Den theoretischen Überlegungen des

ersten Teils der Arbeit folgend, lässt sich jedoch behaupten, dass die Etablierung des Ausklammerungsnarrativs auch tatsächlich konkrete Entscheidungen orientierte.

Geschichtspolitische Sinnbildungen sind für die Persistenz eines politischen Regimes unerlässlich. Das Regime der Volksrepublik war bei dieser Aufgabe weitestgehend gescheitert. In der „Dritten Republik“ ist hingegen die Demokratie bzw. die Demokratisierung auch deswegen in diesem Maße zur „only game in town“⁵²⁷ geworden, weil sie in der polnischen Geschichtskultur und Geschichtspolitik als historisch sinnvolle Handlungsoption für die politische Gemeinschaft in Gegenwart und Zukunft verstanden werden konnte und verstanden wurde. Der Rückgriff auf die eigene, d.h. nationale, polnische Tradition der Demokratie in der Zwischenkriegszeit erfüllte ebendiese Funktion. In Kombination mit der Ausklammerung des Vorgängerregimes, von dem es sich abzugrenzen galt, kam den entsprechenden Narrativen eine besondere, sehr konkrete politische Wirksamkeit zu.

Natürlich können über geschichtspolitische Narrative hergestellte, politisch wirksame Zäsuren einerseits und tatsächliche Entwicklungen – Kontinuitäten, Brüche – auseinanderfallen: Ein Umstand, der den politischen Akteuren selbst durchaus bewusst war, wie die Diskussionen um die Änderung von Staatswappen und Staatsnamen im Dezember 1989 zeigen, denen aus eben diesem Grunde ausgerechnet dem Oppositionslager entstammende Politiker wie Bronisław Geremek skeptisch gegenüberstanden, während post-kommunistische und post-Block-Parteien ebendiese „symbolischen“ Änderungen frühzeitig, nämlich in einer Situation, in der sie selbst (noch) Teil des neuen politischen Regimes waren, umgesetzt wissen wollten.

⁵²⁷ Auf die Frage, ob die Demokratie das beste politische System darstelle, antworteten 1999 in Polen 89,3% der Befragten positiv, 2008 waren es 90,3%. GESIS Data Archive, European Values Study 1981, 1990, 1999/2000 (o.J.).

13 Literaturverzeichnis

13.1 Wissenschaftliche Publikationen, Zeitschriften- und Zeitungsartikel

- Altrichter, H. (Hrsg.), 2006: GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost- Ostmittel- und Südosteuropas. München: Oldenbourg.
- Anico, M., 2009: Introduction, in: Anico, M. & E. Peralta (Hrsg.): Heritage and identity engagement and demission in the contemporary world, London u.a.: Routledge.
- Assmann, J., 2007: Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, Beck Verlag.
- Auel, K., 2005: Europäisierung nationaler Politik. In: M. Lerch and H.-J.Bieling (Hrsg.), Theorien der europäischen Integration, Opladen: Leske + Budrich (UTB).
- Augstein, R. (Hrsg.), 1995: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 5. Auflage. München: Piper.
- Bach, W., 1977: Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Beard, A., 2000: The language of politics. London: Routledge.
- Becker, M., 2013: Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“. Konzeptionen und Kontroversen, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Biuro Informacyjnej Kancelarii Sejmu* (Hrsg.), 2005: *Kronika Sejmowa* [Chronik des Sejm], Nr. 1 (593), V. Kadenz, 14-tägig erscheinende Zeitschrift, vom 15.10.2005, Warschau: *Kancelaria Sejmu*.
- Bock, P. & E. Wolfrum, 1999a: Einleitung. S. 7–17 in: P. Bock & E. Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bock, P. & E. Wolfrum (Hrsg.), 1999b: *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Borgstedt, A., S. Frech & M. Stolle, 2007: Lange Schatten. Bewältigung von Diktaturen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Borries, B., 1988: Geschichtslernen und Geschichtsbewußtsein. Empirische Erkundungen zu Erwerb und Gebrauch von Historie. Stuttgart: Ernst Klett.
- Bozóki, A., 2002: The communist successor parties of Central and Eastern Europe. Armonk NY: Sharpe.
- Buras, P., 2006: Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens, in: Polen-analysen, Nr. 2–7, Darmstadt: Deutsches Polen-Institut.
- Burkhardt, A., 1995: Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation - am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen. S. 73–197 in: A. Dörner (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin: de Gruyter.
- Burkhardt, A., 1996: Politolinguistik - Versuch einer Ortsbestimmung. S. 75–100 in: J. Klein (Hrsg.), Sprachstrategien und Dialogblockaden. Berlin: de Gruyter.
- CBOS (*Centrum Badań Opinii Społecznej*), 1988: *Opinia publiczna o zbrodni w Katyniu. Komunikat z badań* [Die öffentliche Meinung zum Verbrechen von Katyn]. Forschungsmittteilung], Nr. BD/220/27/88, Nr. 0378, vom 28. Juli 1988, CBOS: Warschau.
- CBOS (*Centrum Badań Opinii Społecznej*), 1999: *Ludzie i wydarzenia w historii Polski XX. wieku* [Menschen und Ereignisse in der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert], Nr. BS/194/99, Dezember 1999, CBOS: Warschau.
- CBOS (*Centrum Badań Opinii Społecznej*), 2008: *Spojrzenie na miniony wiek w historii Polski* [Rückblick auf das vergangene Jahrhundert in der Geschichte Polens], Nr. BS/166/2008, November 2008, CBOS: Warschau.
- Cichoński, M., 2005: *Władza i pamięć* [Macht und Erinnerung], Biblioteka Myśli Politycznej.
- Cichoński, M., 2008: *O potrzebie pamięci i grozie pojednania* [Vom Bedürfnis der Erinnerung und vom Grauen der Versöhnung]. in: *Pamięć jako przedmiot władzy* (Erinnerung als Gegenstand der Macht), Warschau: Fundacja im. Stefana Batorego, Volltext online verfügbar:
http://www.batory.org.pl/upload/files/pdf/pamiec_jako_przedmiot_wladzy.pdf (am 6.9.2016).

- Czapelski, M. & M. Wideryński, 2009: Gmachy Sejmu i Senatu [Die Räumlichkeiten des Sejm und des Senats]. Warszawa: Wydawnictwo Sejmowe. Kancelaria Sejmu.
- Demandt, A., 1972: Geschichte als Argument. Drei Formen politischen Zukunftsdenkens im Altertum. Konstanz: Univ.-Verl.
- Dieckmann, W., 1969: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Winter Univ.-Verl.
- Döring, H., 1995: Die Sitzordnung der Abgeordneten: Ausdruck kulturell divergierender Auffassungen von Demokratie? S. 278–289 in: A. Dörner (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin: de Gruyter.
- Dörner, A. & L. Vogt, 1995: Einleitung: Sprache, Zeichen, Politische Kultur. S. 1–16 in: A. Dörner (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin: de Gruyter.
- Dmowski, R., 2015: *Myśli nowoczesnego Polaka* [Gedanken eines modernen Polen], Auf Grundlage der Ausgabe aus dem Jahr 1933, Wrocław: Wydawnictwo "Nortom".
- Dudek, A., 2013: *Historia polityczna Polski 1989-2013* [Politische Geschichte Polens 1989-2013], Krakau: Wydawnictwo Znak.
- Dudek, A., 2002: Pierwsze lata III Rzeczypospolitej: 1989-2001. Arcana: Kraków.
- Erikson, E., 1973: Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze, Frankfurt a.M., 1966; 2. Aufl. 1973.
- Faber, K.-G., 1975: Zum Einsatz historischer Aussagen als politisches Argument. Historische Zeitschrift, Band 221, H. 2, Oktober 1975, S. 265–303.
- Faulenbach, B. & F.-J. Jelich, 2006: "Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989. Essen: Klartext-Verl.
- François, E., K. Kończal, R. Traba & S. Troebst (Hrsg.), 2013: Geschichtspolitik in Europa seit 1989 : Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Książka Książka & Wallstein Verlag.
- François, E. & H. Schulze, 2009: Deutsche Erinnerungsorte, Band 1, C.H.Beck.
- Fritz, R. (Hrsg.), 2008: Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa. Göttingen: Wallstein.

- Fröhlich, C. & M. Kohlstruck, 2008: "Aus der Geschichte lernen". Zur aktuellen Bedeutung einer Alltagsmaxime. S. 123–143 in: A. Heinrich & M. Kohlstruck (Hrsg.), *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*. Stuttgart: Steiner.
- Früh, W., 2015: *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Konstanz: UVK.
- Gerbel, C., M. Lechner, D.C.G. Lorenz & u.a. (Hrsg.), 2005: *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur Gedächtnisgeschichte der Zweiten Republik*. Wien: Turia + Kant.
- GESIS Data Archive, o.J.: *European Values Study 1981, 1990, 1999/2000, 2008*. Online aufrufbar: <http://zacat.gesis.org> (am 16.02.2017).
- Girnth, H., 2002: *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. Tübingen: Niemeyer.
- Gronbeck, B. E., 1997: *The rhetorics of the past: History, argument and collective memory*. Greenspun Conference on Rhetorical History (1995). Online aufrufbar: <http://www.uiowa.edu/~commstud/people/faculty/gronbeck/gronbeck/gronbeck02.htm> (am 5.1.2011).
- Habermas, J., 2003: *Aus der Geschichte lernen? Zeitdiagnosen*: 167–174.
- Habermas, J., 2011: *Theorie des kommunikativen Handelns* (8. Auflage, erste Auflage 1981), Frankfurt: Suhrkamp.
- Hall, S., 1996: *Questions of cultural identity*, London: Sage.
- Hammerstein, K., U. Mählert, J. Trappe & E. Wolfrum, 2009: *Aufarbeitung der Diktatur - Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*. Göttingen: Wallstein-Verl.
- Hein, H., 2002: *Der Pilsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926 - 1939*. Marburg: Verl. Herder-Inst.
- Heinrich, H.-A., 2008: *Erklärung von Geschichtspolitik mittels der Theorie sozialer Identität*. S. 17–36 in: A. Heinrich & M. Kohlstruck (Hrsg.), *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*. Stuttgart: Steiner.
- Heinrich, H.-A., 2009: *Kollektive Erinnerungen im politischen System*. S. 77–93 in: H. Schmid (Hrsg.), *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis*. Göttingen: V&R unipress.
- Hindelang, G., 2010: *Einführung in die Sprechakttheorie. Sprechakte, Äußerungsformen, Sprechaktsequenzen* (5., neu bearbeitete und erweiterte Auflage), Berlin: de Gruyter.

- Hobsbawm, E., 2009: *The invention of tradition*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Jarausch, K.H. & M. Sabrow, 2002: "Meistererzählung". Zur Karriere eines Begriffs. S. 9–32 in: K.H. Jarausch (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jaworska, A., 2003: *Orzeł Biały: herb państwa polskiego* [Der Weiße Adler: Wappen des polnischen Staates], Warschau: Wydawnictwo DiG.
- Kaczyński, A., 2008: *Pustynia historyczna?* [Geschichtswüste?], in: *Gazeta Wyborcza* (Tageszeitung), am 26.08.2008.
- Kancelaria Sejmu*, 2005: „*Posłowie na Sejm II Rzeczypospolitej - ofiary wojny i okupacji 1939-1945* [Die Abgeordneten des Sejm der Zweiten Republik – Opfer des Krieges und der Besatzung]. Warschau: Wydawnictwo Sejmowe.
- Kancelaria Senatu, Biuro Informacji i Dokumentacji, Zespół Informacji i Statystyk* [Senatskanzlei, Büro für Information und Dokumentation, Abteilung für Information und Statistik], 2007: *Terminy rozpoczęcia oraz zakończenia kadencji Sejmu i Senatu od 1989 r.* [Termine des Beginns und des Endes der Kadenzen des Sejm und des Senats seit 1989], *Opracowania Tematyczne, OT 427*, Erstellt von Tomasz Skwarek, November 2007, online aufrufbar: <http://ww2.senat.pl/k6/pos/termin.pdf> (am 22.09.2016).
- Kailitz, S. (Hrsg.), 2008: *Die Gegenwart der Vergangenheit: der "Historikerstreit" und die deutsche Geschichtspolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klein, J. & K. Steyer, 2000: *Fraktionsdebatte und Medienstrategien. Eine exemplarische Analyse öffentlicher und interner Konfliktaustragung*. S. 288–318 in: A. Burkhardt (Hrsg.), *Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation*; [Tagung ... die vom 5. bis zum 7. Juni 1998 in Magdeburg stattfand]. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Kocka, J., 1977: *Angemessenheitskriterien historischer Argumente* in: R. Koselleck (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft*. München: Dt. Taschenbuchverl.
- Kohlstruck, M., 2004: *Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie*. S. 173–193 in: B. Schwelling & H. Hegmann (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*; [in memoriam Horst Hegmann]. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.

- Koselleck, R., 1979: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kraft, C., 2006a: Der Umgang mit der mehrfachen Diktaturerfahrung im östlichen Europa. Die Europäische Erinnerung an das "Jahrhundert der Diktaturen". *Der Bürger im Staat* 56: 177–183.
- Kraft, C., 2006b: Geschichte im langen Transformationsprozess in Polen, in: H. Altrichter (Hrsg.), *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost- Ostmittel- und Südosteuropas*. München: Oldenbourg.
- Kuczyński, S. K., 1995: *Treści i funkcje Orła Białego* [Inhaltliche Aspekte und Funktionen des Weißen Adlers], in: Kuczyński, S. K. (Hrsg.), *Orzeł Biały – 700 lat herbu państwa polskiego* [Der Weiße Adler – 700 Jahre Wappen des polnischen Staates], Warschau: Arx Regia.
- Kwiatkowski, P.T., 2008: *Pamięć zbiorowa społeczeństwa polskiego w okresie transformacji* [Das kollektive Gedächtnis der polnischen Gesellschaft in der Phase der Transformation]. Warschau: Wydawnictwo Naukowe „Scholar“.
- Landkammer, J. (Hrsg.), 2006: *Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Leszczyński, A., 2007: *Nadeszła „polityka historyczna”* [Die „polityka historyczna” ist da], in: *Gazeta Wyborcza* (Tageszeitung), am 9.1.2007.
- Lileyko, J., 2003: *Sejm Polski. Tradycja - ikonografia – sztuka* [Der polnische Sejm. Tradition – Ikonographie – Kunst]. Warszawa: Wydawnictwo Sejmowe.
- Luhmann, N., 2009: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Machcewicz, P. 2008: *Debata o stosunku III RP do przeszłości. Dwa mity ideologów polityki historycznej IV RP* [Die Debatte über das Verhältnis der III RP zur Vergangenheit. Zwei Mythen der Ideologen der Geschichtspolitik der IV RP], in: *Gazeta Wyborcza* (Tageszeitung), am 29.08.2008
- Main, I., 2004: *President of Poland or ‘Stalin’s Most Faithful Pupil’? The Cult of Bolesław Bierut in Stalinist Poland* [Präsident Polens oder ‘Stalins treuster Schüler? Der Kult um Bolesław Bierut im stalinistischen Polen], S. 179-193, in: B. Apor, J. C. Behrends, P. Jones & E. A. Rees (Hrsg.), *The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc*, Hampshire/New York: Palgrave Macmillan.
- Maltrovsky, E., 2004: *Die Lust am Text in der bildenden Kunst*. Frankfurt am Main: Lang.

- Marchart, O., 2005: Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung. S. 21–49 in: C. Gerbel, M. Lechner, D.C.G. Lorenz & u.a. (Hrsg.), Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur Gedächtnisgeschichte der Zweiten Republik. Wien: Turia + Kant.
- Marx, J., 2008: Geschichtspolitik und Rational-Choice-Theorie. Zur ökonomischen Betrachtung kultureller Phänomene. S. 37–58 in: A. Heinrich & M. Kohlstruck (Hrsg.), Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie. Stuttgart: Steiner.
- Mayring, Ph., 2010: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim (u.a.): Beltz.
- Merkel, W., 2010: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merton, R. K., 1948: The Self-Fulfilling Prophecy, in: The Antioch Review, Bd. 8, Nr. 2, Sommer 1948 (S. 193-210).
- Middell, M., 2002: Europäische Geschichte oder global history - master narratives oder Fragmentierung? Fragen an die Leittexte der Zukunft. S. 214–252 in: K.H. Jarausch (Hrsg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Michnik, A., 1989, *Wasz prezydent, nasz premier* [Euer Präsident, unser Premierminister], in: *Gazeta Wyborcza* (Tageszeitung), am 03.07.1989.
- Molden, B. & D. Mayer, 2009: Vielstimmige Vergangenheiten - Geschichtspolitik in Lateinamerika. Wien: Lit-Verl.
- Mówią Wieki* (Zeitschrift), 2006: *Polityka historyczna - za i przeciw* [Geschichtspolitik – für und wider], Nr. 8, S. 10-17.
- Mycielska, D., 1993: *Laska Marszałkowska* [Der Marschallstab]. Warschau: Senat der Republik Polen, Online aufrufbar: <http://ie.senat.gov.pl/senatrp/noty/laska.pdf> (am 14.12.2016).
- Niehr, T., 2000: Die Asyldebatte im Deutschen Bundestag - eine "Sternstunde" des Parlaments? Untersuchungen zur Debattenkultur im Deutschen Bundestag. S. 241–260 in: A. Burkhardt (Hrsg.), Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation ; [Tagung ... die vom 5. bis zum 7. Juni 1998 in Magdeburg stattfand]. Wiesbaden: Westdt. Verl.

- Nijakowski, L.M., 2008: *Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny* [Polnische Erinnerungspolitik. Ein soziologischer Essay], Warschau: Wydawn. Akademickie i Profesjonalne.
- Oehler, K., 1989: *Geschichte in der politischen Rhetorik. Historische Argumentationsmuster im Parlament der Bundesrepublik Deutschland*. Hagen: Rottmann.
- Offe, C., 1994: *Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung, Marktwirtschaft und Territorialpolitik in Osteuropa*. S. 57–80 in: C. Offe (Hrsg.), *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Osteuropa (Zeitschrift): „Zur Erinnerung. Identität dient Legitimität“, 60. Jahrgang, Heft 8, August 2010, Berlin.
- 1995: *Orzeł biały - 700 lat herbu państwa polskiego. 26 czerwca - 15 października 1995 = The White eagle - 700 years of the coat of arms of the Polish state : June 26 - October 15, 1995*. Warszawa: Zamek Królewski w Warszawie.
- Pandel, H.-J., 2002: *Erzählen und Erzählakte. Neuere Entwicklungen in der didaktischen Erzähltheorie*, in: M. Demantowsky & B. Schönemann (Hrsg.): *Neuere geschichtsdidaktische Positionen*, Bochum: Projekt-Verlag (Dortmunder Arbeiten zur Schulgeschichte zur und historischen Didaktik, 32), S. 39-56.
- Patzelt, W.J., 1995: *Politiker und ihre Sprache*. S. 17–54 in: A. Dörner (Hrsg.), *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*. Berlin: de Gruyter.
- Peters, F., 2009: „Das große Abenteuer ihres Lebens“. *Geschichtsbilder und Symbolik der Armia Krajowa und des Warschauer Aufstands im polnischen »Zweiten Umlauf« (1980–1989)*, Arbeitspapiere und Materialien 106, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.
- Pietrzak, J., 2002: *Senat Rzeczypospolitej Polskiej. Tradycja i współczesność XV-XXI w.* [Senat der Republik Polen. Tradition und Gegenwart, 15-21 Jahrhundert], Warschau: Kancelaria Senatu RP.
- Pietrzak, J., 2010: *Senat Rzeczypospolitej Polskiej. Tradycja i współczesność XV-XXI w.* [Senat der Republik Polen. Tradition und Gegenwart, 15-21 Jahrhundert], Warschau: Kancelaria Senatu RP.

- Pilawski, K., 2012: *Polityka historyczna do kosza* [*Polityka historyczna – ab in den Papierkorb*], Przegląd (Wochenzeitschrift), am 18.9.2012.
- Pollack, D., 2003: Introduction. S. xi–xxii in: D. Pollack (Hrsg.), *Political culture in post-communist Europe. Attitudes in new democracies*. Aldershot: Ashgate.
- Podhorodecki, L., 1998: *Historia najnowsza: świat i Polska, 1939-1997/98* [Zeitgeschichte: Die Welt und Polen, 1939-1997/98],Warschau: Mada.
- Prawo i Sprawiedliwość, 2005: *Program 2005 "IV RZECZPOSPOLITA. Sprawiedliwość dla Wszystkich"* [Programm 2005 „IV. Rzeczpospolita. Gerechtigkeit für alle], Online aufrufbar: http://www.pis.org.pl/download.php?g=mmedia&f=program_2005.pdf (am 15.4.2014).
- Precht, P., 2000: Analogie. S. 597–598 in: H. Glück (Hrsg.), *Metzler Lexikon Sprache*. Berlin: Directmedia.
- Rathkolb, O. & I. Sooman, 2011: *Geschichtspolitik im erweiterten Ostseeraum und ihre aktuellen Symptome (Historical Memory Culture in the Enlarged Baltic Sea Region and its Symptoms Today)*, VandenhoeckRuprecht.
- Rehakova, B. & K. Vlachova, 1995: Subjective Mobility after 1989. Do People Feel a Social and Economic Improvement or Relative Deprivation? In: *Czech Sociological Review*, Nr. 2, S. 137–155.
- Reinprecht, C., 1996: *Nostalgie und Amnesie. Bewertungen von Vergangenheit in der Tschechischen Republik und in Ungarn*. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik.
- Rensing, M., 1996: *Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949 - 1984*. Univ., Diss.--Münster (Westfalen), 1994. Münster, New York: Waxmann.
- Rosner, A., 2003: *Prawnoustrojowe symbole Rzeczypospolitej Szlacheckiej na ziemiach Polskich w początkach XIX wieku* [Die staatsrechtlichen Symbole der Rzeczpospolita Szlachecka auf polnischem Boden zu Beginn des 19. Jahrhunderts], in: *Studia Iuridica*, Bd. 42, S. 191–203.
- Rotfeld, A. & Torkunow, A. (Hrsg.), 2010: *Białe plamy - Czarne plamy. Sprawy trudne w relacjach polsko-rosyjskich (1918-2008)* [Weiße Flecken – schwarze Flecken. Schwierige Fragen in den polnisch-russischen Beziehungen (1918-2008)]. Warschau: PISM.
- Rössler, P., 2010: *Inhaltsanalyse*. Konstanz: UVK.

- Ruchniewicz, K., 2007: Die polnische Geschichtspolitik nach 1989, in: Polen-analysen, Nr. 2–7, Darmstadt: Deutsches Polen Institut.
- Russocki, S., 1978: *Rodowód Orła Białego* [Die Genealogie des Weißen Adlers], in: Russocki, S., S. K. Kuczyński & J. Willaume (Hrsg.), *Godło, barwy i hymn Rzeczypospolitej. Zarys dziejów* [Wappen, Farben und Hymne der Rzeczpospolita. Überblick zur Geschichte], 3. Ausgabe, Warschau: Wiedza Powszechna.
- Russocki, S., S. K. Kuczyński & J. Willaume (Hrsg.), 1978, *Godło, barwy i hymn Rzeczypospolitej. Zarys dziejów* [Wappen, Farben und Hymne der Rzeczpospolita. Überblick zur Geschichte], 3. Ausgabe, Warschau: Wiedza Powszechna.
- Rüsen, J., 1989: Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III : Formen und Funktionen des historischen Wissens. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rüsen, J., 1990: Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens. Frankfurt/M.: Fischer-Taschenbuch-Verl.
- Rüsen, J., 1994: Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken. S. 3–27 in: K. Füßmann (Hrsg.), *Historische Faszination. Geschichtskultur heute*. Köln, Wien: Böhlau.
- Rüsen, J., 2001: *Zerbrechende Zeit. Über den Sinn der Geschichte*. Köln: Böhlau.
- Rüsen, J., 2003: Die Kultur der Zeit. Versuch einer Typologie temporaler Sinnbildungen, S. 23–53, in: J. Rüsen (Hrsg.), *Zeit deuten. Perspektiven - Epochen - Paradigmen*. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Sachse, C. & E. Wolfrum, 2008: Stürzende Denkmäler. Nationale Selbstbilder postdiktatorischer Gesellschaften in Europa - Einleitung. S. 7–39 in: R. Fritz (Hrsg.), *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*. Göttingen: Wallstein.
- Sandner, G., 2001: Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 30.
- Sarcinelli, U., 1998: Legitimität in: O. Jarren (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*. Opladen: Westdeutscher Verl.
- Schmid, H., 2008: Konstruktion, Bedeutung, Macht. Zum kulturwissenschaftlichen Profil einer Analyse von Geschichtspolitik. S. 75–98 in: A. Heinrich & M. Kohlstruck (Hrsg.), *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*. Stuttgart: Steiner.

- Schmid, H., 2009: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie "Geschichtspolitik". S. 53–77 in: H. Schmid (Hrsg.), *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis*. Göttingen: V&R unipress.
- Schwelling, B., 2008: Politische Erinnerung. Eine akteurs- und handlungsbezogene Perspektive auf den Zusammenhang von Gedächtnis, Erinnerung und Politik. S. 99–122 in: A. Heinrich & M. Kohlstruck (Hrsg.), *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*. Stuttgart: Steiner.
- Schwinn, T., 1998: Wertsphären, Lebensordnungen und Lebensführungen. S. 270–319 in: Bienfait, A. & G. Wagner (Hrsg.): *Verantwortliches Handeln in gesellschaftlichen Ordnungen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schwinn, T., 2005: Lässt sich Luhmann mit Weber retten?, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 34, Heft 6, Dezember 2005, S. 429–432.
- Schwinn, T., 2009: Institutionenanalyse und Makrosoziologie nach Max Weber (S. 43–69), in: M. Stachura, G. Albert, A. Bienfait & S. Sigmund (Hrsg.), *Der Sinn der Institutionen. Mehr-Ebenen- und Mehr-Seiten-Analyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Seybold, D., 2005: *Geschichtskultur und Konflikt. Historisch-politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart*. Univ., Diss.--Basel, 2004. Bern: Lang.
- Śpiwak, P., 2003: *Koniec złudzeń* [Ende der Täuschungen], in: *Rzeczpospolita* (Tageszeitung), am 23.01.2003.
- Steinbach, C., 1979: Historische Argumentation in politischen Reden und Leitartikeln zum 30. Jahrestag der deutschen Kapitulation von 1945. S. 237–263 in: W. van Kampen & H.G. Kirchhoff (Hrsg.), *Geschichte in der Öffentlichkeit*. Stuttgart: Klett.
- Stępień, G. & M. Rokosz, 1996: *Orły nasze. Orzeł Biały w zbiorach Biblioteki Jagiellońskiej* [Unsere Adler. Der Weiße Adler in den Sammlungen der Jagiellonen-Bibliothek], Kraków: Towarzystwo Autorów i Wydawców Prac Naukowych UNIVERSITAS.
- Stobiecki, R. (2007): *Historiografia PRL: ani dobra, ani mądra, ani piękna... ale skomplikowana: studia i szkice* [Die Historiographie der Volksrepublik: Weder gut, noch klug, noch schön... aber kompliziert: Studien und Skizzen], Warschau: Wydawnictwo Trio.

- Stroński, S., 1954: *Biały orzeł w koronie z krzyżem* [Weißer Adler mit Krone und Kreuz], London: Veritas.
- Stürmer, M., 1987: Geschichte in geschichtslosem Land, in: R. Augstein (Hrsg.), "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München: Piper.
- Szacka, B., 2006: *Czas przeszły, pamięć*, mit [Vergangenheit, Erinnerung, Mythos]. Warschau: Wydawnictwo Naukowe "Scholar".
- Torańska, T., 1990: *Oni* [Sie], Warschau: Agencja Omnipress.
- Traba, R., 2009: *Przeszłość w teraźniejszości : polskie spory o historię na początku XXI wieku* [Die Vergangenheit in der Gegenwart: Polnische Auseinandersetzungen über die Geschichte am Anfang des 21. Jahrhunderts], Wydawnictwo Poznańskie, 2009.
- Troebst, S., 2010a: Postdiktatorische Geschichtskulturen im östlichen und südlichen Europa. Eine vergleichende Einführung. S. 11–51 in: S. Troebst (Hrsg.), *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. Göttingen: Wallstein-Verl.
- Troebst, S. (Hrsg.), 2010b: *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. Göttingen Niedersachs: Wallstein.
- Troebst, S. & S. Baumgartl, 2010: *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. Göttingen: Wallstein-Verl.
- Ulam, P.A. & F. Plasser, 2003: *Political Culture in East-Central and Eastern Europe: Empirical Findings 1990-2001*. S. 31–46 in: D. Pollack (Hrsg.), *Political culture in post-communist Europe. Attitudes in new democracies*. Aldershot: Ashgate.
- Vetter, R., 2008: *Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis*, Berlin: Links.
- Walkowitz, D.J. & L.M. Knauer, 2004: *Memory and the impact of political transformation in public space*. Durham, N.C: Duke Univ. Press.
- Waller, M., 1996: *Party inheritances and party identities*. S. 23–44 in: G. Pridham & P.G. Lewis (Hrsg.), *Stabilising fragile democracies. Comparing new party systems in Southern and Eastern Europe*. London: Routledge.
- Weber, M., 1980: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss einer verstehenden Soziologie* (5. Auflage), Tübingen: Mohr.
- Weber, M., 1988: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie (Band 2)*, Tübingen: Mohr.

- White, H.V., 1997: *Metahistory. The historical imagination in nineteenth-century Europe*. Baltimore Md.: Johns Hopkins Univ. Press.
- Wierzbicka, B., 1997: *Sejm i Senat. Architektura i wnętrza* [Sejm und Senat. Architektur und Innenbereiche]. Warschau: Wydawnictwo Sejmowe.
- Wierzbicka, B., 1998: *Gmachy i wnętrza sejmowe w Polsce* [Gebäude und Innenbereiche des polnischen Sejm]. Warschau: Wydawnictwo Sejmowe.
- Wierzbicka, B., 2002: *Sejm i Senat. Architektura i wnętrza* [Sejm und Senat. Architektur und Innenbereiche]. Warschau: Wydawnictwo Sejmowe.
- Winter, J., 2000: *The Generation of Memory: Reflections on the Memory Boom in Contemporary Historical Studies*, in: *Bulletin of the German Historical Institute*, Nr. 27, 2000 (S. 69-92).
- Wolff-Powęska, A.: *Polityka Historyczna. Polskie spory o historię i pamięć*. Vortrag im Rahmen der Konferenz "Czym jest mała ojczyzna?" am Collegium Polonicum am 18. und 19. November 2006. Online aufrufbar: <http://www.transodra-online.net/pl/node/1256> (am 31.1.2012).
- Wolfrum, E., 1998: *Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89)*. *Geschichte und Gesellschaft* 24: 382–412.
- Wolfrum, E., 1999a: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung ; 1948 - 1990*. Techn. Univ., Habil.-Schr.-- Darmstadt, 1999. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Wolfrum, E., 1999b: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen*. S. 55–82 in: P. Bock & E. Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wolfrum, E., 2004: *Geschichtspolitik in Bayern. Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewußtsein nach 1945*. S. 349–410 in: T. Schlemmer & H. Woller (Hrsg.), *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Wolfrum, E., 2009: *Geschichtsbilder im politischen Diskurs - eine Skizze*. S. 209–229 in: A. de Benedictis (Hrsg.), *Die Sprache des Politischen in actu. Zum Verhältnis von politischem Handeln und politischer Sprache von der Antike bis ins 20. Jahrhundert = Il linguaggio del politico in actu*. Göttingen: V & R Unipress.

- Woźniakowa, M., 1995: *Orzeł Biały godło państwa polskiego* [Der Weiße Adler als Wappen des polnischen Staates]. Warschau: *Wydawnictwo Sejmowe; Kancelaria Sejmu* [Verlag des Sejm, Kanzlei des Sejm].
- Zaremba, M., 2001: *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimierung des kommunistischen Regimes in Polen], Warschau: Trio/Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk.
- Zerubavel, E., 2004: *Time maps. Collective memory and the social shape of the past*. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Ziemer, K. & C.-Y. Matthes, 2010: Das politische System Polens. S. 209–273 in: W. Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Znamierowski, A., 1995: *Stworzony do chwały* [Geschaffen für den Ruhm], Warschau: Editions Spotkania.
- Ohne Autor, 1989: *Na kłopoty – Bieliński!* [Bei Problemen – Bieliński!], in: *Tygodnik Demokratyczny* (Zeitschrift), Nr. 25, vom 18.6.1989, S. 5-6.

13.2 Gesetze und weitere normative Texte - Sejm und Senat der Republik Polen

Dziennik Ustaw, 1919, Nr. 69, Pos. 416: *Ustawa z dnia 1 sierpnia 1919 r. o godłach i barwach Rzeczypospolitej Polskiej* [Gesetz vom 1. August 1919 über die Wappen und Farben der Republik Polen], Online aufrufbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19190690416> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1927, Nr. 115, Pos. 980: *Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 13 grudnia 1927 r. o godłach i barwach państwowych oraz o oznakach, chorągwiach i pieczęciach* [Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 13. Dezember 1927 über die Wappen und Farben des Staates sowie Abzeichen, Fahnen und Siegel], Online aufrufbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19271150980> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 1936, Nr. 111, Pos. 197: *Uchwała Rady Ministrów z dnia 11 maja 1936 r. w sprawie uczczenia pamięci pierwszej rocznicy zgonu Józefa Piłsudskiego* [Beschluss des Ministerrats vom 11 Mai 1936 zur Ehrung des Gedenkens an den ersten Jahrestag des Todes

von Józef Piłsudski]. Online aufrufbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP19361110197> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1937, Nr. 33, Pos. 255: *Ustawa z dnia 23 kwietnia 1937 r. o Święcie Niepodległości* [Gesetz vom 23. April 1937 zum Feiertag der Unabhängigkeit], Online aufrufbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19370330255> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1939, Nr. 2, Pos. 8: *Obwieszczenie Prezesa Rady Ministrów z dnia 12 października 1938 r. w sprawie ogłoszenia jednolitego tekstu rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 13 grudnia 1927 r. o godłach i barwach państwowych oraz o oznakach, chorągwiach i pieczęciach* [Bekanntmachung des Vorsitzenden des Ministerrates vom 12. Oktober 1938 in der Sache der Veröffentlichung eines einheitlichen Textes der Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 13. Dezember 1927 über die Wappen und Farben des Staates sowie Abzeichen, Fahnen und Siegel], Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19390020008> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1945, Nr. 32, Pos. 194: *Ustawa z dnia 22 lipca 1945 r. o ustanowieniu Narodowego Święta Odrodzenia Polski* [Gesetz vom 22. Juli 1945 über die Errichtung des Nationalen Feiertags der Wiederauferstehung Polens], Online aufrufbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19450320194> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1946, Nr. 15, Pos. 105: *Ustawa z dnia 28 kwietnia 1946 r. o przeprowadzeniu głosowania ludowego* [Gesetz vom 28. April 1946 über die Durchführung einer Volksabstimmung], Online aufrufbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19460150105> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1952, Nr. 33, Pos. 232: *Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 22 lipca 1952 r.* [Verfassung der Volksrepublik Polen, erlassen durch den Verfassungsgebenden Sejm am 22. Juli 1952], Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19520330232> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1955, Nr. 47, Pos. 314: *Dekret z dnia 7 grudnia 1955 r. o godle i barwach Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej oraz o pieczęciach państwowych* [Dekret vom 7. Dezember 1955 über das Wappen und die Farben der Volksrepublik Polen sowie die

staatlichen Siegel], Online aufrufbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19550470314> (am 6.9.2016).

Monitor Polski 1975, Nr. 15, Pos. 87: *Deklaracja Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej z dnia 9 maja 1975 r. podjęta w XXX rocznicę zwycięstwa nad faszyzmem* [Erklärung des Sejm der Volksrepublik Polen am 9. Mai 1975 zum 30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus], Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP19750150087> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1976, Nr. 5, Pos. 29: *Ustawa z dnia 10 lutego 1976 r. o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej* [Gesetz vom 10. Februar 1976 über die Änderung der Verfassung der Volksrepublik Polen], Online verfügbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19760050029> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1980, Nr. 7, Pos. 18: *Ustawa z dnia 31 stycznia 1980 r. o godle, barwach i hymnie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej* [Gesetz vom 31. Januar 1980 zu Wappen, Farben und Hymne der Volksrepublik Polen], Online verfügbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19800070018> (am 6.9.2016).

Unveröffentlicht: Ohne Titel (Schreiben an den Vorsitzenden des Sejm Stanisław Gucwa, ausgestellt von Prof. Dr. Jarema Maciszewski, Abgeordneter, Vorsitzender des Komitees zur Organisation des Museum des Polnischen Sejm), vom 19.12.1983. Archiwum Sejmu.

Unveröffentlicht: *Uchwała Prezydium Sejmu z dnia 31 stycznia 1984 r. w sprawie nadania nazw niektórym salom posiedzeń komisji sejmowych* [Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 31. Januar 1984 über die Benennung einiger Sitzungssäle der Sejm-Kommissionen], Archiwum Sejmu.

Unveröffentlicht, *Uchwała Prezydium Sejmu z dnia 8 listopada 1984 r. w sprawie nadania nazwy Sali posiedzeń komisji sejmowych* [Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 8. November 1984 über die Benennung eines Sitzungssaals der Sejm-Kommissionen], zur Verfügung gestellt von: Archiwum Sejmu.

Monitor Polski, 1987, Nr. 34, Pos. 294: *Obwieszczenie Centralnej Komisji do Spraw Referendum z dnia 30 listopada 1987 r. o wyniku referendum ogólnokrajowego przeprowadzonego dnia 29 listopada 1987 r.* [Bekanntmachung der Zentralen Kommission

für Referendenangelegenheiten vom 30.11.1987 über das Ergebnis des landesweiten Referendums das am 29.11.1987 durchgeführt wurde], Online aufrufbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP19870340294> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1989, Nr. 6, Pos. 34: *Ustawa z dnia 15 lutego 1989 r. o ustanowieniu Narodowego Święta Niepodległości* [Gesetz vom 15. Februar 1989 über die Einrichtung des Nationalen Feiertags der Unabhängigkeit], Online aufrufbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19890060034> (am 6.9.2016).

Unveröffentlicht: *Oświadczenie Sejmu PRL w dwudziestą pierwszą rocznicę interwencji wojsk Układu Warszawskiego w Czechosłowackiej Republice Socjalistycznej* [Erklärung des Sejm der Volksrepublik Polen zum 20. Jahrestag der Intervention der Armeen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik], am 17.8.1989.

Vgl. Sejm RP: *Wykaz uchwał podjętych przez Sejm X kadencji* [Auflistung der Beschlüsse des Sejm der X. Kadenz], Online aufrufbar: [http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/\\$first?OpenDocument](http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/$first?OpenDocument) (am 6.9.2016).

Unveröffentlicht: *Oświadczenie Sejmu PRL w związku z 50 rocznicą podpisania paktu Ribbentrop-Mołotow* [Erklärung des Sejm der Volksrepublik Polen im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotov-Pakts], am 23.8.1989. Vgl. Sejm RP, *Wykaz uchwał podjętych przez Sejm X kadencji* [Auflistung der Beschlüsse des Sejm der X. Kadenz], Online aufrufbar: [http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/\\$first?OpenDocument](http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/$first?OpenDocument) (am 6.9.2016).

Unveröffentlicht: *Oświadczenie Sejmu PRL w związku z 50 rocznicą wybuchu II wojny światowej* [Erklärung des Sejm der Volksrepublik Polen im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs], am 24.8.1989. Vgl. Sejm RP, *Wykaz uchwał podjętych przez Sejm X kadencji* [Auflistung der Beschlüsse des Sejm der X. Kadenz], Online aufrufbar: [http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/\\$first?OpenDocument](http://orka.sejm.gov.pl/procx.nsf/w-wykazy-uch/$first?OpenDocument) (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1989, Nr. 75, Pos. 444: *Ustawa z dnia 29 grudnia 1989 r. o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej* [Gesetz vom 29. Dezember 1989 über die Änderung der Verfassung der Volksrepublik Polen], Online aufrufbar:

<http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19890750444> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 1990, Nr. 10, Pos. 60: *Ustawa z dnia 9 lutego 1990 r. o zmianie przepisów o godle, barwach i hymnie Rzeczypospolitej Polskiej* [Gesetz vom 9. Februar 1990 über die Veränderung der Vorschriften über Wappen, Farben und Hymne der Republik Polen], Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19900100060> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 1990, Nr. 30, Pos. 231: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 26 lipca 1990 r. w sprawie oceny niektórych aspektów działalności Rządu Mieczysława Rakowskiego* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 26. Juli 1990 zur Frage der Bewertung einiger Aspekte der Tätigkeit der Regierung von Mieczysław Rakowiecki], Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP19900300231> (am 6.9.2016).

Unveröffentlicht: Ohne titel. Sitzungsprotokoll des Präsidiums des Sejm vom 31.01.1992. Zur Verfügung gestellt durch: Archiwum Sejmu.

Unveröffentlicht: *Uchwała Nr 30 Prezydium Sejmu z dnia 30 marca 1995 r. w sprawie nadania nazwy Sali kolumnowej w budynku Sejmu* [Beschluss Nr. 30 des Präsidiums des Sejm vom 30. März 1995 über die Benennung des Kolumnensaals im Sejm-Gebäude]. Zur Verfügung gestellt von: Archiwum Sejmu.

Monitor Polski, 1995, Nr. 37, Pos. 439: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 21 lipca 1995 r. w sprawie upamiętnienia 60 rocznicy pierwszych deportacji Polaków do Kazachstanu* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 21. Juli 1995 über die Ehrung des 60. Jahrestags der ersten Deportationen der Polen nach Kazachstan]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP19950370439> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2002, Nr. 44, Pos. 660: *Oświadczenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 września 2002 r. w pierwszą rocznicę ataku terrorystycznego w dniu 11 września 2001 r.* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 11 September 2002 am ersten Jahrestag des Terroranschlags am 11. September 2001]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20020440660> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2004, Nr. 37, Pos. 647: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 27 sierpnia 2004 r. "Pamięć i Odpowiedzialność" w 65. rocznicę wybuchu II Wojny Światowej* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 27 August 2004 „Erinnerung und

Verantwortung” zum 65. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20040370647> (am 7.10.2010).

Monitor Polski, 2005, Nr. 1, Pos. 7: *Uchwała Nr 1 Rady Ministrów z dnia 4 stycznia 2005 r. w sprawie uczczenia pamięci ofiar kataklizmu w Azji Południowo-Wschodniej* [Beschluss Nr. 1 des Ministerrats vom 4. Januar 2005 über die Ehrung des Andenkens an die Opfer der Naturkatastrophe in Südostasien]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20050010007> (am 4.5.2015).

Monitor Polski, 2005, Nr. 76, Pos. 1060: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 23 listopada 2005 r. w sprawie uczczenia przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej pierwszej rocznicy "pomarańczowej rewolucji"* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 23. November 2005 über die Ehrung des ersten Jahrestags der „orangenen Revolution“ durch den Sejm der Republik Polen]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20050761060> (am 6.9.2016).

Dziennik Ustaw, 2005, Nr. 155, Pos. 1295: *Ustawa z dnia 27 lipca 2005 r. o ustanowieniu dnia 31 sierpnia Dniem Solidarności i Wolności* [Gesetz vom 27. Juli 2005 über den Tag der Solidarität und Freiheit am 31. August]. Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU20051551295> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2006, Nr. 21, Pos. 234: *Uchwała Senatu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 16 marca 2006 r. w sprawie rocznicy Wielkiego Głodu na Ukrainie* [Beschluss des Senats der Republik Polen vom 16. März 2006 über den Jahrestag des Holodomor in der Ukraine]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20060210234> (am 7.10.2010).

Monitor Polski, 2006, Nr. 32, Pos. 344: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 27 kwietnia 2006 r. w dwudziestą rocznicę tragedii w Czarnobylu* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 27 April 2006 zum zwanzigsten Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20060320344> (am 7.10.2010).

Monitor Polski, 2006, Nr. 35, Pos. 381: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 maja 2006 r. w sprawie 70. rocznicy wywózek Polaków do Kazachstanu* [Beschluss des Sejm

der Republik Polen vom 12. Mai 2006 über den 70. Jahrestag der Deportationen von Polen nach Kazachstan]. Online verfügbar:

<http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20060350381> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2006, Nr. 64, Pos. 659: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 8 września 2006 r. w 5. rocznicę zamachów terrorystycznych w Stanach Zjednoczonych 11 września 2001 r.* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 8 September 2006 zum 5.

Jahrestag des Terroranschlags in den USA am 11. September 2001]. Online verfügbar:

<http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20060640659> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2006, Nr. 73, Pos. 725: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 października 2006 r. w sprawie uczczenia 50. rocznicy powstania Węgierskiego* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 12 Oktober 2006 über die Ehrung des 50. Jahrestags des Ungarischen Aufstands]. Online verfügbar:

<http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20060730725> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2006, Nr. 89, Pos. 916: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 6 grudnia 2006 r. w sprawie uczczenia ofiar Wielkiego Głodu na Ukrainie* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 6. Dezember 2006 über die Ehrung des Andenkens an die Opfer des Holodomor in der Ukraine]. Online verfügbar:

<http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20060890916> (am 7.10.2010).

Monitor Polski, 2007, Nr. 16, Pos. 179: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 marca 2007 r. w 50. rocznicę podpisania Traktatów Rzymskich* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 2. März 2007 zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20070160179> (am 7.10.2016).

Monitor Polski, 2008, Nr. 35, Pos. 313: *Uchwała Senatu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 24 kwietnia 2008 r. w sprawie nadania szczególnego charakteru obchodom jubileuszu 90-lecia odzyskania przez Polskę niepodległości* [Beschluss des Senats der Republik Polen vom 24. April 2008 über den besonderen Charakter der Feierlichkeiten zum 90. Jubiläum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in Polen]. Online verfügbar:

<http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20080350313> (am 7.9.2010).

Monitor Polski, 2008, Nr. 46, Pos. 410: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 czerwca 2008 r. w sprawie uczczenia 100. rocznicy powstania Światowego Związku Esperantystów* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 12. Juni 2008 zu Ehrung des 100. Jahrestags der Entstehung des Esperanto-Weltbunds]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20080460410> (am 7.10.2010).

Monitor Polski, 2008, Nr. 55, Pos. 489: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 22 lipca 2008 r. poświęcona pamięci Bronisława Geremka* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 22 Juli 2008 zur Erinnerung an Bronisław Geremek]. Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20080550489> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2009, Nr. 34, Pos. 499: *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 21 maja 2009 r. w związku z 60-leciem Rady Europy* [Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 21 Mai 2009 im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Europarats]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20090340499> (am 7.10.2010).

Dziennik Ustaw, 2009, Nr. 206, Pos. 1588: *Ustawa z dnia 9 października 2009 r. o ustanowieniu Narodowego Dnia Pamięci Powstania* [Gesetz vom 9. Oktober 2009 über die Errichtung des Nationalen Tags der Erinnerung an den Aufstand]. Online verfügbar: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU20092061588> (am 6.9.2016).

Monitor Polski, 2010, Nr. 24, Pos. 223: *Uchwała Nr 54 Rady Ministrów z dnia 16 kwietnia 2010 r. zmieniająca uchwałę w sprawie uczczenia pamięci ofiar tragicznego wypadku lotniczego pod Smoleńskiem* [Beschluss des Ministerrats Nr. 54 vom 16 April 2010 zur Änderung des Beschlusses zur Ehrung des Andenkens an die Opfer des tragischen Flugzeugabsturzes bei Smoleńsk]. Online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20100240223> (am 7.9.2010).

Unveröffentlicht: *Uchwała Prezydium Sejmu z dn. 31 października 2013 r. w sprawie nadania nazwy Sali nr 23 w budynku „G” Kancelarii Sejmu* [Beschluss des Präsidiums des Sejm vom 31. Oktober 2013 über die Benennung des Saals Nr. 23 im Gebäude „G“ der Kanzlei des Sejm]. Zur Verfügung gestellt von: Archiwum Sejmu.

13.3 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Sejm

Sprawozdanie Stenograficzne z ... Posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu ... [Stenographisches Protokoll von der Sitzung Nr. ... des Sejm der Volksrepublik Polen vom ...], 1989-1991, *Kadencja* [Kadenz] 10, Pos. 1-79, Warschau: Sejm PRL (ISSN: 0477-180X).

Wypowiedzi na posiedzeniach Sejmu RP I kadencji [Aussagen während der Sitzungen des Sejm der Republik Polen während der 1. Kadenz], *Kadencja* [Kadenz] 1, Warschau: Sejm RP, Online verfügbar unter: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata1.nsf> (am 15.02.2017).

13.4 Internetseiten

Arbeitskreis Politik und Geschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft: Was ist Geschichtspolitik? Online aufrufbar:

<https://www.dvpw.de/gliederung/ak/ak-politik-und-geschichte/ueber-uns.html> (am 6.1.2011).

Stronnictwo Demokratyczne: *Historia* [Geschichte], Online aufrufbar:

<http://www.sd.pl/historia.php> (am 4.9.2012).

TVS.pl, 13.8.2010: *W Sejmie pojawią się tablice upamiętniające parlamentarzystów, którzy zginęli pod Smoleńskiem* [Im Sejm wird es Tafeln geben, welche an die Parlamentarier erinnern werden, die in Smolenk umgekommen sind], Online aufrufbar:

http://www.tvs.pl/27802,w_sejmie_pojawia_sie_tablice_upamietniajace_parlamentarzystow_ktorzy_zgineli_pod_smolenskiem.html (am 21.8.2012).

Sejm der Republik Polen, 9.11.2011: *Dzień otwarty w Sejmie w dniu Narodowego Święta Niepodległości* [Tag der offenen Tür am Nationalen Unabhängigkeitstag]. Online aufrufbar:

<http://www.sejm.gov.pl/sejm7.nsf/komunikat.xsp?documentId=E49A7552E5AB4393C1257943004BB3DB> (am 20.03.2012).

Sejm der Republik Polen, 8.10.2015: *Jacek Kuroń patronem Sali Konferencyjnej* [Jacek Kuroń Namenspatron des Konferenzsaals]. Online aufrufbar:

<http://www.sejm.gov.pl/sejm7.nsf/komunikat.xsp?documentId=4F3483F658A9B18AC1257ED80041BE5D> (am 3.10.2016).

Dzieje.pl, 9.10.2015: *Sala im. Józefa Oleksego w Sejmie* [Józef-Oleksey-Saal im Sejm]. Online aufrufbar: <http://dzieje.pl/aktualnosci/sala-im-jozefa-oleksego-w-sejmie> (am 06.10.2016).

Kościelny, R. & Kubaj, A., (o.J.): *Stocznia Szczecińska im. Adolfa Warskiego* [Die Adolf-Warski-Werft in Stettin], in: Encyklopedia Solidarności, online aufrufbar unter: http://www.encysol.pl/wiki/Stocznia_Szczecińska_im._Adolfa_Warskiego (am 29.09.2016).

(O.N., o.J.): Foto des Sitzungssaals des Sejm. Online aufrufbar: http://images.wikia.com/warszawa/images/e/e8/Syrenka_Sala_Posiedze%C5%84_Sejmu.JPG (am 23.9.2016).

Biblioteka Sejmowa, (o.J.): *Parlamentarzyści Polscy* (Parlamentarier Polens), Datenbank, online aufrufbar unter: http://bs.sejm.gov.pl/F?func=find-b&request=000001330&find_code=SYS&local_base=ARS10 (am 28.09.2016).

Sejm der Republik Polen, (o.J.): *Wirtualny Spacer. Sejm Rzeczypospolitej Polskiej* [Virtueller Rundgang. Sejm der Republik Polen]. Online aufrufbar: http://spacer.sejm.gov.pl/wirtualny_spacer/sejm.wkraj.pl/start.html (am 03.10.2016).

Sejm der Republik Polen, (o.J.): *Archiwum Danych o Posłach* [Archiv der Daten zu Abgeordneten], Online aufrufbar: <http://orka.sejm.gov.pl/ArchAll2.nsf/X/103> (am 6.1.2017).

Sejm der Republik Polen, (o.J.): *Internetowy System Aktów Prawnych* [Internetsystem von Rechtsakten]. Version 2.18, online verfügbar: <http://isip.sejm.gov.pl> (am 22.1.2017).

Węgrzynek, H. & Zalewska, G., (o.J.): *Demografia* [Demographie]. Wirtualny Sztetl, online aufrufbar: <http://www.sztetl.org.pl/pl/term/44,demografia/> (am 1.12.2014).

14 Anhang

14.1 Namen und Abkürzungen von Parteien und Organisationen

Name (Polnisch)	Abkürzung (Polnisch)	Übersetzung (Deutsch)
<i>Armia Krajowa</i>	AK	Heimatarmee
<i>Alternatywa Ruch Społeczny</i>	ARS	Alternative Soziale Bewegung
<i>Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Józefa Piłsudskiego</i>	BBWR	Überparteilicher Block der Zusammenarbeit mit der Regierung Józef Piłsudskis
<i>Front Jedności Narodu</i>	FJN	Front der Nationalen Einheit
<i>Federacja Młodzieży Walczącej</i>	FMW	Föderation der kämpfenden Jugend
<i>Kongres Liberalno-Demokratyczny</i>	KLD	Liberal-Demokratischer Kongress
<i>Komitet Obrony Robotników</i>	KOR	Komitee zum Schutz der Arbeiter
<i>Konfederacja Polski Niepodległej</i>	KPN	Konföderation des Unabhängigen Polens
<i>Komunistyczna Partia Polski</i>	KPP	Polnische Kommunistische Partei
<i>Komunistyczna Partia Robotnicza Polski</i>	KPRP	Kommunistische Arbeiterpartei Polens
<i>Krajowa Rada Narodowa</i>	KRN	Nationalen Staatsrat
<i>Liga Polskich Rodzin</i>	LPR	Liga der Polnischen Familien
<i>Innenministerium der UdSSR</i>	NKWD	Народный комиссариат внутренних дел СССР
<i>Narodowe Siły Zbrojne</i>	NSZ	Nationale Streitkräfte
<i>Obywatelski Klub Parlamentarny</i>	OKP	Parlamentarische Bürgerfraktion
<i>Stowarzyszenie „Pax“</i>	PAX	Vereinigung „Pax“
<i>Prawo i Sprawiedliwość</i>	PiS	Recht und Gerechtigkeit
<i>Polska Jest Najważniejsza</i>	PJN	Polen ist am wichtigsten
<i>Parlamentarny Klub Lewicy Demokratycznej</i>	PKLD	Parlamentarischer Klub der Demokratischen Linken
<i>Poselski Klub Pracy</i>	PKP	Abgeordnetenklub Arbeit

<i>Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego</i>	PKWN	Polnisches Komitee zur Nationalen Befreiung
<i>Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego</i>	PKWN	Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung
<i>Platforma Obywatelska</i>	PO	Bürgerplattform
<i>Polska Partia Robotnicza</i>	PPR	Polnische Arbeiterpartei
<i>Polska Partia Socjalistyczna</i>	PPS	Polnische Sozialistische Partei
<i>Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego</i>	PPSD	Polnische Sozialdemokratische Partei Galizien und Teschener Schlesien
<i>Polska Partia Socjalistyczna-Lewica</i>	PPS-Lewica	Polnische Sozialistische Partei – Linke
<i>Polska Rzeczpospolita Ludowa</i>	PRL	Volksrepublik Polen
<i>Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego</i>	PRON	Patriotische Front/Bewegung für die Nationale Wiedergeburt
<i>Polskie Stronnictwo Ludowe</i>	PSL	Polnische Bauernpartei
<i>Polskie Stronnictwo Ludowe - Odrodzenie</i>	PSL-Odrodzenie	Polnische Bauernpartei – Erneuerung
<i>Polskie Towarzystwo Heraldyczne</i>	PTHe	Polnische Heraldische Gesellschaft
<i>Polskie Towarzystwo Historyczne</i>	PTHi	Polnische Historische Gesellschaft
<i>Polski Związek Katolicko-Społeczny</i>	PZKS	Polnische Katholisch-Soziale Vereinigung
<i>Polska Zjednoczona Partia Robotnicza</i>	PZPR	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
<i>Stronnictwo Demokratyczne</i>	SD	Demokratische Partei
<i>Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy</i>	SDKPiL	Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen und Litauens
<i>Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy</i>	SDKPiL	Sozialdemokratie Kongresspolens und Litauens
<i>Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej</i>	SdRP	Sozialdemokratische Partei der Republik Polen
<i>Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej</i>	SdRP	Sozialdemokratische Partei der Republik Polen
<i>Sojusz Lewicy Demokratycznej</i>	SLD	Zusammenschluss der Demokratischen Linken
<i>Stronnictwo Ludowe - Roch</i>	SL-Roch	Bauernpartei – Roch
<i>Stronnictwo Ludowe "Wola Ludu"</i>	SL-WL	Bauernpartei „Wille des Volkes“
<i>Stronnictwo Narodowe</i>	SN	Nationale Partei
<i>Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne</i>	SN-D	National-Demokratische Partei
<i>Stronnictwo Narodowe Im. R. Dmowskiego</i>	SNiRD	Nationale Partei Roman Dmowski
<i>Stronnictwo Narodowe Leszka Bubla</i>	SNLB	Nationale Partei Leszek Bubel
<i>Towarzystwo Uniwersytetu Robotniczego</i>	TUR	Gesellschaft der Arbeiteruniversität

<i>Unia Chrześcijańsko-Społeczna</i>	UChS	Christlich-Soziale Union
<i>Unia Polityki Realnej</i>	UPR	Union der Realpolitik
<i>Unia Socjaldemokratyczna RP</i>	UsdRP	Sozialdemokratische Union der Republik Polen
<i>Zrzeszenie Wolność i Niezawisłość</i>	WiN	Verband Freiheit und Unabhängigkeit
<i>Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe</i>	ZChN	Christlich-Nationale Vereinigung
<i>Związek Ludowo-Narodowy</i>	Z-LN	Agrarisch-Nationales Bündnis
<i>Związek Patriotów Polskich</i>	ZPP	Verband Polnischer Patrioten
<i>Zjednoczone Stronnictwo Ludowe</i>	ZSL	Vereingte Bauernpartei
<i>Chrześcijańska Demokracja</i>	ChD	Christliche Demokratie
<i>Związek Socjalistycznych Republik Radzieckich (ZSRR)</i>	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

14.2 Suchbegriffe für die Untersuchung von Plenarsitzungsprotokollen **(Diktionär)**

14.2.1 Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 1: Personennamen

Personennamen (gefundene)			Personennamen (nicht gefundene)		
Nr.	Nachname	Vorname	Nr.	Nachname	Vorname
1	Adamski	Stanisław	1	Węgierko	Aleksander
2	Anders	Władysław	2	Adwentowicz	Karol
3	Andrzejewski	Mieczysław	3	Ajdukiewicz	Kazimierz
4	Arciszewski	Tomasz	4	Alter	Wiktor
5	Baczyński	Stanisław	5	Amsterdam	Saul
6	Bagiński	Kazimierz	6	Baczyńskij	Lew
7	Banach	Stefan	7	Bandera	Stefan
8	Barlicki	Norbert	8	Berlewi	Henryk
9	Bartel	Kazimierz	9	Biniskiewicz	Józef
10	Baudouin de Courtenay	Jan	10	Blau	Paul
11	Berner	Ignacy	11	Bocheński	Tadeusz
12	Bniński	Adolf	12	Bociański	Władysław
13	Bobrzyński	Michał	13	Bodo	Eugeniusz
14	Bocheński	Adolf	14	Bolesławski	Ryszard
15	Bojko	Jakub	15	Borejsza	Jerzy
16	Boruta-Spiechowicz	Mieczysław	16	Borowski	Karol
17	Boy-żeleński	Tadeusz	17	Bronder	Sasza
18	Brandstaetter	Roman	18	Brudziński	Józef
19	Broel-Plater	Konstanty	19	Brzękowski	Jan
20	Broniewski	Władysław	20	Buchsbaum	Antoni
21	Brzechwa	Jan	21	Bursche	Julian
22	Bujak	Franciszek	22	Burzyński	Zbigniew
23	Car	Stanisław	23	Calonder	Felix
24	Cat-Mackiewicz	Stanisław	24	Celewicz	Włodzimierz
25	Chaciński	Józef	25	Centkiewicz	Czesław
26	Chądzyński	Adam	26	Chamec	Zygmunt
27	Ciołkosz	Adam	27	Chwistek	Leon
28	Cizak	Antoni	28	Cieplak	Jan
29	Clemenceau	Georges	29	Courtenay	Jan Baudouin de
30	ćwiklińska	Mieczysława	30	Cybis	Jan
31	ćwikowski	Aleksander	31	Cybis	Bolesław
32	Czajkowski	Nikołaj	32	Cywiński	Stanisław
33	Czechowicz	Gabriel	33	Czechowicz	Józef
34	Cziczerin	Georgi	34	Czeszejka-Sochacki	Jerzy
35	Dąbrowska	Maria	35	Czuma	Andrzej
36	Dąbski	Jan	36	Dąbrowa-Młodzianowski	Kazimierz
37	Daszyński	Ignacy	37	Dalbor	Edmund

38	Denikin	Anton	38	Dębski	Aleksander
39	Dmowski	Roman	39	Dobrowolski	Stanisław
40	Doboszyński	Adam	40	Drobner	Bolesław
41	Drwęski	Jarogniew	41	Dubois	Stanisław
42	Dubanowicz	Edward	42	Dymsza	Adolf
43	Dzierżyński	Feliks	43	Ehrlich	Henryk
44	Englich	Józef	44	Eichlerówna	Irena
45	Estreicher	Stanisław	45	Felczak	Zygmunt
46	Federowicz	Jan Kanty	46	Fertner	Antoni
47	Fichna	Bolesław	47	Fiderkiewicz	Alfred
48	Fitelberg	Grzegorz	48	Flukowski	Stefan
49	Fogg	Mieczysław	49	Ford	Aleksander
50	Gałczyński	Konstanty Ildefons	50	Frygijska	Czapka
51	George	David Lloyd	51	Gardan	Juliusz
52	Gerlach	Helmuth von	52	Giertych	Jędrzej
53	Giedroyc	Jerzy	53	Gluziński	Tadeusz
54	Głabiński	Stanisław	54	Gold	Henryk
55	Gołubiew	Antoni	55	Graliński	Zygmunt
56	Gołubowicz	Sidir	56	Grodecki	Roman
57	Gombrowicz	Witold	57	Gruber	Henryk
58	Grabowski	Witold	58	Grudziński	Józef
59	Grabski	Stanisław	59	Grynberg	Uri Cwi
60	Grabski	Władysław	60	Grzesik	Karol
61	Grażyński	Michał	61	Halama	Loda
62	Grünbaum	Izaak	62	Handelsman	Marceli
63	Grydzewski	Mieczysław	63	Hartglas	Maksymilian Apolinary
64	Hącia	Kazimierz	64	Hasbach	Erwin
65	Haller	Józef	65	Hasbach	Erwin
66	Hausner	Artur	66	Heller	Hersz Luzer
67	Hemar	Marian	67	Hertz	Aleksander
68	Hlond	August	68	Hertz	Paweł
69	Irzykowski	Karol	69	Heryng	Jerzy
70	Iwanowski	Jerzy	70	Hochberg	Jan Henryk
71	Iwaszkiewicz	Wacław	71	Hollender	Tadeusz
72	Iwaszkiewicz	Jarosław	72	Hołówka	Tadeusz
73	Jałbrzykowski	Romuald	73	Horwitz	Maksymilian
74	Januszajtis	Marian	74	Hrynkowski	Jan
75	Jaracz	Stefan	75	Huberman	Bronisław
76	Jaworowski	Rajmund	76	Hynek	Franciszek
77	Jaworski	Władysław	77	Infeld	Leopold
78	Jaźwiński	Bolesław	78	Janiszewski	Zygmunt
79	Jędrzejewicz	Janusz	79	Jarema	Maria
80	Jegorow	Aleksander	80	Jaroszewski	Jerzy
81	Jonescu	Take	81	Jastrzębski	Zygmunt
82	Kaczyński	Zygmunt	82	Jodzewicz	Jan
83	Kamiński	Kazimierz	83	Józefski	Henryk
84	Karaszewicz-Tokarzewski	Michał	84	Junosz-Stępowski	Kazimierz

85	Karpiński	Stanisław	85	Kaden-Bandrowski	Juliusz
86	Kasznica	Stanisław	86	Kaden-Bandrowski	Juliusz
87	Kiepora	Jan	87	Karaczan	Lew
88	Kisielewski	Stefan	88	Karpiński	Stanisław
89	Kleiner	Juliusz	89	Karuzza	Paweł
90	Kobro	Katarzyna	90	Kawalec	Jan
91	Kolbe	Maksymilian	91	Kemmerer	Edwin Walter
92	Kon	Feliks	92	Kenner	Józef
93	Konopacka	Halina	93	Kohnert	Hans Joachim
94	Konopczyński	Władysław	94	Kohut	Osyp
95	Korfanty	Wojciech	95	Konowalec	Jewhen
96	Kościałkowski	Marian	96	Kostanecki	Kazimierz
97	Kossak-Szczucka	Zofia	97	Koszutska	Maria
98	Kostek-Biernacki	Wacław	98	Kotarbiński	Tadeusz
99	Kostrzewski	Józef	99	Kowalski	Kazimierz
100	Koźdoń	Józef	100	Kowarski	Felicjan
101	Kruczkowski	Leon	101	Kowerda	Borys
102	Krysiewicz	Bolesław	102	Kowoll	Johann
103	Kucharski	Władysław	103	Kozicki	Stanisław
104	Kucharzewski	Jan	104	Kozłowski	Leon
105	Kukiel	Marian	105	Krawicz	Mieczysław
106	Kurek	Jalu	106	Kreczmar	Jan
107	Kusociński	Janusz	107	Królikiewicz	Adam
108	Kutrzeba	Stanisław	108	Kronig	Arthur
109	Kwiatkowski	Jan	109	Krzywicki	Ludwik
110	Lange	Oskar	110	Krzyżanowski	Adam
111	Latnik	Franciszek	111	Kurcusz	Jerzy
112	Le Rond	Henri	112	Kuśnierz	Bronisław
113	Lechoń	Jan	113	Kwasiborski	Wojciech
114	Lejtes	Józef	114	Kwiatkowska	Irena
115	łewycki	Kost	115	Łatyszenkow	Paweł
116	Liebermann	Hermann	116	Ławiecki	Dmytro
117	Luksemburg	Róża	117	Lechicki	Zdzisław
118	Maciaszek	Jan	118	Lechoń	Stanisław Jerzy
119	Mączyński	Czesław	119	Leński	Julian
120	Makarewicz	Juliusz	120	Leśmian	Bolesław
121	makuszyński	kornel	121	Leszczyński	Julian
122	Malinowski	Maksymilian	122	Leszczyński	Jan
123	Malinowski	Bronisław	123	Lew	Icechok
124	Maneville	Henry de	124	Lewart-Skwarcz	Maksymilian
125	Mańkowski	Franciszek	125	Lewin	Aaron
126	Marchlewski	Julian	126	Ligon	Stanisław
127	Matusiak	Klemens	127	Lipecki	Jan
128	Meysztowicz	Aleksander de	128	Lipski	Józef
129	Miedziński	Bogusław	129	Łuckiewicz	Antoni
130	Mielżyński	Maciej	130	Łukaszewicz	Jan
131	Mikołajczyk	Stanisław	131	Maciejek	Hryhorij

132	Moraczewski	Jędrzej	132	Mączyński	Zdzisław
133	Morawski	Kazimierz Marian	133	Makowski	Wacław
134	Mościcki	Ignacy	134	Makowski	Tadeusz
135	Mosdorf	Jan	135	Malinowski	Marian
136	Nałkowska	Zofia	136	Maliszewski	Aleksander
137	Narutowicz	Gabriel	137	Mankiewiczówna	Tola
138	Niedziałkowski	Mieczysław	138	Markisz	Perec
139	Niemojewski	Wacław	139	Marusarz	Stanisław
140	Niewiadomski	Eligiusz	140	Mastek	Mieczysław
141	Nowaczyński	Adolf	141	Maszyński	Mariusz
142	Nowak	Julian	142	Matulewicz	Jerzy
143	Nowodworski	Stanisław	143	Matuszewski	Ignacy
144	Olszański	Ignacy	144	Miatła	Piotr
145	Omelianowicz-Pawlenka	Mychajło	145	Michałkowski	Kazimierz
146	Ordonówna	Hanka	146	Mierzejewski	Bolesław
147	Orlicz-Dreszer	Gustaw	147	Mołojec	Bolesław
148	Osostowicz	Stanisław	148	Musioł	Paweł
149	Osterwa	Juliusz	149	Nacht-Samborski	Artur
150	Paderewski	Ignacy	150	Namysłowski	Kazimierz
151	Parandowski	Jan	151	Naumann	Eugen
152	Patek	Stanisław	152	Niezabytowski	Karol
153	Perl	Feliks	153	Nowaczyński	Adolf
154	Petlura	Semen	154	Nowak	Ignacy
155	Petruszewicz	Jehwen	155	Nowina-Przybylski	Jan
156	Piasecki	Bolesław	156	Ochrymowicz	Stefan
157	Piechal	Marian	157	Orechwa	Mikołaj
158	Piłsudski	Józef	158	Ostrowski	Aleksander
159	Piltz	Erasm	159	Pakin	Leon
160	Pobóg-Malinowski	Władysław	160	Palijew	Dymitrij
161	Poniatowski	Juliusz	161	Palijew	Dymitr
162	Ponikowski	Antoni	162	Panafieu	Hektor de
163	Popiel	Karol	163	Panenkowa	Irena
164	Pragier	Adam	164	Pant	Eduard
165	Próchnik	Józef	165	Pant	Eduard
166	Pruszyński	Ksawery	166	Peiper	Tadeusz
167	Prystor	Aleksander	167	Pieracki	Bronisław
168	Przyboś	Julian	168	Pieracki	Bronisław
169	Putek	Józef	169	Piestrzyński	Eugeniusz
170	Pużak	Kazimierz	170	Piestrzyński	Ryszard
171	Raczkiewicz	Władysław	171	Pośpiech	Alfons
172	Radek	Karol	172	Potocki	Alfred
173	Radziwiłł	Janusz	173	Potworowski	Piotr
174	Rataj	Maciej	174	Próchnik	Adam
175	Ratajski	Cyryl	175	Pruszkowski	Tadeusz
176	Rejewski	Marian	176	Pruszyński	Mieczysław
177	Romer	Jan	177	Pryłucki	Noah
178	Romer	Michał	178	Prystorowa	Janina

179	Rosset	Aleksander de	179	Przetakiewicz	Zygmunt
180	Rozwadowski	Tadeusz	180	Putrament	Jerzy
181	Różycki	Jerzy	181	Pyrz	Michał
182	Rybarski	Roman	182	Radziwiłł	Albrecht
183	Rydz-śmigły	Edward	183	Rak-Michajouski	Symon
184	Sapieha	Adam	184	Reich	Leon
185	Sapieha	Eustachy	185	Reich	Leon
186	Sawinkow	Borys	186	Rembieliński	Jan
187	Schiller	Leon	187	Reutt	Marian
188	Schulz	Bruno	188	Reutt	Adolf
189	Semkowicz	Władysław	189	Róg	Michał
190	Seyda	Władysław	190	Rosen	Józef
191	Seyda	Marian	191	Rosmarin	Henryk
192	Skirmunt	Konstanty	192	Rossmann	Henryk
193	Skłodowska-Curie	Maria	193	Rudzka-Cybisowa	Hanna
194	Skorupka	Ignacy	194	Rutkowski	Jerzy
195	Skrzyński	Aleksander	195	Rutkowski	Jan
196	Skulski	Leopold	196	Rydzewska	Nina
197	Skwarczyński	Stanisław	197	Rymkiewicz	Aleksander
198	Sławek	Walery	198	Sach	Stefan
199	śliwiński	Stanisław	199	Sawicki	Adolf
200	śliwiński	Artur	200	Sawinkow	Borys
201	Słonimski	Antoni	201	Schiller	Leon
202	Solarz	Ignacy	202	Schwarz	Kopel
203	Sosnkowski	Kazimierz	203	Sebyła	Władysław
204	Stachiewicz	Władysław	204	Sempoliński	Ludwik
205	Staff	Leopold	205	Serafin	Stanisław
206	Staniszki	Witold	206	Siedlecki	Stanisław
207	Stapiński	Jan	207	Sierpiński	Wacław
208	Steinhaus	Hugo	208	Silberschein	Abraham
209	Stesłowicz	Władysław	209	Singer	Izaak Bashewis
210	Stolarski	Błażej	210	Skirmunt	Konstanty
211	Stroński	Stanisław	211	Skórewicz	Kazimierz
212	Strug	Andrzej	212	Skwarczyński	Adam
213	Strzeмиński	Władysław	213	Sławoj-Składowski	Felicjan
214	świętochowski	Aleksander	214	Smosarska	Jadwiga
215	świtalski	Kazimierz	215	Sobecki	Jan
216	Szeptycki	Stanisław	216	Solska	Irena
217	Szeptycki	Andrzej	217	Sommerstein	Emil
218	Szymanowski	Karol	218	Stahl	Zdzisław
219	Szymański	Julian	219	Stankiewicz	Adam
220	Taczak	Stanisław	220	Stankiewicz	Jan
221	Taraszkiewicz	Bronisław	221	Stawar	Andrzej
222	Tarnawa-Malczewski	Juliusz	222	Stern	Jonasz
223	Tarnowski	Hieronim	223	Strażewski	Henryk
224	Tatarkiewicz	Władysław	224	Streng	Henryk
225	Teodorowicz	Józef	225	Sujkowski	Antoni

226	Thugutt	Stanisław	226	świerczyński	Rudolf
227	Trąpczyński	Wojciech	227	świętochowski	Zbigniew
228	Tuchaczewski	Michał	228	Szachna	Segan
229	Tuwim	Julian	229	Szapiro	Meir
230	Urbanek	Kurt	230	Szaro	Henryk
231	Wachowiak	Stanisław	231	Szczuka	Mieczysław
232	Warski	Adolf	232	Szebeka	Ignacy
233	Wasilewska	Wanda	233	Szenwald	Lucjan
234	Wasiutyński	Wojciech	234	Szpakowski	Olgierd
235	Waszkiewicz	Ludwik	235	Szraga	Chil
236	Wat	Aleksander	236	Szyfman	Arnold
237	Wązyk	Adam	237	Szysko-Bohusza	Adolf
238	Wenda	Tadeusz	238	Tański	Tadeusz
239	Weygand	Maxime	239	Targowski	Józef
240	Więckowski	Aleksander	240	Tarnowski	Zdzisław
241	Wieniawa-Długoszowski	Bolesław	241	Taylor	Kazimierz
242	Wierzbicki	Andrzej	242	Thon	Abraham Ozjasz
243	Wierzyński	Kazimierz	243	Thon	Ozjasz
244	Wilson	Woodrow	244	Tołłoczki	Kazimierz
245	Witkiewicz (Witkacy)	Stanisław Ignacy	245	Tołwiński	Tadeusz
246	Witos	Wincenty	246	Tom	Konrad
247	Witowski/Witkowskij	Dmytro	247	Trystan	Leon
248	Witwicki	Władysław	248	Trzcíński	Teofil
249	Włodarski	Marek	249	Twardowski	Kazimierz
250	Wojciechowski	Stanisław	250	Tymieniecki	Kazimierz
251	Wróblewski	Władysław	251	Ulitz	Otto
252	Wysocka	Lidia	252	Ulitz	Otto
253	Young	Hilton	253	Vogelfänger	Henryk
254	Zagórski	Włodzimierz	254	Voss	Hermann
255	Zaleski	August	255	Wajda	Kazimierz
256	Zambrowski	Roman	256	Waledyński	Konstanty
257	Zamoyski	Maurycy	257	Waleron	Andrzej
258	Zamoyski	Jan	258	Waliszewski	Zygmunt
259	Zaremba	Zygmunt	259	Wandurski	Witold
260	Zdziechowski	Jerzy	260	Warski	Adolf
261	Zdziechowski	Marian	261	Wasilewski	Zygmunt
262	żeligowski	Lucjan	262	Wasilkowski	Jan
263	Zelwerowicz	Aleksander	263	Wasiutyński	Bohdan
264	Zenkter	Kazimierz	264	Waszyński	Michał
265	Ziemięcki	Bronisław	265	Węgiecko	Aleksander
266	Znanięcki	Florian	266	Węgrzyn	Józef
267	żuławski	Zygmunt	267	Węgrzyn	Jerzy
268	żwirko	Franciszek	268	Weigl	Rudolf
269	Zygalski	Henryk	269	Wierciński	Edmund
			270	Wiesner	Rudolf
			271	Wigura	Stanisław
			272	Wilimowski	Ernest

			273	Wisłocki	Aleksander
			274	Wojciechowski	Zygmunt
			275	Wojewódzki	Sylwester
			276	Wojkow	Piotr
			277	Wolica	Andrzej
			278	Wołoszyn	Paweł
			279	Wróblewski	Stanisław
			280	Wrona	Stanisław
			281	żabczyński	Aleksander
			282	żabotyński	Włodzimierz, Wladimir, Zeev
			283	Zagórski	Jerzy
			284	żarnowerówna	Teresa
			285	żarski	Tadeusz
			286	Zdzitowiecki	Jan
			287	Zelwerowicz	Aleksander
			288	Zerbe	Emil
			289	Zerze	Emil
			290	Zimińska-Sygietyńska	Mira
			291	Zoll	Fryderyk
			292	zótkowski	Adam
			293	zótkowski	Zbigniew
			294	żuralew	Jerzy
			295	Zygielbojm	Szumł
			296	Zyndram-Kościałkowski	Marian

14.2.2 Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 2: Parteien, Organisationen, Institutionen, Printmedien

Parteien, Organisationen, Institutionen, Printmedien (gefundene)		Parteien, Organisationen, Institutionen, Printmedien (nicht gefundene)	
Nr.	Titel	Nr.	Titel
1	endecja (endek, endecki etc.)	1	Agudat Jisrael, Związek Izraela
2	Grenzschutz-Ost	2	Akademicki Związek Pracy dla Państwa Legion Młodych
3	Klub Pracy Konstytucyjnej	3	Benaus
4	Klub Zachowawczo-Monarchiczny	4	Betar
5	Komintern	5	Białoruska Chrześcijańska Demokracja
6	Komitet Narodowy Polski, KNP	6	Białoruska Organizacja Rewolucyjna
7	Komunistyczny Związek Młodzieży Polskiej	7	Białoruska Partia Niezależnych Socjalistów
8	Korpus Ochrony Pogranicza	8	Białoruska Partia Socjal-Demokratyczna
9	Litwa środkowa	9	Białoruski Związek Włociański
10	Międzynarodówka Komunistyczna	10	Białoruskie Zjednoczenie Chrześcijańsko-Demokratyczne
11	Międzysojusznicza Komisja Rządząca i Plebiscytowa	11	Białoruskie Zjednoczenie Ludowe
12	Milicja Ludowa	12	Białoruskie Zrzeszenie Narodowe
13	Naczelna Komenda Wojsk Powstańczych	13	Blok Mniejszości Narodowych
14	Narodowa Demokracja	14	Bractwo świętego Łukasza
15	Narodowa Partia Robotnicza	15	Bund
16	Narodowy Związek Robotniczy	16	Cejre
17	Niezależna Partia Chłopska	17	Centralny Związek Młodej Wsi
18	Orlęta Lwowskie	18	Centralny Związek Młodzieży Wiejskiej
19	Partia Centrum	19	Centralny Związek Organizacji Kulturalnych i Gospodarczych
20	Polska Organizacja Wojskowa, POW	20	Centralny Związek Przemysłu Górniczego
21	Polska Partia Socjalistyczna, PPS	21	Centroement
22	PSL "Jedność Ludowa"	22	Chejno-Plast
23	PSL "Lewica"	23	Chjeno-Piast
24	PSL "Piast"	24	Chrześcijański Związek Jedności Narodowej
25	PSL "Wyzwolenie"	25	Chrześcijańskie Stowarzyszenie Młodzieży Męskiej

26	Rada Ludowa, Naczelna Rada Ludowa, NRL	26	Chrześcijańskie Stronnictwo Robotnicze
27	Rada Obrony Państwa	27	Chrześcijańskie Stronnictwo Rolnicze
28	Rada Regencyjna	28	Chrześcijańsko-Narodowe Stronnictwo Pracy
29	rząd lubelski, tymczasowy rząd ludowej republiki, Polrewkom	29	Chrześcijańsko-Narodowe Stronnictwo Robotnicze
30	Sejm Dzielnicowy	30	Chrześcijańsko-Narodowy Klub Robotniczy
31	sejm Wileński	31	czas (czasop.)
32	Skamandra	32	Der Moment (dziennik)
33	Straża Ludowa	33	Dom Prasy SA
34	Stronnictwo Chłopskie	34	Dowództwo Obrony Plebiscytu
35	Stronnictwo Chrześcijańsko-Narodowe	35	ekspres ilustrowany (czasop.)
36	Stronnictwo Niezawisłości Narodowej	36	Formiści
37	Strzelec, związek strzelecki	37	Frajhajt, Wolność
38	Towarzystwo Gimnastyczne "Sokół"	38	Galicyjski Komitet Rewolucyjny
39	Ukraińska Powstańcza Armia, UPA	39	gazeta polska
40	Wehrwolf	40	Gazeta Warszawska
41	Zarzewie	41	Generalna Federacja Pracy
42	Zjednoczenie Ludowe	42	grupa Bunt
43	Zjednoczenie Zawodowe Polskie	43	Heimatschutz-Ost
44	Białoruska Włościańsko-Robotnicza Gromada, Hromada	44	Ilustrowany Kurier Codzienny (czasop.)
45	Komunistyczna Partia Zachodniej Białorusi	45	IV Brygada
46	Młodzież Wszechpolska	46	Jidiszer Togblat
47	osadnicy wojskowi	47	Jung Idysz
48	Ukraińskie Zjednoczenie Narodowo-Demokratyczne	48	Katolicka Partia Ludowa, Katholische Volkspartei
49	sanacja	49	Katolickie Stronnictwo Ludowe
50	Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Marszałka Piłsudskiego, Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem, BBWR	50	Koło Intelktualistów
51	Centrolew	51	Koło Posłów żydowskich
52	Główny Urząd Likwidacyjny	52	Komenda Główna Powstańcza
53	Obóz Wielkiej Polski, OWP, Oddział akademicki OWP,	53	Komisja Cambona

	Ruch Młodych OWP		
54	Oficerska Szkoła Piechoty	54	Komisja Porozumiewawcza Stronnictw Lewicowych dla Obrony Republiki Demokratycznej
55	Peowiakowie (POW), Związek Peowiaków	55	Komisja Rządząca dla Galicji i śląska Cieszyńskiego
56	Straż Narodowa	56	Komitet Obrony Kresów Wschodnich
57	Stronnictwo Narodowe	57	Komitet Obrony RP
58	Związek Młodzieży Wiejskiej RP "Wici"	58	Komitet Zachowawczy
59	Związek Patriotyczny	59	Komunistyczna Partia Robotnicza Polski
60	RNR, RNR-Falanga, Falanga, BePisci	60	Kongres Obrony Prawa i Wolności Ludu w Krakowie
61	OZN, Ozon, Obóz Zjednoczenia Narodowego	61	Książęco-Biskupi Komitet Pomocy dla Dotkniętych Klęską Wojny
62	Obóz Narodowo-Radykalny, ONR, ONR-Falanga, ONR-ABC	62	KZMP
63	Arkonia (korporacja studencka)	63	Legion Młodych
64	Związek Młodej Polski, ZMP	64	Legion Młodzieży Polskiej
65	Związek Polskiej Młodzieży Demokratycznej	65	Lewar (casop.)
66	Front Morges	66	Miesięcznik Literacki (czasop.)
67	Klub Posłów i Senatorów Chłopskich	67	Ministerstwo Apropizacji
68	Zielony Sztandar (czasopismo)	68	Młody strażnik, Haszomer Hacair
69	Wiciowcy, Wici	69	Narodowe Stronnictwo Robotników
70	OMTUR	70	Narodowe Zjednoczenie Ludowe
71	Stronnictwo Pracy	71	Narodowo-Chrześcijańskie Stronnictwo Ludowe
72	Liga Morska i Kolonialna	72	Narodowo-Chrześcijańskie Zjednoczenie Pracy
73	Organizacja Ukraińskich Nacjonalistów, OUN	73	Narodowy Chrześcijański Klub Robotniczy
74	mały dziennik (czasopismo)	74	Narodowy Komitet Wyborczy Stronnictw Demokratycznych
75	YMCA, ciocia Imcia	75	Narodowy Związek Polskiej Młodzieży Radykalnej
76	Centralny Okręg Przemysłowy	76	Niemiecka Chrześcijańska Partia Ludowa
77	Fundusz Obrony Narodowej	77	Niemiecka Socjalistyczna Partia Pracy, Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei Polens
78	żagary (czasop.)	78	Niemiecki Związek Kulturalny na Górnym śląsku, Deutscher Kulturbund

79	kwadryga (czasop.)	79	Niemiecki Związek Ludowy dla Polskiego śląska, Deutscher Volksbund für Polnsich-Schlesien - Volksbund
80	kurier poranny (czasop.)	80	Nowa Organizacja Syjonistyczna
81	robotnik (czasop.)	81	NPR-Lewica
		82	Ogólna Organizacja Syjonistyczna
		83	Ogólnopolska Konwencja Węglowa
		84	Ogólnożydowska Partia Pracy
		85	Organizacja Galicyjsko-Ruska
		86	Organizacja Monarchistów Polskich
		87	Organizacja monarchistyczna
		88	Organizacja Syjonistyczna "Centrum Duchowe"
		89	Organizacja Syjonistyczna w Polsce
		90	OZN, Ozon
		91	Partia Młodoniemiecka, Jungdeutsche Partei, JdP, młodoniemcy
		92	Partia Niemiecka
		93	Partia Niemiecka, Deutsche Partei
		94	Partia żydowska
		95	Pionier, Hachulec
		96	Poale
		97	Poalej Syjon-Lewica
		98	Poalej Syjon-Prawica
		99	Pod Pikadorem (kawiarnia)
		100	Pogotowie Patriotów Polskich
		101	Polska Agencja Telegraficzna
		102	Polska Komisja Likwidacyjna
		103	Polska Organizacja Zachowawcza Pracy Państwowej
		104	Polska Partia Postępowa
		105	polska zachodnia
		106	polska zbrojna (czasop.)

		107	Polski Komisariat Plebiscytowy
		108	Polski Monopol Solny
		109	Polski Monopol Tytoniowy
		110	Polski Związek Ludowy "Odrodzenie"
		111	Polski Związek Myśli Wolnej
		112	Polskie Stronnictwo Chrześcijańskiej Demokracji, PSChD
		113	Polskie Zjednoczenie Ludowe
		114	Pro Arte (czasop.)
		115	Pro Arte et Studio
		116	Rada Delegatów Robotniczych
		117	Rada Narodowa Księstwa Cieszyńskiego
		118	Rada Niemców w Polsce
		119	Rada Robotników i żołnierzy, Galrewwom
		120	raz dwa trzy (czasop.)
		121	Rosmanowcy
		122	Rusko-Ukraińska Partia Radykalna
		123	Skamander (czasopismo), skamandrzy
		124	słowo (czasop.)
		125	Stowarzyszenie Katolickie Robotników z Wileńszczyzny
		126	Stowarzyszenie Robotników Chrześcijańskich z Królestwa
		127	Stronnictwo Chrześcijańsko-Socjalne
		128	Stronnictwo Katolicko-Ludowe
		129	Stronnictwo Niemieckie
		130	Stronnictwo Pracy Konstytucyjnej
		131	Stronnictwo Prawicy Narodowej
		132	Stronnictwo Prawicy Narodowej
		133	Stronnictwo Zachowawcze
		134	światowy związek polaków z zagranicy, światpol

		135	Syjonistyczna Partia Pracy
		136	Syndykat Górnośląskich Hut żelaznych
		137	Szkoła Nauk Politycznych
		138	Tymczasowa Rada Narodowa żydowska
		139	Tymczasowy Komitet Rewolucyjny Polski
		140	Tymczasowa Komisja Rządząca Litwy Północnej
		141	Ukraińska Ludowa Partia Pracy
		142	Ukraińska Organizacja Wojskowa
		143	Ukraińska Partia Ludowa
		144	Ukraińska Partia Narodowo-Demokratyczna
		145	Ukraińska Partia Socjal-Demokratyczna
		146	Ukraińska Partia Socjalistów-Rewolucjonistów
		147	Ukraińska Partia Socjalistyczno-Radykalna
		148	Ukraińska Rada Narodowa, URN
		149	Ukraiński Instytut Narodowy
		150	ukraiński uniwersytet we Lwowie
		151	Ukraiński Związek Ludowy
		152	UNDO
		153	warszawski pryzmat (grupa)
		154	Wielka Loża Narodowa
		155	Wielka Rada
		156	Wolna Wszechnica Polska
		157	Wolny Związek Posłów Narodowości żydowskiej
		158	Wołyńskie Zjednoczenie Ludowe
		159	Wydział Wykonawczy Rady
		160	Zachodnia Ukraińska Republika Ludowa
		161	zdrój (czasop.)
		162	Zjednoczenie Ludu Polskiego
		163	Zjednoczenie Mieszkańskie
		164	Zjednoczenie Narodowe

		165	Zjednoczenie Niemieckie w Sejmie i Senacie dla Pozańskiego, Okręgu Noteci i Pomorza; Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat für Posen, Netzegau und Pomerellen
		166	Zjednoczenie Pracy Wsi i Miast
		167	Zjednoczenie Włościan
		168	Zjednoczenie Zachowawczych Organizacji Politycznych
		169	Zjednoczona Partia Hitachdut-Poale Syjon
		170	Związek Górnolązaków
		171	Związek Hallerczyków
		172	Związek Legionistów
		173	Związek Ludowo-Narodowy
		174	Związek Młodej Polski
		175	Związek Naprawy Rzeczypospolitej, ZNR
		176	Związek Niemców w Polsce, Bund der Deutschen in Polen
		177	Związek Niemczyzny dla Ochrony Praw Mniejszości w Polsce, Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen
		178	Związek Niemieckich Bibliotek w Polsce
		179	Związek Niemieckich Katolików, Verband Deutscher Katholiken
		180	Związek Niemieckich Katolików, Verband Deutscher Katholiken
		181	Związek Niemieckich Ludowych Bibliotek w Polsce
		182	Związek Polskich Posłów Socjalistycznych
		183	Związek Powstańców śląskich
		184	Związek Syjonistów-Rewizjonistów
		185	Związek Wiernych Ojczyźnie Górnolązaków
		186	Zwornik (krakowska grupa)
		187	Zwrotnica (czasop.)
		188	żydowska demokratyczno-ludowa partia w polsce, Jidysze Demokratisz-Folkistisze Partaj in Poljen
		189	żydowska socjal-demokratyczna partia robotnicza poalej syjon-lewica

		190	żydowska socjalno-demokratyczna partia robotnicza robotnicy syjonu
--	--	-----	---

14.2.3 Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 3: Orte und Ereignisse

Orte und Ereignisse (gefunden)		Orte und Ereignisse (nicht gefunden)	
Nr.	Titel	Nr.	Titel
1	bereza kartuska	1	afera żyrardowska
2	bitwa warszawska	2	bitwa nad Niemnem, Niemeńska
3	cytadela warszawska	3	Dekret z 22 listopada 1918 r.
4	Dzień Czynu Chłopskiego	4	Manifest z 7 listopada
5	getto ławkowe	5	marsz bojówek na Myślenice
6	Góra św. Anny	6	memoriał z Fontainebleau
7	Hotel Bazar	7	Nieśwież (wizyta Piłsudskiego w ~)
8	konferencja wersalska, wersal	8	Nowosielce (wiec w ~)
9	konferencja w Spa	9	o Chełmszczyznę
10	kryzys przysięgowy	10	o Orawę
11	Locarno	11	o śląsk cieszyński
12	Mała Konstytucja	12	o Spisz
13	nowela sierpniowa	13	plan kwiatkowskiego
14	plebiscyt na górnym śląsku	14	pokój w rydze
15	plebiscyt na mazurach	15	powstanie sejeńskie
16	plebiscyt w warmii	16	reformacja jędrzejewiczowska
17	powstanie na górnym śląsku, śląskie	17	strajk w krakowskiej Semperit
18	powstanie wielkopolskie	18	układ ryski
19	Powszechna Wystawa Krajowa	19	wojna polsko-czechosłowacka, z chechosłowacją
20	proces brzeski		
21	przewrót majowy, zamach majowy, 12. maja		
22	Przytyk (pogrom w ~)		
23	Rapallo		
24	Sulejówek		
25	twierdza w Magdeburgu, Magdeburg		
26	układ brzeski; pokój w Brześciu;		
27	wojna polsko-bolszewicka		
28	wojna polsko-ukraińska		
29	Wolne Miasto Gdańsk		
30	wybory brzeskie		
31	z nad Wieprza		
32	zaślubiny polski z bałtykiem		
33	zaślubiny polski z morzem		
34	zaślubiny z bałtykiem		
35	zaślubiny z morzem		

14.2.4 Liste der gefundenen und nicht gefundenen Suchbegriffe, Teil 4: weitere Begriffe

weitere Begriffe (gefundene)		weitere Begriffe (nicht gefundene)	
Nr.	Titel	Nr.	Titel
1	awantura o basię (film,ksiązka)	1	Ada to nie wypada (film)
2	Chjeno-Piast	2	barbara radziwiłłówna (film)
3	czasopismo "słowo"	3	bartlowanie, bartlować
4	druga Rzeczpospolita	4	Chjena
5	Ferdydurke	5	Czy Lucyna to Dziewczyna (film)
6	Generalny Inspektor(at) Sił Zbrojnych	6	doktor murek (film)
7	Każdemu wolno kochać (film)	7	doktor wilczur (film)
8	koncepcja międzymorza	8	dyrektoriat trzech
9	konstytucja marcowa	9	Dziesiąta Muza (film)
10	Liga Narodów	10	Dziewczęta z Nowolipek (film)
11	linia Curzona	11	fajdanitis poslinis
12	marka polska	12	Gazeta Polska
13	mieczyk chrobrego	13	generał Bart
14	międzywojenny	14	Grabszczyzna
15	Myśli nowoczesnego Polaka	15	Granicy (film)
16	Naczelnik Państwa	16	interbellum
17	obóz belwederski	17	inter-war
18	odrodzenie Polski	18	Jadzia (film)
19	odrodzona Rzeczpospolita	19	kariera nikodema dyzmy (film)
20	odzyskanie niepodległości	20	Karlik z Kocyndra (radio)
21	Pani Minister Tańczy (film)	21	koncepcja federalistyczna
22	przedwojenny	22	koncepcja inkorporacyjna
		23	koncert mocarstw
		24	konstituta-prostituta
		25	linia Focha
		26	Ludzie Wisły (film)
		27	Manewry Miłosne (film)
		28	między wojnami
		29	numerus nullus
		30	pakt lanckornski
		31	panna z mokrą głową (film)
		32	Papa się żeni (film)
		33	przygody koziołka matolka
		34	przygody małpki fiki miki
		35	rząd pułkowników
		36	szakal europy
		37	szatan z siódmej klasy (film)
		38	traktat o ochronie mniejszości
		39	trędowata (film)
		40	zafajdany poseł, 41: znachor (film)

14.3 Unterkategorien der Kategorie „historische Gegenstände“ mit Häufigkeit der Codierungen

Gegenstand	Anzahl der Codierungen
Gesetze und politische Verfahrensnormen	190
Wincenty Witos (1874-1945)	36
Józef Piłsudski (1867-1935)	30
Sejm der Zweiten Republik	30
Genossenschaftswesen	24
Verfassung 1921	22
Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918	20
Zweite Republik Polen (Staat)	20
Verfassung 1935	18
Maiputsch (1926)	14
Polnisch-Sowjetischer Krieg (1919-1921)	12
Maciej Rataj (1884-1940)	11
Schlesische Aufstände (1919,1920,1921)	11
Polizei, Grenzschutz etc.	10
Sanacja	10
Władysław Grabski (1874-1938)	10
Orthodoxe Kirche und Kirchenmitglieder	9
Bildungswesen, Schulen	8
Landwirtschaft	8
Landwirtschaftskammer	8
Handels- und Zivilgesetzbuch	7
PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe)	7
Zwischenkriegszeit als Zeitspanne	7
Bereza Kartuska (Gefängnis)	6
Gerichte und Gerichtswesen	6
Kriegsinvaliden, Kriegsteilnehmer, Veteranen	6
Ministerien	6
Pfadfinder, Pfadfinderorganisationen	6
Staatswappen Polens	6
Stanisław Mikołajczyk (1901-1966)	6
Territorium der Zweiten Republik	6
Wojciech Korfanty (1873-1939)	6
"Belvedere-Lager"	5
Bauernbewegung, Agrarier	5
Selbstverwaltungen	5
Verwaltung auf regionaler Ebene, Gemeinden	5
Wojciech Trąpczyński (1860-1953)	5
Zentrale Industrieregion (Centralny Okręg Przemysłowy)	5
Auszeichnungen des Staates, Vergabe von Orden	4
Brester Prozess (1932)	4
Hłond, August (1881-1948)	4

Kriegsteilnehmer des Spanischen Bürgerkriegs	4
Kwiatkowski, Eugeniusz (1888-1974)	4
Minderheiten	4
Parlamentswahlen 1938	4
PPS (Polska Partia Socjalistyczna)	4
Verfassung Polens (1919)	4
"Vermählung" mit dem Meer (1920)	3
BBWR (Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Józefa Piłsudskiego)	3
Bożek, Arkadiusz (1899-1954)	3
Katholische Universität Lublin	3
Konflikt um Teschener Schlesien (1919)	3
Polnische Legionen (1914-1918)	3
Rapallo-Verträge (1920 und 1922)	3
Regierungsrat des Königreichs Polen (Rada Regencyjna K.P.)	3
SD (Stronictwo Demokratyczne)	3
Sozialversicherung	3
Streik der Bauern (1937)	3
Tabak und Alkoholmonopol	3
Völkerbund	3
Annaberg (Góra św. Anny) und Kampf am Annaberg (1921)	2
Arbeiter	2
Arciszewski, Tomasz	2
Christdemokraten ("Chadecja")	2
Daszyński, Ignacy (1866-1936)	2
Dmowski, Roman (1864-1939)	2
Einrichtung Nationalfeiertag 3. Mai	2
Errichtung Nationalfeiertag 11. November	2
Fonds der Verteidigung der Nation	2
Fonds der Verteidigung des Meeres	2
Gefährdung durch Bolschewisten	2
Gesundheitsvorsorge	2
Głabiński, Stanisław (1862-1941)	2
Haller, Józef (1873-1960)	2
Internationale Abkommen	2
Irzykowski, Karol (1873-1944)	2
Krankenkassen	2
Kurier Poranny (Zeitung)	2
Nationaldemokraten ("Endecja")	2
Nürnberger Gesetze	2
Paderewski, Ignacy (1860-1941)	2
Patentamt	2
Polnische Militärorganisation (Polska Organizacja Wojskowa)	2
Posener Aufstand (1918-1919)	2
Post	2
Schlacht bei Warschau (1920)	2
SP (Stronictwo Pracy)	2
Staatstribunal	2
Świtalski, Kazimierz (1886-1962)	2

Verfassungsänderung vom August 1926	2
Verhältnis Polen-Deutschland	2
Versailler Friedensverträge	2
Versicherungsgesellschaften (Towarzystwa Ubezpieczeń Wzajemnych)	2
Wirtschaftskammern	2
Wirtschaftskrise 1929	2
Zarzycki, Włodzimierz Stefan (1906-1994)	2
"Rückkehr" Schlesiens 1922	1
"Wilson-Plan"	1
Abgeordnetenimmunität	1
Abkommen zum Grenzverkehr mit Tschechien (1925)	1
Aleksandrowicz, Julia	1
Allgemeine Gegenseitige Versicherungsanstalt (Powszechny Zakład Ubezpieczeń Wzajemnych)	1
Antoniewicz, Włodzimierz (1893-1973)	1
Arbeitsbeschaffung	1
Ausländisches Kapital	1
Babicka-Zachertowna, Maria	1
Banach, Stefan (1892-1945)	1
Bauwesen	1
Beck, Józef (1894-1944)	1
Bildungsversammlung (sejmik oświatowy)	1
Bliźniński, Waclaw (1870-1944)	1
Bobrzyński, Michał (1849-1935)	1
Bojkott der Parteien 1935	1
Boy-Żeleński, Tadeusz (1874-1941)	1
Centrolew	1
Chłopskie Stronnictwo Radykalne (CSR)	1
Chrzanowska, Hanna (1902-1973)	1
Ciołkosz, Adam (1901-1978)	1
Czajkowski, Brunon	1
Czechowicz, Gabriel (1867-1938)	1
Czechowicz-Affäre	1
Dąbrowska, Maria (1889-1965)	1
Demokratien weltweit	1
Drittes Reich	1
Emigration	1
Epstainówna, Maria	1
Erziehung der Jugend	1
Exilregierung	1
Faschismus in Polen	1
Feiertag "Tag der Unabhängigkeit"	1
Finanzreform Grabskis	1
Freiwillige Feuerwehr	1
Galiński, Franciszek (1871-1942)	1
Gdynia	1
Generalinspektoriat der Armee (Generalny Inspektorat Sił Zbrojnych)	1
Genossenschaftswesen in Deutschland	1
Geschichtskultur	1

Gesellschaft der Ingenieure und Techniker Polens (Stowarzyszenie Inżynierów i Techników Mechaników Polskich, SIMP)	1
Griechisch-Katholische Kirche	1
Häftlinge	1
Handwerk	1
Horoszkiewicz, Roman (1892-1962)	1
Importe	1
Internationale Diplomatie	1
Internationaler Rat der Pflegerinnen	1
Internationales Rotes Kreuz	1
Jan Kazimierz Universität	1
Jonscher, Karol (1889-1955)	1
Józef Piłsudski Universität	1
Jugendorganisation der Gesellschaft der Arbeiteruniversität (OMTUR, Organizacja Młodzieży Towarzystwa Uniwersytetu Robotniczego)	1
Kacprzak, Marcin (1888-1968)	1
Kania, Jakub (1872-1957)	1
Klub Pracy Konstytucyjnej (KPK)	1
Kommunisten	1
Kommunistische Partei der westlichen Belarus in Polen (Komunistyczna Partia Zachodniej Białorusi W Polsce)	1
Korczak, Janusz (1878-1942)	1
Krankenhäuser	1
Krankenpflegerinnen	1
Krzyżanowski, Adam (1873-1963)	1
Kucharski, Władysław (1884-1964)	1
Kucharski-Affäre	1
Kulczyńska, Teresa	1
Landwirtschaftsgroßbetriebe (gospodarstwa wielkoobszarowe)	1
Landwirtschaftspolitik	1
Lubieński, ?	1
Luftfahrtindustrie	1
Łukasiewicz, Jan (1878-1956)	1
Mackiewicz, Stanisław (1896-1966)	1
Manifesti Della Razza	1
Marchlewski, Julian (1866-1925)	1
Mausoleum Józef Piłsudskis	1
Menschen die bis heute Leben	1
Mierzejewski, Henryk (1881-1929)	1
Mościcki, Ignacy (1867-1946)	1
Münchener Abkommen (1938)	1
Narodowa Partia Robotnicza (NRP)	1
Narutowicz, Gabriel (1865-1922)	1
Nationale Arbeitervereinigung (Narodowy Związek Robotniczy)	1
Nationalrat (Rada Narodowa)	1
Niedziałkowski, Mieczysław	1
Niewiadomski, Eligiusz	1
Niezależna Partia Chłopska (NPC)	1
Notariat	1

oberstes Volkstribunal (Naczelny Trybunał Ludowy)	1
Öffentlicher Dienst	1
Papst Pius XI	1
Parlamentswahlen (1930)	1
Parlamentswahlen (1935)	1
Parlamentswahlen (1937)	1
Petlura, Symon	1
Pieniążek, Szczepan	1
Plebiszite in Schlesien	1
Polnische Diaspora	1
Polnisch-Tschechoslowakischer Grenzkrieg (1919)	1
Polnische Nationalbank	1
Polskie Stronnictwo Ludowe-Piast (PSL-Piast)	1
Polskie Stronnictwo Ludowe-Wyzwolenie (PSL-Wyzwolenie)	1
Presse	1
Przesmycki, Zenon	1
Radio	1
Radziwiłł, Ferdynand	1
Raucher	1
Reformen von 1920	1
Renten	1
Renten der Polizei	1
Repressionen durch Sowjetunion	1
Rettung des Staatshaushalts 1918	1
Rosset, Aleksander	1
Rydlówna, Anna (1884-1969)	1
Satire	1
Schiffe	1
Schlacht an der Memel (1920)	1
Schützenverein (Związek Strzelecki)	1
Schützenvereine	1
Senat der Zweiten Republik	1
Skarga, Piotr	1
Skorupka, Ignacy	1
Sławoj-Składowski, Felicjan	1
Slogans in der Zweiten Republik	1
Solarz, Ignacy	1
Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych, ZUS)	1
Staatlicher Genossenschaftsrat (Rada Państwowo-Spółdzielcza)	1
Staatlicher Sektor	1
Staatsanwaltschaft	1
Staatshaushalt	1
Staatschatz	1
Staatsschulden	1
Staatssymbole	1
Stadtrat Warschau	1
Standardisierungsinstitutionen	1
Starzyński, Stefan	1

Stefan Batory Universität	1
Stronnictwo Narodowe (SN)	1
Stychel, Antoni	1
Szajnach, Władysław	1
Szlenkierowna, Zofia	1
Sznajcha, Władysław	1
Szymański, Julian	1
Universität Warschau	1
vereidigte Buchprüfer	1
Verein der Ländlichen Jugend "Wici" (Związek Młodzieży Wiejskiej "Wici")	1
Vereinigung der Architekten Polens (Stowarzyszenie Architektów Rzeczypospolitej Polskiej, SARP)	1
Vereinigung der Berufskrankenschwestern	1
Vereinigung der Kriegsinvaliden (Związek Inwalidów Polskich)	1
Vereinigung der Lehrer	1
Vereinigung der Polnischen Legionisten (Związek Legionistów Polskich)	1
Vereinigung der polnischen Pfadfinder in Deutschland (Związek Harcerstwa Polskiego w Niemczech)	1
Verfassungen Polen (Zwischenkriegszeit)	1
Verhältnis mit der BRD	1
Versicherungen	1
Versicherungsfonds	1
Vertrag über die Minderheiten	1
Volksuniversität (Uniwersytet Ludowy)	1
Vorbereitung des Kriegsbeginns durch Deutschland	1
Wachholz, Szczęśny	1
Weimarer Republik	1
Weimarer Verfassung	1
Wilson, Woodrow	1
Wirtschaftspolitik	1
Witkacy	1
Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin)	1
Wohnungsbau in Deutschland	1
Wojciechowski, Władysław	1
Zawadzianka, Lucja	1
Zencykowski, Tadeusz	1
Zentrales Büro für finanzielle und landwirtschaftliche Angelegenheiten (Centralne Biuro Spraw Finansowo-Rolnych)	1
Zerstörung von orthodoxen Kirchen 1938	1
Zieloni	1
Związek Ludowo-Narodowy	1
Żwirko, Franciszek (1895-1932) und Wigura, Stanisław (1901-1932)	1
Zwischenmeerland-Konzeption (Międzymorze)	1
Życie Żyrandowa (Zeitung)	1

14.4 Abbildungen

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abbildung 1: Staatswappen der Republik Polen, aus: Dz.U. 1990 nr 10 poz. 60, Ustawa z dnia 9 lutego.	350
Abbildung 2: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	351
Abbildung 3: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	352
Abbildung 4: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	353
Abbildung 5: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	354
Abbildung 6: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	355
Abbildung 7: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	356
Abbildung 8: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	357
Abbildung 9: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	358
Abbildung 10: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	359
Abbildung 11: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	360
Abbildung 12: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	361
Abbildung 13: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	362
Abbildung 14: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.	363
Abbildung 15: Plenarsaal, Senat. Foto: Autor, 2012.	364
Abbildung 16: Schild mit Wappen, Plenarsaal des Senats. Foto: Autor, 2012.	365
Abbildung 17: Wendetreppe mit Relief, Senat. Foto: Autor, 2012.	366
Abbildung 18: Plenarsaal, Sejm. Foto: Autor, 2012.	367
Abbildung 19: Tafeln zur Erinnerung an den Besuch des Papstes im Sejm, Eingangshalle des Sejm. Foto: Autor, 2012.	368
Abbildung 20: Tafeln zur Erinnerung an den Besuch des Papstes im Sejm, Eingangshalle des Sejm. Foto: Autor, 2012.	369
Abbildung 21: Vitrine mit Stäben der Vorsitzenden des Sejm, Eingangshalle des Sejm. Foto: Autor, 2012.	370
Abbildung 22: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanisław Małachowski, Sejm. Foto: Autor, 2012.	371
Abbildung 23: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanisław Małachowski, Sejm. Foto: Autor, 2012.	372
Abbildung 24: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanisław Małachowski, Sejm. Foto: Autor, 2012.	373
Abbildung 25: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanisław Małachowski, Sejm. Foto: Autor, 2012.	374
Abbildung 26: Stab des Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński, Sejm. Foto: Autor, 2012.	375
Abbildung 27: Stab des Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński, Sejm. Foto: Autor, 2012.	376
Abbildung 28: Stab des Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński, Sejm. Foto: Autor, 2012.	377
Abbildung 29: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1947, Sejm. Foto: Autor, 2012.	378
Abbildung 30: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1947, Sejm. Foto: Autor, 2012.	379
	348

Abbildung 31: Stab des Senatsvorsitzenden, Senat. Foto: By Olek Iwaszkiewicz (Senat Rzeczypospolitej Polskiej) [CC BY-SA 3.0 pl (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/pl/deed.en)], via Wikimedia Commons	380
Abbildung 32: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1971, Sejm. Foto: Autor, 2012.	381
Abbildung 33: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1971, Sejm. Foto: Autor, 2012.	382
Abbildung 34: Tafel zur Erinnerung an Sejm-Abgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.	383
Abbildung 35: Tafel zur Erinnerung an Sejm-Abgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.	384
Abbildung 36: Tafel zur Erinnerung an Sejm-Abgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.	385
Abbildung 37: Tafel zur Erinnerung an Senatsabgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.	386
Abbildung 38: Tafel zur Erinnerung an Abgeordnete die bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 getötet wurden, Sejm. Foto: Autor, 2012.	387
Abbildung 39: Tafel zur Erinnerung an Abgeordnete die bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 getötet wurden, Sejm. Foto: Autor, 2012.	388
Abbildung 40: Tafel zur Erinnerung an Maciej Płażyński, der am 10. April 2010 bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 getötet wurde, Sejm. Foto: Autor, 2012.	389
Abbildung 41: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	390
Abbildung 42: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	391
Abbildung 43: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	392
Abbildung 44: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	393
Abbildung 45: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	394
Abbildung 46: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	395
Abbildung 47: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	396
Abbildung 48: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.	397

Abbildung 1: Staatswappen der Republik Polen, aus: Dz.U. 1990 nr 10 poz. 60, Ustawa z dnia 9 lutego.



Abbildung 2: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes.

Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 3: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 5: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 6: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 7: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 8: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 9: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 10: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 11: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 12: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 13: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.

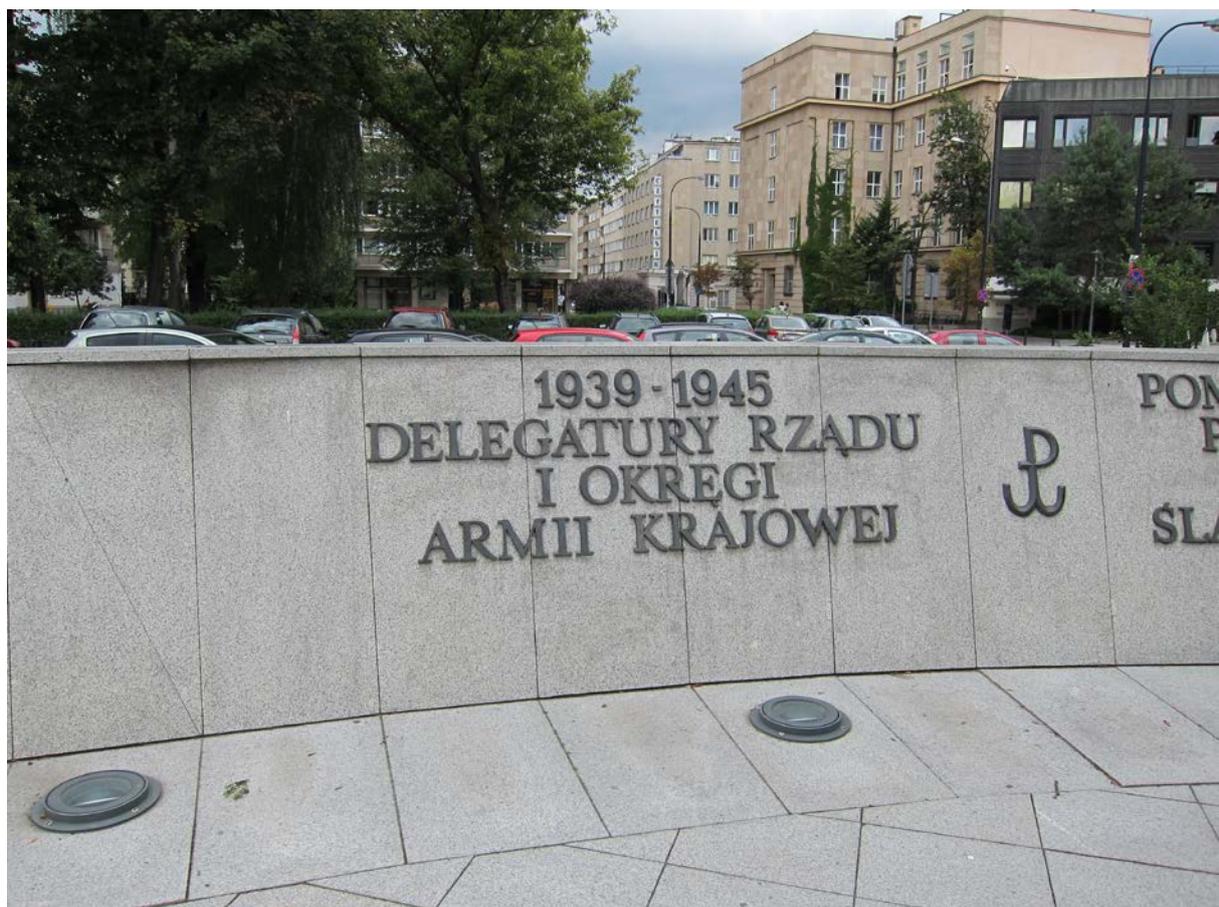


Abbildung 14: Denkmal der Heimatarmee, in der Nähe des Sejmgebäudes. Fotos: Autor, 2012.



Abbildung 15: Plenarsaal, Senat. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 16: Schild mit Wappen, Plenarsaal des Senats. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 17: Wendetreppe mit Relief, Senat. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 18: Plenarsaal, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 19: Tafeln zur Erinnerung an den Besuch des Papstes im Sejm, Eingangshalle des Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 20: Tafeln zur Erinnerung an den Besuch des Papstes im Sejm, Eingangshalle des Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 21: Vitrine mit Stäben der Vorsitzenden des Sejm, Eingangshalle des Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 22: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanisław Małachowski, Sejm. Foto: Autor, 2012.

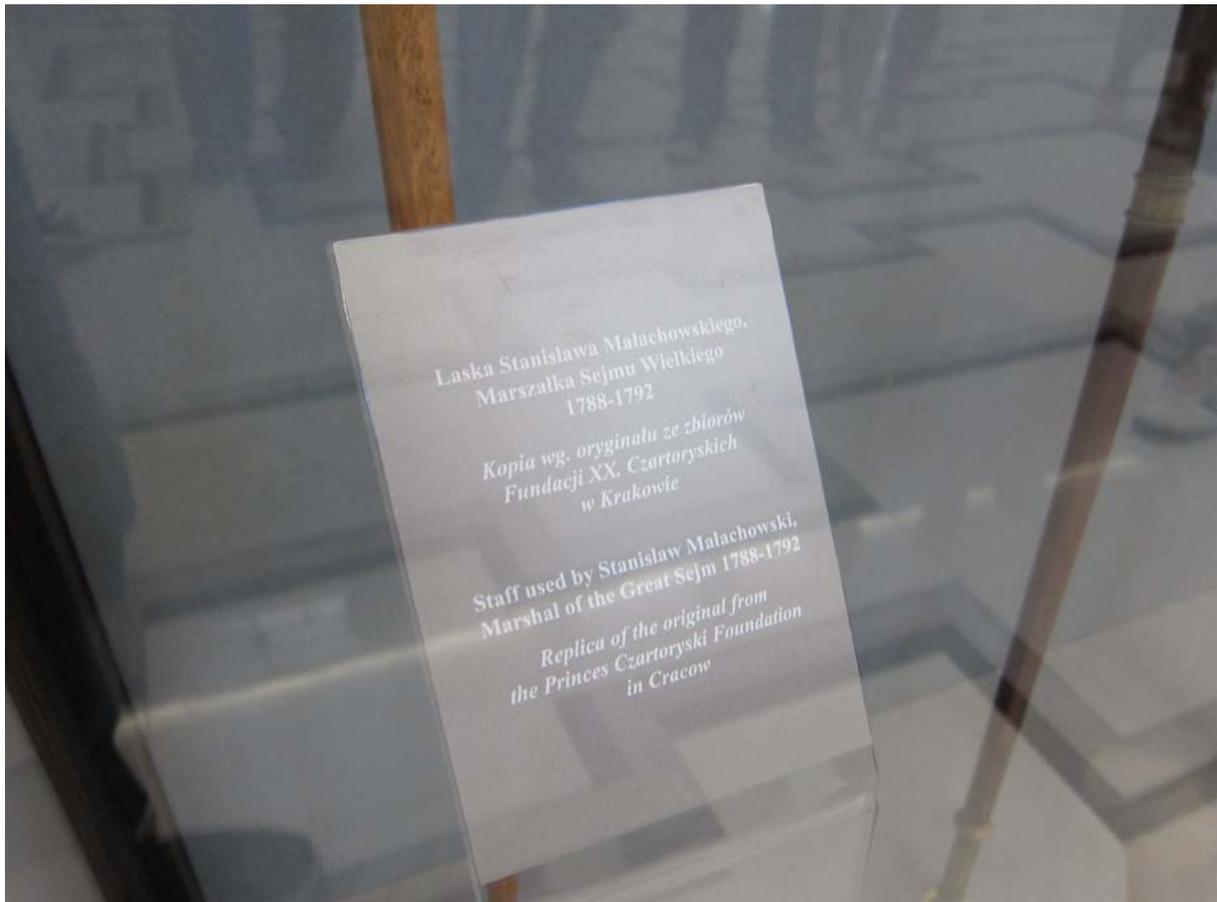


Abbildung 23: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanislaw Malachowski, Sejm. Foto: Autor, 2012.

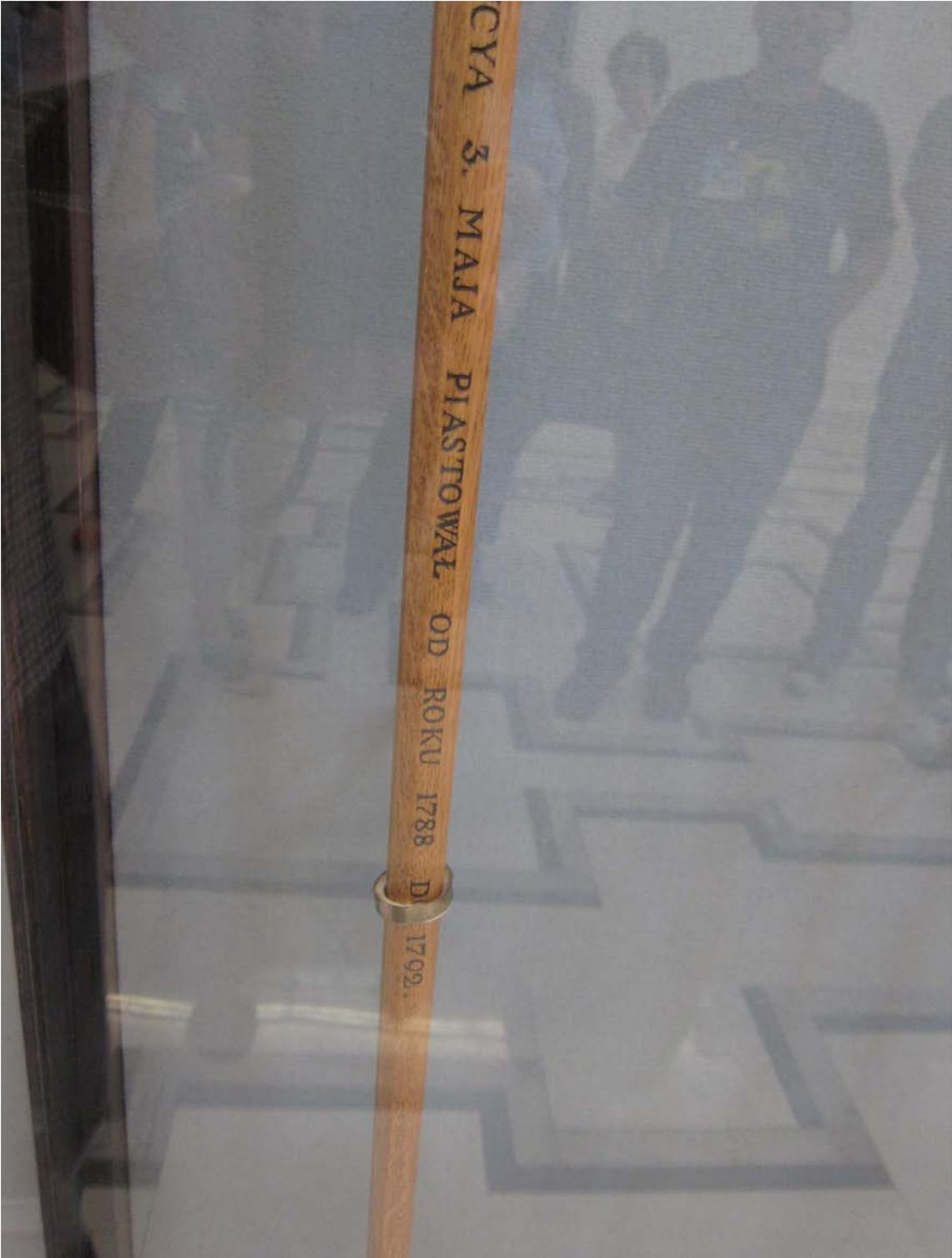


Abbildung 24: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanislaw Malachowski, Sejm.

Foto: Autor, 2012.

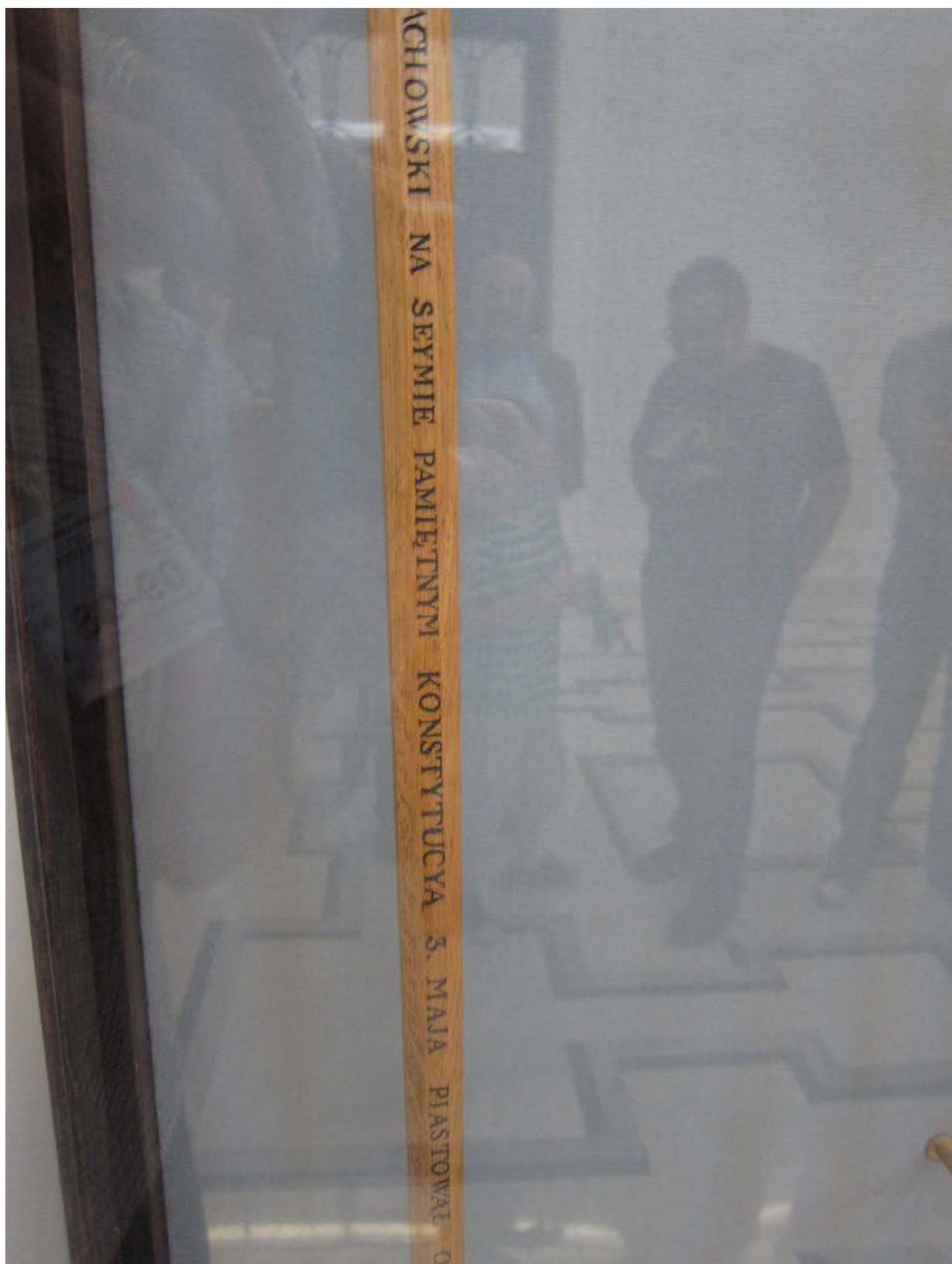


Abbildung 25: Stab des Sejm-Vorsitzenden Stanislaw Malachowski, Sejm.
Foto: Autor, 2012.

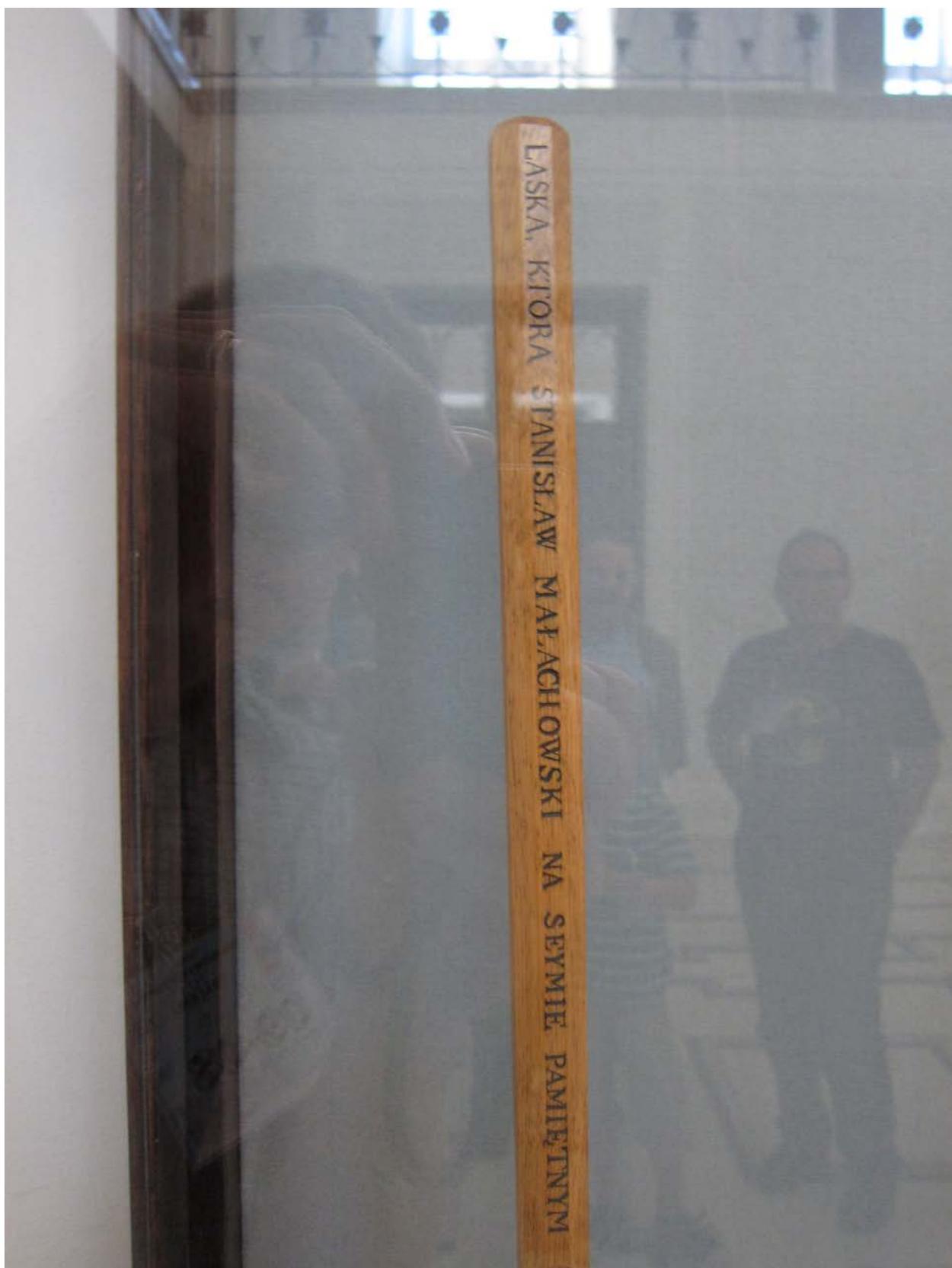


Abbildung 26: Stab des Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 27: Stab des Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński, Sejm.
Foto: Autor, 2012.



**Abbildung 28: Stab des Sejm-Vorsitzenden Wojciech Trąpczyński, Sejm.
Foto: Autor, 2012.**

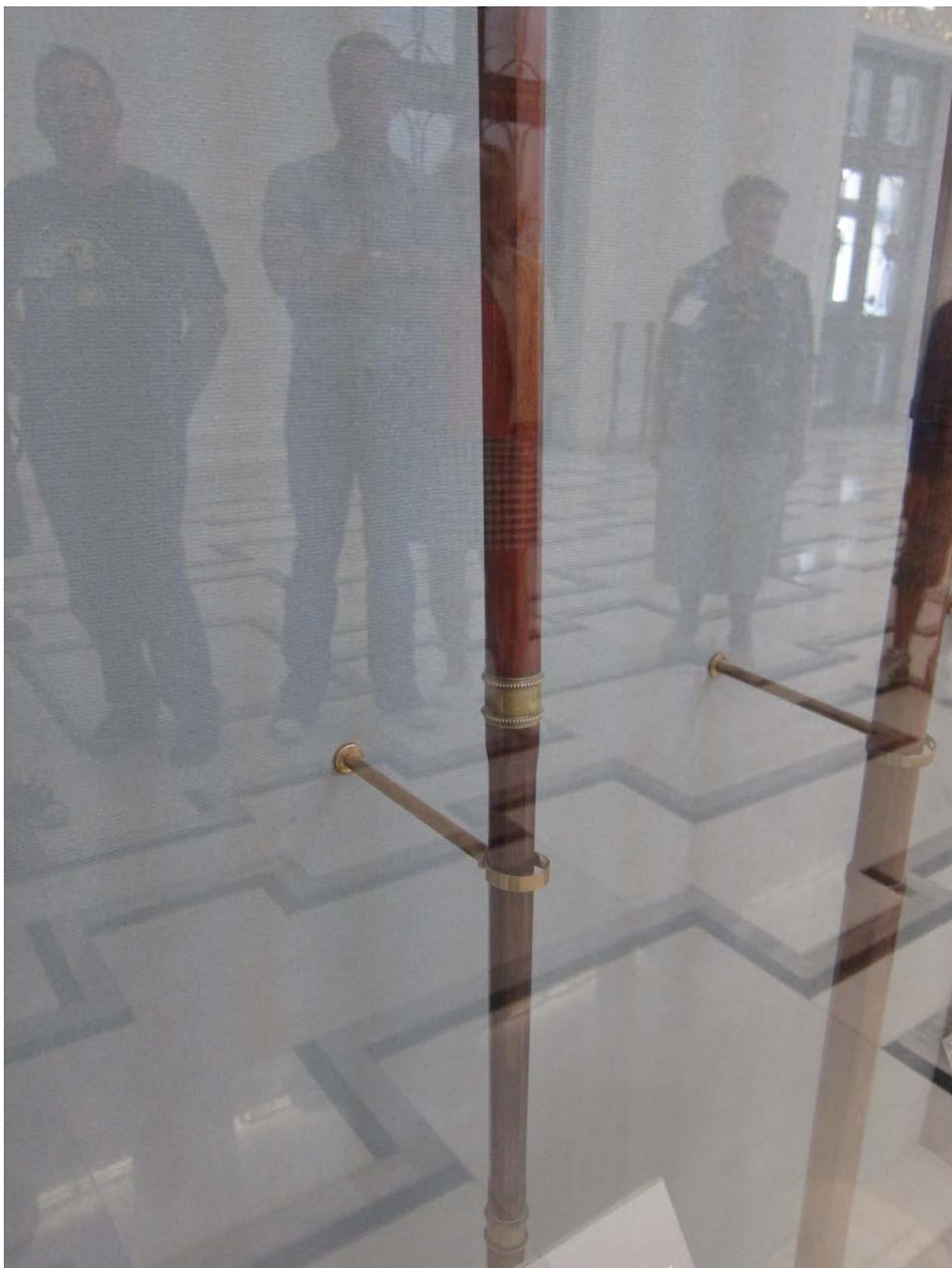


Abbildung 29: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1947, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 30: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1947, Sejm. Foto: Autor, 2012.

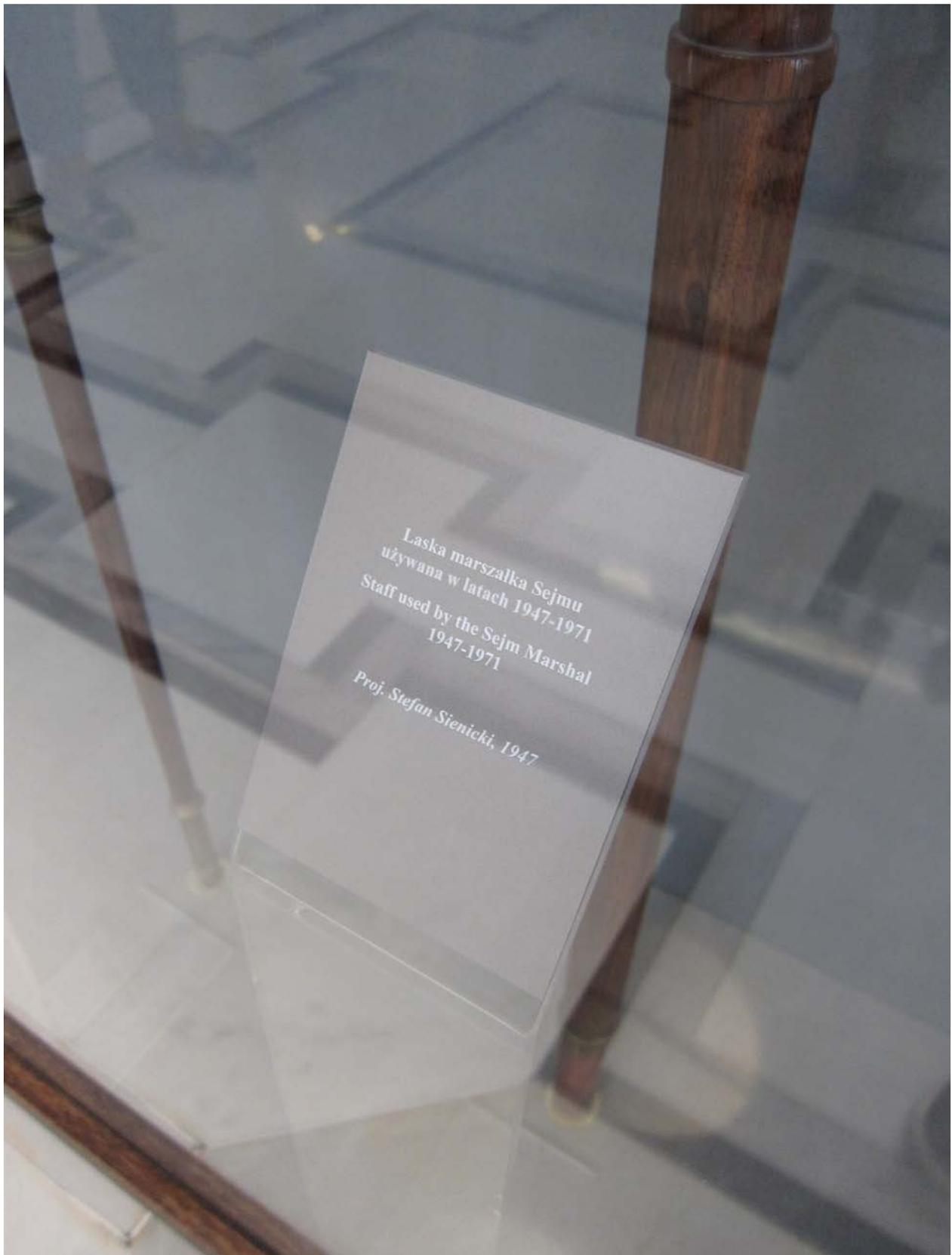


Abbildung 31: Stab des Senatsvorsitzenden, Senat. Foto: By Olek Iwaszkiewicz (Senat Rzeczypospolitej Polskiej) [CC BY-SA 3.0 pl (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/pl/deed.en>)], via Wikimedia Commons



Abbildung 32: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1971, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 33: Stab des Sejm-Vorsitzenden, ab 1971, Sejm. Foto: Autor, 2012.

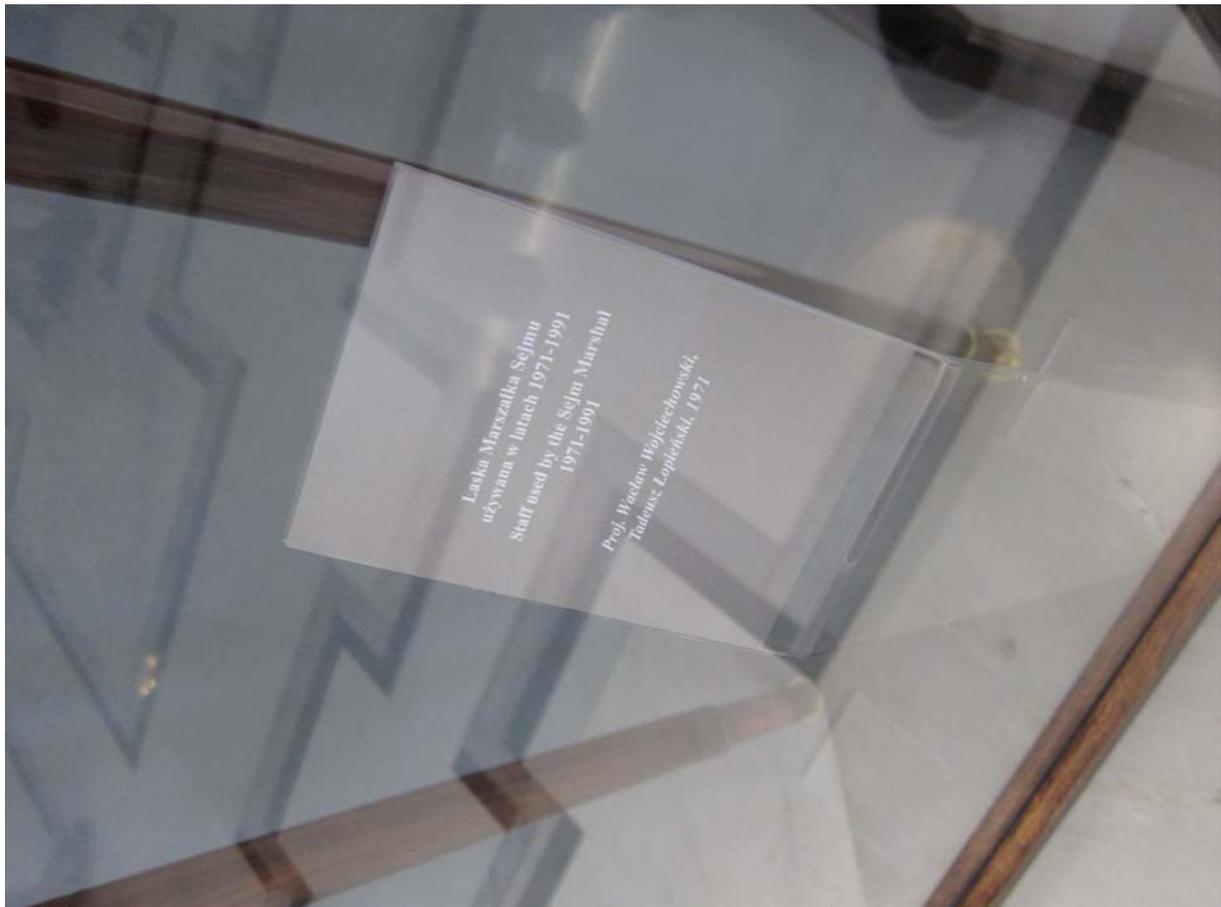


Abbildung 35: Tafel zur Erinnerung an Sejm-Abgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.

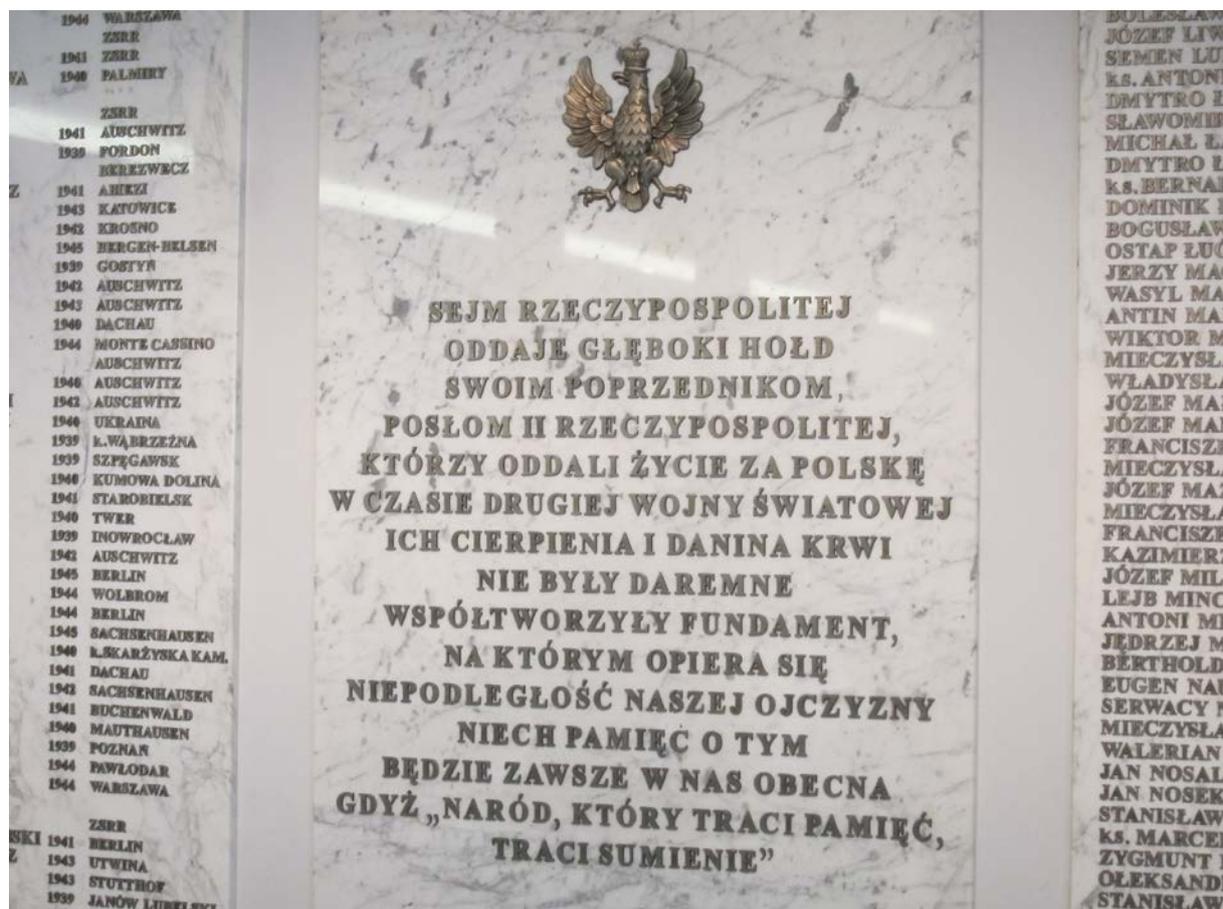


Abbildung 36: Tafel zur Erinnerung an Sejm-Abgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 37: Tafel zur Erinnerung an Senatsabgeordnete der Zweiten Republik die Opfer des Zweiten Weltkriegs waren, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 38: Tafel zur Erinnerung an Abgeordnete die bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 getötet wurden, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 39: Tafel zur Erinnerung an Abgeordnete die bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 getötet wurden, Sejm. Foto: Autor, 2012.

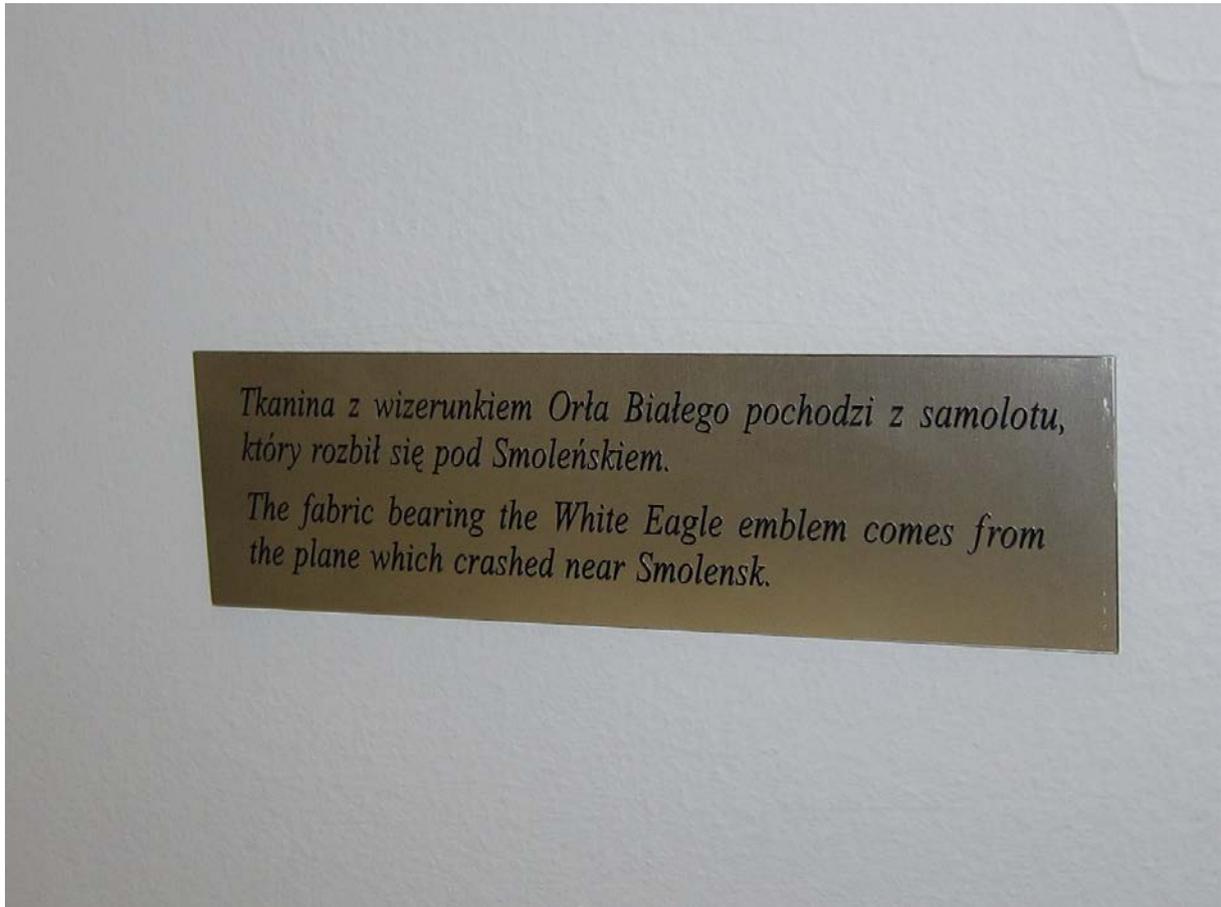


Abbildung 40: Tafel zur Erinnerung an Maciej Płażyński, der am 10. April 2010 bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10. April 2010 getötet wurde, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 41: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 42: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 43: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 44: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 45: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 46: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 47: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



Abbildung 48: Saalbezeichnungen und Tafeln im Marschall-Korridor, Sejm. Foto: Autor, 2012.



ABSTRACT

The dissertation deals with „history politics“ (Geschichtspolitik) and its interrelationship with the process of democratisation. First, the concept is explored theoretically, making use of an interdisciplinary approach. The links between historical narration (historisches Erzählen), legitimacy and identity are established on the basis of the philosophy of history by Jörn Rüsen, complemented with sociological theories. Additionally, attention is paid to the question how history politics happens and what implications can be expected for different political regime types. Building on this, the second part deals with a case study: the process of democratisation in Poland after 1989 with a focus on the parliament. The official name of the state, the coat of arms, “history laws”, architecture and stenographic protocols of plenary sessions are analysed as media of history politics via which historical narratives are communicated and negotiated. It shows that these narratives affected the construction of group identities, the orientation and legitimisation of decisions, thus influencing the process of democratisation decisively. The narrative of returning to one’s own, national traditions of democracy in the inter-war period was established as the dominant narrative superseding alternative narratives, due to, firstly, the necessities of the democratisation process, secondly, the history of history politics and thirdly, as the content analysis of the stenographic protocols shows also quantitatively, the power relations between parties represented in the parliament.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Dissertation beschäftigt sich mit Geschichtspolitik und dessen Bedeutung für Demokratisierung. Zuerst wird auf theoretischer Ebene ein interdisziplinärer Zugang zum Begriff Geschichtspolitik hergestellt. Das Verhältnis zwischen historischem Erzählen, Legitimation und Identität wird anhand der Geschichtsphilosophie von Jörn Rüsen theoretisch fundiert und durch soziologische Theorien erweitert. Zudem wird auf die Frage eingegangen, wie Geschichtspolitik geschieht und welche Zusammenhänge sich zwischen unterschiedlichen Regimetypen erwarten lassen. Hierauf aufbauend wird im zweiten Teil der Arbeit als Fallbeispiel der Demokratisierungsprozesses in Polen nach 1989 in den Blick genommen. Der Fokus liegt hierbei auf dem Parlament. Die Untersuchung der über die untersuchten Medien – Staatsnamen, Staatswappen, Erinnerungsgesetze, Architektur und stenographische Protokolle von Plenardebatten – vermittelten und verhandelten historischen Narrative zeigt auf, dass diese sich auf die Konstruktion von Gruppenidentitäten und auf die Orientierung sowie Legitimierung von Entscheidungen auswirkten und somit den Prozess der Demokratisierung auf entscheidende Weise beeinflussten. Hierbei konnte das Narrativ der Rückkehr zu den eigenen, also nationalen demokratischen Traditionen der Zwischenkriegszeit gegenüber den alternativen Narrativen eine dominierende Position einnehmen, was wiederum erstens auf die Erfordernisse des Demokratisierungsprozesses, zweitens auf die geschichtskulturelle Vorgeschichte und drittens, wie die Inhaltsanalyse der Plenarsitzungsprotokolle auch quantitativ aufzeigt, auf die Machtverhältnisse zwischen den Parteien im Parlament zurückgeführt werden kann.